

# BETEILIGUNGSBERICHT 2015

## der Stadt Halle (Saale)



**Herausgeberin:**

Stadt Halle (Saale)  
Der Oberbürgermeister  
Marktplatz 1  
06108 Halle (Saale)

**Erstellt durch:**

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)  
Universitätsring 6a  
06108 Halle (Saale)  
Telefon: (0345) 581-2822  
Telefax: (0345) 581-2835  
E-Mail: [info@bma-halle.de](mailto:info@bma-halle.de)

Redaktionsschluss: 12. August 2016

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1.0</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>7</b>
	Vorwort	8
<b>2.0</b>	<b>GRUNDINFORMATIONEN</b>	<b>9</b>
<b>2.1</b>	<b>AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES</b>	<b>10</b>
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
<b>2.2</b>	<b>ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN</b>	<b>14</b>
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2015	15
	Beteiligungsliste	16
<b>2.3</b>	<b>UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG</b>	<b>19</b>
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	21
<b>2.4</b>	<b>BETEILIGUNGSPOLITIK</b>	<b>23</b>
<b>2.5</b>	<b>ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN</b>	<b>25</b>
	Finanzbeziehungen 2015 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	35
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015	35
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014	38
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013	41

<b>2.6</b>	<b>ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE</b>	<b>44</b>
<b>2.7</b>	<b>ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN</b>	<b>50</b>
<b>3.0</b>	<b>EINZELBERICHTERSTATTUNG</b>	<b>55</b>
<b>3.1</b>	<b>UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS</b>	<b>56</b>
	Stadtwerke Halle GmbH	57
<b>3.2</b>	<b>VER- UND ENTSORGUNG</b>	<b>76</b>
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	77
	A/V/E GmbH	90
	Cives Dienste GmbH	97
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	108
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	116
	EVH GmbH	124
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	142
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	147
	Hafen Halle GmbH	159
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	174
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	200
	IT-Consult Halle GmbH	206
	Meter1 GmbH & Co. KG	221
	Meter1 Verwaltung GmbH	227
	M-Exchange AG	230
	RAB Halle GmbH	235
	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	246
	SHS Energiedienste GmbH	256
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH	267
	WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	278
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	290

<b>3.3</b>	<b>VERKEHR</b>	<b>301</b>
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	302
	Hallesche Verkehrs-AG	307
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	325
	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	336
	Servicegesellschaft Saale mbH	343
<b>3.4</b>	<b>WOHNUNGSWIRTSCHAFT</b>	<b>353</b>
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	354
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	359
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	372
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	399
<b>3.5</b>	<b>WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG</b>	<b>402</b>
	Bio-Zentrum Halle GmbH	403
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	417
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	423
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	429
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	438
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	456

<b>3.6</b>	<b>GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT</b>	<b>471</b>
	Bäder Halle GmbH	472
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	485
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	494
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	503
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	521
	Maya mare GmbH & Co. KG	528
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	541
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	544
	Serva GmbH	552
	Stadion Halle Betriebs GmbH	555
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	560
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	564
<b>3.7</b>	<b>KULTUR</b>	<b>567</b>
	Stiftung Händel-Haus	568
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	576
	Zoologischer Garten Halle GmbH	596
<b>3.8</b>	<b>ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS</b>	<b>603</b>
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	604
	Saalesparkasse	612

# 1.0 EINLEITUNG

## Vorwort des Oberbürgermeisters

Das Gesicht der Stadt hat sich im Jahr 2015 weiter positiv verändert, woran die städtischen Beteiligungen wesentlich mitgewirkt haben.

Mit der Fortführung des Stadtbahnprogrammes werden nicht nur nennenswerte Verbesserungen des umweltfreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs erzielt, sondern wird gleichzeitig auch eine effizientere Ver- und Entsorgungsinfrastruktur gebaut.

Zu einer attraktiveren Gestaltung unserer Stadt haben die beiden städtischen Wohnungsunternehmen durch eine Aufwertung des Wohnungsbestandes und des Wohnumfeldes im Wege umfangreicher Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie von Neubauvorhaben in begehrten Wohnlagen beigetragen.



Mit der Ansiedlung von neuen Unternehmen im Star Park ist es gelungen, neue positive wirtschaftliche Akzente zu setzen. Die Entwicklung des städtischen Wirtschaftsförderungskonzeptes zeigt erste erfreuliche Ergebnisse bei der Investorenakquise.

Der Beteiligungsbericht 2015 bietet einen umfangreichen und detaillierten Einblick in die Aktivitäten der bedeutsamen Beteiligungen im Konzern Stadt Halle (Saale).

Dank und Anerkennung möchte ich an dieser Stelle allen Beschäftigten, den Geschäftsleitungen und den Mitgliedern in den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungen für ihr Engagement und die erbrachten Leistungen im Jahr 2015 aussprechen. Der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) danke ich für ihre kompetente und konstruktive Beratung in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2016

*B. Wiegand*

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister



## **2.0 GRUNDINFORMATIONEN**

**Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes**

**Übersicht über den Stand an Beteiligungen**

**Unternehmensorganisation und -führung**

**Beteiligungspolitik**

**Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen**

**Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe**

**Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen**

## **2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES**

**Gesetzliche Grundlagen**

**Zielsetzung**

**Aufbau**

## Gesetzliche Grundlagen

Das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 130 Abs. 2 KVG LSA hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

## Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2015 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 2 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 45 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist Gewährsträger zweier Anstalten öffentlichen Rechts.

Diese 54 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen rund 6.700 Mitarbeitern und über 240 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2015 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Ebenso richtet sich der Report an alle Interessenten für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort im Zentrum Mitteldeutschlands. Sie sind bei der Mitwirkung am eingeleiteten Veränderungsprozess jederzeit und gerne willkommen.

## Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2014 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Aufgabenbereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Aufgabenbereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Beteiligungen
- d) Geschäftsentwicklung
  - aa) Bilanzdaten
  - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
  - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
  - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
  - ee) Leistungsdaten
- e) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

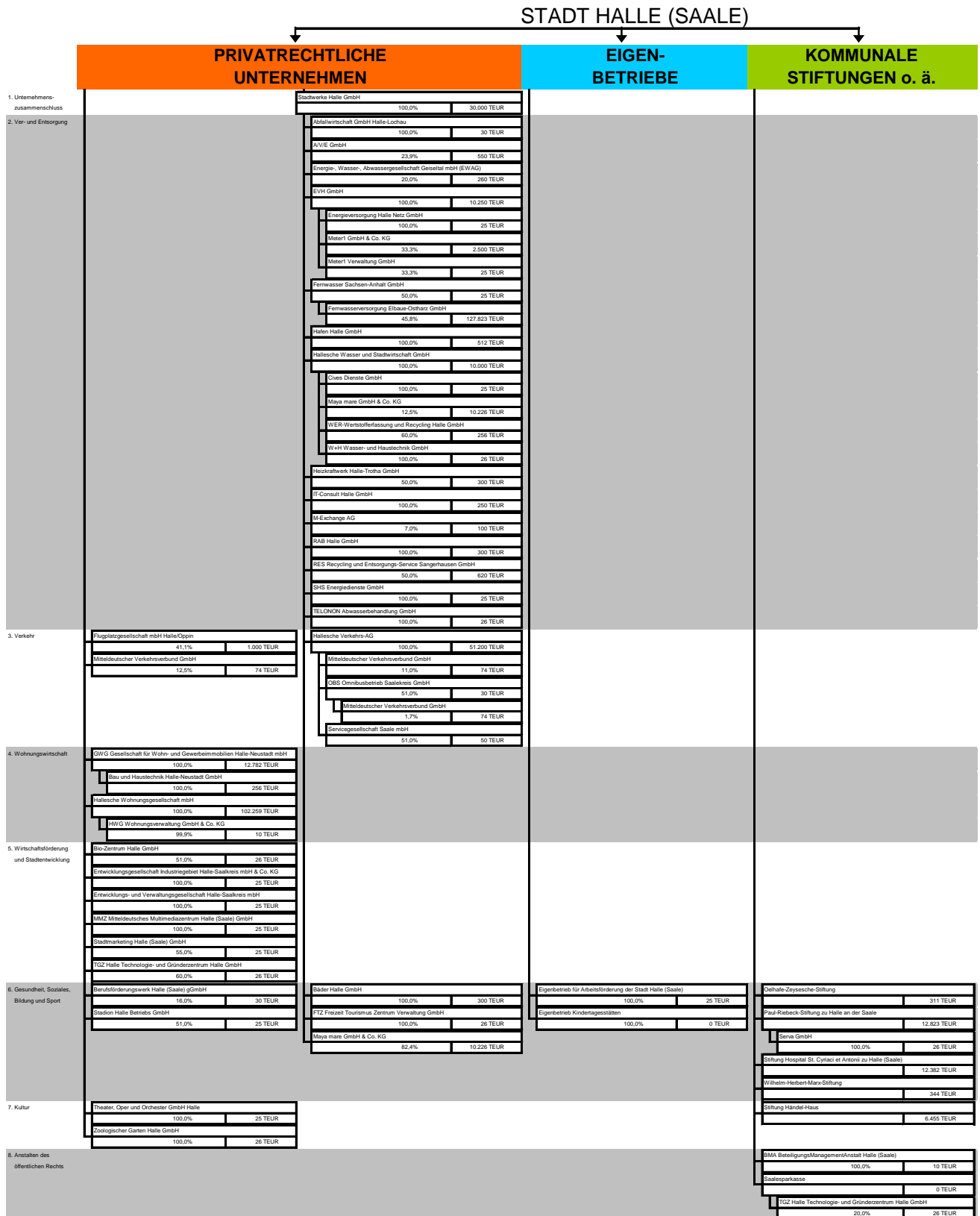
Alle im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geforderten Informationen sind enthalten.

## **2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN**

**Organigramm**

**Beteiligungsliste**

# Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2015



# Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
<b>1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS</b>		
Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
<b>2. VER- UND ENTSORGUNG</b>		
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	22,88
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	2.500	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	25	33,33
M-Exchange AG	100	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00



## BETEILIGUNG

gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
------------------------------------	-----------------------------

### 3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	74	24,27
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	30	51,00
Servicegesellschaft Saale mbH	50	51,00

### 4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

### 5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle- Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle- Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	60,00

<b>BETEILIGUNG</b>		<b>gezeichnetes Kapital in TEUR</b>	<b>Anteil der Stadt in %</b>
<b>6.</b>	<b>GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT</b>		
	Bäder Halle GmbH	300	100,00
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
	Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	311	
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
	Serva GmbH	26	100,00
	Stadion Halle Betriebs GmbH	25	51,00
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.382	
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	
<b>7.</b>	<b>KULTUR</b>		
	Stiftung Händel-Haus	6.455	
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
	Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00
<b>8.</b>	<b>ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS</b>		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00
	Saalesparkasse	0	

## **2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG**

**Unternehmensorganisation**

**Unternehmensführung**

## **Unternehmensorganisation**

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2014 hat sich folgende wesentliche Veränderung in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) an der Saalesparkasse, einer Anstalt des öffentlichen Rechts, wird im Beteiligungsbericht für das Jahr 2015 erstmals öffentlich dargestellt.

Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Für die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), eine Anstalt öffentlichen Rechts, ist die Stadt Gewährsträgerin.

Die Stadt Halle (Saale) ist nunmehr an zwei Anstalten öffentlichen Rechts beteiligt.

Weitere wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation haben sich im Berichtsjahr 2015 nicht ergeben.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) unverändert an zwei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-) Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2.2. (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

## **Unternehmensführung**

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 9 KVG-LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Zweckänderung, Zusammenlegung, Zulegung und Aufhebung sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens von Stiftungen im Sinne von § 121 Abs. 1 Nr. 2 und § 122 Abs. 1 KVG-LSA, soweit der Stifterwille nicht entgegensteht (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 11 KVG-LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

Einen „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. Juni 2014 beschlossen.

Diese Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich werden darin Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt nicht für Eigenbetriebe und Stiftungen.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

## 2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

## Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen angemessenem Umgang mit den finanziellen Ressourcen und einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).



## **2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN**

**Finanzbeziehungen 2015 zwischen Kernhaushalt und  
Beteiligungen**

**Geschäfts- und Ertragslage**

# Finanzbeziehungen 2015 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

		Angaben in TEUR									
		Transfer- aufwen- dungen <sup>1)</sup>	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.15)	Stand Bürg- schaften (31.12.15)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
<b>1.</b>	<b>UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS</b>	<b>11.298</b>						<b>5.871</b>			
	Stadtwerke Halle GmbH	11.298 <sup>2)</sup>						5.871			
<b>2.</b>	<b>VER- UND ENTSORGUNG</b>						<b>17.573</b>			<b>8.379</b>	
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau							(1.134 <sup>3)</sup> )			
	A/V/E GmbH							(1 <sup>3)</sup> )			
	Cives Dienste GmbH							(23 <sup>3)</sup> )			
	Energieversorgung Halle Netz GmbH							(284 <sup>3)</sup> )			
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft mbH (EWAG) Geiseltal							(42 <sup>3)</sup> )			

<sup>1)</sup> vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

<sup>2)</sup> Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG (1.300 TEUR); für städtische Zuschüsse im Rahmen des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages zur Finanzierung des ÖPNV (9.998 TEUR) hat die Stadt Halle (Saale) in der Eröffnungsbilanz eine Rückstellung gebildet.

<sup>3)</sup> (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

Transfer- aufwen- dungen <sup>1)</sup>	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.15)	Stand Bürg- schaften (31.12.15)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

## VER- UND ENTSORGUNG

EVH GmbH						(13.480 <sup>3)</sup> )		7.779 <sup>4)</sup>	
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH									
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH						(451 <sup>3)</sup> )			
Hafen Halle GmbH					2.434				
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH					15.139	(9.690 <sup>3)</sup> )		600 <sup>5)</sup>	
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH						(521 <sup>3)</sup> )			
IT-Consult Halle GmbH						(1.522 <sup>3)</sup> )			
Meter1 GmbH & Co. KG									
Meter1 Verwaltung GmbH									

<sup>1)</sup> vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

<sup>3)</sup> (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

<sup>4)</sup> Im Ergebnis der Stadt auf Basis der Zahlungsflüsse werden 7.473 TEUR für Strom und Gas sowie 306 TEUR für Fernwärme ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH nach periodengerechter Zuordnung wird demgegenüber ein um 308 TEUR höhere Aufwand von insgesamt 8.087 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (7.339 TEUR) und Gas (432 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (316 TEUR) nach Jahresabschluss 2015.

<sup>5)</sup> Konzessionsabgabe Trinkwasser für 2014, die in 2015 an die Stadt gezahlt worden ist.

<i>Transfer- aufwen- dungen<sup>1)</sup></i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.15)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.15)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

## VER- UND ENTSORGUNG

M-Exchange AG						(2 <sup>3)</sup> )			
RAB Halle GmbH						(311 <sup>3)</sup> )			
RES Recycling und Entsorgungs- Service Sangerhausen GmbH						(132 <sup>3)</sup> )			
SHS Energiedienste GmbH						(36 <sup>3)</sup> )			
TELONON Abwasserbehandlung GmbH						(13 <sup>3)</sup> )			
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH						(29 <sup>3)</sup> )			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH						(415 <sup>3)</sup> )			

<sup>1)</sup> vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse  
<sup>3)</sup> (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

Transfer- aufwen- dungen <sup>1)</sup>	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.15)	Stand Bürg- schaften (31.12.15)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

<b>3. VERKEHR</b>	<b>4.330</b>				<b>7.311</b>	<b>19</b>			
-------------------	--------------	--	--	--	--------------	-----------	--	--	--

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin					33	19 <sup>3)</sup>			
Hallesche Verkehrs-AG	3.094 <sup>6)</sup>				7.278	(23 <sup>3)</sup> )			
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.236								
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH						(83 <sup>3)</sup> )			
Servicegesellschaft Saale mbH						(1 <sup>3)</sup> )			

<sup>1)</sup> vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

<sup>3)</sup> (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

<sup>6)</sup> Zuschuss Rosengarten (3.094 TEUR) und zusätzlich Zahlungen für Stadtbahnprogramm (900 TEUR), Straßenbahnankauf (300 TEUR) und Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR)

<i>Transfer- aufwen- dungen<sup>1)</sup></i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.15)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.15)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

<b>4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT</b>							<b>11.006</b>	<b>7.000</b>		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH						(214 <sup>3)</sup> )				
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH						1.560 <sup>7)</sup>	2.000 <sup>7)</sup>			
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH						9.446 <sup>8)</sup>	5.000 <sup>8)</sup>			
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

<sup>1)</sup> vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

<sup>3)</sup> (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

<sup>7)</sup> Bilanzgewinn 2014 in Summe 3.560 TEUR, aus Jahresüberschuss 2014 (3.168 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 316 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 708 TEUR

<sup>8)</sup> Bilanzgewinn 2014 in Summe 14.446 TEUR, aus Jahresüberschuss 2014 (9.448 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 945 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 5.943 TEUR

<i>Transfer- aufwen- dungen<sup>1)</sup></i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.15)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.15)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

<b>5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG</b>	<b>1.111</b>	<b>160</b>			<b>500</b>		<b>1.045</b>		
Bio-Zentrum Halle GmbH							42 <sup>3)</sup>		
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG		160 <sup>9)</sup>					975 <sup>3)</sup>		
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH							2 <sup>3)</sup>		
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH					500				
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.111								
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH							26 <sup>3)</sup>		

<sup>1)</sup> vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

<sup>3)</sup> (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

<sup>9)</sup> Periodengerecht ermittelter Gesamtbetrag der Investitionszuschüsse (weitergeleitete Fördermittel). Im Jahr 2015 sind Zuschüsse für die Erschließung in Höhe von 190 TEUR überwiesen worden. Ein Eigenmittelanteil der Stadt Halle (Saale) ist im Jahr 2015 nicht enthalten.

	Transfer- aufwen- dungen <sup>1)</sup>	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.15)	Stand Bürg- schaften (31.12.15)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
<b>6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT</b>	<b>38.874</b>			<b>500</b>	<b>883</b>	<b>10.248</b>	<b>967</b>			<b>92</b>
Bäder Halle GmbH	4.083 <sup>10)</sup>						(4 <sup>3)</sup> )			
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	1.100						967 <sup>3)</sup>			
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	32.821 <sup>11)</sup>									
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 <sup>3)</sup> )			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					883	6.507				92

<sup>1)</sup> vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

<sup>3)</sup> (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

<sup>10)</sup> Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) gemäß Bäderfinanzierungsvertrag von 3.816 TEUR zzgl. 267 TEUR USt. Eine Rückzahlung der Bäder Halle GmbH an die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2015 für das Jahr 2014 erfolgte in Höhe von 332 TEUR (brutto).

<sup>11)</sup> inkl. 1.226 TEUR an Abgeltung für Altersteilzeit



Transfer- aufwen- dungen <sup>1)</sup>	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.15)	Stand Bürg- schaften (31.12.15)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

## GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Serva GmbH									
Stadion Halle Betriebs GmbH	870			500 <sup>12)</sup>					
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)					3.741				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung									

## 7. KULTUR

40.121

256

247

Stiftung Händel-Haus	1.999								
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	35.067 <sup>13)</sup>								
Zoologischer Garten Halle GmbH	3.055	256				247 <sup>3)</sup>			

<sup>1)</sup> vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

<sup>3)</sup> (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

<sup>12)</sup> Pacht Erdgas Sportpark

<sup>13)</sup> davon Zuschuss Liquidität in Höhe von 5.000 TEUR in Umsetzung des Strukturanpassungs- und Sanierungskonzeptes als Bestandteil des Fördervertrages für die Halleschen Bühnen und für Abfindungen 316 TEUR

	<i>Transfer- aufwen- dungen<sup>1)</sup></i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.15)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.15)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

<b>8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS</b>		<b>913</b>					<b>52</b>	<b>20</b>		
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	913						52 <sup>14)</sup>	20		
Saalesparkasse										
<b>SUMME</b>	<b>96.647</b>	<b>416</b>		<b>500</b>	<b>1.383</b>	<b>35.132</b>	<b>19.207</b>	<b>7.020</b>	<b>8.379</b>	<b>92</b>

<sup>1)</sup> vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

<sup>14)</sup> Co-Finanzierung im Folgejahr

# Geschäfts- und Ertragslage

## - Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
<b>Unternehmenszusammenschluss</b>										
Stadtwerke Halle GmbH*	25.955	4.663	12.588	339.864	259.306	43.710	187.848	55,3	87	2
<b>Ver- und Entsorgung</b>										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	7.319	4.849	796	61.780	1.328	50	3.403	5,5	42	2
A//E GmbH	19.527	19.300	4	4.744	408	32	1.556	32,8	302	14
Cives Dienste GmbH	642	642	60	131	9	0	25	19,1	23	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	115.015	112.224	343	16.572	9.987	6.524	7.136	43,1	260	32
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.160	5.024	288	5.085	3.945	527	1.949	38,3	60	0
EVH GmbH	387.261	365.707	19.378	301.091	220.687	28.789	77.917	25,9	276	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-15	28	0	0	21	73,5	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	48.604	44.481	2.459	148.186	137.620	10.692	115.267	77,8	214	7
Hafen Halle GmbH	6.542	5.766	-766	16.489	13.566	886	731	4,4	38	3
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	122.060	113.593	9.479	533.884	493.430	94.883	84.333	15,8	575	39
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	34.342	25.817	-1.860	18.266	13.793	213	331	1,8	0	0
IT-Consult Halle GmbH	25.291	24.131	2.189	11.462	2.248	2.027	522	4,6	189	3
Meter1 GmbH & Co. KG	835	490	-224	762	0	38	0	0,0	6	0
Meter1 Verwaltung GmbH	134	121	1	65	0	0	31	47,2	0	0
M-Exchange AG	1.955	1.852	23	1.012	422	135	310	30,6	6	0
RAB Halle GmbH	5.139	5.080	225	3.103	2.386	376	1.708	55,0	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.758	4.541	323	3.960	2.100	430	3.012	76,1	51	0

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

## - Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
<b>Ver- und Entsorgung</b>										
SHS Energiedienste GmbH	3.106	2.958	36	1.258	5	2	25	2,0	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.680	3.679	18	1.115	0	0	26	2,3	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH*	210	188	21	511	10	0	462	90,4	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.636	3.578	222	941	232	66	225	23,9	49	3
<b>Verkehr</b>										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*	668	599	58	1.949	1.787	2	1.214	62,3	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	63.854	41.631	63	300.574	284.329	26.324	83.583	27,8	710	31
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*	1.141	594	0	1.951	771	337	461	23,6	32	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH*	12.543	11.655	142	9.815	7.613	1.217	4.969	50,6	107	0
Servicegesellschaft Saale mbH	2.314	2.220	0	545	147	12	132	24,2	72	2
<b>Wohnungswirtschaft</b>										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	2.920	2.900	187	1.318	144	41	526	39,9	30	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	50.087	47.096	4.382	324.811	291.313	21.093 <sup>1)</sup>	169.309	52,1	100	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*	91.646	82.393	11.701	591.674	541.213	37.087	258.773	43,7	232	6
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.083	5.073	0	70.802	70.790	0	10	0,0	0	0
<b>Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung</b>										
Bio-Zentrum Halle GmbH*	1.776	1.779	102	10.332	7.571	1.001	6.745	65,3	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*	2.214	5.467	739	20.248	0	0	19.454	96,1	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*	683	0	1	200	38	45	71	35,7	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*	764	403	-221	11.117	10.284	4.208	863	7,8	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH*	2.071	890	51	342	45	9	176	51,5	21	0

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

<sup>1)</sup> inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

## - Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2015

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
<b>Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung</b>										
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*	3.851	3.822	51	31.185	26.812	41	14.498	46,5	4	0
<b>Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport</b>										
Bäder Halle GmbH	5.154	1.021	2	13.529	11.893	959	6.838	50,5	48	1
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH*	6.022	5.627	-309	16.665	13.699	247	5.216	31,3	64	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)*	3.349	3.737	0	2.755	41	10	1.004	36,4	280	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten*	38.591	37.275	-786	36.455	34.137	1.337	19.987	54,8	799	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	61	0	0	52	85,0	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.569	4.943	0	9.972	9.314	293	3.517	35,3	125	8
Oelhafe-Zeyesche-Stiftung	25	0	18	551	311	0	551	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	20.186	18.433	126	56.317	52.394	471	17.175	30,5	362	12
Serva GmbH	2.943	2.935	26	390	11	1	81	20,7	75	0
Stadion Halle Betriebs GmbH*	1.738	1.235	0	1.319	390	19	24	1,8	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	7.789	6.925	151	31.841	30.526	195	18.485	58,1	79	9
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	22	0	16	528	344	0	528	100,0	0	0
<b>Kultur</b>										
Stiftung Händel-Haus	1.248	105	108	16.185	8.575	261	15.655	96,7	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.151	3.452	-1.935	30.446	26.634	804	23.828	78,3	492	7
Zoologischer Garten Halle GmbH*	7.292	1.639	236	23.324	22.387	244	4.232	18,1	96	9
<b>Anstalten des öffentlichen Rechts</b>										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	924	0	12	437	149	25	135	30,9	10	0
Saalesparkasse	142.448 <sup>1)</sup>	0	33.460 <sup>2)</sup>	4.155.255	73.075	2.360	200.849	4,8	724	45

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

<sup>1)</sup> Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

<sup>2)</sup> Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

## - Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
<b>Unternehmenszusammenschluss</b>										
Stadtwerke Halle GmbH	15.970	4.581	5.871	337.761	235.085	22.804	175.260	51,9	87	2
<b>Ver- und Entsorgung</b>										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	9.568	7.399	1.134	64.640	1.286	0	4.606	7,1	41	2
A/V/E GmbH	19.557	18.943	4	4.170	601	43	1.552	37,2	310	14
Cives Dienste GmbH	627	627	23	106	11	0	25	23,6	23	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	111.546	108.544	284	13.478	5.001	2.229	2.136	15,8	261	39
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	4.733	4.555	210	4.669	3.836	431	1.761	37,7	58	0
EVH GmbH	394.919	370.056	13.480	295.543	215.519	13.963	77.917	26,4	271	0
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-48	36	0	0	26	73,3	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	43.552	39.629	1.970	146.208	136.396	8.861	112.808	77,2	220	5
Hafen Halle GmbH	6.212	5.599	-873	15.874	13.490	601	731	4,6	36	3
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	126.534	118.708	9.690	457.578	416.912	25.542	74.198	16,2	605	46
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	39.890	39.590	1.042	32.239	24.991	7	2.192	6,8	0	0
IT-Consult Halle GmbH	23.879	23.254	1.522	8.965	511	255	522	5,8	189	4
Meter1 GmbH & Co. KG	700	636	-582	914	121	79	0	0,0	6	0
Meter1 Verwaltung GmbH	170	162	1	94	0	0	30	31,3	0	0
M-Exchange AG	1.359	1.247	23	795	460	322	287	36,1	3	0
RAB Halle GmbH	5.061	4.920	311	3.443	2.600	520	1.708	49,6	4	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.663	4.601	265	4.369	2.254	164	2.757	63,1	52	0
SHS Energiedienste GmbH	2.924	2.736	36	1.207	21	4	25	2,1	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.086	3.086	13	645	0	0	26	4,0	0	0

## - Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
<b>Ver- und Entsorgung</b>										
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	231	184	48	559	14	17	490	87,6	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.186	4.111	415	1.304	215	66	225	17,2	54	1
<b>Verkehr</b>										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	668	576	46	2.036	1.879	23	1.157	56,8	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	52.765	39.307	23	304.307	290.108	13.139	83.583	27,5	724	30
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.145	609	0	1.760	511	461	461	26,2	30	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	12.584	11.663	163	10.068	7.802	1.138	4.950	49,2	109	0
Servicegesellschaft Saale mbH	2.275	1.938	2	408	189	142	132	32,3	63	1
<b>Wohnungswirtschaft</b>										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.076	3.017	214	1.421	167	45	526	37,0	28	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	48.834	47.307	3.168	325.085	291.212	13.209 <sup>1)</sup>	166.928	51,3	99	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	88.230	82.707	9.448	568.835	516.324	21.917	252.072	44,3	230	5
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.475	5.465	0	72.164	72.151	0	10	0,0	0	0
<b>Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung</b>										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.825	1.810	83	10.658	7.164	1	6.644	62,3	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	1.819	3.207	975	19.652	0	0	18.715	95,2	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	282	0	2	155	0	0	70	45,4	2	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	968	361	-133	7.562	6.406	528	1.084	14,3	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.933	764	-2	287	59	24	125	43,6	23	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.851	4.018	43	32.660	27.308	6	14.447	44,2	5	0

<sup>1)</sup> inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

## - Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2014

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
<b>Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport</b>										
Bäder Halle GmbH	4.931	963	4	12.831	11.587	4.920	6.837	53,3	47	1
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.283	5.897	-205	18.491	14.250	229	5.526	29,9	65	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	6.906	17.688	967	4.556	53	24	1.004	22,0	392	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	36.165	35.198	-560	38.086	34.209	1.533	20.468	53,7	781	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	28	28	1	79	0	0	51	64,1	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.522	4.905	0	10.637	10.050	290	3.517	33,1	108	6
Oelhäfe-Zeyessesche-Stiftung	24	0	15	542	311	0	542	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	19.299	17.473	140	57.203	53.706	762	17.049	29,8	356	13
Serva GmbH	2.840	2.786	6	271	17	1	81	29,8	72	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.561	1.058	0	1.351	476	2	24	1,8	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	7.324	6.459	98	32.094	31.196	285	18.324	57,1	73	7
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	21	0	13	520	344	0	520	100,0	0	0
<b>Kultur</b>										
Stiftung Händel-Haus	1.280	104	124	18.798	8.583	233	17.861	95,0	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.406	3.287	-968	32.999	27.266	1.028	25.763	78,1	477	3
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.789	1.627	247	24.671	24.026	187	3.995	16,2	95	7
<b>Anstalten des öffentlichen Rechts</b>										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	937	0	52	422	132	19	123	29,2	9	0
Saalesparkasse	144.157 <sup>1)</sup>	0	17.850 <sup>2)</sup>	3.782.146	74.609	1.863	198.789	5,3	749	55

<sup>1)</sup> Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

<sup>2)</sup> Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken



## - Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
<b>Unternehmenszusammenschluss</b>										
Stadtwerke Halle GmbH	4.715	3.130	-3.624	343.633	234.490	64.445	169.389	49,3	80	0
<b>Ver- und Entsorgung</b>										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	8.633	5.906	601	66.623	1.286	27	4.073	6,1	44	2
A/V/E GmbH	22.573	22.447	483	5.440	874	266	2.030	37,3	317	14
Cives Dienste GmbH	767	765	87	163	13	15	25	15,4	30	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	112.891	110.306	385	30.096	3.650	487	2.136	7,1	118	16
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.025	4.718	345	4.795	3.707	194	1.601	33,4	56	0
EVH GmbH	421.727	395.974	14.490	312.884	225.686	21.330	77.917	24,9	427	33
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-45	84	0	0	74	88,6	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	42.284	38.936	1.165	145.862	136.942	14.980	110.838	76,0	223	7
Hafen Halle GmbH	4.577	3.668	-1.251	16.421	13.666	295	731	4,5	33	3
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	123.060	117.526	10.620	451.655	410.045	21.040	72.198	16,0	610	59
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	37.005	36.447	386	33.631	27.134	1.910	1.149	3,4	0	0
IT-Consult Halle GmbH	22.428	22.707	1.766	9.970	501	256	522	5,2	183	3
Meter1 GmbH & Co. KG	494	475	-854	641	141	395	363	56,7	6	0
Meter1 Verwaltung GmbH	136	125	1	62	0	0	28	46,3	0	0
M-Exchange AG	1.088	1.045	21	460	232	52	264	57,4	4	0
RAB Halle GmbH	5.013	4.891	302	3.983	2.625	150	1.708	42,9	3	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	4.809	4.761	346	4.657	2.621	313	2.570	55,2	54	0
SHS Energiedienste GmbH	3.012	2.744	-57	1.243	27	4	22	1,8	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.261	3.261	14	668	0	0	26	3,8	0	0

## - Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
<b>Ver- und Entsorgung</b>										
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	269	198	54	801	0	0	696	86,9	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.908	3.789	171	964	230	61	225	23,3	59	1
<b>Verkehr</b>										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	665	596	56	2.206	1.952	137	1.111	50,4	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	55.623	39.605	-560	313.754	300.867	16.145	83.583	26,6	709	31
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	951	623	0	1.331	149	39	461	34,7	29	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	12.535	11.609	57	10.161	8.020	1.332	4.787	47,1	110	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.604	1.595	1	275	82	14	130	47,3	54	0
<b>Wohnungswirtschaft</b>										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.150	2.796	241	1.569	188	51	526	33,5	26	0
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	48.052	46.289	3.009	331.673	299.612	20.084 <sup>1)</sup>	165.760	50,0	98	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	86.604	80.543	8.900	559.934	507.758	34.858	247.623	44,2	233	6
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.661	5.651	0	73.530	73.513	0	10	0,0	0	0
<b>Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung</b>										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.845	1.761	98	10.937	8.258	97	6.561	60,0	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	1.398	1.206	334	18.811	1	2	17.739	94,3	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	234	0	3	168	0	0	68	40,7	2	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	2.263	396	-847	6.542	6.212	571	1.217	18,6	3	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.694	530	-8	343	64	36	127	37,1	22	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.206	3.996	116	34.159	30.979	29	14.405	42,2	5	0

<sup>1)</sup> inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

## - Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2013

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
<b>Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport</b>										
Bäder Halle GmbH	4.915	1.014	-6	11.859	7.155	2.560	5.543	46,7	45	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	5.839	5.374	-325	19.405	15.374	533	5.731	29,5	65	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	7.771	1.179	0	16.073	52	24	37	0,2	552	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	34.097	32.831	-84	41.201	34.006	796	21.029	51,0	719	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	8	8	1	57	0	0	50	87,7	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.386	4.653	0	11.591	10.868	310	3.518	30,3	103	9
Oelhäfe-Zeyessesche-Stiftung	42	0	15	535	311	0	535	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	19.092	16.895	146	57.998	54.762	604	16.909	29,2	390	14
Serva GmbH	617	607	4	150	22	13	81	54,0	38	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.347	843	0	1.205	580	0	24	2,0	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	6.926	5.149	-153	32.486	31.711	319	18.226	56,1	63	4
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	21	0	14	515	344	0	515	100,0	0	0
<b>Kultur</b>										
Stiftung Händel-Haus	299	78	-89	19.753	8.548	70	18.719	94,8	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	4.117	3.518	187	32.433	27.657	802	26.731	82,4	481	3
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.539	1.400	-535	25.934	25.603	234	3.749	14,5	98	9
<b>Anstalten des öffentlichen Rechts</b>										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	996	0	59	362	133	20	71	19,7	9	0
Saalesparkasse	146.607 <sup>1)</sup>	0	23.436 <sup>2)</sup>	3.818.363	80.560	1.687	196.739	5,2	755	54

<sup>1)</sup> Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

<sup>2)</sup> Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

## **2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE**

## **Abschreibung**

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

### **Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)**

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

### **Abschreibungsarten**

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

### **Abschreibungsmethoden**

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

### **Abschreibungen (Bedeutung)**

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

## **Anlagevermögen**

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

### **Anlagevermögen (Zusammensetzung)**

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

## **Bilanz**

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit Aktiva = Passiva.

## **Cashflow**

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

### **Cashflow (Berechnung)**

Die Grundlage für die Berechnung des Cashflows bildet das Jahresergebnis. Dieses wird um die nicht liquiditätswirksamen Aufwands- und Ertragspositionen bereinigt. In der Mehrzahl der Fälle wird der Cashflow hinreichend genau aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen ermittelt. Sofern von Relevanz, können zusätzlich die Veränderungen der Rückstellungen und die Auflösung des Sonderpostens zur Ermittlung des Cashflow herangezogen werden.

## **Cashflow (Beurteilung)**

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

## **Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)**

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

## **Investition**

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

## **Jahresergebnis/Bilanzergebnis**

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

## **Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)**

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

## **Rückstellungen**

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

## **Sonderposten**

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

## **Umlaufvermögen**

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).



## **Verlustvortrag**

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, können in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Weiterhin ist seit dem Jahr 2004 der Verlustvortrag unbeschränkt mit 1 Mio. Euro (2 Mio. Euro bei Zusammenveranlagung) möglich. Der danach verbleibende Rest des Gesamtbetrags der Einkünfte darf durch den verbleibenden Verlustvortrag um 60 % gemindert werden (ein Rest von 40 % des Gesamtbetrags der Einkünfte, soweit er über 1 Mio. Euro - bzw. 2 Mio. Euro - reicht, bleibt steuerpflichtig). Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen.

(Quelle: Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, 18., aktualisierte und erweiterte Auflage 2014, Springer Fachmedien Wiesbaden)

## **2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN**

## Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

### Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses, Steuern und außerordentlicher Positionen dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

### Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

## Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn/Bilanzverlust)}}$$

### Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Aktionären zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist (Leverage Effekt).

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

### Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

## Cashflow

**Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung**  
**+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen**  
**+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes**  
**+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens**  
**= Cashflow**

### Kennzahlen-Aussage

Der Cashflow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cashflow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

### Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cashflow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

## Gesamtleistung je Mitarbeiter

**Umsatzerlöse**  
**+/- Bestandsveränderungen**  
**+ aktivierte Eigenleistungen**  
**+ sonstige betriebliche Erträge**

---

**Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt**

### Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

### Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

## Personalaufwandsquote

$$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatzerlöse} \pm \text{Bestandsveränderungen} + \text{aktivierte Eigenleistungen} + \text{sonstige betriebliche Erträge}}$$

### Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

### Kennzahlen-Herkunft

Neben dem reinen Personalaufwand sind die Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen sowie die sozialen Abgaben. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

## Sachanlagenintensität

$$\frac{\text{Sachanlagen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

### Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

### Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

## Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

### Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

### Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und/oder Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss. Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

## Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

### Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

### Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

## **3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG**

**Unternehmenszusammenschluss**

**Ver- und Entsorgung**

**Verkehr**

**Wohnungswirtschaft**

**Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung**

**Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport**

**Kultur**

**Anstalten des öffentlichen Rechts**

## **3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS**



## Stadtwerke Halle GmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
<b>Anschrift:</b>	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	
<b>Rechtsform:</b>	GmbH	
<b>Stammkapital in T€:</b>	30.000	
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€            %</b>
	Stadt Halle (Saale)	30.000        100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafendienst, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

### Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>	Vorsitzender	Lux, Matthias Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	
	Arbeitsdirektor	Walther, René	
<b>Aufsichtsrat:</b>	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(bis 18.12.2015)
		Allner, Jürgen	(bis 04.11.2015)
		Berend, Stephanie	
		Doege, Eberhard Dr. Brock, Inés	(seit 25.06.2015)

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

## Aufsichtsrat:

Dr. Meerheim, Bodo  
 Gärtner, Steffen  
 Hilbig, Stefan  
 Kocian, Burkhard  
 Krause, Johannes  
 Liedtke, Monika  
 Nagel, Elisabeth  
 Otto, Renate  
 Richter, Ulrich (seit 04.11.2015)  
 Scholtyssek, Andreas  
 Wehrich, Dietmar (bis 25.06.2015)  
 Wolter, Tom

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	30	29	32

## c) Beteiligungen

### unmittelbar

	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L.	8	30,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	150	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
M-Exchange AG	7	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
SHS Energiedienste GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel GmbH	317	1,57

<b>mittelbar</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka GmbH	2	0,63
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	29.250	22,88
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		41,36
GESY Green Energy Systems GmbH		0,39
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
M-Exchange Solutions GmbH	1	1,75
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	9	11,82
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	25	100,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
Solarpark Pritzen GmbH	2	6,11
Trianel Energie B.V.	1	1,57
Trianel Erdgasförderung Nordsee Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		6,11
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	2	6,11
Trianel Finanzdienste GmbH	39	1,57
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kraftwerk Krefeld Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	4	16,69
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland GmbH & Co. KG		16,69
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland Verwaltungs GmbH	4	16,69
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		16,69
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	4	16,69
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG		16,69
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		16,69
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	4	16,69
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	4	16,69
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		16,69
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		16,69
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		16,69

## mittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	4	16,69
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		16,69
Trianel Service GmbH	8	1,57
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,57
Wertstoffaufbereitung GmbH Riethordhausen	8	25,50
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		9,27
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		11,92
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		6,87

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	259.306	76	235.085	70	234.490	68	24.221	10
Umlaufvermögen	80.225	24	102.222	30	108.700	32	-21.997	-22
Rechnungsabgrenzungsposten	333	0	454	0	443	0	-121	-27

### Bilanzsumme

<b>339.864</b>	<b>100</b>	<b>337.761</b>	<b>100</b>	<b>343.633</b>	<b>100</b>	<b>2.103</b>	<b>1</b>
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

### Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	187.848	55	175.260	52	169.389	49	12.588	7
Rückstellungen	8.682	3	14.994	4	13.812	4	-6.312	-42
Verbindlichkeiten	143.149	42	147.294	44	160.181	47	-4.145	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	185	0	213	0	251	0	-28	-13

### Bilanzsumme

<b>339.864</b>	<b>100</b>	<b>337.761</b>	<b>100</b>	<b>343.633</b>	<b>100</b>	<b>2.103</b>	<b>1</b>
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.663	4.581	3.130
sonstige betriebliche Erträge	21.292	11.389	1.585
Personalaufwand	6.999	6.777	6.205
Abschreibungen	152	151	141
sonstige betriebliche Aufwendungen	11.907	6.186	5.905
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	31.388	25.072	27.192
Erträge aus Beteiligungen	2.696	814	1.973
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.186	1.266	624
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.907	2.241	541
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	766	873	1.868
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	19.264	19.816	20.852
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.890	2.838	1.744
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19.154	8.722	-1.670
außerordentliche Aufwendungen	951	1.340	1.304
außerordentliches Ergebnis	-951	-1.340	-1.304
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.615	1.507	648
sonstige Steuern	0	4	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12.588	5.871	-3.624
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	12.588	5.871	-3.624

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	269,96	128,17	-115,79	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,18	3,47	-2,09	%
Cash-Flow:	32.003	25.839	17.369	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	298	184	59	T€
Personalaufwandsquote:	26,97	42,43	131,60	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,88	0,12	0,14	%
Eigenkapitalquote:	55,27	51,89	49,29	%
Fremdkapitalquote:	44,73	48,11	50,71	%

**ee) Leistungsdaten**

keine Angaben

## e) Lagebericht

### 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
  - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

### 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

### 3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
  - 3.1.1. Compliance-Management System
  - 3.1.2. Erwerb des Verwaltungsgebäudes „Spitze“
  - 3.1.3. Neues Ausbildungszentrum
  - 3.1.4. Umsetzung weiterer Effizienzpotentiale
  - 3.1.5. Unternehmenstransparenz
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
  - 3.3.1. Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern
  - 3.3.2. Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns
  - 3.3.3. Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

### 4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
  - 4.2.1. Finanzmanagement
  - 4.2.2. Kapitalstruktur
  - 4.2.3. Investitionen
  - 4.2.4. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage zur Lage

### 5. Nachtragsbericht

### 6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
  - 6.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
  - 6.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems
  - 6.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation
- 6.2. Chancen und Risiken

### 7. Prognosebericht

- 7.1. Ergebniserwartung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung

## 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

### 1.1. Geschäftsmodell

In der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) bündelt die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen der kommunalen Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). Die Zusammenfassung unter dem Dach der Holding zielt auf eine einheitliche Steuerung zueinander affiner Unternehmen und der Ermöglichung von Größen- und Synergievorteilen.

#### 1.1.1. Struktur und Beteiligungen



In Verfolgung des Geschäftsmodells vereinen wir als Muttergesellschaft der SWH-Gruppe in unserem Beteiligungsportfolio unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 32 Unternehmen. Die wirtschaftliche Betätigung unserer Beteiligungen erstreckt sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr und Hafendienstleistungen sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbringen wir zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Personalmanagement, Revision, Compliance, interne/externe Kommunikation und Image-Marketing, Beteiligungscontrolling, Finanz- und Cashpool-Management sowie Unternehmensbewertungen und Projektkoordination.

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance/Konzernrevision, Unternehmensentwicklung sowie Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Finanzmanagement/Cash-Pool und Risikomanagement) und Ansiedlungsmanagement gegliedert.

#### 1.1.2. Geschäftsfelder

Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die strategischen Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität und Logistik“ und „Services“ entsprechend nachfolgender Übersicht:

Energie	Wasser & Entsorgung	Mobilität & Logistik	Services
<b>EVH GmbH</b> 100 % SWH	<b>Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH</b> 100 % SWH	<b>Hallesche Verkehrs AG</b> 100 % SWH	
<b>Energieversorgung Halle Netz GmbH</b> 100 % EVH	<b>Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau</b> 100 % SWH	<b>Hafen Halle GmbH</b> 100 % SWH	<b>IT-Consult Halle GmbH</b> 100 % SWH
<b>Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH</b> 100 % EVH	<b>RAB Halle GmbH</b> 100 % SWH	<b>OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH</b> 51 % HAVAG	<b>FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH</b> Komplementär 100 % SWH
<b>Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH</b> 50 % SWH	<b>TELONON Abwasserbehandlung GmbH</b> 100 % SWH	<b>Saalebus GmbH</b> 100 % HAVAG	<b>Maya mare GmbH &amp; Co. KG</b> Kommanditist 82,4 % SWH Kommanditist 12,5 % HWS
<b>Meter1 Verwaltung GmbH</b> 33,3 % EVH	<b>Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH</b> 60 % HWS	<b>Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH</b> 10,95 % HAVAG	<b>Bäder Halle GmbH</b> 100 % SWH
<b>Meter1 GmbH &amp; Co. KG</b> Kommanditist 33,3 % EVH	<b>Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH</b> 50 % SWH	<b>Einkaufs- u. Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH</b> 0,63 % HAVAG	<b>W+H Wasser und Haustechnik GmbH</b> 100 % HWS
<b>Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)</b> 20 % SWH	<b>RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH</b> 50 % SWH		<b>SHS Energiedienste GmbH</b> 100 % SWH
<b>Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH &amp; Co. KG</b> Kommanditist 16,5 % EVH			<b>Cives Dienste GmbH</b> 100 % HWS
<b>Trianel Erneuerbare Energien GmbH &amp; Co. KG</b> Kommanditist 3,8 % EVH			<b>Servicegesellschaft Saale mbH</b> 51 % HAVAG
<b>Trianel GmbH</b> 1,57 % SWH			<b>A/V/E GmbH</b> 23,9 % SWH
			<b>M-Exchange AG</b> 7 % SWH
	 Geschäftsfeldführungsgesellschaft		
	 Tochterunternehmen, Beteiligung		

## 1.2. Ziele und Strategien

Unsere Ziele sind auf den Ausbau der Ertragskraft, der dauerhaften Sicherung der Finanzierungsfähigkeit für Investitionen in der SWH-Gruppe sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt ausgerichtet. Wir verfolgen diese Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen und Standards.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogene Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Wir überprüfen die Strategien regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungswürdigkeit.

Im Ergebnis der auf die Prozessoptimalität ausgerichteten Strategien wurde im vierten Quartal 2012 das Programm „Exzellenz plus 20“ eingeleitet. Mit dem konzernweit koordinierten Programm verfolgen wir das verbindliche Ziel, im Mittelfristzeitraum weitere Effizienzpotentiale zu erschließen. Im Ergebnis der Exzellenz-Initiative wurden über 180 Projekte identifiziert. Die Projekte wurden im Geschäftsjahr 2015 nahezu vollständig umgesetzt.

## 1.3. Steuerung

Wir steuern die SWH-Gruppe im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Prozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden. Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Beteiligungsunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser & Entsorgung, Mobilität & Logistik sowie Services. Die Instrumente der Steuerung sind fortlaufende Quartalsgespräche mit jeder direkten 100%-Beteiligung sowie monatliche Berichterstattungen und Abweichungsanalysen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung).

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschafts-/Gewebesteuer und Kapitalertragssteuer. Der vorgenannte Netto-Cashflow ist die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit der SWH-Gruppe erfolgt durch Verwendung finanzieller Kennzahlenbündel, mit denen quantitative Rationalelemente teil-simuliert werden. Hierdurch werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. des Jahresabschlusses auf die Bonität abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung des Beteiligungsportfolios.

## 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Oktober 2015 wurde in der Stadtwerke Halle GmbH der Bereich Ansiedlungsmanagement der SWH-Gruppe neu geschaffen, weitere Veränderungen wurden nicht vorgenommen, die Organisation und Struktur der Gesellschaft hat sich bewährt.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschland im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.



## 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

## 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710). Auf Grund unserer hohen Vorhaltekosten für die Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsinfrastrukturen eine erfreuliche Entwicklung.

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

#### 3.1.1. Compliance-Management System

Im Zuge des weiteren Ausbaues des Compliance-Management-Systems (CMS) der Stadtwerke Halle Gruppe wurde ein Verhaltenskodex im Wege einer Konzernbetriebsvereinbarung in Kraft gesetzt. Der Verhaltenskodex ist für uns wesentlicher Bestandteil unserer compliance-konformen Unternehmenskultur. Er unterstützt unsere Mitarbeiter in ihren täglichen Handlungs- und Entscheidungssituationen. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurden die Führungskräfte aller Stadtwerkeunternehmen im Umgang mit dem Verhaltenskodex und in Bezug auf Korruptionsprävention mit dem Ziel der Weitervermittlung an alle Mitarbeiter geschult.

#### 3.1.2. Erwerb des Verwaltungsgebäudes „Spitze“

Zum 30.12.2015 haben wir das bisher gemietete Verwaltungsgebäude unseres Firmensitzes erworben. Im Vorgriff auf den Erwerb schied die EVH aus dem Mietvertrag mit dem Alt-Vermieter aus, so dass SWH als Alleinmieterin verblieb. EVH mietet die Flächen seither von der SWH.

#### 3.1.3. Neues Ausbildungszentrum

Im Dezember 2015 fiel die Entscheidung zur Errichtung eines neuen Ausbildungszentrums für gewerblichen und kaufmännischen Berufsausbildungen der Stadtwerke-Gruppe. Hierzu wird die alte Wasseraufbereitungsanlage des Kraftwerkes Dieselstraße umgebaut. Im Vorgriff der demographischen Entwicklung stellt das Ausbildungszentrum für uns ein zentrales Element im zukünftigen Wettbewerb um junge Talente dar.

#### 3.1.4. Umsetzung weiterer Effizienzpotentiale

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Untersuchungen in den Bereichen Einkauf, Facility-Management, IT Services sowie Abrechnung/Kunden zur Identifikation begonnen weiterer Optimierungspotentiale begonnen. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurden die Maßnahmenkataloge abgeschlossen und die mit den Umsetzungen begonnen. Die Effekte beziffern sich auf rund 0,5 Mio. EUR. Zusammen mit den Ergebnissen des Effizienzsteigerungsprogramms „Exzellenz plus 20“ sind die erreichten Resultate sehr zufriedenstellend.

#### 3.1.5. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz wurden die jährlichen Übersichten zu allen von den Stadtwerken Halle-Gruppe abgeschlossenen Werbevereinbarungen sowie Werbepartner und zu allen von den Stadtwerken Halle-Gruppe geleisteten Spenden für das Jahr 2015 erstellt und im Internet veröffentlicht.

Ebenso wurden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage veröffentlicht.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Maßgeblich für die Holding sind die Marktbeziehungen unserer Beteiligungen, die sich nach wie vor einem hohen Erlös- und Kostendruck auf ihren jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkten stellen müssen. Zugleich bestehen weiterhin hohe Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit der Produkte und Dienstleistungen. Wir sehen uns deshalb auch weiterhin veranlasst, gezielt nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen und diese konsequent umzusetzen.

Darüber hinaus haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für die Ergebnispotentiale unserer Beteiligungsunternehmen. Bezugsseitig haben die Preise für Gas, Kohle, erneuerbare Energien sowie für CO<sub>2</sub>-Zertifikate und Wasserpreise den größten Einfluss auf die Kostenentwicklung unserer Beteiligungen, wobei absatzseitig weiterhin nur geringe Preisspielräume aufgrund der fortgesetzt hohen Wettbewerbsintensitäten bestehen.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

#### 3.3.1. Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern

Seit 01.01.2015 finden die „Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff“ (GoBD) Anwendung. Die GoBD wurden durch das Bundesfinanzministerium am 14. November 2014 veröffentlicht und lösen die „Grundsätze zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen“ (GDPdU) und die „Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme“ (GoBS) ab.

Hiermit im Zusammenhang stehend wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV im Rahmen der Prüfung des internen Kontrollsystems (IKS) mit der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit und Sicherheit des SAP-Systems beauftragt. Die Ergebnisse der Untersuchung liegen vor und haben zu einigen Anpassungsmaßnahmen geführt. Weitere Prüfungen des IKS erfolgen im Geschäftsjahr 2016.

#### 3.3.2. Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns

Seit dem 1. Januar 2015 gilt auf Basis Mindestlohngesetzes (MiLoG) ein bundesweiter branchenunabhängiger gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 € brutto je Arbeitsstunde. Das MiLoG hat nur relativ geringe pekuniäre Auswirkungen auf die Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe. Änderungen durch die Entgeltregelungen betreffen die Unternehmen Cives Dienste GmbH, Maya Mare GmbH & Co.KG und Service Gesellschaft Saale mbH.

Nach dem MiLoG kann der Auftraggeber für vom Auftragnehmer unterlassene Mindestentlohnung in Anspruch genommen werden. Aus diesem Grund haben die Stadtwerkeunternehmen entsprechende Verpflichtungserklärungen von ihren Auftragnehmern eingeholt und die gesetzliche Neuregelung in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen aufgenommen.

Mit dem Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes ging zudem die Verpflichtung einher, Arbeitsleistungen bestimmter Mitarbeitergruppen, deren verstetigtes regelmäßiges Monatsentgelt 2.958 € brutto nicht überschreitet, binnen 7 Tagen zu dokumentieren und mindestens 2 Jahre aufzubewahren. Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen wurden umgesetzt.

#### 3.3.3. Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Im März 2015 wurde das „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ durch den Bundestag verabschiedet. Es verpflichtet bestimmte Unternehmen, künftig Geschlechterquoten für Aufsichtsratsgremien, Vorstand und die oberen Managementebenen zu erfüllen. Für die SWH-Gruppe wurde ein Frauenanteil für die Geschäftsführungs- bzw. Vorstandsebene von ca. 22 % und für die erste und zweite Führungsebene von ca. 32% bis zum Jahr 2017 festgelegt und vom Aufsichtsrat beschlossen.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ausschlaggebend für den Erfolg der Holding ist der Saldo aus den Organschaftsverhältnissen mit unseren Tochterunternehmen.

Direkte Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsverträge bestehen zur EVH GmbH; Hafen Halle GmbH, Hallesche Verkehrs AG, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, IT-Consult Halle GmbH, RAB Halle GmbH, SHS Energiedienste GmbH und zur TELONON Abwasserbehandlung GmbH

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	Ist	Plan	Ist	Veränderung	
	2014	2015	2015	zu 2014	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	in %
EVH GmbH	13.479,7	12.622,0	19.377,9	5.898,2	43,8
Hafen Halle GmbH	-872,7	-781,0	-765,5	107,2	-12,3
Hallesche Verkehrs AG	22,6	0,0	63,5	40,9	180,9
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	9.690,4	8.700,0	9.478,8	-211,7	-2,2
IT-Consult Halle GmbH	1.522,1	1.467,3	2.188,9	666,8	43,8
RAB GmbH	311,2	300,0	224,9	-86,3	-27,7
SHS Energiedienste GmbH	32,5	32,0	35,8	3,3	10,3
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	13,3	10,0	17,9	4,5	33,9
<b>Saldo aus Organschaft</b>	<b>24.199,1</b>	<b>22.350,3</b>	<b>30.622,0</b>	<b>6.422,9</b>	<b>26,5</b>

#### 4. Lage der Gesellschaft

##### 4.1. Ertragslage

Wir konnten das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 13,0 Mio. EUR (Plan: 4,5 Mio. EUR) abschließen. Dieses sehr erfolgreiche Ergebnis ist sowohl durch (positive und negative) Einmaleffekte geprägt, als auch durch eine verbesserte Perspektive in der Energieerzeugung.

Der handelsrechtliche Erfolgsausweis wird durch die zwischen Stadt Halle (Saale) und SWH getroffenen Modalitäten zur Finanzierung des ÖPNV maßgeblich beeinflusst und verzerrt. Für die Analyse und Beurteilung der Ertragslage werden diese Modalitäten deshalb isoliert ausgewiesen:

Ertragslage (angepasst)		Vorjahr	2015	Veränderung	
		Mio. €	Mio. €	Mio.€	%
Umsatzerlöse		4,6	4,7	0,1	1,8
Übrige betriebliche Erträge	+	11,4	21,3	9,9	87,0
Personalaufwand	./.	6,8	7,0	0,2	3,3
Übrige betriebliche Aufwendungen	./.	26,0	31,2	5,2	19,9
Ergebnis aus Beteiligungen und Zinserträge aus Ausleihungen	+	26,3	34,5	8,2	31,3
<b>EBITDA</b>		<b>9,5</b>	<b>22,3</b>	<b>12,8</b>	<b>135,4</b>
Erträge ÖPNV		10,4	10,0	-0,4	-3,8
Aufwand ÖPNV		19,4	18,8	-0,6	-3,2
Saldo ÖPNV	+	9,0	8,8	-0,2	-2,4
<b>EBITDA (vor ÖPNV)</b>		<b>18,5</b>	<b>31,1</b>	<b>12,6</b>	<b>68,3</b>
Abschreibungen	./.	0,2	0,2	0,0	0,3
<b>EBIT</b>		<b>18,3</b>	<b>30,9</b>	<b>12,6</b>	<b>68,9</b>
Zinsergebnis	+	-0,6	-3,0	-2,4	<100
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)</b>		<b>17,7</b>	<b>27,9</b>	<b>10,2</b>	<b>57,7</b>
außerordentliche Aufwendungen	./.	1,3	1,0	-0,4	-29,0
Ertragssteuern	./.	1,5	5,6	4,1	>100
Sonstige Steuern	./.	0,0	0,0	0,0	-87,0
<b>Jahresüberschuss (vor ÖPNV)</b>		<b>14,9</b>	<b>21,4</b>	<b>6,5</b>	<b>43,8</b>
Saldo ÖPNV	./.	-9,0	-8,8	0,2	-2,4
<b>Jahresüberschuss</b>		<b>5,9</b>	<b>12,6</b>	<b>6,7</b>	<b>&gt;100</b>

Die **Umsatzerlöse** bewegten sich auf Vorjahresniveau. Die Position enthält im wesentlichen Entgelte für die Leistungen unserer zentralen Dienstleistungsbereiche Personal, Kommunikation, Recht und Revision/Compliance.

Die **übrigen betrieblichen Erträge** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9,9 Mio. EUR (+87 %). Dieses war hauptsächlich Folge der Neubewertung von Risiken, die im Jahresabschluss 2013 im Zusammenhang mit der damaligen wirtschaftlichen Schieflage der Heizkraftwerk Halle-Trotha (KWT) bilanziert wurden. Durch jeweils gleichhohe Forderungsverzichte der Gesellschafterinnen der KWT (SWH, 50%) sowie durch eine Umstellung der Fahrweise der hocheffizienten GuD-Anlage konnte die Fortführung der Gesellschaft bis mindestens 2018 bei vollständiger Bedienung des Kapitaldienstes sichergestellt werden. In Folge dessen wurden die im Jahr 2013 bilanzierten und nunmehr auszuschließenden Risiken ertragswirksam ausgebucht.

Darüber hinaus führte die Umstellung des Mietverhältnisses mit der EVH zu höheren Mieteinnahmen.

Der Anstieg des **Personalaufwandes** um 0,2 Mio. EUR auf 7,0 Mio. EUR (+3,3 %) ist tarifärer Natur.

Die **übrigen betrieblichen Aufwendungen** sind wesentlich durch den Betriebskostenzuschuss für den ÖPNV geprägt.

Übriger betrieblicher Aufwand	Vorjahr	2015	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	%
Abschreibungen auf Finanzanlagen auf WP des Umlaufvermögens	19,8	19,3	-0,6	-2,8
<i>dar. Abschreibung der Einlage in die HAVAG (Zuschuss ÖPNV)</i>	<i>19,4</i>	<i>18,8</i>	<i>-0,6</i>	<i>-3,2</i>
sonstiger betrieblicher Aufwand	6,2	11,9	5,7	92,5
<b>Übriger betr. Aufwand (vor ÖPNV)</b>	<b>26,0</b>	<b>31,2</b>	<b>5,2</b>	<b>19,9</b>

Die Abschreibungen der als Einlage in die HAVAG geleisteten ÖPNV-Zuschüsse lagen um 0,6 Mio. EUR oder -2,8 % unter dem Vorjahreswert. Dagegen stiegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 5,7 Mio. EUR (+92,5 %) auf 11,9 Mio. EUR. Der Anstieg resultierte aus den höheren Mietaufwendungen für das Verwaltungsgebäude „Spitze“ sowie durch die Aufwendungen aus der Ausübung des Forderungsverzichtes gegenüber der KWT (korrespondierend zu den sonstigen betrieblichen Erträgen).

Das **Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen** stieg im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 8,2 Mio. EUR (oder +31 %) auf 34,5 Mio. EUR.

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	Vorjahr	2015	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	%
Saldo aus Organschaftsverhältnissen	24,2	30,6	6,4	27
Beteiligungserträge	0,8	2,7	1,9	>100
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1,3	1,2	-0,1	-6
<b>Gesamt</b>	<b>26,3</b>	<b>34,5</b>	<b>8,2</b>	<b>31</b>

Dieses ist auf die äußerst erfreuliche Ergebnisentwicklung unseres Beteiligungsportfolios zurückzuführen. Bis auf die RAB GmbH konnten alle Gesellschaften im Organkreis der SWH mit über den Erwartungen liegenden Jahresüberschüssen abschließen (vgl. Übersicht unter Punkt 3.4). Hierzu trugen unterschiedliche Einmaleffekte auf Ebene der Tochterunternehmen von zusammen ca. 4 Mio. EUR bei.

Die Zunahme der Beteiligungserträge war hauptsächlich durch Ausschüttungen der Abfallwirtschaft Halle-Lochau GmbH (AWH) zurückzuführen.

Das **EBITDA** stieg im Vorjahresvergleich um 12,8 Mio. EUR (+135 %) auf 22,3 Mio. EUR. Der Anstieg ist auf die höheren übrigen betrieblichen Erträge (als Folge der Neubewertung der Risiken in Bezug auf die KWT) sowie insbesondere auf die deutlich stärkere Ertragskraft der Tochterunternehmen zurückzuführen.

Das **EBITDA (vor ÖPNV)** gibt das operative Ergebnis der SWH vor Kapitaldienst und anderer Verpflichtungen - wie etwa der Bezuschussung des ÖPNV - wider. Im Ergebnis der vorgenannten Entwicklungen konnte das EBITDA (vor ÖPNV) um 12,6 Mio. EUR auf 31,1 Mio. EUR zulegen (+ 68 %).

Die **Abschreibungen** entsprachen nahezu dem Wert des Vorjahres. Das **Zinsergebnis** wurde durch steuerliche Einmaleffekte beeinflusst und verringerte deutlich um -2,4 Mio. EUR. auf -3,0 Mio. EUR. Aus der laufenden betriebssteuerlichen Außenprüfung des SWH-Organkreises für die Jahre 2007-2010 können Steuernachzahlungen nicht ausgeschlossen werden. Im Jahresabschluss wurden deshalb entsprechende Risiken berücksichtigt. Die Nachverzinsung der möglichen Steuerschuld ist im Zinsaufwand abzubilden. Ohne diesen Effekt läge das Zinsergebnis auf Vorjahresniveau.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)** umfasst alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio des SWH. Im Vergleich zum Vorjahr 2014 konnte es um 10,2 Mio. EUR bzw. +58 % auf 28 Mio. EUR anwachsen. Der Anstieg ist auf die sehr guten Ergebnisbeiträge unseres Beteiligungsportfolios und auf die Neubewertung der KWT-Risiken zurückzuführen.

Die **außerordentlichen Aufwendungen** betrafen den aus Eigenmitteln der SWH finanzierten Betriebskostenzuschuss für das Freizeitbad Maya mare. Dieser konnte zum zweiten Mal in Folge reduziert werden.

Die **Ertragssteuern** stiegen um 4,1 Mio. EUR hauptsächlich durch die bilanzielle Berücksichtigung von Steuernachzahlungs-Risiken.

Der **Jahresüberschuss (vor ÖPNV)** stieg –abgemildert durch den vorgenannten Steuereffekt – um 6,5 Mio. EUR oder +44 % auf 21,4 Mio. EUR.

## 4.2. Finanzlage

### 4.2.1. Finanzmanagement

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzerneinheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie geregelt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzerntweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei einlagengesicherten deutschen Banken getätigt.

### 4.2.2. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr 2015 konnte das **Eigenkapital** in Höhe des Bilanzgewinns um 12,6 Mio. EUR erhöht werden, dieses entspricht einer Zunahme von 7,2 %. Der aktuelle Eigenkapitalausweis in Höhe von 187,8 Mio. EUR entspricht einer Eigenkapitalquote von 55,5 % (Vorjahr 51,9 %).

Die **Finanzverbindlichkeiten** betragen zum Bilanzstichtag 73,9 Mio. EUR; dieses bedeutet zum entsprechenden Vorjahresausweis von 76,7 Mio. EUR eine tilgungsbedingte Abnahme von 2,9 Mio. EUR bzw. 3,7 %.

Die **liquiden Mittel** (ohne die Cash-Pool-Guthaben der Tochter- und Beteiligungsunternehmen) betragen -26,9 Mio. EUR und verringerten sich zum Vorjahr um 30,9 Mio. EUR. Hintergrund der Entwicklung war der Erwerb des Verwaltungsgebäudes (temporär über den Cash-Pool). Darüber hinaus wurden die aus der laufenden Betriebsprüfung drohenden Steuernachzahlungen im Wege der Vorauszahlung geleistet, um weitere Verzugszinsen zu vermeiden. Unter Berücksichtigung der Abnahme der liquiden Mittel stiegen die **Nettoschulden** um insgesamt 24,0 Mio. EUR bzw. um 31,3 % auf 100,6 Mio. EUR.

Durch den deutlichen Anstieg des EBITDA (vor ÖPNV) von 12,6 Mio. EUR auf 31,1 Mio. EUR konnte die die Net Debt/EBITDA-Ratio trotz des stichtagsbezogenen Anstiegs der Nettoverschuldung von 4,2 auf 3,2 verbessert werden.

Nettoschulden	2014	2015	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Finanzverbindlichkeiten	76,7	73,9	-2,8	-3,7
Liquide Mittel	0,1	-26,7	-26,8	<100
<b>Nettoschulden</b>	<b>76,6</b>	<b>100,6</b>	<b>24,0</b>	<b>31,3</b>
EBITDA (vor ÖPNV)	18,5	31,1	12,6	68,3
<b>Nettoschulden/EBITDA (vor ÖPNV)</b>	<b>4,2</b>	<b>3,2</b>		<b>-22,0</b>

Die Finanzverbindlichkeiten umfassen Bankdarlehen in Höhe von 15,9 Mio. EUR (Vorjahr 18,7 Mio. EUR) und Schuldscheindarlehen/Namensschuldverschreibungen in Höhe von 58,0 Mio. EUR. Die Finanzverbindlichkeiten haben eine durchschnittliche Restlaufzeit von 6,4 Jahren. Die Restlaufzeit der Bankverbindlichkeiten beträgt 5,6 Jahre. Die Bankdarlehen werden auf Basis des 3-, bzw. 6-Monats-Euribor verzinst. Den Geschäftsbanken wurden Non-Financial-Covenants in Form von Negativ- und Gleichbehandlungserklärungen eingeräumt.

Die Schuldscheindarlehen aus der erfolgreichen Begebung im Geschäftsjahr 2013 wurden in Höhe von 38 Mio. EUR zu identischen Konditionen an unsere Tochterunternehmen EVH GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH weiterkreditiert.

#### 4.2.3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2015 erfolgten Investitionen in einem Umfang von 43,7 Mio. EUR. Hiervon entfielen für den Erwerb des Verwaltungsgebäudes „Spitze“ 23 Mio. EUR. Die verbleibenden Beträge betrafen Kapitaleinlagen in die HWS (Senkung des Fremdkapitalanteils) und HAVAG (Einlage des Betriebskostenzuschusses für den ÖPNV).

#### 4.2.4. Liquidität

Der Finanzmittelfond verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 30,8 Mio. EUR.

<b>Kapitalflussrechnung (Kurzfassung)</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	29,6	19,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-20,6	-43,5
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-11,0	-6,3
<b>Zahlungswirksame Veränderungen</b>	<b>-2,0</b>	<b>-30,8</b>
Finanzmittelfond zum 01.01.	59,6	57,6
<b>Finanzmittelfond zum 31.12.</b>	<b>57,6</b>	<b>26,8</b>

Hierbei verringerte sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit um -10,6 Mio. EUR auf 19,0 Mio. EUR. Wesentlich hierfür waren die KWT betreffenden Vorgänge (Forderungsverzicht, Auflösung von Rückstellungen), die Steuerbelastungen und gestiegene Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit umfasste die Einlagen in die Kapitalrücklagen der HAVAG und der HWS sowie den Erwerb des Verwaltungsgebäudes.

Der Cash-outflow aus der Finanzierungstätigkeit ist Folge der planmäßigen Tilgung der Finanzverbindlichkeiten (-2,8 Mio. EUR) sowie der Abnahme der Stichtagsliquidität der am Cashpool beteiligten Unternehmen.

#### 4.3. Vermögenslage

Bilanz SWH (Kurzfassung)	2014	2015	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
<b>Anlagevermögen</b>	<b>235,1</b>	<b>259,3</b>	<b>24,2</b>	<b>10,3</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,1	0,1	0,0	-23,7
Sachanlagen	0,4	23,4	23,0	>100
Finanzanlagen	234,5	235,8	1,3	0,5
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>102,7</b>	<b>80,6</b>	<b>-22,1</b>	<b>-21,5</b>
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	44,4	53,3	8,9	20,0
Wertpapiere und liquide Mittel	57,8	26,9	-30,9	-53,5
Rechnungsabgrenzungsposten	0,5	0,3	-0,1	-26,6
<b>Bilanzsumme Aktiva</b>	<b>337,8</b>	<b>339,9</b>	<b>2,1</b>	<b>0,6</b>
Eigenkapital	175,3	187,8	12,6	7,2
Rückstellungen	15,0	8,7	-6,3	-42,1
Verbindlichkeiten	147,3	143,1	-4,1	-2,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,2	0,0	-13,3
<b>Bilanzsumme Passiva</b>	<b>337,8</b>	<b>339,9</b>	<b>2,1</b>	<b>0,6</b>

Die **Aktiva** stieg im Vorjahresvergleich von 337,8 Mio. EUR um 2,4 Mio. EUR auf 339,9 Mio. EUR (+0,6 %). Hierbei erhöhte sich das Sachanlagevermögen hauptsächlich durch den Erwerb des Verwaltungsgebäudes „Spitze“. Die Zunahme der Finanzanlagen resultierte aus einer Einlage in die Kapitalrücklage der HWS, welche zur weiteren Entschuldung der Gesellschaft verwendet werden soll.

Das Umlaufvermögen verringerte spiegelbildlich zum Sachanlagevermögen, da der Erwerb des Verwaltungsgebäudes zum Stichtag durch vorübergehende Inanspruchnahme des Cash-Pools erfolgte.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 Mio. EUR., was wesentlich auf die höheren Ergebnisforderungen gegenüber den Tochter- und Beteiligungsunternehmen zurückzuführen war.

Auf der **Passivseite** wuchs das Eigenkapital durch die Einstellung des Bilanzgewinns auf 187,8 Mio. EUR (+12,6 Mio. EUR, +7,8 %).

Die Rückstellungen verringerten sich zum Vorjahr um 6,3 Mio. EUR auf 8,7 Mio. EUR, hauptsächlich in Folge der Auflösung von Rückstellungen, die im Zusammenhang mit der KWT gebildet wurden.

Die Verbindlichkeiten verringerten sich um -4,1 Mio. EUR auf 143,1 Mio. EUR. Wesentlich hierfür waren planmäßige Tilgungen und geringere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen auf Grund geringerer Cash-Pool-Forderungen der Tochterunternehmen gegenüber der SWH als Cash-Pool-Führerin.

#### 4.4. Gesamtaussage zur Lage

Wir konnten das Geschäftsjahr mit einem Rekordergebnis von 12,6 Mio. EUR abschließen. Dieses Ergebnis wurde durch die verbesserten Ertragslagen der Tochter- und Beteiligungsunternehmen erreicht. Hierbei stieg der Saldo aus Organschaftsverhältnissen gegenüber dem Vorjahr um 6,4 Mio. EUR auf 30,6 Mio. EUR und die Beteiligungserträge um 1,9 Mio. EUR auf 2,7 Mio. EUR. Die Ergebnisverbesserungen des Beteiligungsportfolios waren ca. zur Hälfte auf Einmaleffekte zurückzuführen. Unter Ausschluss dieser Effekte lagen die Ergebnisse dennoch über unseren Erwartungen und lassen uns optimistisch in die Zukunft blicken.



## 5. Nachtragsbericht

Nach dem Stichtag sind keine nennenswerten Sachverhalte eingetreten oder herbeigeführt worden, die für die Beurteilung der Lage wesentlich sind.

## 6. Chancen- und Risikobericht

### 6.1. Risikomanagementsystem

#### 6.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird jeweils als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem sind die geschäftsleitende Holding und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser & Entsorgung, Mobilität & Logistik sowie Service einbezogen.

#### 6.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken sowie Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

#### 6.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst. Anschließend werden die prozentualen Eintrittswahrscheinlichkeiten und die finanziellen Schadenshöhen der jeweiligen Risiken als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Bei den identifizierten Risiken findet die Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Die Risikoquantifizierung erfolgt objektiv und unternehmensweit einheitlich. Zu den ermittelten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung und Überwachung sowie zur Risikoabbeugung entwickelt und dokumentiert.

Die in den Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene der Unternehmensgruppe. Über einem definierten Schwellenwert liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken und werden in „Gruppe 1“ und „Gruppe 2“ in eine Rangordnung gebracht. Gruppe-1-Risiken weisen die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Monatsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

### 6.2. Chancen und Risiken

Als Managementholding haben wir nur wenige Eigenrisiken. Die wesentlichen Chancen und Risiken ergeben sich aus der Entwicklung der Ergebnispotenziale unserer Beteiligungsunternehmen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden in den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe insgesamt 149 Risiken ermittelt (Vorjahr 148). Von diesen Risiken überschritten 14 Einzelrisiken den Schwellenwert (Vorjahr 12) und wurden als konzernrelevante Risiken in das Konzernrisikomanagement übernommen.

Die konzernrelevanten Risiken verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Beschaffungsmarkt/Rohstoffe	3	0	3
Absatzmarkt/Vertrieb	2	0	2
Wettbewerb/Konkurrenz	1	0	1
Gesetzgebung/Recht/Steuern	3	1	3
Kapitalmarkt	1	0	1
Technologie	-	-	-
Naturereignisse/Umwelt	1		1
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3		3
<b>Gesamt</b>	<b>14</b>	<b>1</b>	<b>13</b>

Von den 14 konzernrelevanten Risiken ist 1 Risiko der Gruppe 1 zugeordnet (Vorjahr 2) und betrifft das Risiko aus der betriebssteuerlichen Außenprüfung des SWH-Organkeises. Die konzernrelevanten Risiken werden im Risikomanagement als Bruttoisiken erfasst. In den Planungen und in den Jahresabschlüssen unserer Beteiligungsunternehmen und der Holding sind die Risiken zu einem großen Teil berücksichtigt.

## 7. Prognosebericht

### 7.1. Ergebniserwartung

Wir gingen in unseren Planungen für das Geschäftsjahr 2016 von einem Jahresüberschuss von 9,0 Mio. EUR aus. Durch den erfolgreichen Jahresabschluss 2015 steigt die Innenfinanzierungskraft der SWH-Gruppe mit der Folge sinkender städtischer Zuschüsse für den ÖPNV im Jahr 2016. Um diesen Effekt verringert sich die Planerwartung. Sofern das neue KWK-Gesetz wie vorgesehen in Kraft tritt, rechnen wir mit einem Jahresüberschuss auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2015.

Unsere Erwartungen stützen sich auf die nachfolgenden Ergebnisbeiträge der Organgesellschaften:

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	Ist	Plan	Veränderung	
	2015	2016	Mio. €	in %
	Mio. €	Mio. €		
EVH GmbH	19,4	17,5	-1,9	-9,9
Hafen Halle GmbH	-0,8	-1,1	-0,4	46,5
Hallesche Verkehrs AG	0,1	0,0	-0,1	-100,0
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	9,5	9,7	0,2	2,6
IT-Consult Halle GmbH	2,2	1,6	-0,6	-27,0
RAB GmbH	0,2	0,3	0,1	36,3
SHS Energiedienste GmbH	0,0	0,0	0,0	32,7
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	0,0	0,0	0,0	-44,0
<b>Saldo aus Organschaft</b>	<b>30,6</b>	<b>28,0</b>	<b>-2,6</b>	<b>-8,5</b>

## 7.2. Investitionen

In der Planung für das 2015 sind Investitionen für die Akquisition energieaffine Beteiligungen von 1,5 Mio. EUR vorgesehen, sowie Einlagen in die Kapitalrücklagen der HWS und SHS (2,0 Mio. EUR) sowie die Einlage des Betriebskostenzuschusses in die HAVAG (17,3 Mio. EUR).

## 7.3. Finanzierung

Für die Finanzierung des Erwerbs des Verwaltungsgebäudes war in unseren Planungen eine Kreditaufnahme von 22 Mio. EUR vorgesehen. In Anbetracht von Investitionen im Geschäftsfeld Energie, die sich zum Zeitpunkt der Planung nicht abzeichneten, wird hierüber und im Wege einer gruppenweiten Programmentcheidung erneut beraten.

## **3.2 VER- UND ENTSORGUNG**

## Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

<b>Anschrift:</b>	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz				
<b>Rechtsform:</b>	GmbH					
<b>Stammkapital in T€:</b>	30					
<b>Gesellschafter:</b>		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">30</td> <td style="text-align: center; border-top: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	30	100,00
T€	%					
30	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Arndt, Michael

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	1.328	2	1.286	2	1.286	2	42	3
Umlaufvermögen	60.443	98	63.346	98	65.328	98	-2.903	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	8	0	9	0	1	13

<b>Bilanzsumme</b>	<b>61.780</b>	<b>100</b>	<b>64.640</b>	<b>100</b>	<b>66.623</b>	<b>100</b>	<b>-2.860</b>	<b>-4</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	3.403	6	4.606	7	4.073	6	-1.203	-26
Rückstellungen	55.705	90	58.578	91	59.576	89	-2.873	-5
Verbindlichkeiten	2.672	4	1.456	2	2.974	5	1.216	84

<b>Bilanzsumme</b>	<b>61.780</b>	<b>100</b>	<b>64.640</b>	<b>100</b>	<b>66.623</b>	<b>100</b>	<b>-2.860</b>	<b>-4</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.849	7.399	5.906
sonstige betriebliche Erträge	2.470	2.169	2.727
Materialaufwand	963	1.273	234
Personalaufwand	2.284	2.214	2.186
Abschreibungen	7	1	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.833	4.886	6.338
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.068	1.304	1.658
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	204	0	526
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	89	151	75
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.007	2.347	932
außerordentliche Erträge	112	251	101
außerordentliche Aufwendungen	128	615	123
außerordentliches Ergebnis	-16	-364	-22
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	178	832	292
sonstige Steuern	17	17	17
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	796	1.134	601
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	796	1.134	601

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	16,42	15,33	10,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	30,56	32,67	17,32	%
Cash-Flow:	1.008	1.135	1.127	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	174	233	196	T€
Personalaufwandsquote:	31,20	23,14	25,32	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,15	1,99	1,93	%
Eigenkapitalquote:	5,51	7,13	6,11	%
Fremdkapitalquote:	94,49	92,87	93,89	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Abfallmenge	776.533,00	1.111.299,00	755.570,00	Mg
Durchschnittserlöse	2,92	3,90	3,42	EUR/Mg

**e) Lagebericht**

**1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
  - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

**2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 2.5. Marktbezogene Entwicklung
- 2.6. Politische und rechtliche Entwicklung
- 2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 2.8. Forschung und Entwicklung
- 2.9. Personal und Personalentwicklung

**3. Lage der Gesellschaft**

- 3.1. Ertragslage
- 3.2. Finanzlage
  - 3.2.1. Kapitalstruktur
  - 3.2.2. Investitionen
  - 3.2.3. Liquidität
- 3.3. Vermögenslage
- 3.4. Gesamtaussage

**4. Nachtragsbericht**

**5. Chancen- und Risikobericht**

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

**6. Prognosebericht**

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

**1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) umfasst die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die Gesellschaft ist ein 100%-iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau nicht.



### 1.1.2. Geschäftsfelder

Der Geschäftsbetrieb der AWH ist hauptsächlich auf die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgen noch Aktivitäten in der sonstigen Geschäftstätigkeit, welche die Vermietung/Verpachtung von Ansiedlungsflächen sowie Infrastrukturdienstleistungen für bereits am Standort Halle-Lochau befindliche Unternehmen betreffen. Außerdem gehört der Betrieb einer Boden- und Bauschuttbörse zur sonstigen Geschäftstätigkeit des Unternehmens.

### 1.2. Ziele und Strategien

Das Hauptziel der AWH ist die konsequente Durchführung einer umweltgerechten, nachhaltigen und kostenoptimierten Sicherung des Standortes Halle-Lochau mit dem Ziel zum Abschluss der Nachsorge aus der umweltrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen zu werden. Ein weiteres Ziel ist gemäß dem Gesellschaftszweck die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Auf Grund der Komplexität und der Alleinstellungsmerkmale des Stilllegungsprozesses unterliegt die AWH seit Beginn der Stilllegung zum 1. Juni 2005 unterschiedlichsten Herausforderungen, die sich sowohl aus den rechtlichen als auch aus den betrieblichen Rahmenbedingungen ergeben. Diese Herausforderungen wurden bis dato in intensiver Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin und dem Landesverwaltungsamt Halle als zuständige Überwachungsbehörde angegangen und überwiegend positiv gestaltet.

### 1.3. Steuerung

Die interne Organisation der AWH gliedert sich außer der Geschäftsführung in die drei Abteilungen Umwelt- und Sicherheitscontrolling (USICO), Technik und Kaufmann auf.

Zur Steuerung der AWH wurde mit Beginn der Stilllegungsphase zum 1. Juni 2005 eine Profit Center-Rechnung in die kaufmännische Abrechnung integriert, mit deren Hilfe eine exakte Trennung zwischen den beiden Geschäftsfeldern ermöglicht wird. Die sich hieraus ergebenden Steuerungsgrößen sind neben dem Jahresüberschuss, das Betriebsergebnis zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der sonstigen Geschäftstätigkeit und der jährliche Verbrauch der während der Ablagerungsphase der Deponie bis Mai 2005 gebildeten Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der jeweilige verbleibende Umfang dieser Rückstellung gibt dabei Hinweise auf die Entwicklung des zu realisierenden Rekultivierungsvorhabens sowie auf dessen zukünftige Finanzierbarkeit.

### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die bereits zum 1. Juli 2013 vollzogene Änderung der Organisationsstrukturen auf Grund personeller Veränderungen hat sich bis dato bewährt und wurde im vorigen Geschäftsjahr mit Wirkung zum 1. Januar 2014 angepasst, da der Bereich des chemischen Laboratoriums zur HWS GmbH übergegangen ist. Eine weitere Anpassung war mit Wirkung zum 1. Dezember 2015 nötig, da auf Grund des Ausscheidens der Fachvorarbeiterin Einlasskontrolle die Führungsverantwortung übertragen werden musste. In diesem Zusammenhang wurden die Bereiche Probenahme/Eingangskontrolle/ Bodenmechanik und Einlasskontrolle zu einem Team zusammengefasst.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

### 2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2015 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit zur Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb sowie für die Behandlung von Boden- und Bauschuttabfällen auf der Boden- und Bauschuttbörse von der EdDE erneut bestätigt. Im September 2015 wurde durch ZER-QMS das jährliche Qualitätsmanagement-Überwachungsaudit durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung sowie den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse. Im Ergebnis wurde der AWH eine vorbildliche Organisation und Durchführung der entsprechenden abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten bescheinigt.

Einen wesentlichen Einfluss auf den Geschäftsbetrieb der AWH GmbH stellte die Kündigung nahezu aller Anlieferverträge für Verwertungsabfälle zu Beginn des Geschäftsjahres 2015 dar. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme resultierte aus dem stark abnehmenden Massenbedarf, welche sich aus der sich abzeichnenden Beendigung der geotechnischen Sicherung des Deponiekörpers im Jahr 2016 und den ausstehenden Genehmigungen für die Errichtung des Sicherungskörpers an der Deponiewestböschung und für die beantragte Überhöhung als Vorwegnahme zukünftiger Setzungen ergibt.

### 2.5. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2015 musste die AWH einen deutlichen Rückgang bei den angelieferten Mengen an Verwertungsabfällen verkraften, was auch zu einer deutlichen Senkung der Umsatzerlöse in diesem Bereich führte. Dieser Umstand ist auf die bereits erläuterte Kündigung der Anlieferverträge zu Beginn des Geschäftsjahres zurückzuführen. Positive Marktsignale konnte die AWH in Bezug auf die zukünftigen Anlieferpreise wahrnehmen, da diese sich auf Grund der in den kommenden Jahren zu erwartenden Verknappung von Deponieraum erhöhen werden. Diese Entwicklung versetzt die AWH GmbH in die komfortable Position, beim Neuabschluss von Anlieferverträgen die bisherigen Anlieferpreise deutlich anzuheben, was wiederum zu einer Steigerung der geplanten Umsatzerlöse führen würde.

Für die Zukunft hat weiterhin der Ausbau der Marktposition bei der Annahme von Böden und Recyclingmaterialien zur Herstellung der Wasserhaushaltschicht und der darunter aufzubauenden Drainage oberste Priorität. Hierfür ist ein regionaler und überregionaler Vertrieb zur Akquise der betrieblich notwendigen Mengen erforderlich, da es für diese Materialien eine große Anzahl an Wettbewerbern gibt. Im Geschäftsjahr 2015 hat die Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin notwendige Projekte entwickelt, für deren erfolgreiche Umsetzung strategische Partnerschaften mit regionalen und überregionalen Anbietern angestrebt werden.

### 2.6. Politische und rechtliche Entwicklung

Nachdem in den zurückliegenden Jahren nahezu jährlich Änderungen im gesetzlichen Regelwerk der Deponieverordnung zu verzeichnen waren, blieben im Jahr 2015 die gesetzlichen Rahmenbedingungen weitgehend konstant und erforderten keine Anpassungen und Umstellungen in der Organisation und Logistik des Stilllegungsbetriebes.

Grundlage für die im Jahr 2015 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt der im Juni 2008 durch das LVwA erlassene und inzwischen mit drei Ergänzungen und mehreren Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF – Forschungsvorhabens der AWH basiert. Durch die AWH wurden im vergangenen Jahr weitere Detail-Konzeptionen für Stilllegungsmaßnahmen erarbeitet, welche u.a. im Bereich der geotechnischen Sicherung sowohl die im Drehpunkt vorgesehenen Gestaltung insbesondere an der Deponiewestböschung als auch im Deponiebereich Mittelstraße ein Gutachten zur notwendigen Überhöhung des Aufbaus zwecks Vorwegnahme der noch prognostizierten Setzungen umfassten. Die entsprechenden Unterlagen wurden beim Landesverwaltungsamt zur weiteren Abstimmung vorgelegt. Diese Abstimmungen mit der Behörde dauern noch an, bis zum Redaktionsschluss dieses Berichtes lag kein endgültiges Ergebnis vor.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt gestaltete sich wie im Vorjahr ansonsten eher schwierig, was auf Änderungen bei den zuständigen behördlichen Ansprechpartnern beruhte und im Ergebnis zu einem nur sehr langsam voran kommenden Abstimmungsprozess für die Gestaltung des Drehpunktbereiches und anderen genehmigungsrechtlichen Fragen führte. Seitens der AWH wurde hier mehrfach mit der Vorlage von Gutachten und Konzepten versucht die Initiative zu ergreifen, um hinsichtlich der notwendigen Genehmigungssituation in verschiedenen Themenkomplexen dringender wirtschaftlicher Fragestellungen einen Fortschritt zu erreichen.

Auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse ergaben sich 2015 keine wesentlichen Änderungen. Die für diesen Bereich vom Bundesgesetzgeber geplante „Mantelverordnung“ zur Neuregelung des Einsatzes von Abfällen als mineralische Ersatzbaustoffe außerhalb von Deponien liegt weiterhin nur im Entwurf vor. Die darin geplanten Vorgaben würden sich bei einem Inkrafttreten merklich sowohl auf das Annahme- und Abgabeportfolio der Boden- und Bauschuttbörse als auch auf die Organisation und Logistik vor allem im Bereich der Abfallüberwachung im Sinne deutlich erhöhter Anforderungen auswirken.

## 2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor im Geschäftsjahr 2015 war trotz der deutlichen Verringerung der angenommenen Menge an Verwertungsabfällen auf 777 TMg im Vergleich zum Vorjahr mit 1.111 TMg der daraus resultierende Umsatz für diesen Bereich in Höhe von 2.268 TEUR im Vergleich zum Vorjahr mit 4.339 TEUR sowie zum Planwert von 3.410 TEUR.

Neben den Erlösen aus der Annahme von Verwertungsabfällen stellen die Erlöse aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas einen wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Hier konnte auf Grund der durchgeführten technischen Ertüchtigungsmaßnahmen ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt werden. In Zahlen bedeutet dies einen Umsatz von 1.633 TEUR im Vergleich zum Vorjahr mit 1.730 TEUR sowie zum Planwert von 1.555 TEUR.

Auf der Aufwandseite haben, wie im Vorjahr, die Einsparungen bei der Sickerwasserreinigung sowie bei den Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen zum Erfolg im Berichtsjahr beigetragen. Der Aufwand für die Entsorgung von Sickerwasser hatte im Geschäftsjahr 2015 einen Umfang von 1.395 TEUR. Die entsorgte Menge betrug 122 Tm<sup>3</sup>. Damit liegen die Ist-Menge und der damit verbundene Aufwand sowohl unterhalb der Vorjahreswerte mit 145 Tm<sup>3</sup> und 1.594 TEUR als auch unterhalb der Planwerte in Höhe von 164 Tm<sup>3</sup> und 1.718 TEUR. Bei den Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind im Berichtsjahr 727 TEUR angefallen. Hiermit wurde der Vorjahreswert in Höhe von 717 TEUR fast genau erreicht und der Planwert mit 1.724 TEUR deutlich unterboten. Ausschlaggebend für den niedrigeren Aufwand im Vergleich zum Vorjahr war hauptsächlich die Ausweitung innerbetrieblicher Instandhaltungen.

Ein weiterer Erfolgsfaktor waren die Zinserträge aus den Wertpapieranlagen der beiden Spezialfonds mit 1.041 TEUR. Hierbei konnte der Planwert von 1.129 TEUR nahezu vollständig erreicht werden, und das trotz der weiterhin andauernden Finanzmarktkrise und einer weiterhin niedrigen Zinsstrukturkurve.

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, dass die Leistungen der Belegschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 ein wichtiger Erfolgsfaktor für das positive Jahresergebnis darstellen, vor allem unter Beachtung der sich permanent ändernden Rahmenbedingungen.

## 2.8. Forschung und Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau basieren auf einem im Jahr 2002 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt bestätigten Forschungsvorhaben „Untersuchungen für die nachhaltige Stilllegung von Deponien, die in Restlöchern des Braunkohlenbergbaus eingerichtet wurden, am Beispiel der Deponie Halle-Lochau“, welches im Jahr 2007 beendet wurde. Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognose-rechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. im Monitoringprogramm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen. Auf dieser Grundlage wird dann im Wesentlichen eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, so dass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können. Gemäß Rekultivierungsanordnung aus dem Jahr 2008 wird das hieraus entwickelte Stilllegungskonzept regelmäßig alle 5 Jahre modellprognostisch überprüft, letztmals im Mai 2014, und mit Fortschreiten des Stilllegungsbetriebes kontinuierlich weiter untersetzt.

Im Rahmen des sonstigen Geschäftsbetriebes begleitet die AWH die HWS GmbH seit Mitte 2014 beim Probetrieb der am Standort Halle-Lochau befindlichen Anlage zur Hydrothermalen Carbonisierung (HTC), mit dem Ziel, die Betriebsführung zu übernehmen.

Die Geschäftsführung und die verantwortlichen Mitarbeiter der AWH sind sich dabei dem strategischem Stellenwert dieses Projektes bewusst.

## 2.9. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2015 betrug der Personalbestand der AWH 39,4 VBE, was einer Abweichung von -1,2 VBE zum Plan bedeutet. Hintergrund der Abweichung ist der Übergang einer Arbeitnehmerin in ein ruhendes Arbeitsverhältnis zu Beginn des Geschäftsjahres. Grundsätzlich orientiert sich der Personalbestand der AWH an den aus dem Geschäftsbetrieb heraus resultierenden zu leistenden Aufgaben.

Für die nächsten Jahre wird von einer zunehmenden Absenkung des Personalbestandes ausgegangen, vor allem auf Grund des zunehmenden Projektfortschritts bei der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau. Für das Geschäftsjahr 2020 bedeutet das einen geplanten Personalbestand von 28,6 VBE.

## 3. Lage der Gesellschaft

### 3.1. Ertragslage

Die Ertragslage der AWH hat sich im Geschäftsjahr 2015 deutlich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert, was vor allem auf die gesunkenen Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Demnach konnten die Umsatzerlöse des Vorjahres mit 7.399 TEUR im Geschäftsjahr 2015 mit 4.849 TEUR nicht annähernd erreicht werden. Der Planwert für das Berichtsjahr lag bei 6.481 TEUR und wurde somit auch deutlich unterboten. Diese negative Entwicklung basiert vor allem auf der bereits erläuterten Mengenverringeringung aus der Annahme von Abfällen zur Verwertung.

Des Weiteren konnte die AWH bei den Erlösen aus der Verstromung und Bereitstellung von Deponiegas ein durchaus respektables Ergebnis erzielen.

Auch im Bereich der Erlöse aus Infrastrukturleistungen konnten die Planvorgabe von 1.179 TEUR und das Ergebnis des Vorjahres von 783 TEUR mit dem erzielten Ist-Wert in Höhe von 522 TEUR nicht annähernd erreicht werden. Die Ursache für diese Entwicklung liegt vor allem in der niedrigeren Abnahmemenge an Dieselmotorkraftstoff durch Dritte, dem damit in Zusammenhang stehenden gesunkenen Dieselpreis am Markt sowie dem geringer ausgefallenem Ergebnis der Boden- und Bauschuttbörse. Bei letzterem haben vor allem die fehlenden Vertriebsmöglichkeiten in der AWH einen immensen Einfluss gehabt.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge wird ausschließlich auf die Steigerung der Erlöse aus Nebenleistungen und Weiterberechnungen verwiesen. Auf Grund von befristeten Personalüberlassungen innerhalb des Konzerns konnte ein Ergebnis von 64 TEUR im Vergleich zum Vorjahr mit 23 TEUR generiert werden. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr mit 416 TEUR deutlich zurückgegangen und betragen im Jahr 2015 lediglich 66 TEUR. Des Weiteren wurden im Jahr 2015 auch keine Erträge aus der Zuschreibung auf Wertpapiere des Umlaufvermögens erzielt, da auf Grund fallender Kurse eine Abschreibung des Buchwertes des AWICO-Fonds notwendig war. Der Vorjahreswert lag hier immerhin bei 475 TEUR.

Auf der Aufwandseite sind zum einen die Personalaufwendungen und zum anderen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als wesentlich anzusehen. Der Personalaufwand hat sich im Geschäftsjahr 2015 um 70 TEUR auf 2.284 TEUR im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Hier wird auf die zum 01.03.2015 in Kraft getretene Tarifsteigerung in Höhe von 2,4 % verwiesen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem der Aufwand aus der Entsorgung von Sickerwasser, die Aufwendungen für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen, Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen sowie beim Materialaufwand der Bezug von Dieselmotorkraftstoff als wesentlich anzusehen. Die Entwicklung des Aufwandes für die Entsorgung von Sickerwasser wurde bereits unter Punkt 3.4. näher ausgeführt. Die Ursachen für den geringeren Sickerwasseranfall sind höchstwahrscheinlich in den geringeren Zuflüssen im Vergleich mit dem Vorjahr zu sehen, insbesondere in der geringeren Niederschlagsmenge im Jahr 2015 sowie einem niedrigen Grundwasserspiegel im abgelaufenen Jahr im Bereich des Standorts. Die Höhe der Aufwendungen für Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen ist abhängig vom erreichten Projektfortschritt bei der Stilllegung der Deponie Halle-Lochau. Beim Bezug von Dieselmotorkraftstoff sind im Berichtsjahr Aufwendungen in einer Höhe von 341 TEUR angefallen. Die Ist-Aufwendungen lagen damit unter dem Vorjahreswert von 596 TEUR und unter dem geplanten Aufwand mit 632 TEUR. Hauptursache sind die geringere Abnahme von Dieselmotorkraftstoff über die AWH durch am Standort Halle-Lochau ansässige Unternehmen, da diese weitgehend auf Selbstversorgung umgestellt haben sowie der stetig fallende Dieselpreis am Markt.

## 3.2. Finanzlage

### 3.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der AWH hat sich im Vergleich zum Vorjahr verändert. Auf Grund der Entscheidung der Gesellschafterin zur Ausschüttung des Gewinnvortrages hat sich das Eigenkapital verringert und beträgt nun 3.402,7 TEUR.

Bei den Rückstellungen ist der Gesamtumfang gesunken und hat zum 31. Dezember 2015 einen Wert von 55.705 TEUR, was eine Abweichung von 2.873 TEUR zum Vorjahr bedeutet. Schwerpunkt bei den Rückstellungen bildet nach wie vor die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d.h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurden in Höhe des sich ergebenden Saldos 2.288 TEUR als Verbrauch gebucht.

Der Bestand der Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2015 mit 2.672 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit 1.456 TEUR deutlich erhöht, was vor allem mit der deutlich höheren Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin zusammenhängt. Diese wiederum basiert auf der mit Gesellschafterbeschluss vom 18. Dezember 2015 bestätigten Ausschüttung des Gewinnvortrages in Höhe von 2.000 TEUR.

### 3.2.2. Investitionen

Die im Rahmen der Stilllegung durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen werden gemäß dem BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005 direkt als Aufwand verbucht und nicht als Investitionen erfasst. Im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftstätigkeit“ hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015 Investitionen in Höhe von 50 TEUR vorgenommen. Diese betreffen die Anschaffung einer Siebanlage für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse.

### 3.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgehend gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash-Pool ist unterjährig bei Notwendigkeit erfolgt. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 bestand gegenüber dem SWH-Konzern ein leicht negativer Cash-Pool-Saldo in Höhe von 45 TEUR.

### 3.3. Vermögenslage

In der folgenden Darstellung sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2015 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2015 in TEUR	31.12.2014 in TEUR	Veränderung in TEUR
Sachanlagen	1.328,4	1.285,7	+42,7
Sonstige Wertpapiere	57.509,4	59.986,5	-2.477,1
<b>Langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>58.837,8</b>	<b>61.272,1</b>	<b>-2.434,3</b>
Vorräte (RHB)	47,3	65,2	-17,9
Forderungen aus LuL	201,8	438,6	-236,8
Forderung verb. Untern. (LuL)	127,4	131,7	-4,3
Forderung verb. Untern. (CP)	0,0	30,4	-30,4
sonstige Vermögensgegenstände	2.366,0	2.505,3	-139,3
Flüssige Mittel	191,0	187,9	+3,1
Aktiver RAP	9,0	8,5	+0,5
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>2.942,5</b>	<b>3.367,6</b>	<b>-425,1</b>
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>61.780,3</b>	<b>64.639,7</b>	<b>-2.859,4</b>
<b>Kapitalstruktur</b>			
Eigenkapital	3.402,7	4.606,3	-1.203,6
langfristige Rückstellungen	54.330,8	56.619,8	-2.289,0
<b>Langfristiges Kapital</b>	<b>57.733,5</b>	<b>61.226,1</b>	<b>-3.492,6</b>
kurzfristige Rückstellungen	1.374,4	1.957,5	-583,1
Verbindlichkeiten aus LuL	209,4	260,4	-51,0
Verbindlichkeiten verb. Untern.	1.849,1	890,4	+958,7
sonstige Verbindlichkeiten	613,9	305,3	+308,6
<b>Kurzfristiges Kapital</b>	<b>4.046,8</b>	<b>3.413,6</b>	<b>+633,2</b>
<b>Gesamtkapital</b>	<b>61.780,3</b>	<b>64.639,7</b>	<b>-2.859,4</b>

Aus der Darstellung der Vermögensstruktur ist zu klar zu erkennen, dass sich die Vermögenslage der AWH zum Vorjahr leicht verändert hat. Hervorzuheben ist hier die Verminderung der Eigenkapitalbasis des Unternehmens.

### 3.4. Gesamtaussage

Unter Beachtung der dargestellten Fakten schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einem deutlich geringeren wirtschaftlichem Erfolg im Vergleich zum Vorjahr ab. Der Jahresüberschuss in Höhe von 796,4 TEUR liegt deutlich unter dem des Vorjahres mit 1.134,4 TEUR. Dabei sollte man aber nicht außer Acht lassen, dass das Jahresergebnis auch von Sondereffekten beeinflusst wird, welche im Vorjahr zur Steigerung des Jahresüberschusses beigetragen haben. Exemplarisch ist hier auf die Stichtagsbewertung des AWICO-Fonds hinzuweisen.

## 4. Nachtragsbericht

Wesentliche Veränderungen zur Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der AWH, außer den in den vorherigen Kapiteln bereits erläuterten Sachverhalten, sind nach dem Bilanzstichtag nur im Hinblick auf die Freigabe von Sicherheiten durch das LVwA aufgetreten. Mit Datum vom 15. Februar 2016 wurde der dreizehnte Änderungsbescheid bezüglich der Freigabe von Sicherheiten für das Geschäftsjahr 2014 erlassen. Mit diesem Bescheid wurde der Sicherheitenbetrag per 31. Dezember 2014 in Höhe von 56.552 TEUR festgesetzt.

## 5. Chancen- und Risikobericht

### 5.1. Risikomanagementsystem

#### Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitertes Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

#### Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

#### Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken.

Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

## 5.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2015 wurden bei der AWH insgesamt 13 Risiken erfasst, dieses bedeutete zum Vorjahr eine Abnahme von 1 Einzelrisiko. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 5 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	0
Beschaffungsmarkt	5	1	2
Konkurrenzunternehmen	1	0	1
Recht und Politik	1	0	0
Technologische Entwicklungen	3	0	1
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	1	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	1	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>13</b>	<b>1</b>	<b>4</b>

In Auswertung der aktuellen Risikoeinschätzung der Gesellschaft weist die Risikokategorie Beschaffungsmarkt die meisten Einzelrisiken der Gruppen 1 und 2 aus. Die Risiken betreffen dabei sowohl den Umfang der noch zu beschaffenden Mengen als auch die damit in Zusammenhang stehenden Annahme- oder Einkaufspreise. Vor allem die Beschaffung der notwendigen Bodenmaterialien für die Rekultivierungsschicht stellt dabei das Hauptrisiko dar. Ein weiteres Risiko der Gruppe 2 betrifft die Risikokategorie Konkurrenzunternehmen und steht in direktem Zusammenhang zu den Risiken beim Beschaffungsmarkt. Auf Grund unterschiedlicher Rahmenbedingungen ist es für bestimmte Konkurrenzunternehmen einfacher die notwendigen Mengen an Verwertungsabfällen zu akquirieren, was die Beschaffung für die AWH weiter erschwert. Das letzte Risiko der Gruppe 2 ist der Risikokategorie Technologische Entwicklungen zugeordnet. Hierbei wird das Risiko auf Grund von Störungen in den Bereichen Deponiegasfassung und –Verwertung, welche zu Unterschreitungen der geplanten Erlöse aus der Verstromung von Deponiegas führen können, beschrieben.

Neben den dargestellten Risiken wurde bei der AWH 1 Chance erfasst. Diese Chance besteht in der Generierung von höheren Erlösen aus der Annahme von Verwertungsabfällen auf Grund gestiegener Marktpreise.

## 5.3. Gesamtbild

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder stellt die benötigte Menge von 2,6 Mio. Tonnen Boden, zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2016 bis 2021 unter Beachtung der vom LVwA festgelegten Annahmeparameter, ein den Fortbestand der Gesellschaft gefährdendes Risiko dar, wenn die Materialien nicht wie geplant über den Markt erlösbringend akquiriert werden können, sondern aufwandswirksam beschafft werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich dieses Risiko auf mehrere Geschäftsjahre verteilt und nicht als Einmaleffekt eintritt. Somit hat die Gesellschaft die Möglichkeit, mit geeigneten Gegenmaßnahmen das Risiko stetig zu minimieren. Als mögliche strategische Maßnahmen sind hier die Beteiligung am Ausbau der Bahnstrecke der MUEG mbH und die damit mögliche Erhöhung der Akquisitionsreichweite sowie die Errichtung und der Betrieb einer Bodenwaschanlage zu nennen. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, die Maßnahme zeitlich zu verschieben bis die erforderlichen Marktbedingungen eingetreten sind.



## 6. Prognosebericht

### 6.1. Umsatzentwicklung

Für den geplanten Mittelfristzeitraum wird von rückläufigen Umsätzen ausgegangen, was wiederum dem Projektfortschritt der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau geschuldet sein wird. Zum einen nehmen die anzunehmenden Mengen an Abfällen zur Verwertung auf Grund des voraussichtlichen Abschlusses der geotechnischen Sicherung des Deponiekörpers im Laufe des Geschäftsjahres 2016 deutlich ab und zum anderen werden auch die zu erwartenden Deponiegasmengen unter Beachtung der vorliegenden Gasprognosen im Zeitverlauf abnehmen.

Die weiteren Umsatzerlöse des Unternehmens werden für die kommenden Jahre als nahezu konstant angenommen.

### 6.2. Investitionen

Die Geschäftsführung der AWH weist darauf hin, dass im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie keine Investitionstätigkeit erfolgt, da die durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen direkt als Aufwand verbucht werden müssen (BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005). Diese Regelungen finden aber keine Anwendungen auf Neuinvestitionen außerhalb der Stilllegungstätigkeit.

Investitionen im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit sind für das Jahr 2016 nicht geplant.

### 6.3. Finanzierung

Für das anstehende Geschäftsjahr 2016 hat sich die Geschäftsführung der AWH die Umsetzung der Neuausrichtung der Wertpapieranlagen als Ziel gesetzt. Die zukünftige Anlagevariante sowie die möglichen Auswirkungen auf die bestehende Verpfändungsvereinbarung werden mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt und im Anschluss eine Anpassung der bestehenden Regelwerke vorgenommen.

Die Aufnahme von Darlehen ist für die kommenden Geschäftsjahre weiterhin nicht vorgesehen, so dass sich die AWH auch zukünftig über die vorhandenen Sicherheitsleistungen, die laufenden Einnahmen sowie über den Cash-Pool des Stadtwerke-Konzerns finanziert.

### 6.4. Ergebniserwartung

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 geht die Geschäftsführung davon aus, dass auch in den Folgejahren jeweils ein positives Jahresergebnis erzielt wird. Hierfür muss zum einen die ständige Finanzierbarkeit des Stilllegungsvorhabens gewährleistet sein und zum anderen müssen die Wertpapieranlagen eine positive Performance aufweisen, um somit einen Ergebnisbeitrag zu leisten.

## A/V/E GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Magdeburger Straße 51  
06112 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 550

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
envia Mitteldeutsche Energie AG	142,5	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138,0	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138,0	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131,5	23,90

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.
- (2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
- (3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 128 KVG LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Arnold, Andrea

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	408	9	601	14	874	16	-193	-32
Umlaufvermögen	4.275	90	3.499	84	4.498	83	776	22
Rechnungsabgrenzungsposten	61	1	70	2	68	1	-9	-13

<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.744</b>	<b>100</b>	<b>4.170</b>	<b>100</b>	<b>5.440</b>	<b>100</b>	<b>574</b>	<b>14</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	1.556	33	1.552	37	2.030	37	4	0
Rückstellungen	2.372	50	1.841	44	2.454	45	531	29
Verbindlichkeiten	816	17	777	19	956	18	39	5

<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.744</b>	<b>100</b>	<b>4.170</b>	<b>100</b>	<b>5.440</b>	<b>100</b>	<b>574</b>	<b>14</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	19.300	18.943	22.447
sonstige betriebliche Erträge	227	614	126
Materialaufwand	3.222	3.347	5.188
Personalaufwand	13.573	13.543	14.068
Abschreibungen	221	316	312
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.217	2.310	2.219
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	9	36
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	210	108	90
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	84	-58	732
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	80	-62	249
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	4	483
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4	4	483

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	0,02	2,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,29	0,29	31,20	%
Cash-Flow:	225	320	795	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	65	63	71	T€
Personalaufwandsquote:	69,51	69,25	62,32	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,31	10,15	9,94	%
Eigenkapitalquote:	32,80	37,21	37,31	%
Fremdkapitalquote:	67,20	62,79	62,69	%

## ee) Leistungsdaten

keine Angaben

## e) Lagebericht

### Unternehmen

Passgenaue Dienstleistungen für die Unternehmen der Energiewirtschaft – das ist unsere Stärke. Alle Geschäftsprozesse, die mit der Abrechnung von Leistungen und Betreuung von Kunden zusammenhängen, vereinen wir als Premium-Partner unter einem Dach. Der Maßstab unseres Handelns, immer ausgerichtet auf unsere Vision "Die richtigen Dinge richtig tun!", ist eine hohe Servicequalität zu einem fairen Preis - egal ob Standardprozess oder innovative Individuallösung.

A/V/E bedient über 40 Kunden aus der Energieversorgungsbranche. Die Systemoffenheit in Verbindung mit der fallabschließenden Bearbeitung von Vorgängen im System des Kunden vom Standort Halle (Saale) stellt unser Alleinstellungsmerkmal dar. Unser Kundenkreis bestand im vergangenen Geschäftsjahr unverändert aus klassischen Stadtwerken, reinen Lieferanten und Netzbetreibern. Das Spektrum reicht dabei vom großen überregionalen bis hin zum kleinen lokalen Energieversorger.

### Wirtschaftsbericht

#### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die seit 2014 bestehenden Kundenkompetenzcentren mit zentralen Ansprechpartnern und unsere optimierte Verwaltungsstruktur sowie insbesondere das Wissen, die Kompetenzen und die Erfahrungen unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sichern die positive Wahrnehmung der A/V/E. Die Zufriedenheit unserer Kunden mit unserer Arbeit konnte auf dem sehr hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden. Die Ergebnisse der Kundenzufriedenheitsbefragung 2015 in den Kategorien Dienstleistung und Qualität stiegen gegenüber dem Vorjahr sogar nochmals leicht an.

Der Schutz der Kundendaten war für uns auch im Jahr 2015 ein ebenso wichtiges Thema wie die Qualitätssicherung. Das Überwachungsaudit gemäß ISO 9001 wurde erneut erfolgreich bestanden.

In der ersten Jahreshälfte haben wir eine ausführliche Marktstudie erstellt und diese intensiv mit den Gesellschaftern diskutiert. Das statistisch erhobene Gesamtvolumen des Marktes haben wir nach Produkten differenziert und nach Erreichbarkeit analysiert und hieraus ein tatsächlich freies Marktvolumen hergeleitet. Auf dieses Marktvolumen richtet sich A/V/E zukünftig aus. Dazu wurde in 2015 ein Instrument zur effizienten Marktbearbeitung entwickelt.

Insgesamt war der Wettbewerb im Jahr 2015 eher ruhig und zurückhaltend. Eine Verschiebung von Marktanteilen war ebenso wenig erkennbar, wie klare Tendenzen im Kundenverhalten. Rekommunalisierung stand neben öffentlichen Ausschreibungen, Ausgliederungen neben In-sourcing. Über allem jedoch stand die hohe Erwartungshaltung an Kosteneinsparungen und Know-How-Transfer.

Das zum 1. Januar 2015 in Kraft getretene Mindestlohngesetz hatte für A/V/E keine unmittelbaren Auswirkungen. Die Arbeitsentgelte der eigenen Mitarbeiter/innen als auch die unserer Partner lagen bereits vor diesem Stichtag über dem neu eingeführten Mindestlohn. Einzelne Marktbegleiter nutzten aber das Mindestlohngesetz um eigene Preise anzuheben.

#### Geschäftsentwicklung

Kundenverluste wie im Vorjahr hatte A/V/E in 2015 nicht zu verzeichnen. Vielmehr konnten neue Kunden gewonnen werden. Dadurch und durch Ausweitung der Leistungsumfänge für bestehende Kunden konnten die leicht rückläufigen Mengenvolumina durch den Wechsel von Endkunden beim Energieversorgungsunternehmen kompensiert werden. Die Rückgänge in den Mengenvolumina zeichneten sich bereits in 2014 ab und wurden durch die gemeinsam mit unseren Kunden durchgeführten Optimierungsansätze in der Endkundenansprache zum Teil verstärkt. Insgesamt dürfte sich das Endkundenverhalten nun neu eingestellt haben. Abzuwarten bleibt jedoch, wie Endkunden künftig auf Preisänderungen reagieren und wie sich dies im Kontaktvolumen niederschlägt.

Das geringere Vorgangsvolumen bedeutete für uns eine umso größere Herausforderung natürliche Schwankungen im Jahresverlauf auszugleichen. Hier wurde unseren Mitarbeitern viel abverlangt. Die Auszeichnung unserer Kunden bei Kundenservice-Rating-Wettbewerben war umso mehr auch ein Lob an unsere Mitarbeiter. Die größere Auszeichnung war jedoch, dass ein zwischenzeitlich vom Wettbewerb betreuter Kunde wieder zurückgewonnen werden konnte. Dieser Auftrag wirkte sich bereits im letzten Quartal 2015 positiv aus.

Vereinzelt gelang es uns, verbesserte Konditionen durchzusetzen. Sehr oft konnten wir bestehende Verträge optimieren und so für beide Seiten Vorteile generieren. In mehreren Fällen ging dies gleichzeitig mit einer Vertragsverlängerung einher.

## Leistungsindikatoren

Die wesentlichen Leistungsindikatoren sind für A/V/E das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr 294 T€), die Kundenzufriedenheit sowie der Auslastungsgrad.

Das Betriebsergebnis entspricht dem Jahresergebnis vor Steuern und Zinsen. Die Zielsetzung im Geschäftsjahr 2015 ein Betriebsergebnis deutlich über dem Betriebsergebnis des Vorjahres (T€ 42) im niedrigen sechsstelligen Bereich zu erzielen wurde erreicht.

Die Kundenzufriedenheitsbefragung, welche durch persönliches Interview der Geschäftsführerin oder per Onlinefragebogen durchgeführt wurde, erzielte mit einer Teilnahmequote von 88% eine sehr hohe Akzeptanz. Das eigene Qualitätsziel, die Kundenzufriedenheit auf dem sehr hohen Niveau von 2014 zu halten, ist mit einer Steigerung um einen Prozentpunkt sogar übererfüllt worden. Der Kundenzufriedenheitsindex für das Geschäftsjahr 2015 beläuft sich auf 80 Punkte.

Der Auslastungsgrad ist eine wesentliche Kennzahl, mit der sich ein optimaler Personaleinsatz einordnen lässt. Sie gibt dem Grunde nach das Verhältnis der abrechenbaren Zeiten zur gesamten gebundenen Personalzeit an und ist damit auch ein Indikator für die Spitzenlastproblematik. Unser Ziel, im Geschäftsjahr 2015 einen Auslastungsgrad größer 81 % zu erzielen, konnte erreicht werden.

## Rechnungsmäßiges Unbundling

Für die A/V/E gelten die Bestimmungen des Rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Die Dienstleistungen des Unternehmens wurden im Rahmen der Kontentrennung den Bereichen der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors und der anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie dem Bereich der Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors zugeordnet. Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden der Bundesnetzagentur vorgelegt.

## Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage der A/V/E blieben 2015 stabil. Die Bilanzsumme der A/V/E erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2014 um 14 % auf 4.744 T€.

Im Jahr 2015 investierte A/V/E insgesamt 32 T€ (Vorjahr: 43 T€) in das Anlagevermögen. Davon entfielen rund 18 T€ auf immaterielle Vermögensgegenstände (hier Software) und im weiteren vorrangig auf Ersatzinvestitionen im Bereich der Büro- und Geschäftsausstattung.

Das Umlaufvermögen ist – insbesondere durch den positiven operativen Cashflow – um 776 T€ auf 4.275 T€ gestiegen. Dies ergibt sich fast ausschließlich durch die Zunahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen auf 3.550 T€ (31. Dezember 2014: 2.475 T€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen blieben mit 719 T€ in etwa auf Vorjahresniveau. Forderungsausfälle waren nicht zu verzeichnen. Die Zahlungsmoral der Kunden war insgesamt gut.

Die Eigenkapitalquote hat sich geringfügig auf 33 % (Vorjahr 37 %) reduziert. Die Eigenkapitalausstattung der A/V/E GmbH darf weiterhin als solide bezeichnet werden.

Die Rückstellungen nahmen insgesamt auf 2.372 T€ (31. Dezember 2014: 1.841 T€) zu. Hierbei geht die Erhöhung nahezu ausschließlich mit personalgebundenen Rückstellungen einher und berücksichtigt auch die Zuführungen aufgrund versicherungsmathematischer Gutachten. Innerhalb der Rückstellungen werden auch mittelbare Pensionsverpflichtungen passiviert.

Vorsorglich hat A/V/E eine Rückstellung für drohende Verluste (17 T€) eingestellt. Diese stehen im Zusammenhang mit einem Kundenauftrag. Der entsprechende Vertrag wurde zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses nachverhandelt. A/V/E ist sehr zuversichtlich im I. Quartal 2016 mit dem Kunden eine Lösung zu finden und diesen Vertrag ab dem II. Quartal ohne Verlust bearbeiten zu können.

Die Verbindlichkeiten lagen stichtagbezogen mit 816 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (31. Dezember 2014: 777 T€).

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage des Cash-Managementvertrages mit envia Mitteldeutsche Energie AG. Der positive Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit betrug im Geschäftsjahr 966 T€.

Der Jahresüberschuss 2014 (4 T€) wurde dem Gewinnvortrag zugeführt. Unter Berücksichtigung der Investitionstätigkeit (-32 T€) und der operativen Geschäftstätigkeit nahm der Finanzmittelbestand der A/V/E um 934 T€ auf 3.290 T€<sup>1</sup> zu. Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2015 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 gewährleistet.

Mit 19.300 T€ (Vorjahr: 18.943 T€) ist der Umsatz der A/V/E um 2 % gestiegen. Dieser Anstieg resultiert vorrangig aus zusätzlichen Beauftragungen aus dem Gesellschafterumfeld, aber auch aus Aufträgen neu gewonnene Kunden.

Der Umsatz verteilt sich dabei auf die Markttrollen Lieferant zu 73 % und auf die übrigen Markttrollen zu 27 %. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber 2014 um 387 T€, insbesondere durch die Verminderung der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, zurückgegangen.

Trotz der Übernahme von Mitarbeitern aus Arbeitnehmerüberlassung erhöhte sich der Personalaufwand nur geringfügig um 30 T€ auf 13.573 T€. Dabei lag und liegt es in der Natur der Dienstleistungen der A/V/E, dass auf einen Mengenrückgang nur nachlaufend, auf einen erwarteten Anstieg jedoch vorgehend reagiert werden muss. Beides hat in 2015 den operativen Kundenkompetenzcentern als auch der Personalabteilung höchstes Engagement abverlangt.

Mehr als 124 T€ konnte A/V/E im Materialaufwand gegenüber 2014 einsparen und dabei die die Qualität der Arbeitsbedingungen auf höchstem Niveau halten. Neuverhandlungen von Verträgen ließen den Aufwand für bezogene Leistungen auf 3.222 T€ (Vorjahr: 3.347 T€) zurückgehen.

Auch bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten durch Optimierungen mit den Partnern Einsparungen erreicht werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen mit 2.217 T€ rund 93 T€ weniger als 2014 (2.310 T€). Hierbei resultiert aus der Optimierung der Raumnutzung die höchste Aufwandssenkung.

Die leicht positive Umsatzentwicklung und die Aufwandssenkungen führen zu einem deutlich besserem Betriebsergebnis von 294 T€ (Vorjahr: 42 T€).

Das Finanzergebnis von - 210 T€ (Vorjahr - 99 T€) wurde erneut maßgeblich durch die notwendigen aufwandswirksamen Zuführungen zu Pensionen und ähnliche Verpflichtungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten und dem Rückgang der Zinserträge beeinflusst.

Haben die Steuern vom Einkommen und Ertrag das Jahresergebnis 2014 noch mit T€ 62 entlastet, entstand 2015 ein Aufwand von 80 T€. A/V/E schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 4 T€ (Vorjahr: 4 T€) ab.

## **Personalwesen**

Zum 31. Dezember 2015 waren 310 Mitarbeiter/innen bei A/V/E beschäftigt und damit im Stichtagvergleich fünf Mitarbeiter/innen mehr. Zusätzlich waren zum 31. Dezember 2015 noch 14 junge Menschen (Vorjahr 15) bei A/V/E in Ausbildung. Ausgebildet werden diese als Bürokaufmann/frau bzw. Kaufmann/frau für Büromanagement und Kaufmann/frau für Dialogmarketing. Drei Auszubildende, die 2015 die Ausbildung abgeschlossen haben, wurden in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Die Frauenquote mit 67 %, die Teilzeitbeschäftigtenquote mit 18% und die Quote der befristet Beschäftigten mit 32 % sind im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Das Durchschnittsalter beträgt 44 Jahre.

## **Nachtragsbericht**

Geschäftsvorfälle oder Ereignisse nach dem Abschlussstichtag, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft haben, traten nach Abschluss des Geschäftsjahres 2015 nicht ein.

<sup>1</sup> Kassenbestand (1 T€) zuzüglich der Forderungen aus Cashpool (T€ 3.289)

## **Prognose-, Chancen und Risikobericht**

### **Risiko-Management**

A/V/E ist mit dem Chancen- und Risikomanagementsystem in die entsprechenden Konzernregelungen der RWE AG eingebunden. Die A/V/E hat einen Risikomanagementbeauftragten. Dieser erfasst die identifizierten Chancen und Risiken quartalsweise. Bei der Erfassung wird das jeweilige Risiko bzw. die jeweilige Chance beschrieben, Frühwarnindikatoren werden festgehalten sowie Meldewege und etwaige Maßnahmen dokumentiert. Schließlich werden die Eintrittswahrscheinlichkeit und eine mögliche Wirkung festgehalten. Darüber hinaus werden bereits im Angebotserstellungsprozess künftige etwaige Chancen und Risiken gesondert erfasst und, so weit möglich, bewertet. Das Chancen- und Risikomanagement der A/V/E beinhaltet somit das zeitnahe Erkennen, die Erfassung, die Kontrolle und die Steuerung entsprechender Ereignisse.

Grundsätzlich bestehen Risiken in den Bereichen Neukundengewinnung und Verlust von Bestandskunden. Diese Risiken fließen jedoch bereits in den Planungsprozess ein, so dass dieses Risiko keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung hat. Den Bestand der Gesellschaft gefährdende oder die künftige Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

### **Chancen**

Chancen bestehen nicht nur in der Gewinnung neuer Kunden, sondern auch in der Festigung und Intensivierung in der Zusammenarbeit mit bestehenden Kunden. Insbesondere werden Chancen in der Ausgestaltung der Prozesse des Kunden durch die A/V/E gesehen.

### **Strategie**

Mit der Unternehmensstrategie richtet sich A/V/E in einem sich ändernden Umfeld auf Profitabilität und langfristige Wertsteigerung aus. Die Aktivitäten konzentrieren sich dabei ausschließlich auf den Energiemarkt. Dabei ist die strategische Zielsetzung klar definiert: Kundenzufriedenheit, sichere Arbeitsplätze für die Mitarbeiter und die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens.

Kundenzufriedenheit erreicht A/V/E, in dem wir den Bedarf des Kunden erkennen, ihn beraten und mit den entsprechenden Leistungen in höchster Qualität unterstützen. Um eine qualitativ professionelle Dienstleistung zu erbringen, setzt A/V/E auf sehr gut ausgebildete, motivierte Mitarbeiter und eine funktionale IT-Landschaft, auch im und rund um das jeweilige Kundensystem. A/V/E investiert dafür konsequent in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter sowie in das eigene, am Markt einzigartige, Wissen über die faktischen Vorzüge der etablierten und neuen Systeme. Damit ist A/V/E auch im Kundenkreis für etwaige Systemwechsel in der Lage Kunden zu beraten, Empfehlungen auszusprechen und anschließend in der Umsetzung auch schnell zu reagieren und professionell zu unterstützen. Der Maßstab des Handelns ist es, eine hohe Servicequalität zu einem fairen Preis zu realisieren – egal, ob Standardprozess oder hoch innovative Individuallösung.

Dabei kann A/V/E auch immer auf die Stärken der Gesellschafter und Partner zurückgreifen, um auch Leistungen aus einer Hand anzubieten, die nicht zur Kernkompetenz der A/V/E gehören. Der Kunde ist König, er hat das Entscheidungsrecht und A/V/E unterstützt ihn in seinen Belangen.

### **Aussichten**

Für das Geschäftsjahr 2016 ist ein Betriebsergebnis von 46 T€ geplant. Bezüglich der Kundenzufriedenheit und dem Auslastungsgrad wird angestrebt das Niveau von 2015 zu halten.



## Cives Dienste GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

<b>Anschrift:</b>	Sitz der Gesellschaft: Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz						
<b>Rechtsform:</b>	GmbH							
<b>Stammkapital in T€:</b>	25							
<b>Gesellschafter:</b>		<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 80%;"></th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">T€</th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH</td> <td style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">25</td> <td style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>		T€	%	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25	100,00
	T€	%						
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25	100,00						

### Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

### Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltsreinigung in Gebäuden der Stadt Halle (Saale) und Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale).

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Arndt, Michael

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	9	7	11	10	13	8	-2	-18
Umlaufvermögen	122	93	95	90	149	91	27	28
Rechnungsabgrenzungsposten					1	1		

<b>Bilanzsumme</b>	<b>131</b>	<b>100</b>	<b>106</b>	<b>100</b>	<b>163</b>	<b>100</b>	<b>25</b>	<b>24</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	25	19	25	24	25	15	0	0
Rückstellungen	21	16	25	24	21	13	-4	-16
Verbindlichkeiten	85	65	56	52	117	72	29	52

<b>Bilanzsumme</b>	<b>131</b>	<b>100</b>	<b>106</b>	<b>100</b>	<b>163</b>	<b>100</b>	<b>25</b>	<b>24</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	642	627	765
sonstige betriebliche Erträge	0		2
Materialaufwand	20	23	18
Personalaufwand	502	523	614
Abschreibungen	2	3	2
sonstige betriebliche Aufwendungen	58	55	46
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	60	23	87
sonstige Steuern	0	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	60	23	87
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,35	3,62	11,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	240,16	90,73	347,09	%
Cash-Flow:	62	26	89	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	28	27	26	T€
Personalaufwandsquote:	78,14	83,49	80,02	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,46	10,18	8,07	%
Eigenkapitalquote:	19,15	23,58	15,35	%
Fremdkapitalquote:	80,85	76,42	84,65	%

## ee) Leistungsdaten

keine Angaben

**e) Lagebericht**

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
  - 1.1. Geschäftsmodell
    - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
    - 1.1.2. Geschäftsfelder
  - 1.2. Ziele und Strategien
  - 1.3. Steuerung
  - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
  - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
  - 2.2. Arbeitsmarkt
  - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
  - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
  - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
  - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
  - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
  - 3.5. Forschung und Entwicklung
  - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
  - 4.1. Ertragslage
  - 4.2. Finanzlage
    - 4.2.1. Kapitalstruktur
    - 4.2.2. Investitionen
    - 4.2.3. Liquidität
  - 4.3. Vermögenslage
  - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Chancen- und Risikobericht**
  - 6.1. Risikomanagementsystem
  - 6.2. Chancen und Risiken
  - 6.3. Gesamtbild
- 7. Prognosebericht**
  - 7.1. Umsatzentwicklung
  - 7.2. Investitionen
  - 7.3. Finanzierung
  - 7.4. Ergebniserwartung

**1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Cives Dienste GmbH fungiert am Markt als Dienstleister in den Bereichen der Gebäudereinigung sowie im Bereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen innerhalb der Stadt Halle (Saale).

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Beide Unternehmen werden als verbundene Unternehmen in den Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die Cives Dienste GmbH nicht.

### 1.1.2. Geschäftsfelder

Auch im Geschäftsjahr 2015 waren die beiden Geschäftsfelder der Gebäudereinigung sowie der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen unternehmensbestimmend.

Hauptaugenmerk im Bereich der Gebäudereinigung ist die fach- und fristgerechte sowie zuverlässige und hygienische Unterhaltsreinigung in diversen Gebäuden der Stadt Halle (Saale). Das Geschäftsjahr 2015 war für den Bereich der Gebäudereinigung von einer stetigen Nachfragebewegung geprägt, wodurch es im Laufe des Geschäftsjahres zu ständigen Anpassungen im Bereich des Leistungsumfanges kam. Die Anpassungen führten nur zu geringen Auswirkungen auf das Leistungsentgelt.

Im Bereich der Entsorgungstätigkeit wurde die Gesellschaft mit der Behälterentsorgung für Leichtverpackungen (LVP) beauftragt. Die Gesellschaft strebt eine langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Beide Dienstleistungen werden ausschließlich gegenüber der Muttergesellschaft erbracht.

### 1.2. Ziele und Strategien

Im Geschäftsjahr 2015 galt das Hauptaugenmerk der Gesellschaft, ihre Kerngeschäfte der Gebäudereinigung und Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen auf einem weiterhin hohen Qualitätsniveau anzubieten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und dem Auftraggeber ein verlässlicher Partner zu sein, hat die Gesellschaft bereits in den Vorjahren ihre eigene Linienstruktur implementiert und kontinuierlich ausgebaut.

Wie die eigenverantwortliche Steuerung der operativen Leistungsebene auf der einen Seite, so setzt die Gesellschaft auf der anderen Seite auf die vertragliche Vergabe der kaufmännischen Unterstützung im Konzernverbund.

### 1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Cives Dienste GmbH ist in die Struktureinheiten Gebäudereinigung, Entsorgung und Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen um somit zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Durch die Implementierung der notwendigen innerbetrieblichen Struktur im Rahmen der operativen Leistungserbringung war es der Gesellschaft möglich, zahlreiche Objekte in Eigenregie zu verwalten. Auch die vertragliche Vergabe von kaufmännischen Dienstleistungen im Konzernverbund hat sich in der Vergangenheit bewährt. In der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2015 daher keine Änderungen im Bereich der Organisationsstruktur vorgenommen.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

## 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote in Sachsen-Anhalt um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

## 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2015 wurde von keinen wesentlichen Ereignissen beeinflusst. Die Gesellschaft konnte sich vollumfänglich auf die Leistungserbringung gegenüber ihrer Gesellschafterin konzentrieren.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch die in der Vergangenheit erfolgreiche Teilnahme der Muttergesellschaft an der Leistungsvergabe der Dienstleistungen Gebäudereinigung und Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen im Auftrag der Stadt Halle (Saale) sieht sich die Gesellschaft in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt und die Vergabeergebnisse zeigen die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Die Marktbedingungen für die Cives Dienste GmbH sind auf einem niedrigen Stufenwert stabil. Dennoch kann nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang sichern. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen. Dieses ist dem Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr in jedem Fall gelungen und kann anhand der kurzfristigen Reaktion auf die geänderten Leistungseinheiten dokumentiert werden.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Am 19.12.2014 wurde die Fünfte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen in der Gebäudereinigung im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie trat am 01.01.2015 in Kraft und löste somit die Vierte Gebäudereinigungsarbeitsbedingungen-Verordnung vom 07.10.2013 ab. Die Gesellschaft ist daher verpflichtet seit dem 01.01.2015 ihren Mitarbeitern, welche unter diese Regelungen fallen, mindestens einen Stundenlohn von 8,50 € pro Arbeitsstunde zu zahlen. Dies wurde bereits im Rahmen der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2015 berücksichtigt und stellt somit keine außerplanmäßige Belastung dar.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Das Geschäftsjahr 2015 war für die Sparte Gebäudereinigung von einer stetigen Nachfragebewegung geprägt. Innerhalb des Geschäftsjahres kam es zu Kapazitätsanpassungen im Bereich des Leistungsumfanges durch die Disposition der Gebäude im Rahmen des Dienstleistungsvertrages mit der Muttergesellschaft der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Für das Geschäftsjahr wurde insgesamt ein Gesamtvolumen an Reinigungsfläche in Höhe von 301.659 m<sup>2</sup> geplant. Gleistet wurde im Geschäftsjahr eine Fläche von 281.949 m<sup>2</sup>. Dies entspricht einer Unterschreitung von -19.710 m<sup>2</sup>. Eine Kompensierung der Minderflächen ist mit dem derzeitigen Personalbestand und unter Beachtung der geleisteten Arbeitsstunden zur Abdeckung der Flächen nicht möglich gewesen.

Ein besonderes Maß an Einsatzbereitschaft zeigten die Fahrer und Lader zum Ende des Geschäftsjahres. Durch die Häufung der Wochenfeiertage mussten die Entsorgungen weitreichend auf andere Tage verschoben werden. Dabei kam ein stadtweiter umgestellter Entsorgungsplan zum Tragen, welcher die Abfuhr der Müllgroßbehälter am Samstag notwendig machte. Die Gesellschaft strebt die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Arbeitsleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen bei einem identischen Mitarbeiterstamm um 1.395 Arbeitsstunden auf eine Gesamtleistung von 14.787 Arbeitsstunden gesteigert werden.

Gegenüber ihrem Auftraggeber ist die Gesellschaft stets bemüht Kostenoptimierungen sowie -einsparungen zu generieren um auf lange Sicht wettbewerbsfähig zu sein. Im Geschäftsjahr 2015 konnte die Gesellschaft ihre Aufwendungen im Bereich der Verbrauchsmaterialien unterplanmäßig gestalten.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden somit nicht getätigt.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2015 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 22 Beschäftigten (entspricht 18,5 Vollbeschäftigteneinheiten) zu verzeichnen. Dabei befinden sich acht Kraftfahrer und Lader sowie ein Einsatzleiter in einem Arbeitsverhältnis von vierzig Stunden pro Woche. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen.

Im Bereich der Gebäudereinigung gilt für die zwölf Reinigerinnen und Reiniger eine wöchentliche Beschäftigung von dreißig Stunden sowie für den Objektleiter eine wöchentliche Beschäftigung von 40 Stunden.

## 4. Lage der Gesellschaft

### 4.1. Ertragslage

Durch die Anpassung des Leistungsumfanges zu Geschäftsjahresbeginn im Rahmen der Gebäudereinigungsdienstleistungen ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang der Umsatzerlöse zu verzeichnen. Monetär bewertet beläuft sich dieser auf -18,7 TEUR (288,8 TEUR; Vorjahr 307,5 TEUR).

Im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen für Leichtverpackungen konnte eine Steigerung im Bereich der Umsatzerlöse in Höhe von 33,4 TEUR (353,0 TEUR; Vorjahr 319,6 TEUR) verzeichnet werden. Begründet ist dies bei einer nahezu identischen Beschäftigtenzahl durch eine höhere Arbeitsleistung auf Grund geringerer Ausfallzeiten im Geschäftsjahr 2015.

Der Materialaufwand sank im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 TEUR auf einen Wert in Höhe von 20,4 TEUR im Geschäftsjahr 2015 (Vorjahr 23,2 TEUR). Begründet ist dies durch die Reduzierung des Leistungsumfanges im Rahmen der Gebäudereinigung.

Der Personalaufwand sank von 523,6 TEUR im Geschäftsjahr 2014 auf 501,5 TEUR im Geschäftsjahr 2015. Dies entspricht einem Rückgang von 22,1 TEUR bei einer nahezu identischen durchschnittlichen Beschäftigtenanzahl (19,6 VBE; Vorjahr 20,1 VBE). Begründet ist dies durch die Abbildung von Forderungen gegenüber Krankenkassen für Lohnrückzahlungen gemäß Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG) für die Geschäftsjahre 2013 bis 2015.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein Kostenanstieg von 2,4 TEUR, auf einen Wert im Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 57,3 TEUR zu verzeichnen. Die Hauptkostenfaktoren im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen aus Aufwendungen für Shared-Service-Leistungen sowie für den Versicherungsschutz der Gesellschaft. Begründet ist der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen hauptsächlich durch den weiteren Ausbau der im Konzern zentralisierten administrativen Tätigkeiten.

Eine gute Kapitalauslastung der Gesellschaft kann auf Grund der niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt keine Ergebnisimpulse durch das Finanzergebnis bewirken. Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in dem dargestellten Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 60,0 TEUR. Damit wird das Vorjahresergebnis um 37,4 TEUR übertroffen. Durch den geschlossenen Gewinnabführungsvertrag fließt das erzielte Ergebnis der Gesellschaft vollumfänglich an die Gesellschafterin der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zurück.

## 4.2. Finanzlage

### 4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 25,0 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 20,9 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (10,7 TEUR; Vorjahr 10,1 TEUR), Personalrückstellungen (7,8 TEUR, Vorjahr 12,5 TEUR), Rückstellungen für die Schwerbehindertenabgabe (1,4 TEUR; Vorjahr 1,4 TEUR) sowie Rückstellungen für die Anwartschaft auf Dienstjubiläen (1 TEUR, Vorjahr 1,1 TEUR) abgebildet.

Die größte Position in der Kapitalstruktur der Bilanz ist den Verbindlichkeiten zuzuordnen. Diese setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (1,5 TEUR, Vorjahr 0,5 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (67,9 TEUR, Vorjahr 39,5 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (15,2 TEUR, Vorjahr 15,9 TEUR) zusammen.

### 4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2015 wurden keine Investitionen vorgenommen.

### 4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash-Pool ist unterjährig nicht erfolgt.

Zum Bilanzstichtag steht den kurzfristigen Mitteln in Höhe von 122,1 TEUR ein kurzfristiger Mittelbedarf in Höhe von 84,7 TEUR gegenüber. Somit kann die Gewinnabführung in vollem Umfang aus eigenen Mitteln finanziert werden.

## 4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2015 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2015 in TEUR	31.12.2014 in TEUR	Veränderung in TEUR
Anlagevermögen	8,4	10,8	-2,4
<b>Langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>8,4</b>	<b>10,8</b>	<b>-2,4</b>
Forderung verb. Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen	35,5	48,8	-13,2
aus dem CashPool	59,5	41,9	+17,6
sonstige Vermögensgegenstände	27,1	4,5	+22,6
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>122,1</b>	<b>95,2</b>	<b>+26,9</b>
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>130,5</b>	<b>106,0</b>	<b>+24,5</b>
<b>Kapitalstruktur</b>			
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
<b>Langfristiges Kapital</b>	<b>25,0</b>	<b>25,0</b>	<b>0,0</b>
Rückstellungen	20,9	25,0	-4,1
Verbindlichkeiten verb. Unternehmen	67,9	39,5	+28,4
übrige Verbindlichkeiten	16,7	16,5	+0,2
<b>Kurzfristiges Kapital</b>	<b>105,5</b>	<b>81,0</b>	<b>+24,5</b>
<b>Gesamtkapital</b>	<b>130,5</b>	<b>106,0</b>	<b>+24,5</b>



Die Bilanz weist eine Steigerung der Bilanzsumme um 24,5 TEUR aus. Auf der Aktivseite vermindern die Abschreibungen das Sachanlagevermögen. Aus diesem Grund ist hier eine Minderung des langfristig gebundenen Vermögens in Höhe von 2,4 TEUR zu verzeichnen. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sowie durch die Forderungen aus dem CashPool geprägt. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 26,9 TEUR zu verzeichnen. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 130,5 TEUR (Vorjahr: 106,0 TEUR).

Auf der Passivseite der Bilanz ist zunächst von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage (25,0 TEUR) zu berichten. Die notwendigen Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31.12.2015 zeigen eine Minderung von -4,1 TEUR zum Vorjahreswert in Höhe von 25,0 TEUR auf. Offene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, besonders gegenüber verbundenen Unternehmen, sind auf Grund der Rechnungslegung zum Jahresende ausgewiesen und resultieren aus dem Leistungsausgleich mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH sowie den Dienstleistungen der internen Revision der Stadtwerke Halle GmbH. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten in Höhe von 84,7 TEUR aus. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung in Höhe von 28,6 TEUR dar.

#### 4.4. Gesamtaussage

Die Gesellschaft konnte im Vergleich zum Vorjahr ein verbessertes Ergebnis vor Steuern an ihre Gesellschafterin ausschütten. Dieses wurde jedoch einmalig durch die Forderungen gegenüber Krankenkassen (T€ 26) beeinflusst. Unter Berücksichtigung dieses Sachverhaltes sieht sich die Cives Dienste GmbH dennoch in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt und zeigt die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der Gebäudereinigung, sowie der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Durch die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr die Gewinnabführung im vollen Umfang finanziert werden. Die Liquidität der Gesellschaft war demnach ausreichend gegeben und eine Inanspruchnahme der konzerninternen Kreditlinie war nicht nötig.

### 5. Nachtragsbericht

Veränderungen sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

### 6. Chancen- und Risikobericht

#### 6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

## Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

### 6.2. Chancen und Risiken

Die Abhängigkeit vom Gesellschafter in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen muss generell als Risiko angesehen werden. Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente, insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten, ausgesetzt.

### 6.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

## 7. Prognosebericht

### 7.1. Umsatzentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2016 sind Umsatzerlöse in Höhe von 647,6 TEUR geplant. Auf Grund der gegebenen Dienstleistungsverträge im Rahmen der betrieblichen Leistungserbringung können 283,2 TEUR dem Bereich der Gebäudereinigung und 364,4 TEUR dem Bereich der Entsorgungsdienstleistung zugeordnet werden. Die Entwicklung der Umsatzerlöse bleibt unter der Prämisse eines gleichbleibenden Leistungsumfanges für den Mittelfristzeitraum nahezu konstant.

#### 7.2. Investitionen

Für das Geschäftsjahr 2016 sind keine wesentlichen Investitionen geplant.

#### 7.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können auf Grund der guten Liquidität aus eigenen Mittel abgedeckt werden.

#### 7.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2016 soll der Cives Dienste GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 2,9 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Nischen voran zu treiben, um zusätzliche Möglichkeiten zu generieren. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2016 mit beeinflussen und den marktwirtschaftlichen Fortschritt sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

## Energieversorgung Halle Netz GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Zum Heizkraftwerk 12  
06112 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 25

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
EVH GmbH	25	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Göpfert, Heike

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	9.987	60	5.001	37	3.650	12	4.986	100
Umlaufvermögen	6.279	38	8.238	61	14.417	48	-1.959	-24
Rechnungsabgrenzungsposten	306	2	239	2	12.029	40	67	28

<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.572</b>	<b>100</b>	<b>13.478</b>	<b>100</b>	<b>30.096</b>	<b>100</b>	<b>3.094</b>	<b>23</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	7.136	43	2.136	16	2.136	7	5.000	234
Rückstellungen	5.549	34	4.487	33	11.189	37	1.062	24
Verbindlichkeiten	3.887	23	6.855	51	4.798	16	-2.968	-43
Rechnungsabgrenzungsposten					11.973	40	0	

<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.572</b>	<b>100</b>	<b>13.478</b>	<b>100</b>	<b>30.096</b>	<b>100</b>	<b>3.094</b>	<b>23</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	112.224	108.544	110.306
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	16	2	-326
sonstige betriebliche Erträge	2.775	3.000	2.911
Materialaufwand	71.292	71.604	83.253
Personalaufwand	20.091	18.351	9.256
Abschreibungen	1.539	877	544
sonstige betriebliche Aufwendungen	21.534	20.301	19.592
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	45	227
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	194	139	64
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	379	319	409
sonstige Steuern	36	35	24
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	343	284	385
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,31	0,26	0,35	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,81	13,32	18,03	%
Cash-Flow:	1.882	1.161	929	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	442	427	957	T€
Personalaufwandsquote:	17,47	16,45	8,20	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	47,70	19,97	7,81	%
Eigenkapitalquote:	43,06	15,85	7,10	%
Fremdkapitalquote:	56,94	84,15	92,90	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Netznutzung Fernwärme	585,00	553,00	668,00	GWh
Netznutzung Gas	1.098,00	1.023,00	1.238,00	GWh
Netznutzung Strom	806,00	805,00	842,00	GWh

**e) Lagebericht****1. Grundlagen der Energieversorgung Halle Netz GmbH****1.1. Geschäftsmodell**

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist als Strom-, Gas- und Fernwärmenetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Aufbau des Verteilnetzes verantwortlich.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung von Dienstleistungen, hauptsächlich für die EVH GmbH. Im Auftrag der EVH GmbH übernimmt sie kundennahe Energiedienstleistungen, den Betrieb von Fernwärme- und Nahwärmanlagen sowie die Planung und den Bau für Instandhaltungs-, Abrüstungs- und Investitionsmaßnahmen.

Alleinige Gesellschafterin der Energieversorgung Halle Netz GmbH ist die EVH GmbH. Eigene Beteiligungen besitzt die Energieversorgung Halle Netz GmbH nicht.

**1.2. Ziele und Strategien**

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverteilsnetzes im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die optimale Anwendung und Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Zielstellung der Energieversorgung Halle Netz GmbH ist die Bereitstellung der bereits genannten Dienstleistungen für die Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns.

**1.3. Steuerung**

Die Geschäftsführung der Energieversorgung Halle Netz GmbH obliegt Frau Heike Göpfert. Die interne Organisation der Energieversorgung Halle Netz GmbH gliedert sich in die Struktureinheiten Netzbetrieb, Netzstrategie (Strategie/Planung, Dokumentation, Liegenschaften), Netzvertrieb (Wechselprozesse, Vertragsmanagement) und Marktgebietsmanagement (Energiedaten-, Regulierungsmanagement, Netzcontrolling).

Die Planungs- und Berichtsstruktur stellt auf das Gesamtunternehmen ab. Als Steuerungsgröße dient jeweils das Betriebsergebnis. Mit Hilfe dieses Indikators werden unternehmerische Entscheidungen getroffen.

**1.4. Veränderungen in der Gesellschaft**

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen in der Energieversorgung Halle Netz GmbH.

**2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen****2.1. Wirtschaftliche Entwicklung**

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 Prozent. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 Prozent. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

**2.2. Arbeitsmarkt**

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 Prozent auf 6,4 Prozent verringerte, reduzierte sich die entsprechende Quote in Sachsen-Anhalt um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 Prozent auf 10,2 Prozent.

### 3. Geschäftsverlauf

#### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Regulierungsbehörde bestimmt die Obergrenze der zulässigen Gesamterlöse eines Netzbetreibers aus Netzentgelten (Erlösobergrenze). Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen in der zweiten Regulierungsperiode Strom (2014 bis 2018) erfolgte mit dem Beschluss der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur vom 18. Dezember 2014 und für die zweite Regulierungsperiode Gas (2013 bis 2017) mit dem Bescheid der Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt vom 14. Dezember 2012.

Mit Wirkung zum 01. April 2015 wurde der technische Betriebshof erworben.

#### 3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die am 20. Februar 2015 in Kraft getretene Ausgleichsmechanismusverordnung (AusglMechV) überträgt die Zuständigkeit der Übertragungsnetzbetreiber zur Erhebung der EEG-Umlage nach § 61 EEG 2014 auf die Verteilnetzbetreiber. Die Kosten der Verteilnetzbetreiber, die diesen durch die Erhebung der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz entstehen, werden nach Auffassung des Verordnungsgebers vollständig über das System der Anreizregulierung im Zuge der Kostenprüfung berücksichtigt.

Am 14. März 2015 trat die geänderte Systemstabilitätsverordnung (SysStabV) in Kraft. Dadurch sind Betreiber von bestimmten Windenergie-, Biomasse-, Biogas-, Kraft-Wärme-Kopplungs- und Wasserkraftanlagen verpflichtet, ihre Anlagen so nachzurüsten, dass diese sich bei Unterfrequenz nicht gleichzeitig, sondern in einem gestuften Prozess vom Stromnetz trennen. Verteilnetzbetreiber müssen nach der Verordnung neue Informationspflichten beachten.

Die BNetzA hat am 16. April 2015 einen einheitlichen Netznutzungs- und Lieferantenrahmenvertrag Strom veröffentlicht, der die Vertragsgestaltung zwischen Netzbetreibern aller Spannungsstufen und Lieferanten sowie Letztverbrauchern regelt. Alle Netzbetreiber haben den Vertrag für die Netznutzung zur Entnahme von Elektrizität aus dem Elektrizitätsversorgungsnetz verbindlich ab dem 1. Januar 2016 anzuwenden.

Am 30. Juni 2015 wurde die Kooperationsvereinbarung KoV VIII zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen verabschiedet. Diese trat am 1. Oktober 2015 in Kraft. Aufgrund neuer regulatorischer Vorgaben der BNetzA, europäischer Network Codes sowie der Anforderungen von Marktteilnehmern mussten Teile der KoV angepasst werden. Wesentliche Änderungen der KoV VIII sind die Umsetzung der BNetzA-Festlegung zur Gasbilanzierung und der zählpunktscharfen Mehr-/Mindermengenabrechnung, die Anpassungen an den Standardlastprofilen, die L-/H-Gas-Marktraumumstellung, Krisenvorsorge sowie der Network Code zum Kapazitätsmanagement.

Am 3. Dezember 2015 wurde das Gesetz zur Neuregelung des KWK-Gesetzes, des Rechts des Energieleitungsbaus (Vorrang Erdkabel im EnLAG) sowie der Verlängerung der Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) verabschiedet. Das KWK-G tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft. Die AbLaV wurde um weitere 6 Monate bis zum 1. Juli 2016 verlängert.

Das Jahr 2015 war geprägt von den Diskussionen und Vorschlägen zur Ausgestaltung der Anreizregulierung ab der 3. Regulierungsperiode. Basis bildete der von der Bundesnetzagentur (BNetzA) am 21. Januar 2015 veröffentlichte Evaluierungsbericht zur Anreizregulierung. Der Bericht enthält eine Bestandsaufnahme zur Wirkung des Regulierungssystems und unterbreitet Vorschläge zu Anpassungen und Änderungen der Anreizregulierung. Daraufhin hat das BMWi den vorgelegten Evaluierungsbericht zur Anreizregulierung aufgegriffen und am 16. März 2015 Eckpunkte für die Novelle der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) vorgelegt.

Zahlreiche Diskussionen zwischen Verbänden, der BNetzA, dem BMWi sowie Bund und Ländern haben im laufenden Geschäftsjahr stattgefunden. Eine Novellierung zur Anreizregulierung wird für das Geschäftsjahr 2016 erwartet.

Zur Bewältigung der Energiewende hat die Bundesregierung das Gesetz zur „Digitalisierung der Energiewende“ und das Messstellenbetriebsgesetz auf den Weg gebracht. Mit einer Befassung des Bundestages wird in 2016 gerechnet.

Das Anfang Juli 2015 vorgelegte Weißbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ legt eine detaillierte Auswertung der durchgeführten Konsultationen zum Strommarkt der Zukunft vor. Zudem erläutert, begründet und konkretisiert es die Entscheidung für einen Strommarkt 2.0. Das Weißbuch enthält wichtige Grundsätze mit denen der Strommarkt 2.0 umgesetzt werden soll. Nachdem der Bundesrat seine Stellungnahme zum Kabinettsentwurf eines Strommarktgesetzes abgegeben hat, steht nun die Befassung im Bundestag aus. Die Diskussion wird in 2016 fortgeführt.



### 3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die ARegV wird den Netzbetreibern eine Erlösbergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

Ein effizientes Kostenmanagement bildet unter Sicherstellung von Netzqualität und -stabilität einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der Energieversorgung Halle Netz GmbH.

### 3.4. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2015 beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH 273 Mitarbeiter und 33 Auszubildende. Die Mitarbeiterzahl blieb zum Stichtag nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr (270 Mitarbeiter).

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 44 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 21 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieursausbildung bzw. duale Studiengänge. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demografischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken.

Einen weiteren Beitrag leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut. In diesem Jahr wurde die aktive Phase des 1. Talentpools abgeschlossen. Der Talentpool bot den Teilnehmern zweieinhalb Jahre eine große Bandbreite an Trainings, Talentwerkstätten, Projekten, welche jeden Einzelnen forderten und förderten sowie regelmäßige Erfahrungsaustauschtreffen mit den Talenten und Vorgesetzten. Die Ergebnisse fließen in die Arbeit des zukünftigen zweiten TalentPools ein. Hierfür begann Ende 2015 die Auswahl.

Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikanten- und Traineestellen kontinuierlich ausgebaut.

## 4. Lage der Gesellschaft

### 4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 erzielte die Energieversorgung Halle Netz GmbH einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,3 Mio. €, der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die EVH GmbH abgeführt wird.

Die Umsatzerlöse sind in 2015 um 3,7 Mio. € auf 112,2 Mio. € gestiegen. Im Netzgebiet wurden im Geschäftsjahr 806 GWh (Vorjahr: 805 GWh) Strom ausgespeist. Die Umsätze für die Netznutzung Strom betragen in diesem Zusammenhang 57,0 Mio. € (Vorjahr: 54,2 Mio. €). Der Durchsatz im Erdgasnetz der Gesellschaft betrug 1.098 GWh (Vorjahr: 1.023 GWh). Der Umsatz für die Netznutzung Gas belief sich auf 20,0 Mio. € (Vorjahr: 21,5 Mio. €). Im Jahr 2015 transportierte das Unternehmen 585 GWh (Vorjahr: 553 GWh) Wärme und erzielte 22,8 Mio. € (Vorjahr: 22,3 Mio. €) Umsatzerlöse aus der Netznutzung Wärme.

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 16,3 Mio. € (Vorjahr: 18,1 Mio. €) sowie für bezogene Leistungen fielen in Höhe von 55,0 Mio. € (Vorjahr: 53,5 Mio. €) an.

Der Personalaufwand erhöhte sich auf 20,1 Mio. € (Vorjahr: 18,4 Mio. €) im Wesentlichen aufgrund von Maßnahmen im Rahmen der Nachfolgeplanung zur Abfederung der Auswirkungen des demografischen Wandels.

Abschreibungen in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €) betrafen hauptsächlich Gebäude, Datenbank-, netz- und bilanzierungstechnische Systeme sowie Hardware.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Berichtszeitraum 21,5 Mio. € (Vorjahr: 20,3 Mio. €) und beinhalten im Wesentlichen den Fremdleistungsaufwand für Instandhaltung, Aufwendungen für Abrechnungs- und DV-Dienstleistungen sowie Konzessionsabgaben.

#### 4.2. Finanzlage

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH wies zum 31. Dezember 2015 ein Eigenkapital in Höhe von 7,1 Mio. € aus. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 43,1 Prozent. Im Geschäftsjahr 2015 wurden Investitionen in Höhe von 6,5 Mio. € getätigt. Die größte Investition entfiel auf den Erwerb des „Technischen Betriebshofes“, der durch eine Kapitaleinlage der EVH GmbH finanziert wurde.

Die Kapitalflussrechnung wies einen Zahlungsmittelabfluss von 0,2 Mio. € aus. Dieser ergab sich aus dem Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,6 Mio. €, dem Cash Flow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 6,5 Mio. €, der Eigenkapitalzuführung von 5,0 Mio. € und der Ergebnisabführung in Höhe von 0,3 Mio. €. Insgesamt ergab sich ein Finanzmittelbestand in Höhe von 0,1 Mio. €. Die Liquidität war während des Jahres 2015 gegeben.

#### 4.3. Vermögenslage

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH hat mit der EVH GmbH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 16,6 Mio. €. Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen im Wesentlichen aufgrund des Erwerbes des „Technischen Betriebshofes“. Die in diesem Zusammenhang durch die EVH GmbH getätigte Kapitaleinlage in Höhe von 5,0 Mio. € wirkte positiv im Eigenkapital auf der Passivseite.

#### 4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Energieversorgung Halle Netz GmbH für das Geschäftsjahr 2015 entsprach den Erwartungen.

### 5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2015 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Energieversorgung Halle Netz GmbH notwendig machen.

### 6. Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

In diesem Kontext betreibt die Energieversorgung Halle Netz GmbH gemeinsam mit der EVH GmbH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Im Rahmen einer jährlich durchgeführten Risikoinventur werden Chancen und Risiken erfasst und nach möglicher Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschläge vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld.

Im Rahmen der Anreizregulierung ist vorgesehen, dass von allen Unternehmen eine Effizienzsteigerung zu erbringen ist. In der zweiten Regulierungsperiode müssen die Netzbetreiber einen jährlichen Produktivitätsfortschritt von 1,5 Prozent erzielen.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

Die dargestellten Chancen und Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

## **7. Prognosebericht**

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Energieversorgung Halle Netz GmbH entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Fachsparten Strom, Gas und Fernwärme.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Gewerke Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr eher von einem gleichbleibenden Niveau des Strommengenauflommens im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Fernwärme- und Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Für das Geschäftsjahr 2016 erwartet die Geschäftsführung der Energieversorgung Halle Netz GmbH ein positives Jahresergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 0,2 Mio. €.

## Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Grubenweg 3  
06242 Braunsbedra

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 260

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Peter Binder	26	10,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Energieversorgung, Abwasserent- und Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Binder, Peter  
Schiller, Hartmut

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	3.945	78	3.836	82	3.707	77	109	3
Umlaufvermögen	1.114	22	810	17	1.056	22	304	38
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	20	1	29	1	-7	-35
Aktive latente Steuern	13	0	3	0	3	0	10	333

<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.085</b>	<b>100</b>	<b>4.669</b>	<b>100</b>	<b>4.795</b>	<b>100</b>	<b>416</b>	<b>9</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	1.949	38	1.761	38	1.601	33	188	11
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	184	4	134	3	116	3	50	37
Rückstellungen	363	7	205	4	441	9	158	77
Verbindlichkeiten	2.589	51	2.569	55	2.637	55	20	1

<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.085</b>	<b>100</b>	<b>4.669</b>	<b>100</b>	<b>4.795</b>	<b>100</b>	<b>416</b>	<b>9</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.024	4.555	4.718
andere aktivierte Eigenleistungen	50	45	22
sonstige betriebliche Erträge	86	133	285
Materialaufwand	1.125	1.086	1.096
Personalaufwand	1.941	1.814	1.744
Abschreibungen	317	299	330
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.286	1.133	1.253
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	4	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	92	108	127
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	403	297	480
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	105	78	126
sonstige Steuern	10	9	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	288	210	345
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	288	210	345

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,74	4,62	7,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	17,37	13,57	27,45	%
Cash-Flow:	605	509	675	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86	82	90	T€
Personalaufwandsquote:	37,62	38,32	34,71	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	77,12	79,65	75,06	%
Eigenkapitalquote:	38,33	37,71	33,38	%
Fremdkapitalquote:	61,67	62,29	66,62	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Absatz Fernwärme	18,3	16,4	19,7	GWh
Absatz Strom	16,7	15,6	15,2	GWh

**e) Lagebericht**

## 1. Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die Geschäftsfelder der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) blieben auch im Geschäftsjahr 2015 unverändert. Das gilt für die Bereiche Energieerzeugung und -verteilung, die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) und den Bereich Wasserversorgung.

Dazu stand auch im Geschäftsjahr 2015 die identische Anlagenkonfiguration zur Verfügung.

Die von der EWAG erzeugte Wärme wird über eigene Fernwärmenetze in Braunsbedra (einschließlich OT Großkayna) und Mücheln den Kunden zur Verfügung gestellt.

Die Wärme wird im Heizkraftwerk Braunsbedra (Anlage Grubenweg) im Prozess einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) erzeugt.

In den zwei weiteren Wärmeerzeugungsanlagen Großkayna und Mücheln erfolgt die Wärme-erzeugung auf Basis von Altholz (Reserve Heizöl leicht) bzw. Holzhackschnitzel (Reserve Erdgas). Die dezentrale Erzeugungsanlage im Atlantis Center Braunsbedra verwendet Heizöl leicht.

Die im Heizkraftwerk Grubenweg und im Kraftwerk Geiseltalstraße (ehemals VKH) erzeugte Elektroenergie wird in das Netz der MITNETZ Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM) eingespeist.

Der von der EWAG erzeugte Strom wird nach Abzug des Eigenverbrauches der beiden Kraftwerksanlagen sowie der übrigen EWAG-Betriebsanlagen vermarktet.

Auf der Basis des bestehenden Liefervertrages mit den Berliner Verkehrsbetrieben AöR (BVG) wurden ca. 96 % des verfügbaren Stromes an die BVG geliefert.

Der verbleibende Anteil wurde an gewerbliche und private Kunden geliefert.

Die Planzahlen in den Geschäftsfeldern Elektroenergie und Fernwärme konnten nicht erreicht werden.

Die negative Abweichung im Bereich Elektroenergie resultiert im Wesentlichen aus zwei Phasen nichtgeplanter 3-Kessel-Fahrweise im HKW Grubenweg in 01/2015 und 06/2015.

In der Anlage Geiseltalstraße wurden die Planzahlen erreicht, es bestehen aber nach wie vor Reserven bezüglich der Verfügbarkeit.

Anzumerken ist, dass die Vielzahl der Stillstände der Erzeugungsanlagen infolge von Schaltmaßnahmen im Rahmen des Netzsicherheitsmanagements (NSM) der MITNETZ STROM, wie sie im Geschäftsjahr 2014 zu verzeichnen waren, im Jahr 2015 praktisch keine Rolle mehr spielte. Das gilt für beide Erzeugungsanlagen.

Die geplanten Umsätze im Bereich Fernwärme konnten durch die untypisch hohen Temperaturen im IV. Quartal 2015 (November, Dezember) nicht erreicht werden.

Die im Bereich Verwertung von Brennstoffen zu verzeichnende positive Abweichung von ca. TEUR 230 resultiert aus zwei Sachverhalten.

Einerseits wurden ca. 2.500 t EBS mehr als geplant verwertet. Zusätzlich ergaben sich Ende des Jahres 2015 günstigere Preise für die eingesetzten Brennstoffe.

Diese Tendenz wird sich aus momentaner Sicht auch für das Geschäftsjahr 2016 fortsetzen.

Der Betrieb der Wärmeerzeugungs- und -verteilungsanlagen in Mücheln, Großkayna und Braunsbedra (Atlantis Center) ist aus Sicht des Instandhaltungs- und Störgeschehens als normal einzuschätzen.

Im Bereich Trinkwasserversorgung waren ebenfalls normale Betriebsabläufe zu verzeichnen. Neben den notwendigen Reparatur- und Wartungsarbeiten wurden weitere Maßnahmen für eine stabile Trinkwasserversorgung durchgeführt. Durch die gezielte Erneuerung und Instandsetzung von Absperrvorrichtungen in den Netzen Langeneichstädt, Wünsch und Klobikau soll im Störfall die Absperrbarkeit von Teilbereichen des Netzes gewährleistet werden.

Zur Verbesserung des Brandschutzes baute die EWAG im Auftrag der Goethestadt Bad Lauchstädt eine Verbindungsleitung zwischen dem Wasserwerk und dem Ortsteil Oberklobikau.

Ein Schwerpunkt der in 2015 durchgeführten Maßnahmen lag im weiteren Ausbau bzw. der Sanierung des Fernwärmenetzes. Im Bereich Steiger-, Häuer- und Nordstraße wurde das Fernwärmenetz durch 14 Neuanschlüsse erweitert. Weiterhin wurden 28 Fernwärme-Hausanschlussstationen in den Bereichen Braunsbedra, Großkayna und Mücheln grundhaft saniert.

## **2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**

### **2.1. Ertragslage**

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2015 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 288 (Vorjahr: TEUR 210) erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse haben sich um TEUR 468 erhöht. Die Erlössteigerungen bei Erlösen aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen um TEUR 232, bei den Erlöse aus Fernwärme um TEUR 128, bei den Erlösen aus Stromlieferung um TEUR 51 sowie bei den Sonstigen Erlösen um TEUR 41 trugen maßgeblich dazu bei. Geringere Erlöse sind bei den Erlösen aus dem Stromverkauf um TEUR 5 zu verzeichnen.

Die höheren Erlöse aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen sind auf die gegenwärtige stabile Situation des Brennstoffmarktes mit stabilen Preisen aber auch auf einen höheren Brennstoffdurchsatz zurückzuführen.

Die höheren Erlöse aus der Fernwärme sind teilweise Ergebnis der Erweiterung der Anschlusskapazität an das Fernwärmenetzes. Weiterhin führte auch eine im Jahr 2015 durchgeführte Preisanpassung zur positiven Erlösentwicklung. Die Erhöhung der Stromlieferung ist auf die Erhöhung der Laufzeitstabilität der Energieerzeugungsanlagen zurückzuführen.

Die Sonstigen Erlöse beinhalten Leistungen zum Bau einer Feuerlöschleitung im Versorgungsgebiet Klobikau, die im Auftrag der Goethestadt Bad Lauchstädt ausgeführt wurden.

Die aktivierten Eigenleistungen haben sich auf Grund der erbrachten Herstellungskosten für den Bau bzw. die Umrüstung von Fernwärme-Hausanschlussstationen um TEUR 6 erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 47.

Im Geschäftsjahr 2014 beinhaltete diese Position Erträge aus Fördermitteln in Höhe von TEUR 20 sowie Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen in Höhe von TEUR 32.

Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 39 erhöht. Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich von TEUR 3.647 um TEUR 388 auf TEUR 4.035 erhöht.

Die Erhöhung des Materialaufwandes ist hauptsächlich auf höhere Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von TEUR 35 zurückzuführen. Diese sind durch Mehraufwendungen für die Entsorgung von Rost- und Filteraschen begründet. Die Erhöhung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe beträgt TEUR 4. Den verminderten Aufwendungen für Strom, Heizöl, Erdgas und Holzbrennstoffen in Höhe von TEUR 32 stehen höhere sonstige Aufwendungen in Höhe von TEUR 31 entgegen. Darin enthalten sind Aufwendungen für Kostenweiterberechnungen in Höhe von TEUR 53, die Bestandteil der Erlöse aus Kostenweiterberechnungen (Sonstige Erlöse) sind.

Die Erhöhungen der Personalkosten um TEUR 127 resultieren aus der Zunahme des Personalbestandes sowie aus der Anpassung von Löhnen und Gehältern.

Infolge der durchgeführten Investitionen haben sich die Aufwendungen für Abschreibungen um TEUR 18 planmäßig erhöht.

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 153 begründen sich hauptsächlich durch die Erhöhung der Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 134, die Erhöhung der sonstigen Aufwendungen in Höhe von TEUR 38 sowie die Erhöhung der Fahrzeugaufwendungen in Höhe von TEUR 7.

Die Instandhaltungsaufwendungen beinhalten Zuführungen zu den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von TEUR 130.

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten periodenfremde Aufwendungen aus der Abrechnung vermiedener Netznutzungsentgelte der Jahre 2014 und 2013 durch den Stromnetzbetreiber in Höhe von TEUR 28.

Die höheren Fahrzeugaufwendungen sind durch die Erhöhung von Reparaturaufwendungen sowie durch höhere Kfz-Leasingkosten begründet.

Durch ein stetiges Finanzmanagement in Verbindung mit der Entwicklung auf den Finanzmärkten konnten die Zinsen um TEUR 15 gesenkt werden.



Die Steuern von Einkommen und Ertrag haben sich proportional zum Vorsteuerergebnis erhöht. Die Steuerquote ist mit 26,7 % auf dem Niveau des Vorjahres.

## **2.2. Finanzlage**

Die Finanzlage hat sich im Geschäftsjahr weiter stabilisiert. Es wurden Auszahlungen für Investitionen abzüglich erhaltener Anschlusskostenzuschüsse und öffentlicher Investitionszuschüsse in Höhe von TEUR 461 sowie die Tilgung von Finanzkrediten in Höhe von TEUR 412 vorgenommen.

Die Investitionen wurden durch die Aufnahme von langfristigen Finanzkrediten finanziert. Die Kredittilgungen konnten im Wesentlichen durch den positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden.

Die Inanspruchnahme der Kontokorrentlinien wurde weiterhin verringert. Zum Bilanzstichtag waren offene Kontokorrentlinien von TEUR 567 (Vorjahr: TEUR 541) verfügbar.

Die weiteren Kontokorrentkredite sollen durch die in den folgenden Geschäftsjahren erwarteten positiven Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit zurückgeführt werden.

## **2.3. Vermögenslage**

Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2015 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 4.669 auf TEUR 5.085 erhöht.

Die Immateriellen Wirtschaftsgüter haben sich um TEUR 7 auf TEUR 24 durch die Anschaffung von Softwarelösungen für die Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie für das Bestellwesen erhöht.

Die Sachanlagen haben sich bedingt der durchgeführten Investitionen von TEUR 3.719 um TEUR 203 auf TEUR 3.922 erhöht. Die Zugänge berücksichtigen im Wesentlichen Fernwärme-Hausanschlüsse mit TEUR 173 sowie die Erweiterung des Fernwärmenetzes Braunsbedra in dem Bereich Häuerstraße/Steigerstraße/Nordstraße mit TEUR 202.

Für Neuanschlüsse an das Fernwärmenetz wurden private Hausanschlusskostenzuschüsse erhoben. Diese werden in einem Sonderposten passiviert und über die Nutzungsdauer für Hausanschlüsse aufgelöst.

Die Finanzanlagen haben sich um TEUR 101 vermindert. Die fälligen Anleihen der UniCredit Bank Irland p.l.c., Dublin/Irland (Verpfändung der Wertpapiere als Sicherheit für die Erfüllung der Verpflichtungen des Betreibers einer Verbrennungsanlage im Sinne der 17. BImSchV) wurden am 28.12.2015 zurückgezahlt und in verpfändeten Festgeldkonten angelegt. Die Festgelder werden unter sonstige Wertpapiere bilanziert.

Das Umlaufvermögen hat sich um TEUR 304 (im Einzelnen: Vorräte um TEUR 11, Forderungen/ sonstige Vermögensgegenstände um TEUR 208, Wertpapiere um TEUR 103) erhöht, während sich der Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten um TEUR 18 verringert hat.

Die Vorräte für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (Holzbrennstoffe, Heizöl, Diesel, Sorbalit und Harnstoff) haben sich geringfügig um TEUR 2 verringert. Die Vorräte für Reparaturmaterialien haben sich dagegen um TEUR 13 erhöht.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich infolge der Abrechnung von Strom, Fernwärme und Ersatzbrennstoffen zum Bilanzstichtag um TEUR 243, während sich die sonstigen Vermögensgegenstände, im Wesentlichen Ansprüche aus vermiedenen Netznutzungsentgelte, um TEUR 35 verringerten.

Die Erhöhungen der sonstigen Wertpapiere um TEUR 103 ergeben sich ursächlich aus der Rückzahlung der unter sonstigen Anleihen bilanzierten Finanzanlagen und deren Anlage in verpfändeten Festgeldkonten.

Die gebildeten aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für Dienstleistungen, Versicherungen und Finanzierungskosten haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 7 minimiert.

Die zum 31. Dezember 2015 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 13 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für langfristige Rückstellungen bzw. für steuerrechtliche Aktivierungen.

Durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss, abzüglich einer Gewinnausschüttung auf den Jahresüberschuss 2014, erhöhte sich das Eigenkapital um TEUR 188.

Der Bestand des Sonderpostens hat sich um TEUR 50 erhöht. Sonderposten werden für erhobene Hausanschlusskostenzuschüsse (private Zuschüsse) für Trinkwasser- und Fernwärmeanschlüsse bilanziert. Im Geschäftsjahr 2015 wurde für erhaltene Fördermittel (Förderung der Erweiterung des Fernwärmenetzes) in Höhe von TEUR 17 ein weiterer Sonderposten passiviert. Die Sonderposten werden jährlich über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände abgegrenzt.

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 158 erhöht. Die Erhöhung ergibt sich hauptsächlich durch TEUR 164 höhere sonstige Rückstellungen. Die Steuerrückstellungen haben sich dagegen um TEUR 6 verringert.

Wesentliche sonstige Rückstellungen sind Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsleistungen mit TEUR 130, Rückstellungen für Personalverpflichtungen mit TEUR 153. Weitere Rückstellungen wurden für ausstehende Beiträge, Eingangsrechnungen sowie gesetzliche Abgaben eingestellt.

Die Verbindlichkeiten haben sich um TEUR 20 erhöht. Diese sind im Wesentlichen auf die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 41 infolge Neuaufnahme von Investitionsdarlehen zurückzuführen. Dem Zugang in Höhe von TEUR 480 durch Kreditaufnahmen stehen Minderungen durch Kredittilgungen in Höhe von TEUR 412 gegenüber. Zudem wurde die Inanspruchnahme der Kontokorrentkredite um TEUR 26 verringert. Die Lieferantenverbindlichkeiten haben sich um TEUR 25 vermindert.

### **3. Investitionen**

Die im Geschäftsjahr 2014 begonnene Erweiterung des Fernwärmenetzes in Braunsbedra wurde mit dem II. Bauabschnitt im Bereich Häuerstraße / Steigerstraße / Nordstraße mit dem Neuanschluss von 14 Fernwärme-Hausanschlüssen fortgeführt. Im Jahr 2016 werden weitere 22 Wohnhäuser in diesem Wohngebiet an das Fernwärmenetz angeschlossen.

Die Rekonstruktionen weiterer 28 Fernwärme-Hausanschlussstationen wurden 2015 in den Versorgungsgebieten Braunsbedra, Großkayna und Mücheln planmäßig abgeschlossen.

Mit dem Kauf und der Inbetriebnahme von Emissionsmesstechnik zur NH<sub>3</sub>-Messung im Kraftwerk Grubenweg sowie im Betriebsteil VKH wurden die Voraussetzungen für die gesetzliche Pflicht zur Ammoniak-Messung ab dem 01.01.2016 geschaffen.

### **4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2015**

Durch eine langfristige Vorbereitung bezüglich mengen- und terminmäßiger Anlieferung der notwendigen EBS in der im Allgemeinen kritischen Jahreswechselperiode kam es zu keinerlei Engpässen. Die Versorgung war jederzeit stabil abgesichert.

Das betrifft in gleicher Weise alle notwendigen Entsorgungsaufgaben (Rost- und Filteraschen).

Durch das zu milde Wetter in den ersten beiden Monaten des Jahres 2016 wird es wiederum zu Abweichungen von den geplanten Umsätzen im Bereich Fernwärme kommen.

### **5. Risikobericht**

Die Ver- und Entsorgungsbedingungen sind momentan als stabil einzuschätzen. Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) waren im Geschäftsjahr 2015 sowie Anfang des Geschäftsjahres 2016 relativ stabil. Gleiches gilt auch für die Aufwendungen zur Entsorgung von Reststoffen (speziell Rost- und Filteraschen).

Veränderte Bedingungen der Ver- und Entsorgungskosten infolge Marktveränderungen könnten sich auf die Ertragslage auswirken.

Ein stetiger Zuwachs der Kosten ist seit einigen Jahren bei Inanspruchnahme von Fremdleistungen zu verzeichnen. Vor allem durch abgerechnete Nebenkosten (Fahrt- und Reisekosten, Auslösen, Zuschläge usw.) sind die Stundensätze enorm gestiegen.

Durch den mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) AöR abgeschlossenen Liefervertrag für Elektroenergie sind die Erlöse für Elektroenergie stabil planbar. Dieser Stromliefervertrag hat eine noch verbleibende Laufzeit von 1,5 Jahren. Die Geschäftsleitung schätzt ein, dass dieser Liefervertrag im beiderseitigen Interesse mit geänderten Konditionen fortgeführt wird.

Die dadurch eventuell auftretenden Erlösminderungen bei der Stromlieferung sollen durch die Erweiterung des Stromverkaufs an Dritte, durch die Erweiterung des Fernwärmenetzes mit neuen Fernwärme-Hausanschlüsse bzw. durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder weitestgehend kompensiert werden.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken werden umfassend im betrieblichen Risikomanagement bewertet.

## **6. Prognosebericht**

Für das Geschäftsjahr 2016 wird eine weitere Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage erwartet. Es ist ein Jahresergebnis vor Steuer von ca. TEUR 308 geplant.

Schwerpunkte der zu realisierenden Investitionen in Höhe von TEUR 558 sind neben dem Neubau eines Kühlturms der weitere Fernwärmeausbau in Braunsbedra. Die weitere Sanierung der Fernwärme-Hausanschlussstationen in den Versorgungsgebieten Braunsbedra, Großkayna und Mücheln wird fortgeführt.

Die aus dem Energiekonzept resultierenden Ergebnisse werden im Geschäftsjahr 2016 weiterhin schwerpunktmäßig vertieft und analysiert, um Maßnahmen für etwaige Realisierungen im Rahmen der Energieerzeugung und -verteilung der EWAG abzuleiten und umzusetzen.

## EVH GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH		
<b>Stammkapital in T€:</b>	10.250		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme; die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen; die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>		Schneider, Olaf
<b>Aufsichtsrat:</b>	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzender	Kocian, Burkhard
		Cierpinski, André
		Eigendorf, Eric
		Feigl, Christian
		Gabrysch, Hubert
		Gärtner, Steffen
		Hajek, Andreas
		Hilbig, Stefan
		Knöchel, Swen
		Koppitz, Erhard
		Krause, Johannes
		Luppe, Ulrich
		Neumann, Lutz
		Schramm, Rudenz

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	26	26	26

## c) Beteiligungen

<b>unmittelbar</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		5,98
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG		16,46
<b>mittelbar</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Solarpark Pritzen GmbH	1	5,98
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	5,98
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	4	16,46
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland GmbH & Co. KG		16,46
Trianel Onshore Projektgesellschaft Süddeutschland Verwaltungs GmbH	4	16,46
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		16,46
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	4	16,46
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		16,46
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben Verwaltungs GmbH	4	16,46
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	4	16,46
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		16,46
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		16,46
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		16,46
Trianel Onshore Windkraftwerk Standort Verwaltungs GmbH	4	16,46
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		16,46
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		9,15
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		11,76
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		6,77

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	220.687	73	215.519	73	225.686	72	5.168	2
Umlaufvermögen	79.159	27	78.695	27	85.866	27	464	1
Rechnungsabgrenzungsposten	1.245	0	1.329	0	1.332	1	-84	-6

<b>Bilanzsumme</b>	<b>301.091</b>	<b>100</b>	<b>295.543</b>	<b>100</b>	<b>312.884</b>	<b>100</b>	<b>5.548</b>	<b>2</b>
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	77.917	26	77.917	26	77.917	25	0	0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.686	2	5.410	2	6.387	2	-724	-13
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	24.890	8	25.229	9	15.144	5	-339	-1
Rückstellungen	46.580	15	44.787	15	47.660	15	1.793	4
Verbindlichkeiten	146.981	49	142.167	48	153.769	49	4.814	3
Rechnungsabgrenzungsposten	37	0	33	0	12.007	4	4	12

<b>Bilanzsumme</b>	<b>301.091</b>	<b>100</b>	<b>295.543</b>	<b>100</b>	<b>312.884</b>	<b>100</b>	<b>5.548</b>	<b>2</b>
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	388.026	391.975	419.739
Stromsteuer/Erdgassteuer	-22.319	-21.919	-23.766
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	867	-55	307
andere aktivierte Eigenleistungen	535	254	1.934
sonstige betriebliche Erträge	20.152	24.664	23.513
Materialaufwand	285.710	297.279	307.531
Personalaufwand	20.143	17.708	28.921
Abschreibungen	23.043	22.560	24.849
sonstige betriebliche Aufwendungen	34.976	34.748	37.613
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	343	284	385
Erträge aus Beteiligungen		80	
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	728	333	482
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		150	683
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.013	3.932	4.429
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	20.447	19.239	18.568
außerordentliche Erträge	63	105	3.366
außerordentliche Aufwendungen	220	4.812	5.821
außerordentliches Ergebnis	-157	-4.707	-2.455
sonstige Steuern	912	1.052	1.623
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	19.378	13.480	14.490
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,30	3,64	3,66	%
Eigenkapitalrentabilität:	24,87	17,30	18,60	%
Cash-Flow:	42.421	36.190	40.022	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.403	1.457	988	T€
Personalaufwandsquote:	5,20	4,48	6,86	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	67,35	70,68	70,42	%
Eigenkapitalquote:	25,88	26,36	24,90	%
Fremdkapitalquote:	74,12	73,64	75,10	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Absatz Erdgas	1.139,00	1.391,00	1.592,00	GWh
Absatz Strom	1.927,00	1.879,00	1.427,00	GWh
Absatz Wärme	752,00	717,00	855,00	GWh



## e) Lagebericht

### 1. Grundlagen der EVH GmbH

#### 1.1. Geschäftsmodell

##### 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die EVH GmbH beliefert Privat- und Gewerbe- sowie Großkunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas. Der Strombedarf wird durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße sowie durch Fremdbezug gedeckt. Auf Grundlage eines Bilanzkreismanagements besteht die Möglichkeit des strukturierten Einkaufs, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird. Der Erdgasbezug erfolgt auf Grundlage von langfristigen Lieferverträgen. Die Wärmeversorgung erfolgt zum überwiegenden Teil durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße sowie über einen Wärmebezugsvertrag mit der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen sowie in der Verpachtung von Anlagevermögen.

Die EVH GmbH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH.

Das Unternehmen ist alleiniger Anteilseigner an der Energieversorgung Halle Netz GmbH. Die Gesellschaft ist als Strom-, Gas- und Fernwärmenetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich. Darüber hinaus ist die EVH GmbH alleiniger Anteilseigner an der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH.

An der Meter1 GmbH & Co. KG sowie an der Meter1 Verwaltung GmbH hält die EVH GmbH jeweils 33,3 Prozent der Anteile. Das Unternehmen hat die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie den eigenständigen Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister zum Geschäftszweck. In Ermangelung der notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen flächendeckenden Rollout intelligenter Zähl- und Messsysteme wurde der operative Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zum 31. Dezember 2015 eingestellt.

An der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) hält die EVH GmbH Anteile in Höhe von 16,5 Prozent. Unternehmensgegenstand ist die Planung und Entwicklung, die Errichtung sowie der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie auf dem deutschen Binnenland. Ziel der Gesellschaft ist es, mittels der Beteiligung an Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften ein Onshore-Windparkportfolio aufzubauen.

Weiterhin ist die EVH GmbH in Höhe von 3,8 Prozent an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) beteiligt. Deren Unternehmensgegenstand umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien in Deutschland. Weiterhin dient die Gesellschaft der Beteiligung an Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien in Deutschland betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

##### 1.1.2. Geschäftsfelder

Die Kern-Handlungsfelder der EVH GmbH werden strategisch mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur abgedeckt: Energievertrieb, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft.

Mit der damit verbundenen Ausrichtung des organisatorischen und personellen Umfeldes will die Gesellschaft innovativer, flexibler und schneller werden, um somit den Kundenfokus zu schärfen und Effizienz- und Ertragspotenziale systematisch zu identifizieren. Die Kernprozesse werden stetig optimiert.

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG wurde jeweils für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung (Verpachtung Stromnetz) sowie Gasverteilung (Verpachtung Gasnetz) ein Tätigkeitsabschluss erstellt.

## 1.2. Ziele und Strategien

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen (EVU) haben sich mittlerweile fundamental verändert. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren immer komplexeren Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte. Dieser Entwicklung muss sich auch die EVH GmbH stellen. Die sich zugunsten regenerativer Erzeugungsanlagen verschiebenden Kapazitäten in der Stromerzeugung führen zu Ertragseinbußen mit der Konsequenz einer verminderten Wirtschaftlichkeit selbst bei hochmodernen Gas- und Dampfturbinenanlagen. Der immer intensivere Wettbewerb in den Kundensegmenten der Gesellschaft führt gleichermaßen zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Die EVH GmbH hat auf die erheblichen Veränderungen des Energiemarktes reagiert und die eigene strategische Unternehmensausrichtung angepasst: Mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur werden die Kern-Handlungsfelder der Zukunft abgedeckt.

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Fernwärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen.

Mit der Etablierung des strategischen Geschäftsfeldes Portfoliomanagement und Beschaffung wurden sämtliche diesbezügliche Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO<sub>2</sub> zentral und koordiniert an einer Stelle erfolgen. Damit können sich die Geschäftsfelder Erzeugung und Energievertrieb auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.

Im Zusammenhang mit dem neuen Geschäftsfeld „Erneuerbare Energien“ erwarb die EVH GmbH Anteile an den Beteiligungsgesellschaften Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) und Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE). Ebenfalls wird das Geschäftsfeld „Kundennahe Energiedienstleistungen“ deutschlandweit weiter ausgebaut. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung sollen langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen.

## 1.3. Steuerung

Die interne Organisation der EVH GmbH ist vertikal in die Struktureinheiten Grundsatz-fragen/Infrastruktur/Sicherheit, Unternehmenssteuerung/kaufmännischer Service, Portfoliomanagement/Beschaffung, Energievertrieb sowie Zentrale Erzeugung gegliedert. Darüber hinaus werden Themen von strategischer Relevanz durch horizontal übergreifende Teams aus Fachexperten bearbeitet.

Die alleinige Geschäftsführung obliegt Herrn Olaf Schneider.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder. Diese beinhalten jeweils eigenständige Geschäftsmodelle, Verantwortliche, Erfolgsfaktoren und Kennzahlen. Im Sinne eines effizienten und messbaren Kosten- und Erlös-Managements wird jedes Geschäftsfeld separat geplant und verfügt über eine eigenständige Berichterstattung. Als kritische Steuerungsgrößen dienen Deckungsbeiträge sowie Geschäftsfeldergebnisse.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 Prozent. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 Prozent. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

Die Energiebranche wird von zahlreichen externen Faktoren beeinflusst. In den letzten Jahren haben sich für die Energieversorgungsunternehmen die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Preisentwicklung an den Märkten für Strom, Brennstoffe und CO<sub>2</sub>-Zertifikate sowie die politischen und regulatorischen Entscheidungen fundamental verändert.

Der Energieverbrauch in Deutschland stieg im abgelaufenen Geschäftsjahr um 1,3 Prozent. Grund hierfür war vor allem die gegenüber dem Vorjahr etwas kühlere Witterung, welche auch Einfluss auf den Erdgasverbrauch hatte. Dieser stieg im Jahresvergleich um 5 Prozent. Während der Einsatz von Erdgas für Wärmezwecke witterungsbedingt stieg, war die Stromerzeugung aus Erdgas im Jahr 2015 mit einem Minus von 7 Prozent erneut rückläufig.

Der Preis für Rohöl bewegte sich am Ende des vierten Quartals 2015 um die 34-Dollar-Marke je Barrel und fiel somit um mehr als ein Viertel gegenüber dem Vorjahr. Schwache Konjunkturdaten, vor allem aus China, und ein Überangebot am Rohölmarkt waren Ursache für den beachtlichen Preisverfall. Die Ölmarktentwicklung beeinflusst auch die Gaspreise.

Im Dezember 2015 sank der VIK-Basisindex im Vergleich zum Vorjahr (Dezember 2014: 130,6 Prozent) auf 119,5 Prozent. Der Index spiegelt die Entwicklung des Strompreises für große Kunden wider und basiert auf der Börsenpreisentwicklung und den Netzentgelten. Grund für die Entwicklung war ein Absinken des Preisniveaus an der EEX.

## 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene des Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 6,7 Prozent auf 6,4 Prozent verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 Prozent auf 10,2 Prozent.

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Infolge der zum 1. Januar 2015 leicht gesunkenen EEG-Umlage (2015: 6,170 Cent je kWh; Vorjahr: 6,240 Cent je kWh) konnte die EVH GmbH die Strompreise zum 1. Januar 2015 teilweise senken. Die beim Strom entstandenen Mehrkosten durch zeitgleich gestiegene andere Umlagen konnten durch permanente Optimierung der Beschaffung und durch weitere Effizienzsteigerungen kompensiert werden. Gleichzeitig wurden auch die Preise für Erdgas gesenkt.

Seit dem 1. September 2015 bietet die EVH GmbH den neuen Tarif Halplus Strom Studi+ an. Dieser richtet sich speziell an Studenten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle. Hier werden günstige Konditionen mit einem 100%igen Ökostromanteil, kombiniert mit einer verkürzten Kündigungsfrist von zwei Wochen angeboten.

Die Marke der Stadtwerke Halle „neogrün - Strom findet Stadt“ steht für das Bestreben einen Grundstein in Sachen Elektromobilität zu legen. Der Umweltgedanke in der Stadt Halle (Saale) soll gefördert und der Zugang zu umweltfreundlicher Mobilität erleichtert werden. Die Kampagne ist Teil des Vorhabens „Elektromobilität Mitteldeutschland“, das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bis zum 31. März 2016 gefördert wird. Die EVH GmbH war für die Installation verantwortlich und wird künftig den Betrieb der Säulen übernehmen.

Mit Wirkung zum 1. April 2015 hat die Energieversorgung Halle Netz GmbH das Grundstück des technischen Betriebshofes von der EVH GmbH erworben. Weiterhin erwarb sie das Erbbaurecht am technischen Betriebshof von der BIL Leasing GmbH. Die Finanzierung der beiden Vorgänge erfolgte über eine Kapitaleinlage der EVH GmbH.

Am 21. September 2015 haben zwölf Stadtwerke und Regionalversorger in Düsseldorf die Beitrittsverträge zur Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG unterzeichnet. Zusammen mit den vier Gründungskommanditisten, darunter die Trianel GmbH, hat die Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG damit aktuell 16 Kommanditisten. Mindestens 23 weitere kommunale Versorgungsunternehmen werden folgen. Der Beitritt der EVH GmbH, welcher zu diesem Zeitpunkt noch unter dem Genehmigungsvorbehalt der Kommunalaufsicht stand, ist mittlerweile erfolgt. Die erforderliche Genehmigung durch die Kommunalaufsicht wurde im November 2015 erteilt.

Im November 2015 hat die EVH GmbH ihren Internetauftritt überarbeitet, mit neuem Design und verbesserten Funktionen. Die neue Website bietet einen verbesserten Service und entspricht den Bedürfnissen moderner Kommunikation.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat am 11. Dezember 2015 im Rahmen der dritten Auktionsrunde für Photovoltaik-Freiflächenanlagen 43 Gebote mit einem Gesamtvolumen von 204 Megawatt (MW) bezuschlagt. Für die dritte Ausschreibungsrunde waren 127 Gebote mit einem Volumen von 562 MW eingegangen. Die EVH GmbH hat sich ebenfalls mit einem Projekt an der Auktion beteiligt und hat einen Zuschlag erhalten.

Die EVH GmbH und die Stadtwerke Halle GmbH haben im Jahr 2015 mit der Stadt Halle (Saale), lokalen Wohnungsunternehmen sowie großen Fernwärmekunden den sogenannten „Energiepakt 2.0“ verabschiedet. Dieser stellt eine der drei Säulen des „Energie- und Klimapolitischen Leitbildes der Stadt Halle (Saale)“ dar. Dabei bekennen sich die Akteure zur Fernwärmeversorgung und deren Ausbau innerhalb der Stadt, was eine langfristig sichere und wirtschaftliche Fernwärmeversorgung und weiterhin einen Primärenergiefaktor auf niedrigem Niveau garantiert. Somit werden auch in Zukunft große Beiträge zu Energieeffizienz, Klimaschutz, lokalem Emissionsschutz und damit der Erreichung der kommunalen Klimaschutzziele geleistet.

Mit Bescheiden des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom Oktober 2015 wurden der EVH GmbH Mittel zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 bewilligt. Diese betrafen den Ersatzneubau zweier durch das Hochwasserereignis beschädigten Fernwärmetrassen sowie Maßnahmen zur Umverlegung der Notfallwarte.

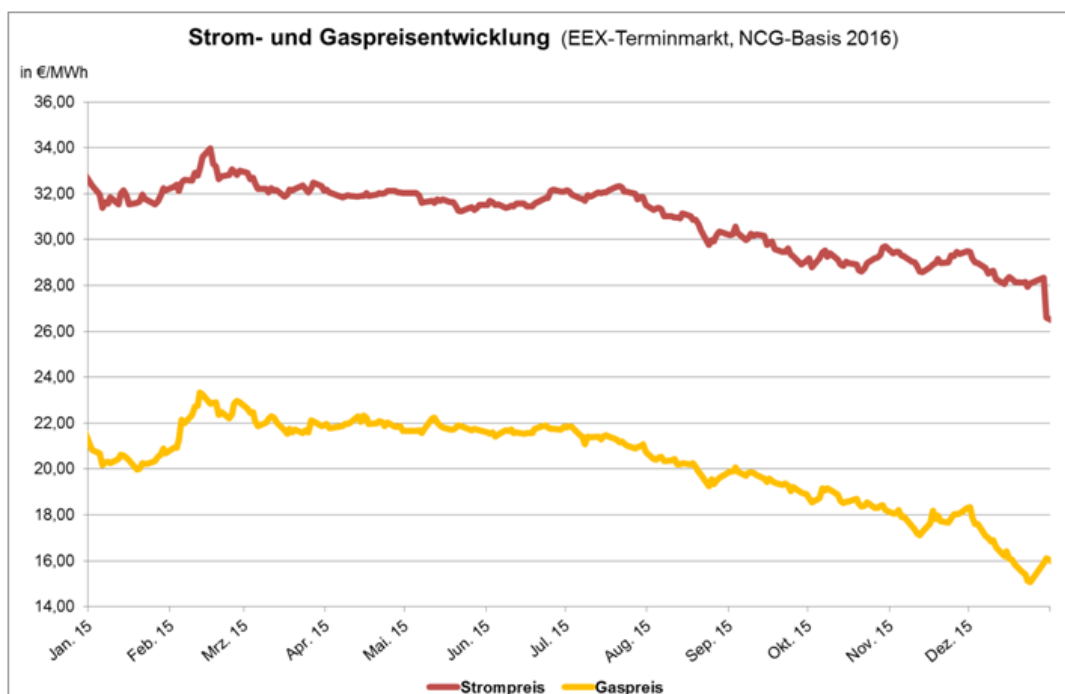
Infolge einer geänderten Instandhaltungsstrategie konnte die EVH GmbH positive wirtschaftliche Effekte bezüglich des Erzeugerstandortes in der Dieselstraße erzielen. Darüber beinhaltet das Jahresergebnis positive Effekte resultierend aus Rückerstattungen eines Vorlieferanten für Vorjahre.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt verschärft sich der Wettbewerb zunehmend. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Kundenangebote mit verkürzten Wechselfristen sowie der verbesserte Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben Einfluss auf den Wettbewerb. Dabei ist bei insgesamt steigenden staatlichen Preisbestandteilen nur ein rückläufiger Anteil des Endkundenpreises für Strom im Wettbewerb gestaltbar.

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für konventionelle Kraftwerke sind nach wie vor schwierig. Die anhaltend niedrigen Preise für Strom, Gas, Kohle und CO<sub>2</sub>-Zertifikate beeinflussten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 die Beschaffungs- und Absatzmärkte der Energiebranche.

Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2015 wie folgt:



Die Preisverläufe von Strom und Gas bedingen den für die EVH GmbH erfolgsrelevanten Spark Spread für die Stromerzeugung. In der zweiten Jahreshälfte stieg dieser bis zu seinem Höchstwert von 5,78 € pro MWh im Dezember an. Diese im Vergleich zum Vorjahr positive Entwicklung wurde für Sicherungsgeschäfte für zukünftige Geschäftsjahre genutzt. Unmittelbar danach verfiel der Spark Spread auf 2,30 € pro MWh. Diese volatile Entwicklung zeigt die weiterhin wirtschaftlich schwierige Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenkraftwerken.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Das Bundeskabinett hat am 28. Januar 2015 die Freiflächenausschreibungsverordnung (FFAV) beschlossen. Die Verordnung stellt einen ersten Schritt auf dem Weg dar, die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen von der festen Einspeisevergütung hin zu einem Ausschreibungsmodell umzustellen und soll den Beginn einer schrittweisen Markt- und Systemintegration von Erneuerbaren Energien darstellen.

Am 5. März 2015 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Bevorrechtigung der Verwendung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen (Elektromobilitätsgesetz – EmoG) in der durch den Verkehrsausschuss geänderten Fassung beschlossen. Ziel des Gesetzes ist es, Elektrofahrzeuge zu bevorzugen, um ihre Nutzung attraktiver zu gestalten und damit den Markthochlauf zu befördern.

Die Einrichtung der Marktstabilitätsreserve im EU-Emissionshandelssystem wurde durch den Umweltministerrat der Europäischen Union am 18. September 2015 beschlossen. Diese hat die Überführung überschüssiger CO<sub>2</sub>-Zertifikate in eine Reserve zum Inhalt und soll ab dem 1. Januar 2019 erfolgen. Ziel der Maßnahme ist eine Reduzierung der im Markt gehandelten CO<sub>2</sub>-Zertifikate, um deren Preisverfall zu stoppen.

Im November 2015 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zum Strommarkt sowie die Verordnung zur Kapazitätsreserve verabschiedet. Dies umfasst die Regelungen zur schrittweisen Stilllegung von Braunkohle-Kraftwerkskapazitäten in Höhe von 2,78 Gigawatt (GW) durch die Überführung von Anlagen in eine Sicherheitsbereitschaft.

Am 30. Dezember 2015 wurde das Gesetz zur Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat am 1. Januar 2016 in Kraft. Diese sieht eine verbesserte Förderung neuer KWK-Anlagen vor. Zentrales Element des Gesetzes ist die Umstellung auf eine besonders CO<sub>2</sub>-arme Erzeugung mittels Gas, um die Klimaziele der Bundesregierung erreichen zu können. Dabei werden gasbefeuerte Neubauprojekte sowie Bestandsanlagen in der öffentlichen Versorgung unterstützt.

Die Bundesregierung hat am 29. September 2015 den Gesetzentwurf zur Novelle des Insolvenzanfechtungsrechtes beschlossen. Hiermit soll unter anderem die bisherige Anfechtungsfrist von zehn Jahren auf vier Jahre verkürzt werden, um die bestehenden Risiken im Wirtschaftsverkehr zu vermindern.

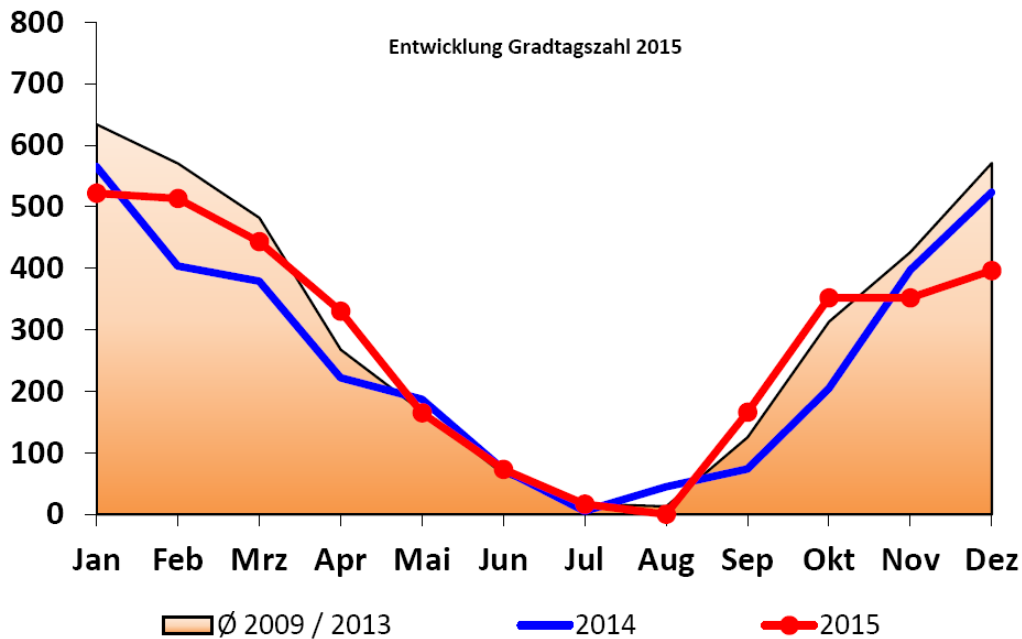
Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf hat mit Beschluss vom 28. April 2015 aufgrund der Beschwerden von Kraftwerksbetreibern die Redispatch-Festlegungen der Bundesnetzagentur (BNetzA) als rechtswidrig aufgehoben. Als Redispatch-Maßnahmen bezeichnet man den Eingriff in die Kraftwerksfahrpläne zur Netzstabilisierung. Dabei werden Kraftwerksbetreiber angewiesen, die Leistungen ihrer Kraftwerke zu steigern oder zu reduzieren. Gemäß der Festlegungen der BNetzA sollen Kraftwerksbetreiber für einen Redispatch-Einsatz nur einen Aufwendungsersatz erhalten. Das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) geht hingegen davon aus, dass zusätzlich zum Aufwendungsersatz eine angemessene Vergütung zu gewähren ist.

Seit dem 7. Oktober 2015 besteht für alle Unternehmen, die an Börsen oder Brokerplattformen mit Energiegroßhandelsprodukten handeln, eine schrittweise in Kraft tretende Datenmeldepflicht für Transaktionen und Fundamentaldaten gegenüber der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER). Dazu zählen Versorgungsverträge, Strom- und Gasderivate sowie Transportverträge für Strom und Gas. Ab dem 7. April 2016 wird die Datenmeldepflicht auch auf Kontrakte außerhalb organisierter Marktplätze ausgeweitet.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) veröffentlichten am 15. Oktober 2015 die Prognose der 2016 zu erwartenden Einspeisung aus regenerativen Stromerzeugungsanlagen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) sowie die daraus resultierende EEG-Umlage für das Jahr 2016. Die EEG-Umlage ist von allen Letztverbrauchern für jede bezogene Kilowattstunde zu entrichten. Die EEG-Umlage im Jahr 2016 erhöht sich um ca. 3,0 Prozent gegenüber dem Niveau des Jahres 2015 auf 6,354 Cent je kWh. Neben der EEG-Umlage steigen auch die Preise für die Offshore-Haftungsumlage und der Aufschlag nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Die Umlage für abschaltbare Lasten wird ab dem Jahr 2016 nicht mehr erhoben.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH GmbH für den Verkauf von Strom, Gas und Fernwärme ist das Verbraucherverhalten in Folge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2015 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.328 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013 (Grundlage der Planung) eine Unterschreitung (-8,8 Prozent). Gegenüber dem ebenfalls warmen Vorjahr ergab sich eine um 8,1 Prozent höhere Gradtagszahl.



Neben den Witterungseinflüssen wirkte sich erfolgsbestimmend auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment der sich weiter verschärfende Wettbewerb aus.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz. Die in Gliederungspunkt 3.2 dargestellte Preisentwicklung, insbesondere das weitere Sinken des Strompreises, verdeutlicht die nach wie vor schwierige Situation für konventionelle Kraftwerke.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Forschungs- und Entwicklungsthemen wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Ein aktuelles Thema ist weiterhin der Ausbau der Elektromobilität. Zu diesem Zweck beteiligt sich die EVH GmbH am Forschungsprojekt „Grüne Mobilitätskette Mitteldeutschland“.

Das Unternehmen prüft die Übernahme bzw. den Bau von Solarparks, um den Anteil an erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung weiter auszubauen.

Das Investitionsportfolio beinhaltet den Neubau eines großen Fernwärmespeichers. Mit diesem besteht die Möglichkeit, den Wärmebedarf von der Erzeugung zu entkoppeln, um positive Preiseffekte in der Stromvermarktung zu nutzen.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2015 beschäftigte die EVH GmbH gemeinsam mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH 565 Mitarbeiter, wovon 292 Mitarbeiter unmittelbar bei der EVH GmbH beschäftigt waren. Dies sind 5 Personen mehr als im Vorjahr. Gründe hierfür sind Neueinstellungen und die unbefristete Übernahme von Jungfacharbeitern.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft beträgt zum Geschäftsjahresende 46 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit liegt bei 21 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin Herausforderungen für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist ein wichtiges Instrument, um diese Herausforderungen zu meistern. Mit dieser werden frühzeitig Mitarbeiterpotentiale entdeckt und entwickelt, um dem aktuellen und zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet auch die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden die Mitarbeiter der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und ihre Kompetenzen weiter ausgebaut. Im Jahr 2015 wurde die aktive Phase des ersten TalentPools abgeschlossen. Der TalentPool bot den Teilnehmern zweieinhalb Jahre eine große Bandbreite an Trainings, TalentWorkstätten und Projekten, welche jeden Einzelnen forderten und förderten sowie regelmäßige Erfahrungsaustauschtreffen mit den Talenten und Vorgesetzten. Die Ergebnisse fließen in die Arbeit des zukünftigen zweiten TalentPools ein. Hierfür begann Ende 2015 die Auswahl.

Darüber hinaus ist die EVH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

#### **4. Lage der Gesellschaft**

##### **4.1. Ertragslage**

Im Geschäftsjahr 2015 erzielte die EVH GmbH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 19,4 Mio. € und lag damit 5,9 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Dabei produzierte EVH GmbH 563 GWh Wärme (Vorjahr: 435 GWh) und 418 GWh Strom (Vorjahr: 270 GWh). Die deutlich höhere Eigenerzeugung steht in Zusammenhang mit einem gegenüber dem Vorjahr geänderten Einsatzregime der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, welches mit einem geringeren Wärmebezug verbunden war.

Zum 31. Dezember 2015 betrug der Absatz im Stromsegment 1.927 GWh und lag um 48 GWh über dem Vorjahreswert. Der hierauf entfallende Anteil der Kraftwerksvermarktung und Bilanzkreisoptimierung belief sich auf 1.103 GWh. Gegenüber dem Vorjahr fiel die Vermarktung der gestiegenen Stromproduktion der GuD-Anlage Dieselstraße um 82 GWh höher aus. Die erzielten Umsatzerlöse aus dem Stromverkauf betragen insgesamt 193,9 Mio. € und lagen damit 4,9 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Diese Entwicklung resultierte aus dem rückläufigen Absatz an Privat- und Gewerbekunden sowie Großkunden innerhalb und außerhalb von Halle.

Der Wärmeabsatz der Gesellschaft stieg im Vorjahresvergleich um 34 GWh auf 752 GWh und war vor allem auf die im Vergleich etwas kältere Witterung zurückzuführen. Dennoch sanken die Umsatzerlöse in dieser Sparte preisbedingt um 0,8 Mio. € auf 58,8 Mio. €.

Der Erdgasabsatz an Endkunden in Höhe von 1.113 GWh verzeichnete infolge der etwas kälteren Witterung und des Ausbaus des Geschäftsfeldes „Energienaehe Dienstleistungen“ im Vergleich zum Vorjahr (984 GWh) einen Anstieg um 129 GWh. Darüber hinaus setzte die EVH GmbH 26 GWh Erdgas (Vorjahr: 407 GWh) für den Kraftwerksbetrieb ab. Der Rückgang betrifft im Wesentlichen den Absatz an die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Aus dem Verkauf von Erdgas erzielte die Gesellschaft insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 60,1 Mio. € (Vorjahr: 62,0 Mio. €).

Für die GuD-Anlage am Standort Dieselstraße ergaben sich periodenfremde Umsatzerlöse resultierend aus Nachverrechnungen von vermiedenen Netznutzungsentgelten aus Vorjahren.

Die EVH GmbH bezog im abgelaufenen Geschäftsjahr auf dem Wege der strukturierten Strombeschaffung 1.515 GWh Strom (Vorjahr: 1.617 GWh). Hierfür wandte das Unternehmen 65,5 Mio. € (Vorjahr: 73,7 Mio. €) auf. Diese Veränderung war im Wesentlichen durch den niedrigeren Strombezug von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bedingt. Weiterhin wurden von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 191 GWh Wärme bezogen (Vorjahr: 286 GWh), wodurch der Aufwand in diesem Segment mengenbedingt auf 5,0 Mio. € (Vorjahr: 8,5 Mio. €) sank. Für den Kommunalgasabsatz, Brennstoffeinsatz und die Belieferung mit Kraftwerksgas bezog die EVH GmbH insgesamt 2.389 GWh Erdgas (Vorjahr: 2.264 GWh). Die Bezugskosten hierfür beliefen sich auf 63,0 Mio. € (Vorjahr: 65,3 Mio. €).

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen 100,9 Mio. € auf, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 4,2 Mio. € entsprach und vor allem auf höheren Netznutzungsentgelten für Strom, Gas und Fernwärme beruhte. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 betragen die Personalaufwendungen 20,1 Mio. € (Vorjahr: 17,7 Mio. €). Diese Steigerung war auf Maßnahmen für Altersvorsorge zurückzuführen. Die Abschreibungen hingegen lagen 0,5 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Sonstige betriebliche Aufwendungen beliefen sich auf 35,0 Mio. € und lagen damit auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 34,8 Mio. €). Das außerordentliche Ergebnis belief sich auf -0,2 Mio. € (Vorjahr: -4,7 Mio. €).

## 4.2. Finanzlage

### 4.2.1. Kapitalstruktur

Die EVH GmbH wies zum 31. Dezember 2015 ein Stammkapital in Höhe von 10,3 Mio. € aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 107,5 Mio. €. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten von 35,7 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich diese um 1,0 Prozentpunkte.

Entwicklung des Eigenkapitals	2015	2014	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	25,9	26,4	-0,5	-1,8
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	35,7	36,7	-1,0	-2,8

Die Kennzahlen zur Nettoverschuldung stellen sich folgendermaßen dar:

Nettoschulden	2015	2014	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	95,1	85,7	6,4	7,2
Liquide Mittel	30,3	36,7	-6,4	-17,4
<b>Nettoschulden</b>	<b>64,8</b>	<b>52,0</b>	<b>12,8</b>	<b>24,6</b>
EBITDA	46,8	45,4	1,4	3,0
<b>Nettoschulden / EBITDA</b>	<b>1,4</b>	<b>1,1</b>	<b>0,3</b>	<b>20,9</b>

Bei einer Abnahme liquider Mittel um 6,4 Mio. € erhöhte sich die Nettoverschuldung um 12,8 Mio. € auf 64,8 Mio. €. Zugleich erhöhte sich der Verschuldungsfaktor (Nettoschulden/EBITDA) geringfügig auf einen Wert von 1,4. Die Finanzverbindlichkeiten betrafen ausschließlich Bankdarlehen (und ein Gesellschafterdarlehen).

### 4.2.2. Investitionen

Im Berichtsjahr 2015 tätigte die EVH GmbH Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 17,5 Mio. €. Schwerpunkte waren die Sanierung, Anpassung und Erweiterung des Fernwärmenetzes im Stadtgebiet Halle sowie der Ersatz von Stationen inklusive Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Strom- und Gasbereich, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software getätigt. Ebenfalls wurden Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz im Rahmen des Stadtbahnprogramms durchgeführt. Mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“ erweiterte die Gesellschaft ihre Aktivitäten im Endkundengeschäft, indem sie deutschlandweit in konventionelle Nahwärmeanlagen und alternative Anlagentechnik (BHKW, Wärmepumpen, Kältemaschinen) investierte. Weiterhin errichtete die Gesellschaft Elektroladestationen und investierte in den Neubau einer chemischen Wasseraufbereitungsanlage für das Fernwärmenetz sowie die Erweiterung eines Umspannwerkes.

Die Gesellschaft erwarb im abgelaufenen Geschäftsjahr Finanzanlagen in Höhe von 11,3 Mio. €. Davon entfielen 5,0 Mio. € auf den Erwerb von Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG, ebenfalls 5,0 Mio. € auf eine Kapitalerhöhung bei der 100%igen Tochtergesellschaft Energieversorgung Halle Netz GmbH sowie ein Betrag in Höhe von 1,3 Mio. € auf den Anteilswerb an der neu gegründeten Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG.



#### 4.2.3. Liquidität

Im Geschäftsjahr 2015 war bei der EVH ein Finanzmittelabfluss in Höhe von 6,4 Mio. € (Vorjahr: Zufluss 0,9 Mio. €) zu verzeichnen.

Liquiditätsentwicklung	2015	2014
	Mio. €	Mio. €
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	29,5	36,5
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-25,6	-10,5
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-10,3	-25,1
<b>Zahlungswirksame Veränderungen</b>	<b>-6,4</b>	<b>0,9</b>
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	36,7	35,8
<b>Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres</b>	<b>30,3</b>	<b>36,7</b>

Die Verminderung des Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 7,0 Mio. € ist hauptsächlich auf eine Erhöhung des Forderungsbestandes sowie eine Zunahme des Vorratsvermögens zurückzuführen.

Der Cash-Outflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet Darlehensaufnahmen in Höhe von 15,0 Mio. €, Tilgungen in Höhe von 8,5 Mio. €, die gezahlten Zinsen in Höhe von 3,3 Mio. € sowie die Ausschüttung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 13,5 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH GmbH belief sich am 31. Dezember 2015 auf insgesamt 30,3 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Pools mit der Stadtwerke Halle GmbH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

#### 4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2015 betrug die Bilanzsumme der EVH GmbH 301,1 Mio. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Mio. €.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um 5,2 Mio. € auf 220,7 Mio. € während das Umlaufvermögen mit 79,2 Mio. € nahezu konstant blieb (Vorjahr: 78,7 Mio. €). Die Erhöhung des Anlagevermögens beruhte im Wesentlichen auf den gestiegenen Finanzanlagen.

Die Passivseite war im Wesentlichen von höheren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (+6,4 Mio. €) sowie höheren Rückstellungen (+ 1,8 Mio. €) geprägt, wogegen die sonstigen Verbindlichkeiten rückläufig waren.

#### 4.4. Gesamtaussage

Trotz schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfeldes schloss die EVH GmbH das Geschäftsjahr 2015 mit einem Ergebnis über Plan ab, wenngleich die Ergebnissteigerung überwiegend aus Sondereffekten resultiert.

### 5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2015 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die EVH GmbH notwendig machen.

## 6. Chancen- und Risikobericht

### 6.1. Risikomanagementsystem

#### Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

#### Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

#### Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Gesellschaft/Politik, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken, mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährig signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

## 6.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2015 wurden bei der EVH GmbH insgesamt elf Risiken erfasst. Dies bedeutete zum Vorjahr eine Abnahme von einem Einzelrisiko. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt sieben Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	3	0	1
Beschaffungsmarkt	2	0	2
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	1	0	1
Technologische Entwicklungen	0	0	0
Naturereignisse	1	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	4	0	3
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>	<b>0</b>	<b>7</b>

Mit Urteil vom 21. März 2013 hat der EuGH festgestellt, dass Preisänderungsklauseln in Normsonderkundenverträgen dann nicht mit europäischem Recht vereinbar sind, wenn die Preisänderungsregelungen der Allgemeinen Versorgungsbedingungen übernommen wurden. Für Normsonderkundenverträge im Gasbereich hat der BGH die Unwirksamkeit entsprechender Preisänderungsklauseln festgestellt. Die EVH hat im Gasendkundengeschäft derartige Preisänderungsklauseln nicht genutzt. Darüber hinaus hält der EuGH die in den Grundversorgungsverordnungen enthaltenen Regelungen zu Preisänderungen für nicht mit den europäischen Vorgaben vereinbar (Urteil vom 23. Oktober 2014). Insbesondere seien die Anforderungen an die erforderliche Transparenz nicht gewährleistet.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Preisfixierungen Ein- und -verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Strom- und Gashandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limits fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner.

Die geltenden Limits für Energiebeschaffung und Vermarktung innerhalb der EVH GmbH wurden im Berichtszeitraum beachtet. Limitüberschreitungen wurden durch entsprechende Gegenmaßnahmen aufgehoben.

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen (negative Entwicklung der Strompreise in Folge der Energiewende) ist eine wirtschaftliche Stromproduktion in GuD-Anlagen nur bedingt gegeben. Infolgedessen reduzierte sich der Ertragswert der GuD-Anlage Dieselstraße nachhaltig. Bei dauerhaften Wertminderungen im Anlagevermögen müssen außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen werden.

Für die Gesellschaft besteht für das Geschäftsjahr 2016 das Risiko einer verminderten Vergütung aus dem Leistungsentgelt der vermiedenen Netznutzung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird aufgrund der geplanten Fahrweise und somit der geplanten Abrechnung nach dem Spitzenlastverfahren als gering eingeschätzt. Darüber hinaus bleibt die Diskussion der Politik und der Bundesnetzagentur über die Neureglung der Preisgestaltung für die Entgelte aus vermiedener Netznutzung bestehen.

Durch die Verlegung von Wasserversorgungsleitungen in Gebäuden sind 1996 lt. OLG-Urteil Rostock vom 16. Dezember 2011 zu Gunsten eines Energieversorgungsunternehmens (EVU) beschränkte persönliche Dienstbarkeiten nach § 9 Abs. 1 GBBerG entstanden, da die Regelung in § 8 AVBFernwärmeV ausdrücklich Grundstücke und Gebäude in die Duldungspflicht des Grundstückseigentümers einbezieht, jedoch abweichend davon in § 8 AVBWasserV das Gebäude nicht ausdrücklich erwähnt wird. Im Namen von Bau- und Wohnungsgenossenschaften in Halle hat die Treuhandgesellschaft für Leitungsrechte mbH (TGL) sich auf dieses Urteil des OLG Rostock berufend behauptet, derartige Dienstbarkeiten wären wegen der wortgleichen Regelungen in NAV (ABBElt) und NDAV (AVBGasV) auch für Elektrizitäts- und Gasversorgungsanlagen in Gebäuden entstanden. Die EVH GmbH besitzt eine andere Rechtsauffassung und hat die Auffassung der TGL zurückgewiesen.

### 6.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

## 7. Prognosebericht

Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2016 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Energie- und Rohstoffmärkte reagieren sehr sensibel auf den weltweiten Konjunkturverlauf und die politisch-rechtlichen Veränderungen. Vor diesem Hintergrund ist weiterhin mit volatilen Preisentwicklungen zu rechnen, was eine verlässliche Prognose des zukünftigen Geschäftsverlaufes erschwert.

### 7.1. Umsatzentwicklung

Die demographischen Rahmenbedingungen in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom und Gas innerhalb des Netzgebietes von Halle. Mit der strategischen Entscheidung, den weiteren Ausbau des überregionalen Großkundensegments voranzutreiben, wirkt die EVH GmbH den stagnierenden bzw. rückläufigen Absatzerwartungen im Netzgebiet von Halle (Saale) entgegen. Um dem sinkenden Fernwärmebedarf zu begegnen, setzt das Unternehmen auf das Projekt „Verdichtung des Fernwärmenetzes“. Hierzu haben sich die EVH GmbH und die Stadtwerke Halle GmbH im Rahmen des sogenannten „Energiepakt 2.0“ zusammen mit der Stadt Halle (Saale), lokalen Wohnungsunternehmen und großen Fernwärmekunden explizit bekannt.

### 7.2. Investitionen

Im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramms plant das Unternehmen mittelfristig den Ausbau seiner regenerativen Erzeugungskapazitäten, um seiner klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Ziel ist es, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“, alternative Technik (BHKW, Nahwärmeanlagen, Kältepumpen) auch in komplexer Kombination mit konventioneller Technik anzubieten. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen. Diesbezügliche Akquisitionen innerhalb und außerhalb von Halle führen künftig zu erhöhten Investitionen.

Weiterhin werden Investitionen in Finanzanlagen u. a. für den Erwerb von weiteren Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG getätigt.

Die EVH GmbH ist bestrebt, den Anteil an Erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Dazu werden verschiedene Projekte wie der Bau von Photovoltaikanlagen, die Beteiligung an Wasserkraftwerken sowie die Übernahme von Solarparks geprüft.

Um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten, wird es in den Folgejahren bei den Verteilnetzen weitere Investitionen geben. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Fernwärmenetz.

### 7.3. Finanzierung

Die EVH GmbH geht davon aus, die geplanten Investitionen zu 80 Prozent über zinsgünstige KfW-Darlehen zu finanzieren.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2016 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

#### 7.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von 17,5 Mio. €.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

## Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Bornknechtstraße 5  
06108 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 25

<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	12,5	50,00
	Stadtwerke Halle GmbH	12,5	50,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Dr. Lauda, Winfried  
Störzner, Uwe

### c) Beteiligungen

<b>unmittelbar</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		50,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (Auskehranspruch der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH)		82,72
<b>mittelbar</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	58.500	45,77

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	
Umlaufvermögen	28	100	36	100	84	100	-8	-22
<b>Bilanzsumme</b>	<b>28</b>	<b>100</b>	<b>36</b>	<b>100</b>	<b>84</b>	<b>100</b>	<b>-8</b>	<b>-22</b>
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	21	73	26	73	74	89	-5	-19
Rückstellungen	7	27	10	27	10	11	-3	-30
<b>Bilanzsumme</b>	<b>28</b>	<b>100</b>	<b>36</b>	<b>100</b>	<b>84</b>	<b>100</b>	<b>-8</b>	<b>-22</b>

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	15	48	45
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-15	-48	-45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-15	-48	-45
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-15	-48	-45

### cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-42,44	-64,76	-37,79	%
Cash-Flow:	-15	-48	-45	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	73,48	73,30	88,62	%
Fremdkapitalquote:	26,52	26,70	11,38	%

**ee) Leistungsdaten**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Rohwasserlieferung gesamt	0,00	0,00	0,00	m <sup>3</sup>



## e) Lagebericht

### Entwicklung

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH.

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Uwe Störzner und Herr Dr. Winfried Lauda.

Die FSA hält über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht, eine Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau in Höhe von 25,5 %, sowie über eine „Kleine GbR“ zwischen der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) an der FWV eine Beteiligung von 20,2664 %. Die Auflösung der „Kleinen GbR“ wurde bisher, aufgrund der seit Jahren laufenden Entwicklung nicht vollzogen.

### Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 15,4 aus.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität, welche durch erbrachte Gesellschaftereinlagen von je T€ 5,0 im Jahresverlauf zusätzlich abgesichert wurde. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erfolgt unentgeltlich.

Der Jahresfehlbetrag 2015 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Da die Geschäftstätigkeit der FSA seit Ende 2007 ausschließlich im Halten der mittelbaren Beteiligung an der FWV besteht und das Halten von Beteiligungen keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG darstellt, ist die FSA seit 2008 nicht mehr zum Vorsteuerabzug berechtigt.

### Beteiligungen

An der „Großen GbR“, die über einen Geschäftsanteil von 51 % an der FWV verfügt, sind die FSA und die KWL je zur Hälfte beteiligt. Die „Kleine GbR“ hält einen Geschäftsanteil von 24,9 %. An der FWV. Gemessen an der Höhe des Auskehrungsanspruchs laut Geschäftsanteils-, Kauf- und Abtretungsvertrag steht der FSA über die „Kleine GbR“ eine weitere Beteiligung von 20,2664 % an der FWV zu.

Die indirekten Gesellschafteraufgaben gegenüber der FWV wurden für das Geschäftsjahr mit der KWL in mehreren GbR-Sitzungen, in drei Aufsichtsratssitzungen der FWV am 22. April 2015, 27. August 2015 und am 04. Dezember 2015 und einer Gesellschafterversammlung am 22. April 2014 wahrgenommen.

Die Aufgaben und Pflichten der FSA werden in der „Großen GbR“ durch die Geschäftsführer der FSA, Herrn Uwe Störzner und Herrn Dr. Winfried Lauda wahrgenommen. Im Aufsichtsrat der FWV wirken seitens der FSA Herr Matthias Lux, Herr Uwe Störzner und Thiebould Mittelberger in diesem Gremium mit. Herr Matthias Lux ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der FWV.

### Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2005 sind die gesamten Anteile der FWV zu kommunalisieren und den Gemeinden unentgeltlich zuzuordnen. Ein Vollzug dieser Entscheidung führt zu einem vollständigen oder teilweisen entschädigungslosen Verlust von Anteilen „Große GbR“ und „Kleine GbR“ an der FWV.

Am 30. Juli 2010 erließ das BADV einen Quotierungsbescheid, in dem festgelegt wird, in welchem Umfang jeweils eine Gemeinde im Fall der Kommunalisierung Anteile an der FWV erhalten soll. Eine Zuordnung der Geschäftsanteile an der FWV an die Gemeinden ist bislang nicht erfolgt, weil die Bestandskraft des Quotierungsbescheids durch die Klagen der FSA, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sowie mehrere Gemeinden zur Aufhebung des Quotierungsbescheides bei dem Verwaltungsgericht Berlin (u. a. AZ.: 27 K 295/10) nicht eintreten konnte.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat auf die gemeinsame mündliche Verhandlung vom 23. Januar 2014 hin in den Verfahren der FSA ./ Bundesrepublik und BvS ./ Bundesrepublik Deutschland die Klagen als unzulässig abgewiesen und die Revision nicht zugelassen. In der Urteilsbegründung führt das Gericht aus, dass mit dem Quotierungsbescheid nur festgestellt worden sei, in welchem Umfang die Gemeinden am 3. Oktober 1990 an der FWV zu beteiligen gewesen wären. Mit dieser Feststellung werde aber nicht in die Rechte der FSA eingegriffen. Das Gericht stellt ausdrücklich fest, die Quotierungsentscheidung stelle keine abschließende Sachentscheidung - d.h. keine Zuordnungsentscheidung - über die von Gemeinden aus Sachsen und Sachsen-Anhalt gestellten Anträge dar und sei insbesondere auch keine Vorabentscheidung über kommunale Zuordnungsberechtigungen. Beide Entscheidungen sind inzwischen rechtskräftig geworden, nachdem die Nichtzulassungsbeschwerde der BvS zurückgewiesen wurde.

Nachdem in dem weiteren Verfahren Stadt Leuna ./ Bundesrepublik Deutschland vor dem VG Berlin gegen die vom BADV gewählte Trennung von Quotierung und Zuordnung ebenfalls Erledigung eingetreten ist und die Klage des Zweckverbands Beilrode/Arzberg ./ Bundesrepublik Deutschland erstinstanzlich abgewiesen wurde, war davon auszugehen, dass die Quotierung als solche Bestand haben wird.

Nachdem nun gegen diesen Zuordnungsbescheid keine maßgeblichen Klagen mehr anhängig waren, hat das BADV am 31.07.2015 den beabsichtigten Übertragungsbescheid für die Geschäftsanteile an der FWV an die Antragsteller / Beteiligten verschickt und hat den Empfängern die Gelegenheit gegeben, Einwände materiell-technischer oder verfahrensrechtlicher Art bis 30.10.2015 kundzutun. Der abschließende Zuordnungsbescheid mit dinglicher Wirkung wird Anfang 2016 erwartet. Aufgrund der unterschiedlichen Positionierung im Rahmen der bekannten Stellungnahmen sind weitere Klagen nicht auszuschließen. Die Gesellschaft behält seine bisherige Positionierung, sein gemäß Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag zur Veräußerung der FSA den Käuferinnen unter § 12 Abs. 3 für den Fall der Kommunalisierung der Anteile an der FWV eingeräumtes bestehendes Rücktrittsrecht vom Kaufvertrag in Anspruch zu nehmen. Somit haben sich keine Sachverhalte und Konsequenzen für die Bilanzierung nach gegenwärtigem Kenntnisstand für die Gesellschaft im Geschäftsjahr ergeben.

#### **Ausblick**

Die Aufgabe der FSA bis zu einer abschließenden Neuordnung der Geschäftsanteile an der FWV ist es, die Beteiligungen zu halten und über die „GbR“ Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der FWV zu nehmen. Besondere Beachtung gilt der konstruktiven Begleitung und Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes und des Unternehmensoptimierungsprojektes „Zukunft Fernwasser“.

Die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH als Gesellschafter der FSA schließen nicht aus, sich auch zukünftig mit einer den Rahmenbedingungen angepassten Organisationsstruktur mit einer Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH zu engagieren. Diesbezügliche Gespräche wurden und werden mit dem MLU-LSA und dem SGSA geführt. Eine konkrete Umsetzung bzw. eine geplante Bündelung von Geschäftsanteilen kann erst nach der Neuordnung der Geschäftsanteile an die einzelnen anspruchsberechtigten Gemeinden durch das zuständige Bundesamt erfolgen.

Mit Datum vom 25.01.2016 hat das Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögenfragen (BADV) den Übertragungsbescheid zum Quotierungsbescheid vom 30.07.2010 erlassen. Der Übertragungsbescheid sieht eine dingliche Zuordnung der Geschäftsanteile der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) vor. Die FSA wird fristgemäß gegen den Bescheid Klage erheben.

## Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Naundorfer Straße 46  
04860 Torgau

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 127.823

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	65.190	51,00
GbR MIDEWA Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	31.317	24,50
Stadt Leipzig (als Treuhänder der Anteile der sächsischen Kommunen)	31.317	24,50

### Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

### b) Besetzung der Organe

**Kaufmännische  
Geschäftsführung:** Wollenberg, Jan

**Technische Geschäftsführung:** Dr. Michalik, Peter

**Aufsichtsrat:**

Vorsitzender	Lux, Matthias	
stellv. Vorsitzender	Müller, Volkmar	
	Dallhammer, Wolf-Dieter	
	Dr. Meyer, Ulrich	
	Gründler, Cornelia	
	Henning, Burkhard	
	Hörning, Ulrich	(seit 04.12.2015)
	Mittelberger, Thiébauld	

**Aufsichtsrat:**

Müller, Andreas (bis 25.09.2015)  
 Müller, Annerose  
 Schlicke, Friedhelm  
 Störzner, Uwe  
 Wenzel, Christian

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	26	29	28

**d) Geschäftsentwicklung**
**aa) Bilanzdaten**

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	137.620	93	136.396	93	136.942	94	1.224	1
Umlaufvermögen	10.477	7	9.727	7	8.837	6	750	8
Rechnungsabgrenzungsposten	89	0	85	0	83	0	4	5

<b>Bilanzsumme</b>	<b>148.186</b>	<b>100</b>	<b>146.208</b>	<b>100</b>	<b>145.862</b>	<b>100</b>	<b>1.978</b>	<b>1</b>
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	115.267	78	112.808	77	110.838	76	2.459	2
Sonderposten für Investitionszulagen	104	0	132	0	167	0	-28	-21
Empfangene Ertragszuschüsse	408	0	423	0	352	0	-15	-4
Rückstellungen	7.474	5	8.445	6	9.357	7	-971	-11
Verbindlichkeiten	24.933	17	24.400	17	25.148	17	533	2

<b>Bilanzsumme</b>	<b>148.186</b>	<b>100</b>	<b>146.208</b>	<b>100</b>	<b>145.862</b>	<b>100</b>	<b>1.978</b>	<b>1</b>
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	44.481	39.629	38.936
andere aktivierte Eigenleistungen	2.728	2.200	2.140
sonstige betriebliche Erträge	1.395	1.723	1.208
Materialaufwand	18.057	13.464	13.039
Personalaufwand	12.758	12.798	12.589
Abschreibungen	9.376	9.294	9.384
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.117	5.178	5.216
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	23	24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	720	727	776
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.598	2.114	1.304
sonstige Steuern	139	144	139
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.459	1.970	1.165
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.459	1.970	1.165

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,53	4,97	2,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,18	1,78	1,06	%
Cash-Flow:	11.835	11.264	10.549	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	227	198	190	T€
Personalaufwandsquote:	26,25	29,38	29,77	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,79	93,22	93,78	%
Eigenkapitalquote:	77,79	77,16	75,99	%
Fremdkapitalquote:	22,21	22,84	24,01	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	203.500,00	203.500,00	203.500,00	m <sup>3</sup>
Fernleitungsnetz	765,00	762,00	762,00	km
Trinkwasserverkauf	74,90	73,30	73,30	Mio. m <sup>3</sup>

## e) Lagebericht

### 1. Grundlagen des Unternehmens

#### Geschäftsmodell

Das Kerngeschäft der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, die zuverlässige Lieferung von Trinkwasser in der gewohnt hohen Qualität an die Kunden des Unternehmens, wurde auch im Jahr 2015 jederzeit ohne Abstriche erfüllt.

Kunden des Unternehmens sind Aufgabenträger der Wasserversorgung wie Zweckverbände, Wasserversorgungsunternehmen oder Stadtwerke im mitteldeutschen Raum, d. h. in den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und in Bereichen Nord-Thüringens. Darüber hinaus werden einige größere Industrieunternehmen bzw. industrielle Standorte vornehmlich in Sachsen-Anhalt direkt mit Wasser beliefert.

Dabei war das Jahr 2015 bedingt durch den Witterungsverlauf durchaus von einigen Besonderheiten gekennzeichnet. Diese verdeutlichen sich bei einer Betrachtung des Jahresverlaufes der meteorologischen Daten.

Das ausgehende Winterhalbjahr war durch sehr milde Temperaturen, geringe Niederschlagsmengen und eine vergleichsweise geringe Schneeschmelze in den Mittelgebirgen geprägt. Die Folge waren sehr niedrige Grundwasserstände zu Beginn des Jahres. Im Frühjahr schloss sich eine längere Trockenperiode an, der dann in den Monaten Juli/August sehr hohe Temperaturen mit hoher Schwüle folgten.

In der Station Köllitsch wurde am 05.07.2015 mit 38,8 °C der höchste Wert seit 2001 gemessen.

Eine Folge war u. a. eine maximale Tagesförderung der Wasserwerke in Höhe von 285.100 m<sup>3</sup>/d, die in diesem Zeitraum am 04.07.2015 registriert wurde. Insgesamt wurden im Jahr 2015 74,9 Mio. m<sup>3</sup> Trinkwasser an die Kunden geliefert, und damit sowohl der Wert des Vorjahres, als auch die für das Geschäftsjahr geplante Größenordnung deutlich überschritten.

Die Verfügbarkeit der zur Erfüllung dieser Versorgungsaufgabe erforderlichen Anlagensubstanz war durchgängig gegeben. Zu dieser zählen die drei Großwasserwerke (Wienrode, Torgau-Ost und Mockritz) ebenso wie das ausgedehnte Fernleitungsnetz mit einer Länge von 765 km und die Trinkwasserspeicher, welche ein Speichervolumen von 203 Tm<sup>3</sup> aufweisen, sowie im System angeordnete Pumpwerke.

Der Betrieb dieses Systems sowie seine Wartung, Erneuerung und Weiterentwicklung einschließlich der dazugehörigen Verwaltungsaufgaben wurde per 31.12.2015 von 213 aktiv tätigen Mitarbeitern realisiert.

Das Qualifikationsniveau der Belegschaft ist, der Bedeutung der Unternehmensaufgabe Rechnung tragend, sehr hoch. 66 % der Mitarbeiter haben einen Facharbeiterabschluss und 34 % eine höhere Qualifikation (Meister bis wissenschaftlicher Hochschulabschluss). Hinzu kommt das über viele Jahre in der täglichen Praxis gefestigte Fachwissen der Mitarbeiter sowie die beständige Weiterbildung, für welche insbesondere die Angebote der Fachverbände genutzt werden. Das somit vorhandene Spezialwissen wird auch als Dienstleistung anderen Unternehmen – insbesondere aus dem Kundenkreis – angeboten.

Ein wichtiges Nebengeschäft, welches aus der Optimierung des Systembetriebes in den vergangenen Jahren abgeleitet und umgesetzt wurde, ist die Erzeugung regenerativer elektrischer Energie, die in das Netz der Strom-Netzbetreiber eingespeist wird. Durch weitere Maßnahmen zur Leistungssteigerung der Turbinen, die im Ableitungssystem des Wasserwerkes Wienrode installiert wurden und die günstigen Witterungsverhältnisse für die Photovoltaikanlagen auf Gebäuden der Elbaue-Standorte wurde mit 9,52 GWh das beste Ergebnis seit Inbetriebnahme dieser Anlagen erzielt.

#### Ziele und Strategien

Die Position der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH in der „Wasserversorgungslandschaft“ der mitteldeutschen Region konnte in den vergangenen Jahren weiter gefestigt werden. Wesentlich dazu beigetragen haben das oben bereits angeführte Leistungsvermögen und die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter. Speziell im Jahr 2015 konnte dies mehrfach unter Beweis gestellt werden, da aufgrund der beschriebenen äußeren Bedingungen wiederholt hohe Lieferleistungen abgefragt wurden.

Rückblickend kann festgestellt werden, dass auch die im Geschäftsbericht für das Jahr 2014 etwas detaillierter dargestellte Abrechnungsbasis für die Leistungen des Unternehmens – nämlich die Verrechnung einer Leistungsvorhaltung und der gelieferten Menge – gut geeignet ist, derartige Versorgungssituationen abzubilden.

Insgesamt wurden im Jahr 2015 wieder 4 Wasserlieferverträge, i.d.R. als Anschluss-wasserliefervertrag bei Auslaufen bestehender Verträge mit dieser Systematik abgeschlossen. Dabei konnten bestehende Wasserlieferungsmengen fortgeschrieben und z.T. neue zusätzliche Mengen für einen langen Zeitraum (i.d.R. 20 Jahre) vertraglich fixiert werden. Damit wurde ein wichtiger Beitrag für die Geschäftsgrundlage der kommenden Jahre geleistet.

Da sich weitere Liefer-Angebote in Verhandlung mit potenziellen Kunden des Unternehmens befinden und das Jahr 2015 hinsichtlich der Anforderungen an das System detailliert auszuwerten ist, besteht das Erfordernis, bestehende Konzepte zur Systementwicklung bzgl. des Fortschreibungsbedarfes zu untersuchen. Dies soll im Verlaufe des Jahres 2016 erfolgen.

Die Analyse erkennbarer Entwicklungen und die Ableitung von Schlussfolgerungen für die zukünftige Ausgestaltung des Fernwasserversorgungssystems sind von grundlegender Bedeutung für die langfristige Sicherung eines effizienten, an den Anforderungen ausgerichteten Systembetriebes.

Die nachhaltige Verfügbarkeit der Rohwasserressourcen für den Betrieb der Aufbereitungsanlagen bildet das Fundament für die erfolgreiche Arbeit in der Zukunft. Hierbei gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels – insbesondere der Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Extremwetterereignissen, wie anhaltender Trockenheit oder Starkregen. Augenscheinlich ist die Verbindung zur mengenmäßigen Verfügbarkeit der Rohwasserressourcen, aber auch die Rohwasserqualität wird maßgeblich dadurch beeinflusst.

Bei letzterer findet zudem eine Überlagerung durch die anthropogene Beeinflussung statt. Die Verwendung neuer Materialien in den Haushalten und im gewerblichen Bereich, die Fortschritte im medizinischen Bereich bei gleichzeitig alternder Bevölkerung sowie die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft führen zu neuen Belastungen der Umwelt, speziell auch des Grund- und Oberflächenwassers. Die Diskussion zu den sogenannten Mikroverunreinigungen wird aufgrund der parallel verlaufenden Weiterentwicklung der Analyse-Technik über im Rohwasser gemessene Konzentrationen geführt, die das Vorstellungsvermögen aller Beteiligten übersteigen und deren Bewertung bzw. Interpretation selbst den Experten schwer fällt.

Dennoch gilt es, sich auch diesen Trends zu widmen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen dem entgegenzuwirken, um eine Wasseraufbereitung mit möglichst naturnahen Aufbereitungsverfahren auch für die Zukunft zu sichern. Dieser Zielstellung dienen die Aktivitäten in Forschung/Entwicklung, die Mitwirkung in Fachverbänden oder Arbeitsgemeinschaften der Wasserversorger verbunden mit der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation in Richtung politischer Entscheidungsträger, auf die weiter unten eingegangen wird.

Der seit einigen Jahren wirkende demografische Wandel mit den Auswirkungen auf die Nachfrage nach Trinkwasser in der Region wird in der oben beschriebenen Konzeption für die Systementwicklung zu berücksichtigen sein. Zu beachten ist ferner der direkte Einfluss auf den Erhalt uneingeschränkter Arbeitsfähigkeit in allen Unternehmensbereichen. Im Fokus steht die zielgerichtete Mitarbeiter-Gewinnung für altersbedingt ausscheidende Beschäftigte. Insbesondere sind ausgehend von der Altersstruktur der mittelfristige Bedarf abzuleiten und die erforderlichen Schritte zu seiner fristgerechten Deckung aufzuzeigen.

Weiter an Bedeutung werden in den kommenden Jahren die Fragen des sicheren Systembetriebes gewinnen, wobei hier speziell die sichere Energieversorgung und die Risikominimierung für die Technik der Prozessautomatisierung und –steuerung gemeint ist.

Das im Unternehmen implementierte Energiemanagementsystem, das mit dem Schwerpunkt der stetigen Steigerung der Energieeffizienz der einzelnen Prozesse wiederholt erfolgreich nach DIN ISO 50001 zertifiziert wurde, muss sich zukünftig auch den Fragen der Sicherheit der energetischen Versorgung widmen. Bestehende Risiken gilt es – auch im Zusammenwirken mit den maßgeblichen Energie-Netzbetreibern – zu analysieren und ggf. erforderliche Maßnahmenpakete herauszuarbeiten. Dabei ist das Spannungsdreieck zwischen Sicherheit der Energieversorgung – Energieeffizienz und Energiekosten zu beachten.

Den Fragen der IT-Sicherheit wird im Zuge des aktuell laufenden Projektes zur Migration des Prozessleitsystems die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen sein. Die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen durch branchenspezifische Standards erfolgt gegenwärtig durch Experten der Wasserbranche im Einvernehmen mit politischen Akteuren. Aufgrund der Größe des Unternehmens werden diese ohne Abstriche zu berücksichtigen sein.

Einen ganz entscheidenden Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wird zweifellos die Neuordnung der Gesellschafterstruktur des Unternehmens ausüben. Dabei sollte die Zuordnung der Gesellschafteranteile auf die mit Trinkwasser versorgten Kommunen als Chance genutzt werden, die Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern der örtlichen Wasserversorgung weiter auszubauen, um in gemeinsamer, abgestimmter Arbeit noch besser auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren zu können.

## Forschung und Entwicklung

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden die Schwerpunktthemen der Vorjahre, die sich gemäß den oben erwähnten äußeren Rahmenbedingungen auf das Kerngeschäft des Unternehmens, die Sicherung der qualitativen Verfügbarkeit der Rohwasserressourcen konzentrieren, fortgesetzt.

Das so genannte TALKO Projekt, welches die Belastung des den Talsperren zufließenden Oberflächenwassers mit gelöstem organischen Kohlenstoff (DOC) erforscht, wurde im Dezember 2015 mit einer abschließenden Fachtagung im Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung –UFZ- in Leipzig beendet.

Die Zielstellung dieses Projektes bestand darin, die Ursachen der Belastung herauszufinden, eine Prognose der zukünftigen Entwicklung aufzuzeigen und Optionen zur Vorsorge, d. h. der Beeinflussung des möglichen Anstieges der DOC-Gehalte, sowie zur Beherrschung im Aufbereitungsprozess der Wasserwerke zu untersuchen.

Die Fernwasserversorgung war als Praxispartner ebenso wie der Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (TSB) als Betreiber des Bode-Talsperrensystems des Ostharzes beteiligt. Die Beteiligung erfolgte über die Bereitstellung finanzieller Mittel sowie die praktische Betreuung von Überwachungstechnik im Einzugsgebiet der Talsperren und Aufbereitungsversuchen in kleintechnischen Anlagen, die im Wasserwerk Wienrode aufgebaut wurden. Letzteres im Zusammenwirken mit dem Technologiezentrum Wasser (TZW) der DVGW-Außenstelle Dresden, welches für den Projektteil – Beherrschung der DOC-Belastung im Aufbereitungsprozess - verantwortlich zeichnete.

Die im Projekt gewonnenen Erkenntnisse gilt es nun detailliert auszuwerten und für die Trinkwasseraufbereitung im Wasserwerk Wienrode nutzbar zu machen. Die Aktivitäten betreffen zum einen die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem TSB zum Ausschöpfen der Möglichkeiten der Bewirtschaftung des Talsperrensystems, insbesondere der Implementierung von Qualitätskriterien in die Zuflusssteuerung. Zum anderen sind die Ergebnisse der Aufbereitungsversuche für eine Stabilisierung des Filtrationsprozesses im Wasserwerk Wienrode durch Optimierung der Flockungsmittel- und ggf. Flockungshilfsmittelzugabe umzusetzen.

Als Voraussetzung dafür wurden bereits in den letzten Wochen des Jahres 2015 neue technische Komponenten installiert. Diese müssen nunmehr durch begleitende zusätzliche Untersuchungen im Aufbereitungsprozess in die Prozesssteuerung integriert werden.

Für die Elbaue-Wasserwerke wurden die Monitoring-Programme zur Überwachung der Rohwasserqualität fortgesetzt.

Für das den Brunnen zufließende Uferfiltrat der Elbe spielt die Qualität des Flusswassers eine große Rolle. Die Vermeidung bzw. Reduzierung von Verunreinigungen ist das Anliegen der Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Einzugsgebiet der Elbe (AWE), deren Arbeit durch die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH koordiniert wird.

Die Erkenntnisse aus der Güteüberwachung waren 2015 Grundlage für eine umfassende Stellungnahme an die Flussgebietsgemeinschaften bzw. die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) zum zweiten „Internationalen Bewirtschaftungsplan für die Flussgebietseinheit Elbe“ für den Zeitraum 2016-2021.

Schwerpunkt der Stellungnahme waren Hinweise zu organischen Spurenstoffen bzw. Arzneimittelrückständen, die im Rohwasser nachgewiesen werden können. Die Forderung richtet sich auf notwendige Aktivitäten bzw. Maßnahmen, um die im „Europäischen Fließgewässermemorandum zur qualitativen Sicherung der Trinkwassergewinnung“ im Jahre 2013 mit anderen europäischen Arbeitsgemeinschaften von Wasserwerken in Flusseinzugsgebieten aufgestellten Qualitätsziele einzuhalten.

Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die als Zielstellung formulierte langfristig gesicherte Trinkwasserproduktion mit naturnahen Aufbereitungsverfahren.

Die Ergebnisse der Güteüberwachung der Elbe und ihrer Nebenflüsse wurde in abgestimmter Arbeit mit den Fachkollegen der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Einzugsgebiet des Rheins und der Donau an die zuständigen Stellen der Europäischen Kommission übermittelt, um zweckdienliche Hinweise für die in Überarbeitung befindlichen Umweltqualitätsnormen (UQN) als Bestandteil der Novellierung der Wasserrahmenrichtlinie zu geben.

Darüber hinaus ist vorgesehen, im Jahr 2016 wieder eine Broschüre der AWE zu Ergebnissen und Schlussfolgerungen aus der Überwachung der Qualität der Elbe und ihrer Nebenflüsse für die Jahre 2014/15 zu veröffentlichen.

Das Wasserwerk Mockritz wird in den kommenden Jahren nach umfänglichen Voruntersuchungen auf der Basis eines verabschiedeten Standortkonzeptes einer grundsätzlichen Erneuerung unterzogen.



Bestandteil dieses Konzeptes ist auch die Überprüfung der Technologie der ersten Aufbereitungsstufe - des Gasaustausches. Gegenstand der Untersuchungen ist eine mögliche Ablösung der aktuell betriebenen Strahlapparate durch eine Kaskadenbelüftung. Hierzu wurde zu Beginn des Jahres eine Versuchsanlage im Wasserwerk Mockritz aufgebaut und diese über ein Jahr betrieben. Erkenntnisse sollten gewonnen werden zu Kriterien wie: Wirkungsgrad des Gasaustausches, Energieeinsatz sowie Bedienungs- und Wartungsaufwand. Auf der Grundlage des Abschlussberichtes werden die Entscheidungen zum weiteren Projektverlauf zu treffen sein.

Die Auswertung des aktuellen Entwicklungsstandes bei der Prozesssteuerung und -automatisierung komplexer Wasserversorgungssysteme einschließlich der einzelnen Komponenten war ein Schwerpunkt bei der Arbeit zur Vorbereitung der Migration des Prozessleitsystems. Diese wurde im Jahr 2015 mit der Formulierung eines Lastenheftes, auf dessen Basis nun in den Folgejahren die schrittweise Umstellung geplant und realisiert wird, abgeschlossen.

Für alle dargelegten Vorhaben erwies sich die aktive Mitarbeit der Mitarbeiter des Unternehmens in den Fachverbänden der Branche wie DVGW, BDEW, ATT als sehr vorteilhaft.

## **2. Wirtschaftsbericht**

### Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die positive konjunkturelle Entwicklung in der Wirtschaft setzte sich im Jahr 2015 fort. Die Auswirkungen waren auch auf dem Arbeitsmarkt spürbar. Diese grundsätzliche Einschätzung trifft auch auf den mitteldeutschen Raum zu und damit auf das Versorgungsgebiet des Unternehmens.

Ablesbar sind die Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens unmittelbar anhand des Wasserabsatzes. Das bereits im Vorjahr 2014 registrierte gute Niveau der Höhe der Wasserlieferungen an Kunden des Bereiches Industrie und Gewerbe bestätigte sich 2015.

Die Wasserlieferungen an die Weiterverteiler, die ca. 90 % des Gesamtabsatzes ausmachen, konnten im Vergleich zum Vorjahr und zu den Planungen für 2015 deutlich gesteigert werden. Ursächliche Zusammenhänge sind mit dem eingangs erwähnten Witterungsverlauf gegeben. Die langfristig wirkenden demografischen Effekte konnten dadurch kompensiert werden.

Den Schwerpunkt der branchenbezogenen Rahmenbedingungen bildeten Aktivitäten des Gesetzgebers auf Bundesebene, die sich mit Fragen der Wasserqualität beschäftigen. Über die Beteiligung an den fachlichen Stellungnahmen, die seitens der Branchenverbände BDEW/ DVGW im Gesetzgebungsverfahren eingebracht wurden, konnten die eigenen praktischen Erfahrungen bzw. Erkenntnisse dabei berücksichtigt werden.

Zu nennen sind hier die Düngemittel-VO, welche u. a. unmittelbare Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Nitratgehalte im Grundwasser haben kann oder die Oberflächengewässer-Verordnung (OGewV). Letztere wird in Umsetzung der Europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie, die in nationales Recht zu überführen ist, novelliert. Eine direkte Verbindung zu den weiter oben bereits dargelegten Stellungnahmen zur Fortschreibung der Bewirtschaftungspläne für die Flussgebietseinheiten ist hier gegeben.

Zu erwähnen ist weiterhin die 3. Novellierung der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) mit der Aufnahme der Grenzwerte für Radionuklide. In Erwartung dieser TrinkwV-Novelle wurden bereits Untersuchungen des Trinkwassers aller Wasserwerke des Unternehmens durchgeführt - Probleme sind danach nicht zu erwarten.

Ein mittelbarer Einfluss auf die unternehmerische Tätigkeit ist durch die seit Jahren in der Novellierung befindliche Klärschlamm-Verordnung zu erwarten. Die vom Gesetzgeber angestrebte Linie zeigt deutlich auf eine Abkehr von der landwirtschaftlichen Klärschlamm-Verwertung. Das Ausweichen auf alternative Entsorgungswege durch die Abwasserentsorger führt zwangsläufig zu einer Verschärfung der Suche nach Verwertungswegen für die Rückstände aus der Filterspülung, insbesondere des Wasserwerks Wienrode. Die diesbezüglichen Aktivitäten müssen frühzeitig vor der nächsten Entsorgungskampagne im Jahr 2018 begonnen werden.

Der Ordnungsrahmen für die wirtschaftliche Tätigkeit der Wasserversorgungsunternehmen in der BRD blieb auch im Jahr 2015 unverändert. Insbesondere durch den Branchenverband BDEW wurde auf die besondere Stellung der Wasserversorgung als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge verwiesen. Zu nennen wären die Stellungnahmen zu den Verhandlungen des TTIP-Abkommens oder der Umsetzung der EU-Dienstleistungskonzessions-Richtlinie. Zur Dokumentation der Leistungsfähigkeit der deutschen Wasserversorger veröffentlichte der BDEW im Jahr 2015 die Ergebnisse eines Kundenbarometers Wasser/ Abwasser sowie einer Studie zum Vergleich Europäischer Wasser- und Abwasserpreise (VEWA-Studie), die auf positive Resonanz insbesondere in der bundesdeutschen und europäischen Wasserpolitik gestoßen ist.

Gleichwohl erneuerten die Umweltminister der Bundesländer im Rahmen der Tagung der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) im Herbst des vergangenen Jahres ihre Forderung an die Branche zur Erhöhung der Teilnehmerzahlen an freiwilligen Benchmarking-Projekten. Die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH hat im Jahr 2015 zum wiederholten Male am Benchmarking-Projekt für Fernwasserversorger teilgenommen.

Abschließend sei auf das von der Bundesregierung im Jahr 2015 verabschiedete IT-Sicherheitsgesetz verwiesen. In nachgeordneten Verordnungen werden zunächst Kriterien bzw. Schwellenwerte für Unternehmen getroffen, für welche die gesetzlichen Regelungen anzuwenden (BSI-KRITIS V) sind. Die Verabschiedung dieser BSI-KRITIS V ist für Frühjahr 2016 vorgesehen. Im Anschluss daran wird den Unternehmen der Branche ein Zeitraum von 2 Jahren eingeräumt, um die IT-Mindeststandards zu definieren und die Umsetzung in den Anlagen der betroffenen Unternehmen zu belegen – mit einem weiteren Auditierungsverfahren für unser Unternehmen ist danach zu rechnen.

### Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2015 verlief für die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH sehr erfolgreich. Wie eingangs dargelegt, konnte ein Trinkwasserabsatz von 74,9 Mio. m<sup>3</sup> erzielt werden. Dieser lag mit ca. 3 Mio. m<sup>3</sup> über den Planungen für 2015 und ebenso 1,6 Mio. m<sup>3</sup> über dem Absatzergebnis des Vorjahres 2014.

Durch die erfolgreiche Absatzentwicklung in 2015 erhöhte sich auch die durchschnittliche Tagesproduktion von 200,69 Tm<sup>3</sup> auf 205,44 Tm<sup>3</sup> im Jahr 2015. Der Spitzenfaktor der Trinkwasserproduktion lag mit 1,39 über dem langjährigen Mittel von ca. 1,3.

Die Versorgungssicherheit war im gesamten Geschäftsjahr 2015 gewährleistet. Der im April 2015 aufgetretene Rohrbruch an der Ostharzleitung wurde zügig durch eigenes Personal und Dienstleister behoben. Durch die Verbundfahrweise im Fernwassersystem konnten alle Kunden versorgt werden.

Weitere Umsätze resultieren aus dem Verkauf von regenerativ erzeugtem Strom, aus Trinkwasseranalysen für Kunden und aus von Dritten veranlassten Umverlegungen an unseren Rohrleitungssystemen. Die ursprünglich eingeplanten Umverlegungserlöse konnten aufgrund von Dritten verursachten fehlenden Genehmigungen nicht im vollen Umfang realisiert werden. Die erzeugten Strommengen konnten wie berichtet gegenüber dem Vorjahr leicht auf 9,52 GWh gesteigert werden. Die Erlöse im Bereich der Trinkwasseranalytik resultieren aus Aufträgen von eigenen Kunden und anderen Wasserversorgern sowie Legionellenuntersuchungen für Gewerbetreibende, insbesondere Wohnungsunternehmen.

Die in der Vergangenheit gesetzten strategischen Investitions- und Sanierungsschwerpunkte wurden auch im Geschäftsjahr 2015 weiter bearbeitet. Wie auch in den letzten Jahren bildete in 2015 der Ersatzleitungsbau durch die Verlegung einer Parallelleitung für die Ostharzableitung zwischen Bernburg und dem Hochbehälter Hammelberge einen Schwerpunkt. Hier konnte in 2015 ein 5,8 km langer Leitungsabschnitt errichtet werden.

Daneben wurde ebenso in 2015 das Sanierungsprogramm für die Hochbehälter im Fernleitungssystem fortgesetzt, indem beide Kammern des Hochbehälters Neuplatendorf saniert wurden.

In den Wasserwerken des Elbaue-Bereiches wurde die Erneuerung der Wassergewinnungsanlagen mit der Realisierung von 4 neuen Brunnen im Wasserwerk Mockritz weiter vorangetrieben. Für die Arbeiten zur komplexen Erneuerung des Wasserwerkes Mockritz wurden weitere Vorleistungen geschaffen. So konnten die Versuche zur Optimierung des Gasaustausches abgeschlossen, Planungen und erste Realisierungsleistungen für die Neugestaltung der elektrotechnischen Anlagen erbracht und Grundlagen für die Leistungsvergabe zur Erneuerung der Filtersteuerung geschaffen werden.

Des Weiteren wurde in 2015 mit der Einführung eines neuen Prozessleitsystems begonnen. Die weitere Umsetzung erfolgt in den nächsten Jahren schrittweise in den einzelnen Wasserwerks- und Netzbereichen.

Mit einem Jahresergebnis von 2,459 Mio. € konnte das Ergebnis des Geschäftsjahres 2014 von 1,970 Mio. € deutlich überschritten werden. Wesentlicher Grund ist die positive Absatzentwicklung im Trinkwasserverkauf im zurückliegenden Geschäftsjahr. Das geplante Jahresergebnis von 1,15 Mio. € wurde um ca. 1,3 Mio. € übertroffen.

### **3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**

#### Ertragslage

Aus dem Verkauf von Trinkwasser konnte in 2015 ein Umsatzerlös in Höhe von 39,03 Mio. € erwirtschaftet werden. Dieser lag somit ca. 1,08 Mio. € über den Erwartungen für das Geschäftsjahr. Der Erlös im Geschäftsjahr 2014 lag bei 37,87 Mio. €.

Die sonstigen Umsatzerlöse umfassten in 2015 5,45 Mio. €, wovon allein 1,41 Mio. € auf die Erlöse aus der Erzeugung und dem Verkauf regenerativen Stroms entfallen. Den Großteil der sonstigen Umsatzerlöse mit einem Umfang von 4,03 Mio. € machten die von Dritten veranlassten Umverlegungen am Fernleitungssystem aus. Die ursprünglich für 2015 geplanten Maßnahmen hatten einen Umfang von 6,07 Mio. €, welche aber insbesondere wegen fehlender Genehmigungen nicht vollständig erbracht werden konnten.

Die sonstigen Erlöse in diesem Bereich betreffen ingenieurtechnische Leistungen für Dritte im Zusammenhang mit Umverlegungsmaßnahmen an unseren Leitungen und Leistungen des Labors.

Die Gesamtumsatzerlöse im Geschäftsjahr 2015 belaufen sich somit auf 44,48 Mio. €. Die Vorjahresumsätze umfassten 39,63 Mio. €.

Die aktivierbaren Eigenleistungen betreffen Tätigkeiten eigener Mitarbeiter für durchgeführte Investitionsprojekte. Der in 2015 realisierte Umfang von 2,73 Mio. € lag deutlich über dem Vorjahresniveau von 2,20 Mio. € und ist durch die Konzentration der Leistungen auf die Schwerpunktprojekte des Unternehmens zu erklären.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 1,39 Mio. € etwas unter dem Vorjahreswert von 1,72 Mio. €. Wesentlicher Bestandteil ist die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe. Darüber hinaus erfolgte u. a. der Verkauf von nicht mehr benötigten Anlagenteilen.

Die Gesamtleistung der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH in 2015 beläuft sich somit auf 48,60 Mio. € und liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert von 43,55 Mio. €.

Der Materialaufwand liegt mit 18,06 Mio. € leicht unter den Planungen für 2015, in denen aber von umfangreicheren Umverlegungsmaßnahmen und den daraus korrespondierenden Materialaufwendungen ausgegangen wurde. Die wesentlichen Aufwendungen umfassen die Strombeschaffung mit 4,57 Mio. € und den Rohwasserbezug vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR in einer Höhe von 4,57 Mio. €. Die Aufwendungen für Aufbereitungskemikalien liegen mit 0,57 Mio. € auf dem Vorjahresniveau. Die sonstigen Materialaufwendungen entfallen auf Instandhaltungs-/Instandsetzungsmaßnahmen und die Entsorgung von Wasserwerksrückständen. Wesentlichste Maßnahme hierbei war die im Geschäftsjahr 2015 durchgeführte Entnahme und Entsorgung der Filtrerrückspülwässer des Wasserwerkes Wienrode aus dem Schachteich Wienrode. Allein für diese Maßnahme wurden 1,37 Mio. € aufgewendet.

Die Personalaufwendungen lagen mit 12,76 Mio. € leicht über den Erwartungen der Wirtschaftsplanung aber unterhalb des Vorjahreswertes von 12,80 Mio. €.

In den Personalaufwendungen enthalten sind alle Aufwendungen für in der Vergangenheit abgeschlossene Altersteilzeitverträge und Pensionsverpflichtungen. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte auf Basis externer finanzmathematischer Gutachten. Zum 31.12.2015 beschäftigte das Unternehmen 213 aktive Mitarbeiter (Vorjahr 221).

Die Höhe der Abschreibungen bewegt sich mit 9,38 Mio. € in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (9,29 Mio. €).

Der sonstige betriebliche Aufwand erreicht mit 5,12 Mio. € das Vorjahresniveau. Die wesentlichen Positionen mit einem Gesamtumfang von 2,96 Mio. € sind das Wasserentnahmeentgelt Sachsen-Anhalt, die Wasserentnahmeabgabe Sachsen und diverse Durchleitungsentgelte.

#### Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Die Schwankungen der Finanzmärkte haben keinen unmittelbaren Einfluss auf die Finanzlage der Gesellschaft. Durch das gute Rating sind Kreditmittel jederzeit verfügbar.

Zusätzlich zu den laufenden Tilgungen bestehender Kreditverbindlichkeiten in einer Höhe von 1,91 Mio. € wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Kredite in einem Umfang von 6,00 Mio. € umgeschuldet um das derzeitige niedrige Zinsniveau zu nutzen.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit verringerte sich leicht gegenüber dem Vorjahr (11,2 Mio. €) auf 10,7 Mio. €. Grund sind insbesondere die stichtagsbedingten umfangreicheren Forderungen gegenüber Dritten aus der Position Lieferungen/ Leistungen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit umfasst 10,49 Mio. €. Der erhöhte Cashflow aus der Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr resultierte aus der erweiterten Investitionstätigkeit im Bereich des Ersatzneubaus der Ostharzleitung zwischen der AGS Bernburg und dem Hochbehälter Hammelberge. Insgesamt wurden im Jahr 2015 10,69 Mio. € in das bestehende Anlagevermögen investiert.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit des Unternehmens in Höhe von -0,4 Mio. € ergibt sich aus der Kreditneuaufnahme und Tilgung laufender Kreditverbindlichkeiten. Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft verringerte sich gegenüber dem Vorjahr leicht von 3,3 Mio. € auf 3,1 Mio. €.

Die Eigenkapitalquote des Unternehmens liegt auf dem Niveau der Vorjahre bei 77,8 %. Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivater Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung der Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt.

Der Deckungsgrad II des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital liegt zum Jahresende bei 100,1 %.

#### Vermögenslage

Die Investitionsschwerpunkte des Geschäftsjahres 2015 waren:

- Bau und teilweise Inbetriebnahme eines neu errichteten Fernleitungsabschnittes der Ostharzleitung im Bereich zwischen Trebbichau und Gröbzig
- Fertigstellung von Fernleitungsbauwerken auf dem Nordring nach der Ertüchtigung Rohrleitung in diesem Bereich in den letzten Jahren
- Ertüchtigung des Hochbehälters Neuplatendorf
- Erste Maßnahmen im Rahmen Komplexertüchtigung Wasserwerk Mockritz.
- Bau von 4 Brunnen im Wasserwerk Mockritz
- Start des Projektes zur Erneuerung des Prozessleitsystems.

Bereits in Betrieb genommene Trinkwasserleitungen wurden in einer Höhe von 2,7 Mio. € aktiviert. Anlagen, die ab 2016 fertiggestellt werden, umfassen 5,6 Mio. €. 1,5 Mio. € wurden in technische Anlagen und Maschinen investiert sowie 0,7 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Darüber hinaus entfielen ca. 73 T€ auf immaterielle Wirtschaftsgüter und 145 T€ auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten.

#### **4. Nachtragsbericht**

Nach dem Bilanzstichtag 31.12.2015 sind bis zum Abschluss der Aufstellung des Jahresabschlusses mit seinen Bestandteilen Bilanz, Anhang, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die zu einer veränderten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geführt hätten. Bezüglich der Neuordnung der Geschäftsanteile der Gesellschaft wurden gegen den Quotierungsbescheid des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) vom 30. Juli 2010 mehrere Klagen beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht. Hierzu fand am 23.01.2014 eine mündliche Verhandlung statt. Am selben Tag wurden die Klagen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) und der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH abgewiesen. Eine von der BvS hiergegen eingelegte Nichtzulassungsbeschwerde wurde durch Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.06.2014 zurückgewiesen. Hiermit erlangte der Quotierungsbescheid Bestandskraft.

Am 25.01.2016 erließ das BADV einen Übertragungsbescheid zum Quotierungsbescheid. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses war dieser noch nicht in Bestandskraft erwachsen.

## **5. Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

### Prognose- und Chancenbericht

Trotz der positiven Trinkwasserabsätze in den letzten beiden Geschäftsjahren 2014/2015 geht das Unternehmen mittelfristig weiterhin von sinkenden Absätzen aufgrund der demografischen Entwicklung im Versorgungsgebiet aus. Ebenso muss auch in den nächsten Jahren mit konjunkturellen Schwankungen in der Wasserlieferung an gewerbliche Kunden gerechnet werden. Nach Analyse der Wasserlieferung in den Jahren 2014/2015 wurde die Absatzprognose für das Jahr 2016 leicht angehoben (ca. 800 Tm<sup>3</sup>).

Für die Folgejahre wird wiederum mit jährlichen Absatzzrückgängen von ca. 400 – 500 Tm<sup>3</sup> für die Wirtschaftsplanung gerechnet. Für das Geschäftsjahr 2016 wird ein Trinkwasserabsatz von 72,4 Mio. m<sup>3</sup> erwartet. Dieser wird nach derzeitiger Einschätzung bis zum Jahr 2020 bis auf ca. 71,6 Mio. m<sup>3</sup> zurückgehen. Aus den für 2016 erwarteten Trinkwasserlieferungen werden Umsatzerlöse in einer Höhe von ca. 38,3 Mio. € eingeplant. Darin enthalten sind bereits die Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Auch im Jahr 2015 wurden für eine Reihe von Kunden Wasserlieferverträge als Anschlussverträge für bestehende Lieferverhältnisse, zum Teil mit neuen Absatzmengen erarbeitet, angeboten und teilweise erfolgreich abgeschlossen. Offene Vertragsverhandlungen werden in 2016 mit der Zielsetzung eines Vertragsabschlusses weiter fortgesetzt. Die sich aus den realisierten Vertragsabschlüssen ergebenden Absatzmengen und Umsatzerlöse wurden in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt.

Die sonstigen Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstigen Dienstleistungen, insbesondere im Bereich der Laboranalytik von Trinkwasser, werden für 2016 auf dem bisherigen Niveau mit ca. 1,6 Mio. € eingeplant. Die Umsätze aus der Realisierung der durch Dritte veranlassten Umverlegungen an den Anlagen der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH schwanken in den nächsten Jahren weiterhin deutlich. Im Jahr 2016 werden Leistungen in diesem Bereich von 4,7 Mio. € erwartet. Da diesen Umsätzen entsprechende Aufwendungen gegenüberstehen, wirkt sich dies nicht auf das Ergebnis der Gesellschaft aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge werden auch in den nächsten Jahren im Wesentlichen durch die Erstattung der Stromsteuer für energieintensive gewerbliche Unternehmen bestimmt. Das hierzu notwendige Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 wurde eingeführt und zertifiziert (letztes Überprüfungsaudit wurde vom 02. - 04.02.2016 erfolgreich absolviert).

Der Materialaufwand der Gesellschaft beinhaltet die erwarteten Material- und Fremdleistungseinkäufe. Durch weitere energetische Optimierungen und einen optimierten Einkauf werden die Energiekosten 2016 mit ca. 4,28 Mio. € spürbar unter dem Vorjahresniveau liegen. Die weiteren Materialaufwendungen befinden sich auf dem Durchschnittsniveau der letzten Jahre. Zu erwartende inflationäre Entwicklungen wurden berücksichtigt.

Der Personalaufwand wurde auf Basis bestehender Tarifverträge und individualvertraglicher Regelungen mit ca. 12,69 Mio. € eingeplant. In Umsetzung der erarbeiteten mittelfristigen Personalkonzepte wird sich das Personal bis 2020 von derzeit 238 (einschl. der Mitarbeiter in der Passivphase und Azubis) auf ca. 203 Mitarbeiter reduzieren. Aufgrund neuer Renteneintrittsregelungen (z. B. Rente mit 63) wird das Unternehmen die möglichen Auswirkungen auf die Personalsituation prüfen und das Personalentwicklungskonzept weiter fortschreiben. Die mit allen Mitarbeitern individualvertraglich vereinbarte Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohn- und Gehaltsausgleich endet nach gegenwärtiger Vertragslage am 31.12.2017.

Wie in den Vorjahren wird sich auch in der Zukunft die Investitionsstrategie an der bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung aller Kunden ausrichten. Der Investitionsschwerpunkt im Fernleitungssystem wird dabei in den nächsten Jahren in dem weiteren Ersatzneubau der Ostharzleitung zwischen Bernburg und dem Hochbehälter Hammelberge nördlich von Halle liegen. Ziel ist eine langfristige, sichere Versorgung der Kunden im Großraum Halle und die Sicherung einer hohen Ableitungsmenge aus dem Wasserwerk Wienrode in den mitteldeutschen Raum. Die aktuellen Investitionsplanungen gehen von der Realisierung einer ca. 21,4 km langen Strecke bis 2019 aus. Für 2016 wurden Gesamtinvestitionen von 10,6 Mio. € eingeplant. Weiterhin erfolgt die Sanierung der im Fernwassersystem befindlichen Hochbehälter. Nach dem weitest gehendem Abschluss der Arbeiten am Hochbehälter Neuplatendorf wird in den nächsten Jahren der Sanierungsschwerpunkt auf dem Behälter Hohe Gieck liegen, der mit einer Kapazität von 20 Tm<sup>3</sup> eine wichtige Rolle im Betrieb des Nordrings des Systems spielt.

Der dritte Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre wird weiterhin das Wasserwerk Mockritz sein. Auf Basis einer umfassenden Standortkonzeption und der ersten realisierten Vorarbeiten in 2015 erfolgt in den Folgejahren eine stufenweise Realisierung aller notwendigen Erneuerungsarbeiten. Ebenso wird in den Wasserwerken der Elbaue die sukzessive Erneuerung von Brunnen fortgeführt, um die Rohwasserverfügbarkeit zu gewährleisten und eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Wassergewinnungsanlagen zu ermöglichen.

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben ist im Geschäftsjahr 2016 gesichert. Für notwendige Kreditaufnahmen im Jahr 2016 wurden die vertraglichen Regelungen bereits abgeschlossen. Der Umfang der Kredittilgungen liegt oberhalb des Neuaufnahmeumfangs. Es bestehen auch weiterhin keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivater Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird mit einem Ergebnis nach Steuern von 1,62 Mio. € gerechnet. Die mittelfristige Entwicklung zeigt, dass unter den bisherigen Rahmenbedingungen ein Ergebnis mit leichten Schwankungen im bisherigen Niveau auch in den nächsten Jahren erreicht werden kann.

### Risikobericht

Die Gesellschaft hat seit dem Jahr 2000 ein den gesetzlichen Anforderungen (§ 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG) entsprechendes Risikomanagementsystem installiert. Zweimal pro Jahr werden bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt. Die einzelnen erkannten Risiken werden folgenden Kategorien zugeordnet:

- Absatz
- Wirtschaftspolitisches Umfeld
- Ertrags- und Finanzlage
- Produktion
- Einkauf
- Personalmanagement
- Informationsmanagement
- Höhere Gewalt
- Rechtsstreitigkeiten.

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- Abnehmender Trinkwasserabsatz durch eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung bei einem Teil unserer Kunden,
- Schwankungen im Bereich der gewerblichen Abnahmen durch konjunkturelle Entwicklungen,
- Tendenzen zur verstärkten Nutzung eigener Wasseraufbereitungsanlagen bzw. der Neuerrichtung solcher Anlagen bei den Kunden die Eigengewinnungsanlagen betreiben und damit eine mögliche Verringerung der Abnahmen,
- Änderungen der Energiepolitik bezüglich der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung,
- Schwierigere Entsorgungsstrategien für Filterrückspülwässer durch Verschärfung der Umweltgesetze/-verordnungen.

Für alle Einzelrisiken werden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung festgelegt.

Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine laufende, systematische Überwachung aller Risiken. Bei Feststellungen von Abweichungen wird entsprechend zeitnah reagiert. Ergänzend erfolgt durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes eine Risikoreduzierung.

Es liegen keine Risiken vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden bzw. sind diese für die Zukunft auch nicht erkennbar.

## Hafen Halle GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Am Saalehafen 1  
06118 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 512

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadtwerke Halle GmbH	512	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Der Betrieb und die Unterhaltung eines oder mehrerer Binnenschiffahrtshäfen im Gebiet der Stadt Halle und im Saalekreis, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die dem Hafенbetrieb in Halle und im Saalkreis dienen, sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

### Öffentlicher Zweck:

Die Hafen Halle GmbH ist der einzige Binnenschiffahrtshafen in der Region. Durch ihn wird die Versorgung einzelner Unternehmen sichergestellt. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung und Standortsicherung zu sehen.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>	Haschke, Andreas	(seit 01.10.2015)
	Lindemann, Dirk	(bis 30.09.2015)
	Winkler, Torsten	(seit 01.10.2015)

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

#### Aktiva

Anlagevermögen	13.566	82	13.490	85	13.666	83	76	1
Umlaufvermögen	2.920	18	2.365	15	2.719	17	555	23
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	19	0	36	0	-16	-84

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	13.566	82	13.490	85	13.666	83	76	1
Umlaufvermögen	2.920	18	2.365	15	2.719	17	555	23
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	19	0	36	0	-16	-84

#### Bilanzsumme

	<b>16.489</b>	<b>100</b>	<b>15.874</b>	<b>100</b>	<b>16.421</b>	<b>100</b>	<b>615</b>	<b>4</b>
--	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

#### Passiva

Eigenkapital	731	4	731	5	731	5	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	4.446	27	4.322	27	4.510	27	124	3
Rückstellungen	175	1	150	1	296	2	25	17
Verbindlichkeiten	11.137	68	10.671	67	10.884	66	466	4

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	731	4	731	5	731	5	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	4.446	27	4.322	27	4.510	27	124	3
Rückstellungen	175	1	150	1	296	2	25	17
Verbindlichkeiten	11.137	68	10.671	67	10.884	66	466	4

#### Bilanzsumme

	<b>16.489</b>	<b>100</b>	<b>15.874</b>	<b>100</b>	<b>16.421</b>	<b>100</b>	<b>615</b>	<b>4</b>
--	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

### bb) GuV

Umsatzerlöse	5.766	5.599	3.668
andere aktivierte Eigenleistungen	11	4	3
sonstige betriebliche Erträge	765	609	906
Materialaufwand	3.410	3.406	2.126
Personalaufwand	1.354	1.292	1.191
Abschreibungen	804	774	778
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.543	1.388	1.499
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	176	206	218
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-745	-854	-1.235
außerordentliche Erträge		151	750
außerordentliche Aufwendungen		151	750
außerordentliches Ergebnis		0	0
sonstige Steuern	21	19	16
Erträge aus Verlustübernahmen	766	873	1.251
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.766	5.599	3.668
andere aktivierte Eigenleistungen	11	4	3
sonstige betriebliche Erträge	765	609	906
Materialaufwand	3.410	3.406	2.126
Personalaufwand	1.354	1.292	1.191
Abschreibungen	804	774	778
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.543	1.388	1.499
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	176	206	218
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-745	-854	-1.235
außerordentliche Erträge		151	750
außerordentliche Aufwendungen		151	750
außerordentliches Ergebnis		0	0
sonstige Steuern	21	19	16
Erträge aus Verlustübernahmen	766	873	1.251
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0



## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-13,28	-15,59	-34,11	%
Eigenkapitalrentabilität:	-104,71	-119,37	-171,14	%
Cash-Flow:	39	-99	-473	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	187	173	137	T€
Personalaufwandsquote:	20,69	20,80	26,02	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	82,01	84,80	82,84	%
Eigenkapitalquote:	4,43	4,61	4,45	%
Fremdkapitalquote:	95,57	95,39	95,55	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Containerumschlag	52.778	59.486	51.308	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.137.638	1.322.381	1.023.443	t
Hafenbahn	437.248	501.043	380.391	t
Straßengüterverkehr	700.390	821.338	642.812	t

**e) Lagebericht****1. Grundlagen der Hafan Halle GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
  - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

**2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

**3. Geschäftsverlauf**

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

**4. Lage der Gesellschaft**

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
  - 4.2.1. Kapitalstruktur
  - 4.2.2. Investitionen
  - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

**5. Nachtragsbericht****6. Chancen- und Risikobericht**

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

**7. Prognosebericht**

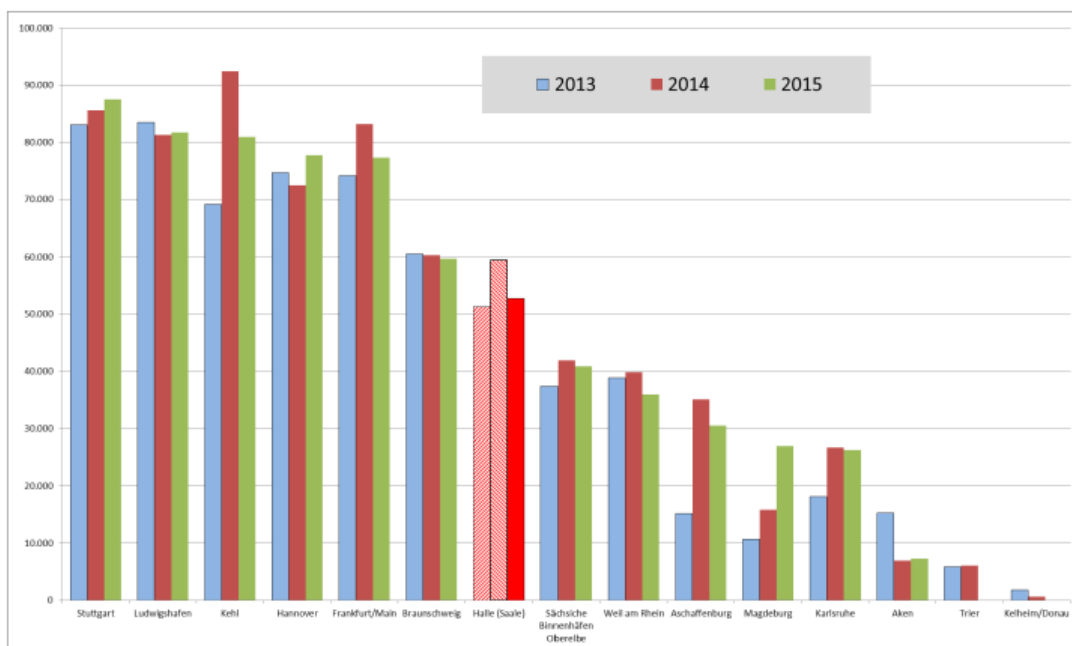
- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

## 1. Grundlagen der Hafan Halle GmbH

### 1.1. Geschäftsmodell

#### 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hafan Halle GmbH ist als Dienstleister und Infrastrukturbetreiber in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr tätig. In den letzten zehn Jahren haben wir unsere Leistungsangebote dabei auf die landseitigen Verkehrsträger Schiene und Straße fokussiert. Neben dem Umschlag von Schütt- und Stückgütern zwischen Schiene und Straße liegt der Tätigkeitsschwerpunkt seit Jahren auf der Abwicklung Kombierter Verkehre (KV) im Seehafen-Hinterland-Verkehr. Im Jahr 2014 wurden erstmals auch kontinentale KV-Verkehre abgewickelt. Seit den ersten regelmäßigen Containerzügen im Jahr 2004 zwischen den deutschen Überseehäfen Hamburg und Bremen/Bremerhaven und dem CTHS (ContainerTerminalHalleSaale) ist das Aufkommen fast stetig gewachsen. Damit ist das CTHS seit Jahren das größte öffentliche Container-Terminal im Land Sachsen-Anhalt und nimmt bei den Binnenhäfen mit einem Umschlag bis 100.000 TEU einen vorderen Platz ein.



**Grafik 1:** Container-Umschlag ausgewählter deutscher Binnenhäfen in TEU (Umschlag bis 100.000 TEU, Rangfolge 2015)

Neben den genannten Leistungsbereichen vermietet und verpachtet die Gesellschaft auch eigene Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen und erbringt damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen. Für erschlossene Ansiedlungsflächen im Hafengebiet werden im Verbund mit der SWH-Konzerngruppe Unternehmen akquiriert und bis zur Betriebsaufnahme begleitet.

Mit ihrem fast 9 km langen Gleisnetz ist die Hafan Halle GmbH gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz (AEG) auch Serviceeinrichtung. Damit bieten wir – in Verbindung mit unserem direkten Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG – für jeden Zugangsberechtigten einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen an.

Die Hafan Halle GmbH ist seit ihrer Gründung im Jahr 1993 eine 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

### 1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich intern in die fünf Bereiche

- Containerumschlag,
- Dispositive Leistungen,
- Bahnleistungen,
- Infrastruktur und Ansiedlungen sowie
- Schiffsverkehr.

Das Leistungsbild Containerumschlag umfasst das Handling und die Depotverwaltung von standardisierten See-Containern über das CTHS im Kombinierten Verkehr Schiene-Straße und umgekehrt.

Der wesentliche Leistungsinhalt der Dispositiven Leistungen ist die Organisation von komplexen Transportketten im Kombinierten Verkehr zwischen Überseehafen und Kunde. Hierbei werden Leistungen Dritter im Zug- und Lkw-Verkehr in Anspruch genommen. Im Lkw-Nach- und -Vorlauf zwischen CTHS und Kunden kommen partiell eigene Lkw zum Einsatz.

Unter den Bahnleistungen werden der Betrieb der Gleisinfrastruktur einschließlich Nebenanlagen und die Erbringung sämtlicher bahnseitiger Dienstleistungen abgebildet. Hierzu zählen u.a. die Erbringung von Zugleistungen/Traktionen, Rangierleistungen, Vermietung von Triebfahrzeugen und Personalen. Hierbei kann die Gesellschaft auf eigene, auch zum Verkehr auf dem Netz der Bahn AG zugelassene Dieselloks sowie bedarfsgerechte Rangiertechnik im Hafenbahnnetz zurückgreifen.

Die Leistungsbilder im Bereich Infrastruktur und Ansiedlungen umfassen – neben der Unterhaltung der Infrastrukturen – die Vermietung und Verpachtung von Flächen und Büros, den Verkauf von Dieselmotoren an Dritte (Straßen- und Bahnfahrzeuge) sowie Umschlagsleistungen (z.B. Umschlag und Verwiegung Düngemittel Bahn-Lkw).

Der Schiffsverkehr umfasst sämtliche schiffsbezogene Infrastruktur. Das Leistungsbild beinhaltet im Wesentlichen die Unterhaltung der vorgenannten Strukturen sowie den Umschlag von Schiffsgütern. Aufgrund der unwirtschaftlichen Schifffahrtsbedingungen auf der Saale sind in den letzten Jahren hier kaum Leistungen erbracht worden.

### 1.2. Ziele und Strategien

Im Zusammenhang mit dem Umbau des Bahnknotens Halle (Neubau Zugbildungsanlage, Umbau Knoten im Zuge des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit (VDE) 8) waren über das Jahr 2015 Veränderungen in den Zugverkehren zum und vom Hafen (Übergabestationen Züge) eingetreten. So wurden verschiedene Regelzüge (WBT, EMONS) nur noch in Merseburg übergeben bzw. übernommen. Neben erhöhten Betriebskosten wurde damit sowohl Technik als auch Personal zeitlich länger gebunden.

Seit dem 12. Dezember 2015 ist der Hafen bis zum Fahrplanwechsel am 10. Dezember 2016 nicht mehr wie bislang aus südlicher Richtung (Güterbahnhof Halle (Saale)) erreichbar. Sämtliche bahnseitigen Verkehre zum und vom Hafen müssen im Jahr 2016 über die größtenteils eingleisige und nicht elektrifizierte DB-Strecke 6344 Halle (Saale)-Halberstadt-Goslar verkehren. Die seitens DB Netz angebotene „Alternativ-Trasse“ über ein S-Bahn-Gleis mit eingeschränkter Nutzlänge (430 m) und begrenzter Nutzungszeit (22-04 Uhr) stellt sowohl aus logistischen als auch kapazitiven Gründen keine nutzbare Lösung dar.

Diese Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass ein langjährig das Terminal anfuhrer Zugbetreiber bereits seit Anfang November 2015 den Hafen nicht mehr bedient. Um den damit verbundenen entfallenden Möglichkeiten einer Leistungserbringung (Traktion der letzten Meile/ Umschlag der Container und weitere Dienstleistungen) sowie dem Verlust wichtiger eigener Kunden entgegenzusteuern, hat die Gesellschaft Zugleistungen für die Relation von und nach Hamburg/ Bremerhaven ausgeschrieben. Am 14. Dezember 2015 erfolgte die Aufnahme der Relation Hamburg-Halle (Saale) mit einem neuen Zugbetreiber. Bis zum Jahreswechsel 2015/2016 verkehrten insgesamt sieben Ein- und 6 Ausgangszüge. Mit einer durchschnittlichen Auslastung von ca. 75 % entsprach die Anfangsphase der vorausgeschauten Nachfrage.

Im Rahmen des Konzern-Programms „Exzellenz Plus 20“ wurden durch die Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt mögliche Kosteneinsparungen durch:

- Reduzierung von Personalkosten
- Reduzierung von Mietkosten für Technik

in der geplanten Höhe realisiert. Allerdings traten durch die Etablierung des Neugeschäfts gegenläufige Entwicklungen ein, sodass die geplanten Effekte nicht vollumfänglich ergebniswirksam wurden.

Die Aktivitäten zur Wiederbelebung des Schiffsumschlags im Hafen Halle wurden auch im Jahr 2015 fortgesetzt. Trotz positiver Ansätze ist auch in den Folgejahren von vorerst nur sporadischen Gelegenheitsverkehren über den Hafen Halle auszugehen. Durch das Land Sachsen-Anhalt wurde die Vollendung des Saaleausbaus mit dem „Schleusenkanal Tornitz“ für den zurzeit in der Beschlussphase befindlichen Bundesverkehrswegeplan 2015 als prioritäres Projekt angemeldet.

### 1.3. Steuerung

Bedingt durch die geringere Unternehmensgröße ist die Organisationsstruktur vergleichsweise flach gehalten. Neben der Geschäftsführung und der direkt angebundenen Hafenleitung ist das Unternehmen in die Bereiche Logistik und kaufmännische Verwaltung unterteilt. Der Bereich Logistik, dem etwa 90% der Mitarbeiter zuzuordnen sind, umfasst die gesamten Tätigkeiten für Containerumschlag, Dispositive Leistungen (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie Bahnleistungen. Mit der geplanten Ausweitung des Geschäftes bereitet die Geschäftsführung eine Neustrukturierung der Unternehmensorganisation vor. Zielstellung ist, die Prozesse deutlich zu beschleunigen und bei höherer Auslastung Effizienzpotentiale zu heben.

Die Planungen zur Unternehmensentwicklung (jährlicher Wirtschaftsplan, Mittelfristplanung für vier Folgejahre), die adäquate Berichterstattung sowie das Controlling erfolgen nach den vom Gesellschafter vorgegebenen Parametern und werden im Wesentlichen durch die Hafenleitung und den kaufmännischen Bereich realisiert. Die Buchhaltung erfolgt vertraglich gebunden im verbundenen Unternehmen Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Die Geschäftsführung wird im kommenden Geschäftsjahr prüfen, ob diese bisherige Vorgehensweise den Anforderungen aus einem erhöhten Aufkommen noch gerecht werden kann.

### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2015 war durch zahlreiche personelle Veränderungen innerhalb der Gesellschaft geprägt.

Zum 01.10.2015 übernahm Herr Dirk Lindemann neue Aufgaben innerhalb des Stadtwerke-Konzerns. Als neue Geschäftsführer wurden Herr Andreas Haschke und Herr Torsten Winkler berufen.

Weitere personelle Veränderungen betrafen Mitarbeiter in der kaufmännischen Verwaltung sowie zwei Mitarbeiter der Bahnabteilung, die in andere Unternehmen wechselten.

In Vorbereitung des Starts der beauftragten Züge erfolgte im November 2015 die Einstellung von praxiserfahrenen Mitarbeitern für die Disposition dieser neuen Verkehre.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschland im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg das Transportaufkommen im Güterverkehr der drei Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 um 3,2 % auf 4.541,3 Mio. Tonnen (2014: 4.492,3 Mio. Tonnen). Während die Transportmengen auf der Straße und der Wasserstraße zunahmen, gingen die mit der Eisenbahn beförderten Mengen wie schon im Vorjahr zurück (-8,7 Mio. Tonnen bzw. -2,3 %). Der Anteil des Straßengüterverkehrs am Modal Split nahm im Jahresvergleich wiederum zu und hatte mit 86 % unverändert den größten Anteil an den transportierten Tonnagen.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote fiel sowohl auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Mit der Neupositionierung der Gesellschaft als öffentliches Terminal in Mitteldeutschland ist es gelungen, international agierende Logistiker für eine Abwicklung ihrer Leistungen über das CTHS zu interessieren. Ab Mitte des dritten Quartals liefen in der Gesellschaft umfangreiche Vorbereitungen, um nennenswerte Containermengen aus dem mitteldeutschen Raum über das hallesche Containerterminal im Kombinierten Verkehr umzuschlagen.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die Wettbewerbssituation im Kombinierten Verkehr war in Mitteldeutschland auch in den letzten Monaten 2015 weiterhin angespannt. Erschwerend kam hinzu, dass durch die vergleichsweise geringen Treibstoffkosten der Straßentransport stärker als sonst in den Markt drängte. Damit war auch die von einem Zugbetreiber für die Jahresmitte 2015 angekündigte Erhöhung der wöchentlichen Zugzahlen von je drei auf vier Ein- und Ausgangszüge für diesen wirtschaftlich nicht darstellbar. Diese Rahmenbedingungen sowie der um sechs Wochen (auf Anfang November) vorgezogene Weggang eines Zugbetreibers (mit je sechs Ein- und Ausgangszügen wöchentlich) führte dazu, dass das Containeraufkommen 2015 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 11 % zurückgegangen ist. Eine rückläufige Tendenz des Containeraufkommens war 2015 allerdings auch in fast allen Terminals der europäischen Überseehäfen (z.B. Rotterdam -0,8 %, Hamburg -9,3 %) und insbesondere auch in Binnenhafen-Terminals zu verzeichnen (vergleiche Grafik 1).

Mit der eingeführten Marke CTHS und der Qualität unserer Leistungen konnte die Gesellschaft auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Marktposition im Kombinierten Verkehr (KV) weiter festigen und ausbauen. Neben vertraglich gebundenen Großkunden haben wir zwischenzeitlich stabile geschäftliche Kontakte zu über 35 auch international tätigen Kunden des produzierenden Gewerbes, der Logistikbranche und auch Überseereedereien. Daneben sichert die Umschlagmöglichkeit von Containern über das öffentliche Terminal zahlreichen kleineren und mittleren Lkw-Transportunternehmen aus der Region ein kontinuierliches Arbeitsaufkommen.

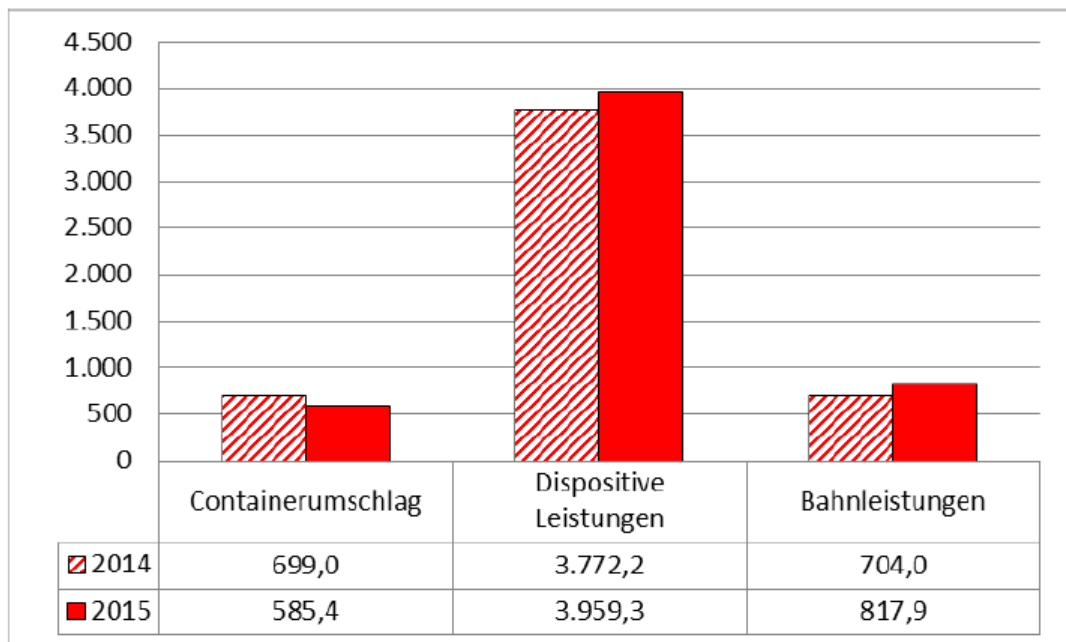
### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben im Geschäftsjahr 2015 keine für die Leistungserbringung durch die Gesellschaft relevanten Änderungen erfahren.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs und Dienstleister im Logistikbereich ist die Gesellschaft in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Daraus ergibt sich das Erfordernis, die von uns angebotenen Leistungen in einem besonders hohen Maß an Qualität und Zuverlässigkeit zu erbringen. Neben der Akquisition von Neukunden und deren langfristige Bindung ist auch ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik für die Steigerung des Unternehmenserfolgs von großer Bedeutung.

So hat die Gesellschaft bereits vor Jahren begonnen, neben den Umschlagleistungen im Terminal auch das Angebot zur Organisation komplexer Transportketten Überseehafen-Kunde und umgekehrt am Markt zu platzieren (Dispositive Leistungen). Abgesehen von dem Effekt, damit diese Kunden und auch die Zugbetreiber durch Nutzung von deren Zugkapazitäten enger an uns zu binden, haben sich aus diesen Leistungen auch Möglichkeiten zur Umsatzsteigerung nicht nur bei den Dispositiven Leistungen – hier stieg der Umsatz von 286,1 T€ im ersten vollen Geschäftsjahr 2009 auf 3.959,3 T€ im Jahr 2015 – sondern auch für die Bereiche Containerumschlag und Bahnleistungen ergeben. In den Bereichen Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen konnte der Umsatz 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 188,2 T€ bzw. 3,6 % gesteigert werden (2015: 5.363,3 T€, 2014: 5.175,1 T€). Getragen wurde diese Steigerung von den Dispositiven Leistungen und Bahnleistungen, die den Umsatzrückgang im Containerumschlag kompensieren konnten (siehe Grafik 2).



**Grafik 2:** Umsatzentwicklung Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen im Jahresvergleich 2015 zu 2014 (in T€)

Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandspositionen betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und Lkw-Verkehren durch Dritte). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Reparatur- und Instandhaltungskosten sowie Miet-, Beratungs- und Versicherungskosten zu nennen.

Bei den Kosten für Kraft- und Schmierstoffe haben wir bereits Einsparpotentiale durch den Einsatz moderner Kraftfahrzeuge (Umschlagtechnik, Lkw) als Ersatz für ältere Technik erreicht und werden diesen Weg weiter fortsetzen. Abzüglich der auch im Jahr 2015 noch angefallenen Kosten zur Beseitigung von Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 (160,6 T€) konnten wir die Reparatur- und Instandhaltungskosten weiter senken.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Das originäre Hafengeschäft ist ebenso wie der Logistikbereich hinsichtlich der Leistungserbringung eher konservativer Ausprägung. Insofern ist das Veränderungspotential aus Forschung und Entwicklung als gering einzuschätzen.

Aufgrund der Unternehmensgröße und unserem Leistungsprofil betreiben wir keine eigene Forschung und Entwicklung. Gleichwohl werden Neuerungen in der Umschlagtechnik beobachtet und auf Einsatzmöglichkeiten im Sinne einer Effizienzsteigerung geprüft.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Wie bereits unter 1.4. beschrieben, waren durch uns im Geschäftsjahr 2015 zahlreiche personelle Veränderung zu bewältigen. Trotz dieser immer mit temporären Leistungseinschränkungen einhergehenden Prozesse konnten die anstehenden Arbeitsaufgaben durch den überdurchschnittlichen Einsatz der Mitarbeiter umfänglich erfüllt werden.

## 4. Lage der Gesellschaft

### 4.1. Ertragslage

Neben den Aufwendungen für die Infrastruktur, welche das Ergebnis signifikant belasten, ist die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft stärker als bei anderen Konzernunternehmen von der Weltwirtschaft abhängig. Im- und Exportaktivitäten der mitteldeutschen Wirtschaft, die über das CTHS zu den deutschen Überseehäfen gelangen, beeinflussen das Umschlagsvolumen der Gesellschaft. Die Hafen Halle GmbH erzielte im Geschäftsjahr 2015 Umsatzerlöse in Höhe von 5.765,7 T€, die sich damit gegenüber dem Vorjahr um 166,7 T€ bzw. 3,0 % erhöhten (2014: 5.599,0 T€). Mit 3.959,3 T€ (Vorjahr: 3.772,2 T€) hatten die Dispositiven Leistungen einen Anteil von mehr als zwei Dritteln am Gesamtumsatz der Gesellschaft.

In den Leistungsbereichen Containerumschlag, Dispositive Leistungen und Bahnleistungen, in denen wir 93 % des Gesamtumsatzes erzielten, nahm der Umsatz 2015 gegenüber dem Vorjahr um 188,2 T€ bzw. 3,6 % auf 5.363,3 T€ zu (2014: 5.175,1 T€, siehe auch Grafik 2). Dabei konnten die Bahnleistungen mit einer Steigerung um 113,9 T€ bzw. 16,2 % gegenüber dem Vorjahr (2015: 817,9 T€, 2014: 704,0 T€) wieder einen erfreulichen Zuwachs verzeichnen. Auch der Umsatz bei den Dispositiven Leistungen nahm im Jahresvergleich deutlich zu und verfehlte die 4 Mio.-Marke nur knapp (2015: 3.959,3 T€, 2014: 3.772,2 T€).

Trotz dieser Steigerung wurde das für 2015 geplante Umsatzziel dieser drei Bereiche (5.663,4 T€) nicht erreicht (-300,1 T€ bzw. -5,3 %). Als Hauptgrund hierfür sind die unter 3.2 beschriebenen schwierigen Rahmenbedingungen anzusehen.

Bei Infrastruktur und Ansiedlungen gingen die Umsätze im Jahresvergleich leicht zurück (2015: 401,4 T€, 2014: 423,4 T€) und lagen unter dem Planansatz von 457,3 T€. Bestimmend hierfür waren geringere Umsätze aus dem Verkauf von Dieselmotoren an Dritte, denen aber auch entsprechend geringere Kosten im Einkauf gegenüberstanden.

Die Gesellschaft erzielte im Jahr 2015 sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 765,5 T€ (Vorjahr: 609,2 T€). Die Versicherungserträge stiegen von 147,9 T€ im Jahr 2015 um 101,2 T€ auf 249,1 T€. Dabei entfielen 164,3 T€ auf Erstattungen für die Beseitigung von Schäden aus dem Hochwasser 2013. Die weiterhin signifikante Ertragsposition Auflösung von Fördermitteln stieg im Jahresvergleich um 17,0 T€ auf 298,3 T€ leicht an (Vorjahr: 281,3 T€). Der aperiodische Ertrag belief sich im Geschäftsjahr 2015 auf 127,1 T€ (Vorjahr: 6,3 T€), darunter 91,0 T€ für die (nachträgliche) Auflösung von Fördermitteln einer Investitionsmaßnahme für die Jahre 2005 bis 2014.

Der Materialaufwand belief sich im Geschäftsjahr 2015 auf 3.410,2 T€ und veränderte sich damit gegenüber dem Vorjahr kaum (2014: 3.405,8 T€).

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe nahmen im Jahresvergleich um 19,4 T€ auf 708,6 T€ um 2,7 % leicht ab (Vorjahr: 728,0 T€). Diese Veränderung ist insbesondere auf einen geringeren Verbrauch an Dieselmotoren- und Hilfsstoffen zurückzuführen (2015: 644,0 T€, 2014: 681,1 T€). Demgegenüber stiegen die Aufwendungen für Strom und Material-Direktverbrauch an.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen nahmen von 2.677,8 T€ im Vorjahr auf 2.701,5 T€ in 2015 um 23,7 T€ bzw. 0,9 % leicht zu. Bestimmende Größe waren wie im Vorjahr die Fremdleistungen (für Zug- und Lkw-Verkehre durch Dritte), wobei diese Kosten trotz gestiegener Umsätze bei den Dispositiven Leistungen im Jahresvergleich leicht abgenommen haben.

Der mit 1.353,8 T€ im Planansatz (1.353,2 T€) liegende Personalaufwand der Gesellschaft fiel um 61,4 T€ höher als im Vorjahr (1.292,4 T€) aus. Die Abschreibungen stiegen im Jahresvergleich um 30,6 T€ und stellten sich bei 804,2 T€ ein (Vorjahr: 773,6 T€). Der Aufwuchs resultiert im Wesentlichen aus dem Weiterbau der Gleis 7 und 8 im Hafen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stellten sich in 2015 mit 1.543,0 T€ um 154,3 T€ bzw. 11,1 % über denen des Jahres 2014 ein. Im Jahresvergleich signifikante Kostenreduzierungen ergaben sich beim Aufwand für Mieten und Pachten, der im Jahr 2015 mit 326,7 T€ um -108,6 T€ unter dem des Vorjahres (435,3 T€) lag. Bestimmend für diese Veränderung war der im Jahr 2014 angefallene Einmalaufwand für eine schadensbedingt notwendige Lokanmietung. Im Jahresvergleich signifikante Kostensteigerungen waren bei Versicherungen, Schadenersatzleistungen, Rechts- und Beratungsleistungen sowie Instandhaltung an Grundstücke und Gebäuden zu verzeichnen.



## 4.2. Finanzlage

### 4.2.1. Kapitalstruktur

Das Zinsergebnis der Gesellschaft wird durch den Zinsaufwand für langfristige Investitions-Darlehen und die Zinsen für die Inanspruchnahme der Kreditlinie beim Gesellschafter geprägt. Gegenüber dem Vorjahr sank der Zinsaufwand 2015 um -29,9 T€ bzw. -14,5 %. Im Vergleich Plan-Ist lag der Zinsaufwand mit 175,9 T€ um -75,2 T€ bzw. -29,9 % unter der Plangröße. Hauptgrund hierfür sind der entfallene Zinsaufwand für die geplante, aber nicht erfolgte Ausreichung eines Gesellschafterdarlehens über 1.400 Mio. Euro sowie die aktuelle Niedrigzinsphase.

### 4.2.2. Investitionen

Die Hafan Halle GmbH investierte im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 886,2 T€, die zum überwiegenden Teil Investitionen für technische Hafenanlagen – und hier wiederum schienenseitige Infrastruktur – betrafen (768,9 T€). Mit 578,9 T€ hatte dabei der Weiterbau der Gleise 7 und 8 im Hafen wiederum den größten Anteil.

### 4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft (SWH) in Höhe von 7.250 T€ im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag gesichert.

## 4.3. Vermögenslage

Das Anlagevermögen der Gesellschaft erhöhte sich 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 76,2 T€ bzw. 0,6 % auf 13.566,4 T€ (2014: 13.490,2 T€). Der Grund hierfür liegt in dem über den Abschreibungen des Geschäftsjahres (804,2 T€) liegenden Investitionsumfang (886,2 T€).

Mit 2.919,9 T€ lag das Umlaufvermögen im Jahr 2015 um 554,5 T€ bzw. 23,4 % über dem des Vorjahres (2014: 2.365,4 T€). Während sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Jahresvergleich um 339,4 T€ auf 1.173,6 T€ (2014: 834,2 T€) und die sonstigen Vermögensgegenstände um 351,2 T€ auf 816,5 T€ (2014: 465,3 T€) erhöhten, nahmen die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen von 915,0 T€ im Vorjahr auf 767,8 T€ im Jahr 2015 um 147,2 T€ ab.

Das Eigenkapital der Gesellschaft blieb im Jahresvergleich unverändert bei 731,1 T€. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse erhöhte sich 2015 um 124,3 T€ auf 4.446,2 T€ (Vorjahr: 4.322,0 T€). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen entsprechend der Tilgungen von 3.728,6 T€ in 2014 auf 3.368,6 T€ in 2015 um -360,0 T€ ab. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen und die sonstigen Posten beliefen sich per 31.12.2015 auf insgesamt 7.943,0 T€ und lagen um 850,6 T€ bzw. 12,0 % über dem Vorjahreswert (7.092,4 T€). Dabei hatten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit 7.112,2 T€ (darunter 7.022,1 T€ aus Cash-Pool, Vorjahr: 6.460,5 T€) den überwiegenden Anteil (89,5 %).

Die Bilanzsumme der Gesellschaft stellte sich im Jahr 2015 mit 16.489,0 T€ ein, was gegenüber dem Jahr 2014 einer Zunahme um 615,0 T€ bzw. 3,9 % entspricht.

## 4.4. Gesamtaussage

Das Jahresergebnis der Hafan Halle GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2015 mit -765,5 T€ gegenüber dem Vorjahr (-872,7 T€) um 107,2 T€ bzw. 12,3 % verbessert und fiel um 16,1 T€ bzw. 2,1 % besser als geplant aus (Plan: -781,6 T€). Vor allem die Steigerung des Umsatzes um 166,7 T€ bzw. 3,0 % zum Vorjahr bei etwa gleichhohem variablen Aufwand hat dabei positive Ergebnisauswirkungen gezeigt.

Mit einer qualitativ hochwertigen Leistungspalette haben wir uns in einem wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich behaupten können. Neben dem hervorzuhebenden Einsatzwillen aller Mitarbeiter hat sich damit die seit Jahren verfolgte Fokussierung der Geschäftstätigkeit auf den containergestützten Logistikbereich als richtig erwiesen.

Für den Erfolg unserer Geschäftstätigkeit als komplexer Dienstleister haben externe Rahmenbedingungen – wie z.B. die bahnseitigen Einschränkungen infolge des Knotenumbaus Bahnhof Halle (Saale) – und die Abhängigkeiten von Geschäftsverläufen Dritter nach wie vor große Bedeutung. Nur mit der stärkeren Bindung bestehender und der Akquisition neuer Verkehre, einem hohen qualitativen Anspruch an unsere Leistungserbringung und einer marktgerechten Diversifizierung unseres Leistungsportfolios haben wir die Möglichkeit, auf dem volatilen Logistikmarkt zu bestehen.

Im Aufwandsbereich haben wir – soweit es keine mit Leistungssteigerungen im Zusammenhang stehenden Kosten betrifft – insgesamt eine Stabilisierung und partielle Senkung der Kosten erreicht. Hier erwarten wir die Realisierung weiterer Potenziale.

## **5. Nachtragsbericht**

Zum Zeitpunkt der Prüfung des Jahresabschlusses sind gegenüber dem Bilanzstichtag 31.12.2015 keine für die Beurteilung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Jahr 2015 wesentlichen Veränderungen eingetreten.

## **6. Chancen- und Risikobericht**

### **6.1. Risikomanagementsystem**

#### **Übersicht zum Risikomanagementsystem**

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

#### **Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems**

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

#### **Risikomanagement-Prozess und Organisation**

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen.

## 6.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2015 wurden bei der Hafen Halle GmbH insgesamt 21 Risiken erfasst. Drei Risiken aus dem Vorjahr sind weggefallen und drei Risiken im Jahr 2015 neu erfasst, so dass sich die Gesamtzahl der Risiken gegenüber dem Jahr 2014 nicht verändert hat. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt fünf Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	0	0	0
Beschaffungsmarkt	0	0	0
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	1	1	0
Technologische Entwicklungen	1	0	1
Naturereignisse	1	0	1
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	2	0	2
<b>Gesamt</b>	<b>5</b>	<b>1</b>	<b>4</b>

In der Risikokategorie „Recht und Politik“ wurde mit der Risikogruppe 1 das Risiko der (längerfristigen) Verzögerung bzw. des Scheiterns des Ausbauprojekts "Nordring mit Abstellanlage und KV-Terminal II" erfasst. Das Teilprojekt „Nordring mit Abstellanlage“ beinhaltet eine neue zweigleisige Hafenbahnanbindung (mit Abstellanlage) mit niveaufreien Querungen verschiedener Straßen. Diese Anbindung soll die vorhandene eingleisige Trasse, die sogenannte „Saalebahn“, die durch Wohngebiete führt und mehrere Straßen quert, ersetzen. Neben den technologischen Schwächen dieser Trasse (Richtungswechsel zur Ein-/Ausfahrt Hafen, Bahnübergänge, Eingleisigkeit) werden für diese Trasse aufgrund ihres Alters (Baujahr 1920) auch in den Folgejahren regelmäßige Sanierungsinvestitionen erforderlich sein.

Die Kategorie „Technologische Entwicklungen“ beinhaltet das Risiko „Brand/Bersten von Industrieanlagen am und im Hafen mit Auswirkung auf Hafen und/oder Ansiedler“. Hier ist in Gruppe 2 das Restrisiko aus möglicherweise unzureichender Risikoabsicherung Dritter erfasst.

Aufgrund der Schäden aus dem Saale-Hochwasser im Juni 2013 wurde der Hafen Halle GmbH durch den Versicherer die Deckung des Risikos „Überschwemmungen“ gekündigt. Trotz anhaltender Bemühungen ist es der Gesellschaft bislang nicht gelungen, dieses Risiko zu annehmbaren Konditionen neu einzudecken. Infolge dessen wurde in der Kategorie „Naturereignisse“ das Risiko der „extremen Hochwasser (über HQ100)“ aufgenommen (Gruppe 2).

Die Risikokategorie „Sonstiges“ beinhaltet zwei Risiken der Gruppe 2. Zum einen handelt es sich um „Risiken aus Altlasten (Bodenbeschaffenheit im Hafen und deren Beseitigung)“. Zum anderen wurde im Jahr 2015 neu das Risiko „Reparatur Getriebeschaden Lok BR 228“ aufgenommen.

Bis auf letztgenanntes handelt es sich bei den beschriebenen Risiken um solche, die auch im Jahr 2016 und den Folgejahren fortbestehen werden.

Die größten Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft sehen wir im Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr.

Bei den Dispositiven Leistungen ergeben sich Chancen aus der weiteren Akquisition von global agierenden Logistik-Dienstleistern, welche das Terminal für die Abwicklung weltweiter Verkehre nutzen. Neben der Organisation der Transportketten ergeben sich Ansätze zum weiteren Ausbau terminalspezifischer Dienstleistungen. Der Containerumschlag partizipiert durch den bedarfsgerechten Ausbau der Terminalinfrastruktur insbesondere für unterbrechungsfreie Kühlketten und Nebenleistungen des Umschlags.

Mit der angestrebten Genehmigung zur zeitlich begrenzten Zwischenlagerung von Abfällen besteht die Möglichkeit, Stoffströme in der Transportkette Erzeuger – Transporteure – Verwerter/Entsorger bedarfsgerecht zu steuern und die Attraktivität des Terminals deutlich zu erhöhen.

Für die Bahnleistungen können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den Gewerbepark an der A 14 weiterhin deutliche Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Aufgrund der Schifffahrtsbedingungen auf der Saale wird in den kommenden Jahren kaum nennenswerter Schiffsverkehr erfolgen. Allerdings hält die Gesellschaft daran fest, mit geeigneten Partnern die prinzipielle Durchführbarkeit von Schiffstransporten darzustellen.

Die größten kurzfristigen Risiken für und das Jahr 2016 sehen wir derzeit in den Beeinträchtigungen durch den komplexen Um- und Ausbau des Bahnknotens und den Neubau der Zugbildungsanlage Halle (Saale). Auf die hieraus resultierenden kritischen Erfolgsfaktoren und unsere Maßnahmen zur Gegensteuerung wurde bereits unter Punkt 1.2. ausführlich eingegangen.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Ausweitung von Terminal-Kapazitäten des Kombinierten Verkehrs in der mitteldeutschen Region sowie ein endgültiges Scheitern der Vollendung des Saaleausbaus ein. Daneben wird ein nachhaltig geringer Dieselpreis zu weiterem Preisdruck auf die Zugbetreiber und damit auch auf die Hinterland-Terminals führen. Bezüglich der Vollendung des Saaleausbaus gehen wir von einer Realisierung nach dem Jahr 2020 aus.

### 6.3. Gesamtbild

Die Bewertung der Risiken für die Gesellschaft hat im Jahr 2015 keine signifikanten Änderungen gegenüber dem Vorjahr gezeigt. Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht ermittelt.

## 7. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat anlässlich seiner Sitzung am 18. Dezember 2015 dem Beschlussvorschlag zur Umgestaltung der Hafen Halle GmbH zugestimmt. Wesentliche Eckpunkte des Vorhabens sind die Übertragung des Anlagevermögens der Gesellschaft auf die Stadtwerke Halle GmbH sowie die Gründung einer Betriebsgesellschaft. In die Betriebsgesellschaft soll das operative Geschäft sowie das mobile Anlagevermögen überführt werden. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung waren noch nicht alle Voraussetzungen zum Vollzug des Beschlusses eingetreten. Daher konnte das Vorhaben noch nicht zur Beschlussfassung im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) eingebracht werden.

Insoweit beziehen sich die nachfolgenden Aussagen auf die Fortführung der Gesellschaft im Status Quo.

### 7.1. Umsatzentwicklung

Für das Jahr 2016 gehen wir trotz der bereits erläuterten bahnseitigen Verkehrseinschränkungen und Rahmenbedingungen infolge des Um- und Ausbaus des Bahnknotens Halle (Saale) von Umsatzsteigerungen der Sparte Dispositive Leistungen aus, die sich im Wesentlichen aus den Mehrumsätzen aus der Beauftragung eigener Züge ergeben. In den Bereichen Containerumschlag und Bahnleistungen erwarten wir aufgrund des Wegfalls eines Zugbetreibers für das Jahr 2016 im Vorjahresvergleich einen Umsatzrückgang auf etwa 536 T€ (-50 T€) bzw. auf etwa 594 T€ (-224 T€). Im Jahr 2017, in dem die Um- und Ausbauarbeiten am Bahnknoten Halle (Saale) bezogen auf unsere Verkehrsrelationen abgeschlossen sein sollen, haben wir im Containerumschlag Umsätze über etwa 858 T€ geplant, die sich in den Folgejahren moderat um durchschnittlich etwa 56 T€ erhöhen. Auch bei den Bahnleistungen erwarten wir ab 2017 wieder deutlich höhere Umsätze zwischen etwa 660 T€ in 2017 und etwa 802 T€ in 2020.

Für die Dispositiven Leistungen planen wir nach einem in den Jahren 2016 und 2017 etwa gleichhohen Umsatz ab dem Jahr 2018 jährliche Zuwachsraten von durchschnittlich etwa 936 T€.

Die Entwicklung des Aufwands für Kraft- und Schmierstoffe, Energiebezug sowie Material erwarten wir in den Folgejahren adäquat zur Leistungsentwicklung.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen werden auch in den Folgejahren zu etwa 90 % durch die Fremdleistungen in den Dispositiven Leistungen bestimmt, die sich entsprechend der Umsatzerwartungen einstellen. Im Jahr 2017 wurde ein einmaliger Reparaturaufwand für die erforderliche Hauptuntersuchung nach § 32 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) unserer Großdiesellok BR 232 in Höhe von 650 T€ in die Planungen eingestellt.

Der Personalaufwand wird sich in den Folgejahren bei annähernd gleichbleibendem Personalstand nur entsprechend der einzuplanenden Lohn- und Gehaltssteigerungen erhöhen. Korrespondierend mit vergleichsweise geringen Investitionen gehen die Abschreibungen kontinuierlich zurück und erreichen im Jahr 2020 mit 671,1 T€ einen um etwa -81 T€ unter dem Wert in 2016 (752 T€) liegenden Betrag. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, zu über 50 % durch den Aufwand an Mieten und für Versicherungen geprägt, nehmen in den Folgejahren entsprechend der einzurechnenden Preisentwicklungen nur geringfügig zu und liegen zwischen etwa 957 T€ im Jahr 2016 und 975 T€ im Jahr 2020.

Das Betriebsergebnis erwarten wir in den Jahren 2016 mit -1.215 T€ und 2017 mit -1.328 T€ deutlich schlechter als im Berichtsjahr 2015. Hauptgrund hierfür sind einerseits die geringeren Leistungserwartungen in 2016 infolge des baubedingten (Bahnknoten Halle (Saale)) Ausfalls eines Zugbetreibers, andererseits die einmalig anfallenden Kosten für die Hauptuntersuchung einer Großdiesellok im Jahr 2017.

Bei rätierlich sinkenden Zinsaufwendungen und außerordentlichen Ergebnissen erwarten wir für das Jahr 2016 ein Ergebnis von -1.121,7 T€. Im Jahr 2017 wird dieses aufgrund der anfallenden Neubefristung der Lok BR 232 mit -1.256 T€ nochmals schlechter ausfallen. Ab dem Jahr 2018 erwarten wir dann wieder signifikante Ergebnisverbesserungen auf -458,8 T€ (2018) bis -101,5 T€ (2020).

## 7.2. Investitionen

Unsere Investitionstätigkeit wird sich auch in den Folgejahren auf betriebsnotwendige Maßnahmen zur Erhaltung und Ertüchtigung der bahnseitigen Infrastruktur konzentrieren. Der Umfang der Investitionen ist für das Jahr 2016 mit 336 T€ und 259 T€ im Jahr 2017 dabei auf vergleichsweise geringem Niveau vorgesehen. Ab dem Jahr 2018 soll sich der Investitionsumfang auf jährlich etwa 30 T€ reduzieren. Die Gesellschaft wird weiterhin versuchen, für anstehende Investitionen über entsprechende Landes- und Bundesprogramme eine angemessene anteilige Finanzierung zu erhalten.

## 7.3. Finanzierung

Die Zahlungsfähigkeit und der Fortbestand der Gesellschaft sind auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

## 7.4. Ergebniserwartung

Mit Ausnahme der Jahre 2016 und 2017 erwarten wir mittelfristig eine weitere Verbesserung der Jahresergebnisse der Gesellschaft. Mit dem für 2020 geplanten Ergebnis von -101,5 T€ wird sich der Verlust der Gesellschaft gegenüber den Vorjahren deutlich verringern. Unsere positiven Erwartungen basieren dabei auf weiteren Leistungssteigerungen. Das Geschäftsjahr 2015 hat gezeigt, dass im Jahresvergleich mit annähernd gleichem Bestand an technischer Ausstattung und Personalen noch erhebliche Umsatzsteigerungen erreichbar und bei annähernd gleichbleibendem fixem Aufwand damit auch positive Ergebnisentwicklungen erzielbar sind.

## Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH		
<b>Stammkapital in T€:</b>	10.000		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>		Schulze, Jörg	
<b>Aufsichtsrat:</b>	Vorsitzender	Misch, Werner	
	stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara	
		Berend, Stephanie	
		Bernstiel, Christoph	
		Geier, Egbert	(seit 01.01.2015)
		Hilbig, Stefan	
		Koehn, Gottfried	
		Lange, Hendrik	
		Plath, Manuela	
		Ranft, Melanie	

**Aufsichtsrat:**

Raschke, Jens  
Weiland, Mathias

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	21	20	20

## c) Beteiligungen

### unmittelbar

	T€	%
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
<b>Aktiva</b>	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	493.430	92	416.912	91	410.045	91	76.518	18
Umlaufvermögen	39.755	8	40.014	9	40.840	9	-259	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	699	0	652	0	770	0	47	7

### Bilanzsumme

<b>533.884</b>	<b>100</b>	<b>457.578</b>	<b>100</b>	<b>451.655</b>	<b>100</b>	<b>76.306</b>	<b>17</b>
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

### Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	84.333	16	74.198	16	72.198	16	10.135	14
Sonderposten mit Rücklagenanteil	6.234	1	6.569	1	6.908	2	-335	-5
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	126.891	24	71.083	16	59.959	13	55.808	79
Rückstellungen	21.335	4	22.121	5	22.092	5	-786	-4
Verbindlichkeiten	283.290	53	274.599	60	281.030	62	8.691	3
Rechnungsabgrenzungsposten	11.801	2	9.008	2	9.468	2	2.793	31

### Bilanzsumme

<b>533.884</b>	<b>100</b>	<b>457.578</b>	<b>100</b>	<b>451.655</b>	<b>100</b>	<b>76.306</b>	<b>17</b>
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	113.593	118.708	117.526
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	16	24	37
andere aktivierte Eigenleistungen	1.014	462	385
sonstige betriebliche Erträge	7.437	7.340	5.112
Materialaufwand	28.354	29.123	28.585
Personalaufwand	28.772	29.889	29.266
Abschreibungen	18.539	18.396	18.052
sonstige betriebliche Aufwendungen	25.509	27.303	24.853
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	282	438	257
Erträge aus Beteiligungen	29	152	14
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	51	36
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.293	11.434	10.758
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.927	11.030	11.853
außerordentliche Erträge	246	474	13
außerordentliche Aufwendungen	343	1.601	1.127
außerordentliches Ergebnis	-97	-1.127	-1.114
sonstige Steuern	351	213	119
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	9.479	9.690	10.620
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,34	8,16	9,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	11,24	13,06	14,71	%
Cash-Flow:	28.018	28.086	28.672	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	212	209	202	T€
Personalaufwandsquote:	23,57	23,62	23,78	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,27	90,94	90,59	%
Eigenkapitalquote:	15,80	16,22	15,99	%
Fremdkapitalquote:	84,20	83,78	84,01	%



## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	9.896,00	9.501,00	9.479,00	Tm <sup>3</sup>
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	17.648,00	16.763,00	16.738,00	Tm <sup>3</sup>
Abwassereinleitung Kläranlagen	14.853,00	15.298,00	16.889,00	Tm <sup>3</sup>
Anzahl Einzelgebührenbescheide	7.103,00	6.659,00	6.529,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	36.508,00	38.031,00	36.981,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	173.664,00	161.339,00	160.587,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	67.312.578,00	68.878.620,00	70.329.526,00	m <sup>2</sup>
Hausanschlüsse	27.831,00	50.612,00	50.375,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung (Flächen)	6.829.418,00	6.695.438,00	6.398.797,00	m <sup>2</sup>
Stadtreinigungsleistung (Straßen)	57.854,00	59.100,00	52.744,00	KKm (Kehr-Kilometer)

**e) Lagebericht**

**1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
  - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

**2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

**3. Geschäftsverlauf**

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

**4. Lage der Gesellschaft**

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
  - 4.2.1. Kapitalstruktur
  - 4.2.2. Investitionen
  - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

**5. Nachtragsbericht**

**6. Chancen- und Risikobericht**

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

**7. Prognosebericht**

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

**1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ist ein 100 %iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH), das insbesondere auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge (Wasser, Abwasser und Abfall) tätig ist. In der Branchen-, Geschäfts- und Führungsstruktur der SWH ist die HWS die Geschäftsfeldführungsgesellschaft für das Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung. Im Rahmen dieser Funktion hat sie inhaltliche Führungsaufgaben, auch über die Beteiligungsgesellschaften hinaus, bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) sowie der RAB Halle GmbH (RAB).

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der Wasser-und Haustechnik GmbH (W+H), Halle (Saale). Die W+H realisiert die Bewirtschaftung der Wasserzähler und Wasserzählerstandrohre im Versorgungsgebiet der HWS. Des Weiteren gehören Installations-, Instandhaltungs- und Serviceleistungen im Fernwärmenetz sowie die Errichtung von Hausanschlüssen zum Aufgabenspektrum der W+H. Das Unternehmen ist sowohl für die HWS GmbH, die EVH GmbH, die EVH Netz GmbH als auch für Dritte tätig.

Darüber hinaus hält die HWS 100 % der Geschäftsanteile an der Cives Dienste GmbH (Cives), Halle (Saale). Die Cives erbringt für die HWS Dienstleistungen in der Logistik und der Gebäudereinigung.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile an der Wertstofffassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen u. a. für Altgläserfassung und -sammlung.

12,5 % der Geschäftsanteile hält die HWS an der Maya mare GmbH & Co. KG. Hauptgesellschafterin ist die Muttergesellschaft Stadtwerke Halle GmbH.

Die Geschäftsführung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und vier Prokuristen wahrgenommen. Im Auftrag der Geschäftsführung agieren die Stabsstellen für Beauftragtenwesen/Arbeitssicherheit, Systemtechnik, Referat der Geschäftsführung sowie das Zentrallabor.

#### 1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft agiert insbesondere auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Dies betrifft die Geschäftsfelder Trinkwasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung, ergänzt um kommunale Dienstleistungen der Straßenreinigung, des Winterdienstes und der Gebäudereinigung. Die Leistungen der Geschäftsfelder werden strategisch mit einer geschäftsbereichsorientierten Struktur abgedeckt.

##### 1.1.2.1. Wasser/Abwasser

Der Geschäftsbereich Wasser/Abwasser sichert die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) mit Trinkwasser sowie die gesetz- und regelkonforme Ableitung und Behandlung von Abwässern. Für das Stadtgebiet Halle (Saale) in der Trinkwasserversorgung sowie für Halle (Saale) und das Entsorgungsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal in der Abwasserentsorgung und -reinigung wurden mit der Stadt Halle langfristige Konzessionsverträge geschlossen, die die Übergabe des Anlagevermögens auf die HWS beinhalten. Auf der Grundlage dieser Verträge nimmt die HWS die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung auf eigene Rechnung, auf der Grundlage des Preisrechtes des Landes Sachsen-Anhalt, vor. Insofern ist die HWS für die laufende Instandhaltung der Netze und der wasser- und abwassertechnischen Anlagen als auch die Planung und Ausführung von Investitionsmaßnahmen verantwortlich. Außerdem erbringt die HWS Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen im Umland für die Abwasserentsorgung. Seit September 2015 hat die Stadt Halle (Saale) die hoheitliche Aufgabe für die fach- und umweltgerechte Abwasserentsorgung für das Verbandsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal auf der Grundlage einer Zweckvereinbarung für 20 Jahre übernommen. Der Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der HWS wurde um das Verbandsgebiet erweitert.

Die Abwasserableitung und -behandlung wird über ein 835 Kilometer langes Kanalnetz sichergestellt. Die Behandlung erfolgt im Klärwerk Nord, welches für 300.000 Einwohnergleichwerte ausgelegt und vollständig ausgelastet ist. Zum Transport des Abwassers und zur Rückhaltung von Oberflächenwasser bei Starkniederschlagsereignissen gehören zum Netz 142 Pumpstationen sowie 32 Regenrückhaltebecken. Durch die Übernahme der Abwasserentsorgung für den AZV Elster-Kabelsketal sind zusätzlich die Kläranlagen Raßnitz und Benndorf, 35 Pumpstationen, 5 Regenrückhaltebecken sowie 142 km Netze in das Eigentum und somit den Verantwortungsbereich der HWS übergeben worden.

Die Trinkwasserversorgung wird in Halle über ein 781 Kilometer langes Rohrleitungsnetz sowie über 2 Pump- und Druckerhöhungsstationen sichergestellt. Der Bezug des Trinkwassers erfolgt ausschließlich von der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH. 2015 hat die HWS 17,6 Mio. m<sup>3</sup> Wasser im Stadtgebiet und im Umland verkauft. Das ab 2007 außer Betrieb genommene Wasserwerk Beesen wird als Reserve für Havariefälle vorgehalten.

#### 1.1.2.2. Entsorgung/Behälterdienst, Behälterservice, Straßenreinigung und Winterdienst

Der Geschäftsbereich realisiert sämtliche Aufgaben der satzungsgemäßen Abfallentsorgung und der gewerblichen Sammlung, die damit verbundenen technischen Dienstleistungen, aber auch die Reinigung der städtischen Sinkkästen sowie die Straßenreinigung und den Winterdienst im Stadtgebiet. Weiterhin führt der Bereich Recyclingleistungen aus. Für die Erfüllung dieser Aufgaben werden 30 Müllpressfahrzeuge incl. 2 Frontladerfahrzeuge, 46 LKWs sowie 13 Kleintransporter unterschiedlicher technischer Konfiguration genutzt. Darüber hinaus stehen 12 Straßenkehrmaschinen zur Verfügung. Aus dem Fuhrpark wurden 8 Fahrzeuge und 4 Kleintransporter für den Winterdienst genutzt.

Die zu dem Geschäftsbereich gehörende Werkstatt, die seit 2015 die Funktion der Zentralwerkstatt für reifengebundene Fahrzeuge für die SWH wahrnimmt, führt sämtliche anfallenden Wartungen, Reparaturen und Überprüfungen, einschließlich Reifendienst, im Wesentlichen selbst aus bzw. übernimmt die Koordination der Fremdvergabe. Das hier ebenfalls angegliederte zentrale Fuhrparkmanagement führt umfangreiche Dienstleistungen für alle Tochterunternehmen des SWH-Konzerns für reifengebundene Fahrzeuge aus.

Im Behälterservice wird der Bestand von 114.594 Müllgroßbehältern gewartet, gepflegt und bei dem jeweiligen Kunden aufgestellt. Weiterhin ist dort der Recyclingprozess für Papier und die Elektronikschrottsortieranlage angesiedelt. Bei der Elektroschrottsortierung handelt es sich um eine Erstbehandlungsanlage nach neuem ElektroG.

#### 1.1.2.3. Zentrallabor Wasser, Abwasser, Abfall

Der Geschäftsführung als Stabsstelle zugeordnet ist das akkreditierte Zentrallabor der HWS. Es ist sowohl ein akkreditiertes Trinkwasserlabor, als auch zugelassen und bestätigt für die Analysen von Abwässern sowie Abfallstoffen. Entsprechende Untersuchungen werden für die HWS selbst, vor allem aber für gewerbliche und private Auftraggeber vorgenommen.

#### 1.1.2.4. Gebäudereinigung

Ein weiterer Geschäftsbereich der HWS ist die Gebäudereinigung. Durch diesen werden vor allem Gebäude der Stadt Halle (Saale) bzw. von Tochterunternehmen der Stadt Halle (Saale) gereinigt. Darüber hinaus werden auch Aufgaben für Dritte erledigt. In den halleschen Schulen wird eine Grundfläche von 204.113,14 m<sup>2</sup> gereinigt. Dies entspricht einer Flächenleistung von 33.614.622 m<sup>2</sup> pro Jahr. In den Kindergärten der Stadt wird eine Grundfläche von 33.763,32 m<sup>2</sup> gereinigt, was einer Flächenleistung von 7.680.756 m<sup>2</sup> pro Jahr entspricht. Die Reinigung der Verwaltungsgebäude umfasst eine Grundfläche von 72.613,57 m<sup>2</sup>. Pro Jahr ist dies eine Flächenleistung von 8.890.682 m<sup>2</sup>.

#### 1.1.2.5. Vertrieb

Sämtliche Vertriebsaufgaben der HWS werden im zentralen HWS-Vertriebsbereich gebündelt. Neben der permanenten Betreuung der Key-Accounts, wie der Stadt Halle (Saale), Wohnungsgesellschaften und großen Industrieansiedlungen, ist die zentrale Aufgabe des Vertriebs die Neuakquise von Verträgen im gewerblichen Bereich. Darüber hinaus sind im Vertrieb das Stoffstrommanagement, das Hausanschlusswesen sowie die Betriebsführung für Abwasseraufgabenträger im Umland angesiedelt.

#### 1.1.2.6. Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf

Im Bereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf erfolgt die strategische, die Mittelfrist- und die Jahresplanung des Unternehmens. Auf der Grundlage eines Kennzahlensystems und einer monatlichen exakten Abrechnung der Planvorgaben sowie der Durchführung von Quartalsgesprächen in allen Leitungsebenen werden hier wesentliche Steuerungselemente impliziert. Im Rahmen der strategischen Planung wurde eine Langfristplanung auf 30 Jahre erarbeitet, diese wird permanent nachjustiert. Darüber hinaus ist der Einkauf für die gesamte HWS sowie das zentrale Facilitymanagement in diesem HWS-Bereich angesiedelt.

Die wirtschaftlichen Hauptbereiche der HWS - Wasser/Abwasser, Entsorgung/Behälterdienste, Vertrieb und Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf - werden von Prokuristen des Unternehmens geführt.

## 1.2. Ziele und Strategien

Hauptziel der Gesellschaft ist, für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), die Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber die wesentlichen Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung nachhaltig und langfristig anzubieten und zu erbringen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war es im Geschäftsjahr 2015 ein wichtiges Ziel der Gesellschaft, eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen.

Auf diese Zielstellung ausgerichtet ist das Bemühen der Gesellschaft, ein optimales Verhältnis zwischen angemessener Preisgestaltung gegenüber den Bürgern und dem Gewerbe in den Bereichen Wasser, Abwasser und Entsorgung sicherzustellen, gleichzeitig die Erfüllung der Ergebniserwartung der Gesellschafterin als Beitrag zur Ergebnisstabilisierung des SWH-Konzerns zu erfüllen und nachhaltig zur Sicherung der Anlagensubstanz, der Finanzierungsfähigkeit und der Liquidität der HWS beizutragen.

Insgesamt kann für 2015 herausgestellt werden, dass der Preis für Schmutzwasser und die Gebühr für Restabfall konstant gehalten werden konnten und die Preise für Trinkwasser und Niederschlagswasser gesenkt wurden. Wesentliche Herausforderung für die HWS war und ist, den strategischen Prozess der SWH „Exzellenz plus 20“ nachhaltig durch höhere Ergebnisbeiträge zu unterstützen. Das von der HWS selbst gestellte Ziel, 1,2 Mio. EUR über die ursprüngliche Planung als zusätzlichen Beitrag zu generieren, konnte im Jahr 2015 mit 792 TEUR übererfüllt werden. Auch bei der Substanzwerterhaltung, der Sicherung der Finanzierbarkeit und der Liquidität konnten weitere Fortschritte erreicht werden. Durch die Vermögensübertragung des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal und Gesellschaftereinlagen stieg das Eigenkapital von 71 Mio. im Jahr 2012 auf 84,3 Mio. im Jahr 2015. Die Eigenkapitalquote auf Basis des wirtschaftlichen Eigenkapitals entwickelte sich im gleichen Zeitraum von 31,3 % auf 40,7 %.

Die kurz skizzierten Ergebnisse waren nur durch die konsequente Umsetzung des Entwicklungs- und Effizienzprogramms „HWS 2020“ möglich. Insgesamt wurden im Rahmen dieses Programms 36 Maßnahmen bereits abgeschlossen und in die normale betriebswirtschaftliche Tätigkeit überführt. Derzeit werden weitere 58 Maßnahmen aktiv bearbeitet. Diese gliedern sich auf folgende strategische Arbeitslinien der HWS auf:

	Idee	Konzept	Umsetzung	beendet
Geschäftsentwicklung & Wachstum	8	0	6	1
Kundenorientierung & Servicequalität	4	1	0	1
Betriebsoptimierung	6	4	17	2
Langfristige Investitionsplanung	1	0	0	0
Personalentwicklung, Führung & Organisation	3	1	0	0
Interne & externe Kommunikation	1	0	2	0
<b>Gesamt:</b>	<b>23</b>	<b>6</b>	<b>25</b>	<b>4</b>

Im Strategieworkshop der HWS im Dezember 2015 konnten 23 neue Ideen aufgenommen werden, für welche derzeit Ideenskizzen erarbeitet und die nach erfolgreicher Vorstellung vor der Geschäftsführung in die Konzeptphase überführt werden. Das Entwicklungs- und Effizienzprogramm „HWS 2020“ ist die Grundvoraussetzung dafür, auch künftig entsprechende Effektivitäts- und Effizienzpotenziale im Unternehmen zu heben. Es wurde in den letzten 4 Jahren so ausgestaltet, dass es nunmehr in den Regelbetrieb des Unternehmens übernommen werden kann. Die Koordinierung des Gesamtprojektes wird über die Unternehmenssteuerung im kaufmännischen Bereich der HWS erfolgen. Das Gesamtprojekt ist in die Steuerungsaktivitäten des Unternehmens eingebunden.

Im Ergebnis des Strategiewshops des Unternehmens im Dezember 2015 stand die operative Exzellenz aus dem Kompassprozess der SWH-Gruppe im Mittelpunkt. Die strategische Ausrichtung der HWS ist auf das Erreichen dieser operativen Exzellenz (die HWS gehört zu den 25 % der Besten der Branche) ausgerichtet. Die HWS strebt an, aus dem bestehenden Kennziffernsystem (die HWS bildet ihre Arbeitsprozesse mittlerweile über ca. 500 Kennzahlen ab) Zielwerte abzuleiten, die eine Erhöhung der Effizienz und Effektivität sicherstellen, und über Vergleiche mit den Besten der Branchen das Erreichen der operativen Exzellenz zu gewährleisten. 2016 werden hierfür die Grundlagen durch Bestimmung der Zielwerte festgelegt. Die Erreichung der Zielwerte ist das strategische Ziel der nächsten Jahre.

Die Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem AZV Elster-Kabelsketal konnte 2015 als wesentliches strategisches Ziel der HWS umgesetzt werden. Vor dem Hintergrund des Leitbildes zur Erreichung effizienter Strukturen der Aufgabenträger der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Sachsen-Anhalt wurde nach Prüfung und Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt zum 01.09.2015 die hoheitliche Aufgabe der Abwasserentsorgung gemäß § 78 Abs. 1 Wassergesetz des Landes Sachsen-Anhalt (WG LSA ) auf Grundlage einer Zweckvereinbarung auf die Stadt Halle (Saale) übertragen. Die Stadt Halle (Saale) ist damit für das Gebiet des AZV Träger der Aufgabe der Abwasserentsorgung gemäß WG LSA und damit auch dort abwasserentsorgungspflichtig. Die Zweckvereinbarung hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Die Stadt Halle (Saale) hat den Konzessionsvertrag der HWS um das Gebiet des AZV erweitert. Das abwasserwirtschaftliche Vermögen des AZV mit den dazugehörigen Schuldposten ist für die Dauer der Zweckvereinbarung auf die HWS zur Leistung der Abwasserentsorgung übertragen worden. Die HWS erhebt nunmehr in eigenem Namen und auf eigene Rechnung zur Finanzierung ihrer Leistungen im einheitlichen Entsorgungsgebiet privatrechtliche Abwassergebühren. Durch die Vertiefung der Zusammenarbeit sind die Leistungen der HWS langfristig gesichert, weitere Synergieeffekte können erschlossen werden. Für die Bürger des AZV-Gebietes konnte eine Preissenkung erreicht werden.

Im Zuge der Optimierungsaufgaben konnte das SWH-übergreifende Projekt „Zentrales Fuhrparkmanagement“ 2015 vollständig umgesetzt werden. Mit den Tochterunternehmen der SWH-Gruppe wurden durch die HWS Dienstleistungsverträge geschlossen. An der weiteren Qualifizierung der Leistung der HWS im Rahmen des Zentralen Fuhrparkmanagements wird gearbeitet. Auch das für die SWH-Gruppe angelegte zentrale Projekt „Kfz-Werkstatt“ wurde 2015 umgesetzt. Somit fungiert die HWS im Rahmen des zentralen Fuhrparkmanagements auch als Zentralwerkstatt und übernimmt die Wartungs-, Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen für reifengebundene Fahrzeuge der Stadtwerkgruppe. Auch hier wird weiterhin beharrlich an der Erhöhung der Qualität der Tätigkeit und der Effizienz der Zentralwerkstatt gearbeitet.

Im Ergebnis der Verhandlungen mit der Stadt konnte der Vertrag für die Gebäudereinigung bis 2021 verlängert werden. Damit ist sichergestellt, dass die geschäftliche Tätigkeit auch in diesem Leistungsbereich weiter kontinuierlich vollzogen werden kann.

Zu den wesentlichsten Bestandteilen einer erfolgreichen Unternehmenstätigkeit ist die künftige Planung von Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen zu zählen. 2015 war der Fokus in der Investitionstätigkeit auf die Weiterführung der Beteiligung der HWS am Stadtbahnprojekt der Halleschen Verkehrs AG (HAVAG) sowie die Realisierung der Maßnahmen der Fluthilfe gerichtet. In Umsetzung der Abwasser- und Trinkwasserzielplanung der Stadt Halle (Saale) konnten weitere Fortschritte erreicht werden. Um kostensparende Varianten der Substanzwerterhaltung des Abwassernetzes umzusetzen, wurde mit dem Pilotprojekt „Lebensverlängernde Instandhaltungsmaßnahmen“ begonnen. Im Rahmen dieses Projektes werden Kanalabschnitte, bei denen nur punktuelle Schäden zu verzeichnen sind, repariert und dadurch, bei gleichzeitiger Verbesserung der Zustandsklassen, deren Lebensdauer um 15-20 Jahre erhöht. Die Auswertung des Pilotversuches ergab ein positives Resultat. Das Projekt wird im Jahr 2016 fortgesetzt.

Die im letzten Lagebericht angekündigte Umstrukturierung bei den Klärwerken wurde 2015 abgeschlossen.

### 1.3. Steuerung

Die Unternehmenssteuerung der HWS erfolgt über ein System verschiedener Instrumente. Analog der in 1.1. dargestellten Unternehmensstruktur ist auch die interne Führungsstruktur organisiert. Die Steuerung aller arbeitsorganisatorischen Belange erfolgt somit entsprechend den technischen und kaufmännischen Unternehmensbereichen sowie den der Geschäftsführung zugeordneten Stabsstellen.

Die Geschäftsführung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und vier Prokuristen wahrgenommen.

Schwerpunkte der betriebswirtschaftlichen Steuerung sind die strategische, die Mittelfrist- und die jährliche Wirtschaftsplanung. Letztere beinhaltet die Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung, Bilanz, Personal, Investitionen sowie Mengenplan und Preise. Die Mittelfristplanung wird für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse und Kennzahlen ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt. Die Leistungsfähigkeit der HWS wird in ca. 500 Effektivitäts- und Effizienzkennziffern abgebildet, welche monatlich ausgewertet werden.

Das gemeinsam im Konzernverbund installierte Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung stellt das Risikomanagement eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Die Zielerreichung wird in monatlichen Auswertungen sowohl mit den Bereichsleitern als auch mit den Abteilungsleitern vorgenommen. Strategische Aufgabenstellungen, wie die Umsetzung der „HWS 2020“-Projekte, das Gesundheits- und Personalmanagement, Kennzahlenentwicklung und Umsetzung der Investitionen, werden durch den Geschäftsführer regelmäßig in den Quartalsgesprächen mit allen Bereichen umfassend behandelt. Die Vorbereitung der Quartalsgespräche erfolgt durch die Abteilung Controlling/Strategie.

Des Weiteren erfolgt eine Projektberichterstattung zu Meilensteinen der „HWS 2020“-Projekte. Dabei werden die Projekte über Projektnummern eindeutig den in 1.2. genannten sechs Arbeitsrichtungen des „HWS 2020“-Prozesses zugeordnet und ihr Fortschritt dokumentiert. In speziellen Strategieworkshops mit der Führungsebene, die zweimal jährlich stattfinden, kommt es deshalb insbesondere darauf an, Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu definieren, zu priorisieren und deren Abarbeitung festzulegen. Gleichzeitig werden Nachjustierungen an strategischen Zielen vorgenommen.

Eine laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen. Unter Führung der SWH ist auf Konzernebene ein Cash-Pool-Management eingerichtet, in dem Soll- und Haben-Salden auf Konten der beteiligten Unternehmen täglich zu Gunsten bzw. zu Lasten der Leitkonten bei der SWH valutarisch auf Null gestellt werden. Dazu werden von der HWS täglich Ein- und Auszahlungen (Tagesvorschau, Vorschau für die nächsten 20 Arbeitstage sowie eine 12-monatige Einnahmen-Ausgabenfortschreibung auf Basis der erstellten Jahresplanung) EDV-gestützt geplant, überwacht und an die SWH übermittelt.

Ein wichtiges organisatorisches Element zur Steuerung von Unternehmensvorgängen stellt die permanente Überarbeitung des Unternehmensregelwerkes, wie bspw. Dienstanweisungen und Betriebsvereinbarungen, dar. In Abstimmung mit dem Konzern wird dieses regelmäßig überprüft und den aktuellen rechtlichen, technischen und organisatorischen Gegebenheiten angepasst. Ebenso werden die Ergebnisse der Risikomanagementauswertungen und der im Rahmen des Jahresrevisionsplanes durchgeführten Prüfungen zur Nachjustierung der betreffenden Regelungen genutzt. Zusätzlich wird die halbjährliche Auswertung der im Unternehmen eingegangenen Reklamationen in der Leitungssitzung dazu verwendet, aufgedecktes Verbesserungspotenzial in Abläufen und Kommunikation stets weiter zu erschließen.

Ein weiteres Steuerungsinstrument ist die Umsetzung des Qualitätsmanagements der HWS. Schwerpunkte des Qualitätsmanagements und gleichzeitig wesentliche Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungsgremien.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Überwachung der Akkreditierung des Zentrallabors durch die DAkkS
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgung zum Entsorgungsfachbetrieb und zur anerkannten Behandlungsanlage für Elektroaltgeräte nach ElektroG
- Zertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagement.

#### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Auch das Geschäftsjahr 2015 war für die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH von vielfältigen sowohl nach innen als auch nach außen wirkenden Änderungen durchzogen.

Im Zuge der weiteren Verbesserung der Steuerungsinstrumente wurde 2015 die Organisationsstruktur der Abteilung Controlling überarbeitet. Um eine bessere Abstimmung und Kenntnis der Prozesse zwischen Controlling und den Geschäftsbereichen zu schaffen und damit noch aussagekräftigere Monats- und Quartalsgespräche gestalten zu können, werden die Geschäftsbereiche nun von „Bereichscontrollern“ betreut. Diese sind für einen Bereich unterstützend zuständig und verantworten die Leistungskalkulationen inklusive der Pflege der Kennzahlen sowie der Vorbereitung der Quartalsgespräche und der Monatsberichterstattung.

#### Entsorgung

2015 konnte eine wesentliche Aufgabe des Entsorgungsbereiches, die Einführung des Behälter-Ident-Systems, umgesetzt werden. Im Zuge dieser Maßnahme wurden über 115.000 Müllgroßbehälter mit Chips ausgestattet und das System im Entsorgungsbereich installiert. Somit können nunmehr die Tonnen eindeutig identifiziert werden, unberechtigt zur Leerung aufgestellte Tonnen werden eingezogen. Darüber hinaus dient das System zur weiteren Tourenoptimierung.

Im Jahr 2014 hatte der Geschäftspartner für die Elektroaltgerätesortieranlage Insolvenz angemeldet. Mit den Rechtsnachfolgern konnte zunächst eine Weiterführung der Zusammenarbeit erwirkt werden, die jedoch Ende 2015 auslief. Der HWS ist es gelungen, mit dem Unternehmen STRABAG sowohl einen neuen Dienstleistungsvertrag als auch einen Verwertungsvertrag abzuschließen. Damit ist die Fortsetzung der Tätigkeit der HWS auf diesem Gebiet für zunächst zwei weitere Jahre gesichert. Gleichzeitig wurde 2015 im Vorgriff auf das neue Elektrogesetz ein bürgernahes Erfassungssystem für Elektrokleingeräte eingerichtet.

Die 2015 begonnene Optimierung der Abteilung Containerdienst zielt auf eine Effizienzsteigerung bei der Durchführung von Aufgaben, verbunden mit der Optimierung der Tätigkeiten im Schichtsystem. Sowohl für Auftragsannahme, Kundenorientierung als auch für Disposition, Fahrereinsatz und Technikausrüstung werden im Verlaufe dieses Projektes, das die HWS auch im kommenden Geschäftsjahr noch beschäftigen wird, Verbesserungspotenziale identifiziert sowie adäquate Maßnahmen entwickelt und umgesetzt. Das Projekt Containerdienst gilt als Pilotprojekt für die Erreichung der Ziele der operativen Exzellenz.

### Wasser/Abwasser

Im Zuge der Kündigung der Betriebsführungsvereinbarung im Bereich Trinkwasser durch den WAZV wurde zum 01.01.2015 die Aufgabe der Trinkwasserversorgung im WAZV-Versorgungsgebiet an den Verband überführt. Um die Versorgung mit Trinkwasser im WAZV-Gebiet zu sichern, wurden an 35 Übergabestellen Zählerinrichtungen installiert und über diese Trinkwasser an den WAZV verkauft. Trotz vielfältiger Bemühungen seitens der HWS konnte der angebotene langfristige Trinkwasserliefervertrag nicht abgeschlossen werden. Grund war, dass der WAZV sich mit dem von der HWS nach Preisrecht Sachsen-Anhalt kalkulierten Wasserversorgungspreis nicht einverstanden erklärt hat. Um die Wasserlieferung auf vertragsrechtlicher Grundlage zu vollziehen, hat die HWS dem WAZV einen Notwasserliefervertrag übersandt, der durch Wasserabnahme auch zustande gekommen ist. Den von der HWS geforderten Trinkwasserpreis begleicht der WAZV nur zum Teil. Insofern ist zur Klärung des Sachverhaltes ein Zivilrechtsverfahren beim hiesigen Landgericht anhängig. Rückstellungen für prozessuale Risiken wurden gebildet. Im Ergebnis der Aufhebung der Betriebsführungsvereinbarung sind des Weiteren zwei Schiedsgerichtsverfahren anhängig, so zur Eigenkapitalverzinsung für zurückliegende Zeiträume sowie zur Übernahme der Kosten der Netztrennung durch den WAZV.

Auf den Abschluss der Zweckvereinbarung mit dem AZV Elster-Kabelsketal durch die Stadt Halle (Saale) und die Erweiterung des Konzessionsvertrages wurde schon im vorhergehenden Punkt eingegangen.

Die Betriebsführungsvereinbarung mit dem AZV Götschetal wurde durch den WAZV fristgerecht zum 31.12.2015 gekündigt. Auch hier erfolgt eine Übergabe sämtlicher Unterlagen, sodass ab 01.01.2016 der WAZV diese Aufgaben selbst übernimmt. Perspektivisch ist von der HWS vorgesehen, sich von den noch bestehenden Betriebsführungen im Bereich Landsberg sowie in Lieskau zu trennen.

Die bereits in 2014 begonnene Strukturmaßnahme „Zusammenlegung der Meisterbereiche Kläranlage Nord und Umland (dezentrale Kläranlagen)“ sowie die damit verbundene Umstrukturierung auf der Kläranlage wurde zum 01.01.2015 umgesetzt. Parallel dazu begann die technische und personelle Zusammenlegung der Leitwarten Trinkwasser und Abwasser, die 2018 abgeschlossen werden soll. Damit einher geht eine Neuinstallation eines gemeinsamen Prozessleitsystems. Eine erfolgte Neustrukturierung der Abteilung Wassertechnik aufgrund der Personaländerungen durch die WAZV-Abtrennung trat Anfang 2015 in Kraft.

Zwischen der Stadt Halle und der HWS wurde der Oberflächenentwässerungsvertrag nach längeren Verhandlungen abgeschlossen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Migration der Abrechnung Trinkwasser und Abwasser der HWS vom Softwaresystem Schlepen auf SAP IS-U vorgenommen. Damit ist eine Vereinheitlichung der Systeme im SWH-Konzern verbunden.

Eine Vertragsverlängerung konnte auch für die Entsorgung der Sickerwassermengen bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) erreicht werden, die die Abnahme und Behandlung für die kommenden drei Jahre regelt.

Die Verlängerung des Gebäudereinigerungsvertrages mit der Stadt Halle bis in das Jahr 2021 wurde im Juli 2015 beschlossen. Der HWS gibt das Planungssicherheit, da von einem gleichbleibenden Leistungsumfang in den kommenden Jahren ausgegangen werden kann.



## **2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschland im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich die entsprechende Quote in Sachsen-Anhalt um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## **3. Geschäftsverlauf**

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Schwerpunkt war auch im Jahr 2015 die weitere Umsetzung des Effizienz- und Entwicklungsprogrammes „HWS 2020“ unter Berücksichtigung des Programms „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerkegruppe. Insbesondere ging es darum, ein Optimum im Verhältnis zwischen moderaten Preisen für die Bevölkerung, Gewinnerwartung der Gesellschafterin und Substanzentwicklung des Unternehmens zu erreichen. Dass die abgeschlossenen Projekte der „HWS 2020“-Maßnahmen gute Ergebnisse sichergestellt haben, beweisen nicht nur die im Punkt 4 dargestellten Zahlen der betriebswirtschaftlichen Unternehmensentwicklung und die damit verbundene Gewinnabführung an die Gesellschafterin, sondern insbesondere auch die für die Jahre 2015 und 2016 im Jahr 2014 vorgenommenen Kalkulationen und die damit verbundene Preisstabilität für die Entsorgung von Abfall und Abwasser sowie die Preissenkung bei Trinkwasserlieferung und Niederschlagswassereinleitung.

Diese Leistungen waren nur möglich durch die von den Beschäftigten der HWS erschlossenen Kostensenkungs- und Entwicklungspotenziale, die nicht nur die Inflationskurven neutralisieren, sondern zu tatsächlichen Preissenkungen geführt haben. In diesen Prozess eingebunden ist die tiefere Durchdringung betriebswirtschaftlicher Prozesse auch in den unteren Führungsebenen. Durch die konsequente Umsetzung der Ergebnisse aus den Quartalsgesprächen und den Abteilungsleitergesprächen sowie die protokollarischen Festlegungen bis in die Meisterbereiche ist die HWS hierbei auf einem guten Weg.

Durch den Pakt zur Schuldenreduzierung wurden mittel- und langfristige Lösungen gefunden, um die Finanzierbarkeit und Sicherung der Substanzentwicklung des Unternehmens zu gewährleisten. Im Rahmen der strategischen Langfristplanung hat sich die HWS verstärkt darauf konzentriert, zur Sicherung des Investment Grade der Stadtwerkegruppe insgesamt Ratingzahlen im Vorgriff auf BASEL III als Zielgrößen für die Mittel- und Langfristplanung zu etablieren. Die Überführung des Effizienz- und Entwicklungsprogramms „HWS 2020“ in das normale Tagesgeschäft sichert ab, langfristig der Effektivitäts- und Effizienzmaßnahmen für die Sicherung der Stabilität des Unternehmens zu ermitteln und konsequent umzusetzen.

Die strategische Ausrichtung auf die Erreichung der operativen Exzellenz wird weitere Effektivitäts- und Effizienzpotenziale heben und somit die Stabilität des betriebswirtschaftlichen und qualitativen Ergebnisses des Unternehmens gewährleisten. Ein weiterer Schwerpunkt im Jahr 2015 war die Reaktion auf die entsprechend der demografischen Entwicklung ansteigende Altersstruktur der Beschäftigten und den hohen Stand an Langzeitkranken im Unternehmen. Im Ergebnis wurden umfangreiche Maßnahmen vollzogen, die die personelle Aufstellung in den einzelnen Bereichen verbessert haben.

## Wasser/Abwasser

Die geplanten Umsatzerlöse in der Wasserversorgung wurden 2015 mit 1,5 Mio. EUR überboten. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 885 Tm<sup>3</sup> Wasser mehr verkauft. Die Untererfüllung der Umsatzerlöse in der Abwasserentsorgung um knapp 5 Mio. EUR resultieren aus der Kostenüberdeckung aus dem Einzugsbereich der HWS und dem neu hinzugewonnenen Entsorgungsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal. Diese sind zu passivieren und mindern damit die Umsatzerlöse. Die im Rahmen der „HWS 2020“-Maßnahmen avisierten Optimierungsziele im Geschäftsbereich Wasser/Abwasser wurden erreicht und finden im Gesamtergebnis des Bereiches ihren Niederschlag. So wurden unter anderem durch die Umsetzung der im letzten Lagebericht aufgeführten „HWS 2020“-Maßnahme „HOAI“ Prozessveränderungen in der Abteilung Investitionen durchgeführt, die eine Übererfüllung der geplanten Eigenleistungen um 202.000 EUR nach sich zogen. Durch weitere Prozessoptimierung konnten erhebliche Einsparungen in den Positionen Materialaufwand und Reparaturleistungen/Instandhaltungen generiert werden. Die Beendigung der Betriebsführungen im Trinkwasserbereich des WAZV-Gebietes hat keine negativen Auswirkungen auf das betriebswirtschaftliche Ergebnis des Geschäftsbereiches.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt im Bereich Wasser/Abwasser war die konsequente Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 des Landes Sachsen-Anhalt. Im Ergebnis wurden 32 Fluthilfeanträge mit einem Gesamtwertvolumen von 37,4 Mio. EUR gestellt. Bisher wurden Zuwendungsbescheide in Höhe von 29,6 Mio. EUR durch das zuständige Landesverwaltungsamt ausgereicht. Abgerufen wurden 2,4 Mio. EUR. Über Versicherungsleistungen wurden Schäden in Höhe von 608 TEUR ausgeglichen. 16 der bewilligten 32 Maßnahmen konnten bereits abgeschlossen und die entsprechenden Verwendungsnachweise beim Landesverwaltungsamt eingereicht werden.

Abgeschlossen werden konnten die im Rahmen des HAVAG-Stadtbahnprojektes besonders öffentlichkeitswirksam durch die HWS realisierten Bautätigkeiten am Rannischen Platz und der Bauabschnitt am Steintor. Der im Jahr 2015 ausgeführte Bauabschnitt im Böllberger Weg konnte HWS-seitig ebenfalls planmäßig fertiggestellt werden. Die weiterführenden Arbeiten am Steintor als ein Schwerpunkt des Stadtbahnprogramms laufen gemäß Planung.

Schwerpunkte beim Neubau bzw. der Sanierung und Auswechslung im Trinkwasser- und Kanalnetz bildete u. a. die Erneuerung der Trinkwasserleitungen und Abwasserkanäle in der Salzmünder Straße und der Pfarrstraße. Im August wurde mit dem 2. BA des Neubaus des Mischwasserkanals in der Helmut-Just-Straße/Klopstockstraße begonnen. Weiterhin wurden Mischwasserkanäle in der Lauchstädter Straße und Victor-Klemperer-Straße sowie Trinkwasserleitungen in der Hardenbergstraße, der Wielandstraße und im Kollektorsystem der westlichen Neustadt saniert.

Dem Ziel folgend, mit geringem Mitteleinsatz möglichst viele Kilometer Kanalleitungsnetz in bessere Zustandsklassen zu versetzen, wurde 2015 in einem Testgebiet damit begonnen, Kanalschäden jeweils separat zu reparieren und damit den Lebenszeitraum der betreffenden Kanalabschnitte deutlich zu verlängern. Die Testergebnisse waren positiv, sodass die Umsetzung der damit verbundenen komplexen Maßnahmen auch in den kommenden Jahren ein wesentlicher Schwerpunkt für die HWS sein wird.

Als Beispiel für im Rahmen von „HWS 2020“ in 2015 umgesetzte Optimierungsmaßnahmen konnte u.a. die Maßnahme „Instandhaltung, Störungsanalyse bei Abwasser-Pumpwerken“ abgeschlossen und in den Betriebsalltag implementiert werden. Hier konnten durch die Einrichtung eines vorausschauenden Instandhaltungssystems die Störungen an Abwasserpumpwerken um mehr als ein Drittel reduziert werden. Gleichzeitig konnte der Chemikalienverbrauch optimiert werden, was zu weiteren Kosteneinsparungen führte.

Im Bereich Trinkwasser wurde durch die Netzüberwachung ein neues Hydrophonsystem in Betrieb genommen. Durch die Installation von Geräuschpegelloggern in der Wassersäule eines Standrohres ist eine genauere Leckortung über das gesamte Materialspektrum möglich, wodurch die vorbeugende Instandhaltung wesentlich effizienter wird.

Eine weitere Maßnahme im Bereich Abwasser war die vorbereitende Planung zur Erweiterung der Kläranlage Nord um 40.000 Einwohnergleichwerte. Diese Maßnahme wurde notwendig, um die EU-rechtlichen Vorgaben der Stickstofffracht (Absenkung von 18 mg/m<sup>3</sup> auf 13 mg/m<sup>3</sup>) sicherzustellen. Die Maßnahme wird im Jahr 2016 bauseitig begonnen und bis 2018 abgeschlossen.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt war die Übernahme der Aufgaben durch Erweiterung des Konzessionsvertrages auf das Gebiet des AZV Elster-Kabelsketal. Mit Wirkung 01.09.2015 wurden sämtliche Aufgaben der Betriebsführung auf die Geschäftsbereiche der HWS übertragen. Die Wartung, Pflege und Erneuerung des Abwassernetzes und der beiden Kläranlagen ist nunmehr Aufgabe des Bereiches Wasser/Abwasser.

Ein Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit des Unternehmens war im Jahr 2015 die von der HWS durchgeführte Jahreskampagne rund um das Thema „Trinkwasser“. Ziel der Kampagne war, die Wertigkeit von Trinkwasser und die damit verbundenen Arbeiten der HWS-Mitarbeiter stärker in das Sichtfeld der Bevölkerung zu rücken. Dabei wurde durch viele Aktionen und Informationen neben den vielfältigen Eigenschaften des Trinkwassers insbesondere auch die täglich durch die Beschäftigten der HWS zu leistende Arbeit herausgehoben, die gewährleistet, dass jederzeit sicheres Trinkwasser für die Halleser zur Verfügung steht. Vom Wassernetz bis hin zum Labor als strenge Prüfinstanz für die Qualitätseinhaltung der vorgeschriebenen Trinkwasserwerte wurde den Kunden dafür das Geschäftsfeld Wasser der HWS vorgestellt und damit auch die Wahrnehmung der HWS als lokales Wasserversorgungsunternehmen bei den Verbrauchern erhöht.

### Entsorgung

Die geplanten Umsätze im Bereich Entsorgung und Reinigung konnten mit 1,3 Mio. EUR übererfüllt werden. Besonders positiv ist anzumerken, dass das Pilotprojekt für die operative Exzellenz, die Erschließung von Effizienzpotenzial im Containerdienst, nach halbjähriger Wirksamkeit eine Umsatzverbesserung zum geplanten Umsatz von 272 TEUR ausweist. Auch die zentralen Projekte im Rahmen der Stadtwerkegruppe, Fahrzeugservice und Zentralwerkstatt, weisen eine Übererfüllung der geplanten Umsätze von 433 TEUR auf. Neben den sehr günstigen Witterungsbedingungen, die positiv auf die Umsatzplanerfüllung im Bereich gewirkt haben, kann aber auch festgestellt werden, dass die Initiative der Beschäftigten in Umsetzung des Entwicklungs- und Effizienzprogrammes „HWS 2020“ wesentlicher Garant für die guten betriebswirtschaftlichen Daten sind.

Das Projekt mit der Hochschule Merseburg zur rechnergestützten Tourenoptimierung für die Aufgabenfelder Müllsammlung, Straßenreinigung und Reinigung der Straßenentwässerungsanlagen wurde 2015 erfolgreich fortgesetzt.

Die drei Wertstoffmärkte der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH konnten im Jahr 2015 sowohl einen Anstieg bei der Kundenzahl als auch eine Steigerung der abgegebenen Abfälle gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Auch bei den gewerblichen Umsätzen gibt es ähnlich positive Entwicklungen. Die Wertstoffmärkte haben sich nicht nur für private Kunden, sondern gerade auch für gewerbliche Kleinanlieferer zu einer festen Größe und damit zu einer unverzichtbaren Anlaufstelle bei Entsorgungsfragen entwickelt. Die Akquisebemühungen durch den Vertriebsbereich sowie auch die Umsetzung des Key-Account-Managements spiegeln sich in der Überbietung der Planzahlen für das Stoffstrommanagement mit 458 TEUR wider. Das Ergebnis ist besonders positiv hervorzuheben, da der Trend der negativen Erlöse aus dem Altpapiergeschäft nach wie vor durch Beraubung der blauen Tonne, private Aufkaufstellen und erheblichen Marktpreisverlust auch 2015 angehalten hat und somit zu kompensieren war.

Auf dem Betriebsgelände Äußere Hordorfer Straße wurden im vergangenen Jahr zwei neue Unterflurwaagen installiert, mit denen den Krafffahrern nun separate Wiegevorrichtungen für Ein- und Ausfahrt zur Verfügung stehen. Das neue System spart Zeit, verringert den Kostenaufwand und schafft vor allem die Voraussetzung für eine schnellere Verarbeitung der ständig wachsenden Abfallmengen. Darüber hinaus trägt es zur Sicherheit am Standort Äußere Hordorfer Straße bei.

Im Mai wurde der neue Mitarbeiterparkplatz in der Äußeren Hordorfer Straße eröffnet. Die bislang als Stellplatz genutzte Fläche innerhalb des Firmengeländes steht nun der Zentralwerkstatt sowie Spezialfahrzeugen wie Kehrmaschinen und Müllfahrzeugen zur Verfügung und führt zur Verbesserung der Lager- und Logistikorganisation der HWS.

Im Rahmen der Initiative „E-Mobility Mitteldeutschland“ hat das Zentrale Fuhrparkmanagement mit Unterstützung eines Fördermittelzuschusses 10 Elektrofahrzeuge angeschafft und verwaltet diese künftig. Sieben der Fahrzeuge hat die Stadt Halle (Saale) zur Nutzung angemietet, drei verbleiben im Konzernverbund.

Ein neuer Informations- und Vertriebskanal der HWS für ihre Kunden wurde im Berichtsjahr mit der erstmaligen Auflage des HWS-Kalenders „Sauber durch die Stadt“ eröffnet. Dieser informiert den Kunden im kommenden Jahr über zahlreiche Produkte, Serviceangebote und vielfältige Dienstleistungen aus dem Entsorgungsbereich. Der Kalender steht im Zeichen einer Entsorgungskampagne, die 2016 laufen wird. Die erforderlichen Vorbereitungen beschäftigten die HWS daher bereits in 2015. Entwickelt wurde ein Jahreskonzept, mit dem den Bürgern mit Hilfe verschiedener Veranstaltungen, Aktionen und Publikationen einerseits die Dienstleistungen der HWS im Bereich Entsorgung vorgestellt, andererseits die Leistungen der HWS-Beschäftigten in ihrer täglichen Arbeit für die Müllentsorgung und Straßenreinigung der Stadt nahegebracht werden sollen.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der HWS ist es für 2015 gelungen, die Verbraucherpreise zum Jahresanfang für Trinkwasser um 1 Cent/m<sup>3</sup> (Mengenpreis) und für Niederschlagswasser um 6 Cent/m<sup>2</sup> zu senken. Der Preis für Schmutzwasser konnte gehalten werden. Bei den Personengebühren für die Abfallentsorgung war aufgrund des Rückgangs wiederverwertbarer Stoffe eine geringfügige Anhebung um 1,20 EUR pro Jahr notwendig. Aufgrund der Kalkulationszyklen (2 Jahre) bleiben die Preise auch 2016 konstant.

Der Trinkwasserabsatz der HWS konnte in 2015 mit einem Anstieg von 885 Tm<sup>3</sup> (+5,3 %) gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Bis zum Jahr 2010 ging der Trinkwasserabsatz der HWS, welcher neben dem dargestellten rückläufigen Wassergebrauch vor allem stark durch den Bevölkerungsrückgang im Versorgungsgebiet beeinflusst wurde, stets zurück. Seit dem Kalenderjahr 2010 ist eine relativ konstante Mengenentwicklung festzustellen.

Für die Preise PE-Gewerbemischfolien war im ersten Halbjahr ein Anstieg zu verzeichnen. Seit Mitte des Jahres ist ein deutliches Absinken der Preise zu beobachten. Mit einem Durchschnittspreis von 195 EUR/t ist im Dezember der niedrigste Wert im Betrachtungszeitraum erreicht. Für den Wertstoff Stahlschrott ist ebenfalls ein Preisrückgang zu konstatieren. Nach konstanter Preisentwicklung bis zum Juni des Jahres 2015 setzte in den Monaten August und September ein starkes Absinken des Preises ein. Als Ursache sind die Überkapazitäten des chinesischen Stahlsektors zu nennen, die zu einem Überangebot an billigem Exportstahl führen. Für Kunststoffe (PET-bunt) ist eine Wellenbewegung zu erkennen. Einem sinkenden Preis im 1. Quartal folgte ein Preisanstieg im 2. Quartal. Nach wiederum sinkenden Preisen im 3. Quartal folgte eine gleichbleibende Entwicklung auf niedrigem Niveau zum Ende des Jahres. Die Preisentwicklung bei den Wertstoffen Altholz und PPK kann als nahezu konstant bis leicht sinkend beschrieben werden.

In Umsetzung des Kreislaufabfallwirtschaftsgesetzes hat die Stadt Halle (Saale) und die von ihr beauftragte HWS in den letzten Jahren sehr intensiv daran gearbeitet, durch bürgernahe Erfassungssysteme eine qualitativ hochwertige Rückführung von Wertstoffen in den Stoffkreislauf zu organisieren. Das trifft u.a. auch auf die Erfassung von Altpapier über die blaue Tonne zu. Obwohl die Stadt Halle eine konstante Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren aufweist, ist nach wie vor festzustellen, dass die Mengen an erfasstem Altpapier trotz der haushaltsnahen Erfassung permanent rückläufig sind. Die mit der Mengenreduzierung einhergehende Verringerung der Erlöse für das Altpapier führt zu zwei wesentlichen Effekten:

1. wird die Kosten-Nutzen-Relation für die bürgerfreundlich-haushaltsnahe Erfassung damit wesentlich negativ beeinflusst und
2. können die Müllgebühren über den Verkauf immer geringer werdender Mengen an Altpapier nicht mehr im gleichen Maße gestützt werden. Die Folge ist, dass es zu Gebührenerhöhungen kommen muss.

Hauptgrund für die deutlich gesunkenen Altpapiermengen sind die privaten Aufkäufer, die zwischenzeitlich in Halle auf 9 angewachsen sind. Es ist davon auszugehen, dass allein im vorigen Jahr rund 3.500 t, das ist ein Drittel der Gesamtaltpapiermenge, über diese Quellen verkauft wurden.

Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) und auch der Fachbereich Umwelt der Stadt Halle (Saale) haben sich wiederholt an das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt (LVwA) gewandt und dieses gebeten, entsprechend der in acht Fällen abgegebenen fristgerechten Stellungnahmen eine Entscheidung im öffentlichen Interesse zur Untersagung der gewerblichen Sammlung zu fällen. Mit Verweis auf Überlastung der Behörde und die vom Gesetzgeber horrenden Anforderungen an eine Untersagung der gewerblichen Abfallsammlung wurde seitens des LVwA eine schnelle Lösung des Problems nicht in Aussicht gestellt.

Gleichzeitig wurde durch das LVwA auf das von der öffentlichen Rechtsprechung generierte Mengenkriterium für eine Gefährdung der Funktionsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Entsorger hingewiesen, welches eine Grenze von 15 % der erfassten Abfallfraktionen ansetzt. Diese Grenze ist in Halle (Saale) schon vielfach überschritten. Wenn haushaltsnahe bürgerfreundliche Erfassungsstrukturen erhalten bleiben sollen und eine vollständige Erfassung des Rohstoffes Altpapier unabhängig von preislichen Schwankungen des Altpapiermarktes gesichert werden soll, dann bedarf es nunmehr zwingend einer schnellen Entscheidung durch das LVwA, damit negative Folgen auf die Entsorgungsgebühren und somit die Bevölkerung vermieden werden.

Auf den drei Wertstoffmärkten der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH entwickelten sich die Abgabemengen im Jahr 2015 positiv. Insgesamt war eine Steigerung von ca. 6 % im Vergleich zu 2014 zu verzeichnen. Die Menge beim Sperrmüll konnte im Vergleich zum Vorjahr um 17 % gesteigert werden. Beim Grünschnitt verharrte das Mengenaufkommen auf dem sehr hohen, witterungsbedingten, Vorjahresniveau. Insgesamt wurden 1.575 t an Elektroaltgeräten (ohne Leuchtstoffröhren) entgegengenommen. Eine leichte Steigerung wurde auch bei den Schadstoffen aus Haushalten registriert.

Während die Zahl der Kunden im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 % leicht anstieg, zeigt der Umsatz im selben Zeitraum einen Zuwachs von über 9 %. Diese positive Entwicklung geht auch auf gewerbliche Umsätze zurück und ist unter anderem auf die neue PKW-Waage auf dem Wertstoffmarkt Radewell zurückzuführen, welche Mitte 2014 installiert wurde. In 2015 konnten die Nettoumsätze an diesem Standort um 21 % gegenüber 2014 gesteigert werden. Diese Ergebnisse fließen in die Deckung des Aufwandes für den Betrieb der Wertstoffmärkte, der nicht durch den Vertrag mit der Stadt Halle (Saale) abgedeckt wird, ein.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Seit Beginn des Jahres 2015 sind neben der in Halle (Saale) bereits umgesetzten getrennten Erfassung von Papier, Glas und Bauabfällen auch Metalle und Kunststoffe (stoffgleiche Nichtverpackungen) zu Recyclingzwecken getrennt zu sammeln, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Aufgrund fehlender Vorgaben zur Ausgestaltung des Systems wurde in Halle (Saale) die Umsetzung der Anforderungen zunächst über die Einrichtung eines Bringsystems an den Wertstoffmärkten realisiert.

Auch die getrennte Sortierpflicht überlassungspflichtiger Bioabfälle und deren möglichst hochwertiger Verwertung ist zum Januar 2015 eingeführt worden. Das bestehende Entsorgungsangebot der HWS erfüllt diese Anforderungen seit langem.

Die Aktivitäten der HWS auf dem Gebiet der Elektro- und Elektronikaltgeräte werden im Wesentlichen durch das „Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten“ (kurz ElektroG) gesetzlich geregelt. Das Gesetz wurde überarbeitet und ist in neugefasster Form seit Oktober 2015 in Kraft. Die Auswirkungen der gesetzlichen Änderungen auf die Tätigkeit der HWS wurden in allen abgeschlossenen bzw. in Verhandlung befindlichen Verträgen bereits berücksichtigt. Mit der Einführung einer bürgernahen Erfassung von Kleingeräten wurde dem Gesetz schon vor der Inkraftsetzung entsprochen.

Seit 01.01.2015 gilt ein neues Mess- und Eichgesetz (MessEG), nach dem gespeicherte Tara-Gewichte für Sammelfahrzeuge sowie die Verwendung von Tara-Mittelwerten als Fahrzeuggewicht nicht mehr zulässig sind. Zur Ermittlung des Netto-Gewichts ist demnach künftig eine Eingangs- und Rückwägung der Fahrzeuge notwendig.

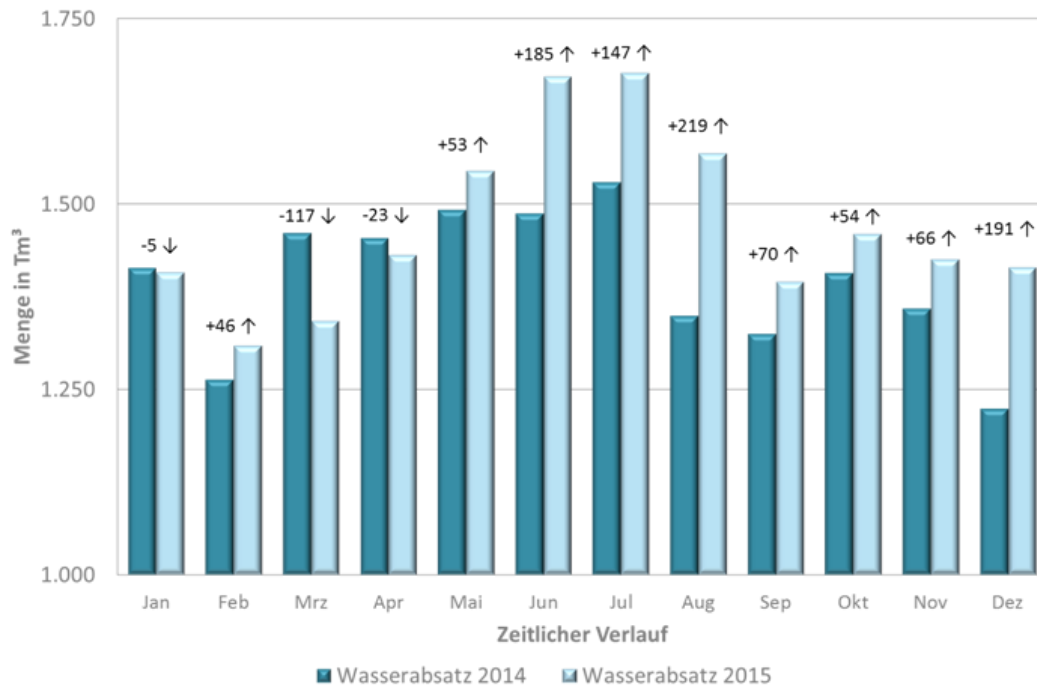
Für die LKW-Mautpflicht, die seit Oktober für alle Fahrzeuge ab 7,5 t gilt, wurde über das Zentrale Fuhrparkmanagement eine On-Board-Unit für die automatische Erfassung in die betreffenden Fahrzeuge des Konzerns eingebaut.

Für Klärschlämme galt es bei bodenbezogener Verwertung ab dem 01.01.2015 abfallrechtliche und düngerechtliche Vorgaben gleichrangig zu berücksichtigen, was bedeutet, dass seit diesem Zeitpunkt zusätzliche Voraussetzungen (Grenzwerte etc.) zu erfüllen sind. In 2015 wurden die Anforderungen aus beiden Rechtsgebieten erfüllt, so dass eine landwirtschaftliche Verwertung weiterhin möglich war. Nach Ablauf einer Übergangsfrist sieht der Klärschlammverordnungsentwurf zum 1. Januar 2025 jedoch ein weitreichendes Verbot der bodenbezogenen Verwertung und parallel die Pflicht zur Phosphorrückgewinnung aus Klärschlämmen oder Klärschlammverbrennungsaschen vor. Damit könnten die aktuell noch genutzten Entsorgungswege überwiegend nicht mehr zulässig sein. Derzeit wird der vorgegebene Grenzwert auf der Kläranlage Nord unterschritten. Sollten weitere Untersuchungen eine dauerhafte Unterschreitung des Grenzwertes für Phosphor ergeben, wäre für die HWS keine Monoverbrennung und Lagerung der Asche zur Phosphorrückgewinnung zwingend. Allerdings greift nach derzeitiger Gesetzeslage bereits zum 31.01.2016 das Verbot, den mit synthetischen Polymeren entwässerten Klärschlamm nach Düngerecht zu verwenden, was zur Folge hat, die Mitverbrennung als Entsorgungsweg nutzen zu müssen. Um mit anderen Kläranlagenbetreibern gemeinsame Lösungswege für die zukünftige Klärschlamm Entsorgung zu entwickeln und aufzuzeigen, hat sich die HWS dem Klärschlamm-Netzwerk Nord-Ost angeschlossen, in der gemeinschaftlich regional integrierte, technisch-wirtschaftliche Klärschlammverwertungskonzepte entwickelt werden sollen.

Während des zweiten Halbjahres wurden für die HWS und deren Tochterunternehmen die nach EU-Energieeffizienz-Richtlinie vorgeschriebenen Energieaudits geplant und durchgeführt. Ziel ist es, durch Untersuchung von Arbeitsabläufen und Nutzerverhalten Energieeffizienzmaßnahmen abzuleiten und umzusetzen. Die Audits der HWS und Tochterunternehmen wurden planmäßig abgeschlossen. Im weiteren Verlauf wird nun die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse vorgenommen. Energieaudits sind alle 4 Jahre durchzuführen.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ein wesentlicher Leistungsindikator der HWS ist der Wasserabsatz. Der Absatz von Trinkwasser beträgt für das Berichtsjahr 2015 17.648 Tm<sup>3</sup>. Der Wasserabsatz liegt damit in Höhe von 1.088 Tm<sup>3</sup> (+6,6 %) über dem Planansatz. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Wasserabsatz um 885 Tm<sup>3</sup> (+5,3 %) gesteigert werden. Im Monatsvergleich stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:



Quelle: Eigene Darstellung

Die Entwicklung des Sekundärrohstoffmarktes ist ein weiterer wichtiger Einflussfaktor für den Erfolg der HWS. Die Preisentwicklung auf diesem Sektor wurde im Punkt 3.2. bereits ausgeführt. Eine ständige Herausforderung hierbei ist, dass zuverlässige Aussagen zur künftigen Entwicklung aufgrund von Rohstoffspekulationen kaum getroffen werden können und somit stets mit kurzfristigen Schwankungen gerechnet werden muss.

Die Absatzentwicklung der HWS ist untrennbar verknüpft mit der Einwohnerentwicklung der Stadt Halle (Saale). In den letzten Jahren ist eine Stabilisierung der Einwohnerzahlen eingetreten. Seit 2010 ist ein leichter Zuwachs zu verzeichnen. Hierbei spielen die stetig gestiegenen Studierendenzahlen an den Hochschulen der Stadt eine herausragende Rolle. Eine neuere Einschätzung zur zukünftigen demographischen Entwicklung der Stadt Halle (Saale) aus dem Jahr 2014 zeigt für den Zeitraum bis 2030, dass sich die Einwohnerzahl der Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr 2017 leicht ansteigend, anschließend jedoch etwas rückläufig entwickeln wird. Insgesamt wird daher von einer weiterhin stabilen Bevölkerungszahl ausgegangen.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Mit dem Ziel der Optimierung von Prozessen und Arbeitsabläufen und der damit verbundenen Steigerung der Wirtschaftlichkeit ist die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an innovativen Verfahren und Prozessen interessiert und will diese mitgestalten. Als regionalwirtschaftlich bedeutendes Unternehmen kooperiert die HWS mit Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen der Region, um innovative Projekte mit Bezug zu verschiedenen unternehmerischen Aufgabenfeldern zu entwickeln.

Aktuell im Berichtsjahr und darüber hinaus laufende Projekte sind:

- Neuordnung und Optimierung der Tourenpläne der HWS im Bereich der Straßen- und Gehwegreinigung, der Sinkkastenreinigung und der Behälterentsorgung (Partner: Hochschule Merseburg)
- Entwicklung eines PCR-basierten Schnelltestes zum quantitativen Nachweis von Legionellen und Legionella pneumophila in Trinkwasserproben (Partner: BioSolutions Halle GmbH)

- Erstellung einer umfassenden Recherche und Analyse zur regionalen Verwertung von Biomasse (Garten- und Parkabfälle, einschließlich Grünschnitt) im Sinne der Kreislaufwirtschaft (Partner: MUEG Mitteldeutsche Umwelt- und Entsorgung GmbH, Merseburger Entsorgungsgesellschaft mbH, Univatio)
- Entwicklung einer DIN-Norm zur Bestimmung des leicht freisetzbaren Sulfids in Zusammenarbeit mit dem DIN-Normenausschuss Wasserwesen (Partner: ECH GmbH Halle)
- Rohrschweißen mit Laserstrahlung unter Baustellenbedingungen (Partner: SLV Halle GmbH)
- Schnellabbaubare Polymere (Partner: Hochschule Anhalt, Martin-Luther-Universität, Chemiewerk Calbe, BioSolutions, Univatio)

Das Pilotprojekt HTC-Anlage (Hydrothermale Carbonisierung) wurde auch im vergangenen Geschäftsjahr weiterverfolgt. Entgegen der ursprünglichen Planung ist es aufgrund verschiedener Umstände jedoch nicht gelungen, die Anlage in einen stabilen Regelbetrieb zu überführen, sodass sie noch nicht von der HWS übernommen werden konnte.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Wie auch in den Vorjahren ist die HWS bestrebt, dem zu erwartenden Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die HWS setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2015 38 Auszubildende bei der HWS beschäftigt, darunter 3 duale Studenten. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Berufskraftfahrer/-in, Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Anlagenmechaniker/-in, Industriemechaniker/-in, KFZ-Mechatroniker/-in und Kauffrau/-mann für Büromanagement sowie über duale Studiengänge in den Bereichen Wasserwirtschaft und Wirtschaftsingenieurwesen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2015 waren im Unternehmen 651 Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigt.

Die kompetenzbasierte Entwicklung der HWS-Mitarbeiter war eines der zentralen Handlungsfelder der Personalarbeit im Jahr 2015. Die Entwicklungsmaßnahmen erfolgten dabei sowohl unter strategischen als auch operativen Gesichtspunkten.

Die Führungskräfteentwicklung der Stadtwerke Halle stand 2015 ganz im Zeichen der Weiterentwicklung einer gesundheitsstärkenden Führungsarbeit in allen Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe. Vor dem Hintergrund einer teilweise sehr kritischen Entwicklung des Krankenstandes in den vergangenen Jahren konnte die Sensibilität für das Thema bei den Führungskräften mit einem zweitägigen Seminar geweckt werden. Zwischen März und November nahmen 31 HWS-Führungskräfte aller Hierarchiestufen an diesen Veranstaltungen teil.

Die Führungskräfte hatten zusätzlich eine vielfältige Auswahl an Veranstaltungen zur Stärkung der kommunikativen Fähigkeiten, der Mitarbeiterförderung, der Veränderungskompetenz, der Innovationsfähigkeit sowie der übertragenen Unternehmerpflichten. Insgesamt fanden zwischen Februar und November 2015 50 Schulungsveranstaltungen im Rahmen der Führungskräfteentwicklung statt. Die an der HWS-Führungskräfteentwicklung Teilnehmenden setzen sich aktuell aus 30 strategischen und 48 operativen Führungskräften zusammen.

Im September wurde nach 2,5 Jahren aktiver TalentPooltätigkeit die passive Phase des 1. TalentPools der SWH begonnen. In dieser Phase werden die Teilnehmer/-innen an Lern- und Erfahrungsaustauschtreffen sowie Impulsreferaten teilnehmen und diese auch gestalten. Die aktive Phase umfasste bereits eine große Bandbreite an Trainings, TalentWerkstätten und Projekten, welche jeden Einzelnen forderten und förderten, sowie regelmäßige Erfahrungsaustauschtreffen mit den Talenten und Vorgesetzten. Die Teilnehmer/-innen haben im Rahmen der TalentPool-Arbeit ein TalentPool-Leitbild und ein Talent-/Mitarbeiterprofil erarbeitet. Diese fließen in die Arbeit des zukünftigen zweiten TalentPools ein. Hierfür begann Ende 2015 die Auswahl, für die sich 10 HWS-Beschäftigte beworben hatten.

Seit 2015 wird das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) durch die HWS selbst betreut. Im Zuge dessen mussten die internen Prozesse neu strukturiert und Schnittstellen optimiert werden. Ziel war und ist eine zeitnahe Bearbeitung der akut betroffenen Fälle. Insgesamt wurden 2015 93 Beschäftigte zu BEM-Gesprächen eingeladen und 68 Gespräche geführt.

Parallel zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement hat die HWS das Betriebliche Gesundheitsmanagement neu ausgerichtet. Um krankmachende Faktoren möglichst zu vermeiden und gesundheitsfördernde Maßnahmen zu entwickeln, wurde in den Bereichen eine Mitarbeiterbefragung zum Thema "Gesundes Arbeiten" durchgeführt. An dieser nahmen ca. 350 Mitarbeiter/-innen teil. Die daraus abzuleitenden Maßnahmen werden die HWS auch über das Geschäftsjahr 2015 hinaus beschäftigen.

Einer der wesentlichen Schwerpunkte in der Personalarbeit 2015 bestand in der Ergreifung von Maßnahmen zur Veränderung des Überalterungsprozesses und zur Senkung des Langzeitkrankenstandes. Für leistungsgeminderte Mitarbeiter wurde im zentralen Facilitymanagement ein Team Objekt- und Hausdienste geschaffen. Gegenstand dieses Teams ist es, Grünflächenpflege in den umfangreichen Liegenschaften der HWS zu betreiben bzw. kleinere Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen vorzunehmen. In diesem Team kann eine leistungsgerechte Zuweisung von Arbeiten für die betreffenden Mitarbeiter vorgenommen werden. Die Gegenfinanzierung erfolgt zum großen Teil durch Ablösung von Fremdleistungen und sonstige Sozialleistungen der Kassen und Rententräger. Für dieses Team wurden 6 Stellen zusätzlich geschaffen. Darüber hinaus wurden im Kalenderjahr 2015 17 Altersteilzeitverträge und 14 Aufhebungsverträge mit Abfindungen abgeschlossen. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass insbesondere im Entsorgungsbereich, welcher durch besonders viele Langzeitkranke 2015 in Erscheinung getreten ist, eine deutliche Verjüngung der Personalstruktur herbeigeführt werden konnte. Für die 18 leistungsgeminderten Mitarbeiter in diesem Bereich konnten neue junge Mitarbeiter eingestellt werden. Die 2015 sehr intensiv begonnene Nachfolgeplanung in der HWS wird sich auch in den nächsten 2-3 Jahren fortsetzen.

#### 4. Lage der Gesellschaft

##### 4.1. Ertragslage

Erfolgsrechnung HWS -Kurzfassung- (Angaben in TEUR)	2014	2015	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	118.708	113.593	-5.115	-4,3
Übrige betriebliche Erträge	7.826	8.466	640	8,2
Materialaufwand	29.123	28.354	-769	-2,6
Personalaufwand	29.889	28.772	-1.117	-3,7
Übrige betriebliche Aufwendungen	27.303	25.508	-1.795	-6,6
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen	590	311	-279	-47,3
<b>EBITDA</b>	<b>40.809</b>	<b>39.736</b>	-1.073	-2,6
Abschreibungen	18.396	18.539	143	0,8
<b>EBIT</b>	<b>22.413</b>	<b>21.197</b>	<b>-1.216</b>	<b>-5,4</b>
Zinsergebnis	-11.383	-11.270	113	1,0
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>11.030</b>	<b>9.927</b>	-1.103	-10,0
a.o. Ergebnis	-1.127	-97	1.030	-91,4
Sonstige Steuern	213	351	138	64,8
<b>Ergebnis vor Gewinnabführung</b>	<b>9.690</b>	<b>9.479</b>	<b>-211</b>	<b>-2,2</b>

Mit Wirkung zum 31.12.2014 hatte der Wasser und Abwasserzweckverband Saalkreis (WAZV) die bestehende Betriebsüberlassungsvereinbarung mit der HWS gekündigt. Statt der Leistungen der Betriebsüberlassung erfolgte somit in 2015 nur die reine Wasserlieferung an den WAZV. Für die Umsatzerlöse der Trinkwasserlieferung ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 3.232 TEUR zu verzeichnen.

Die Umsatzerlöse der Abwasserentsorgung sind im Vergleich zum Vorjahr um 2.026 TEUR zurückgegangen. Dieser Rückgang ist eine Folge der Entwicklung der Kosten der Sparte Abwasser.

Die übrigen betrieblichen Erträge konnten um 640 TEUR gesteigert werden. Einen wesentlichen Beitrag dazu lieferten die gestiegenen aktivierten Eigenleistungen (+552 TEUR).

Der Materialaufwand ist unter anderem aufgrund reduzierter Aufwendungen für den Strombezug (-804 TEUR) um 769 TEUR gesunken.

Der Personalaufwand ging im Vergleich zum Vorjahr um 1.117 TEUR zurück. Zum Stichtag 31.12.2015 waren im Vergleich zum Vorjahr 38 Mitarbeiter weniger beschäftigt. Infolge der Beendigung des Vertrages für die Bewirtschaftung des Trinkwasser- und Abwassernetzes im Saalkreis zum 31.12.2014 durch den Wasser- und Abwasserzweckverband Saalkreis verließen insgesamt 22 Mitarbeiter die HWS per Betriebsübergang.



Auch der Rückgang der übrigen betrieblichen Aufwendungen ist insbesondere durch die Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung durch den WAZV beeinflusst. Das in 2014 zu zahlende Nutzungsentgelt in Höhe von 2.550 TEUR entfiel in 2015.

Die Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen gingen um 279 TEUR zurück. Der Ertrag aus der Beteiligung an der W+H ist dabei von 415 TEUR in 2014 auf 222 TEUR in 2015 gesunken.

Das EBITDA wird mit 39.736 TEUR ausgewiesen.

Sowohl die Abschreibungen (+143 TEUR) als auch das Zinsergebnis (+113 TEUR) befinden sich etwa auf dem Vorjahresniveau.

Das außerordentliche Ergebnis hat sich vor allem aufgrund von gegenüber dem Vorjahr verringertem Aufwand aus der Zuführung von Rückstellungen für Maßnahmen der strategischen Personalentwicklung um 1.030 TEUR verbessert.

Die sonstigen Steuern sind, auch bedingt durch eine Steuernachzahlung für die Jahre 2007-2010, um 138 TEUR gestiegen.

Das Ergebnis vor Gewinnabführung von 9.479 TEUR unterschreitet das Vorjahresergebnis um 211 TEUR.

Trotz der Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung durch den WAZV, welche das Geschäftsjahr wesentlich beeinflusst hat und zu einem Rückgang der Umsatzerlöse geführt hat, konnte die HWS auch durch konsequente Umsetzung des unternehmenseigenen Entwicklungs- und Effizienzprogramms „HWS 2020“ ein Ergebnis nahezu auf Vorjahresniveau erreichen. Das geplante Ergebnis der HWS von 8.687 TEUR wurde um 792 TEUR übererfüllt. Die HWS blickt damit auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück.

## 4.2. Finanzlage

### 4.2.1. Kapitalstruktur

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich im Geschäftsjahr um insgesamt 10.135 TEUR. Dies resultiert aus der Vermögensübertragung des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal (8.290 TEUR) und einer Gesellschaftereinlage (1.845 TEUR). Die Beträge wurden der Kapitalrücklage zugeführt.

Außerdem stieg der Sonderposten für Baukosten- und Investitionszuschüsse bei planmäßiger Auflösung um 55.808 TEUR. Hauptsächlichste Ursache für diese Erhöhung ist die Übernahme von abwassertechnischen Anlagen und der dazugehörigen Sonderposten des AZV Elster-Kabelsketal gemäß Übertragungsvertrag zum 01.09.2015. Damit erhöhte sich das wirtschaftliche Eigenkapital von 151.851 TEUR (33,2 %) auf 217.458 TEUR (40,7 %).

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die SWH abgeführt.

Beim Fremdkapital konnte gegenüber dem 31. Dezember 2014 ein Anstieg um 10.699 TEUR auf 316.426 TEUR verzeichnet werden. Dies ist zu einem großen Teil in der Übernahme bzw. dem Schuldbeitritt der Finanzverbindlichkeiten des AZV Elster-Kabelsketal begründet. Die Verbindlichkeiten beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 11.223 TEUR incl. Zinsabgrenzung.

Im Geschäftsjahr wurde ein Darlehen in Höhe von 8.450 TEUR zur Finanzierung der Investitionen des laufenden Jahres aufgenommen. Für sechs Darlehen wurden nach Auslauf der Zinsbindung neue Vereinbarungen abgeschlossen. Die Hälfte davon wurde als KfW-geförderte Darlehen mit einem günstigen Zinssatz anschlussfinanziert. Gleichzeitig wurden Swaps abgeschlossen, um die Zinssätze zu variabilisieren. Drei Darlehen wurden direkt in variable Darlehen umgewandelt. So konnten die Darlehen planmäßig als Grundgeschäfte in den bestehenden Portfolioswap einfließen.

Der Portfolioswap wurde in 2013 zur Zinsoptimierung sowie zur Erhöhung der Zins- und Planungssicherheit infolge des Strategieprogramms „HWS 2020“ abgeschlossen. Er hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich 5.294 TEUR bis max. 95.987 TEUR. Zum 31. Dezember 2015 beträgt er 36.278 TEUR.

In der folgenden Tabelle wird das Verhältnis der Nettoschulden zum EBITDA ausgewiesen.

Nettoschulden (Angaben in T€)	2014	2015	Veränderung	
			absolut	in %
Finanzverbindlichkeiten	254.192	261.389	7.112	2,8
Liquide Mittel	21.549	21.861	312	1,4
<b>Nettoschulden</b>	<b>232.643</b>	<b>239.528</b>	<b>6.800</b>	<b>3,0</b>
EBITDA	40.809	39.736	-1.076	-2,6
<b>Nettoschulden/EBITDA</b>	<b>5,7</b>	<b>6,0</b>	<b>0,3</b>	<b>5,7</b>

Die Erhöhung der Finanzverbindlichkeiten ist auf die Vermögensübertragung des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal (AZV) zum 01.09.2015 zurückzuführen. Am 12.03.2015 beschloss der AZV die Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgabe der Abwasserbeseitigung an die Stadt Halle (Saale) sowie einen Übertragungsvertrag mit der HWS GmbH für das zur Abwasserbeseitigung benötigte Sachanlagevermögen einschließlich zugehöriger Fördermittel, Zuschüsse und Verbindlichkeiten.

Zum 31.12.2015 bestehen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus der Aufgabenübertragung in Höhe von 11.223 TEUR.

Betrachtet man die Finanzverbindlichkeiten ohne den beschriebenen Sachverhalt der Übertragung des AZV, so konnte die HWS die bestehenden Finanzverbindlichkeiten um 4.111 TEUR im Vergleich zum Vorjahr abbauen. Die HWS verfolgt weiterhin konsequent das Ziel der Schuldenreduzierung. Dies ist zentraler Bestandteil des Entwicklungs- und Effizienzprogramms „HWS 2020“.

#### 4.2.2. Investitionen

Die Investitionen der HWS betragen im Berichtsjahr insgesamt 18.408 TEUR. Darin erhalten sind Baukostenzuschüsse, Fördermittel und Aufwendungen zur Beseitigung von Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 in Höhe von 1.895 TEUR. Unentgeltliche Anlagen wurden in Höhe von 404 TEUR ins Anlagevermögen übernommen.

Die Investitionen ohne Berücksichtigung der Baukostenzuschüsse, Fördermittel und der unentgeltlichen Übernahmen wurden im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2015 in Höhe von 252 TEUR überschritten. Es mussten zusätzliche Vorhaben durchgeführt werden (z.B. Bauarbeiten am Kollektor der Magistrale in Halle-Neustadt). Die Zusatzmaßnahmen in 2015 konnten größtenteils durch eine Kompensation der geplanten Mittel 2015 ausgeglichen werden.

#### 4.2.3. Liquidität

Zum 31. Dezember 2015 verfügte die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH über nicht zweckgebundene Zahlungsmittel in Höhe von 20.826 TEUR (Vorjahr: 20.729 TEUR) sowie weiterhin einen Kreditrahmen in Höhe von 10.000 TEUR in Form einer Kontokorrentlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH. Damit befindet sich die HWS in einer sehr stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr genügend liquide Mittel zur Verfügung haben, um allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

#### 4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 76.306 TEUR auf 533.884 TEUR. Das entspricht einer Erhöhung von 16,7 %. Diese Steigerung resultiert hauptsächlich aus dem Vermögensübertrag des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal. So ist allein bei den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen ein Anstieg um 76.475 TEUR (18,4 %) zu verzeichnen. Dabei stehen den Investitionen und unentgeltlichen Übernahmen in Höhe von 18.408 TEUR sowie den Zugängen aus Vermögensübertrag in Höhe von 76.490 TEUR Abschreibungen von 18.539 TEUR, Buchwertabgänge von 490 TEUR und Zuschreibungen von 663 TEUR gegenüber. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich von 14.679 TEUR in 2014 auf 12.517 TEUR in 2015 deutlich reduziert, was hauptsächlich in der Veränderung der Abschlagsmodalitäten für die Leistungsabrechnung der Wasserver- und Abwasserentsorgung begründet ist. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, welche sich zum Bilanzstichtag auf 24.519 TEUR belaufen, beinhalten hauptsächlich Forderungen aus dem Cash-Pool (20.798).

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung des Anteils von Anlagevermögen und Umlaufvermögen an der Bilanzsumme dargestellt:

Anteil an Bilanzsumme	2014	2015	Veränderung
	in %	in %	
Anlagevermögen	91,1	92,4	+1,4
Umlaufvermögen	8,7	7,5	-13,8

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme hat sich im Kalenderjahr 2015 von 91,1 % um 1,4 % auf 92,4 % erhöht. Der Anteil des Umlaufvermögens sank von 8,7 % um 13,8 % auf 7,5 %. Als Ver- und Entsorgungsunternehmen zählt die HWS zu einer anlagenintensiven Branche. Der Anstieg des Anteils des Anlagevermögens ist auch auf die Aufgabenübertragung des AZV Elster-Kabelsketal zurückzuführen. Diese beeinflusst auch die Entwicklung des Anlagendeckungsgrades. Sowohl das Anlagevermögen als auch das wirtschaftliche Eigenkapital werden erhöht. Der Anlagendeckungsgrad erhöht sich im Berichtszeitraum um 7,7 %.

Entwicklung des Anlagendeckungsgrades	2014	2015	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Anlagevermögen	416.912	493.430	+76.518	+18,1
Wirtschaftliches Eigenkapital	151.851	217.458	+65.607	+43,2
<b>Deckungsgrad</b>	<b>36,4 %</b>	<b>44,1 %</b>		<b>+7,7</b>

#### 4.4. Gesamtaussage

Zusammenfassend kann für 2015 ein erfolgreiches Geschäftsjahr konstatiert werden. Das geplante Ergebnis konnte um 792 TEUR überschritten und damit ein positiver Beitrag zur Stabilisierung des Konzernergebnisses geleistet werden. Die Gesellschaft konnte eine weitere Stärkung des Eigenkapitals um 10 Mio. EUR verzeichnen, was insbesondere durch den Vermögensübertrag des AZV Elster-Kabelsketal sowie die Rückführung eines Gewinnanteils durch die Gesellschafterin in die Kapitalrücklage ermöglicht wurde. Außerdem war es der HWS im Berichtsjahr möglich, für ihre Darlehen günstigere Konditionen zu erzielen. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage konnten weiter gestärkt werden, die Liquidität befindet sich auf einem stabilen Niveau. Der wirkungsvoll begonnene Prozess der Schuldenreduzierung der HWS wird auch künftig konsequent fortgeführt.

Positiv zu beurteilen ist ebenso, dass die Entgelte für Schmutzwasser und Entsorgung in der Kalkulationsperiode 2015/2016 stabil gehalten und die Preise für Trinkwasser und Niederschlagswasser gesenkt wurden. Durch den Abschluss der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem AZV Elster-Kabelsketal wurde nicht nur die Rolle der Stadt Halle (Saale) als Oberzentrum wahrgenommen, sondern der HWS für 20 Jahre das Geschäftsfeld Abwasserentsorgung gesichert. Durch die Nutzung von Synergieeffekten konnte der Bevölkerung im AZV-Gebiet ein Preisvorteil gesichert werden.

Zahlreiche in den vorigen Abschnitten beschriebene Projekte der Strategieprozesse „HWS 2020“ und „Exzellenz plus 20“ wurden im vergangenen Geschäftsjahr konsequent verfolgt und erfolgreich umgesetzt. Fortlaufend sind und bleiben auch die verschiedenen Optimierungsprozesse in Bearbeitung, die essentiell für die Erreichung der Unternehmensziele und die Stärkung des Unternehmens sind.

In der täglichen Arbeit der HWS ist auch das Bewusstsein verankert, innovative Technologien und Verfahren anzuwenden, um ablauf- und kostenseitig noch effizientere Resultate in den Arbeitsprozessen zu erzielen. Mit diesem Ziel wurde die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Partnern veranlasst, um gemeinsam neue und wirtschaftlichere Wege zu entwickeln.

Auch mit dem Ziel der Mitarbeiterbindung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der HWS sind weitere Schritte unternommen worden. Beschäftigte fachlich zu schulen und zu motivieren, neue Beschäftigte durch Ausbildung und Übernahme zu gewinnen sowie sie bei der Erhaltung ihrer Gesundheit zu unterstützen, ist ein kontinuierliches Anliegen des Unternehmens. Die aktuelle geringe Fluktuation von 1,4 % und eine mittlere Betriebszugehörigkeit von 19 Jahren bestätigen die HWS auf ihrem Weg.

Mit der Festlegung zur Umsetzung der operativen Exzellenz wurde die strategische Ausrichtung des Unternehmens neu bestimmt. Die erfolgreiche Entwicklung des Unternehmens konnte somit auch 2015 fortgesetzt werden.

## **5. Nachtragsbericht**

Nach dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Veränderungen, die zu einem Nachtragsbericht führen würden, eingetreten.

## **6. Chancen- und Risikobericht**

### 6.1. Risikomanagementsystem

#### Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke -Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

#### Zielsetzung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten, und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

#### Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in TEUR) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

## 6.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2015 wurden bei der HWS insgesamt 15 Risiken erfasst, das bedeutete zum Vorjahr eine Zunahme von 4 Einzelrisiken. Die Risiken werden in drei Risikogruppen eingeteilt: In der Gruppe 1 werden bestandsgefährdende Risiken erfasst, Gruppe 2 dient zur Erfassung schwerwiegender Risiken, während in Gruppe 3 die weniger bedeutsamen Risiken dokumentiert werden. In der folgenden Tabelle werden daher die Risiken der ersten beiden Risikogruppen dargestellt. Nur ein Risiko von 15 stellt eine Wertigkeit gemäß Gruppe 2 dar, alle weiteren Risiken sind von geringerer Bedeutung.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	4	-	-
Beschaffungsmarkt	1	-	-
Konkurrenzunternehmen	-	-	-
Recht und Politik	4	-	-
Technologische Entwicklungen	-	-	-
Naturereignisse	1	-	1
Kapitalmarkt	-	-	-
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	5	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>15</b>	<b>-</b>	<b>1</b>

Bei dem Risiko der Gruppe 2 handelt es sich um ein mögliches Hochwasser. Die Eintrittswahrscheinlichkeit für eine Gefährdung der HWS wird mit 1 % und die Schadenshöhe mit 1,8 Mio. EUR eingeschätzt. Zur Früherkennung und Überwachung des Risikos wird die enge Zusammenarbeit mit kommunalen Gebietskörperschaften und dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz gepflegt. Daneben wurde eine tägliche Überwachung des Hochwasserabflussgeschehens eingeleitet und eine qualifizierte Software zur Hochwasservorhersage etabliert.

## 6.3. Gesamtbild

Eine Bewertung der Risiken der HWS wird im Risikomanagementsystem vorgenommen. Die Risikoinventur, -bewertung und die Festlegung von Strategien zur Risikobegegnung erfolgen jährlich. Die Ergebnisse werden in der Riskmap festgehalten. Für quantifizierbare Risiken aus vorhandenen möglichen Rechtsstreitigkeiten, schwebenden oder vollzogenen Vertragsbeendigungen und ähnliches wurden Rückstellungen gebildet. Kaufmännische Risiken wurden in den Kalkulationen eingebunden. Das aktuelle Risikomanagementsystem der HWS benennt keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

## 7. Prognosebericht

Die HWS erstellt den Wirtschaftsplan 2016 sowie die Vorschau für die Jahre 2017 bis 2020 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan, Investitionsplan, Mengenplan und Preisblatt.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2015, die für den Zeitraum bis 2020 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die für die Leistungen der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Reinigung erkennbaren Rahmenbedingungen und allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

### 7.1. Umsatzentwicklung

Die Planung der Umsatzerlöse Trinkwasser erfolgt auf der Grundlage der prognostizierten Entwicklung der Verkaufsmengen. Der Trinkwasserpreis setzt sich aus einem Grundpreis und einem Leistungspreis zusammen. Im Planungszeitraum ist keine Änderung dieser Preisstruktur vorgesehen. Der Leistungspreis verbleibt bis in das Kalenderjahr 2018 konstant bei 1,39 EUR/m<sup>3</sup> (brutto). Ab dem Planjahr 2019 wird von einer Preiserhöhung des Leistungspreises um 5 Cent ausgegangen. Für den Grundpreis sind im gesamten Planungszeitraum keine Preiserhöhungen geplant.

Mit Wirkung zum 31.12.2014 hatte der Wasser und Abwasserzweckverband Saalkreis die bestehende Betriebsüberlassungsvereinbarung mit der HWS gekündigt. Ab 2015 ist daher der Wegfall der Leistungen der Betriebsüberlassung in der Planung berücksichtigt. Stattdessen ist eine reine Wasserlieferung an den WAZV in die Planung eingegangen.

Im Abwasser sind bis 31.12.2020 keine Erhöhungen der Entgelte geplant. Der Preis für die Schmutzwassereinleitung aus Haushalt, Kleingewerbe und Industrie soll bei 3,46 EUR/m<sup>3</sup> (brutto) verbleiben. Der Preis für Niederschlagswasser soll ebenfalls im gesamten Planungszeitraum unverändert bei 1,38 EUR/m<sup>2</sup> (brutto) bleiben.

Aufgrund der Aufgabenübertragung des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal sind ab dem Kalenderjahr 2016 Umsatzerlöse in Höhe von 1,6 Mio. EUR enthalten.

Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen sowie den Behälterservice erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der vorausgeschauten Entwicklung der Verkaufsmengen. Für den Planungszeitraum wurde für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen ab dem Jahr 2017 eine moderate Steigerung der Leistungspreise um jährlich ca. 0,4 % angenommen. Durch Umsetzung der „HWS 2020“-Projekte sind im Containerdienst, dem Zentralen Fuhrparkmanagement und der Werkstatt Erhöhungen geplant.

Die Planung der Gebäudereinigung erfolgte mit dem Anspruch einer steten Leistungserbringung und einhergehender Preisstabilität gegenüber der Stadt Halle (Saale). Durch den Abschluss der Verlängerung des Vertrages mit der Stadt ist die Fortführung bis 2021 gesichert.

Das Stoffstrommanagement der HWS geht von leicht steigenden Erlösen bei leicht sinkenden Entsorgungsmengen aus, so dass ein konstantes Umsatzniveau erreicht wird.

### 7.2. Investitionen

Für die Wasserversorgung stehen für das Jahr 2016 Investitionsmittel in Höhe von 4.020 TEUR zur Verfügung. Darin sind avisierte Fördermittel, Baukostenzuschüsse und Kostenbeteiligungen in Höhe von 780 TEUR enthalten.

Für die Abwasserbeseitigung ist für das Jahr 2016 ein Investitionsvolumen in Höhe von 8.349 TEUR für die Teilbereiche Kanalnetz, Kläranlagen und Grundstücksanschlusskanäle eingeordnet. Darin sind avisierte Fördermittel, Baukostenzuschüsse und Kostenbeteiligungen in Höhe von 707 TEUR enthalten. Für das Kanalnetz des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal sind Investitionen in Höhe von 42 TEUR geplant. Für das Jahr 2019 wurde durch den Vertragsablauf des Finanzierungsvertrages zusätzlich der Rückkauf der Kläranlage Halle Nord in Höhe von 4.600 TEUR aufgenommen.

Dieses Investitionsvolumen gestattet neben der Umsetzung der wichtigsten gesetzlich geforderten Maßnahmen auch eine Beteiligung der HWS an städtischen Komplexbau- und Infrastrukturmaßnahmen. Eine Beteiligung der HWS am Stadtbahnprogramm der HAVAG ist derzeit für die Stufen 1 und 2 wie folgt vorgesehen:

(in TEUR)	WIPL 2016	Vorschau			
		2017	2018	2019	2020
Trinkwasser	573	694	903	950	226
Abwasser	2.180	2.845	2.068	615	0
Gesamt	2.753	3.539	2.971	1.565	226

Eine gesondert abgegrenzte Position in den Wirtschaftsplänen ab dem Jahr 2014 stellen die Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden 2013 dar. Für die HWS liegen derzeit 32 Bewilligungsbescheide im Umfang von 29.574 TEUR des Landesverwaltungsamtes vor, so dass in den Jahren 2016 und 2017 umfangreiche zusätzliche Investitionsmaßnahmen zu realisieren sind.

Die Investitionen in Höhe von 1.780 TEUR in den Bereichen Entsorgung/Sortierung/Reinigung sind vorwiegend geprägt von Ersatzinvestitionen in den Fuhrpark.

Die unentgeltlichen Übernahmen von Anlagevermögen wurden für 2016 in Höhe von 302 TEUR geplant. Diese beinhalten hauptsächlich die Übernahmen der Anlagen für Trink- und Abwasser in Erschließungsgebieten für Wohnbebauung (z. B. ehemalige Kaserne D. v. Erleben, Hafestraße, Dautzsch).

### 7.3. Finanzierung

Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit ist in den Jahren 2016 und 2017 gekennzeichnet durch erhöhte Einzahlungen in den Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse. Hierbei werden vor allem die erwarteten Fördermittel zur Beseitigung der Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 berücksichtigt. Im Kalenderjahr 2018 läuft ein in 2013 in Höhe von 10,5 Mio. EUR aufgenommenes endfälliges Gesellschafterdarlehen aus. Die Tilgung wurde entsprechend in 2018 berücksichtigt. Im gleichen Jahr wurde die Aufnahme eines endfälligen Schuldscheindarlehens in Höhe von 23 Mio. EUR durch die HWS geplant. Im Kalenderjahr 2019 ist eine erhöhte Begebung von Finanzkrediten aufgrund des zu finanzierenden Kaufs der Kläranlage Nord erforderlich. Des Weiteren sind Auszahlungen an Unternehmenseigner gemäß bestehendem Ergebnisabführungsvertrag sowie Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen im Planungszeitraum berücksichtigt.

Aufgrund der geplanten Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen und Tilgungsleistungen, welche die geplanten Darlehensnahmen überschreiten, kann in den Kalenderjahren 2016 bis 2020 eine Senkung der lang- und mittelfristigen Bankverbindlichkeiten (einschließlich der Verbindlichkeiten aus Gesellschafterdarlehen) und der Verbindlichkeiten aus der Übernahme des abwassertechnischen Anlagevermögens des SZV „Elster-Kabelsketal“ um 10,3 Mio. EUR erreicht werden. Die lang- und mittelfristigen Bankverbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

(in TEUR)	WIPL 2016	Vorschau			
		2017	2018	2019	2020
lang- und mittelfristige Bankverbindlichkeiten, Anleihen, Verbindlichkeiten aus Gesellschafterdarlehen	256.461	250.699	249.434	250.725	246.129

### 7.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse vor Ergebnisabführung geplant:

(in TEUR)	WIPL 2016	Vorschau			
		2017	2018	2019	2020
HWS	9.724	10.104	10.276	10.286	10.232

Die Planungsgrößen beinhalten die im Rahmen des Programms „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerke-Gruppe definierte Zielvorgabe eines zusätzlichen Ergebnisbeitrages in Höhe von 1,2 Mio. EUR. Auch für das Jahr 2016 wird die HWS in einer Vielzahl von Einzelprojekten im Rahmen des Programms „HWS 2020“ konsequent an der Umsetzung der Zielvorgaben arbeiten.

Die Schaffung eines optimalen Verhältnisses zwischen moderater Preisgestaltung für die Bevölkerung, Erfüllung der Ergebniserwartung des Gesellschafters und Sicherung der Substanzwerterhaltung und Finanzierbarkeit des Unternehmens bestimmt auch mittel- und langfristig die Unternehmensziele.

Mit der Umsetzung der operativen Exzellenz erfolgt eine qualitative und quantitative Schärfung der Zielgrößen für den Mittelfristzeitraum. Mit Einbeziehung weiterer Ratingkennziffern in die Langfristplanung (30 Jahre) wird der Kontrollmechanismus im Rahmen des Paktes zur Schuldenreduzierung weiter verfeinert.

## Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Bornknechtstraße 5  
06108 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 300

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadtwerke Halle GmbH	150	50,00
VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft	150	50,00

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.
- (2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

### b) Besetzung der Organe

**Kaufmännische Geschäftsführung:** Kuschel, Hagen

**Technische Geschäftsführung:** Thiel, Hans-Ulrich



## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
<b>Aktiva</b>	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	13.793	75	24.991	78	27.134	81	-11.198	-45
Umlaufvermögen	4.373	24	7.129	22	6.359	19	-2.756	-39
Rechnungsabgrenzungsposten	100	1	119	0	138	0	-19	-16

<b>Bilanzsumme</b>	<b>18.266</b>	<b>100</b>	<b>32.239</b>	<b>100</b>	<b>33.631</b>	<b>100</b>	<b>-13.973</b>	<b>-43</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	----------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	331	2	2.192	7	1.149	3	-1.861	-85
Rückstellungen	1.000	5	3.426	11	2.379	7	-2.426	-71
Verbindlichkeiten	16.935	93	26.621	82	30.103	90	-9.686	-36

<b>Bilanzsumme</b>	<b>18.266</b>	<b>100</b>	<b>32.239</b>	<b>100</b>	<b>33.631</b>	<b>100</b>	<b>-13.973</b>	<b>-43</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	----------------	------------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25.817	39.590	36.447
sonstige betriebliche Erträge	8.525	300	558
Materialaufwand	22.496	32.959	31.238
Personalaufwand	12	13	13
Abschreibungen	11.411	2.151	1.905
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.715	3.098	2.782
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	382	505	523
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.674	1.164	544
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18	3	0
sonstige Steuern	168	119	158
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.860	1.042	386
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.860	1.042	386

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-7,21	2,63	1,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	-84,89	90,71	50,62	%
Cash-Flow:	9.550	3.193	2.291	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,03	0,03	0,04	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	75,51	77,52	80,68	%
Eigenkapitalquote:	1,81	6,80	3,42	%
Fremdkapitalquote:	98,19	93,20	96,58	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Absatz Fernwärme	191,00	286,00	312,00	GWh
Absatz Strom	213,00	351,00	322,00	GWh

## e) Lagebericht

### 1. Rahmenbedingungen und Geschäft

#### 1.1. Rahmenbedingungen - Wirtschaftliche Entwicklung 2015

Im Geschäftsjahr 2015 konnte sich die konjunkturelle Lage in Deutschland leicht verbessern. Infolge dessen stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 Prozent an. Für das Jahr 2016 erwarten die Wirtschaftsinstitute eine ähnliche Entwicklung.

Die Stadt Halle (Saale) verzeichnete im Jahr 2015 einen leichten Bevölkerungszuwachs. Mit 238.321 Einwohnern zählte die Stadt 4.769 Einwohner mehr als im Vorjahr.

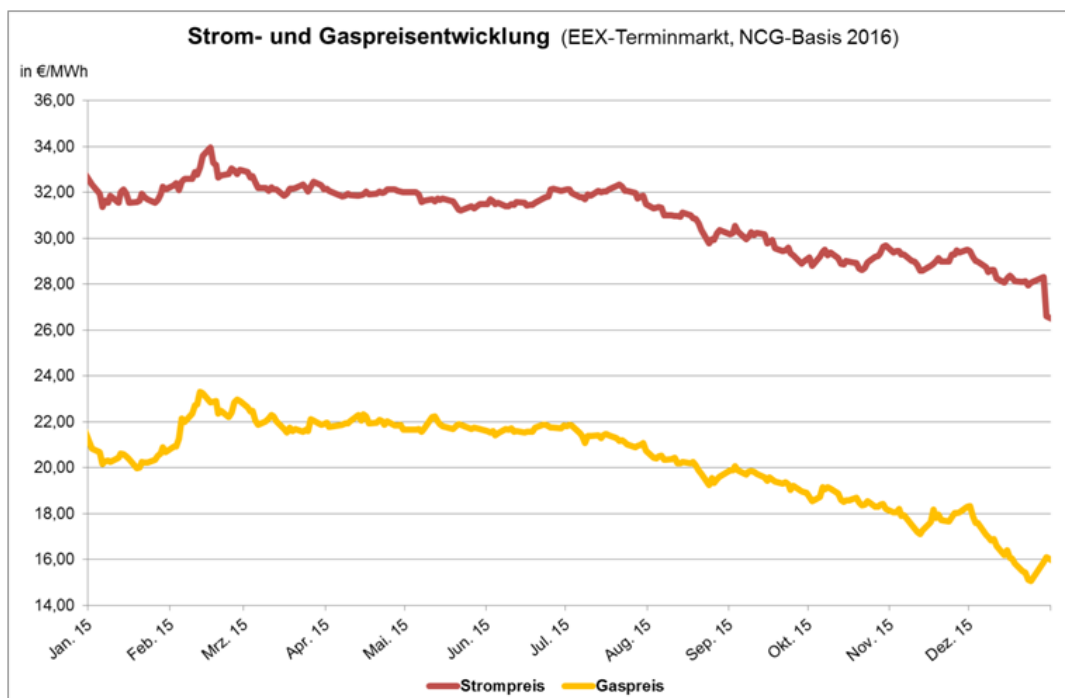
Zwar stieg witterungsbedingt im ersten Halbjahr 2015 der Erdgasverbrauch insbesondere in der Wärmeerzeugung um rund 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr und lag damit über dem Wachstum des deutschen Primärenergieverbrauchs von rund 1,3 Prozent. Dem gegenüber ist jedoch die Stromproduktion aus Erdgas aufgrund des Zuwachses an erneuerbaren Energien weiterhin rückläufig.

#### 1.2. Geschäft

Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) sind nach wie vor schwierig. Die Subventionierung des Ausbaus von erneuerbaren Energien führt seit Jahren zu wachsenden Überkapazitäten und infolgedessen zu fallenden Preisen am Strommarkt. Die vergleichsweise klimafreundliche Stromproduktion mit dem Medium Gas wird zunehmend durch die Stromerzeugung in Kohlekraftwerken verdrängt. Ausschlaggebend hierfür ist der Preisverfall am Kohlemarkt bzw. der niedrige Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionsberechtigungen. Diese Marktverwerfungen haben eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit von Erdgas im Kraftwerksmarkt zur Folge, die auch mittelfristig anhalten wird. Zurzeit werden deutschlandweit modernste Gaskraftwerke stillgelegt.

Die Geschäftsführung der KWT ist aber davon überzeugt, dass im Zuge der Umsetzung der Energiewende und der politisch angestrebten Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes flexible, hocheffiziente KWK-Anlagen wie die der KWT auch langfristig für die stabile Energieversorgung unentbehrlich sein werden. Der angestrebte Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen bedarf auch weiterhin der Vorhaltung konventioneller Kraftwerke. Selbst unter Kritikern gilt die Gasverstromung als sehr gute Brückentechnologie, da beim Verbrennen von Gas weniger Kohlendioxid frei gesetzt wird und der Brennstoffnutzungsgrad deutlich höher als bei der Kohleverstromung ist.

Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2015 wie folgt:



Im ersten Quartal stieg der Gaspreis für das Jahresprodukt (NCG Base 2016) kurzfristig an und markierte Mitte Februar 2015 das Jahreshoch. Bis zur Jahresmitte verzeichnete der Kurs eine Seitwärtsbewegung und sank aufgrund einer guten Versorgungslage und vergleichsweise milden Temperaturen in der zweiten Jahreshälfte sogar unter die Marke von 15 Euro/MWh zum Jahresende. Der Verlauf des Strompreises weist eine hohe Korrelation mit dieser Entwicklung auf. Die Preisverläufe beider Medien bedingen den für die KWT erfolgsrelevanten Spark-Spread. In der zweiten Jahreshälfte stieg dieser nach und nach an bis zu seinem Höchstwert von 5,78 Euro pro MWh im Dezember. Diese im Vergleich zum Vorjahr positive Entwicklung wurde für Sicherungsgeschäfte für zukünftige Geschäftsjahre genutzt. Unmittelbar danach verfiel der Spark-Spread auf 2,30 Euro pro MWh. Diese volatile Entwicklung zeigt die weiterhin wirtschaftlich schwierige Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenkraftwerken.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend, produziert die Gesellschaft Strom. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

### 1.3. Produktion

Im Geschäftsjahr 2015 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage ausschließlich im I. und IV. Quartal Strom und Fernwärme im Grundlastbetrieb. Im zweiten und dritten Quartal 2015 war die GuD-Anlage planmäßig nicht im Betrieb. Durch den Austausch des Niederdruckläufers der Dampfturbine durch eine schaufellose Welle in der GuD-Anlage erhöhte sich die Wärmeabgabe bei gleichbleibendem Gaseinsatz und verringertem Kühlwasserbedarf. Durch diese Maßnahme konnte die Effizienz der GuD-Anlage bereits im Probebetrieb im Geschäftsjahr 2015 gesteigert werden. Die Endabnahme für den neu eingebauten Niederdruck-Läufer ist für das 1. Quartal 2016 vorgesehen. Im Jahr 2015 wurden 213 GWh Strom (Vorjahr 351 GWh) und 174 GWh (Vorjahr 278 GWh) Wärme produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 500 GWh (Vorjahr 833 GWh). Daraus ergab sich ein Gesamtbrennstoffnutzungsgrad von 85,9 Prozent. Zusätzlich produzierte die Spitzenkesselanlage 17 GWh (Vorjahr 8 GWh) Wärme, bei einem Gaseinsatz von 22 GWh (Vorjahr 12 GWh).

## 2. Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2015 weist die KWT einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -1,9 Mio. € (Vorjahr: Jahresüberschuss 1,0 Mio. €) aus. Die Verschlechterung der Ertragslage hat außerordentliche sowie operative Gründe. Zum einen war infolge der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine außerplanmäßige Abschreibung auf die GuD-Anlage von 10,2 Mio. € erforderlich. Dem gegenüber realisierte die KWT Erträge von 8,0 Mio. € durch einen Verzicht der Gesellschafter auf Forderungen, für die sie bereits in 2013 einen Rangrücktritt erklärt hatten. Neben diesen außerordentlichen Effekten beeinflusste die operative Entwicklung die Ertragslage. Im Unterschied zum Vorjahr war die Anlage im zweiten und dritten Quartal wie geplant nicht in Betrieb, so dass deutlich weniger KWK-Förderung in 2015 in Anspruch genommen wurde. Darüber hinaus sind geringere Entgelte aus vermiedener Netznutzung für das abgelaufene Geschäftsjahr zu erwarten. Diese negativen Effekte konnten durch den Austausch des Niederdruck-Läufers, die erfolgreiche Teilnahme an der Vermarktung von Sekundärregelleistung, durch Kosteneinsparungen sowie durch Portfoliooptimierungen teilweise kompensiert werden.

Die Umsatzerlöse gingen im Vergleich zum Vorjahr um 13,8 Mio. € auf 25,8 Mio. € zurück. Hauptursache war der geplante Stillstand der GuD-Anlage im II. und III. Quartal mit geringeren Strom-, Fernwärme- und sonstigen Umsätzen. Korrespondierend dazu entwickelten sich die Bezugsaufwendungen. In der GuD-Anlage sowie in der Spitzenkesselanlage wurden für die Strom- und Fernwärmeerzeugung insgesamt 522 GWh (Vorjahr: 845 GWh) Erdgas verbraucht. Dafür musste das Unternehmen 14,7 Mio. € (Vorjahr: 24,7 Mio. €) aufwenden.

Die übrigen Aufwendungen für bezogene Leistungen (1,8 Mio. €), für Sonstiges wie Instandhaltung und Versicherungen (1,7 Mio. €) sowie für Zinsen (0,4 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt verringert.

## 3. Finanzlage

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit reduzierte sich leicht im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 2,1 Mio. € (Vorjahr: 2,7 Mio. €).

Der Mittelabfluss im Rahmen der Finanzierungstätigkeit setzt sich aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1,9 Mio. € gegenüber Kreditinstituten und dem Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH und den gezahlten Zinsen von 0,4 Mio. € zusammen.

Die Cash-Pool-Verbindlichkeiten erhöhten sich geringfügig im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. € auf nunmehr 4,1 Mio. € zum 31. Dezember 2015.

#### 4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 18,3 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 14,0 Mio. € verringert. Hauptgrund für die deutliche Reduzierung der Bilanzsumme ist die außerplanmäßige Abschreibung auf die GuD-Anlage.

Das Anlagevermögen mit einem Buchwert von 13,8 Mio. € (Vorjahr: 25,0 Mio. €) hat nach wie vor den größten Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft. Auch das Umlaufvermögen nahm im Vergleich zu 2014 um 2,8 Mio. € auf 4,4 Mio. € ab. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf reduzierte Forderungen und Vorräte vor allem aufgrund von Preisveränderungen zurückzuführen.

Auf der Passivseite verringerte sich das Eigenkapital in Höhe des Jahresfehlbetrages von 1,9 Mio. € auf 0,3 Mio. €. Die Rückstellungen nahmen um 2,4 Mio. € auf 1,0 Mio. € ab. Weiterhin verringerten sich die Verbindlichkeiten auf 16,9 Mio. € (Vorjahr: 26,6 Mio. €) aufgrund des Forderungsverzichts der Gesellschafter.

#### 5. Risikobericht

Chancen und Risiken im operativen Geschäft ergeben sich für die KWT aus den Preisschwankungen für Gas- und Stromprodukte sowie für CO<sub>2</sub>-Zertifikate auf den Energiemärkten. Die Positionen aus Ein- und Verkaufsverträgen werden zu einem Gesamtportfolio zusammengeführt, überwacht und gesteuert. Dabei kommen auch Absicherungsgeschäfte zum Einsatz, die potenziell negative Ergebnisveränderungen der Portfolios begrenzen.

Mit dem 1. Januar 2013 begann für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Seit diesem Zeitpunkt erhält die KWT keine kostenfreien Emissionsberechtigungen für die Stromproduktion. Für die Wärmeerzeugung erfolgt die Zuteilung unentgeltlicher Zertifikate abnehmend bis zum Jahr 2020. Daher besteht künftig die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Für die Gesellschaft besteht für das Geschäftsjahr 2016 das Risiko einer verminderten Vergütung aus dem Leistungsentgelt der vermiedenen Netznutzung. Darüber hinaus bleibt die Diskussion der Politik und der Bundesnetzagentur über die Neureglung der Preisgestaltung für die Entgelte aus vermiedener Netznutzung bestehen.

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen (negative Entwicklung der Strompreise in Folge der Energiewende) ist eine wirtschaftliche Stromproduktion in GuD-Anlagen nur bedingt gegeben. Bei andauernder Verschlechterung der Marktbedingungen sind für die Zukunft weitere Wertanpassungen auf das Anlagevermögen nicht auszuschließen.

Die laufende Überwachung anhand anerkannter technischer Regelwerke und betriebsinterner Vorschriften sowie regelmäßige interne und externe Prüfungen gewährleisten einen hohen Sicherheits- und Umweltstandard des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes. Die technische Sicherheit und die Verfügbarkeit der Anlage waren auch im Geschäftsjahr 2015 jederzeit gewährleistet.

#### 6. Nachtrags- und Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2016 wird von einer konsequenten Umsetzung der Einsatzstrategie geprägt sein. Dies umfasst den Betrieb der GuD-Anlage im I. und IV. Quartal 2016. Bedarfsweise steht die Spitzenkesselanlage zur Erzeugung von Wärme zur Verfügung. Weiterhin wird die KWT am Markt für die Sekundärregelleistung teilnehmen.

Im Geschäftsjahr 2016 ist die Produktion von 178 GWh Fernwärme und 220 GWh Strom geplant. Für das Jahr 2017 ist eine analoge Einsatzweise der Anlage vorgesehen.

Vor dem Hintergrund der bereits getätigten Absicherungsgeschäfte und Optimierungsmaßnahmen erwartet die Geschäftsführung für 2016 ein positives Ergebnis.

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft ist insbesondere von den Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen abhängig.

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ergeben.

## IT-Consult Halle GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz  
**Anschrift:** Bornknechtstraße 5  
 06108 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 250

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

### Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Siebenhüner, Jörg  
 von der Heyde, Axel (bis 30.09.2015)

### c) Beteiligungen

<b>unmittelbar</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	2.248	20	511	6	501	5	1.737	340
Umlaufvermögen	8.988	78	8.333	93	9.214	92	655	8
Rechnungsabgrenzungsposten	226	2	121	1	255	3	105	87

<b>Bilanzsumme</b>	<b>11.462</b>	<b>100</b>	<b>8.965</b>	<b>100</b>	<b>9.970</b>	<b>100</b>	<b>2.497</b>	<b>28</b>
--------------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	522	5	522	6	522	5	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.308	11					1.308	
Rückstellungen	4.344	38	4.188	47	3.979	40	156	4
Verbindlichkeiten	5.203	45	4.150	46	5.384	54	1.053	25
Rechnungsabgrenzungsposten	85	1	105	1	85	1	-20	-19

<b>Bilanzsumme</b>	<b>11.462</b>	<b>100</b>	<b>8.965</b>	<b>100</b>	<b>9.970</b>	<b>100</b>	<b>2.497</b>	<b>28</b>
--------------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	24.131	23.254	22.707
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	602	-10	-538
sonstige betriebliche Erträge	558	635	259
Materialaufwand	8.622	8.084	7.214
Personalaufwand	10.804	10.849	9.961
Abschreibungen	291	245	351
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.308	3.102	3.033
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	3	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	76	78	107
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.191	1.524	1.768
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	2	2	2
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	2.189	1.522	1.766
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,07	6,55	7,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	419,62	291,80	338,48	%
Cash-Flow:	2.479	1.767	2.117	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	134	126	123	T€
Personalaufwandsquote:	42,72	45,44	44,41	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	19,13	4,89	4,02	%
Eigenkapitalquote:	4,55	5,82	5,23	%
Fremdkapitalquote:	95,45	94,18	94,77	%

## ee) Leistungsdaten

keine Angaben



**e) Lagebericht**

- 1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH**
  - 1.1. Geschäftsmodell
    - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
    - 1.1.2. Geschäftsfelder
  - 1.2. Ziele und Strategien
  - 1.3. Steuerung
  - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
  - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
  - 2.2. Arbeitsmarkt
  - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
  - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
  - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
  - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
  - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
  - 3.5. Forschung und Entwicklung
  - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
  - 4.1. Ertragslage
    - 4.1.1. Jahresergebnis
  - 4.2. Finanzlage
    - 4.2.1. Kapitalstruktur
    - 4.2.2. Investitionen
    - 4.2.3. Liquidität
  - 4.3. Vermögenslage
  - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Chancen- und Risikobericht**
  - 6.1. Risikomanagementsystem
    - 6.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem
    - 6.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems
    - 6.1.3. Risikomanagement-Prozess und Organisation
  - 6.2. Chancen und Risiken
  - 6.3. Gesamtbild
- 7. Prognosebericht**
  - 7.1. Umsatzentwicklung
  - 7.2. Investitionen
  - 7.3. Finanzierung
  - 7.4. Ergebniserwartung

## 1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH

### 1.1. Geschäftsmodell

#### 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die IT-Consult Halle GmbH als IT-Komplettdienstleister erbringt umfassende Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie für die Stadt Halle (Saale), die Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe und weitere kommunale und privatwirtschaftliche Kunden. Darüber hinaus erbringt sie Abrechnungsdienstleistungen für die Gesellschaften EVH GmbH, Energieversorgung Halle Netz GmbH und Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft (HWS) GmbH.

Die IT-Consult Halle GmbH ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH. Eine Beteiligung besitzt die IT-Consult Halle GmbH mit 50 % an der Arbeitsgemeinschaft Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ARGE).

#### 1.1.2. Geschäftsfelder

Das Leistungsspektrum des Unternehmens reicht von der Prozess- und IT-Beratung über die Entwicklung und Implementierung innovativer IT-Lösungen bis hin zum Erbringen kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen im Outsourcing. Kern-Handlungsfelder sind dabei SAP-basierte Geschäftsprozesse, branchenbezogene Lösungen für den Energiesektor und den öffentlichen Bereich mit all seinen Facetten sowie branchenunabhängige IT-bezogene Themen wie zum Beispiel die Erneuerung der IT-Infrastruktur, webbasierte Lösungen oder die Beratung hinsichtlich der Informationssicherheit und des Datenschutzes.

Ein fundiertes professionelles IT-Projektmanagement bildet hierbei eine wichtige Kernkompetenz.

Das Handlungsfeld Medizin-IT konnte ausgebaut werden. Vorrangig wurden hier Aufträge in den Bereichen IT-Infrastruktur, Softwareentwicklung, Anwendungsbetreuung und Datenschutzberatung realisiert.

Mit dem Geschäftsfeld Abrechnungsdienstleistungen werden energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Tätigkeiten verpflichtet.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich um die Bearbeitung von Abrechnungsprozessen für die Gesellschaften EVH GmbH und Energieversorgung Halle Netz GmbH. Die diesbezüglich auf die Medien Strom und Gas entfallenden Aufwendungen und Erträge wurden den Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors bzw. den Tätigkeiten innerhalb des Gassektors zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

### 1.2. Ziele und Strategien

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- die Gewährleistung einer stabilen, wirtschaftlichen und gleichzeitig innovativen IT-Infrastruktur der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH durch die Erbringung anforderungsgerechter Dienstleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie,
- die Unterstützung bei der Realisierung der Projekte und Aufgaben aus dem Programm „Exzellenz plus 20“ der Stadtwerke Halle Gruppe,
- die Erbringung von professionellen IT-Beratungs- und IT-Dienstleistungen für kommunale Kunden, für Stadtwerke- und andere mittelständische Unternehmen, insbesondere hinsichtlich der Nutzung von Standardsoftware (Microsoft, SAP etc.), der Entwicklung und Nutzung von sicheren webbasierten Lösungen im Internet oder Intranet und der geografischen Informationsverarbeitung,
- die Etablierung von E-Government-Lösungen für die Stadt Halle und andere Kommunen sowie
- die weitere Stabilisierung der IT-Consult Halle GmbH als attraktiver, verlässlicher Arbeitgeber und Partner der IT-Branche in der Region Mitteldeutschland.

Die anhaltend schwierige Situation der Haushaltslage der Kommunen lässt wenig Spielraum für die Entwicklung ihrer IT-Infrastruktur. Durch den Rationalisierungsdruck in der öffentlichen Verwaltung und die hohen Anforderungen, die Unternehmen und Bürger an die Kommunen stellen (Stichwort: E-Government) ist jedoch eine kontinuierliche Anpassung der IT-Infrastruktur und der IT-bezogenen Prozesse erforderlich.

Der immense Kostendruck in den Unternehmen der Stadtwerke, die sich daraus ergebenden Aufgaben und Projekte aus dem Programm „Exzellenz plus 20“, sowie die sich permanent ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft (Stichworte sind hier: Unbundling, elektronischer Datenaustausch, EEG) führten zu einer Vielzahl von IT-bezogenen Projekten, die zur Bewältigung dieser Herausforderungen dienen.

In diesem Umfeld positioniert sich die IT-Consult Halle GmbH mit ihrem Leistungsspektrum und sieht ein Marktpotenzial, das für eine weitere Expansion gute Voraussetzungen bietet.

Zusätzlich will die Gesellschaft über prozessorientierte Strukturen innovativ, flexibel und schnell sein, den Kundenfokus weiter schärfen sowie Effizienz- und Ertragspotenziale systematisch identifizieren und nutzen. Die Kernprozesse werden dabei stetig optimiert.

### **1.3. Steuerung**

Die Kern-Handlungsfelder der IT-Consult Halle GmbH spiegeln sich in einer geschäftsfeldorientierten Struktur der Gesellschaft wider: sie besteht aus den vier fachlich ausgerichteten Organisationseinheiten Kompetenzzentrum SAP, Team Anwendungsbetreuung, Team IT-Infrastruktur und Team Abrechnungsdienstleistungen sowie den drei Querschnittsbereichen Kaufmännischer Bereich, Vertrieb/Marketing sowie Integriertes Managementsystem/Datenschutz. Wichtige Funktionen sind zusätzlich über das Beauftragtenwesen etabliert (z.B. für die Informationssicherheit).

Der alleinige Geschäftsführer der IT-Consult Halle GmbH ist Herr Jörg Siebenhüner.

Mit dem Weggang des bisherigen zweiten Geschäftsführers, Herrn Axel von der Heyde, wurde eine neue Geschäftsordnung einschließlich Geschäftsverteilungsplan in Kraft gesetzt, nach welcher vier Mitglieder des Führungskreises zur erweiterten Geschäftsleitung zählen. Dies sind Herr Frank Rittners, Frau Silke Zachow, Frau Christina Winne und Herr Daniel Johanning.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder durch den Führungskreis der IT-Consult Halle GmbH mit Hilfe konkreter Erfolgsfaktoren und Kennzahlen.

Die Gesellschaft beschäftigt 189 Mitarbeiter und 3 Auszubildende und bezieht kaufmännische und personalwirtschaftliche Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Die ab dem 30.08.2002 geltenden Geschäftsbesorgungsverträge über die personalwirtschaftlichen Dienstleistungen zwischen der IT-Consult Halle GmbH und zunächst der EVH GmbH sowie ab dem 01.01.2012 der Stadtwerke Halle GmbH bestanden im Geschäftsjahr 2015 fort.

Gleiches gilt für die Geschäftsbesorgungsverträge für die zentrale Kommunikation/Medien, das Marketing, die Konzernrevision sowie für die zwischen der IT-Consult Halle GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH getroffene Cash-Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von T€ 500.

### **1.4. Veränderungen in der Gesellschaft**

Basierend auf einer kontinuierlichen Auseinandersetzung der Gesellschaft mit aktuellen Herausforderungen, Chancen und Risiken fand gegen Ende 2015 eine bedeutende Umstrukturierung der Aufbauorganisation mit drei Schwerpunkten statt. Einerseits wurde der bis dahin separat gelenkte Bereich der Softwareentwicklung in den Bereich der Anwendungsbetreuung integriert. Eine organisatorische Zuordnung von Entwicklern zu Betreuern individueller Lösungen soll die interne Kommunikation verbessern und die Prozess- und die Kundenorientierung stärken. Anforderungen können nun besser hinterfragt, strukturiert und ergebnisorientiert gelenkt werden. Der zweite Ansatzpunkt für eine Strukturänderung bezog sich auf das Team Projektmanagement und IT-Beratung. Entgegen der bisherigen, zentralen Steuerung von Projektmanagern in einem Team werden nun je Fach-Team spezialisierte IT-Projektmanager in den Kerngeschäftsfeldern der IT-Consult Halle GmbH (SAP, IT-Infrastruktur, Abrechnungsleistungen und Fachanwendungen) eingesetzt. Sie unterstützen die Teamleiter, indem sie das jeweilige Projektportfolio lenken. Neue Stellen werden hier nach und nach geschaffen und besetzt. Die dritte Optimierung der Aufbauorganisation bezog sich auf die Verlagerung des Tätigkeitsfeldes Informationssicherheit und der dazugehörigen Mitarbeiter vom früheren Team Projektmanagement und IT-Beratung in das Team IT-Infrastruktur.

## **2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

### **2.1. Wirtschaftliche Entwicklung**

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

### **2.2. Arbeitsmarkt**

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### **2.3. Bevölkerungsentwicklung**

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## **3. Geschäftsverlauf**

### **3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres**

Im Juni 2015 feierte die IT-Consult Halle GmbH gemeinsam mit ihren Mitarbeitern ihr 15-jähriges Firmenjubiläum.

Tätigkeitsschwerpunkte des laufenden Betriebes waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH GmbH, die Energieversorgung Halle Netz GmbH und die HWS GmbH, die Umstellung des Betriebssystems MS WINDOWS XP auf WINDOWS 7 mit gleichzeitigem Tausch der Endgeräte in der Stadtverwaltung und den Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe.

Der Ersatzneubau des Rechenzentrums 1 (im Rahmen der Fluthilfe) am Standort Dieselstraße wurde im September 2015 planmäßig in Betrieb genommen.

### **Kontinuierliches Verbesserungsmanagement**

Die weitere Anpassung des internen Managementsystems sowie der betrieblichen Organisation zur Optimierung der eigenen Geschäftsprozesse waren weitere Schwerpunktaufgaben. Die Gesellschaft absolvierte 2015 mit Erfolg die Zertifizierung-Audits für die DIN EN ISO 9001:2008 (Qualitätsmanagement) und ISO/IEC 27001:2013 (IT-Sicherheit), beide in Form eines Integrierten Managementsystems, und die Re-Zertifizierung für den SAP-Certified Provider of Hosting Services.

### **Projekte für die Stadtverwaltung Halle**

Für die Stadtverwaltung Halle wurde ein Projekt zur Einführung einer elektronischen Rechnungseingangsbearbeitung initiiert. Dieses soll die Konsolidierungsbemühungen der Verwaltung unterstützen.

Ebenfalls für die Stadtverwaltung Halle wurde ein Projekt zur stadtweiten Einführung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung aufgesetzt. Dies beinhaltet die Ausweitung der bestehenden Interflex-Landschaft auf die gesamte Verwaltung und die Implementierung eines alternativen Angebotes zur Arbeitszeiterfassung mittels Weblösung (SAP-Portal). Zusätzlich soll die Schnittstelle zur SAP-Zeitwirtschaft implementiert werden.

Im Oktober 2014 fand mit den Verantwortlichen der Stadt Halle der Auftakt zum Projekt "E-Government Modellkommune" statt. Dieses Projekt wird vom Bundesministerium des Inneren gefördert.

### Projekte innerhalb der Stadtwerke Halle-Gruppe

Für den Personalbereich der SWH wurde ein Projekt zur Einführung eines elektronischen Berechtigungsmanagementsystems (BEMA) mit vorheriger Neukonzeption und Umsetzung der Berechtigungsverwaltung für alle personalwirtschaftlichen SAP-Systeme der Stadtwerkegruppe erfolgreich in den produktiven Betrieb überführt.

Die Projekte „Migration der Schleusen Fachanwendungen (Verbrauchsabrechnung Wasser/ Abwasser/ Niederschlagswasser) in die SAP IS-U Landschaft“ und „Einführung der betriebswirtschaftlichen Software SAP bei der HAVAG“ wurden im Juni 2015 bzw. im Januar 2015 erfolgreich abgeschlossen.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse der nächsten Phase (Konzeption) des Projektes zur konzernweiten Implementierung der d.3 Dokumentenmanagementsoftware für die Bereiche Vertragsmanagement, gelenkte Dokumente und Mitarbeiterqualifikation, vor der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle wird hier planmäßig die nächste Projektphase bearbeitet.

Schwerpunkte bei den Projekten für die EVH GmbH und Energieversorgung Halle Netz GmbH waren die Formatumstellungen in der Marktkommunikation, die Realisierung der Novellierung des EEG in den Abrechnungssystemen, die EEG/KWK Abrechnung Einspeisung (Netze), die Energiepreisabrechnung. Das Projekt zur Umstellung der technischen Datenbanken (ENTIS+) für den Netzservice und die Erweiterung für eine mobile Nutzung wurde planmäßig fortgesetzt.

### Umfeldaktivitäten

Im Jahr 2015 beteiligte sich die IT-Consult Halle GmbH mit eigenem Ausstellungsstand an der conHIT, der Messe für Medizin IT in Berlin. Wir organisierten 7 eigene Kundenveranstaltungen und Workshops für Kunden und Interessenten (teilweise mit Partnern) in den Themenbereichen Dokumentenmanagementsystem (DMS), KomGIS+<sup>®</sup>, Softwarelösungen für die Feuerwehr (BRAVO+), Datenschutz, IT-Sicherheit und Personalwirtschaft.

Das Partnernetzwerk im Rahmen des Kommunalen Kompetenzzentrum Mitteldeutschland KomKomM<sup>®</sup> wurde weiter gepflegt, und es fand ein Partnertreffen mit den Unternehmen Dresden-IT, Bsys und Make IT in Chemnitz statt. Die Zusammenarbeit wurde durch gemeinsame Projekte, Ausschreibungsbeteiligungen und Veranstaltungen weiter gefestigt. Seit 01. Dezember 2015 ist die ITC Mitglied im Cluster Informationstechnologie Mitteldeutschland e.V. Mehr als 35 regionale IT-Dienstleister und zahlreiche Hochschulen gehören dem Netzwerk an. Der Cluster IT Mitteldeutschland e.V. vereint Sachsen-Anhalt, Sachsen sowie Thüringen und bildet somit ein wichtiges Sprachrohr der IT-Wirtschaft.

Gemeinsam können sich die Unternehmen für die spezifischen Interessen der Branche einsetzen und effektiv angehen. dazu zählt z.B. die Fachkräftegewinnung, die Schaffung moderner IT-Strukturen oder die Interessenvertretung gegenüber Politik und Wirtschaft.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die IT-Consult Halle GmbH betreute zum Jahresende 2015 mehr als 260 Kunden. Die regionale Kundenverteilung stellt sich wie folgt dar: 55% Sachsen-Anhalt, 27% Sachsen, 5% Thüringen und 13% sonstige Bundesländer.

Der Anteil von Kunden außerhalb von Sachsen-Anhalt ist auch 2015 wieder gestiegen.

Durch den Gewinn von 2 Ausschreibungen konnte die IT-Consult Halle GmbH ihre Marktposition im Bereich Content Management Systeme auf Basis des Produktes SixCMS (Kunde: Wirtschaftsförderung Sachsen) und im Bereich SAP-Betrieb, -Betreuung und Druckservices (Kunde: DMT-Gesellschaft für Lehre und Bildung) weiter ausbauen.

Die IT-Consult Halle GmbH hat sich gemeinsam mit der Dresdner Agentur XIMA in einer EU-weiten Ausschreibung zur Neuausrichtung der Online-Kommunikation der Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH (WFS) durchgesetzt und diese gewonnen. Mit der IT-Consult Halle GmbH hat XIMA einen starken Partner für die technische Konzeption und Realisierung auf Basis SixCMS an ihrer Seite. Ziel ist es, einen innovativen Auftritt zu schaffen, welcher sowohl dem Image des Standortes Sachsen als auch den Ansprüchen an die WFS gerecht wird. Die Positionierung des Auftraggebers als professionelle Anlaufstelle mit hoher Service-Orientierung steht dabei im Vordergrund.

Eine weitere Ausschreibung konnte im Bereich SAP-Betrieb, -Betreuung und Druckservices gewonnen werden. Die DMT-Gesellschaft für Lehre und Bildung mit Sitz in Bochum ist Trägerin der Technischen Fachhochschule Georg Agricola und des Deutschen Bergbau-Museums, dem größten Bergbaumuseum der Welt. Mit rund 365.000 Besuchern pro Jahr zählt es zu den meistbesuchten Museen Deutschlands. Die technische Fachhochschule Georg Agricola für Rohstoff, Energie und Umwelt zu Bochum weist ihre Schwerpunkte in den Bereichen Geotechnik, Umwelttechnik, Zukunftsenergien und Informationstechnologie aus. Sie erhielt 1998 den Titel "University of Applied Sciences" und hat sich als Fachhochschule durch hohen wissenschaftlichen Standard und praxisnahe Konzepte innerhalb der Fachhochschullandschaft Deutschlands etabliert.

Die DMT-Gesellschaft für Lehre und Bildung schrieb die Neubeschaffung von SAP ERP 6.0 Hosting- und Dienstleistungsverträgen aus (Hosting Basisbetrieb, VPN-Verbindungen, Wartung und Service SAP HR, Serviceleistungen für SAP FI, MM und CO, Druckservice). Für diese Verträge erhielt die ITC nach einem anspruchsvollen Auswahlprozess den Zuschlag. Ab 01.12.2015 betreibt die Gesellschaft ihre SAP-Systeme im neuen ITC-Rechenzentrum, wird fachlich vom SAP-Team betreut und lässt ihre Gehaltsnachweise bei der ITC drucken und kuvertieren.

Die Ende 2014 im Rahmen von europaweiten Ausschreibungen gewonnenen Großprojekte im Bereich SAP-Einführung bei der Westfälischen Verkehrsgesellschaft in Münster und dem GFZ-Geoforschungszentrum Potsdam befanden sich 2015 in der Umsetzungsphase und werden auch 2016 weitergeführt. Aus beiden Ausschreibungen ergaben sich bereits 2015 Folgeaufträge für die ITC.

Weitere Neukunden 2015 sind in den Themenschwerpunkten Rechenzentrumsbetrieb, Dokumentenmanagement/Archiv d.3, Datenschutz- und Informationssicherheitsberatung angesiedelt.

Die mit der KID Magdeburg GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet weiter erfolgreich. Die ARGE erhielt Ende 2014 vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister für die Kommunen im Land bis 2019 weiter zu führen. Zum Ende des Jahres 2015 betrieb die ITC für 114 Kommunen in Sachsen-Anhalt (93%) diese Anwendung in ihren Rechenzentren.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Mit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme“ (IT-Sicherheitsgesetz) am 25.07.2015 müssen die Betreiber sogenannter kritischer Infrastrukturen (KRITIS) zukünftig u.a. folgende Anforderungen erfüllen:

- Einrichtung einer zentralen und jederzeit erreichbaren Meldestelle zur Sicherstellung des Informationsaustauschs mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI),
- Einhaltung verbindlicher Mindeststandards an das Informationssicherheitsmanagement und technische, organisatorische und infrastrukturelle Schutzmaßnahmen zur Gewährleistung der Informationssicherheit (der Nachweis hierfür erfolgt über entsprechende Zertifizierungen durch qualifizierte externe Auditoren),
- Meldung von IT-Sicherheitsvorfällen an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.

Darüber hinaus gelten unverändert folgende gesetzliche Anforderungen an die Unternehmen der SWH-Gruppe:

- Etablierung geeigneter Mechanismen zur anforderungsgerechten Behandlung informationssicherheitsrelevanter Risiken,
- Implementierung angemessener technischer, organisatorischer und infrastruktureller Maßnahmen zum Schutz IT-gestützter Geschäftsprozesse sowie eingesetzter Informations- und Kommunikationssysteme.

Wesentliche Gesetzesgrundlagen hierfür sind u.a.:

- Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)
  - § 11 Abs. 1a EnWG: Verpflichtung zum angemessenen Schutz gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die der Netzsteuerung dienen
- Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)
  - § 43 Abs. 1 GmbH-Gesetz (GmbHG): Verpflichtung der Geschäftsführung zur „Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes“
  - § 91 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG): Verpflichtung des Vorstandes zur Einrichtung eines Überwachungssystems, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden

- Handelsgesetzbuch (HGB)
  - § 238 HGB: Verpflichtung zur Führung der Bücher gem. den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) bzw. ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)
- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
  - § 9 BDSG: Verpflichtung zur Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen bzgl. Zutritts-, Zugangs-, Zu-griffs-, Weitergabe-, Eingabe-, Auftrags- und Verfügbarkeitskontrolle bei Erhebung, Bearbeitung oder sonstiger Nutzung personenbezogener Daten
- Telekommunikationsgesetz (TKG)
  - § 85 Abs. 2 TKG: Verpflichtung zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses
  - § 87 Abs. 1 TKG: Verpflichtung zur Sicherstellung angemessener technischer Vorkehrungen oder sonstiger Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe, äußere Angriffe und Einwirkungen von Katastrophen
- Telemediengesetz (TMG)
  - § 13 Abs. 3 Abs. 4 TMG: Verpflichtung des Diensteanbieters zur Umsetzung technischer und organisatorischer Schutzmaßnahmen
- Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)
  - § 75 Abs. 2 BetrVG: Arbeitgeber und Betriebsrat haben die freie Entfaltung der Persönlichkeit der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer zu schützen und zu fördern
  - § 87 BetrVG: Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren für das Geschäft der IT-Consult Halle GmbH sind die störungsfreie und termingerechte Bereitstellung der Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Betreuung der komplexen IT-Infrastrukturen der Kunden. Hier setzen sich immer mehr die Vereinbarung geeigneter Service Level Agreements in den Dienstleistungsverträgen durch.

Im wesentlich margenträchtigeren Projektgeschäft lassen sich für den Erfolg des Unternehmens zum einen die Höhe der erzielbaren Stunden- und Tagesverrechnungssätze für die IT-Beratungsleistungen als wichtige Erfolgsfaktor identifizieren. Hier agiert das Unternehmen derzeit immer noch häufig im mittleren bis unteren Bereich der marktüblichen Verrechnungssätze. Vor dem Hintergrund der steten Bemühungen zur Beibehaltung der angemessenen Kostenstrukturen, gelang es dem Unternehmen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr aus diesem scheinbaren Nachteil bei diversen Auftragsvergaben einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen.

Darüber hinaus ergeben sich die Erfolgsfaktoren für diesen Bereich der Geschäftstätigkeit des Unternehmens aus dem klassischen Spannungsfeld des Projekterfolgs aus Terminen, Qualität und Kosten. Die IT-Consult Halle GmbH setzt zur Sicherung der Erfolge in den Projekten für ihre Kunden eine Vielzahl von Mitarbeitern mit hoher Methodenkompetenz im Projektmanagement ein. Für die Teams SAP-Kompetenzzentrum, IT-Infrastruktur und Anwendungsbetreuung werden unter Anwendung einer Matrixorganisationsform zertifizierte Projektmanager für die Steuerung eingesetzt.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 eine Projektskizze für ein Projekt im Rahmen des Forschungsprogrammes „Medizinische Lösungen für die digitale Gesundheitsversorgung“ erstellt und beim Bundesministerium für Bildung und Forschung eingereicht.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2015 beschäftigte die IT-Consult Halle GmbH 189 Mitarbeiter.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin eine Herausforderung für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Es wird angestrebt, frühzeitig Mitarbeiterpotentiale zu entdecken und zu entwickeln. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die TalentPool-Arbeit. Im TalentPool werden Mitarbeiter der IT-Consult Halle GmbH neben weiteren Talenten der SWH-Gruppe über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig qualifiziert und anhand ihrer Kompetenzen weiterentwickelt.

Darüber hinaus ist die IT-Consult Halle GmbH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikanten und Trainees zu gewinnen.

#### **4. Lage der Gesellschaft**

##### **4.1. Ertragslage**

###### **Absatz/Umsatz/Erträge**

Die Umsatzerlöse des Unternehmens stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 % auf T€ 24.130.

###### *Umsatzerlöse Dienstleistungen für Stadt Halle*

Die IT-Consult Halle GmbH erzielte durch Dienstleistungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag für die Datenverarbeitung (IT-Vertrag) mit der Stadt Halle (Saale) im Geschäftsjahr 2015 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 4.880. Dies sind T€ 142 mehr als im Vorjahr (T€ 4.738).

###### *Umsatzerlöse Dienstleistungen für Stadtwerke Halle*

Zum 31. Dezember 2015 betragen die Umsatzerlöse für Dienstleistungen mit den Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe T€ 11.908. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 11.655) erhöhten sich die Umsatzerlöse um T€ 253.

###### *Umsatzerlöse Dienstleistungen für Dritte*

Mit einem Gesamtumsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr in Höhe von T€ 2.908 konnten das Dienstleistungs- und Projektgeschäft mit Dritten gegenüber dem Vorjahr (T€ 1.764) deutlich gesteigert werden. Die Steigerung betrug T€ 1.144.

###### *Umsatzerlöse Projektgeschäft Stadt Halle und Stadtwerke Halle*

Der Umsatz durch die Realisierung von Projekten im Umfeld der Stadtwerke Halle Gruppe und der Stadtverwaltung Halle ging im Geschäftsjahr 2015 (T€ 4.433) im Vergleich zum Vorjahr (T€ 5.095) um T€ 662 zurück.

###### **Materialaufwand**

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen bei der IT-Consult Halle GmbH Aufwendungen für Material und bezogenen Leistungen in Höhe von T€ 8.622 an (Vorjahr T€ 8.084).

Der Materialaufwand im Geschäftsjahr 2015 (T€ 4.776) sank im Vergleich zum Vorjahr (T€ 4.808) leicht um T€ 32. Die Beschaffung von IT-Infrastruktur (Hard- und Software) für die Stadt Halle und die Stadtwerkeunternehmen und Drittkunden wurde in gleichbleibenden Umfang realisiert.

###### **Bezogene Leistungen**

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen T€ 3.846 auf. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 3.275) waren das T€ 571 mehr, was vor allem auf die Unterstützung von externen Beratern und IT-Dienstleistern zur Realisierung von deutlich mehr Projekten und Aufträgen für unsere Kunden zurückzuführen war.

###### **Personalaufwand**

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen die Personalaufwendungen T€ 10.804 und befinden sich damit auf dem Niveau des Vorjahres (T€ 10.849).

###### **Abschreibungen**

Die Abschreibungen beliefen sich zum 31. Dezember 2015 auf T€ 290 und lagen mit T€ 46 über dem Vorjahreswert (T€ 244).

###### **Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Im Geschäftsjahr 2015 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 3.308 und fielen somit um T€ 206 höher aus als im Vorjahr (T€ 3.102). Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen für Instandhaltungen, Mieten und Pachten und Dienstleistungen für Telekommunikation und Datenleitungen sowie Aus- und Weiterbildung.



#### 4.1.1. Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2015 erzielte die IT-Consult Halle GmbH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 2.189 und lag damit T€ 667 über dem Vorjahreswert (T€ 1.522).

#### 4.2. Finanzlage

##### 4.2.1. Kapitalstruktur

Die IT-Consult Halle GmbH wies zum 31. Dezember 2015 ein Stammkapital in Höhe von T€ 250 aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich des Sonderpostens auf T€ 1.829. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 16 %. Gegenüber dem Vorjahr (5,8 %) erhöhte sich diese um 10,2 %.

##### Investitionen

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen in Höhe von T€ 2.027 getätigt (Vorjahr T€ 255). Diese betrafen Investitionen in Server und Netzwerktechnik, Ausrüstung für Mitarbeiter und insbesondere die nichtförderfähigen Eigenmittel für den Ersatzneubau des Rechenzentrums 1.

##### 4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2015 im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt.

Die Stadtwerke Halle GmbH stellt der IT-Consult Halle GmbH einen unbefristeten Cash-Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 500 zur Verfügung, so dass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

#### 4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2015 betrug die Bilanzsumme der IT-Consult Halle GmbH T€ 11.424 und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 8.935) um T€ 2.489.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um T€ 1.737 auf T€ 2.248 und das Umlaufvermögen von T€ 8.303 auf T€ 8.950. Die Erhöhung des Anlagevermögens beruhte im Wesentlichen auf der Investition in den Ersatzneubaus des Rechenzentrums 1. Die Steigerung im Umlaufvermögen (+ T€ 647) ist vor allem auf die Bewertung unfertiger Leistungen im Rahmen von Projekten zurückzuführen.

Die Passivseite stieg im Wesentlichen durch die Ausweisung eines Sonderpostens für eine Investitionszulage (Fluthilfe) für den Ersatzneubau des Rechenzentrums (+ T€ 1.307). Darüber hinaus wies die Bilanz höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+ T€ 69) und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen insbesondere wegen der Ergebnisabführung an die SWH (+ T€ 566) aus.

#### 4.4. Gesamtaussage

Insgesamt setzte sich im Jahr 2015 die positive Ergebnisentwicklung fort. Das Unternehmen konnte sich mit weiteren erfolgreich akquirierten und realisierten großen Kundenaufträgen als anerkannter Marktteilnehmer etablieren.

Eine Ende des Jahres 2015 durchgeführte Kundenzufriedenheitsbefragung im Gesellschafterumfeld (Stadt Halle und Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe) gab wertvolle Indikationen und Impulse für die Verbesserung der Dienstleistungen der IT-Consult Halle GmbH in den nächsten Jahren.

Im Rahmen der aktiven Nachfolge- und Führungspositionen-Besetzungsplanung konnten unter Inanspruchnahme des stadtwerkweiten Talentpoolprogrammes erfolgreich Mitarbeiter entwickelt werden.

Das geplante positive Jahresergebnis für 2015 wurde zur Zufriedenheit der Geschäftsführung übertroffen.

## 5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2015 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die IT-Consult Halle GmbH notwendig machen würden.

## 6. Chancen- und Risikobericht

### 6.1. Risikomanagementsystem

#### 6.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

#### 6.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

#### 6.1.3. Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und bewertet.

Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt, Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden in den sogenannten Riskmaps Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Sie werden standardisiert dem zentralen Risikomanagement der Stadtwerke Holding gemeldet. Dort werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln (Schadenshöhe) im Folgejahr voraussichtlich (Eintrittswahrscheinlichkeit) haben werden. Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. die Aufsichtsräte der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

## 6.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2015 wurden bei der IT-Consult Halle GmbH insgesamt 14 Risiken erfasst, dieses bedeutete zum Vorjahr keine Zu-/Abnahme von Einzelrisiken. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 4 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	3	0	2
Beschaffungsmarkt	3	0	1
Konkurrenzunternehmen	2	0	0
Recht und Politik	2	0	1
Technologische Entwicklungen	1	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>14</b>	<b>0</b>	<b>4</b>

## 6.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

## 7. Prognosebericht

Zukünftig werden die Wachstumstreiber in den Kernbereichen der IT-Consult Halle GmbH weiter Bestand haben. Hierzu zählen weiterhin:

- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der Stadtwerke Halle, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- die qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Entsorgungsleistungen für die Unternehmen EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS.

Speziell die gesetzlichen Anforderungen in der Energiewirtschaft und die Energiewende stellen stetig neue Anforderungen an die Unternehmen. Darüber hinaus ergeben sich auch aus den verstärkten Konsolidierungsanforderungen in den Kommunen und der sich ausweitenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen neue Handlungsfelder für das Unternehmen:

- die Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und der Ablauforganisation und des effektiven und effizienten Softwareeinsatzes für die Unternehmen der Stadtwerke Gruppe;
- der Ausbau des IT-Beratungsgeschäfts (Projektmanagement, Prozessberatung, IT-Sicherheit, Datenschutz);
- die Erweiterung der Betriebsführungskapazitäten im SAP-Umfeld;
- die Vermarktung und Weiterentwicklung des Produktes EnTAM+, eines energietechnischen Informationssystems für Stadtwerke, Elektromontageunternehmen und Bauämter;
- die Übernahme der Komplettbetreuung der Datenverarbeitung weiterer kommunaler Auftraggeber (IT-Betriebsführung);
- die Entwicklung spezieller Lösungen für human- und sportmedizinische Einrichtungen sowie
- aufbauend auf die vorhandene Kompetenz im Bereich Internet/Intranet die Schaffung und Vermarktung weiterer vermarktungsfähiger Lösungen.

### **7.1. Umsatzentwicklung**

Der Umsatz 2016 gliedert sich in vier Hauptkategorien. Dies sind die Umsätze aus dem

- Outsourcing-/ Dienstleistungsgeschäft für die Stadt Halle (2016: ca. 5,0 Mio.€)
- Outsourcing-/ Dienstleistungsgeschäft für die SWH-Gruppe (2016: ca. 13,3 Mio.€),
- Projektgeschäft für die Stadt Halle und für die SWH-Gruppe (2016: ca. 2,4 Mio. €) sowie
- Drittgeschäft (2016: ca. 2,0 Mio. €).

Die Erhöhung des Gesamtumsatzes mit den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe resultiert maßgeblich aus der Anpassung der Dienstleistungsverträge an den über die Jahre deutlich gestiegenen Umfang der von ITC angefragten Leistungen, dem Projektgeschäft (Enhancement Packages Upgrade SAP Core, SAP IS-U), dem Betrieb des Abrechnungssystems der HWS, der Übernahme zusätzlicher Abrechnungsdienstleistungen (z.B.: EEG-Abrechnung) und der Übernahme des Einkaufes für Hard- und Software.

### **7.2. Investitionen**

Die Investitionen sind notwendig, um die geplanten Dienstleistungen zu erbringen (ASP – Application Service Providing, Cloud+), die wachsenden Anforderungen unserer Internetdienstleistungen zu sichern, dem benötigten erhöhten Speicherbedarf und der notwendigen Prozessorleistung Rechnung zu tragen, das Telekommunikationskonzept der Stadtwerke umzusetzen und die technische Ausrüstung der Mitarbeiter auf dem Stand der Technik zu gewährleisten. Für die Erneuerung von Servern (Druckaufbereitung, ESX-Verwaltungsserver, Server für Fachanwendungen Archivsystem, Domaincontroller) ist 2016 ein Investitionsvolumen von ca. T€ 90, für die aktive Netzwerktechnik ca. T€ 45, für Telekommunikationstechnik ca. T€ 757, für die Ausrüstung der Mitarbeiter der ITC sind T€ 45 und für Softwarelizenzen ca. T€ 70 geplant.

Der gegenüber normalen Planjahren erhöhte Investitionsbedarf in 2016 in Höhe von insgesamt T€ 1.007 resultiert aus den geplanten anteiligen Investitionskosten (T€ 757) für eine neue zentrale Telefonanlage für den Stadtwerkekonzern.

### **7.3. Finanzierung**

Eine Aufnahme von Fremdmitteln zur Finanzierung der Investitionen ist nicht notwendig.

### **7.4. Ergebniserwartung**

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von T€ 1.599.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

## Meter1 GmbH & Co. KG

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Bornknechtstraße 5  
06108 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH & Co. KG  
**Haftkapital in T€:** 2.500

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
EVH GmbH	833	33 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	833	33 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>
Stadtwerke Leipzig GmbH	833	33 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister. Dazu gehören insbesondere die Beschaffung von Zählern und den zugehörigen Kommunikations- und Datenmanagementsystemen und deren Betrieb, sowie das Ablesen, Speichern, Weiterleiten und Verarbeiten von Zählerdaten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft soll sich auf die Netzgebiete der Gesellschafter oder mit ihnen verbundener Unternehmen und auf den gesamtdeutschen Raum als zusätzliches Vertriebsgebiet erstrecken.
- (2) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens mittelbar oder unmittelbar zu fördern. Sie kann auch gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Meter1 GmbH & Co. KG findet sich in § 128 Abs. 2 KVG LSA. Es handelt sich um ein Dienstleistungsunternehmen für den Bereich der Energieversorgung.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Dr. Füller, Ralfdieter (bis 07.12.2015)  
Glück, Jens (seit 08.12.2015)

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	0	0	121	13	141	22	-121	-100
Umlaufvermögen	468	62	722	79	496	77	-254	-35
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2	0	4	1	-1	-50
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	293	38	69	8			224	325

<b>Bilanzsumme</b>	<b>762</b>	<b>100</b>	<b>914</b>	<b>100</b>	<b>641</b>	<b>100</b>	<b>-152</b>	<b>-17</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	0	0	0	0	363	57	0	0
Rückstellungen	51	7	80	9	117	18	-29	-36
Verbindlichkeiten	711	93	834	91	161	25	-123	-15

<b>Bilanzsumme</b>	<b>762</b>	<b>100</b>	<b>914</b>	<b>100</b>	<b>641</b>	<b>100</b>	<b>-152</b>	<b>-17</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	490	636	475
sonstige betriebliche Erträge	345	64	19
Materialaufwand	353	495	426
Personalaufwand	309	352	347
Abschreibungen	59	59	297
sonstige betriebliche Aufwendungen	301	370	279
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	36	6	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-223	-582	-854
sonstige Steuern	1	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-224	-582	-854
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-224	-582	-854
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-45,65	-91,61	-179,57	%
Eigenkapitalrentabilität:			-70,14	%
Cash-Flow:	-164	-523	-556	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	139	117	82	T€
Personalaufwandsquote:	37,00	50,34	70,14	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	7,62	8,07	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	56,68	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	43,32	%

## ee) Leistungsdaten

keine Angaben

## **e) Lagebericht**

### **1. Grundlagen**

#### **1.1 Allgemeine Geschäfts- und Rahmenbedingungen**

Im Februar 2015 veröffentlichte das BMWi ein Eckpunktepapier, das die wesentlichen Rahmenbedingungen für das noch ausstehende rahmengebende Verordnungspaket skizzierte. Aus dem Eckpunktepapier wurde deutlich, dass sich wesentliche Rahmenbedingungen für Messstellenbetreiber und Messdienstleister bezüglich der Menge der verpflichtend auszurollenden Messsysteme sowie der Erlösmöglichkeiten über eine eng bemessene Preisobergrenze sehr deutlich verschlechterten. Zudem wurde der frühestmögliche Rollout erster Messsysteme auf Anfang des Jahres 2017 datiert. Das erwartete Verordnungspaket ging allerdings erst im September 2015 in einem Referentenentwurf zum „Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende“ (DigEG) auf. Der Kabinettsbeschluss zu diesem Entwurf erfolgte dann im November des Jahres, so dass bereits Ende 2015 absehbar war, dass das weitere Gesetzgebungsverfahren frühestens Ende der ersten Jahreshälfte 2016 abgeschlossen sein dürfte.

Die hier beschriebenen Rahmenbedingungen führten dazu, dass eine Entfaltung des Marktes auch 2015 nicht stattgefunden hat.

#### **1.2 Geschäft und Geschäftsgegenstand**

Durch die schärferen Rahmenbedingungen des im Eckpunktepapier bereits skizzierten Gesetzentwurfs zur Digitalisierung der Energiewende ist zu erwarten, dass für viele Energieversorger ein großer Handlungsdruck entsteht, da diese auf die Rolloutverpflichtung sowie die damit zusammenhängende verpflichtende Gateway Administration nicht ausreichend vorbereitet sind bzw. diese nicht mehr wirtschaftlich erbringen. Im Gesetzesentwurf besteht hierfür die Möglichkeit den intelligenten Messstellenbetrieb auszuschreiben und aus der eigenen Hand zu geben oder aber über Kooperationen oder die Vergabe an Dienstleister (etwa für Gateway Administration) erbringen zu lassen.

Dies eröffnet insbesondere größeren Unternehmen, die selbst schon über eine große Anzahl intelligenter Messsysteme verfügen, oder hochspezialisierten Dienstleistern (speziell für Gateway Administration) neue Marktchancen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sich dieser Markt aufgrund der hohen Spezialisierungserfordernisse und des hohen Kostendrucks spätestens mittelfristig deutlich konsolidiert und es nur noch eine sehr kleine Anzahl dieser Dienstleister geben wird, auf die sich der Markt verteilt.

Meter1 hatte u.a. geprüft und erarbeitet, inwieweit die Gründung einer Kooperationsgesellschaft für Gateway Administration und Meter Data Management den künftigen Anforderungen des Marktes gerecht werden kann und gegenüber den Gesellschaftern dieser Gesellschaft marktkonforme Preise anbieten kann. Über die Gründung dieser Kooperationsgesellschaft sollte mit Verrechtlichung der ausstehenden Verordnungen entschieden werden. Parallel zu diesem Prozess wurde von den Gesellschaftern der Meter1 geprüft, ob Meter1 unter den verschärften Rahmenbedingungen der sich abzeichnende Verrechtlichung wirtschaftlich erfolgreich arbeiten kann und welche Geschäftsgrundlage Meter1 nach einer etwaigen Gründung einer derartigen Kooperationsgesellschaft noch hätte.

Im Ergebnis dieser Diskussion der Gesellschafter wurde Anfang April des Geschäftsjahres von den Gesellschaftern entschieden, dass die Meter1 zum Ende des Geschäftsjahres 2015 den operativen Betrieb der Gesellschaft einstellt.

#### **1.3 Wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft**

Aufgrund des Beschlusses der Gesellschafter zur Einstellung des operativen Geschäfts zum Ende des Geschäftsjahres 2015 stand das Geschäftsjahr ganz im Zeichen bis Ende des Jahres alle vorhandene Mess- und Kommunikationstechnik und Kundenprojekte zu verkaufen und alle Dienstleistungsverträge zu kündigen. Bis zum 31.12.2015 wurde das Bestandsgeschäft ordnungsgemäß betrieben und hieraus wie geplant Erlöse erzielt.

Weiterhin wurde durch den o.g. genannten Verkauf der Mess- und Kommunikationstechnik sowie der Kundenprojekte ungeplante Erlöse erzielt und die vorhandene Liquidität stark erhöht. Auf die Forderungen aus dem Gesellschafterdarlehen in Höhe von T€ 600 haben die Gesellschafter formal per Gesellschafterbeschluss vom 05., 08. bzw. 09.02.2016 verzichtet. In der Folge kann die Meter1 als gesellschaftsrechtliche Hülle auch in 2016 weitergeführt werden, ohne dass ein zusätzlicher Kapitalbedarf entsteht.



## **2. Lage der Gesellschaft**

### **2.1 Ertragslage**

Im Geschäftsjahr 2015 erwirtschaftete die Meter1 GmbH & Co. KG einen Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 224. Dieser wurde auf den Verlustvortragskonten der Gesellschaft verbucht.

### **2.2 Absatz/Umsatz/Erträge**

#### ***Umsatz Messdienstleistung / Messstellenbetrieb / Projektierung***

Die Gesellschaft erzielte aus Dienstleistungen für Messung, Messstellenbetrieb sowie Installation Umsatzerlöse in Höhe von T€ 490.

#### ***Betriebliche Erträge***

Im abgelaufenen Geschäftsjahr generierte das Unternehmen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von T€ 345.

### **2.3 Variable Aufwendungen**

In der Meter1 GmbH & Co. KG fielen im Geschäftsjahr 2015 Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von € 353.640 an. Die bezogenen Leistungen umfassen hauptsächlich Aufwendungen für Fernauslesung, Dienstleistungen an Kundenanlagen, DV-Dienstleistungen sowie die Geschäftsbesorgungsverträge mit der EVH GmbH bzw. der Stadtwerke Halle GmbH.

### **2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Zum 31. Dezember 2015 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen € 300.681.

### **2.5 Personal- und Sozialbereich**

Zum 31. Dezember 2015 waren sieben Mitarbeiter bei der Meter1 GmbH & Co. KG beschäftigt, davon befand sich eine Mitarbeiterin in Elternzeit. Für das Personal wandte das Unternehmen € 309.012 auf.

### **2.6 Liquidität**

Die Meter1 GmbH & Co. KG wies am 31. Dezember 2015 einen positiven Finanzmittelbestand in Höhe von € 249.714 aus.

Aufgrund der Einstellung des operativen Geschäfts zum 31.12.2015 tätigte die Gesellschaft im Geschäftsjahr keine Investitionen mehr in das Anlagevermögen.

Für das im Geschäftsjahr 2014 gewährte Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt € 600.000 erklären die Gläubiger per Gesellschafterbeschluss vom 05., 08. bzw. 09.02.2016 den formalen Verzicht auf die Rückführung der vorgenannten Forderungen einschließlich aller Zinsansprüche. Damit ist die Liquidität auch im Jahr 2016 sichergestellt.

### **2.7 Vermögenslage**

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Jahresende € 762.475.

## **3. Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

**4. Risiko-/Prognosebericht**

Für das im Geschäftsjahr 2014 gewährte Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt € 600.000 erklären die Gläubiger per Gesellschafterbeschluss vom 05., 08. bzw. 09.02.2016 den formalen Verzicht auf die Rückführung der vorgenannten Forderungen einschließlich aller Zinsansprüche. Damit ist die Liquidität auch im Jahr 2016 sichergestellt.

Durch den Verkauf der Technik sowie dem formalen Verzicht der Gläubiger auf die Ansprüche aus dem gewährten Gesellschafterdarlehen per 30.06.2016 ist eine voll ausreichende Liquidität für 2016 gesichert.

## Meter1 Verwaltung GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz  
**Anschrift:** Bornknechtstraße 5  
 06108 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 25

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
EVH GmbH	8	33 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	8	33 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>
Stadtwerke Leipzig GmbH	8	33 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister ist. Dazu gehören insbesondere die Beschaffung von Zählern und den zugehörigen Kommunikations- und Datenmanagementsystemen, deren Betrieb, sowie das Ablesen, Speichern, Weiterleiten und Verarbeiten von Zählerdaten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft soll sich auf die Netzgebiete der Gesellschafter oder mit ihnen verbundener Unternehmen und auf den gesamtdeutschen Raum als zusätzliches Vertriebsgebiet erstrecken.

### Öffentlicher Zweck:

Gegenstand des Unternehmens ist als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister ist.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Dr. Füller, Ralfdieter (bis 07.12.2015)  
 Glück, Jens (seit 08.12.2015)

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Umlaufvermögen	65	100	92	98	61	99	-27	-29
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	2	2	1	1	-2	-100

<b>Bilanzsumme</b>	<b>65</b>	<b>100</b>	<b>94</b>	<b>100</b>	<b>62</b>	<b>100</b>	<b>-29</b>	<b>-31</b>
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	31	47	30	31	28	46	1	3
Rückstellungen	28	43	33	36	21	33	-5	-15
Verbindlichkeiten	6	10	31	33	13	21	-25	-81

<b>Bilanzsumme</b>	<b>65</b>	<b>100</b>	<b>94</b>	<b>100</b>	<b>62</b>	<b>100</b>	<b>-29</b>	<b>-31</b>
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	121	162	125
sonstige betriebliche Erträge	13	8	11
Materialaufwand	5	5	5
Personalaufwand	120	151	123
sonstige betriebliche Aufwendungen	8	13	7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	1	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	1

### cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,87	0,65	0,85	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,57	3,70	3,84	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	89,42	88,67	90,15	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	47,24	31,26	46,30	%
Fremdkapitalquote:	52,76	68,74	53,70	%

**ee) Leistungsdaten**

keine Angaben

## M-Exchange AG

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Haus Sülz 6  
53797 Lohmar

**Rechtsform:** AG  
**Stammkapital in T€:** 100

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
WV Energie AG Frankfurt	93	93,00
Stadtwerke Halle GmbH	7	7,00

#### Gegenstand des Unternehmens:

Der Aufbau, Betrieb und Betreuung von elektronischen Marktplätzen im Internet, die Vermarktung und Vermittlung von IT-Dienstleistungen aller Art, sowie die Erbringung von Informationstechnologischen Diensten, Beratungs- und Programmierdienstleistungen mit Schwerpunkt auf die Versorgungs- und Verkehrswirtschaft.

#### Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen betreibt und betreut elektronische Marktplätze im Internet. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung zu sehen, da auch örtliche Unternehmen von dem Vorhandensein dieser elektronischen Marktplätze profitieren.

### b) Besetzung der Organe

**Vorstand:**

Berner, Manfred	(bis 31.05.2015)
Dold, Markus	(seit 01.06.2015)
Kofler, Michael	(seit 01.06.2015)

**Aufsichtsrat:**

Vorsitzender	Gieske, Hartmut
stellv. Vorsitzender	Müller-Urlaub, Berthold
	Bettelhäuser, Heinrich
	Helbig, Andreas
	Meier-Berberich, Jörn
	Pehlke, Guntram

	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
<b>Aufsichtsrat</b>	16	17	23

## c) Beteiligungen

### unmittelbar

M-Exchange Solutions GmbH

T€	%
9	25,00

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	422	42	460	58	232	50	-38	-8
Umlaufvermögen	539	53	317	40	178	39	222	70
Rechnungsabgrenzungsposten	51	5	18	2	50	11	33	183
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.012</b>	<b>100</b>	<b>795</b>	<b>100</b>	<b>460</b>	<b>100</b>	<b>217</b>	<b>27</b>
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	310	31	287	36	264	57	23	8
Rückstellungen	153	15	102	13	98	22	51	50
Verbindlichkeiten	473	47	392	49	65	14	81	21
Rechnungsabgrenzungsposten	76	7	14	2	33	7	62	443
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.012</b>	<b>100</b>	<b>795</b>	<b>100</b>	<b>460</b>	<b>100</b>	<b>217</b>	<b>27</b>

**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.852	1.247	1.045
sonstige betriebliche Erträge	103	112	43
Materialaufwand	568	188	165
Personalaufwand	419	306	169
Abschreibungen	142	91	91
sonstige betriebliche Aufwendungen	807	750	642
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7	1	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23	23	21
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	23	23	21
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	178	156	136
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	2	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	199	178	156

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,23	1,87	1,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	20,56	21,30	19,06	%
Cash-Flow:	165	114	112	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	326	453	272	T€
Personalaufwandsquote:	21,43	22,48	15,56	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,39	1,31	1,33	%
Eigenkapitalquote:	30,61	36,13	57,41	%
Fremdkapitalquote:	69,39	63,87	42,59	%

**ee) Leistungsdaten**

keine Angaben



## e) Lagebericht

### Lagebericht des Vorstandes zum Geschäftsjahr 2015

Das Jahr 2015 verlief für die M-Exchange besser als geplant. Obwohl die Ausgaben für Vertrieb und Marketing nochmals um 50% gegenüber 2014 gesteigert wurden und die Abschreibungen deutlich höher sind als in 2014, liegt das Ergebnis mit 22.713 € nur leicht schlechter als in 2014. Dies ist i.W. den um 48% deutlich gesteigerten Umsatzerlösen zu verdanken, die auf das Geschäftsfeld e-Procurement zurückzuführen sind. Im Energiemanagement konnten die Umsatzrückgänge, die durch den Wegfall des EM-Vertriebsplattform Geschäfts entstanden sind, nicht kompensiert werden.

Die Eigenkapitalquote verschlechtert sich trotz gestiegenem Eigenkapital von 36% auf 31%. Dies ist auf das starke Jahresendgeschäft zurückzuführen. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBITDA) um 39% gestiegen.

Die hohen Abschreibungen, die aus fortlaufenden Investitionen in Software und Rechenzentrum resultieren, sind im Jahr 2015 32% über Plan. Allerdings haben die neu entwickelten Module im e-Procurement auch weiterhin deutlich zur Umsatzsteigerung beigetragen.

Der operative Umsatz (ohne sonstige betriebliche Erträge) konnte um 48% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Im Bereich Energiemanagement konnten die starken Vorjahreswerte nicht erreicht werden (-14%). Dies konnte der Bereich e-Procurement jedoch mit einer Steigerung um 93% deutlich überkompensieren.

Im Geschäftsfeld e-Procurement lag der Fokus einerseits in der Gewinnung von Neugeschäft als auch in der Ausweitung des Geschäfts mit den Bestandskunden über neue Softwaremodule. Die Neukundengewinnung stand im Jahr 2015 allerdings im Vordergrund. Die in 2014 eingeleitete Vertriebsoffensive verschaffte M-Exchange das deutliche Umsatzwachstum im e-Procurementbereich und hier vor allem bei den Projekterträgen. Eine Reihe neuer Kunden wurde in 2015 gewonnen. Unter anderem sind hier folgende Projekte zu nennen: Ein Großprojekt bei der ÖBB. Hier wurde eine Bestellplattform eingeführt, welche sogar einen Preis für ihr E-Procurement System erhalten hat. Die M-Exchange wurde als wesentlicher Erfolgsfaktor erwähnt. Weitere Neukundenprojekte waren: die Einführung eines E-Procurementsystems für die PORR AG, die Einführung einer E-Procurementlösung bei der Proservice GmbH, ein Katalogsystem bei RAG (Rohöl-Aufsuchungs AG) und ein Ordermanagementsystem bei der ZHS Office- & Facilitymanagement GmbH. Darüber hinaus konnte Herr Dold ein Projekt bei der Siegwirk Druckfarben AG akquirieren, wo durch M-Exchange eine Packmitteldatenbank sowie ein OAT & Katalogmanagementsystem bereitgestellt wird.

Der Rückgang im Bereich EM ist durch die Einstellung des Betriebs der in 2011 installierten Software der Wilken GmbH für die Verbrauchsabrechnung (VA) von Energieversorgern zurückzuführen, die nur für den Mehrheitsaktionär WV Energie AG zum Einsatz kam. Der Betrieb wurde in 2014 eingestellt. In 2015 konnte M-Exchange kein vergleichbares Produkt an den Markt bringen, da sich em.serv (Schwestergesellschaft der M-Exchange) für eine andere Softwarelösung von SDK GmbH entschieden hat. In 2015 konnten leider noch keine Gebühren für die SDK Vertriebsplattform erzielt werden, da sich die Migration aus dem Rechenzentrum/Haubner der em.serv auf 2016 verschoben hat.

In 2015 wurde weiter deutlich in den Vertrieb investiert. Zum einem sind die Marketingkosten gestiegen, zum anderen die Reisekosten. Die erhöhten Reisekosten waren ein Nebeneffekt des Großprojekts bei der ÖBB, da hier viele Präsenztermine notwendig waren. Die Reisekosten wurden in die Budgetkalkulation des Projekts eingerechnet und somit vom Kunden getragen.

Die Marketingkosten waren vor allem durch die externe Vertriebsagentur geprägt. Die hohe Anzahl an Neukunden zeigt, dass der eingeschlagene Pfad der richtige ist.

Im 2. Halbjahr 2015 wurden allerdings auch die Weichen für einen stärkeren Ausbau der EM-Produkte gestellt. Es wurden Vertriebs-Spezialisten beauftragt, damit M-Exchange den richtigen Weg in 2016 einschlagen kann.

Die Personalkosten waren in 2015 deutlich über Plan. In 2015 wurde der Vorstand der M-Exchange AG umstrukturiert. Außerdem mussten IT-Ressourcen aufgebaut werden, um den Aufwänden, die durch die deutlich gestiegenen Projektumsätze hervorgerufen wurden, gerecht zu werden.

Die Steigerung der Sachkosten vom Geschäftsjahr 2013 zu 2014 konnte in 2015 aufgefangen werden. Die Sachkosten befinden sich in 2015 nur 2% über 2014. In den einzelnen Posten gibt es allerdings Abweichungen. Die gravierendsten sind deutlich gestiegene Vertriebsaufwände. Dem stehen deutlich gesunkene Aufwände für IT und Verwaltung entgegen. Gegenüber der Planung konnte die ambitionierte Kostenreduktion gegenüber 2014 nicht erreicht werden. Hier sind vor allem die Vertriebsaufwände über Plan.

Die M-Exchange finanziert ihr Geschäft und ihre Investitionen komplett aus eigener Kraft. Die Kreditlinie, die der M-Exchange zur Verfügung steht, musste allerdings aufgrund des starken Projektgeschäftes in 2015 vermehrt in Anspruch genommen werden.

Die Bilanz weist ein positives Eigenkapital in Höhe von € 309.929,02 auf.

Die bereits in 2011 bis 2013 vorgenommenen substanziellen Investitionen in die Weiterentwicklung der Software-Plattformen hat M-Exchange auch in 2015 in Höhe von T€ 116,7 ausgebaut, um weiterhin den technologischen Marktstandard im e-Procurement halten zu können. Diese Investitionen haben im laufenden Jahr und werden in den kommenden Jahren zu entsprechend erhöhten Abschreibungen führen.

Ausblick: Die Aussichten sind im Geschäftsfeld e-Procurement gut. Die Vertriebs- und Marketingoffensive sollte neue Kunden bringen, belastet allerdings auch die Kostenseite nicht unerheblich. Darüber hinaus wird die sehr gute Unterstützung durch den Beirat aus Bestandskunden weiterhin positive Früchte tragen.

Im Bereich Energiemanagement hängt die Entwicklung sehr stark von der weiteren Entwicklung der Kunden der em.serv hat. Dies birgt ein Risiko für M-Exchange, da sie diese Entwicklung nicht beeinflussen kann. Aus diesem Grund hat M-Exchange bereits im 2. Halbjahr 2015 die Weichen für einen stärkeren Ausbau der EM-Produkte gestellt (siehe oben).

Insgesamt rechnet der Vorstand im Geschäftsjahr 2016 mit keiner Ertragssteigerung gegenüber 2015 aufgrund der weiterhin hohen Marketingkosten zum Ausbau des Geschäfts im e-Procurement und den steigenden Personalaufwänden.

Die Position der M-Exchange am Markt ist gefestigt und das Unternehmen ist für ein mittelfristig zu erwartendes Marktwachstum gut positioniert.

Bestandsgefährdende Risiken sind nach heutiger Einschätzung nicht gegeben, wobei die Auswirkungen eines möglichen Rechtsstreits mit der neuen Inhabefirma der Commerce One Software immer noch nicht konkret einzuschätzen sind. Die Wahrscheinlichkeit einer juristischen Auseinandersetzung ist allerdings geringer geworden.

Die Forderungen gegenüber den Kunden sind nach heutiger Einschätzung nicht gefährdet. Das Zahlungsverhalten der Kunden ist gut. Da die Risiken im M-Exchange Modell durch die festen monatlichen Gebühren gut überschaubar sind, sieht der Vorstand keine Risiken in der Liquidität bzw. einem Forderungsausfall. Das steigende Projektgeschäft verlangt allerdings eine ständige Kontrolle der liquiden Mittel. Durch die vorgenommenen Investitionen in die Weiterentwicklung der Software-Plattformen ist M-Exchange AG weiter auf dem technologischen Marktstand. Auch zukünftig werden in diesem Bereich Investitionen notwendig sein. Ebenso wird M-Exchange verstärkt in Vertrieb- und Marketing investieren, um insbesondere die Gewinnung von Neugeschäft zu beschleunigen.

Da die M-Exchange nur 5 fest angestellte Mitarbeiter + Vorstand hat und viele Dienstleistungen insbesondere in IT, Vertrieb und Marketing extern beauftragt, gibt es ein permanentes Risiko des Know-How Verlustes bei Weggang von Personal oder Trennung von externen Mitarbeitern.

Die Positionierung des Unternehmens als individueller Plattformanbieter im Bereich der elektronischen Beschaffung und des Energiemanagements für Versorgungs- und Verkehrsunternehmen und die eingeleitete Ausdehnung auf andere Branchen bietet mittelfristig das Potenzial für ein marktgerechtes Wachstum.

Im Jahr 2015 ist der Alleinvorstand Manfred Berner aus dem Vorstand ausgeschieden. Eine Nachfolgeregelung wurde durch den damaligen Vorstand Manfred Berner sowie den Aufsichtsrat und den Mehrheitsaktionär gemeinsam erarbeitet. Das Ergebnis war, dass fortan zwei Vorstände und ein Prokurist die Geschäfte der M-Exchange führen sollen. Die Wahl fiel auf den bisherigen technischen Leiter der M-Exchange AG, Markus Dold, als technischen Vorstand, auf den Geschäftsführer der Schwestergesellschaft PSG GmbH, Michael Kofler, als kaufmännischen Vorstand und auf den Leiter Controlling der PSG GmbH, Sebastian Jung, als Prokuristen.

#### **Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen**

„Die M-Exchange AG hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

## RAB Halle GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

<b>Anschrift:</b>	Sitz der Gesellschaft: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz	Postanschrift: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)						
<b>Rechtsform:</b>	GmbH							
<b>Stammkapital in T€:</b>	300							
<b>Gesellschafter:</b>		<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 80%;"></th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">T€</th> <th style="width: 10%; text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="padding-left: 20px;">Stadtwerke Halle GmbH</td> <td style="text-align: center;">300</td> <td style="text-align: center;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>		T€	%	Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00
	T€	%						
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00						

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden sowie das Handeln und Vermitteln aller nicht gefährlichen Abfallarten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

### Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Arndt, Michael

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
<b>Aktiva</b>	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	2.386	77	2.600	76	2.625	66	-214	-8
Umlaufvermögen	717	23	843	24	1.358	34	-126	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0	0	0

<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.103</b>	<b>100</b>	<b>3.443</b>	<b>100</b>	<b>3.983</b>	<b>100</b>	<b>-340</b>	<b>-10</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	1.708	55	1.708	50	1.708	43	0	0
Rückstellungen	197	6	100	3	102	3	97	97
Verbindlichkeiten	1.198	39	1.635	47	2.173	54	-437	-27

<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.103</b>	<b>100</b>	<b>3.443</b>	<b>100</b>	<b>3.983</b>	<b>100</b>	<b>-340</b>	<b>-10</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.080	4.920	4.891
sonstige betriebliche Erträge	59	141	122
Materialaufwand	3.849	3.706	3.767
Personalaufwand	206	180	134
Abschreibungen	589	543	519
sonstige betriebliche Aufwendungen	237	277	251
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23	32	42
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	237	324	305
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	10	
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	225	311	302
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,43	6,32	6,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,17	18,22	17,71	%
Cash-Flow:	814	854	821	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.285	1.265	1.857	T€
Personalaufwandsquote:	4,00	3,55	2,67	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,86	75,49	65,86	%
Eigenkapitalquote:	55,05	49,60	42,88	%
Fremdkapitalquote:	44,95	50,40	57,12	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	64.694,00	61.705,09	60.185,18	Mg
gesicherte Kapazitäten	70.000,00	70.000,00	70.000,00	Mg/a

**e) Lagebericht**

- 1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**
  - 1.1. Geschäftsmodell
    - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
    - 1.1.2. Geschäftsfelder
  - 1.2. Ziele und Strategien
  - 1.3. Steuerung
  - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
  - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
  - 2.2. Arbeitsmarkt
  - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
  - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
  - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
  - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
  - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
  - 3.5. Forschung und Entwicklung
  - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
  - 4.1. Ertragslage
  - 4.2. Finanzlage
    - 4.2.1. Kapitalstruktur
    - 4.2.2. Investitionen
    - 4.2.3. Liquidität
  - 4.3. Vermögenslage
  - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Chancen- und Risikobericht**
  - 6.1. Risikomanagementsystem
  - 6.2. Chancen und Risiken
  - 6.3. Gesamtbild
- 7. Prognosebericht**
  - 7.1. Umsatzentwicklung
  - 7.2. Investitionen
  - 7.3. Finanzierung
  - 7.4. Ergebniserwartung

**1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt konsequent auf die Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle sowie Abfälle aus der mechanischen Behandlung annimmt.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die RAB Halle GmbH nicht.

### 1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft fungiert im Kerngeschäft ihres Daseins als beauftragter Dritter der Stadt Halle (Saale) und übernimmt die überlassungspflichtigen Abfälle des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Sortierung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert zugleich das Hauptgeschäft der Gesellschaft.

Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch gewerbliche Spotmengen aus unterschiedlichen Produktionsbereichen. Mit verschiedenen Alternativen wie der Herstellung von Fraktionen für die Vergärung, die reine Verbrennung oder die Mitverbrennung als Ersatzbrennstoffe bietet die Gesellschaft qualifizierte Wahlmöglichkeiten.

### 1.2. Ziele und Strategien

Die Gesellschaft strebt über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus und will mit einem hohen Grad die stoffliche Verwertung forcieren sowie die alternative Energieerzeugung mit einem Sekundärrohstoff unterstützen. In der effizienten Nutzung von Biogas oder mittelkalorischem Ersatzbrennstoff für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von metallischen Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine umfassende Ressourcenwirtschaft, gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Sicherung des umfangreichen Leistungsportfolios hat die RAB Halle GmbH bereits in den Vorjahren mit dem Aufbau eines eigenen Mitarbeiterstammes für die Betriebs- und Schichtleitung, vor dem Hintergrund das notwendige Know-How für ein durchgängiges Drei-Schicht-System zu binden, begonnen und im Geschäftsjahr 2014 vorerst abgeschlossen. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt.

### 1.3. Steuerung

Die interne Organisation der RAB Halle GmbH ist in die Struktureinheiten der Technischen Betriebsführung und der Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen, um zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Durch die Implementierung der notwendigen innerbetrieblichen Struktur im Rahmen der operativen Leistungserbringung konnte die RAB Halle GmbH wichtiges Know-How in der Gesellschaft binden und einen nahezu reibungslosen Geschäftsbetrieb gewährleisten. Auch die vertragliche Vergabe von kaufmännischen Dienstleistungen im Konzernverbund hat sich in der Vergangenheit bewährt. In der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2015 daher keine Änderungen im Bereich der Organisationsstruktur vorgenommen.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote in Sachsen-Anhalt um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Monat Januar des Geschäftsjahres 2015 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen ihre fachliche Eignung nachweisen.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die RAB Halle GmbH, trotz eines sich langfristig einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit soll die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf dem derzeit hohen Niveau gehalten werden. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechts und die Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können. Zudem sind die Verwertungspartner mittelfristig, bis zum Ende des Geschäftsjahres 2016, gebunden und stützen damit einen konstanten Verwertungsaufwand.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Trotz aller gesetzlichen Bestrebungen und einer umfangreichen Aufklärungsarbeit wird ein nicht geringer Teil von Wertstoffen weiterhin durch Fehlwürfe in die Restmülltonne entsorgt. Nicht zuletzt beschäftigt sich die Gesellschaft mit der Sortierung der Wertstofftonnen und führt derzeit zahlreiche Gespräche, um eine hinreichende Sortierleistung zu generieren. Dabei gehen die Überlegungen des Unternehmens sowohl auf die mögliche Veränderung im Input aus der Fraktion Restmüll, als auch auf die Entwicklung eines geeigneten Sortiermodells für die Wertstofftonne ein.

Auf Grund der angestrebten gesetzlichen Verankerung im Kreislaufwirtschaftsgesetz über Regelungen zur getrennten Erfassung von Metall- und Kunststoffabfällen, welche den stoffgleichen Nichtverpackungen zuzuordnen sind, plant die RAB Halle GmbH nach Rücksprache mit dem Umweltamt der Stadt Halle (Saale), ab dem 01.01.2017, mit einer nötigen Sortiererweiterung, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Bestimmt durch den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind sowohl die kommunalen Siedlungsabfälle, als auch Spotmengen aus dem gewerblichen Bereich als wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren anzusehen.

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2014 hat die RAB Halle GmbH eine Inputtonnage von 56.730 Mg übernommen, welche im Geschäftsjahr 2015 auf 57.417 Mg stieg. Hauptsächlich ist dies durch einen Anstieg von 540 Mg im Bereich des kommunalen Sperrmülls begründet.

Auch im Bereich der gewerblichen Siedlungsabfälle konnte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015 einen Mengenanstieg gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Besonders im Bereich der Abfälle aus der mechanischen Behandlung konnte eine Erhöhung der Jahrestonnage um 2.302 Mg auf 7.277 Mg verzeichnet werden.

Entgegen der Entwicklungen in den Bereichen der kommunalen Siedlungsabfälle und der gewerblichen Siedlungsabfälle ist ein Rückgang beim Rücklauf an getrockneter Nativorganik aus der Geschäftsbeziehung mit der C.A.R.E. Biogas GmbH zu verzeichnen. Die Inputtonnage beläuft sich hierbei auf einen Wert von 14.422 Mg. Dies bedeutet einen Rückgang in Höhe von 3.338 Mg im Vergleich zum Vorjahr. Begründet ist dies durch anhaltende technische und organisatorische Probleme des Vertragspartners.

Ein weiterer Leistungsindikator besteht in der Gewinnung metallischer Sekundärrohstoffe im Rahmen der Abfallbehandlung. Die geplanten Erlöse aus der Verwertung von ausgeschleusten metallischen Sekundärrohstoffen konnte im Geschäftsjahr 2015 nicht erreicht werden.



### 3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden nicht getätigt.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2015 hat die Gesellschaft einen Personalbestand von 4 Beschäftigten zu verzeichnen, welche die operative Führungsebene abdecken. Hierbei handelt es sich um einen Betriebsleiter sowie um 3 Schichtleiter. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Anlagenfahrer, Monteure und Betriebselektriker werden sowohl für Anpassungsarbeiten an der Anlage als auch zur operativen Leistungserbringung im Rahmen des Anlagenbetriebes eingesetzt.

## 4. Lage der Gesellschaft

### 4.1. Ertragslage

Insgesamt resultieren aus den Leistungen der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 5.080 TEUR, wobei 4.269 TEUR aus der Behandlung des kommunalen Siedlungsabfalls, 362 TEUR aus der Herstellung eines nativorganischen Ersatzbrennstoffes und 449 TEUR aus sonstigen Nebentätigkeiten resultieren. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtleistung der Gesellschaft in Höhe von 5.139 TEUR um 108 TEUR gestiegen. Die positive Entwicklung der Umsatzerlöse ist hauptsächlich durch die Steigerung der behandlungsdürftigen Abfälle im kommunalen als auch im gewerblichen Bereich begründet. Monetär bedeutet dies ein Anstieg der Umsatzerlöse in Höhe von 160 TEUR im Vergleich zum Vorjahr. Eine negative Beeinflussung des Umsatzes ist im Bereich der Umsatzerlöse aus der Verwertung der metallischen Sekundärrohstoffe zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr, ist bei nahezu identischer Gewinnung an metallischen Sekundärrohstoffen, ein Rückgang der Umsatzerlöse in Höhe von 37 TEUR zu verzeichnen.

Der Materialaufwand der Gesellschaft stieg im Vergleich zum Vorjahr um 143 TEUR und ist hauptsächlich durch die Endverwertungskosten für die Outputstoffströme begründet.

Durch die notwendigen Ersatzinvestitionen in die Anlagen- und Mobiltechnik, sowie durch die behördlich aufgelegte Investition in eine Überdachung der Lagerboxen stiegen im Geschäftsjahr 2015 die Abschreibungen von 543 TEUR im Geschäftsjahr 2014 auf 589 TEUR im Geschäftsjahr 2015.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Kostenreduzierung zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr stellte hierbei der Wegfall der notwendigen Anmietung eines Leihgerätes zum Materialumschlag eine Entlastung der Kostenstruktur dar. Die Suche nach einer neuen Versicherungsgesellschaft im Bereich der Haftpflichtversicherung gestaltete sich erneut problematisch. Eine vollumfängliche Absicherung der Gesellschaft konnte nur durch eine erneute Erhöhung der Versicherungsprämie gedeckt werden. Kumuliert belaufen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2015 auf 237 TEUR. Dies entspricht einer Kostenreduzierung in Höhe von 41 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

### 4.2. Finanzlage

#### 4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 1.708 TEUR.

Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 197 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (13 TEUR, Vorjahr 14 TEUR), Personalarückstellungen (30 TEUR; Vorjahr 9 TEUR), sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (154 TEUR; Vorjahr 77 TEUR) abgebildet.

Bei der Betrachtung der Verbindlichkeiten ist zunächst über die Tilgung des Kredites mit einem Umfang in Höhe von 314 TEUR zu berichten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Bilanzstichtag mit einer Höhe von 370 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Reduzierung um 18 TEUR.

Im Bereich der sonstigen Verbindlichkeiten ist ein Rückgang in Höhe von 47 TEUR auf 81 TEUR zu verzeichnen.

#### 4.2.2. Investitionen

Das Investitionsvolumen der Gesellschaft betrug im Geschäftsjahr 2015 kumuliert 376 TEUR. Der Hauptanteil des Investitionsvolumens in Höhe von 242 TEUR entfiel auf die Errichtung der behördlich angewiesenen Überdachung der Lagerboxen für Ersatzbrennstoff. Die weiteren Investitionen des Geschäftsjahres umfassten die Generalüberholung des MAN-Lastkraftwagens in Höhe von 20 TEUR sowie die Herrichtung und Flächenbefestigung des Lagerplatzes für Sperrmüll in Höhe von 71 TEUR.

#### 4.2.3. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Finanzmittelbestand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015 um 288 TEUR gesunken und stellt zum Bilanzstichtag eine Verbindlichkeit im Rahmen des CashPools in Höhe von 71 TEUR dar. Begründet ist dies durch den erhöhten Finanzmittelbedarf im Rahmen der Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr 2015. Unter Berücksichtigung der internen Kreditlinie der Gesellschaft im Rahmen der CashPool-Vereinbarungen war die Liquidität im Berichtsjahr gegeben und die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

#### 4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2015 zusammengefasst und dem Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR	Veränderung TEUR
Langfristiges Vermögen	2.386	2.600	-214
Kurzfristiges Vermögen	717	843	-126
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>3.103</b>	<b>3.443</b>	<b>-340</b>
Langfristiges Kapital	2.258	2.572	-314
Kurzfristiges Kapital	845	871	-26
<b>Gesamtkapital</b>	<b>3.103</b>	<b>3.443</b>	<b>-340</b>

Signifikant veränderte sich das Anlagevermögen der Gesellschaft. Dem Wert des Geschäftsjahres 2015 in Höhe von 2.386 TEUR standen im Vorjahr 2.600 TEUR gegenüber. Hierbei überstiegen die Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände das Investitionsvolumen des Geschäftsjahres 2015.

Ohne Veränderung des Eigenkapitals in Höhe von 1.708 TEUR ist eine Reduzierung des Bilanzwertes in Höhe von -340 TEUR zu erkennen. Begründet ist dies durch Reduzierungen bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sowie im Bereich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und der Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten.

#### 4.4. Gesamtaussage

Das geplante Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 304 TEUR konnte die Gesellschaft nicht vollumfänglich realisieren.

Insgesamt blickt die Gesellschaft auf ein solides Geschäftsjahr zurück. Die positiven Ergebniseffekte aus der überplanmäßigen Annahme und Behandlung vom kommunalen und gewerblichen Siedlungsabfällen wurden durch den Rückgang der Verwertungserlöse im Bereich der metallischen Sekundärrohstoffe als auch durch außerplanmäßige Einmaleffekte (Gewerbesteuernachzahlung für das Geschäftsjahr 2010 aus der Betriebsprüfung, Schadensersatzforderungen im Rahmen der Verwertung der medizinischen Abfälle) negativ beeinflusst.

Somit schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem Ergebnis in Höhe von 225 TEUR vor Gewinnabführung ab.

## 5. Nachtragsbericht

Veränderungen und wesentliche Ereignisse sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

## 6. Chancen- und Risikobericht

### 6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegrenzung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

Konzernrelevante Risiken wurden bei der RAB im Geschäftsjahr 2015 nicht identifiziert.

## 6.2. Chancen und Risiken

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die Gesellschaft, trotz eines sich langfristig einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit soll die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf dem derzeit hohen Niveau gehalten werden. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechtes und die Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können.

Durch die Ausübung des Verlängerungsoptionsrechtes im Bereich der vergebenen Entsorgungswege aus der EU-Ausschreibung 2011, wurden die Entsorgungspartner mittelfristig, bis zum Ende des Geschäftsjahres 2016, an das Unternehmen gebunden.

Um die positive Entwicklung der Gesellschaft fortzusetzen ist die RAB Halle GmbH ständig auf der Suche nach weiteren Möglichkeiten die stoffliche Verwertung von Sekundärrohstoffen zu forcieren. Hierzu sollen im Geschäftsjahr 2016 weitere Untersuchungen und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen vorgenommen werden. Ziel ist die Gewinnung der Sekundärrohstoffe Glas und Plastik.

Um der großen Gefahr eines Brandes in der mechanischen Behandlungsanlage entgegen zu wirken, wurde bereits in den Vorjahren eine umfangreiche Löschtechnik installiert. Das unverzügliche und umsichtige Handeln der Mitarbeiter im Falle eines Brandes, wird mehrfach im Jahr geschult und soll das Risiko von Sachschäden minimieren.

## 6.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

## 7. Prognosebericht

### 7.1. Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2016 plant die RAB Halle GmbH für die Abfallbehandlung von überlassungspflichtigen Abfällen inkl. zugehöriger Sekundärleistungen Umsatzerlöse in Höhe von 4.387 TEUR. Diese ergeben sich maßgeblich aus dem abgestimmten Abfallaufkommen an kommunalen Siedlungsabfällen der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung des kalkulierten Selbstkostenfestpreises nach LSP für das Geschäftsjahr 2016. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 mit Umsatzerlösen im Bereich der Abfallbehandlung in Höhe von 4.643 TEUR plant die Gesellschaft mit einer mengenindizierten Umsatzreduzierung in Höhe von 256 TEUR.

Des Weiteren plant die Gesellschaft für die Abfallbehandlung und weiterer Nebenleistungen von sonstigen privaten Gewerbeabfällen mit Umsatzerlösen in Höhe von 457 TEUR (Ist Vorjahr: 438 TEUR). Diese resultieren hauptsächlich aus Leistungen im Rahmen der bionativen Ersatzbrennstoffaufbereitung.

Kumuliert betrachtet plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 mit Umsatzerlösen in Höhe von 4.844 TEUR.

### 7.2. Investitionen

Auslastungsbedingt und in Anlehnung an die aktuellen Wartungs- und Instandhaltungskonzepte der mobilen Verlade- und Transporttechnik plant die Gesellschaft mit einer sukzessiven Erneuerung derer. Die voraussichtliche Investitionssumme im Geschäftsjahr 2016 beträgt 475 TEUR und ist hauptsächlich durch die Ersatzbeschaffung eines Radladers (200 TEUR), welcher im Rahmen der Beladung von Entsorgungsfahrzeugen eingesetzt wird, begründet. Des Weiteren plant die Gesellschaft einen Anlagenumbau zur Umsetzung des angestrebten zukünftigen Sortiermodells ab dem Geschäftsjahr 2017. Das im Rahmen der Wirtschaftsplanung kommunizierte Investitionsvolumen von 580 TEUR zur Optimierung der Anlagentechnik wird nach heutigen Erkenntnissen in diesem Rahmen nicht notwendig sein. Derzeitig plant die Gesellschaft für die Anlagenoptimierung mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 200 TEUR.

### 7.3. Finanzierung

Etwaige notwendige Investitionen können durch die Inanspruchnahme der internen Kreditlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung abgedeckt werden.

### 7.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2016 soll der RAB Halle GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von 309 TEUR vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Nischen voran zu treiben, um zusätzliche Möglichkeiten zu generieren. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2016 mit beeinflussen und den Fortschritt sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

## RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
 Hasentorstraße 9  
 06526 Sangerhausen

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 620

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Lammert, Dominik

**Aufsichtsrat:**

Vorsitzende	Dr. Klein, Angelika
stellv. Vorsitzender	Lux, Matthias
	Hülsbusch, Peter
	Kotzur, Klaus
	Petri, Martina
	Quenzel, Benjamin
	Schulze, Jörg

	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
<b>Aufsichtsrat</b>	1	1	1

## c) Beteiligungen

### unmittelbar

Wertstoffaufbereitung GmbH Riethnordhausen

<b>T€</b>	<b>%</b>
15	51,00

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	2.100	53	2.254	52	2.621	56	-154	-7
Umlaufvermögen	1.831	46	2.006	46	1.852	40	-175	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	29	1	109	2	184	4	-80	-73
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.960</b>	<b>100</b>	<b>4.369</b>	<b>100</b>	<b>4.657</b>	<b>100</b>	<b>-409</b>	<b>-9</b>

### Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.012	76	2.757	63	2.570	55	255	9
Rückstellungen	207	5	99	2	87	2	108	109
Verbindlichkeiten	741	19	1.513	35	2.000	43	-772	-51
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.960</b>	<b>100</b>	<b>4.369</b>	<b>100</b>	<b>4.657</b>	<b>100</b>	<b>-409</b>	<b>-9</b>

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.541	4.601	4.761
sonstige betriebliche Erträge	217	62	48
Materialaufwand	697	779	862
Personalaufwand	1.920	1.881	1.925
Abschreibungen	572	530	529
sonstige betriebliche Aufwendungen	926	1.009	902
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	4	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	69	85	99
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	576	383	498
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	237	102	136
sonstige Steuern	16	16	16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	323	265	346
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	323	265	346

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,11	5,76	7,26	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,01	10,63	15,54	%
Cash-Flow:	895	795	875	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	93	90	89	T€
Personalaufwandsquote:	40,36	40,34	40,04	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	52,92	51,54	56,14	%
Eigenkapitalquote:	76,06	63,10	55,19	%
Fremdkapitalquote:	23,94	36,90	44,81	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Bioabfall	6.178,48	6.579,62	7.239,00	t
Pappe, Papier	8.695,62	8.850,28	8.930,00	t
Restabfall	25.606,74	25.958,88	25.982,00	t



**e) Lagebericht****Wirtschaftsbericht****I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)**

Das Geschäftsjahr 2015 war in der Entsorgungswirtschaft von der weiterführenden Umsetzung des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes gekennzeichnet. Dies betraf hauptsächlich die Umsetzung der geforderten Quoten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung der Bioabfallentsorgung, der Regelung der Wertstofftonne sowie der stoffbezogenen Verwertung.

Zusätzlich verschärfte sich die Diskussion zwischen kommunalen und privaten Interessenverbänden bezüglich der gesetzlichen Regelung zur Verantwortung für künftige Entsorgungskonzepte. Eine Entscheidung hierzu wird tiefgreifende Auswirkungen auf die Entsorgungswirtschaft in ganz Deutschland haben. Es bleibt weiterhin offen, ob die grundsätzliche Zuständigkeit bezogen auf die Einführung eines Wertstoffgesetzes bei den öffentlich rechtlichen Entsorgern verbleibt oder in private Gesellschaften übergeht.

Hier liegt die Vermutung nahe, dass es aufgrund der kontroversen Diskussionen der Verbände in dieser Legislaturperiode zu keiner Verabschiedung eines Gesetzes kommen wird.

Für viele Kommunen bleibt die Pflicht zur Getrenntsammlung von Bioabfall ein Schwerpunktthema. Trotz der unterschiedlichsten Lösungsansätze ist davon auszugehen, dass die Aufsichtsbehörden verstärkt auf die Einführung einer flächendeckenden Bioabfallentsorgung mit einer anschließenden hochwertigen Verwertung drängen werden.

Positiv ist im Bundesgebiet jedoch ein allgemeiner Trend zur Rekommunalisierung zu sehen. Aufgrund dieser Tendenz sieht sich der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) verstärkt in der Pflicht, gegensätzliche Argumentationshilfen zu liefern, was jedoch zunehmend schwerer fällt.

Die Rohstoffpreise auf dem Sekundärrohstoffmarkt sind im Jahr 2015 relativ konstant geblieben. Im Bereich der Papierverwertung sind schwankende Tendenzen im 10 % Bereich zu erkennen.

Anders ist es jedoch im Bereich der hochwertigen Kunststoffverwertung, hier wird eine Verwertung zunehmend schwieriger. Der Grund dafür liegt im Verfall der Rohölpreise. Der für die Kunststoffabfallverwertung negative Trend ist wiederum für die Dieselpreisentwicklung von Vorteil.

**II. Unternehmensentwicklung**

Für das Geschäftsjahr 2015 wird von der RES GmbH ein Jahresabschluss erstellt. Weiterhin wurde konsequent an der Optimierung und Rationalisierung der betrieblichen Abläufe gearbeitet. Das Ergebnis dieser Maßnahmen spiegelt sich auch im Jahresergebnis wieder.

In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Halle wurde die konzeptionelle Verwertung der nicht genutzten Fläche (Tonloch) erarbeitet und der Bau einer Photovoltaikanlage geplant. Das Angebot im betrieblichen Gesundheitsmanagement wurde verbessert. Außerdem wurden die gesetzlichen Vorgaben nach § 8 des Energiedienstleistungsgesetzes umgesetzt.

In der ersten Jahreshälfte erfolgte die Überprüfung des Leistungsangebotes der RES GmbH bezogen auf die Marktüblichkeit der Preisgestaltung. Im Ergebnis wurde dem Unternehmen ein sehr gutes Preis-Leistungsverhältnis, in der Regel unter dem Mittelwert, bescheinigt. Das Gutachten soll im Jahr 2016 im Kreistag und den Aufsichtsgremien der Stadtwerke Halle GmbH vorgestellt werden.

Durch ein Angebot im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ist es gelungen, die Kehrleistungen für die Stadt Sangerhausen erneut zu erbringen und das Auftragsvolumen insgesamt um 10 % zu steigern.

Entgegen der befürchteten Entwicklung hat sich die Situation auf dem Papiermarkt stabilisiert. Durch ständige Verhandlungen mit den Systembetreibern ist es gelungen, den Gesamterlös im Bereich PPK um 2,1 % gegenüber dem Vorjahr zu steigern.

Die Erlöse aufgrund des kommunalen Vertrages sind relativ konstant geblieben.

Die Umsetzung des Entsorgungsvertrages stellte auch aufgrund der Preisentwicklung im Jahr 2015 eine Herausforderung dar. Durch schnelle Reaktionen konnten die erforderlichen Maßnahmen gut und schnell umgesetzt werden.

Die geplanten Ergebnisse konnten dadurch erreicht und übertroffen werden.

Auch der im Jahresverlauf sinkende Dieselpreis führte zu einer Einsparung von ca. 70.000 €, welcher sich auch auf das Ergebnis auswirkte.

Weiterhin ist hier die Optimierung der Sammeltouren, der effektivere und auf die Fahrzeuggröße angepasste Einsatz zu nennen. Ein weiterer Punkt ist die Einbeziehung der Kraftfahrer und Müllwerker in die Streckenführung, um unnötige Zeit und Fahrkilometer einzusparen.

Das Ergebnis der Betriebsprüfung aus dem Jahr 2014 führte vorerst zu einer Nachzahlung in Höhe von 68.532,00 Euro und einer Zinszahlung von 9.876 Euro. Die festgestellten Beträge wurden im Januar 2016 an das Finanzamt gezahlt. Unabhängig davon wird das Ergebnis der Prüfung angezweifelt und im Rahmen der Frist daher juristisch überprüft. Das in diesem Zusammenhang neu bewertete Darlehen zwischen der RES GmbH und der WAE Wertstoffaufbereitung Edersleben GmbH wird im Jahr 2016 auf seine Fälligkeit hin geprüft. Es wird versucht, mit dem Darlehensnehmer eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Die RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH wird auch weiterhin als zuverlässiger und kompetenter Partner in der Entsorgung der Region tätig sein.

#### **a.) allgemeine Beschreibung**

Im Geschäftsjahr 2015 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz.

Alle Aufgaben wurden vollständig und wie vertraglich vereinbart erfüllt.

Die Beauftragung für die Abfuhr der Container von den Wertstoffhöfen des Landkreises wurde durch den Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft bis März 2016 verlängert und soll auch danach fortgesetzt werden. Ab April 2016 wird die RES allerdings nur noch den Transport der Container durchführen, die Entsorgung erfolgt ab diesem Zeitpunkt durch vom EAW beauftragte Dritte.

Das Jahr 2015 konnte mit einem positiven Betriebsergebnis von 322.944,96 € abgeschlossen werden.

Im Hinblick auf die folgenden Jahre muss mit einem deutlich geringeren Ergebnis gerechnet werden. Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark werden insbesondere auf das Jahr 2016 Auswirkungen haben, da wie in der Vergangenheit die Preisanpassungsklausel laut Vertrag mit dem Landkreis nicht wirksam wird.

#### **b.) Investitionstätigkeit**

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2015 die geplanten Investitionen umgesetzt. Wie in der Aufsichtsratsitzung am 31.03.2015 informiert, wurde aufgrund eines Motorschadens statt des Schadstoffmobiles die Anschaffung einer neuen Kehrmaschine geplant. Die Anschaffung des Schadstoffmobiles wird in das Jahr 2016 verschoben.

Die Bezahlung von zwei Müllfahrzeugen erfolgte aufgrund der zeitlichen Auftragsabwicklung allerdings teilweise erst im Jahr 2016.

Im Februar wurde wie geplant der LKW mit Ladebordwand angeschafft, die Investitionssumme betrug 31.546,72 €. Gleichzeitig wurde der Hakenabrollkipper mit Kran im Wert von 79.900,- € gegen einen Hakenabrollkipper ohne Kran im Wert von 79.900,- € außerplanmäßig nach Information des Aufsichtsrates ausgewechselt. Hintergrund war, dass für die Aufgabenerledigung der RES GmbH nach Wegfall der Glasiglus kein Fahrzeug mit Kran notwendig war und ein neueres Fahrzeug mit geringeren Betriebskosten eingetauscht werden konnte. Ein Liquiditätszufluss erfolgte aufgrund des Tausches nicht. Im April erfolgte die Anmeldung der Kehrmaschine zum Kaufpreis von 90.037,14 €. Weiterhin wurden 5.058,29 € für Büroeinrichtung, geringfügige Wirtschaftsgüter und 3.693,01 € für Software sowie 13.964,93 € für Müllbehälter investiert. Außerdem wurde im September der Kauf des PKW Skoda für 22.049,87 € realisiert. In den Monaten Dezember und Januar 2016 wurden die Fahrgestelle der beiden Müllfahrzeuge mit 184.080,00 € bezahlt. Die Zahlung der Aufbauten erfolgt erst mit Abnahme der Fahrzeuge im März 2016.

Insgesamt betragen die Investitionen 430.377,10 € (inkl. Zugang aus Fahrzeugtausch i.H.v. 79.900 €), die Mittelherkunft erfolgt in Höhe von 103.042,99 € (inkl. Erlös aus Abgang aus Fahrzeugtausch i.H.v. 79.900 €) aus dem Verkauf von Anlagevermögen und in Höhe von 327.334,11 € aus der freien Liquidität. Zur geplanten Investitionssumme ergibt sich somit eine Differenz von 114.270,04€.

Die Geschäftsführung wird dem Aufsichtsrat vorschlagen, diesen Betrag für die ursprünglich geplante Investition in das Schadstoffmobil zu verwenden.

Aufgrund des Beschlusses des Aufsichtsrates der RES vom 12.12.2015 wurde der Restsaldo aus dem Mietkaufvertrag mit der Firma SSI Schäfer in Höhe von 463.483,49 im Dezember 2015 vollständig abgelöst. Im Unternehmen entsteht dadurch eine Zinsersparnis von 20.892,86 € im Jahr 2016.

Im Einzelnen werden die Investitionen des Wirtschaftsplanes 2015 nachfolgend dargestellt:

	geplante Investitionen	umgesetzte Investition	Differenz
Fahrzeuge (davon Zahlung 2016)	590.000,-€	502.013,73 € ( 174.300,00 €)	-87.986,72 €
Betriebs- und Geschäftsausst.	24.000,- €	19.023,22 €	- 4.976,78 €
Bau/ Umbau	20.000,- €	0,00 €	- 20.000,00 €
EDV	5.000,- €	3.693,01 €	- 1.306,99 €
<b>Gesamt</b>	<b>639.000,- €</b>	<b>524.729,96 €</b>	<b>-114.270,04 €</b>

### c.) Personal/Sozialbericht

Im Unternehmen waren zum Stichtag 31. Dezember 2015, 47 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer im Jahr 2015 war 51 (ohne Geschäftsführer). Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt. Unser Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2015 auf **1.919.957,32 Euro**.

Pro Beschäftigten fielen Personalkosten in Höhe von **37.646,22 Euro** an. Abfindungszahlungen wurden nicht geleistet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr leisteten wir Zahlungen für Altersversorgung in Höhe von **56.877,90 Euro**.

Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach zum Jahresanfang 3 Arbeitnehmern und zum Jahresende 1 Mitarbeiter. Damit waren die Auflagen nach dem Schwerbehindertengesetz erfüllt. Im Jahr 2016 reicht dieser Beschäftigungsgrad jedoch nicht mehr aus.

### d.) Umweltschutz

Unser Unternehmen hat sich auch im Jahr 2015 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen im Umweltschutz hinsichtlich der Sicherheit verpflichtet. So wurden die Neuinvestitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht. Bei allen Zulieferern wurde die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft.

Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im November 2015 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt.

Mit der Novelle des Energiedienstleistungsgesetzes wurde die Pflicht zur Durchführung eines periodischen Energieaudits eingeführt. Demnach war die RES verpflichtet, bis zum 15.12.2015 erstmals ein Energieaudit durchführen zu lassen. Dazu wurde bereits mit Schreiben vom 12.06.2015 der Auftrag zum Audit an die RKW Sachsen-Anhalt GmbH erteilt. Das Audit wurde am 04.08.2015 und am 08.10.2015 in der RES GmbH erfolgreich durchgeführt und ist aller 4 Jahre zu wiederholen. Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

### e.) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Durch konsequente Kostenkontrolle und Umsetzung der geplanten Effizienzmaßnahmen wurde im Jahr 2015 das geplante Betriebsergebnis übertroffen und beträgt **322.944,96 €**.

Die RES GmbH hat mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, PPK, Bioabfall und Sperrmüll bis zum Jahr 2017 mit einer zweijährigen Verlängerungsoption. In den Bereichen Sonderabfall, Elektroaltgeräte und Grünabfall wurde die RES ab 01.01.2015 bis zum Jahr 2017 mit einer zweijährigen Verlängerungsoption neu beauftragt.

Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 93,1 % des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2015 über kommunale Verträge generiert.

Bis zum 31.03.2016 wurde mit Option der Auftrag des Landkreises zum Transport der Container von den Wertstoffhöfen verlängert. Anschließend soll dieser Vertrag reduziert um die Entsorgungsleistungen wieder an die RES neu vergeben werden. Der Erlös in diesem Bereich lag bei 97.640,79 € und wird sich um ca. 23.500,- € reduzieren.

Die Mengenrückgänge und der Rückgang der Bevölkerung liegen mit Ausnahme des Bioabfalls in den kalkulierten Bereichen.

Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2016 in den Bereichen Restabfall, Papier und Bioabfall die Mengenentwicklung in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung weiter sinken wird. Bisherige Bemühungen zur Steigerung des Anschlussgrades für die Biotonne zeigen leider noch keine Wirkung.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2015	Tonnage 2015	Leerungen 2014	Tonnage 2014
Restmüll	969.405	25.606,74	979.034	25.985
PPK	484.072	8.695,62	482.481	8.850
Bioabfall	266.920	6.178,48	287.844	6.579
Grünabfall	0	1.680,39	0	1.583
Sperrmüll	0	3.120,90	0	3.099
Elektroaltgeräte	0	341,61	0	13.640 Stück

## f.) Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2015 hat sich weiter positiv entwickelt.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt **53,00 %**.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben zum Ende des Geschäftsjahres einen Anteil von **13,73 %**

Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich zum 31.12.2015 im Vergleich zum Jahresabschluss 2014 in Kennzahlen wie folgt dar:

		2014	2015
<b>Eigenkapitalquote</b>	<b>Grundkapital</b>	620.000,00	620.000,00
	satzm. Rücklag.	62.000,00	62.000,00
	andere Rücklag.	1.170.609,64	1.170.609,64
	Gewinnvortrag	639.295,04	836.645,48
	Jahresüberschuss	264.901,41	322.944,96
	Bilanzgewinn	0,00	0,00
	<b>Eigenkapital</b>	<b>2.756.806,09</b>	<b>3.012.200,08</b>
	<b>Rückstellungen</b>	<b>98.676,46</b>	<b>206.557,01</b>
	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>919.328,91</b>	<b>345.445,65</b>
	<b>Fremdfinanzierung</b>	<b>594.144,00</b>	<b>396.096,00</b>
	<b>Fremdkapital</b>	<b>1.612.149,37</b>	<b>948.098,66</b>
	<b>Gesamtkapital</b>	<b>4.368.955,46</b>	<b>3.960.298,74</b>
	<b>Eigenkapitalquote in %</b>	<b>63,10</b>	<b>76,06</b>
<b>Verschuldungsgrad</b>	verzinsl. Fremdkapit.	594.144,00	396.096,00
	sonst. Fremdkapit.	919.328,91	345.445,65
	<b>Wirtsch. Fremdkapit.</b>	<b>1.513.472,91</b>	<b>741.541,65</b>
	<b>Eigenkapital</b>	<b>2.756.806,49</b>	<b>3.012.200,08</b>
	<b>Verschuldungsgrad %</b>	<b>54,90</b>	<b>24,62</b>
<b>Liquidität</b>	Flüssige Mittel, sonst. Vermögensgegenst.	1.960.806,47	1.795.153,15
	kurzfristiges Fremdkapit.	750.119,93	749.588,06
	<b>Liquidität 2. Grades</b>	<b>261,40</b>	<b>239,49</b>
<b>Nettoverschuldung</b>	Fremdmittel	1.612.149,37	948.098,66
	Flüssige Mittel	1.457.114,97	1.251.500,54
	<b>Nettoverschuldung (Nettoliiquidität)</b>	<b>1.55.034,40</b>	<b>-303.401,88</b>
<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	Jahresüberschuss	264.901,41	322.944,96
	<b>Eigenkapital</b>	<b>2.756.806,09</b>	<b>3.012.200,08</b>
	<b>Eigenkapitalrentabilität</b>	<b>9,61</b>	<b>10,72</b>

**g.) Beteiligungen**Wertstoffaufbereitung GmbH Riethnordhausen

Die Gesellschaft befindet sich derzeit in Liquidation. Die Gesellschafteranteile wurden aufgrund der Insolvenz mit einem niedrigeren Teilwert eingestellt.

Die Gesellschafteranteile an der Wertstoffaufbereitung GmbH Edersleben wurden bereits im Jahr 2009 vor der Insolvenz der RES GmbH veräußert. Hier besteht lediglich ein nachrangiges Gesellschafterdarlehen an die WAE GmbH. Die Möglichkeit der Fälligkeit und Rückzahlung wurde durch die Rechtsanwälte Köhler & Klett 2010 geprüft und aufgrund einer Rangrücktrittserklärung negativ bewertet.

Im Rahmen der Betriebsprüfung bei der RES GmbH wurde das Darlehen vom Finanzamt als werthaltig eingestuft.

Mit der Geschäftsführung der WAE sollen im Jahr 2016 Gespräche zur Rückzahlung des Darlehens geführt werden.

**III. Risikobericht**

Im Jahr 2015 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig erfolgt, so dass die Gesellschaft alle Voraussetzungen hat, um erfolgreich zu bestehen.

Für das Jahr 2016 liegt die Unsicherheit für das Unternehmen im Bereich möglicher Kostensteigerung im Fuhrpark durch steigende Treibstoff- und Unterhaltungskosten. Weiterhin stellt ein gewisses Risiko die Bevölkerungsentwicklung des gesamten Landkreises dar. Durch die in dem Vertrag mit dem Landkreis vereinbarten Mengenstaffeln wird das Risiko wiederum abgedeckt, da bei sinkenden Mengen der Preis steigt.

Für den Bereich der Bioabfallentsorgung ist weiterhin mit einer Unterdeckung zu rechnen, da bis zum Ende der jetzigen Vertragslaufzeit 2017 nicht mit einer Preisanpassung gerechnet werden kann und die beabsichtigten Ziele zur Motivation der Bürger nicht erreicht werden konnten.

Weiterhin wird im Rahmen des Risikomanagements im Unternehmen zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die Aufsichtsgremien informiert.

Die Verträge der RES GmbH sind bis zum 31.12.2017 gesichert.

Im Jahr 2016 wird die RES GmbH den Prüfungen nach IDW PS 951 und IDW PS 340 von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer durchführen lassen.

**IV. Prognose****Prüfbericht**

Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahr 2016 von einer weiterhin konstanten Entwicklung entsprechend den Wirtschaftsplänen der Gesellschaft ausgegangen. Für das Jahr 2016 wird ein positives Betriebsergebnis erwartet.

Im Hinblick auf die folgenden Jahre muss durch die anstehenden Kostensteigerungen im Personalbereich sowie im Fuhrpark mit einem deutlich geringeren Ergebnis gegenüber den Vorjahren gerechnet werden.

Bereits ab dem Jahr 2016 wird die Geschäftsführung Gespräche zur Vorbereitung der Gestaltung der Auftragsvergabe ab 2018 mit dem EAW aufnehmen. Mit Monat Februar beginnen dazu die bereits vereinbarten Beratungen, so dass derzeit von einer Neuvergabe an die RES ausgegangen werden kann.

Zu berücksichtigen ist auch, dass ab dem Jahr 2016 die Transportleistungen für die Wertstoffhöfe um die bereits dargestellten Entsorgungsleistungen reduziert werden.

Unter Beibehaltung des derzeit hohen Organisationsstandards und der Effizienz der Betriebsabläufe wird eine positive Unternehmensentwicklung prognostiziert.

**V. Nachtragsbericht**

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes am 01.03.2016 wurde die Stellungnahme zur Prüfungsfeststellung des Finanzamtes durch die Firma Deloitte & Touche GmbH erarbeitet und fristgerecht eingereicht. Die in den Feststellungen enthaltenen Zahlungen nebst Zinsen wurden geprüft und im Januar 2016 beglichen.

Weiterhin gab es in der RES GmbH keine nennenswerten Vorfälle.

## **VI. Vorschlag zur Ergebnisverwendung**

Die Geschäftsführung schlägt auf Grundlage der bestehenden Verträge mit den Stadtwerken Halle GmbH die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresüberschuss beträgt Euro 322.944,96 €

Von dem Jahresüberschuss werden 3% bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von **62.876,98 €** an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet und 260.067,98 € auf neue Rechnung vorgetragen.

## **VII. Sonstiges**

### **Zweigniederlassungen**

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt.

## SHS Energiedienste GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz  
**Anschrift:** Bornknechtstraße 5  
 06108 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 25

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Energiedienst- und -lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.
- (2) Zur Erreichung des Zweckes ist die Gesellschaft befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu errichten, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen.

### Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Böttcher, Jens



## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	5	0	21	2	27	2	-16	-76
Umlaufvermögen	533	43	395	33	353	28	138	35
Rechnungsabgrenzungsposten	720	57	791	65	863	70	-71	-9

<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.258</b>	<b>100</b>	<b>1.207</b>	<b>100</b>	<b>1.243</b>	<b>100</b>	<b>51</b>	<b>4</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	25	2	25	2	22	2	0	0
Rückstellungen	582	46	384	32	263	21	198	52
Verbindlichkeiten	651	52	798	66	958	77	-147	-18

<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.258</b>	<b>100</b>	<b>1.207</b>	<b>100</b>	<b>1.243</b>	<b>100</b>	<b>51</b>	<b>4</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.958	2.736	2.744
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	33	3	-3
sonstige betriebliche Erträge	115	185	271
Materialaufwand	1.973	2.109	2.451
Personalaufwand	435	437	483
Abschreibungen	3	10	13
sonstige betriebliche Aufwendungen	481	240	113
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	5	8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	208	123	-56
sonstige Steuern	172	87	1
Erträge aus Verlustübernahmen			57
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	36	33	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	3	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	3	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,21	1,30	-2,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	143,32	162,75	-258,58	%
Cash-Flow:	39	45	-44	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	444	418	430	T€
Personalaufwandsquote:	14,00	14,96	16,06	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,39	1,74	2,17	%
Eigenkapitalquote:	1,99	2,07	1,76	%
Fremdkapitalquote:	98,01	97,93	98,24	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Lichtpunkte	23.156	22.998	22.888	Stk.

**e) Lagebericht****1. Grundlagen der SHS Energiedienste GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
- 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
- 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

**2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

**3. Geschäftsverlauf**

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

**4. Lage der Gesellschaft**

- 4.1. Ertragslage
  - 4.1.1. Absatz/Umsatz/Erträge
  - 4.1.2. Variable Aufwendungen
  - 4.1.3. Sonstige betriebliche Aufwendungen
  - 4.1.4. Personal- und Sozialbereich
  - 4.1.5. Sonstige Steuern
  - 4.1.6. Jahresergebnis
- 4.2. Finanzlage
  - 4.2.1. Kapitalstruktur
  - 4.2.2. Investitionen
  - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

**5. Nachtragsbericht****6. Chancen- und Risikobericht**

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

**7. Prognosebericht**

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

## 1. Grundlagen der SHS Energiedienste GmbH

### 1.1. Geschäftsmodell

#### 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die SHS Energiedienste GmbH erbringt Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und nimmt alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte vor.

Alleinige Gesellschafterin der SHS Energiedienste GmbH ist die Stadtwerke Halle GmbH. Eigene Beteiligungen besitzt die SHS Energiedienste GmbH nicht.

#### 1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterscheidet zwei Geschäftsfelder. Kerngeschäft ist das Geschäftsfeld zur Erbringung von Dienstleistungen für Kunden im Stadtgebiet Halle und für die Stadt Halle (Saale) betreffend die öffentliche technische Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung.

Andererseits wird derzeit geprüft, ob die Möglichkeit besteht ein weiteres Geschäftsfeld aufzubauen. Dieses hat die Erbringung von Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in deren Alleineigentum stehenden Gesellschaften zum Inhalt.

### 1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung der Stadtbeleuchtung im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die Steigerung deren Energieeffizienz.

Eine weitere Zielstellung der SHS Energiedienste GmbH ist die Bereitstellung von Energiedienstleistungen für die Stadt Halle und für Gesellschaften, welche in deren Alleineigentum stehen mit der Maßgabe der Ausschöpfung von Potentialen zur Energieeinsparung.

### 1.3. Steuerung

Der Geschäftsführer der SHS Energiedienste GmbH ist Herr Jens Böttcher. Die Gesellschaft beschäftigt sieben gewerbliche Mitarbeiter und bezieht kaufmännische und technische Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Darüber hinaus wird das neue Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen durch zwei Mitarbeiter, welche jeweils hälftig im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für die SHS tätig sind, betreut.

Die ab 01. Dezember 2013 gültigen Geschäftsbesorgungsverträge zwischen der SHS Energiedienste GmbH und der EVH GmbH sowie der Energieversorgung Halle Netz GmbH bestanden im Geschäftsjahr 2015 fort.

Ebenso der Geschäftsbesorgungsvertrag zum Personalmanagement mit der Stadtwerke Halle GmbH und die zwischen der SHS Energiedienste GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH getroffene Cash-Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von T€ 2.000.

### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Struktur/Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt. Änderungen wurden deshalb nur mit dem Ziel der Einführung des neuen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“ vorgenommen.

Dem neuen Geschäftsbereich „Energiedienstleistungen“ sind zwei Mitarbeiter mit einem Stellenanteil von jeweils 50 Prozent zugeordnet.

## **2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## **3. Geschäftsverlauf**

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das im Geschäftsjahr 2014 geschlossene Konzept der SHS, welches die Eigenerzeugung von Strom im Rahmen eines Pachtmodells umsetzt, schlug sich im Jahr 2015 nieder. Die Gesellschaft ist damit Erzeugerin der für den Eigenbedarf benötigten elektrischen Energie.

Zum 01. April 2015 ging der gesamte Fuhrpark der SHS Energiedienste GmbH zur Energieversorgung Halle Netz GmbH über. Die SHS nutzt den Fuhrpark nun über eine monatliche Miete, welche einen neuen Bestandteil im Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH bildet. In diesem Zusammenhang übernimmt die Energieversorgung Halle Netz GmbH den zum 01. April 2015 geschlossenen Vertrag mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH über die Erbringung von Leistungen des Zentralen Fuhrparkmanagements der SWH-Gruppe.

Der Besitz des Technischen Betriebshofes Halle-Trotha ist zum 01. April 2015 von der EVH GmbH zur Energieversorgung Halle Netz GmbH übergegangen. Demzufolge wurden die Geschäftsbesorgungsverträge bezüglich des Passus „Raumnutzung“ in der EVH GmbH, in der Energieversorgung Halle Netz GmbH und in der SHS Energiedienste GmbH angepasst.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Aufgrund der derzeitigen fast ausschließlichen Vertragsbeziehung mit der Stadt Halle (Saale) und des daraus resultierenden Alleinstellungsmerkmals liegen keine marktbezogene Informationen zu Wettbewerbern, zur Wettbewerbsintensität und zur Stellung im Markt vor.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 13. April 2015 trat die 2009 beschlossene EU-Verordnung in Kraft, durch welche die Quecksilberhochdruckdampf Lampen (HQL-Lampen) nicht mehr gehandelt und in Verkehr gebracht werden dürfen. Die EU hat verschiedene Richtlinien im europäischen Klimaschutzprogramm verfasst, um den sensiblen Umgang mit Energieressourcen zu festigen und die Co2-Emissionen zu reduzieren.

Seit 2011 führt die SHS Energiedienste GmbH Energieeffizienzmaßnahmen durch. Infolge dessen wurde die Verordnung bereits vollständig umgesetzt. Im gesamten Stadtgebiet Halle (Saale) wurden die HQL-Lampen durch die Natriumdampfhochdrucklampen (NAV-Lampen) ersetzt.

#### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Einspareffekt an elektrischer Energie, welcher maßgeblich von den getätigten Energieeffizienzmaßnahmen und der Sonnenscheindauer beeinflusst wird.

#### 3.5. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 Vorbereitungshandlungen für den Aufbau des neuen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“ durchgeführt.

#### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Mit der Gründung der SHS Energiedienste GmbH wurde ein Arbeitnehmerüberlassungsvertrag mit der EVH GmbH geschlossen. Das betreffende Personal ist mit Wirkung zum 01. Januar 2012 direkt auf die Gesellschaft übergegangen. Der Arbeitnehmerüberlassungsvertrag bestand bis Mai 2014 lediglich noch für eine Person.

Zum 01. September 2014 wurden mit der EVH GmbH Arbeitnehmerüberlassungsverträge für zwei Mitarbeiter der EVH GmbH geschlossen. Diese dienen dem Aufbau des neuen strategischen Geschäftsfeldes „Energiedienstleistungen“.

### 4. Lage der Gesellschaft

#### 4.1. Ertragslage

##### 4.1.1. Absatz/Umsatz/Erträge

###### *Umsatzerlöse Strom*

Die SHS Energiedienste GmbH erzielte durch Weiterberechnungen von Strom an die DSM Deutsche Städte Medien GmbH sowie an die Stadt Halle und die HWS im Geschäftsjahr 2015 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 118,0. Dies sind T€ 14,5 weniger als im Vorjahr (T€ 132,5).

###### *Umsatzerlöse Service*

Zum 31. Dezember 2015 betragen die Umsatzerlöse Service T€ 2.840,2. Diese Position beinhaltet hauptsächlich den Beleuchtungsvertrag mit der Stadt Halle. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 2.682,2) erhöhen sich die Umsatzerlöse aus Service um T€ 158,0. Dies ist auf den im Jahr 2014 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der EVH GmbH und auf höhere Weiterberechnungen an Dritte zurückzuführen.

###### *Sonstige betriebliche Erträge*

Im abgelaufenen Geschäftsjahr generierte das Unternehmen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von T€ 115,1. Das sind T€ 8,4 mehr als im Vorjahr. Dies beruht auf Mehrerträgen aus Anlagenabgang. Zum 01. April 2015 ging der gesamte Fuhrpark der SHS Energiedienste GmbH in den Besitz der Energieversorgung Halle Netz GmbH über.

##### 4.1.2. Variable Aufwendungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der SHS Energiedienste GmbH Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von T€ 1.973,5 an (Vorjahr: T€ 2.109,6).

###### *Aufwendungen für sonstiges Material*

Im Geschäftsjahr 2015 wandte das Unternehmen für Material T€ 327,6 auf (Vorjahr: T€ 272,4). Grund für den Anstieg waren erhöhte KFZ-Kosten aufgrund des angepassten Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH.

### *Bezug Strom*

Die Gesellschaft bezog von der EVH GmbH Strom. Dafür musste das Unternehmen T€ 491,6 aufwenden (Vorjahr: T€ 1.112,3). Diese Verringerung beruht auf der Eigenproduktion von Strom im Wirtschaftsjahr 2015. Weiterhin führten die in den Vorjahren durchgeführten Energieeffizienzmaßnahmen zu einem geringeren Strombezug.

### *Aufwendungen für Brennstoffe*

Im Jahr 2015 bezog die Gesellschaft von der EVH GmbH 9,6 GWh Erdgas für die Eigenstromproduktion (Vorjahr: 3,4 GWh). Hierfür wendete sie inklusive der erforderlichen CO<sub>2</sub>-Zertifikate T€ 282,3 auf (Vorjahr: T€ 126,9).

### *Bezogene Leistungen*

Die bezogenen Leistungen umfassten hauptsächlich Fremdleistungen für Instandhaltungen, den Dienstleistungsvertrag mit der EVH GmbH zu kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, die Weiterberechnung von Schäden, deren Verursacher bekannt sind sowie Verträge zur Arbeitnehmerüberlassung und den neu geschlossenen Betriebsführungsvertrag für die Stromerzeugungsanlage mit der EVH GmbH. Insgesamt wurden für bezogene Leistungen T€ 872,0 aufgewandt (Vorjahr: T€ 597,9). Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beruht auf höheren bezogenen Leistungen aus Dienstleistungsverträgen und dem neuen Betriebsführungsvertrag infolge der Eigenstromproduktion.

#### 4.1.3. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2015 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 480,7 (Vorjahr: T€ 240,5). Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um T€ 240,2. Im Geschäftsjahr 2015 fielen Aufwendungen für die Pacht einer Stromerzeugungsanlage, Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen sowie erhöhte Aufwendungen für Weiterberechnungen an Dritte in dieser Position an.

#### 4.1.4. Personal- und Sozialbereich

In 2015 wandte das Unternehmen für Personal T€ 434,9 auf. Dies waren T€ 2,5 weniger als im Vorjahr (T€ 437,4).

#### 4.1.5. Sonstige Steuern

Im Jahr 2015 fielen in dieser Position Aufwendungen in Höhe von T€ 171,7 an (Vorjahr: T€ 87,2). Ursächlich für die Erhöhung war der Anfall von Stromsteuer für Betriebsverbrauch infolge der Eigenproduktion von elektrischer Energie.

#### 4.1.6. Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2015 erwirtschaftete die SHS Energiedienste GmbH einen Gewinn in Höhe von T€ 35,8.

Der Gewinnabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der SHS Energiedienste GmbH vom 18. Mai 2011 mit Änderungsvertrag vom November 2013 blieb unverändert bestehen.

### 4.2. Finanzlage

#### 4.2.1. Kapitalstruktur

Die SHS Energiedienste GmbH wurde mit einem Stammkapital in Höhe von T€ 25 ausgestattet. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 2015 auf T€ 25. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 1,99 Prozent.

#### 4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von T€ 2,3 getätigt (Vorjahr: T€ 3,7). Diese betrafen Werkzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

#### 4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2015 im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt.

Die Stadtwerke Halle GmbH stellt der SHS Energiedienste GmbH einen unbefristeten Cash-Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 2.000 zur Verfügung, sodass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

#### 4.3. Vermögenslage

Die SHS Energiedienste GmbH wies am 31. Dezember 2015 einen negativen Finanzmittelbestand in Höhe von T€ 199,4 (Vorjahr: T€ 213,7) aus. Somit verbesserte sich die Liquidität des Unternehmens um T€ 14,3.

Die Verbesserung ergibt sich in erster Linie aus einem positiven Saldo der Rückstellungen in Höhe von T€ 197,2 (Vorjahr: T€ 121,6) und dem Verkauf der Fahrzeuge in Höhe von T€ 25,6.

Aufgrund des zwischen der SHS Energiedienste GmbH und der Stadt Halle abgeschlossenen Beleuchtungsvertrages (Vertragslaufzeit 15 Jahre) führte die SHS Energiedienste GmbH in den Vorjahren Investitionen zur Effizienzsteigerung durch. Diese Investitionen werden bei der SHS Energiedienste GmbH als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über die Laufzeit abgeschrieben.

Die Verringerung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von T€ 71,3 und Ausgaben für Investitionen in Höhe von T€ 2,3 (Vorjahr T€ 3,7) sowie dem Verkauf der Fahrzeuge in Höhe von T€ 25,6. führt zu einem positiven Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von T€ 94,6.

#### 4.4. Gesamtaussage

Insgesamt setzte sich im Jahr 2015 der Trend einer leichten Verbesserung des Jahresergebnisses und des Finanzmittelbestandes fort.

Das geplante positive Jahresergebnis(T€ 32) wurde zur Zufriedenheit der Geschäftsführung übertroffen.

### 5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2015 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die SHS Energiedienste GmbH notwendig machen würden.

### 6. Chancen- und Risikobericht

#### 6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.



## Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

## 6.2. Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2015 wurden bei der SHS Energiedienste GmbH insgesamt zwei Risiken erfasst, dieses bedeutete zum Vorjahr eine Zunahme von einem Einzelrisiko. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt zwei Einzelrisiken der Gruppe 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt			
Beschaffungsmarkt			2
Konkurrenzunternehmen			
Recht und Politik			
Technologische Entwicklungen			
Naturereignisse			
Kapitalmarkt			
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie			
<b>Gesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2</b>

Die Risiken werden beide dem Beschaffungsmarkt und der Risikogruppe 2 zugeordnet. Das erste Risiko betrifft die Kalkulation bzw. die Prognose des Energieverbrauches. Sinkende Sonnenscheinstunden bedingen einen steigenden Energieverbrauch. Das zweite Risiko bezieht sich auf die steigenden Material- und Dienstleistungspreise.

## 6.3. Gesamtbild

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, sind nicht erkennbar.

## 7. Prognosebericht

Das Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle“ war ein Bestandteil der Planung.

### 7.1. Umsatzentwicklung

Die Position Umsatzerlöse umfasst zum einen die Einnahmen aus dem Beleuchtungsvertrag mit der Stadt Halle. Diese ist von der Anzahl der geplanten Lichtpunkte abhängig. Zum anderen enthält diese Position die Umsatzerlöse aus dem neuem Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen für die Stadt Halle“.

### 7.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2016 sollen Investitionen in Höhe von T€ 3,0 getätigt werden.

### 7.3. Finanzierung

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt auch unter Inanspruchnahme der eingeräumten Cash-Pool-Kontokorrentkreditlinie der SWH. Eine zusätzliche Aufnahme von Fremdmitteln ist derzeit nicht vorgesehen.

### 7.4. Ergebniserwartung

Für das Jahr 2016 prognostiziert die Gesellschaft ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von T€ 47,5. Die Gesellschaft geht davon aus, auch mittelfristig ein positives Jahresergebnis realisieren zu können.

## TELONON Abwasserbehandlung GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Zum Teich 6  
06120 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 26

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

### Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Rausch, Werner

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Umlaufvermögen	1.115	100	645	100	668	100	470	73

<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.115</b>	<b>100</b>	<b>645</b>	<b>100</b>	<b>668</b>	<b>100</b>	<b>470</b>	<b>73</b>
--------------------	--------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	26	2	26	4	26	4	0	0
Rückstellungen	8	1	9	1	8	1	-1	-11
Verbindlichkeiten	1.081	97	610	95	634	95	471	77

<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.115</b>	<b>100</b>	<b>645</b>	<b>100</b>	<b>668</b>	<b>100</b>	<b>470</b>	<b>73</b>
--------------------	--------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.679	3.086	3.261
sonstige betriebliche Erträge	1	0	0
Materialaufwand	3.546	2.959	3.123
Personalaufwand	7	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	106	104	114
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	21	16	17
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	18	13	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

### cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,49	0,43	0,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	69,90	52,20	54,00	%
Cash-Flow:	18	13	14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,20	0,24	0,23	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	2,29	3,97	3,83	%
Fremdkapitalquote:	97,71	96,03	96,17	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
behandeltes Mischwasser	17,10	17,27	19,71	Mio. m <sup>3</sup>
Klärgas	2,14	2,19	2,34	Mio. m <sup>3</sup>
Klärschlamm	18.416,00	16.957,00	16.671,00	t
Stromerzeugung	5,12	5,16	4,77	Mio. kWh

**e) Lagebericht**

**1. Grundlagen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
  - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

**2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

**3. Geschäftsverlauf**

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

**4. Lage der Gesellschaft**

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
  - 4.2.1. Kapitalstruktur
  - 4.2.2. Investitionen
  - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

**5. Nachtragsbericht**

**6. Chancen- und Risikobericht**

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

**7. Prognosebericht**

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

**1. Grundlagen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH (TELONON) wurde mit dem Gesellschafterbeschluss vom 18. Dezember 1996 von der OKKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in Grünwald (Landkreis München) in die TELONON Abwasserbehandlung GmbH umbenannt. Der Sitz der Firma wurde nach Halle verlegt. Der Eintrag ins Handelsregister B erfolgte am 10.07.1997.

Die TELONON ist ein 100%-iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Mit der SWH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

#### 1.1.2. Geschäftsfelder

Gegenstand des Unternehmens ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, der Erwerb und die Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Seit dem 30. April 1997 führt die TELONON gemäß Betriebsführungsvertrag für die Kläranlage Halle-Nord GmbH mit Sitz in Grünwald den kaufmännischen und technischen Betrieb der Kläranlage Halle-Nord durch. Für die Erledigung der Aufgaben aus dem Betriebsführungsvertrag hat die Gesellschaft per Geschäftsbesorgungsvertrag das Personal der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) vertraglich gebunden.

#### 1.2. Ziele und Strategien

Die TELONON überwacht für die Kläranlage Halle-Nord GmbH den von der HWS durchgeführten technischen und kaufmännischen Betrieb der Kläranlage auf Ordnungsmäßigkeit. Die Kläranlage Halle-Nord GmbH ist Eigentümerin der Kläranlage Halle-Nord bis zum 31.12.2018.

Ziel ist es, den kaufmännischen und technischen Betrieb der Abwasserreinigungsanlage wirtschaftlich und effizient zu führen und dafür zu sorgen, dass das hierfür erforderliche Betriebspersonal zur Verfügung steht. Die Aufgaben der TELONON ergeben sich aus dem Betriebsführungsvertrag vom 30.04.1996.

#### 1.3. Steuerung

Die TELONON besitzt außer dem Geschäftsführer kein eigenes Personal.

Auf der Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der HWS kommen deren Organisationsaufbau und Regelungen bezüglich der Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse zum Tragen.

Die TELONON erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere vier Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der HWS GmbH.

#### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 gab es keine Veränderungen in der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

#### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

#### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2015 traten für die TELONON Abwasserbehandlung GmbH keine besonderen Ereignisse auf.

Zu größeren Störungen im Betrieb der Kläranlage kam es nicht.

Durch die hohe Auslastung der Kläranlage wurden durch die HWS in den Jahren 2013/2014 Investitionen von 1,2 Mio. EUR für einen zusätzlichen Nacheindicker und einen neuen Schlammspeicher getätigt.

Im Jahr 2015 wurden vorrangig die Planungen an der Erweiterung der biologischen Anlage bearbeitet. Der Baubeginn für das neue Belebungsbecken erfolgt im I. Quartal 2017.

Im Jahr 2015 wurden auf der Kläranlage Halle-Nord 17,10 Mio. m<sup>3</sup> Mischwasser behandelt (2014 = 17,27 Mio. m<sup>3</sup>). Bezogen auf die Trockenwetterzulaufmenge betrug die durchschnittliche Abwassermenge 40.720 m<sup>3</sup>/d (2014 = 41.930 m<sup>3</sup>/d).

Seit Juli 2001 übernimmt die Kläranlage Halle-Nord zusätzlich Deponiesickerwasser aus der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau. Im Jahr 2015 wurden 95.970 m<sup>3</sup> Sickerwasser (2014 = 118.727 m<sup>3</sup>) ordnungsgemäß gereinigt.

Die Ablaufwerte wurden im Jahr 2015 im Allgemeinen stabil eingehalten. Es wurden keine Überwachungswerte der wasserrechtlichen Genehmigung überschritten.

Im Jahr 2015 wurden 62,3 t Rechengut und 599,88 t Sandfangrückstände entsorgt. Gleichzeitig fielen 18.416 t Klärschlamm an, die in der Kompostierung und in der Landwirtschaft verwertet wurden.

Durch das angefallene Klärgas (Gesamtanfall 2,14 Mio. m<sup>3</sup>) wurden im Jahr 2015 in den Blockheizkraftwerken 5,12 Mio. kWh Strom erzeugt (2014: 5,16 Mio. kWh).

Insgesamt wurden im Jahr 2015 53 % des Gesamtstromverbrauches der Kläranlage Halle-Nord selbst erzeugt.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Fäkalien aus dem Umland der Stadt Halle angenommen, verarbeitet und gereinigt. Im Jahr 2015 betrug diese Menge 17.069 m<sup>3</sup> (2014: 9.774 m<sup>3</sup>).

Die Betriebsführung wurde für die Kläranlage Halle-Nord GmbH durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH für das Geschäftsjahr 2015 ordnungsgemäß erfüllt.

Für den Anstieg der Betriebskosten sind im Wesentlichen Preissteigerungen bei den Betriebsstoffen (Strom, Klärschlamm) ursächlich. Hierbei konnten jedoch durch zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Betriebsoptimierung Erfolge erzielt werden, die im Ergebnis weitere Kostensteigerungen verhindern konnten.

Besondere Vorkommnisse in der Betriebsführung sind im Verlauf des gesamten Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Ansiedlungspolitik und die Zunahme der Bevölkerung in der Stadt Halle wird sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der Kläranlage auswirken.

Durch die Überleitung der südlichen und östlichen Stadtteile von Halle reinigt die Kläranlage ca. 99 % des gesamten anfallenden Abwassers der Stadt Halle und hat damit ihre volle frachtmäßige Auslastung erreicht.

In den nächsten Jahren wird sich der Anschluss aus Gewerbeansiedlung in Halle und von einigen Gemeinden des Saalekreises noch weiter erhöhen.



Der Abwasseranfall auf der Kläranlage Halle-Nord ist im Vergleich zum Vorjahr gefallen. Der Trend der letzten Jahre zeigt einen rückläufigen Abwasseranfall. Durch den Rückgang des Trinkwasserverbrauchs in der Stadt Halle wird sich dieser Trend fortsetzen.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die politische und rechtliche Entwicklung hat nach derzeitigen Erkenntnissen keinen Einfluss auf den Betriebsführungsvertrag der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Mitglied der IHK Halle und der Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).

Mit der noch vorgesehenen Erweiterung des Einzugsgebietes wird sich der zurzeit sehr hohe Auslastungsgrad der Kläranlage Halle-Nord in den Folgejahren kaum ändern. Derzeit laufen die Planungen zur Erweiterung der biologischen Anlage.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Auf der Grundlage des abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages mit der Kläranlage Halle-Nord GmbH und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der HWS wird sich das Aufgabengebiet der TELONON Abwasserbehandlung GmbH in den nächsten Jahren nicht ändern. Die Erweiterung der Geschäftsfelder ist nur in begrenztem Maße möglich.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht tätig.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH hat außer dem Geschäftsführer kein eigenes Personal. Sie bedient sich zur Erfüllung ihrer Betriebsführungsaufgaben des Personals der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

## 4. Lage der Gesellschaft

### 4.1. Ertragslage

Die Betriebskosten auf der Kläranlage haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entsprechend der allgemeinen Preissteigerung leicht erhöht. Durch die Annahme von Sickerwasser aus der Deponie und Fäkalien aus dem Umland von Halle werden die Einnahmen erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit des Klärwerkes verbessert. Ein Vergleich mit anderen Abwasserreinigungsanlagen dieser Größenordnung zeigt, dass die Kläranlage Halle-Nord wirtschaftlich betrieben wird.

Die TELONON erzielte im Geschäftsjahr 2015 Umsatzerlöse in Höhe von 3.679 TEUR. Diese betreffen ausschließlich die Erlöse aus der kaufmännischen und technischen Betriebsführung der TELONON für die Kläranlage Halle-Nord GmbH. Der Anstieg zum Vorjahr um 594 TEUR ist durch die höheren Aufwendungen für den Betrieb der Kläranlage begründet.

Der Materialaufwand in Höhe von 3.546 TEUR wurde zum Vorjahr um 588 TEUR überschritten. Maßgeblich dafür ist der Anstieg in den Positionen Stromkosten und Fremdpersonal. Die gestiegenen Stromkosten resultieren aus einer Änderung des Abrechnungsmodus der HWS. Der Anstieg der Aufwendungen für Fremdpersonal resultiert aus dem erhöhten Einsatz von Mitarbeitern der HWS auf der Kläranlage.

Außerdem erfolgte im Jahr 2015 die Wartung der Blockheizkraftwerke (BHKW), diese verursachte höhere Fremdleistung für produktive Zwecke.

Insgesamt hat die TELONON im Jahr 2015 ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 18 TEUR erreicht. Das sind 7,9 TEUR mehr als geplant und entspricht einer Planübererfüllung von 80 %.

## 4.2. Finanzlage

### 4.2.1. Kapitalstruktur

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt 25.564,59 EUR (50.000 DM) und wird von der Stadtwerke Halle GmbH gehalten.

### 4.2.2. Investitionen

Investitionstätigkeiten werden durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht durchgeführt.

### 4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der TELONON und der Stadtwerke Halle GmbH eine Cash-Pool-Vereinbarung abgeschlossen. Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben.

Zusätzliche Kreditvereinbarungen gibt es keine.

## 4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um 470 TEUR auf 1.115 TEUR. Im Wesentlichen ist diese Entwicklung auf den Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten haben sämtlich eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

## 4.4. Gesamtaussage

Der TELONON werden die laufenden Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kläranlage Halle-Nord in Höhe der tatsächlich anfallenden Aufwendungen durch die Kläranlage Halle-Nord GmbH erstattet. Das Jahresergebnis unterliegt damit keinem Einfluss durch die der TELONON von der HWS berechneten Kosten aus der technischen Geschäftsbesorgung. Das Jahresergebnis wird ausschließlich durch die Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit der kaufmännischen Betriebsführung beeinflusst, da die kaufmännische Betriebsführung über ein pauschales Entgelt durch die Kläranlage Halle-Nord GmbH abgegolten wird.

Der bestätigte Wirtschaftsplan des Jahres 2015 wurde eingehalten.

Mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Jahresgewinn in Höhe von 17.868,84 EUR wird an die Gesellschafterin abgeführt.

## 5. Nachtragsbericht

Es sind nach dem Bilanzstichtag keine wesentlichen Ereignisse eingetreten.

## 6. Chancen- und Risikobericht

### 6.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

## Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

## Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

## 6.2. Chancen und Risiken

Für das Geschäftsjahr 2015, wie auch für die Jahre 2016 bis 2018, wurde bei der TELONON Abwasserbehandlung GmbH ein Risiko erfasst; dies bedeutet zum Vorjahr keine Zu-/Abnahme von Einzelrisiken. Dieses Risiko lässt sich der Gruppe 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien verteilt:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	0	0	0
Beschaffungsmarkt	0	0	0
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	0	0	0
Technologische Entwicklungen	0	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	1	0	1
<b>Gesamt</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>1</b>

Das wesentliche Risiko besteht im Ausfall der Zahlungen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an die Kläranlage Halle-Nord GmbH und damit der Ausfall der Zahlungen der Kläranlage Halle-Nord GmbH an die TELONON aus dem Betriebsführungsvertrag.

Mit dem 31.12.2018 endet der Erbbaurechtsvertrag zwischen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft und der Kläranlage Halle-Nord GmbH. Ab 01.01.2019 übernimmt die HWS GmbH die Kläranlage Halle-Nord in ihre Verantwortung. Damit endet auch die Betriebsführung durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

## 6.3. Gesamtbild

Das Risikomanagementsystem der TELONON benennt für das Jahr 2015 keine den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken.

## 7. Prognosebericht

### 7.1. Umsatzentwicklung

Die Umsatzentwicklung in den Folgejahren gestaltet sich gleichbleibend. Mögliche Kostenanstiege u.a. für Strom und Chemikalien wurden in der Planung berücksichtigt.

### 7.2. Investitionen

Investitionstätigkeiten werden durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht durchgeführt. Wirtschaftliche Auswirkungen durch Kredite sind daher nicht zu erwarten.

### 7.3. Finanzierung

Die Finanzierung der TELONON erfolgt komplett aus Eigenmitteln. Es sind keine Kreditaufnahmen erforderlich.

#### 7.4. Ergebniserwartung

Bis 2018 sind keine Veränderungen zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens absehbar.

Die Wirtschaftsplanung weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 10,0 TEUR für die Geschäftsjahre 2016 bis 2018 aus. Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend Ergebnisabführungsvertrag an die SWH GmbH abgeführt.

## WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
 Äußere Hordorfer Straße 12  
 06114 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 256

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

#### Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

#### Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Winter, Thomas (bis 31.12.2015)

**Handlungsbevollmächtigter:** Günther, Peter

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	10	2	14	3	0	0	-4	-29
Umlaufvermögen	500	98	544	97	799	100	-44	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	2	0	0	0

<b>Bilanzsumme</b>	<b>511</b>	<b>100</b>	<b>559</b>	<b>100</b>	<b>801</b>	<b>100</b>	<b>-48</b>	<b>-9</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	462	90	490	88	696	87	-28	-6
Rückstellungen	30	6	53	9	96	12	-23	-43
Verbindlichkeiten	19	4	16	3	9	1	3	19

<b>Bilanzsumme</b>	<b>511</b>	<b>100</b>	<b>559</b>	<b>100</b>	<b>801</b>	<b>100</b>	<b>-48</b>	<b>-9</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	188	184	198
sonstige betriebliche Erträge	22	47	71
Materialaufwand	91	90	86
Personalaufwand	16	18	19
Abschreibungen	4	3	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	69	58	78
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	30	62	86
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	14	32
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	21	48	54
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	21	48	54

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	10,92	26,33	27,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,64	10,94	8,41	%
Cash-Flow:	25	51	54	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	105	115	134	T€
Personalaufwandsquote:	7,68	7,83	7,24	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,88	2,47	0,02	%
Eigenkapitalquote:	90,44	87,62	86,92	%
Fremdkapitalquote:	9,56	12,38	13,08	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.631,30	3.720,00	3.765,10	Mg



**e) Lagebericht**

**1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
  - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

**2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

**3. Geschäftsverlauf**

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

**4. Lage der Gesellschaft**

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
  - 4.2.1. Kapitalstruktur
  - 4.2.2. Investitionen
  - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

**5. Nachtragsbericht**

**6. Chancen- und Risikobericht**

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

**7. Prognosebericht**

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

**1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die WER Halle GmbH ist ein Dienstleister für die Erfassung von gebrauchten Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale). Als Unternehmen der Daseinsvorsorge ergänzt die Gesellschaft das Portfolio der Sparte Wasser und Entsorgung der Konzerngruppe der Stadtwerke Halle (Saale). Unter der Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, welche zugleich mit 60 % Mehrheitsgesellschafter ist, erbringt die Gesellschaft einen bedeutenden Anteil bei der Erfassung der Sekundärrohstoffe und rundet damit die Daseinsvorsorge der Entsorgung in der Stadt Halle (Saale) ab. Als zweiter Gesellschafter der WER Halle GmbH hält die Fehr Umwelt Ost GmbH 40 % der Anteile an der Gesellschaft.

Die WER Halle GmbH hält selbst keine Unternehmensbeteiligungen. Vertreten wird die Gesellschaft durch einen Geschäftsführer und einen Handlungsbevollmächtigten und bedient sich somit einer flachen und effizienten Unternehmensleitung.

#### 1.1.2. Geschäftsfelder

Kerngeschäft der WER Halle GmbH ist die Erfassung der gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale). Über diese Tätigkeit der Daseinsvorsorge hinaus ergänzen Logistikleistungen zur Verwertung das Geschäft der Gesellschaft. Für die Erfassung der Altglasmengen ist eine gut ausgebaute Infrastruktur mit Depotcontainern auf öffentlichen Standplätzen vorhanden.

#### 1.2. Ziele und Strategien

Die vornehmliche Ausrichtung des unternehmerischen Handelns der WER Halle GmbH besteht in der Sicherung der Qualität der Entsorgungsleistung. Weiter ist eine permanente Überprüfung der Prozesse und der eingesetzten Kapazitäten die Voraussetzung für die Hebung von Synergie- und Effizienzpotentialen. Ziel dieser Überarbeitung sind die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotentialen zur Reduzierung des Aufwandes und zum effektiven Ressourceneinsatz.

#### 1.3. Steuerung

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Mit dem Vergleich zwischen der detaillierten Planung des Geschäftsjahres und dem erreichten Ist analysiert die Geschäftsführung die Wirtschaftlichkeit der Prozesse und greift bei erkennbaren Abweichungen umgehend ein.

#### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In ihrer Struktur und mit den Gesellschaftern setzt die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr auf Konstanz und bediente sich somit ihrer Position im Markt.

Zum 31. Dezember 2015 wurde aufgrund der Beschlussfassungen des Aufsichtsrates der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Gesellschafterversammlung der WER Halle GmbH der langjährige Geschäftsführer, Herr Thomas Winter, von seinem Amt abberufen. Zugleich wurde zum 01. Januar 2016 Herr Burkhardt Jänicke zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt. Herr Jänicke ist zugleich Prokurist und Bereichsleiter Vertrieb des Gesellschafters Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und verfügt über eine langjährige Berufserfahrung in der Entsorgungsbranche und insbesondere Erfahrungen auf dem Gebiet der Erfassung von Sekundärrohstoffen. Dieser Personalwechsel basiert auf einem Generationswechsel und demonstriert die strategische Ausrichtung der Gesellschaft.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Auf der Grundlage von Leistungsverträgen über die Sammlung von Verkaufsverpackungen aus Glas steht die WER Halle GmbH mit der DSD GmbH, der Landbell AG, der ISD Interseroh Dienstleistung GmbH, der BellandVision GmbH, der Reclay Systems GmbH, der Zentek GmbH & Co. KG, der Veolia Umweltservice Dual GmbH, der RKD Recycling Kontor Dual GmbH & Co. KG, der ELS GmbH und seit Jahresmitte 2015 auch mit der NOVENTIZ Dual GmbH in Geschäftsbeziehungen. Zu den aktiven Systembetreibern zählt seit Jahresbeginn 2015 die ELS GmbH. Mit Wirkung vom 11./22. August 2015 hat die WER Halle GmbH einen Vertrag mit der NOVENTIZ Dual GmbH geschlossen. Der neue Systembetreiber beabsichtigt im Laufe des Jahres 2016 die operative Tätigkeit im Bundesland Sachsen-Anhalt aufzunehmen.

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebeverordnung wurde im ersten Quartal 2015 erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 02. März 2015 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland gestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testiert das Inspektionsunternehmen der Gesellschaft einen hohen Qualitätsstandard und sieht die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gesichert an.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die recycelte Gesamttonnage an gebrauchten Verpackungen aus Glas beträgt in Deutschland jährlich ca. zwei Millionen Tonnen. Diese werden gesammelt, aufbereitet, eingeschmolzen und zu neuen Glasverpackungen verarbeitet. Eine neue Glasverpackung kann aus bis zu 90 Prozent Recyclingglas bestehen. Zur Unterstützung des Recyclingprozesses ist die Getrennterfassung in den Farben Weiß, Grün und Braun unerlässlich. Je sortenreiner die Scherben nach der Sammlung an die Aufbereitung übergeben werden, desto höhere Qualitäten lassen sich in den Sortieranlagen erreichen. Ebenso bedeutend für die Qualität ist die geringe Menge an Fremdstoffen in den Erfassungsmengen. Dazu sind die Erfassungsbehälter mit Aufklebern versehen, die über die wichtigsten Regeln informieren. Da die Altglasmengen beliebig oft wiederverwertet werden können, resultiert daraus ein doppelter Nachhaltigkeitseffekt, da mit diesem Recyclingprozess sowohl der Rohstoff- als auch der Energieeinsatz reduziert werden.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Seit Jahren beschäftigt die Branche die Diskussion um ein Wertstoffgesetz. Nach dem Eckpunktepapier aus dem Juni 2015 folgte im November 2015 die Veröffentlichung eines Arbeitsentwurfes des Wertstoffgesetzes durch die Bundesregierung. Mit dem Gesetz soll geregelt werden, dass das ökologische Ziel einer nachhaltigen Stoffstromwirtschaft in einem ordnungspolitischen Rahmen festgehalten wird, der zudem dem Europarecht entspricht. Nach derzeitigem Stand des Arbeitsentwurfes wird die Regelung bestätigt, dass der Kommune eine gesteigerte Verantwortung der Organisation für die Wertstofffassung zugesprochen wird. Einen vielfach diskutierten grundsätzlichen Wandel in der nachhaltigen Stoffstromwirtschaft soll es nicht geben. Bei der Erreichung der anspruchsvollen Recyclingquote sehen die Gesetzesformulierungen eine wichtige Position für die zentralisierten Stellen der Quotenermittlung und der Durchführung der Ausschreibungen sowie insgesamt der Beibehaltung der dualen Systemlandschaft vor. Aus dem vorliegenden Gesetzesentwurf sind zunächst für die WER Halle GmbH keine geänderten Rahmenbedingungen zu entnehmen oder geänderten Ausschreibungsmechanismen zu erwarten.

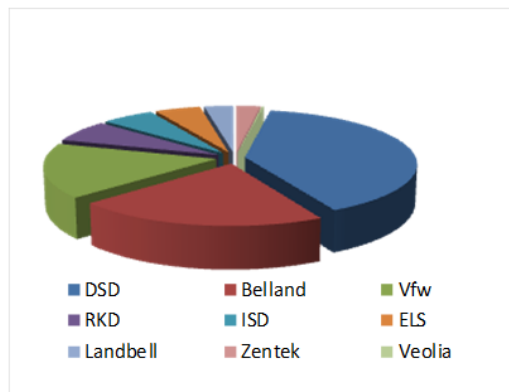
### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Mit Jahresbeginn des Geschäftsjahres 2014 begann die Leistungserfüllung der Vertragsverhältnisse aus dem Ausschreibungszeitraum vom 01. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2016 der WER Halle GmbH gegenüber den genannten Systembetreibern, welche sich im Geschäftsjahr 2015 nahtlos fortsetzte. Im Jahr 2013 setzte sich die Gesellschaft dazu in einem marktwirtschaftlichen Wettbewerb durch und sicherte den Auftrag für die Erfassung von gebrauchten Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) für die folgenden drei Jahre. Als Leistungspartner für das duale System knüpfte die WER Halle GmbH für den Sammelauftrag an die erfolgreiche Leistungserbringung der Vorjahre an. Die bewährten Prozessabläufe konnten fortgeführt werden und die vertragskonforme Erfüllung sichern.

Gleichfalls konnte eine konsequente Anpassung der Entsorgung an die vorhandenen Erfassungsmengen den Grundstein für das Agieren der Gesellschaft im Jahr 2015 legen. Ein zweiter Erfolgsfaktor sind die ca. 1.365 Depotcontainer, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instand setzen.

Allen dualen Kunden wird das Getrenntsammlersystem der WER Halle GmbH gemeinschaftlich zur Verfügung gestellt und entsprechend der gemeldeten Marktanteile ordnet sich die Tonnageleistung den einzelnen Partnern zu. Im abgelaufenen Jahr entwickelte sich der Mengenstrom der einzelnen Partner unterschiedlich, was der nachfolgenden Übersicht der Gesamttonnage des Jahres 2015 zu entnehmen ist.

Systempartner	Jahrestonnage
Duales System	1.438,0 Mg
Deutschland GmbH	
BellandVision GmbH	763,7 Mg
Reclay System GmbH	591,9 Mg
RKD Recycling Kontor	242,3 Mg
Dual GmbH & Co. KG	
Interseroh Dienstleistungs GmbH	204,7 Mg
ELS GmbH	177,4 Mg
Landbell AG	113,2 Mg
Zentek GmbH & Co. KG	93,5 Mg
Veolia Umwelt-service Dual GmbH	6,6 Mg
<b>Summe</b>	<b>3.631,3 Mg</b>



Die erfasste Altglasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2015 ist mit einer Sammelleistung von 3.631 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 3.720 Mg leicht gesunken. Dennoch kann dieser Wert als Bestätigung der Konstanz in der Erfassungstonnage um ein weiteres Jahr angesehen werden. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) sowie das Verbraucherverhalten in Bezug auf die Andienung der Altglasmengen beeinflussen die Sammelmenge des Jahres 2015 in einem vernachlässigbaren Umfang. Ursächlich für den minimalen Rückgang der Sammelleistung sieht die Gesellschaft die Häufung der Wochenfeiertage zum Jahresende 2015. Auf die Kernleistung der Sammlung hat die Mengenentwicklung keine direkte Auswirkung, da die Leistungen als Jahresdienstleistung pauschal definiert sind.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um somit eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Sammelstellen umfasste zum Jahresende 2015 im Stadtgebiet 323 öffentliche Standplätze und 138 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 der Verpackungsverordnung und Anfallstellen des Freizeitbereiches. Zwar hat sich in der Gesamtzahl der Sammelstellen keine Veränderung ergeben, jedoch muss beachtet werden, dass mit einem permanenten Wandel von Standplätzen die WER Halle GmbH die infrastrukturelle Attraktivität und Akzeptanz in der Stadt Halle (Saale) unterstützt. Zahlreiche Standplätze wurden umgebaut oder verlegt, was gleichfalls die Anpassung der Entsorgungsabläufe erfordert.

Nach der Sammelleistung im Stadtgebiet erfolgt entlang der Stoffstromkette die Aufbereitung beziehungsweise die Verwertung der Glasmengen. Da die Verwertungsleistungen im Jahresrhythmus vakant sind, variierten auch zu Beginn des Jahres 2015 die Verwertungswege. Erfolgreich behauptete die WER Halle GmbH einen Großteil der Transportaufträge, die sie somit der regional günstig gelegenen Verwertungsgesellschaft Rhenus Recycling Ost GmbH & Co. KG in Bennstedt (Saalekreis) als Direktanlieferung anbieten konnte. Aus logistikoptimalen Gründen ergibt sich somit die Möglichkeit, Regiefahrten einzusparen und Lagerflächen zu reduzieren. Seit einigen Jahren trennen die Betreiber des dualen Systems die vormals zusammengefassten Leistungen des Transportes und der Verwertung. Ziel dabei ist die wettbewerbliche Vergabe der Logistikleistungen an Speditionsunternehmen. Als Konsequenz daraus resultiert für das Erfassungsunternehmen ein zusätzlicher Verwaltungsakt und die erschwerte Disposition aus dem Ungleichgewicht zwischen logistisch praktikablen Transporteinheiten und dem systembetreibereigenen Verwertungsauftrag.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der Stadtwerkegruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die Teilnahme am Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz und das Wirken in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2015 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten und stieg damit im Jahresvergleich minimal an. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit. Der vorübergehende Rückgang der Vollbeschäftigteneinheiten zum Jahresbeginn ist in einem ruhenden Arbeitsverhältnis begründet.

## 4. Lage der Gesellschaft

### 4.1. Ertragslage

Insgesamt wurden im Jahr 2015 Umsatzerlöse von T€ 188 erwirtschaftet, was gegenüber dem Vorjahr einen leichten Anstieg bedeutet. Trotz der zum Vorjahr um 89 Mg gesunkenen Sammelleistung entwickelten sich die Umsätze gegenläufig, da die vertraglichen Regelungen der Sammelleistung auf einen fixierten Jahrespreis ausgerichtet sind und somit nicht der Schwankung der Tonnage unterliegen. Im Vergleich zum Vorjahr verminderten sich die sonstigen Erträge von T€ 47 im Jahr 2014 auf T€ 22 im Jahr 2015. Einen markanten Einfluss auf die Erträge hat dabei der Rückgang der Auflösung von Rückstellungen.

Aufgrund der geringfügigen Veränderung der Gesamtmenge an gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale) ist auf einen nahezu konstanten Aufwand für die bezogenen Leistungen der Sammeltätigkeit von T€ 84 zu schließen. Im Vorjahr entstand dazu im Vergleich ein Aufwand von T€ 86. Aus der Varianz der Quartalsquoten der einzelnen Systembetreiber für die Erfassungsmengen resultiert die Tonnage der Direkttransporte zum Verwerter, welche im Jahr 2015 mit T€ 4 ausgewiesen sind und von der Entwicklung zum Vorjahr keinen anderen Ausweis finden. Zuzüglich der Leistungen für die Reparatur der Betriebsausstattung von T€ 3 ergibt sich ein Materialaufwand von T€ 91 und damit zum Vorjahr (T€ 90) ein Wert auf einem konstanten Niveau.

Der Personalaufwand von T€ 16, die Abschreibungen von T€ 4 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von T€ 69 umfassen im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Zusammen betrachtet, entwickelten sich diese Aufwandspositionen von T€ 79 im Vorjahr auf T€ 89 im Jahr 2015 und stellen trotz ihrer ansteigenden Entwicklung dennoch eine konsequente Beachtung der jahrelangen erfolgreichen Ergebnispolitik der Gesellschaft dar. Dabei wirken insbesondere die Aufwendungen zur Instandhaltung der Depotcontainer und die höheren Aufwendungen für die Beratungsleistungen. Demgegenüber resultiert der Rückgang des Personalaufwandes um T€ 2 aus dem zeitweise ruhenden Arbeitsverhältnis. Als wesentlich für den Anstieg der Abschreibungen um T€ 1 sind die notwendigen Ersatzinvestitionen des Jahres 2014 anzuführen. Unterschiedliche Entwicklungen der Einzelpositionen des sonstigen betrieblichen Aufwandes fügen sich zu einem steigenden Saldo im Jahresvergleich zusammen.

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis von T€ 20. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsansprüche, erneut seine Wirtschaftskraft unter Beweis und erfüllt damit die gesteckten Ziele, indem bei einem geplanten Ergebnis nach Steuern von T€ 3 die Übererfüllung wiederholt deutlich ausfällt.

### 4.2. Finanzlage

Aufgrund der anhaltend niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt kann die Gesellschaft keine nennenswerten Erträge aus ihrer guten Liquiditätsausstattung schöpfen.

Die WER Halle GmbH verfügt über einen umfassenden Bestand an Eigenmitteln, sodass sie zum Bilanzstichtag und zu keinem Zeitpunkt im unterjährigen Verlauf für den Geschäftsbetrieb auf die eingerichtete Kontokorrentkreditlinie zurückgreifen muss.

Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sowie die Zahlungsverpflichtungen für Rückstellungen sind durch den Bestand an liquiden Mitteln gesichert.

#### 4.2.1. Kapitalstruktur

Zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist bislang keine Kreditaufnahme notwendig. Darüber hinaus kann die Gesellschaft über eine hervorragende Eigenkapitalquote berichten.

Die Vermögensstruktur der WER Halle GmbH hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich entwickelt. Das lang- und mittelfristige Vermögen, vor allem in Form von Anlagevermögen, ist nur von untergeordneter Bedeutung. Stärker ins Gewicht fallen die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen aus Einlagen im Cash Pool der Stadtwerkegruppe. Den Vermögensgegenständen gegenüber steht insbesondere das Eigenkapital, welches sich lediglich durch die Entwicklung des Jahresüberschusses verändert. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich gegenüber dem Vorjahresabschluss von 87,6 % auf 90,4 %.

#### 4.2.2. Investitionen

Nach den Investitionen des Jahres 2014 in drei neue Sammelcontainer waren im Geschäftsjahr 2015 keine Ersatzinvestitionen notwendig, sodass die WER Halle GmbH mit den vorhandenen Kapazitäten ihre Leistung erbringen konnte. Die Strategie der Sammlung mit einem Zweikammerbehälter fand im Jahr 2015 seine Fortsetzung und minimiert die Regiefahrten zwischen den Standplätzen erheblich.

#### 4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Jahresverlauf gesichert. Die freien Eigenmittel sind über den Cash Pool der Stadtwerkegruppe zur Verfügung gestellt. Das Netto-Geld- beziehungsweise Netto-Umlaufvermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag T€ 438 und ist als Forderung gegenüber verbundenen Unternehmen in der Bilanz ausgewiesen.

#### 4.3. Vermögenslage

Von T€ 559 zum Vorjahresstichtag sank die Bilanzsumme um T€ 48 auf T€ 511 zum 31. Dezember 2015. Ohne Investitionen im abgelaufenen Geschäftsjahr ist ein Rückgang des Anlagevermögens um T€ 4 zu erkennen. Weiter ist auf der Aktivseite der Bilanz die Reduzierung der Forderungen aus Cash Pool-Guthaben um T€ 59 im Umlaufvermögen ausgewiesen, was hauptsächlich auf die Ausschüttung des Jahresergebnisses 2014 an die Gesellschafter zurückzuführen ist. Auf der Passivseite führt der Rückgang des Jahresüberschusses zu einer Verminderung des Eigenkapitals. Dagegen ist der Bestand an Pflichtrückstellungen mit T€ 30 gegenüber dem Bilanzstichtag 2014, als er mit einem Wert von T€ 53 notierte, aufgrund reduzierter Steuerrückstellungen geringer ausgefallen.

#### 4.4. Gesamtaussage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr war eine konsequente Umsetzung des Leistungsauftrages durch die WER Halle GmbH unerlässlich, um die Kundenzufriedenheit auf einem hohen Niveau zu realisieren. Über die direkte Auftragsvergabe gegenüber den Systempartnern hinaus erweitert die Gesellschaft den Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind. Kontinuierlich steht für das Unternehmen die Wahrung der Entsorgungssicherheit auf einem qualitativ hohen Niveau im Blickpunkt, wobei strikte Termintreue, kurze Reaktionszeiten auf Kundenanfragen und eine besonders niedrige Reklamationsrate als direkter Gradmesser dienen. Gegenüber den Systembetreibern muss eine permanente, fehlerfreie und insbesondere unverzügliche Datenmeldung erfolgen. Weder für die Bürger der Stadt Halle (Saale) noch die vertraglich gebundenen Systembetreiber ergab sich im Jahr 2015 ein Anlass der Beanstandung. Die Leistungserfüllung verlief vollkommen vertragskonform und die wöchentlichen Sammelmeldungen, die monatlichen Bilanzmeldungen sowie die Mengenmeldungen zum Jahresabschluss wurden unverzüglich zur Verfügung gestellt. Alle gestellten Parameter konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr umfassend erfüllen und schließt deshalb ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2015 ab.

### 5. Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WER Halle GmbH von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

## 6. Chancen- und Risikobericht

### 6.1. Risikomanagementsystem

#### Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

#### Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

#### Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

## 6.2. Chancen und Risiken

Das bei der WER Halle GmbH implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz in allen Unternehmensbereichen.

Durch die turnusmäßig systematische Risikoerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung beziehungsweise Überarbeitung des Risikohandbuches in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten, sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Durch die Geschäftsführung wird die Einhaltung der im Risikohandbuch angeführten Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung kontinuierlich überwacht. Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der mittelfristigen Planung der WER Halle GmbH werden die Risiken und die Chancen sowie die erforderlichen Gegensteuerungsmaßnahmen beachtet, systematisiert und bewertet.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit Mehrkosten bei der Schalldämmung der Depotcontainer, Ausfall der IT-Rechentechnik sowie Schaden durch Brand und Vandalismus an den Einrichtungen der Gesellschaft jedoch besonders unter Beobachtung.

Chancen ergeben sich insbesondere bei der Erweiterung der Geschäftstätigkeit über das Stadtgebiet Halle (Saale) hinaus, wenn diese im dreijährigen Rhythmus marktwirtschaftlich vergeben werden.

## 6.3. Gesamtbild

Die Rahmenbedingungen für die WER Halle GmbH werden von der Geschäftsführung als nahezu beständig eingeschätzt. Dennoch agiert die Gesellschaft auf einem hart umkämpften Markt der Erfassung von Sekundärrohstoffen. Um gegenüber den zumeist privatwirtschaftlich organisierten Konkurrenten bestehen zu können, ist eine intensive und detaillierte Betrachtung der Marktentwicklung notwendig. Nur mit einer frühzeitigen Reaktion darauf kann der Fortbestand des Leistungsauftrages in der Stadt Halle (Saale) und die Minimierung der Risiken für das Unternehmen gestaltet werden. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich durch ein regionales Wachstum entwickeln zu können.

## 7. Prognosebericht

### 7.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der WER Halle GmbH für die Planjahre 2016 – 2020 besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes auf dem Niveau des Jahres 2015 fortzusetzen. Für die Folgejahre beabsichtigt die Gesellschaft die kontinuierliche Weiterführung der bewährten Leistungserbringung in der Stadt Halle (Saale) und zielt dabei auf eine tendenziell positive Entwicklung der Umsätze.

Dazu geht die Gesellschaft bei einer sich gering entwickelnden Einwohnerzahl von leicht steigenden Sammelmengen aufgrund des bewussteren Andienungsverhaltens durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) aus.

### 7.2. Investitionen

Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes plant die WER Halle GmbH notwendige Ersatzinvestitionen in Höhe von jährlich T€ 3.

### 7.3. Finanzierung

Diese geplanten Investitionen sollen aus der eigenen Wirtschaftskraft des Unternehmens finanziert werden und zu keinen Fremdfinanzierungen führen.



#### 7.4. Ergebniserwartung

Die Gesellschaft beabsichtigt die kontinuierliche Fortsetzung der bewährten Geschäftspolitik in der Stadt Halle (Saale) in den Folgejahren mit dem Ziel einer stets positiven Ergebnisentwicklung. Eine qualitativ hochwertige Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen.

Die Weiterführung der Geschäftstätigkeit hat sich die Gesellschaft mit der erfolgreichen wettbewerblichen Vergabe bis zum 31. Dezember 2016 gesichert. Über diesen Zeitraum hinaus wird eine Ausschreibung der Leistung im Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2016 entscheiden. Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird aufgrund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Für die Gesellschaft liegt das Hauptaugenmerk auf der frist- und vertragsgerechten Umsetzung der Verträge. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen und ist mit der Optimierung der bestehenden Standplätze beziehungsweise deren Entsorgung beschäftigt. Damit soll die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) gefestigt oder gar gesteigert werden.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 26. Oktober 2015 dem Wirtschaftsplan 2016 und der Vorschau 2017 – 2020 zugestimmt. Für das Geschäftsjahr 2016 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein positives Ergebnis von T€ 1, welches für das Jahr 2017 ähnlich erwartet wird.

## W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Liebenauer Straße 130 06110 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH		
<b>Stammkapital in T€:</b>	26		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

### Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>	Kloß, Romy Kuschnik, Jens
--------------------------	------------------------------

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
<b>Aktiva</b>	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	232	25	215	16	230	24	17	8
Umlaufvermögen	702	74	1.078	83	719	75	-376	-35
Rechnungsabgrenzungsposten	7	1	11	1	15	1	-4	-36

<b>Bilanzsumme</b>	<b>941</b>	<b>100</b>	<b>1.304</b>	<b>100</b>	<b>964</b>	<b>100</b>	<b>-363</b>	<b>-28</b>
--------------------	------------	------------	--------------	------------	------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	225	24	225	17	225	23	0	0
Rückstellungen	263	28	350	27	400	42	-87	-25
Verbindlichkeiten	453	48	729	56	339	35	-276	-38

<b>Bilanzsumme</b>	<b>941</b>	<b>100</b>	<b>1.304</b>	<b>100</b>	<b>964</b>	<b>100</b>	<b>-363</b>	<b>-28</b>
--------------------	------------	------------	--------------	------------	------------	------------	-------------	------------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.578	4.111	3.789
sonstige betriebliche Erträge	58	75	119
Materialaufwand	1.158	1.280	1.123
Personalaufwand	1.839	2.072	2.057
Abschreibungen	48	54	55
sonstige betriebliche Aufwendungen	360	430	407
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	230	349	265
außerordentliche Erträge	0	72	0
außerordentliche Aufwendungen	0	0	86
außerordentliches Ergebnis	0	72	-86
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	8	6	8
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	222	415	171
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,20	10,10	4,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	98,85	184,81	75,92	%
Cash-Flow:	270	469	226	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	74	78	66	T€
Personalaufwandsquote:	50,57	49,50	52,63	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	24,70	16,47	23,82	%
Eigenkapitalquote:	23,88	17,23	23,31	%
Fremdkapitalquote:	76,12	82,77	76,69	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	4.230,00	9.680,00	10.854,00	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	9.862,00	34.760,00	10.670,00	Anzahl
operativer Zählerwechsel	660,00	1.000,00	1.020,00	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	4.200,00	8.470,00	7.350,00	Anzahl

**e) Lagebericht**

**1. Grundlagen der W + H Wasser- und Haustechnik GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
  - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

**2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

**3. Geschäftsverlauf**

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Personal und Personalentwicklung

**4. Lage der Gesellschaft**

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
  - 4.2.1. Kapitalstruktur
  - 4.2.2. Investitionen
  - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

**5. Nachtragsbericht**

**6. Chancen- und Risikobericht**

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

**7. Prognosebericht**

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

**1. Grundlagen der W +H Wasser- und Haustechnik GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet und ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur haustechnischer Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

### 1.1.2. Geschäftsfelder

Das Unternehmen gliedert sich in die Geschäftsfelder (Sparten):

- Wasser (Bewirtschaftung der Wasserzähler und Standrohre; Reparatur von Trinkwasserleitungen)
- Sammelkanal (Bewirtschaftung/Wartung/Instandhaltung der Kollektoren bzw. Sammelkanäle der Stadt Halle)
- Fernwärme/Gas (Betriebsführung/Wartung/Instandhaltung/Contracting von Fernwärme- und Gasanlagen)
- Hausanschlüsse/Tief- und Rohrleitungsbau (Errichtung von Trinkwasserversorgungsleitungen/Trinkwasserhausanschlüssen/Erbringung von Tiefbauleistungen)

Entsprechend § 127 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt betätigt sich die W+H als kommunales Unternehmen grundsätzlich auf dem gemeindlichen Gebiet der Stadt Halle bzw. dem Versorgungsgebiet der HWS.

### 1.2. Ziele und Strategien

Die W+H Wasser- und Haustechnik GmbH wird auch zukünftig als Dienstleistungsunternehmen auf dem Markt und innerhalb der Stadtwerkegruppe tätig sein, sich mit einer hohen Flexibilität an die gegebenen Erfordernisse anpassen und sich neuen Herausforderungen stellen. Wie im Unternehmensbild verankert ist, wird u.a. die regionale Erweiterung von Marktanteilen angestrebt. Dazu sollen die Erschließung neuer Geschäftsfelder, die Nutzung von Entwicklungen und Innovationen des Marktes sowie eine stabile Auftragssituation innerhalb der SWH-Gruppe beitragen. Die Gewinnung von Marktanteilen sowie die Erhöhung von Umsatz und Ertrag sind jedoch nur zu gewährleisten, wenn die Marktfähigkeit der W+H weiter verbessert wird und eine langfristige Bindung zu den Kunden hergestellt wird. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet werden die Erweiterung des Leistungsspektrums auf dem Gebiet der Energiedienstleistungen und des spartenübergreifenden Zählermanagements.

Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht bekannt.

### 1.3. Steuerung

Die Steuerung des Unternehmens ist durch die bestehende Organisationsstruktur gesichert. Neben der Geschäftsführung erfolgt die direkte Steuerung durch den Betriebsleiter bzw. die Teamleiter der unter Pkt. 1.1.2. genannten Geschäftsfelder bzw. Sparten.

### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Jahr 2015 waren keine Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft zu verzeichnen.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschland im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Durch die Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung zwischen dem WAZV Saalkreis und der HWS zum 31.12.2014 ergaben sich auch Auswirkungen in der W+H. Mit dem Wegfall durch die HWS beauftragter Arbeiten in den Bereichen der Wasserzählerbewirtschaftung, Standrohrgeschäft sowie im Tief- und Rohrleitungsbau im WAZV Saalkreis ab 01.01.2015 ergaben sich durch Übergang von 3 Mitarbeitern von der W+H zum WAZV Minderungen im Personalbestand und bei den Umsatzerlösen gegenüber den Vorjahren. Diese Umsatzeinbußen konnten teilweise durch zusätzliche Umsatzerlöse ausgeglichen werden. Der Fokus richtete sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet wurden die Erweiterung des Leistungsspektrums auf dem Gebiet der Energiedienstleistungen und des Zählermanagements (Wasser / Gas) und im Tief- und Rohrleitungsbau für Unternehmen des Stadtwerekkonzerns. Beginnend im ersten Quartal konnten bis Jahresende durch zusätzliche Auftragseingänge, insbesondere durch verbundene Unternehmen, außerplanmäßige Umsatzerlöse generiert werden. Dabei handelt es sich u.a. in der Sparte Hausanschlüsse / Tiefbau um die Realisierung von Hausanschlüssen und Versorgungsleitungen im Trinkwassernetz der HWS sowie um die Erbringung zusätzlicher Leistungen in der Sparte Sammelkanal.

Der mit Wirkung zum 01.07.2013 eingeführte Dienstleistungstarifvertrag gilt auch für die W+H. Dieser sah in der Überleitung eine Steigerung der Tarifentgelte zum 01.01.2014 und eine weitere Steigerung von 1,8% zum 01.03.2015 vor. Im aktuellen Dienstleistungsvertrag ist es so geregelt, dass die Besitzstände der Mitarbeiter bis zum 31.12.2016, mit 25,0% in Höhe der Tarifsteigerung abgeschmolzen werden. Da der aktuelle Tarifvertrag bis Ende 2015 gültig war, wurde eine Tarifkommission gegründet mit dem Ziel, gemeinsam mit Verdi die nächste Tarifentwicklung auszuhandeln und eine Entscheidung bis Ende des Jahres herbeizuführen. Die Tarifverhandlungen dauern derzeit noch an.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Im Zusammenhang mit der Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung zwischen dem WAZV Saalkreis und der HWS zum 31.12.2014 erfolgt ab dem 01.01.2015 die Wasserzählerbewirtschaftung ausschließlich in der Stadt Halle. Im Ergebnis der Vertragskündigung sind 3 Mitarbeiter der W+H ab dem 01.01.2015 zum WAZV Saalkreis übergegangen. Die damit verbundenen Veränderungen wurden in der Planung 2015 berücksichtigt.

(Ein Kurzbericht der Geschäftstätigkeit 2015 mit Mehrjahresvergleich ist in der Anlage dargestellt)

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Seit dem 01.01.2015 gilt in Deutschland ein neu gestaltetes Mess- und Eichrecht. Das neue Mess- und Eichgesetz (MessEG) und die Mess- und Eichverordnung (MessEV) haben das bisher geltende Eichrecht – insbesondere Eichgesetz (EichG) und Eichordnung (EichO) – abgelöst. Zeitnah, zum 01.03.2015 ist auch die Mess- und Eichgebührenverordnung mit deutlich höheren Eichgebühren in Kraft getreten. Die Preise für den Kauf von neuen geeichten Wasserzählern steigen ebenfalls durch die höheren Eichgebühren. Gleichzeitig steigen auch die durch die Wasserzählerprüfstelle generierten Umsatzerlöse an.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Eine wesentliche Grundlage für die Stabilität der W+H ist der im Dezember 2011 um weitere 6 Jahre bis zum 31.12.2017 verlängerte Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS. Mit Datum vom 03.12.15 wurde der bestehende Rahmenvertrag dahingehend ergänzt, dass die Bewirtschaftung der privaten Garten- und Brauchwasserzähler zum 01.01.2016 in den Rahmenvertrag aufgenommen wurde.

Für die Bewirtschaftung der Sammelkanäle konnte mit der EVH GmbH zum 01.01.2015 eine neue Vereinbarung mit einem erweiterten Leistungsumfang abgeschlossen werden. Die Leistungspauschale wurde in diesem Zusammenhang angepasst.

Der Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H zur Verlegung von Trinkwasserhausanschlüssen bzw. zur Beseitigung von Störungen an Trinkwasserleitungen im Trinkwasserversorgungsnetz der HWS wurde ebenfalls bis 31.12.2016 verlängert.

Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist die besonders hervorzuhebende Motivation der Belegschaft. Diese spiegelt sich in einer hohen Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter sowie in den positiven Umfrageergebnissen der durchgeführten Mitarbeiterbefragung wider.

### 3.5. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31.12.2015 waren im Unternehmen 49 Mitarbeiter (Vorjahr: 52 Mitarbeiter) beschäftigt. Im Zusammenhang mit der Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung zwischen dem WAZV Saalkreis und der HWS zum 31.12.2014 erfolgt ab dem 01.01.2015 die Wasserzählerbewirtschaftung ausschließlich in der Stadt Halle. Im Ergebnis der Vertragskündigung sind 3 Mitarbeiter der W+H ab dem 01.01.2015 zum WAZV Saalkreis übergegangen. Aufgrund des hohen Altersdurchschnittes der Mitarbeiter sind personelle Anpassungsmaßnahmen mit dem Ziel der Optimierung der Altersstruktur vorgesehen. Die ersten Maßnahmen wurden im Jahr 2014 und 2015 bereits umgesetzt. Weitere Maßnahmen sind für die Folgejahre vorgesehen. In diesem Zusammenhang wurden im Jahr 2015 ebenfalls Qualifizierungsmaßnahmen für zwei Mitarbeiter begonnen. Das Jahr 2015 war im Vergleich zu den Vorjahren geprägt durch einen relativ hohen Stand an langzeitkranken Mitarbeitern. Somit betrug der Krankenstand mit Langzeitkranken in 2014 4,5 % und in 2015 6,4 %.

## 4. Lage der Gesellschaft

### 4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse der W+H haben sich gegenüber dem Vorjahr um 533 TEUR (-13,0 %) reduziert. Dieser Rückgang steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung zwischen dem WAZV Saalkreis und der HWS zum 31.12.2014. Das spiegelt sich im Umsatzrückgang in den Sparten Hausanschlüsse und Wasser wider. Demzufolge ist auch ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr in verschiedenen Aufwandspositionen zu verzeichnen, wie z.B. beim Materialaufwand (-121 TEUR; -10,1 %), Personalaufwand (-233 TEUR; -11,2 %) sowie anderen betrieblichen Aufwendungen (-45 TEUR; -10,7 %). Der Rückgang der Aufwandsposition verlief im Vergleich zum Umsatzrückgang unterproportional. Aufgrund des Wegfalls der Leistungserbringung für die HWS im WAZV Saalkreis ist das an die HWS abzuführende Ergebnis der W+H gegenüber dem Vorjahr um 193 TEUR (-46,5 %) zurückgegangen. Das Ergebnis der Gesellschaft vor Ergebnisabführung beträgt 222 TEUR.

Die mit der Kündigung der Betriebsüberlassungsvereinbarung zwischen dem WAZV Saalkreis und der HWS verbundenen Veränderungen wurden in der Planung 2015 berücksichtigt.

Die geplante Gesamtleistung der W+H konnte in Höhe von 206,0 TEUR (+6,1 %) überschritten werden. Die größten Planüberschreitungen sind in den Sparten Hausanschlüsse (+119,7 TEUR; +23,5 %) und der Sparte Sammelkanal (+109,5 TEUR; +28,8 %) zu konstatieren. In der Sparte Wasser konnten zusätzliche Umsatzerlöse in Höhe von 36,6 TEUR (+4,0 %) zum einen durch die zum 01.03.2015 in Kraft getretene Mess- und Eichgebührenverordnung mit deutlich höheren Eichgebühren und zum anderen durch zusätzliche Auftragsbringung gegenüber der HWS erzielt werden.

In der Sparte Sammelkanal konnten durch die vertragliche Erhöhung der Monatspauschale für die Wartung der Sammelkanäle höhere Umsatzerlöse generiert werden. Weiterhin wurden mit Unterstützung der anderen Sparten der W+H zusätzliche Leistungen gegenüber der HWS (Maler-, Tapezier- und Maurerarbeiten und Betonsanierungen) erbracht und damit Umsatzerlöse über dem Plan in Höhe von 109,5 TEUR (+28,8 %) erwirtschaftet.

Die geplanten Umsatzerlöse in der Sparte Haustechnik wurden um 30,7 TEUR (+2,2 %) überschritten. In dieser Sparte konnte gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs an Umsatzerlösen durch eine positive Auftragslage generiert werden.

Im Ergebnis eines neu geschlossenen Rahmenvertrages mit der Netzgesellschaft Halle über den Wechsel von Gaszählern, konnten in der Sparte Gas Umsatzerlöse in Höhe von 90,1 TEUR (Wechsel von ca. 4.300 Zählern) generiert werden. Damit wurde das Jahresziel um 47,9 TEUR (-34,7 %) unterschritten. Ursache hierfür ist die in die Planung eingestellte zum Planungszeitraum geschätzte Anzahl von Gaszählern in Höhe von 6.000 Stück. Die Umsatzerlöse in dieser Sparte sind auf Vorjahresniveau.



Die Mehrerlöse gegenüber dem Plan in der Sparte Hausanschlüsse in Höhe von 119,7 TEUR (+23,5 %) resultieren aus dem Anstieg von Auftragseingängen insbesondere von verbundenen Unternehmen (HWS) zur Errichtung von Hausanschlüssen Trinkwasser sowie die Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze der HWS.

Die erzielten Umsatzerlöse in der Sparte Bäderbewirtschaftung von 0,4 TEUR ergeben sich aus der Beauftragung von Kleinstreparaturen. Die geplanten Umsatzerlöse wurden somit um 4,6 TEUR (-92,0 %) unterschritten.

Die geplanten sonstigen betrieblichen Erträge wurden um 33,5 TEUR (-55,1 %) unterschritten. Mit dem Übergang eines Mitarbeiters zu den Stadtwerken wurden ab 01.01.2015 keine geplanten Fuhrparkdienstleistungen erbracht. Die Überschreitung bei den sonstigen Erträgen ergibt sich aus nichtgeplanten Versicherungserträgen.

Die geplanten variablen Kosten wurden um 214,2 TEUR (+22,9 %) überschritten. Davon entfallen 15,0 TEUR (+1,9 %) auf die Mehrinanspruchnahme beim Materialaufwand sowie 199,2 TEUR (>100 %) auf die Mehrinanspruchnahme bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Die Planüberschreitung beim Materialaufwand korrespondiert im Wesentlichen mit den höheren Umsätzen und ist im zusätzlichen Materialverbrauch für die Errichtung von Hausanschlüssen Trinkwasser sowie die Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze und im Anlagenbau in der Sparte Haustechnik begründet. Weiterhin haben sich die Preise für den Einkauf der Wasserzähler im Vergleich zum Vorjahr durch die zum 01.03.2015 in Kraft getretene Mess- und Eichgebührenverordnung mit deutlich höheren Eichgebühren erhöht.

Der Mehrverbrauch bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen steht im Zusammenhang mit zusätzlicher Leistungserbringung durch Dritte, hier insbesondere bedingt durch die Übernahme größerer Bauaufträge in der Sparte Hausanschlüsse, den Anstieg von Kfz- Reparaturleistungen, durch den Einkauf von Personaldienstleistungen infolge Langzeiterkrankungen von Mitarbeitern der W+H sowie Ingenieurleistungen zur Planung von Hausanschlussstationen in der Sparte Haustechnik.

Die Personalkosten liegen mit 102,5 TEUR (+5,9 %) über den geplanten Kosten. Die Ursachen hierfür sind der zum Plan überschrittene Personalbestand infolge positiver Auftragsentwicklung, die Anpassung der Arbeitszeit für 2 MA von 0,67 VbE auf 1,0 VbE, die Finanzierung der Rufbereitschaft der Mitarbeiter der Sparte Sammelkanal, die Einstellung eines zusätzlichen Auszubildenden sowie die nichtgeplante erfolgsabhängige Vergütung. Ab März erfolgte die geplante Tarifierhöhung in Höhe von 1,8 %.

Die Abschreibungen wurden um 11,6 TEUR (-19,3 %) unterschritten. Ursache hierfür sind geringere durchschnittliche Abschreibungssätze sowie die spätere Realisierung von geplanten Investitionen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 39,6 TEUR (-9,3 %) unter dem Plan. Einsparungen wurden in unterschiedlichen Aufwandspositionen erzielt. Damit konnten die geringfügigen Überschreitungen in vereinzelt Positionen ausgeglichen werden.

Das Betriebsergebnis liegt mit 67,4 TEUR (-25,9 %) unter dem Plan.

Das neutrale Ergebnis ist um 18,4 TEUR (>100 %) besser als geplant. Dies resultiert insbesondere aus nichtgeplanten Erträgen aus der Auflösung Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung und Prozesskosten.

Das Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag liegt um 49,9 TEUR (-18,4 %) unter dem Plan. Ursache ist ausschließlich die nichtgeplante erfolgsabhängige Vergütung in Höhe von 51,5 TEUR. Ohne diese Vergütung beträgt das Ergebnis 273,5 TEUR. Das sind 1,6 TEUR über Plan.

## 4.2. Finanzlage

### 4.2.1. Kapitalstruktur

Unter dem Eigenkapital sind das Stammkapital (26 TEUR), die Kapitalrücklage (195 TEUR) sowie die Gewinnrücklagen (4 TEUR) zusammengefasst. Die Reduzierung der Gewinnabführung gegenüber dem Vorjahr um 193 TEUR auf 222 TEUR im Berichtsjahr ist im Wesentlichen die Ursache für die Reduzierung der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Somit erhöht sich die Eigenkapitalquote stichtagsbezogen um 6,6 Prozentpunkte auf 23,9 % (Vj. 17,3 %)

#### 4.2.2. Investitionen

Die Investitionen wurden in Höhe von 65,8 TEUR realisiert. Das entspricht einer Planüberschreitung von 5,8 TEUR (+9,7 %). Es wurden ein gebrauchtes Ersatzfahrzeug (VW Caddy) für die Sparte Fernwärme, ein gebrauchter LKW für die Sparte Hausanschlüsse sowie verschiedene Ausrüstungen angeschafft.

#### 4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität wurde zwischen der W+H und den Stadtwerken 2001 eine Cash – Pool – Vereinbarung abgeschlossen. Diese wurde zum 01.03.2013 ergänzt. Darin vereinbaren die Vertragspartner einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 250 TEUR. Um die Liquidität des Unternehmens über das gesamte Geschäftsjahr zu sichern wurde der interne Kreditrahmen 2mal kurzfristig in Anspruch genommen.

Die Mittelabflüsse aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit konnten im Berichtsjahr nicht in voller Höhe aus den Mittelzuflüssen der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden. Die nicht durch laufende Mittelzuflüsse gedeckten Cash-flows haben zur zahlungswirksamen Verminderung des Finanzmittelfonds um 208 TEUR geführt. Dem Finanzmittelfonds am Ende der Periode stehen u.a. im Folgejahr fällige Gewinnabführungsverpflichtungen in Höhe von 222 TEUR gegenüber.

#### 4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme verminderte sich um 27,8 % bzw. 363 TEUR auf 941 TEUR. Im Wesentlichen ist die Reduzierung der Bilanzsumme auf den Abbau des Cash-Pool-Guthabens (237 TEUR; Vorjahr 445 TEUR) zurückzuführen. Auf der Passivseite betrifft die Verminderung der Bilanzsumme im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bedingt durch die Höhe der Ergebnisabführung an die HWS.

#### 4.4. Gesamtaussage

Durch die positive Auftragslage und die optimalen Witterungsbedingungen im Jahr 2015 konnten in allen Sparten des Unternehmens die geplanten Umsatzerlöse erreicht und darüber hinaus zusätzliche Erlöse generiert werden. Die entstandenen Mehraufwendungen für den variablen und den fixen Aufwand konnten dadurch weitestgehend kompensiert werden.

Eine wichtige Voraussetzung für den Unternehmenserfolg sind langfristig gesicherte Verträge. Die Fortführung bzw. der Neuabschluss von Verträgen sind ein Zeichen der Zufriedenheit und des Vertrauens unserer Kunden und Vertragspartner. Auch im Jahr 2015 konnten hier durch verschiedene Vertragsabschlüsse die Grundlagen für eine weitere stabile Zusammenarbeit geschaffen werden. Um den Wünschen und Anforderungen unserer Kunden auch zukünftig gerecht werden zu können, werden die von uns angebotenen Dienstleistungen ständig weiterentwickelt. Durch eine hohe Flexibilität der Mitarbeiter konnten bestehende Leistungen ausgebaut und neue Aufgabengebiete erschlossen werden.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Unternehmens sind die Mitarbeiter. Die in der W+H beschäftigten Mitarbeiter sind zum größten Teil langjährige Mitarbeiter. Hoch qualifiziert und motiviert verfügen sie über das notwendige Know how in den jeweiligen Fachbereichen. Aufgrund des relativ hohen Altersdurchschnittes der Mitarbeiter sind personelle Anpassungsmaßnahmen zur Optimierung der Altersstruktur erforderlich. Die ersten Maßnahmen wurden bereits umgesetzt (z.B. Umsetzung von Altersregelungen; Qualifizierung und Weiterbildung von Mitarbeitern; Einstellung qualifizierter Facharbeiter; Ausbildung von Azubis für einen zukünftigen Einsatz im Unternehmen). Weitere Maßnahmen sind für die Folgejahre vorgesehen.

Unter Berücksichtigung der aus der Kündigung des Betriebsüberlassungsvertrages des WAZV in 2015 resultierenden Veränderungen wird mit dem erreichten Jahresergebnis von 222,0 TEUR eine sehr gute Entwicklung des Unternehmens dokumentiert.

### 5. Nachtragsbericht

Es sind nach dem Bilanzstichtag keine wesentlichen Veränderungen eingetreten.

## **6. Chancen- und Risikobericht**

### 6.1. Risikomanagementsystem

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) verpflichtet die Unternehmen Maßnahmen zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken vorzunehmen und Festlegungen zur Risikobegegnung systematisch zu überwachen. Das Risikomanagement des Unternehmens ist im konzernweiten System der SWH integriert.

### 6.2. Chancen und Risiken

Aus der Zusammenfassung der bereichsspezifischen Risikounterlagen sowie der anschließenden Beurteilung der Geschäftsführung wird eine Riskmap für das Unternehmen und das betreffende Jahr erstellt, die jene Risiken enthält, welche bestandsgefährdende oder schwerwiegende Auswirkungen auf den Erfolg bzw. die Ziele des Unternehmens haben können.

### 6.3. Gesamtbild

Eine Bewertung der Risiken der W+H wird im Risikomanagementsystem vorgenommen. Die Risikoinventur, -bewertung und die Festlegung von Strategien zur Risikobegegnung erfolgen jährlich. Die Ergebnisse werden in der Riskmap festgehalten. Das Risikomanagementsystem der W+H benennt für das Jahr 2016 keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken.

## **7. Prognosebericht**

Die W+H erstellt den Wirtschaftsplan 2016 sowie die Vorschau für die Jahre 2017 bis 2021 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2015, die für den Zeitraum bis 2021 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die erkennbaren Rahmenbedingungen für die Leistungen der Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, das Erstellen von Trinkwasserhausanschlüssen, der Bewirtschaftung der Sammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH GmbH, des Gaszählerwechsels sowie die allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

### 7.1. Umsatzentwicklung

Mit Datum vom 27.12.2013 wurde seitens des WAZV Saalkreis die Betriebsüberlassungsvereinbarung zwischen WAZV Saalkreis und HWS zum 31.12.2014 gekündigt. Hier haben sich seit dem 01.01.2015 die Umsatzerlöse in den Sparten Wasser und Hausanschlusswesen reduziert. Die Folge ist eine Anpassung der avisierten Ergebnisentwicklung in der mittelfristigen Planung bis 2021.

Es ist vorgesehen, dass das Unternehmen auch unter den aktuellen Gegebenheiten auf dem Markt und innerhalb der SWH – Gruppe weiter expandiert sowie bestehende Dienstleistungen stabilisiert bzw. erweitert. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Geschäftsbereiche. Die Erweiterung des Leistungsspektrums ist vor allem auf dem Gebiet der Energiedienstleistungen sowie im spartenübergreifenden Zählermanagement vorgesehen.

### 7.2. Investitionen

Die Investitionen der W+H in den Folgejahren werden sich auf dem Niveau der Vorjahre belaufen. Ab 2017 ist eine Steigerung der jährlichen Investitionen von 60 TEUR auf 70 TEUR vorgesehen. Für die Sicherung bzw. Erweiterung der Geschäftsfelder werden Ersatzfahrzeuge sowie verschiedene Ausrüstungen angeschafft.

### 7.3. Finanzierung

Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung der Investitionen auch weiterhin aus Eigenmitteln.

#### 7.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum werden folgende Jahresergebnisse erwartet:

(in TEUR)	Ist	WIPL	Vorschau			
	2015	2016	2017	2018	2019	2020
W+H	222,0	292,0	296,5	304,6	304,5	305,9

Der Wirtschaftsplan 2016 weist ein Ergebnis vor erfolgsabhängiger Vergütung und vor Gewinnabführung von 292,0 TEUR aus. Das entspricht einer Umsatzrentabilität von 8,4 %. Hierbei ist die Umsatzentwicklung im Zusammenhang mit der Kündigung des Betriebsüberlassungsvertrages zwischen der HWS GmbH und dem WAZV zum 31.12.2014 berücksichtigt. Zur Erreichung des Ergebnisses ist es vorgesehen, perspektivisch den Anteil an Tiefbauleistungen für die HWS zu erhöhen, das spartenübergreifende Zählermanagement sowie die Energiedienstleistungen bereits im Jahr 2016 weiter auszubauen um somit die Erbringung von Eigenleistungen in der SWH – Gruppe weiter zu erhöhen. Können die geplanten Leistungssteigerungen in der SWH – Gruppe nicht umgesetzt werden, so ist eine Anpassung der Ergebnisentwicklung vorzunehmen. Die Entwicklung des Ergebnisses für den Planungszeitraum bis 2021 wird im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2017 -2021 detailliert untersucht und dargestellt. Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend Ergebnisabführungsvertrag an die HWS abgeführt.

#### Anlage zum Lagebericht

##### Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit

		2015	2014	2013	2012
Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS	Stück	27.782	50.609	50.180	50.164
turnusmäßiger Zählerwechsel	Stück	4.200	8.470	7.350	8.130
operativer Zählerwechsel	Stück	660	1.000	1.020	1.150
Regenerierung von Großwasserzählern (Qn 15 - Qn 150)	Stück	96	52	74	98
Bewirtschaftung des Standrohrbestandes der HWS	Stück	139			
Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60 für die HWS	Stück	4.230	9.680	10.854	10.063
Befundprüfung von Wasserzählern	Stück	113	138	126	166
Installationsleistungen Wasser für Drittkunden					
Jahresstichtagsablesung November/Dezember für die HWS	Stück	9.862	34.760	10.670	10.400
Bewirtschaftung von Zählern für Abwasserentgeltminderung der HWS	Stück	8.071	7.506	7.409	7.412
Sammelkanal Bewirtschaftung					
Fernwärmeservice Neubau von Hausanschlussstationen	Stück	9			
Fernwärmeservice Bewirtschaftung von Hausanschlussstationen	Stück	669	717	678	678
Wartung an Gaskesselanlagen	Stück	92	74	0	0
Gaszählerwechsel für die EVH	Stück	3.900	2.970	905	0
Installationsleistungen Warmwasser/Heizung für Drittkunden					
Errichtung v. Hausanschlüssen Wasser sowie Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze der HWS					
Koordinierung bzw. Durchführung von Instandhaltungsmaßnahmen der Bäder Halle GmbH bis 2012					

## 3.3 VERKEHR

## Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
 Flugplatz 12  
 06188 Landsberg, OT Oppin

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 1.000

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg, OT Oppin	14	1,40
Gemeinde Petersberg, OT Brachstedt	6	0,60

### Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

### Öffentlicher Zweck:

Flughäfen sind Dreh- und Angelpunkte der Logistik. Alle größeren Unternehmen im Gemeindegebiet sind auf die Frachtmöglichkeiten angewiesen. Der öffentliche Zweck ist daher in der Standortsicherung und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Scherbel, Renate

**Aufsichtsrat:**

Vorsitzende	Kleine, Gabriele	(bis 15.02.2015)
Vorsitzender	Stäglin, Uwe	(seit 01.01.2015, seit 29.06.2015 Vorsitzender)
stellv. Vorsitzender	Wege, Johannes	(seit 08.06.2015, seit 29.06.2015 stellv. Vorsitzender)
	Bernstiel, Christoph	
	Frischmuth, Bernd	(bis 23.02.2015)
	Hoppe, Christian	(seit 24.02.2015)
	Kieslich, Marcel	
	Kupski, Christian	

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

**Aufsichtsrat:**

Leipzig, Ulli (seit 18.03.2015)

Müller, Peter

Nölle, Ludger (bis 17.03.2015)

Wolff, Alfons-Josef

**d) Geschäftsentwicklung**
**aa) Bilanzdaten**

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	1.787	92	1.879	92	1.952	89	-92	-5
Umlaufvermögen	161	8	151	8	250	11	10	7
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	6	0	4	0	-5	-83

**Bilanzsumme**

<b>1.949</b>	<b>100</b>	<b>2.036</b>	<b>100</b>	<b>2.206</b>	<b>100</b>	<b>-87</b>	<b>-4</b>
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

**Passiva**

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.214	62	1.157	57	1.111	50	57	5
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	154	8	165	8	177	8	-11	-7
Rückstellungen	23	1	23	1	16	1	0	0
Verbindlichkeiten	470	24	612	30	811	37	-142	-23
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0	0	1	0	2	
Passive latente Steuern	86	5	79	4	90	4	7	9

**Bilanzsumme**

<b>1.949</b>	<b>100</b>	<b>2.036</b>	<b>100</b>	<b>2.206</b>	<b>100</b>	<b>-87</b>	<b>-4</b>
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	599	576	596
andere aktivierte Eigenleistungen		17	
sonstige betriebliche Erträge	69	75	69
Personalaufwand	284	285	266
Abschreibungen	94	95	91
sonstige betriebliche Aufwendungen	189	215	208
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	27	34
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	81	46	66
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17	-6	4
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	58	46	56
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	58	46	56

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,61	7,92	9,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,98	4,10	5,27	%
Cash-Flow:	152	141	147	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	84	83	83	T€
Personalaufwandsquote:	42,38	42,63	40,06	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,68	92,32	88,46	%
Eigenkapitalquote:	62,31	56,82	50,38	%
Fremdkapitalquote:	37,69	43,18	49,62	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Flugbewegungen	28.908,00	26.716,00	27.548,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,11	4,13	4,02	EUR
Kraftstoffverkauf <sup>1)</sup>	290.315,00	285.153,00	491.406,00	Liter

<sup>1)</sup> Der Hubschrauber-Sonder-Dienst hat im Juli 2013 eine eigene Betriebstankstelle in Betrieb genommen.



## e) Lagebericht

### 1. Geschäftsverlauf

Auf der Basis einer weiterhin stabilen Entwicklung der Allgemeinen Luftfahrt kann sowohl der Geschäftsverlauf der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin, als auch die Entwicklung am Flugplatz, im Jahr 2015 insgesamt positiv bewertet werden. So wurden 28.908 Flugbewegungen registriert, 2.192 Flugbewegungen mehr als im Jahr 2014.

Trotz zeitweilig anhaltend instabiler Wetterlagen im Verlaufe des Jahres und damit unterjährig auch schlechter Flugbewegungszahlen, konnte durch eingeleitete Sondermaßnahmen ein Ausgleich und sogar die Steigerung der Flugbewegungen erreicht werden.

Angesichts zunehmender internationaler Verflechtungen bleibt die schnelle Erreichbarkeit entfernter Ziele weiter im Focus der Nutzer unseres Flugplatzes. Aber auch die theoretische und praktische Ausbildung von Privatpiloten für Flugzeuge und Hubschrauber, sowie die Wartung und Instandhaltung der Maschinen sind am Flugplatz Halle/Oppin ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Der Erlös pro Flugbewegung im Jahr 2015 beträgt Euro 4,11 (2014 – Euro 4,13) und liegt damit 2 Cent unter dem Vorjahreswert. Dies ist jedoch auch Zeugnis dafür, dass der Flugverkehr weiterhin recht hochwertig ist.

Die durch den Verkauf von Flugkraftstoffen erzielten Provisionserlöse sind im Vergleich zum Vorjahr, entsprechend den Flugbewegungszahlen, ebenfalls um 3,86 % leicht gestiegen.

Mit den am Flugplatz ansässigen Firmen wird konstruktiv zusammengearbeitet, um allen Beteiligten Stabilität sowohl in der täglichen Arbeit als auch für die Perspektive zu sichern.

Das von der Firma MCO/Air Lloyd im Jahr 2012 erworbene Grundstück wurde auch im Jahr 2015 nicht bebaut. Die Fusion zwischen der MCO/Air Lloyd und der ebenfalls ansässigen Firma Helitec gestaltet die Verhandlungen bezüglich einer möglichen Erweiterung, der auf dem Grundstück vorgesehenen Baumaßnahmen, offenbar schwierig. Unter Umständen kommt ein Zukauf weiterer Flächen in Betracht.

### 2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Zu den wichtigsten Einnahmequellen zählen weiterhin die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien. Defizite aus dem fliegerischen Bereich können damit zum Teil ausgeglichen werden.

Lang- und mittelfristige Verträge bei der Vermietung der vorhandenen Objekte sichern weiterhin eine relativ stabile Erlössituation.

Die Vermietungssituation im Wohnblock hat sich leicht verbessert, per 31. Dezember 2015 standen 5 Wohnungen leer, d.h. der Leerstand betrug 12,5 %.

Da die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum durchaus gegeben ist muss dieser Fakt genutzt werden, um den vorhandenen Standortnachteil und die ungünstige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen.

Von den leer stehenden Wohnungen muss noch eine Wohnung einer Grundinstandsetzung unterzogen werden.

Die Vermietung in den Flugzeugabstellhallen ist relativ gleichbleibend. Bei Aufgabe eines Einzelhangars konnte die Neubesetzung in der Regel unmittelbar erfolgen.

Der Rundhangar wurde deshalb 2015 überwiegend für Tagesabstellungen genutzt. Die daraus erzielten Einnahmen entsprechen der Festvermietung von 1,62 Stellplätzen für ein Jahr.

Die Gaststätte „Schnitzel-Tower“ – erfreut sich auf Grund eines offenbar guten Preis-Leistungsverhältnisses nach wie vor großer Beliebtheit und bringt vor allem den Rundflugunternehmen und damit auch dem Flugplatz an sich, einen guten Kundenzulauf.

Im Vergleich zum milden Winter 2013/2014 sind die Gaskosten 2015 zwar leicht gestiegen, dennoch war auch der Winter 2014/2015 nicht sehr kalt.

Die Betriebskostenabrechnungen der Mieter ergaben deshalb im Jahr 2015 meist wieder eine Erstattung von geleisteten Vorauszahlungen.

Neben dem Zuschuss zu den Personalkosten für das Luftaufsichtspersonal wurden vom Landesverwaltungsamt auch Mittel für die Sachausstattung des Luftaufsichtspersonals in Höhe von 641,35 Euro bereitgestellt.

Eine Inanspruchnahme von Fördermitteln erfolgte im Jahr 2015 nicht.

Das vom Gesellschafter Saalekreis 2013 gewährte Darlehen, mit einer Laufzeit von 10 Jahren, wird regelmäßig monatlich getilgt und zusätzlich am Jahresende mit einer Sondertilgung in Höhe von 6 T€ bedient.

Von den übrigen 5 langfristigen Darlehen, die ebenfalls regelmäßig getilgt werden, laufen im Jahr 2017 drei aus, so dass ab 2018 eine deutliche finanzielle Entlastung des Finanzhaushaltes zu erwarten ist.

Die liquide Situation der Gesellschaft war auch im Jahr 2015 weiter stabil.

Jedoch sind Sicherung der Umsatzerlöse und strengste Sparsamkeit weiter oberstes Gebot in der täglichen Arbeit, um die anstehenden Aufgaben zu lösen und eine positive Entwicklung der Gesellschaft fortzusetzen.

### **3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung**

Mit dem im Jahr 2013 errichteten Rundhangar besteht nunmehr die Möglichkeit auch Flugzeuge von Fremdkunden unter zu stellen, wovon sehr rege Gebrauch gemacht wird.

Die neue Abstellhalle ist auf lange Sicht ein weiteres Signal für die modernisierte Infrastruktur der Region und die Attraktivität des Flugplatzes.

Die Firmen MCO/Air Lloyd/Helitec und die ADAC Luftfahrt Technik GmbH haben, im Interesse einer weiteren langfristigen Arbeit am Flugplatz Halle/Oppin, 2015 an ihren Planungen zum Standortausbau weiter gearbeitet.

Insofern wird davon ausgegangen, dass sich bis zum Jahr 2020 entsprechende Veränderungen ergeben, die die wirtschaftliche Entwicklung der Flugplatz GmbH in den kommenden Jahren positiv beeinflussen könnten.

Ein Risiko für die Gesellschaft wären eventuell auftretende Schäden an Gebäuden oder Technik, die jedoch durch ständige Kontrollen und gegebenenfalls Einleitung notwendiger Maßnahmen vermieden werden sollen.

Im Rahmen der Planung zur Umsetzung der Energieeinsparungsverordnung 2014 - Heizanlagen betreffend -, stellte sich heraus, dass der Austausch von Gasheizkesseln für Heizungsanlagen nur bis zu einer Kesselleistung von 400 kW vorgeschrieben ist. Die Anlage der Flugplatz GmbH hat eine Leistung von 470 kW, ein Austausch ist daher nicht zwingend erforderlich. Da die Kessel länger als 30 Jahre und die Brenner bereits 20 Jahre in Betrieb sind, sollte, entsprechend den finanziellen Möglichkeiten, mindestens der Austausch einer Kesselanlage in Betracht gezogen werden, um auch im Sinne der Umweltentlastung den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren. Sollten die Ergebnisse der jährlichen Abgasuntersuchung durch den Schornsteinfeger jedoch nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, könnte der sofortige Austausch einer Anlage erforderlich werden.

Die Personalstruktur wurde im Jahr 2015 nicht verändert.

Die auf Grund der geplanten Inanspruchnahme von Altersrenten im Jahr 2017/2018 anstehenden Personalveränderungen wurden bereits in den Sitzungen von Aufsichtsrat und Gesellschaftern beraten. Bis Ende des Jahres 2016 sollen Vorschläge zur Klärung der Personalfragen vorliegen, vor allem für den Bereich der Geschäftsführung.

Die Gesellschaft zahlt ab dem Haushaltsjahr 2014 Gewerbesteuer.

### **4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag**

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach dem Abschlussstichtag nicht vor.

## Hallesche Verkehrs-AG

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Freimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	AG		
<b>Stammkapital in T€:</b>	51.200		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

### b) Besetzung der Organe

<b>Vorstand:</b>		Schwarz, Vinzenz
<b>Aufsichtsrat:</b>	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich
		Aldag, Wolfgang
		Dr. Wend, Detlef
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter
		Hilbig, Stefan
		Krimmling-Schoeffler, Anja
		Peinhardt, Ulrich
		Thielemann, Dirk

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	16	16	17

## c) Beteiligungen

### unmittelbar

	T€	%
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	25	100,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
<b>mittelbar</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	0,87

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	284.329	95	290.108	95	300.867	96	-5.779	-2
Umlaufvermögen	16.055	5	14.003	5	12.566	4	2.052	15
Rechnungsabgrenzungsposten	190	0	121	0	116	0	69	57
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			75	0	205	0	-75	-100

### Bilanzsumme

<b>300.574</b>	<b>100</b>	<b>304.307</b>	<b>100</b>	<b>313.754</b>	<b>100</b>	<b>-3.733</b>	<b>-1</b>
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

### Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	83.583	28	83.583	27	83.583	27	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	175.371	58	183.994	61	191.403	61	-8.623	-5
Rückstellungen	9.277	3	9.164	3	10.216	3	113	1
Verbindlichkeiten	27.999	9	23.206	8	22.957	7	4.793	21
Rechnungsabgrenzungsposten	4.344	2	4.360	1	5.595	2	-16	0

### Bilanzsumme

<b>300.574</b>	<b>100</b>	<b>304.307</b>	<b>100</b>	<b>313.754</b>	<b>100</b>	<b>-3.733</b>	<b>-1</b>
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	41.631	39.307	39.605
andere aktivierte Eigenleistungen	270	228	149
sonstige betriebliche Erträge <sup>1)</sup>	21.953	13.230	15.869
Materialaufwand	24.988	24.253	27.645
Personalaufwand	32.374	30.777	29.620
Abschreibungen	7.663	8.442	8.067
Zuschüsse Gesellschafter	22.528	22.766	22.996
sonstige betriebliche Aufwendungen <sup>2)</sup>	20.621	11.114	12.042
Erträge aus Beteiligungen	63	0	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	141	141	141
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26	10	18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	821	873	996
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	145	223	408
außerordentliche Aufwendungen	0	0	900 <sup>3)</sup>
außerordentliches Ergebnis	0	0	-900
sonstige Steuern	82	200	68
Erträge aus Verlustübernahmen	0	0	560
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	63	23	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

<sup>1)</sup> inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen  
(2015: 5.757 T€; 2014: 843 T€; 2013: 2.379 T€)

<sup>2)</sup> inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen  
(2015: 6.800 T€; 2014: 1.235 T€; 2013: 2.897 T€)

<sup>3)</sup> Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,15	0,06	-1,41	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,08	0,03	-0,67	%
Cash-Flow:	7.726	8.465	7.507	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	90	73	78	T€
Personalaufwandsquote:	50,70	58,33	53,25	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens-  
und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,88	93,72	94,29	%
Eigenkapitalquote:	27,81	27,47	26,64	%
Fremdkapitalquote:	72,19	72,53	73,36	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Beförderte Personen	52.191,28	51.773,90	52.145,04	in 1.000
Fahrplan-km	8.641,37	8.571,81	8.787,15	in 1.000
Nutz-Wagen-km	10.079,38	9.896,70	10.520,98	in 1.000
Personen-km	303,63	327,75	327,07	in Mio.
Platz-km	1.234,34	1.227,15	1.256,08	in Mio.

## e) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-AG**
  - 1.1. Geschäftsmodell
    - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
    - 1.1.2. Geschäftsfeld
  - 1.2. Ziele und Strategien
  - 1.3. Steuerung
  - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
  - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
  - 2.2. Arbeitsmarkt
  - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
  - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
  - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
  - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
  - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
  - 3.5. Forschung und Entwicklung
  - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
  - 4.1. Ertragslage
  - 4.2. Finanzlage
    - 4.2.1. Kapitalstruktur
    - 4.2.2. Investitionen
    - 4.2.3. Liquidität
  - 4.3. Vermögenslage
  - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Chancen- und Risikobericht**
  - 6.1. Risikomanagementsystem
  - 6.2. Chancen und Risiken
  - 6.3. Gesamtbild
- 7. Prognosebericht**
  - 7.1. Umsatzentwicklung
  - 7.2. Investitionen
  - 7.3. Finanzierung
  - 7.4. Ergebniserwartung

## 1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-AG

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) ist ein 100 prozentiges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH. Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstreckt sich der Gegenstand des Unternehmens hauptsächlich auf den öffentlichen Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle (Saale). Die Stadt Halle (Saale) hat als Aufgabenträger für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr einen Nahverkehrsplan aufgestellt. Dieser gibt den allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet als Aufgabe der Daseinsvorsorge vor. Auf dieser Basis beauftragt die Stadt Halle (Saale) die Verkehrsleistungen, welche im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zwischen dem kommunalen Auftraggeber, der Muttergesellschaft und dem Nahverkehrsunternehmen beschrieben sind. Dieser Vertrag legt den Auftrag längstens bis zum 31. Dezember 2021 fest.

Das Führungsteam der HAVAG besteht neben dem Vorstand und vier Stabstellen aus den Bereichsleitern der fünf Struktureinheiten. Diese untergliedern sich in Betriebswirtschaft, Verkehr und Betrieb, Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Technik/Fahrzeuge und Technik/Infrastruktur. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wird der Alleinvorstand durch eine gestärkte zweite Führungsebene unterstützt und die Gesellschaft stellt somit eine flache aber effiziente Unternehmensleitung auf. Für die Vertretung der Gesellschaft wirken neben dem Vorstand vier Prokuristen.

Anteile an verbundenen Unternehmen hält die HAVAG an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale), der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale), und der Saalebus GmbH, Halle (Saale). Vervollständigt werden die Unternehmensverbindungen durch die Beteiligungen an der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH, Halle (Saale) und der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln.

#### 1.1.2. Geschäftsfeld

Kerngeschäftsfeld der HAVAG ist der flächendeckende öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale). Dazu bietet das Unternehmen eine Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb, eine moderne Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeuge für den Omnibusbetrieb, welche den strengen umweltrechtlichen Anforderungen entsprechen, an. Für das Stadtgebiet stellt das Unternehmen den wesentlichen Anbieter dar und wird im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Marktteilnehmer des mitteldeutschen Verkehrsverbundes ergänzt. Das Rand- und Nebengeschäft spielt für die HAVAG eine nur untergeordnete Rolle und erstreckt sich auf ergänzende Tätigkeiten.

#### Angaben zu § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Mit dem Verbund des Stadtwerke Halle Konzerns und unter Berücksichtigung des Betriebes einer Photovoltaikanlage und eines Blockheizkraftwerkes, welche in das öffentliche Netz einspeist, ergibt sich, dass die HAVAG nach § 3 Abs. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieunternehmen darstellt. Entsprechend des § 6b Abs. 3 EnWG ist die HAVAG demzufolge aufgefördert, getrennte Konten für die Tätigkeit der Stromerzeugung zu führen. Die Zuordnung zu den Konten innerhalb des Elektrizitätssektors erfolgt dabei auf Basis direkt zurechenbarer Kosten, Erlöse sowie Vermögen und Schulden. Wesentliche Zuordnungsschlüssel sind wegen des überschaubaren Geschäftsumfanges nicht notwendig.

#### 1.2. Ziele und Strategien

Die Kernaufgabe der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr auf einem wirtschaftlichen Niveau. Dieses vor dem Hintergrund der inflationären Steigerung für Waren und Dienstleistungen und der Anerkennung der tariflichen Lohn- und Gehaltssteigerungen zu gewährleisten, ist für die Gesellschaft eine fortwährende Herausforderung. Eine permanente Überprüfung der Prozesse und eingesetzten Kapazitäten ermöglicht die Hebung von Synergie- und Effizienzpotentialen. Ziele dieser Überprüfung sind die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragsteigerung zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotentialen zur Reduzierung des Aufwandes und zum effektiven Ressourceneinsatz. Alle Anstrengungen leisten einen strategischen Wertbeitrag zur Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit der HAVAG und zur Begrenzung des Betriebskostenzuschusses.

Zur strategischen Ausrichtung der HAVAG für die folgenden Jahre wurde im Jahr 2013 ein Strategieentwicklungsprozess ‚Zukunftsdialo g HAVAG 2018‘ initiiert, der im Ergebnis strategische Ziele und die wesentlichen Grundausrichtungen hervorbrachte. Das Strategiepapier beinhaltet strategische Projekte und operative Maßnahmen, die im Anschluss in die operative Umsetzung überführt werden. Eine Strategieklausur im Jahr 2015 legte neun strategische Maßnahmen fest, die mit besonderer Priorität herausgestellt wurden. Unter anderem sind diese mit der Erlössteigerung durch Tarif und Vertrieb, der Angebotsplanung (inklusive Fahrzeugkonzept), dem Instandhaltungskonzept 2025 (Fahrzeuge und Infrastruktur), der Erstellung einer Machbarkeitsstudie für inter- und multimodulare Angebote und dem Konzept der Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr 2021 benannt. Gleichzeitig ist das Programm ‚Exzellenz Plus 20‘ der Stadtwerkegruppe in die Gesellschaft eingebettet worden, welches ebenfalls mit Projekten und Maßnahmen das Ziel der Stärkung der langfristigen Ertragskraft verfolgt. Mit den daraus resultierenden Ergebniseffekten wird eine Stabilisierung des mittelfristigen Zuschussbedarfes beabsichtigt.

#### 1.3. Steuerung

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildete der mit der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß der vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark Trans regelt. Der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag wurde aufgrund einer notwendigen Anpassung an den Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) im Oktober 2015 durch eine zweite Änderungsvereinbarung ergänzt.



Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 03. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, ist ein Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen worden. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes zum 01. Januar 2013 wurde zugleich das nationale Recht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Der aktuelle Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der vorgenannten EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrags entsprechen den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Danach muss das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen nachweislich sicher. Der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag legt weiter fest, dass der Zuschussbedarf im Wege einer Vorkalkulation jährlich zu Beginn eines Geschäftsjahres auf der Basis des Wirtschaftsplans ermittelt und vom Aufsichtsrat bestätigt wird.

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Die Planung jeder Struktureinheit für sich und der Gesellschaft gesamt sind dabei für die Einhaltung der Vorgabe verantwortlich. Mit der detaillierten Planung der einzelnen Geschäftsprozesse ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sowohl im Jahresvergleich, als auch über seine standardisierten Tätigkeiten eines Verkehrsdienstleiters im Drittvergleich möglich. Um die Wirtschaftlichkeit und die Einhaltung der Altmark-Trans-Kriterien in der Planung zu bestätigen, stellt sich die HAVAG turnusmäßig der Einschätzung einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und konnte im Jahr 2015 den geforderten Merkmalen entsprechen.

#### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im vierten Quartal 2015 wurde der Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag mit der Stadt Halle (Saale) und den Stadtwerken Halle GmbH in einer zweiten Änderungsvereinbarung ergänzt. Die Beschlussfassung des Stadtrates vom 25. September 2013 zum Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) machte die Anpassung notwendig. Infolge dessen konnte die HAVAG ihre Verträge mit den Subunternehmen, welche die Leistungen mit Busverkehren unterstützten, ebenfalls zum Jahresende anpassen.

Der im Jahr 2013 begonnene aufbauorganisatorische und unternehmenskulturelle Wandel in der HAVAG wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 weitgehend abgeschlossen. Ziel der Gesellschaft ist dabei die Schaffung von Strukturen und unternehmenskulturellen Werten im Sinne eines modernen Nahverkehrsunternehmens. Gleichfalls erfolgte eine Reorganisation einzelner Arbeitsprozesse. Insgesamt bewirken diese Veränderungen die Nutzung von Synergien zur Effizienzsteigerung.

Mit dem ‚Stadtbahnprogramm Halle 2019‘ ist mit dem grundhaften Ausbau der halleschen Straßenbahninfrastruktur begonnen worden. Das Projekt wird unter anderem mit dem Einsatz von Fördermitteln für den öffentlichen Personennahverkehr von Bund und Land finanziert und bedingt den Einsatz von Eigenmitteln. Gemäß dem Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Aus der Umsetzung der Maßnahmen in diesem Programm ergeben sich für die HAVAG umfangreiche zusätzliche Aufgaben. Im Zuge einer mit der Stadt Halle (Saale) abgeschlossenen Maßnahmenträgerregelung tritt dabei die Gesellschaft als Träger für die einzelnen Maßnahmen auf. Damit liegt die gesamte verwaltungstechnische Abwicklung, einschließlich der erforderlichen Berichterstattungen für die Inanspruchnahme der Fördermittel und deren detaillierte Erarbeitung, der entsprechend der Vergabe notwendigen Verwendungsnachweise für die entsprechenden Verwaltungsstrukturen beim Land und beim Bund, allein in der Hand des Maßnahmenträgers. Das betrifft gleichermaßen die Vorbereitung und Durchführung jeglicher Vergabe- und Ausschreibungsprozesse innerhalb des Programms, bei denen aufgrund der wirtschaftlichen Größenordnungen in fast allen Einzelfällen eine europaweite Ausschreibung zum Ansatz gebracht werden muss.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschland im Jahr 2015 um 1,7 Prozent. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 Prozent. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

## 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 Prozent auf 6,4 Prozent verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 Prozent auf 10,2 Prozent.

## 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Zuge der Zentralisierung auf das Kerngeschäft verfolgt die HAVAG seit längerem die Veräußerung von nicht betriebsnotwendigen Immobilien. Zum Jahresbeginn 2015 konnte nahezu der gesamte Bestand an Werkwohnungen verkauft werden.

Mit der Neuordnung des Verkaufes der Forderungen für das erhöhte Beförderungsentgelt ab 01. Januar 2015 stärkt die HAVAG die Erträge und reduziert zugleich den bisherigen internen Verwaltungsaufwand. Zusätzlich folgte die Gesellschaft im Rahmen der Tarifumstellung zum 01. August 2015 der empfohlenen Anpassung des erhöhten Beförderungsentgeltes von € 40 auf € 60 im Mitteldeutschen Verkehrsverbund.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Für die Einwohner der Stadt Halle (Saale) bietet die HAVAG einen attraktiven Personennahverkehr mit zahlreichen Angeboten. Entsprechend des persönlichen Verbraucherverhaltens kann der Kunde aus einer Vielzahl von Tarifprodukten auswählen. Der umweltverträgliche Personennahverkehr bietet dabei die Alternative zum motorisierten Individual- und zum Radverkehr.

Bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Angebotes der HAVAG gegenüber dem Individualverkehr spielt die kundenfreundliche ÖPNV-Leistung für seine Nutzer eine entscheidende Rolle. Um dieses Niveau zu halten, muss das Unternehmen stets nach weiteren Effizienzmöglichkeiten und Einnahmesteigerungen suchen, um den steigenden Aufwendungen zu begegnen. Zusätzliche Diskussionen um eine Kürzung, von an den Zweck des öffentlichen Personennahverkehrs gebundenen Haushaltsmitteln des Bundes und des Landes zur Finanzierung der Unternehmensleistung und Investitionen, lassen erkennen, dass sich der finanzielle Handlungsspielraum in den nächsten Jahren einengen kann. Hinzu kommen politische Diskussionen, die sich für eine moderatere Preisanpassung der Tarifprodukte des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes in der Zukunft einsetzen.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Mit der Zahlung der Regionalisierungsmittel vom Bund an die Bundesländer wird insbesondere der Schienenpersonenverkehr finanziert. Dazu regelt das Regionalisierungsgesetz die gesamte Höhe der Bundesmittel und den Verteilungsschlüssel auf die Bundesländer. Das Regionalisierungsgesetz aus dem Jahr 1993 wurde zum 15. Dezember 2015 geändert. Gesetzlich festgelegt ist nunmehr, dass den Ländern für den öffentlichen Personalverkehr im Jahr 2016 ein Betrag von 8 Milliarden Euro zur Verfügung steht. Die Gesamtzuweisung wird in den Jahren 2017 bis 2031 jährlich um einen Betrag von 1,8 Prozent ansteigen. Zudem begrenzt das Gesetz die Stations- und Trassenentgelte im Schienenpersonennahverkehr und gibt einen überarbeiteten Verwendungsnachweis für die Länder vor. Weitestgehend sind mit dem Beschluss zum Ende des Jahres die Steigerung des Gesamtbetrages und eine dynamische Anpassung der jährlich im Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel umgesetzt. Eine zukünftige Verteilung der bereitgestellten Mittel, wird über eine Rechtsverordnung auf der Grundlage der Entwicklung der Verkehrsleistung und der Bevölkerungsentwicklung neu festzulegen sein. Bis zum Erlass dieser Rechtsverordnung gilt der bislang angewendete Verteilungsschlüssel.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Mit einem Verkehrsangebot von 15 Straßenbahn- und 20 Omnibuslinien deckt die HAVAG eine Linienlänge von 330 Kilometern ab.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Verkehrsleistung im Straßenbahnbereich um -13,1 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer und somit um 0,3 Prozent reduziert. Dieser Rückgang auf 5.328,7 Tsd. Nutz-Zug-Kilometer ist mit der Abstimmung der einzelnen Linien aufeinander begründet.

Für die Leistungsentwicklung im Omnibusbereich weist die Gesellschaft eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2014 um 82,7 Tsd. Nutz-Wagen-Kilometer aus, was im Wesentlichen auf die höheren Schienenersatzverkehrsleistungen im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zurückzuführen ist. Gleichzeitig konnte die HAVAG im Jahr 2015 die ergänzenden Leistungen für Sonderverkehre, für den freigestellten Schülerverkehr und für den Gelegenheitsverkehr ausbauen.

Eine Analyse zum Plan gibt sowohl für den Straßenbahn- wie auch den Omnibusbereich eine Abweichung wieder. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung der Baumaßnahmen und dem geplanten Einsatz von Verstärkerfahrten sind bei den Straßenbahnleistungen und bei den Omnibusleistungen geringfügige Unterschreitungen festzustellen. Insgesamt bewertet die HAVAG die Entwicklung ihres Dienstleistungsangebotes im Jahr 2015 positiv und interpretiert dieses als die bedarfsgerechte Lösung auf die gestellte Nachfrage.

Die mit Beginn des Schul-/Studienjahres 2014/2015 (September/Oktober 2014) eingeführten Produkte für die Schülerinnen und Schüler in der Stadt Halle (Saale) und die Studentinnen und Studenten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg haben sich im Geschäftsjahr 2015 weiter etabliert. Ziel der Einführung diverser Angebote war die Bindung der jungen Kundengruppe für eine umfangreiche Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs im Bediengebiet und damit eine Erhöhung der Anzahl von Beförderungsfällen in diesem Segment.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Stammkundengewinnung lag im Jahr 2015 im Ausbau des Angebotes der Jobtickets. Mit der gezielten Ansprache sucht die HAVAG nach potentiellen Unternehmen im Bediengebiet, welche die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs als eigenen Vorteil gegenüber ihren Angestellten nutzen wollen. Einerseits kann das Vertragsunternehmen eine Vergünstigung für seine Beschäftigten anbieten, andererseits kann die HAVAG weitere Stammkunden gewinnen. Für beide Partner entsteht somit ein zusätzlicher Nutzen, der in den folgenden Jahren wesentlich ausgebaut werden soll.

Das beschriebene Leistungsangebot nutzten im Jahr 2015 insgesamt 52,2 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung um 0,4 Mio. Beförderungsfälle dar. Erstmals konnte damit der Trend der jährlich sinkenden Zahl der Fahrgäste gestoppt und leicht umgekehrt werden. Gleichfalls waren im Jahr 2015 innerhalb der Kundengruppen unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Für die Kundengruppe ‚Stammkunden Erwachsene‘ ist aus den erreichten Beförderungszahlen eine Abnahme von Monatskarten gegenüber einer Zunahme von Jahreskarten zu beobachten. In der Kundengruppe ‚Schüler, Auszubildende und Studenten‘ sind die Zuwächse durch die eingeführten Produkte MiniCard und MaxiMobilCard erkennbar, wobei die Nutzerzahlen dem allgemeinen Trend des Anstieges an Schülern der Stadt Halle (Saale) folgen. Mit dem Rückgang der Zahl der Auszubildenden ist die Entwicklung dieser Kundengruppe gekoppelt. Nach der Einführung des Semestervolltickets ist im Jahr 2015 eine Steigerung der Beförderungsfälle unter den Studenten abzulesen.

Generell konnte die HAVAG im Jahr 2015 aus der Stärkung des Anteils der Jahreskarten einen weiteren Ausbau der Stammkunden erkennen. Für das Unternehmen leitet sich daraus eine positive Resonanz auf die Bindung von Stammkunden ab und begründet gleichzeitig den leichten Rückgang der Gelegenheitsnutzer als Wanderung von den Bartarifen in die Zeittarife. Statistisch gekoppelt ergeben sich aufgrund der Entwicklung der Fahrgastzahlen entsprechend Steigerungen bei den Schwerbehinderten sowie den Übersteigern von anderen Verkehrsunternehmen, wie zum Beispiel der S-Bahn.

Gleichzeitig muss die HAVAG feststellen, dass das gestellte Planziel von 54,2 Mio. Fahrgästen, nicht erreicht werden konnte. Ursachen dafür finden sich in der optimistisch prognostizierten und in der Praxis bisher nicht eingetretenen Entwicklung der Fahrgäste in der Kundengruppe Schüler und Studenten sowie bei den Einzel- und Mehrfahrkartennutzer im Bartarif, die mit ihrem Nutzungsverhalten spontan reagiert haben. Insbesondere witterungsbedingte Entscheidungen unserer Kunden in den Wintermonaten sind zusätzlich bei den Wochenkarten im Zeittarif in einer geminderten Zahl eingetreten. Hier wirken sich die milden Temperaturen und die guten Witterungsbedingungen in den Wintermonaten aus, wobei dieser Umstand gleichfalls aus dem zunehmenden Fahrradverkehr im Stadtbild von Halle (Saale) abzuleiten ist. Eine weitere Begründung ergibt sich aus den im Jahresverlauf gesunkenen und anhaltend niedrigen Kraftstoffpreisen, welche zu einer Verschiebung hin zum motorisierten Individualverkehr animieren.

Bei den zahlenden Personen im Linienverkehr erreichte die HAVAG im Jahr 2015 einen Wert von 0,74 EUR je Fahrgast und kann somit den Vorjahreswert um 0,02 EUR je Fahrgast steigern.

Für die Erbringung der Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr standen im Jahr 2015 durchschnittlich 112 Straßenbahntriebwagen sowie 66 Omnibusse zur Verfügung.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Das im Jahr 2014 begonnene Forschungsprojekt ‚Barrierefreie Auskunft‘ wurde planmäßig zum Jahresende 2015 beendet. Ziel des Projektes war es, im Zusammenhang mit der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes das Zwei-Sinne-Prinzip umzusetzen. Zukünftig sollen in den Straßenbahnen und Omnibussen bei Einfahrt in den Haltestellenbereich die Linie und das Ziel insbesondere für Blinde und sehschwache Fahrgäste ansagt werden. In das Projekt wurde außerdem das automatische Auslösen der akustischen Blindensignalisierung an Lichtsignalanlagen auf Wunsch des Landes Sachsen-Anhalt aufgenommen. Als Forschungsansatz galt es dabei, das Auslösekriterium zu definieren und eine praktikable Lösung für den Regelbetrieb zu finden. Das Projekt und die Ergebnisse wurden im Jahr 2015 Vertretern des Sozial- und Verkehrsministeriums Sachsen-Anhalt vorgestellt. Der Abschlussbericht wurde dem Landesverwaltungsamt und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt übergeben.

Unter dem Oberbegriff ‚Elektromobilität‘ vertieft die Projektgruppe der Stadtwerke Halle GmbH im Jahr 2015 das Projekt ‚Grüne Mobilitätskette‘. Mit sieben weiteren Partnern aus Sachsen-Anhalt und Thüringen soll die Elektromobilität in der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Unter der Federführung der HAVAG sollen in der Stadtwerkegruppe neue Geschäftsmodelle unter dem Schlagwort Elektromobilität entwickelt werden. Begleitend dazu hat das Land Sachsen-Anhalt, vertreten durch das Verkehrs- und das Wirtschaftsministerium, ein ergänzendes Förderprogramm für Ladesäuleninfrastruktur und Elektrofahrzeuge initiiert. Im Mai 2015 wurden dem SWH-Konzern und der Stadt Halle (Saale) insgesamt 10 Elektrofahrzeuge innerhalb des Projektes zur Verfügung gestellt. Im August 2015 erfolgte die offizielle Inbetriebnahme von 15 Elektroladesäulen im Stadtgebiet. Seit September 2015 verfügt die HAVAG im internen Fuhrpark über ein Elektrofahrzeug.

Mit dem beschriebenen Engagement der HAVAG auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist gleichfalls ein Beitrag zum Umweltschutz beabsichtigt. Seit November 2015 ist die HAVAG Projektpartner bei der Initiative des Landes Sachsen-Anhalt zur Einführung von Elektrobussen. Zwischen der NASA GmbH und der HAVAG erfolgte eine enge Abstimmung der Aufgabenstellung für die vorangestellte Untersuchung.

Um die positiven Auswirkungen des öffentlichen Personennahverkehr auf die Umwelt möglichst weiter auszubauen und damit seine Vorteile für die Umwelt gegenüber dem motorisierten Individualverkehr auch zukünftig zu sichern, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen, unerlässlich. Dazu setzte sich die HAVAG im Jahr 2015 mit der Senkung des Energieverbrauches und der Reduzierung der Schall- und Abgasemission aktiv auseinander. Durch den Betrieb einer modernen Photovoltaikanlage auf dem Dach der Straßenbahnabstellhalle konnte im Jahr 2015 eine Kohlendioxidreduzierung von 162 Mg erzielt werden. Eine weitere Maßnahme eines umweltschonenden Prozesses ergibt sich für die Gesellschaft durch den Einsatz von Regenwasser für die Außenreinigung der Straßenbahnen. So konnten im Jahr 2015 in der Waschanlage zirka 111 m<sup>3</sup> Trinkwasser durch Regenwasser ersetzt werden.

Mit den Investitionen in sechs Omnibussen des Modells ‚Citaro 2 EURO VI‘ von Mercedes Benz setzt die HAVAG eine kohlendioxidarme und energieeffiziente Fahrzeugtechnologie ein. Die Einhaltung der EU Abgasnorm EURO 6 ist gewährleistet und das Modell ‚MB Citaro 2 EURO VI‘ wurde zudem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, mit dem Umweltlabel ‚Der Blaue Engel‘ ausgezeichnet.

Im Jahr 2015 zertifizierte sich die HAVAG im Energieaudit nach der DIN 16247-1. Dabei wurde das Potential für die Einsparung von Kohlendioxid von jährlich 236,5 Mg herausgearbeitet. Sukzessive wird sich die Gesellschaft dieser Herausforderung stellen und unverzüglich mit der Umsetzung der aufgezeigten Potentiale beginnen. Infolge der bereits umgesetzten und der noch in Planung befindlichen Maßnahmen zur Effizienzsteigerung beim Energieeinsatz wird die vertragliche Strombezugsmenge für 2017 um 1.700 MWh reduziert, das entspricht einer CO<sub>2</sub>-Reduzierung um 765 Mg.

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der Stadtwerkegruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die aktive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz. Erweitert wird die Facharbeit der Sachkundigen durch die Teilnahme am Erfahrungsaustausch für die Betreiber von Leichtflüssigkeitsabscheidern innerhalb der Unternehmensgruppe.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2015 sind in der HAVAG 711 Mitarbeiter beschäftigt. Unter Hinzurechnung der 35 Auszubildenden ergibt sich eine Belegschaft von 746 aktiven Mitarbeitern. Dies stellt einen Rückgang der Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr um 9 Mitarbeiter dar. Bei der Analyse der Vollzeitbeschäftigteneinheiten ist ebenfalls eine Senkung von 710,0 zum Vorjahresstichtag auf 695,4 im Jahr 2015 zu verzeichnen.

Der angestrebte Planwert von 676,9 Vollzeitbeschäftigten konnte dabei nicht erreicht werden, da zum einen aufgrund des Baustellengeschehens zusätzliche Fahrer notwendig waren und zum anderen geplante Personalanpassungen nicht realisiert werden konnten. Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens durch Altersteilzeit-, Teilzeit- und Abfindungsmodelle sind im Jahr 2015 dennoch Fortschritte erzielt worden, indem fünf weitere Altersteilzeitverträge im Rahmen der Restrukturierung abgeschlossen werden konnten. Gleichzeitig unterstützen diese Maßnahmen die gesteckten Ziele des Programms ‚Exzellenz Plus 20‘ in der Stadtwerkegruppe.

Neun Auszubildende beendeten im Jahr 2015 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten fünf Auszubildende in ein befristetes Arbeitsverhältnis und drei Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Mit den genannten Veränderungen des Personalbestandes und unter Berücksichtigung einer Fluktuationsrate von 1,1 Prozent lag das Durchschnittsalter im Jahr 2015 bei 48 Jahren. Diese Angabe hat sich damit gegenüber dem Jahr 2014 konstant gehalten, was ebenfalls durch den Bestand der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 22 Jahren erklärt wird.

Aufgrund unterstützender Maßnahmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement konnten die durchschnittlichen Fehlzeiten in Folge von Krankheit spürbar gesenkt werden. Einschließlich langzeiterkrankter Mitarbeiter reduzierten sich die durchschnittlichen Fehlzeiten auf 8,6 Prozent gegenüber dem Vorjahrswert von 9,5 Prozent.

Die Grundlage für den Personalaufwand ist der Tarifabschluss des Entgelttarifvertrages zum Tarifvertrag Nahverkehr des Landes Sachsen-Anhalt, welcher mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017, am 07. Juli diesen Jahres abgeschlossen wurde. Es ist die Anwendung einer Wochenarbeitszeit von 38 Stunden geregelt.

#### 4. Lage der Gesellschaft

##### 4.1. Ertragslage

Die HAVAG konnte ein erfolgreiches Jahr 2015 mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 63 abschließen und somit einen positiven Beitrag zum Ergebnis der Stadtwerkegruppe beitragen.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2014	2015	Veränderung	
	T€		T€	%
Umsatzerlöse	39.307,20	41.631,08	2.323,88	5,91
Andere aktivierte Eigenleistung	227,61	269,99	42,38	18,62
Übrige betriebliche Erträge	13.230,42	21.952,53	8.722,11	65,92
Betriebskostenzuschüsse	22.766,29	22.528,29	-238,00	-1,05
Materialaufwand	24.253,24	24.987,77	734,53	3,03
Personalaufwand	30.776,81	32.373,63	1.596,82	5,19
Übrige betriebliche Aufwendungen	11.114,20	20.621,63	9.507,42	85,54
Beteiligungsergebnis und Zins- erträge aus Ausleihungen	140,73	203,46	62,73	44,58
<b>EBITDA<sup>(1)</sup></b>	<b>9.527,99</b>	<b>8.602,31</b>	<b>-925,68</b>	<b>-9,72</b>
Abschreibungen	8.441,76	7.662,76	-779,01	-9,23
<b>EBIT<sup>(2)</sup></b>	<b>1.086,23</b>	<b>939,56</b>	<b>-146,67</b>	<b>-13,50</b>
Zinsergebnis	-863,04	-794,49	68,55	7,94
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>223,19</b>	<b>145,07</b>	<b>-78,12</b>	<b>-35,00</b>
a.o. Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Ertragssteuern	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige Steuern	200,60	81,61	-118,99	-59,32
Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00	0,00
Aufwand aus Gewinnabführung	22,59	63,46	40,87	> 100,00
<b>Jahresergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

<sup>(1)</sup> Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization  
(Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

<sup>(2)</sup> Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Insgesamt wurden im Jahr 2015 Umsatzerlöse von T€ 41.631 erwirtschaftet. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.324 ist sowohl auf gestiegene Erlöse aus dem Straßenbahn- und Omnibusbetrieb und durch höhere Erstattungsleistung nach § 148 Sozialgesetzbuch IX zu erklären. Aufgrund der im Rahmen des mitteldeutschen Verkehrsverbundes durchgeführten Tarifierungen zum 01. August 2014 beziehungsweise 01. August 2015 in Verbindung mit dem höheren Fahrgastaufkommen sind die Erlöse aus Straßenbahn- und Omnibusbetrieb um T€ 1.027 gestiegen.

Der markante Anstieg der übrigen betrieblichen Erträge um T€ 8.722 ist im Wesentlichen auf die Erstattung von Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen, auf Schadensersatzleistungen, dem Verkauf von Anlagevermögen und der Erstattung von Energieaufwand aus Vorjahren zurückzuführen. Durch die Anerkennung der Poolbildung aller Unterwerke im Stadtgebiet, welche nunmehr zu einer Sammelabnahmestelle zusammengefasst sind, ergibt sich eine Rückzahlung für Fahr- und Betriebsstrom.

Der notwendige Betriebskostenzuschuss des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt T€ 22.528 und ist im Vorjahresvergleich um T€ 238 gesunken. Der insgesamt gestiegenen Gesamtleistung der HAVAG stehen auf der Aufwandsseite zahlreiche gegenläufige Entwicklungen gegenüber.

Für den Materialaufwand von T€ 24.988 ist eine Erhöhung von T€ 735 gegenüber dem Jahr 2014 ausgewiesen. Wie schon für die Erträge erläutert, konnte durch die Poolbildung der Unterwerke eine wesentliche Reduzierung des Aufwandes für Fahrstrom um T€ 633 erreicht werden. Demgegenüber stieg der Aufwand für Reparaturmaterial um T€ 755 und der Fremdleistungen um T€ 933.

Aufgrund der Tarifierung zur 1. Januar 2015 und obwohl sich die Anzahl der Beschäftigten von Stichtag zu Stichtag reduziert hat, stieg der Personalaufwand um T€ 1.597. Für das Jahr 2015 ergibt sich damit ein Personalaufwand von T€ 32.374, welcher auf der Grundlage eines höheren Tarifabschlusses und eines höheren Personalbestandes die Erwartungen aus der Planung übertrifft.

Die Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 9.507 resultiert aus der Gesamtbetrachtung einer Vielzahl von Einzeleffekten unter anderem aus dem Aufwand von nichtaktivierungsfähigen Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen.

Gegenüber dem Vorjahr resultiert ein Rückgang des EBITDA um T€ 926 wobei einem Anstieg von Aufwandspositionen die kompensatorische Wirkung durch gestiegene Ertragspositionen gegenübersteht.

Die Abschreibungen entwickeln sich im Vorjahresvergleich rückläufig. Der Wert von T€ 7.663 war um T€ 779 geringer, da im Jahr 2015 keine außerplanmäßigen Abschreibungen angefallen sind.

Der Vergleich zum Plan des Jahres 2015 zeigt für die Ertragslage eine unterschiedliche Entwicklung. Die gesteckten Umsatzziele der Fahrgeldeinnahmen konnten nicht realisiert werden, wurden aber durch ungeplante Erträge im Wesentlichen aufgrund des Verkaufes der Werkwohnungen, der Schadensregulierungen und der Rückerstattung von Aufwand für den Strombezug aus Vorjahren kompensiert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Aufwandspositionen ausgesteuert und somit die Einhaltung des Betriebskostenzuschusses gewahrt werden. Insgesamt kann die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2015 mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag abschließen.

Gemäß des im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag beschriebenen Betriebskostenzuschuss ist dieser im Vergleich zum Vorjahr um T€ 238 gesunken. Im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag, welche auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr 2015 erstellt wird, hat die HAVAG die Einhaltung der ermittelten Soll-Kosten eines „durchschnittlich gut geführten“ Unternehmens nachgewiesen.

#### 4.2. Finanzlage

Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, des Ergebnisausgleiches am Jahresende sowie wesentlicher periodenfremder oder einmaliger Sondereffekte resultiert für die Gesellschaft ein Kostendeckungsgrad von 69,6 Prozent. Gegenüber dem Vorjahreswert von 69,3 Prozent ist somit eine Steigerung zu erkennen.

Die Investitionen des Jahres 2015 von T€ 26.324 werden durch die Fördermittel von Land und Bund von T€ 9.083, den Mitteln des ÖPNVG LSA von T€ 560 und den Eigenmittel finanziert. Im Jahr 2015 war eine Darlehnsaufnahme von T€ 4.532 hauptsächlich zur Finanzierung des Übergangs des Betriebshofes Rosengarten in das Anlagevermögen der HAVAG und der sechs neuen Linienbusse notwendig, wobei die Beachtung der konzerneinheitlichen Finanzierungsrichtlinien konsequente erfolgte.

Zur unterjährigen Finanzierung des operativen Geschäftsverlaufes bedient sich die HAVAG des konzernweiten Cash-Pools.

##### 4.2.1. Kapitalstruktur

Mit Abschluss der Investitionen erfolgt die Zuordnung der Eigen- und Fremdmittel. Für das Geschäftsjahr 2014 ergab sich daraus kein Finanzierungsbedarf im Folgejahr 2015. Der Darlehnsbestand bei Kreditinstituten lag nach Neuaufnahme der unter Punkt 4.2.2 beschriebenen Kredite und der Tilgung bestehender Verbindlichkeiten aus Vorjahren zum Bilanzstichtag bei T€ 18.759 und stieg damit zur vorjährigen Betrachtung um T€ 2.462 planmäßig. Das Eigenkapital der HAVAG von T€ 83.583 bleibt nach Ablauf des Jahres 2015 konstant und bildet somit eine Eigenkapitalquote von 27,8 Prozent. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich ein wirtschaftliches Eigenkapital mit einer Quote von 86,1 Prozent.

Nettoschulden	2014	2015	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	16.297	18.759	2.462	15,11
Liquide Mittel	5.261	5.869	608	11,55
<b>Nettoschulden</b>	<b>11.036</b>	<b>12.890</b>	<b>1.854</b>	<b>16,80</b>
EBITDA	9.528	7.663	-1.865	-9,72
<b>Nettoschulden/ EBITDA</b>	<b>1,2</b>	<b>1,7</b>		<b>45,23</b>

Aus der Entwicklung der Finanzierungsmittel von T€ 16.297 auf T€ 18.759 aufgrund der höheren Neuaufnahme gegenüber der Tilgung und bei gleichzeitigem Anstieg der Liquididen Mittel um T€ 608 berechnet sich eine Nettoverschuldung von T€ 12.890. Im Jahresverlauf stellt dieses eine Steigerung um T€ 1.854 dar. Unter Berücksichtigung des EBITA hat sich der Verschuldungsfaktor des Unternehmens im Jahr 2015 auf einen Wert von 1,7 entwickelt.

#### 4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2015 hat die HAVAG Zuschussmittel von T€ 9.643 von den unterschiedlichen Fördermittelgebern des Bundes, des Landes und der Kommune abgerufen. Für die maßnahmenbezogene Verwendung von T€ 9.083 Fördermitteln des Landes und des Bundes sowie Zuschüssen und Mitteln nach dem ÖPNVG LSA von T€ 560, der Kredite von T€ 4.532 sowie der Eigenmittel, sind investive Leistungen im Sinne der Investitionsplanung in Höhe von T€ 26.241 abgerechnet worden.

Mit dem Fortschritt des Stadtbahnprogramms werden hauptsächlich Investitionen in die Infrastruktur ausgeführt. Nennenswerte Einzelmaßnahmen sind dabei die Investitionen für den Verkehrsknotenpunkt Steintor und die Verkehrsanlage am Rannischen Platz. Für die Komplexmaßnahme in der nördlichen Großen Ulrichstraße erfolgte 2015 die Schlussrechnung nach der bereits im Vorjahr bauseitigen Fertigstellung. Weitere Planungsleistungen von Teilvorhaben des Stadtbahnprogramms wurden im Geschäftsjahr realisiert. Ergänzt werden die genannten wesentlichen Einzelmaßnahmen des Stadtbahnprogramms durch weitere Leistungen in die Infrastruktur, wie Fahrleitungsanlagen, Bahnstromkabelanlagen, die Erneuerung des Bahnstromgleichrichterunterwerks in der Schwerzer Straße und Anlagen zur Weichensteuerung. Im Jahr 2015 wurde der erste Bauabschnitt auf der Großbaustelle Steintor abgeschlossen. Ohne Verzögerung konnte der Straßenbahnbetrieb mit dem Fahrplanwechsel zum 21. Dezember 2015 wieder aufgenommen werden.

Im Bereich der mobilen Technik und der stationären Anlagen hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr vor allem in den Kauf von sechs gebrauchten Stadtlinienbussen nach Leasingende und sechs neuen Stadtlinienbussen als Ersatzbeschaffung investiert. Weiter sind der Einbau von ITCS-Bordrechnern in Bussen und Straßenbahnen sowie der Beginn des Beschaffungsprogramms moderner mobiler Fahrausweisautomaten zu erwähnen.

Der Gesamtplanansatz mit einem bestätigten Volumen von T€ 29.710 wurde mit T€ 3.469 unterschritten, welches einer Erfüllung von 88,3 Prozent entspricht. Hauptgrund für die unterplanmäßige Erfüllung ist die Entwicklung innerhalb des Geschäftsjahres durch die zeitliche Verschiebung von Einzelmaßnahmen im Stadtbahnprogramm, den Vorhaben der Gleisverschwenkung auf dem Betriebshof Freimfelder Straße und der Nachrüstung der Rampen für einen barrierefreien öffentlichen Nahverkehr.

#### 4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch die stetige Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse, die Ausgleichszahlungen für der Ausbildungsverkehr, die Erstattungsleistungen nach § 148 Sozialgesetzbuch IX, die Investitionszuschüsse sowie die Einbindung der HAVAG in den Cash Pool der Stadtwerkegruppe jederzeit gesichert. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Geschäftsjahres ist über die zuvor beschriebenen Kredite abgebildet.

<b>Liquiditätentwicklung</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
	T€	T€
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-14.703	-14.694
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-12.228	-18.701
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	29.897	34.003
<b>Zahlungswirksame Veränderungen</b>	<b>2.966</b>	<b>608</b>
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	2.295	5.261
<b>Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.</b>	<b>5.261</b>	<b>5.869</b>

#### 4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2015 weist die HAVAG eine Bilanzsumme von T€ 300.574 aus. Dieser Wert entwickelte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ -3.733 und ist wesentlich auf der Aktivseite durch die Rückgänge des Anlagevermögens und der Vorräte bei steigenden Forderungen beeinflusst. Die wesentliche Senkung der Finanzanlagen um T€ 2.556 ist insbesondere auf das Auslaufen des Darlehens an die vormalige Betreiber KG des Betriebshofes Rosengarten zurückzuführen. Das freie Kapital wurde zur planmäßigen Finanzierung bei der Übernahme der Betriebsstätte verwendet.

<b>Anteil an Bilanzsumme</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>Veränderung</b>
	%	%	%
Anlagevermögen	95,3	94,6	-0,8
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	4,7	5,4	15,0



Auf der Passivseite wird ein unverändertes Eigenkapital ausgewiesen. In der Position Sonderposten für Investitionszuschüssen ist ein stärkerer Verbrauch im Vergleich zur Zuführung angezeigt, und somit resultiert daraus die nachfolgend dargestellte Entwicklung des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Entwicklung Anlagendeckungsgrad	2014	2015	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Anlagevermögen	290.107,81	284.329,41	-5.778,41	-1,99
wirtschaftliches Eigenkapital	267.576,79	258.953,25	-8.623,54	-1,03
<b>Deckungsgrad</b>	<b>92,23%</b>	<b>91,08%</b>		<b>-1,01</b>

Ein weiterer leichter Zuwachs war bei den Rückstellungen von T€ 9.277 zu verzeichnen. Für die Steigerung der Verbindlichkeiten sind insbesondere die erwähnte Fremdkapitalaufnahme und die vermehrten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausschlaggebend.

#### 4.4. Gesamtaussage

Mit einer zufriedenstellenden Gesamtbeurteilung schließt die HAVAG ein ereignis- und maßnahmenreiches Jahr ab. Neben der wirtschaftlichen Beurteilung ist für die HAVAG die Einschätzung der Zahl der Fahrgäste von Bedeutung. Die seit Jahren rückläufige Entwicklung der Beförderungsfälle setzte sich im Jahr 2015 nicht fort, so dass sogar ein leichter Zuwachs an Fahrgästen von 0,8 Prozent erzielt werden konnte. Für das Folgejahr hält die Gesellschaft eine Stabilisierung beziehungsweise ein Ausbau im Markt für umsetzbar.

Im Rahmen der im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag geforderten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge wird die Beurteilung der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung des Geschäftsjahres bestätigt. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, dass die im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag für das Jahr 2015 vereinbarten Sollkosten, die denen eines „durchschnittlich, gut geführten“ Unternehmens gemäß des Kriteriums Vier des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 entsprechen, im Ist eingehalten werden konnten. Insgesamt konnte die HAVAG ein Ergebnis in Höhe von T€ 63 als Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung erzielen. Damit schließt die HAVAG ein erfolgreiches Jahr 2015 mit hoher Zufriedenheit ab.

### 5. Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HAVAG und der Beteiligungen von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

### 6. Chancen- und Risikobericht

#### 6.1. Risikomanagementsystem

##### Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

##### Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

## Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegrenzung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

### 6.2. Chancen und Risiken

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung beziehungsweise Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen. Das Risikomanagementsystem fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen und entspricht damit den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz in allen Unternehmensbereichen.

Durch die turnusmäßig systematische Risikoeerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung beziehungsweise Überarbeitung des Risikohandbuches in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten, sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Durch den Vorstand wird die Einhaltung der im Risikohandbuch angeführten Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung kontinuierlich überwacht. Die aktuelle Einschätzung und die Überwachung eines ausgewählten Risikos analysiert jährlich die Konzernrevision, um die Wirksamkeit des implementierten Risikomanagementsystems zu begutachten.

Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der mittelfristigen Planung der HAVAG werden die Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung und der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehr sowie die erforderlichen Gegensteuerungsmaßnahmen beachtet, systematisiert und bewertet. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der bedeutenden Risiken je Risikokategorie.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden bei der HAVAG insgesamt sieben Risiken erfasst, dieses bedeutete zum Vorjahr eine Zunahme von einem Einzelrisiko. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt fünf Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	-	1
Beschaffungsmarkt	1	-	1
Konkurrenzunternehmen	1	-	1
Recht und Politik	1	-	1
Technologische Entwicklungen	-	-	-
Naturereignisse	-	-	-
Kapitalmarkt	1	-	1
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	-	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>5</b>	<b>-</b>	<b>5</b>

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit dem US-Leasing 2002, der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehr und der Reduzierung der Verfügbarkeit von Straßenbahnen und Omnibussen aufgrund sicherheitsrelevanter Serienmängel und Obsoleszenz jedoch besonders unter Beobachtung. Einmalig für das Jahresergebnis 2015 wurde das Risiko der Verminderung der Fahrgeldeinnahmen in einer Akutberichterstattung herausgearbeitet und zugleich stand es im besonderen Focus der Risikoüberwachung. Über die dargestellte Anzahl der Risiken der Gruppe 1 und 2 sind in der Risikokategorie Gesetzgebung/Recht/Steuern zwei weitere Risiken der Gruppe 3 erfasst, die aufgrund der Schadenshöhe oder der Eintrittswahrscheinlichkeit für die aktuelle Betrachtung vernachlässigbar sind.

Chancen ergeben sich insbesondere aus der strategischen Neuausrichtung der HAVAG. Die im vorgenannten Strategieentwicklungsprozess und Effizienzsteigerungsprogramm beschriebenen Maßnahmen werden sukzessive bearbeitet. Durch die konsequente Umsetzung und Überwachung der strategischen Einzelmaßnahmen soll die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert und der Zuschussbedarf auf einem konstanten Niveau stabilisiert werden.

### 6.3. Gesamtbild

Die Herausforderung sich in einem ständig wechselnden Umfeld an immer neue Rahmenbedingungen anzupassen, nimmt die HAVAG stets mit großen Erwartungen an. Nur durch eine intensive und detaillierte Betrachtung der örtlichen und Marktentwicklungen kann eine rechtzeitige Reaktion erreicht werden, um gleichfalls die Risiken für das Unternehmen zu minimieren. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich für einen erfolgreichen Fortbestand zu entwickeln und um Wachstumsmöglichkeiten zu finden.

## 7. Prognosebericht

### 7.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der HAVAG für die Planjahre 2016 – 2020 besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) durch konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieprozesses zu sichern. Diese Projekte beinhalten unter anderem die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragssteigerung, die Erarbeitung von Rationalisierungspotentialen zur Aufwandsreduzierung und einem effektiven Ressourceneinsatz. Alle Projekte leisten einen strategischen Wertebeitrag zur Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit der HAVAG und zur Stabilisierung des Betriebskostenzuschusses.

Auf der Grundlage einer bedarfsgerechten Angebotspolitik, mit der Präsentation von kundenorientierten Produkten und der Verbesserung der Vertriebswege zum Ticketverkauf beabsichtigt die HAVAG eine kontinuierliche Steigerung der Fahrgastzahlen. Diese Entwicklung der Beförderungsfälle, eine gezielte Kundenansprache (Neukundengewinnung), die Erleichterungen beim Ticketkauf durch neue Vertriebstechnik und eine angemessene Preisanpassung sollen in den folgenden Jahren die Fahrgeldeinnahmen der Gesellschaft steigern. Da prinzipiell mit einer Teuerungsrate für Material, Leistungen und Personal zu rechnen ist, sollen gezielte strategische Entscheidungen zur Kompensation der Aufwandsteigerung beitragen. Ziel des Unternehmens ist ein nahezu konstantes Niveau des notwendigen Betriebskostenzuschusses für die Verkehrsleistung.

Die vom Aufsichtsrat am 9. Oktober 2015 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2016 sieht einen Betriebskostenzuschuss von T€ 22.322 vor. Dieser Wert ist inklusive des Mehrbedarfs für das Stadtbahnprogramm sowie der Berücksichtigung prognostizierter Aufwandssteigerungen. Diese Planung unterstützt den hohen Qualitätsanspruch an den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) nach den im Nahverkehrsplan formulierten Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigt die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung und entspricht den grundlegenden Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

## 7.2. Investitionen

Die HAVAG hat für das Jahr 2016 Investitionen von T€ 37.584 geplant. Hauptindikator dieser Investitionssumme ist die Umsetzung des Stadtbahnprogramms als Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der Stadtwerkegruppe. Schwerpunkte des Stadtbahnprogramms im Jahr 2016 sind der Ausbau und die Umgestaltung des Böllberger Weges Nord der Ausbau und die Umgestaltung Am Steintor/Ludwig-Wucherer-Straße sowie die Endstelle und der Verkehrspunkt Veszpremer Straße/Schleife Südstadt.

Darüber hinaus sind im Wesentlichen der Kauf von sechs Linienomnibussen und die Beschaffung von mobilen Fahrausweisautomaten, mit den Optionen der Bargeldzahlung und des E-Ticketsystems, beabsichtigt.

## 7.3. Finanzierung

Aufgrund der zentralen Position des Stadtbahnprogramms werden in den folgenden Jahren nur bedingt darüber hinausgehende Investitionen möglich sein, die in den Finanzierungsrahmen aufgenommen werden können. Im Vordergrund werden Ersatzinvestitionen für Stadtlinienbusse stehen, welche die variablen Kosten für den Betrieb mittelfristig senken. Investitionen, die über das Kerngeschäft hinausgehen sind, nicht geplant. Somit geht die HAVAG in den nächsten Jahren von einer vertretbaren Fremdkapitalaufnahme aus. Zur Unterstützung der Finanzierung ist die Gesellschaft in ständigen Kontakt zu möglichen Fördermittelgebern.

## 7.4. Ergebniserwartung

Die HAVAG als zentraler Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr beabsichtigt die permanente Steigerung der Attraktivität des Verkehrsangebotes für die Einwohner und Gäste der Stadt Halle (Saale). Eine qualitativ hochwertige innerstädtische Mobilität beziehungsweise die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen. Mit seinen umweltpolitischen Vorteilen, welches ein modernes Nahverkehrsunternehmen bietet, will die Gesellschaft zur Senkung der Immissionsbelastung in der Stadt beitragen. Für die Einhaltung der Ergebniserwartung ist es erforderlich, dass die Gesellschaft umgehend auf mögliche Verschärfungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagiert. Dazu sollen die initiierten Projekte und Maßnahmen beitragen sowie geeignete neue Möglichkeiten gesucht werden, um den Erfolg der HAVAG nachhaltig zu sichern.

## Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Gesellschaft:	Postanschrift:
<b>Anschrift:</b>	Freiimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Prager Straße 8 04103 Leipzig

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 74

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Stadt Leipzig	12	15,92
Stadt Halle (Saale)	9	12,45
Hallesche Verkehrs-AG	8	10,95
DB Regio Aktiengesellschaft	4	5,44
Burgenlandkreis	3	3,54
Landkreis Leipzig	3	3,54
Landkreis Nordsachsen	3	3,54
Landkreis Saalekreis	3	3,54
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)	3	3,54
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2	3,40
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2	2,98
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“ (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG und Döllnitzbahn GmbH	1	1,70
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leupold oHG und Geißler-Reisen GbR	1	1,70
LeoBus GmbH	1	1,70
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1	1,70
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1	1,70
Regionalbus Leipzig GmbH	1	1,70
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1	1,16
Landkreis Altenburger Land	1	1,02
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1	1,02
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1	1,02
Erfurter Bahn GmbH	0	0,41
Transdev GmbH	0	0,41

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

## Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

## Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 128 Abs. 2 KVG LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

## b) Besetzung der Organe

### Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

### Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Dubrau, Dorothee	
1. stellv. Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz	
2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	
	Behrens, Arne	
	Bog, Stephan	
	Böhm, Thomas	(seit 01.01.2015)
	Däumler, Lutz	
	Dr. Menke, Norbert	
	Handschak, Hartmut	
	Herrmann-Kambach, Jens	(bis 21.01.2015)
	Hoffmann, Joachim	
	Hörl, Martin	(seit 01.01.2015 bis 31.12.2015)
	Kern, Dietmar	(bis 21.01.2015)
	Klemens, Holger	(bis 20.08.2015)
	Klingenhöfer, Frank	
	Kultscher, Andreas	
	Maciejewski, Ansbart	(seit 21.01.2015)
	Malter, Klaus Rüdiger	
	Middelberg, Ulf	
	Mietzsch, Oliver	
	Peinhardt, Ulrich	
	Riekewald, Franziska	(seit 21.01.2015)
	Riese, Lothar	
	Schütze, Karsten	
	Stäglin, Uwe	
	Stoye, Angelika	
	Völker, Andreas	
beratendes Mitglied	Hummel, Hans-Jürgen	
beratendes Mitglied	Sablotny, Bernd	

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	3	3	3

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	771	40	511	29	149	11	260	51
Umlaufvermögen	1.160	59	1.240	70	1.172	88	-80	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	20	1	9	1	10	1	11	122
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.951</b>	<b>100</b>	<b>1.760</b>	<b>100</b>	<b>1.331</b>	<b>100</b>	<b>191</b>	<b>11</b>
Treuhandvermögen	3.783		3.463		1.495		320	9
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	461	24	461	26	461	35	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	574	29	368	21	39	3	206	56
Rückstellungen	160	8	120	7	122	9	40	33
Verbindlichkeiten	627	32	681	39	581	44	-54	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	129	7	130	7	128	9	-1	-1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.951</b>	<b>100</b>	<b>1.760</b>	<b>100</b>	<b>1.331</b>	<b>100</b>	<b>191</b>	<b>11</b>
Treuhandverbindlichkeiten	3.783		3.463		1.495		320	9

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	594	609	623
andere aktivierte Eigenleistungen	43	16	
sonstige betriebliche Erträge	504	520	328
Materialaufwand	1.211	1.400	1.277
Personalaufwand	1.658	1.514	1.449
Abschreibungen	77	99	119
Zuschüsse Gesellschafter	2.163	2.228	2.233
sonstige betriebliche Aufwendungen	356	360	338
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	0	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	77	99	119	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	36	38	33	T€
Personalaufwandsquote:	145,29	132,23	152,38	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,94	3,42	4,10	%
Eigenkapitalquote:	23,65	26,21	34,66	%
Fremdkapitalquote:	76,35	73,79	65,34	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Fahrgastaufkommen	211,0	200,00	175,90	Mio.



## e) Lagebericht

### Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 14 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

### Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2015

Die überaus positive Entwicklung im Kalenderjahr resultiert zum Teil aus der ganzjährigen Wirkung der Überführung der letzten wesentlichen Haustarife der LVB in den Verbundtarif im August 2014. Einen weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann sowie die Zuwächse im Jobticket. So war die Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2015 gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – um rd. 11.900 Kunden im gesamten Verbundraum gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 13,6 %.

Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2015 erstmals über EUR 200 Mio und damit EUR 11,9 Mio (rd. 6,3 %) über dem Vorjahr. Ca. EUR 4,9 Mio resultierten davon aus der Integration der bisherigen LVB-Schülerprodukte Leipzig in den MDV-Tarif sowie aus der Erweiterung des Semestervolltickets in Leipzig seit September 2014. Ohne diese Einnahme ergab sich ein Zuwachs von EUR 7,0 Mio (+ 3,6 %).

Auch im Jahr 2015 wurde das Sortiment der **Tarifprodukte** im MDV weiterentwickelt. Hierzu zählt die Einführung des ABO Flex als Pilotprojekt für die Tarifzone Leipzig. Mit diesem Produkt sollen die Vorteile des Abonnements (günstige Preise für Vielfahrer) mit denen des Bartarifs zusammengebracht werden: Bei Zahlung eines monatlichen Grundbetrags können Einzelfahrkarten, Einzelfahrkarten Kurzstrecke sowie Extrakarten deutlich reduziert werden. Darüber hinaus wurde für die Sommerferien 2015 das sächsische Ferienticket angeboten. Mit diesem Angebot können Schüler und Auszubildende bis zum 21. Geburtstag in den Sommerferien in ganz Sachsen die öffentlichen Nahverkehrsmittel nutzen.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2015 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Aufgrund der wahrscheinlich auch zukünftig steigenden Kosten und der Notwendigkeit zur Gegenfinanzierung hat die Verbundgesellschaft unter Einbeziehung der MDV-Gesellschaftergruppen, der Verwaltung und der politischen Gremien aller interessierten Landkreise und Oberzentren im Jahr 2015 verschiedene **Gutachten** in Auftrag gegeben, die die Möglichkeiten **ergänzender Finanzierungsmodelle** eingehender untersuchen sollen. Besonderes Augenmerk gilt dabei den Potenzialen von ÖV-Beiträgen, von Bürgertickets, von Grundsteueranhebungen sowie von ÖV-Beiträgen für Touristen.

Die Ergebnisse der Studien sind für Mitte 2016 geplant. Sie sollen als Anregung dienen, um eine fahrgastfreundliche und stärker Nutznießer-orientierte Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im MDV sicherzustellen.

Das Finanzierungsthema ist gleichzeitig Bestandteil der Umsetzung des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“**. Im Ergebnis der Diskussion zur **Umsetzung der 5 strategischen Ziele** beschlossen die Gesellschafter in einer gesonderten gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung am 2. Juni 2015 ein Paket von 8 Themen-Kategorien mit 18 Arbeitspaketen und 39 Lösungsansätzen mit den entsprechenden organisatorischen und zeitlichen Vorgehensweisen. Im Jahr 2015 wurde mit der Bearbeitung der ersten Arbeitspakete aus dem Strategieprozess begonnen. Dies betraf beispielsweise die folgenden weiteren Themen:

- MDV-Verbunderweiterung
- Paradigmenwechsel im ländlichen Raum (MTL-Raum, Hohenmölsen usw.)
- Vereinheitlichung der Automatenbedienung
- Datenbereitstellung über das ÖPNV-Angebot (Soll/Ist) an Dritte
- Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Erstellung des Nahverkehrsplans in den Landkreisen.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich im Jahr 2015 weiterhin auf die Umsetzung der Teilprojekte des **Telematikvorhabens**, die als ein verknüpftes Gesamtsystem im mitteldeutschen Verbundraum wirksam werden sollen. Das Konzept sieht eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlussicherung und perspektivischer Anschlussgarantie vor und soll damit zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen. Zentrale Elemente sind die Beschaffung von leistungsfähigen Bordrechnern für Busse, Komponenten für das eTicketing (elektronisches Ticket) sowie entsprechende Systeme zur Echtzeitdatenerfassung und -weiterleitung.

Einige Teilprojekte wie der Aufbau einer leistungsfähigen Datendrehscheibe wurden im Jahr 2015 abgeschlossen. Die **Datendrehscheibe** bildet einen wichtigen Beitrag zur Echtzeitdatenversorgung der ÖPNV-Auskunft (INSA) und des darauf aufbauenden Mobilitätsportals Mitteldeutschland mit ÖPNV-Daten der MDV-Verkehrsunternehmen aus Sachsen und Thüringen und damit der Verknüpfung mit den ÖPNV-Daten aus Sachsen-Anhalt. Diese neue industrielle Lösung ersetzt die bisherige prototypische MOSAIQUE-Datendrehscheibe.

Die größten Verzögerungen gab es weiterhin im Teilprojekt Beschaffung neuer Bordrechner, wo sich die Verkehrsunternehmen Anfang 2016 entschlossen haben, den Auftrag mit dem alten Lieferanten aufzulösen und eine neue Vergabe durchzuführen. Die Abnahme mit dem neuen Lieferanten ist für dieses Teilprojekt nun für 2017 geplant.

Die noch nicht abgenommenen Teilprojekte werden im Jahr 2016 weiter geführt, um sie schnellstmöglich abzuschließen.

Seit der Einführung des **handybasiereten Auskunfts- und Ticketingsystems easy.GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. Durch eine Vielzahl an technischen Weiterentwicklungen und gezielten Marketingmaßnahmen konnte sich easy.GO weiter etablieren und neue Nutzer hinzugewinnen. So wurden zusätzlich Verkehrsinformationen eingebunden, die zum einen langfristig über Baumaßnahmen und zum anderen auch ad hoc über Störungen informieren können.

Im Ergebnis der erfolgreichen Kampagne und saisonaler Effekte wie Witterung und Weihnachtsmärkte haben sich die Ticketverkäufe und Umsätze abermals signifikant erhöht, so dass 2015 ein Umsatz von über 1,9 Mio. Euro erzielt werden konnte. Dies ist ein Zuwachs von 21 % gegenüber dem Vorjahr. Der Einnahmeanteil aus diesem Vertriebsweg liegt damit bei ca. 3 % der Tarifeinnahmen im Bereich der Gelegenheitsnutzer. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die 28 Millionen Auskünfte via easy.GO im Jahr 2015 betrachtet.

Die im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement erfolgten Arbeiten des MDV am **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** umfassten insbesondere die Beschaffung von weiteren Daten sowie Arbeiten an dem Baustein Barrierefreiheit, zu denen insbesondere Abstimmungen zu den Lieferungen der angepassten Fahrplandaten durch die Verkehrsunternehmen sowie die Erstellung und Anpassung der Konzeption und Leistungsbeschreibung gehörte.

Der Weg für die **Freigabe der ÖPNV-Daten** der MDV-Verkehrsunternehmen an Drittabnehmer konnte durch einen Beschluss des MDV-Aufsichtsrates Ende des Jahres 2015 geebnet werden. In dem Zusammenhang wurden zusammen mit den Verkehrsunternehmen die Datenpakete wie Haltestellendaten, Fahrplandaten (Echtzeit- und Solldaten) oder Störungsmeldungen definiert und jeweils passende Schnittstellen und Nutzungsbedingungen festgelegt.

Eine weitere wichtige Aufgabe war die Weiterführung der technischen Überarbeitung der **Tarif- und Einnahmeaufteilungsdatenbank**, die infolge der zahlreichen neuen Produkte und Verteilungsregeln der letzten Jahre sowie der über die Jahre aufgelaufenen Datenmengen in die Lage versetzt werden muss, dauerhaft eine sichere Arbeitsgrundlage darzustellen, sowohl zur Tarifversorgung aller Verkaufsgeräte als auch zur fehlerfreien und schnellen Berechnung der Einnahmeaufteilung. Hierfür ist im ersten Schritt die Datenbank-Hardware und im zweiten Schritt die Software zu ersetzen. Anschließend werden nötige neue Funktionen implementiert. Hierzu gehören insbesondere Schnittstellen zu den verbundweit neu eingeführten Verkaufsgeräten sowie zum entstehenden Regionalen eTicketing System. Die Arbeiten werden 2016 fortgeführt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich wie auch 2014 in 2015 wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Dazu wurde das in 2013 begonnene **Projekt „Muldentale in Fahrt“ – ehemals „Muldentaldreieck“** (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) in 2015 weiter vorgebracht. Dabei soll beispielgebend für den ländlichen MDV-Raum aufgezeigt werden, wie durch Neustrukturierung und Neuausrichtung des öffentlichen Verkehrsangebotes breitere Zielgruppen den ÖPNV nutzen können. In dem Vorhaben sollen Taktknoten entwickelt und differenzierte Bedienungsformen herausgebildet werden. So wird nach erfolgter Einrichtung von hochwertigen PlusBus-Linien der Weg der Vertaktung und Produktdifferenzierung des ÖPNV-Angebotes konsequent weiter beschritten und um das Themenfeld Feinerschließung ergänzt.

Die Planungen dazu sehen im Regionalverkehr 20 vertaktete Linien im 1h-Takt bzw. 2h-Takt vor. In den vier Kernstädten sind jeweils 3 Stadtbuslinien im 30min-Takt vorgesehen.

Das Projekt wurde den jeweiligen Stadträten bzw. Ausschüssen vorgestellt und hat bisher einen positiven Rückhalt bekommen.

Mit Vertretern der Städte wurden mehrere Vor-Ort-Bereisungen zur Abstimmung über konkrete Linienläufe und Lage von neuen Haltestellen durchgeführt, die auch in 2016 zur weiteren Detailierung der Planung vorgesehen sind.

Für die finanzielle Absicherung des Projektes wurde ein Finanzierungsplan ausgearbeitet, der neben Mitteln des Aufgabenträgers auch Mittel des Freistaates Sachsen aber auch Eigenanteile der Kommunen insbesondere beim Betrieb der Stadtverkehre vorsieht.

Die Diskussion mit dem Freistaat Sachsen ist so weit gediehen, dass man das Projekt prinzipiell positiv sieht, jedoch in 2015 noch keine konkreten Förderzusagen geben konnte.

Die Umsetzung des neu **strukturierten Regionalverkehrs** soll unabhängig von finanzieller Unterstützung des Freistaat Sachsen in 2017 erfolgen. Die **Stadtverkehre sind ohne zusätzliche Mittel** von Dritten **nicht umsetzbar**. Die Gespräche mit dem Freistaat werden dazu in 2016 fortgesetzt.

Analog zu den Themenstellungen im Projekt „Muldenal in Fahrt“ wurde Sachsen-Anhalt das Projekt **„Rippach-/Saaletal mobil“** vom MDV in enger Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis und den Gemeinden Hohenmölsen, Weißenfels, Lützen und Teuchern sowie der NASA GmbH mit Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Das Projekt wurde im Dezember 2015 beendet.

Es wurden Ideen und Lösungsmöglichkeiten an einem kleinen abgegrenzten Gebiet aufgezeigt, wie der ÖPNV im Sinne des Paradigmenwechsels der „MDV-Strategie 2025“ vom Beförderer der Schüler zum ÖPNV für jedermann umgebaut werden kann.

Themenstellungen sind auch hier neustrukturierte, vertaktete Angebote mit zentralen Knotenpunkten im Regionalverkehr, Ergänzungen im Stadtverkehr und mehr Haltestellen.

Die Ergebnisse aus diesem Teilraum des Burgenlandkreises werden im Nachfolgeprojekt **„zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020“** einfließen und bilden eine Grundlage für die kreisweite Neustrukturierung des ÖPNV im Burgenlandkreis.

Das **Forschungsprogramm zur Verbesserung der Verkehrssituation in den Gemeinden (FoPS) „Reginalstrategie Daseinsvorsorge: Mobilität und Infrastrukturen“** des Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) wurde im Oktober 2015 beendet. Das Projekt wurde zu 100 % vom BMVI finanziert.

Das als Forschungsprogramm angelegte Projekt hat insbesondere eine breite Datenbasis für die Entwicklung der Infrastruktureinrichtungen im MDV-Raum insbesondere zu Ärzten, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten geschaffen. Zusätzlich wurde u. a. ein Analyseverfahren entwickelt, mit welchem Abschätzungen getroffen werden können, welche Infrastrukturen in Zukunft gefährdet sein könnten.

Dem ÖPNV kam in diesem Projekt eine wichtige Rolle zu, da die Angebote des öffentlichen Verkehrs eine Schlüsselfunktion in Gemeinden einnehmen, indem diese fehlende Infrastruktureinrichtungen durch das Vorhandensein von ÖPNV „heilen“ können.

Dazu wurde von den Bearbeiterbüros das <+>PlusBus Netz im MDV mit 1h-Takt und ergänzenden 2h-Takt-Linien gedanklich weiterentwickelt um Aussagen zur Entwicklung der Infrastrukturen treffen zu können.

Diese ÖPNV-Gedanken können eine Einflussgröße bei den Diskussionen zur zukünftigen Angebotsgestaltung in den Landkreisen im Rahmen der Neuaufstellung der Nahverkehrspläne sein.

Analog zum Projekt im Muldenal wurde mit Förderung des Freistaates Thüringen das Projekt **„Schmölln macht mobil“** in 2015 gestartet. Auch hier soll pilothaft eine Konzeption erarbeitet werden, wie im Gebiet des Altkreises Schmölln der ÖPNV so umstrukturiert werden kann, dass dieser neben den Schülern für breite Zielgruppen nutzbar wird.

Die Planungen dazu sollen bis Frühjahr 2017 fertig gestellt werden.

In 2015 fand eine Evaluierung der <+>PlusBus-Linien im MDV statt.

Die Auswertung der Nachfrageentwicklung zeigt, dass es deutliche Unterschiede zwischen dem Durchschnitt über alle <+>PlusBus-Linien und den im Angebot deutlich verbesserten Linien gibt:

Auswertung	Mo-Fr 2015	Sa 2015	So/Ft 2015
1. Zählperiode 2015 bez. auf 1. Zählperiode 2013			
Entwicklung alle PlusBus-Linien	+ 3,9 %	+ 6,0 %	- 2,2 %
Entwicklung aufgewertete PlusBus-Linien	+ 9,9 %	+ 37,7 %	+ 12,8 %

Prinzipiell gibt es stärkere regionale Schwankungen, jedoch zeigt sich, dass insbesondere im Samstagsverkehr aufgrund seiner hohen Bedeutung im Freizeit-/Einkaufsbereich große Fahrgastpotenziale liegen.

Bereits 2014 wurde mit der Entwicklung eines **ÖPNV-Konzepts** für die Stadt **Markkleeberg** begonnen. Der MDV hat dazu bis Frühjahr 2015 in Abstimmung mit Landkreis, Stadt und Verkehrsunternehmen eine Konzeption erarbeitet und diese sowohl den politischen Gremien als auch den Bürgern vorgestellt. Mit Fertigstellung des Nahverkehrskonzeptes wurde in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Leipzig, der Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH, Regionalbus Leipzig GmbH, der Stadt Markkleeberg sowie dem MDV eine Markteinführungskampagne geplant und durchgeführt. Das Ziel, in der Öffentlichkeit und Bürgerschaft zu den neuen Angeboten zu informieren, wurde mit einem gezielten Maßnahmenmix aus Flyern, Pressefahrt, Plakaten, Busbeklebung etc. erreicht. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgte im Dezember 2015 durch Regionalbus Leipzig und LVB.

Im November 2015 startete eine neue **Kooperation** zwischen den fünf MDV-Landkreisen und der MDV-Geschäftsstelle zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne**.

Die Partner verständigten sich darauf, dass die Nahverkehrspläne besser miteinander abgestimmt werden und Synergien gehoben werden sowie das gemeinschaftliche MDV-Verkehrsgebiet noch enger in den Fokus der Betrachtungen gezogen wird.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2015 u. a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan
- Unterstützung bei planerische Maßnahmen zum „Tag der Sachsen“ in Wurzen
- Bestandsaufnahmen bei Betriebsaufnahmen im SPNV (Abellio, DB, MRB)

Die Schwerpunkte im Fachbereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation bildeten im Jahr 2015 folgende Themen:

- Relaunch Webauftritt mdv.de und Onlinegang (Januar)
- Freizeitkampagne (April-Oktober)
- Mitarbeiter- und Trainerschulung (Mai)
- Tarifierpassung (März und August)
- ABO Azubi Plus (Sommer)
- easy.GO 4.3 (Sommer)
- MDV-Haltestellenkonzept (Sommer)
- easy.GO Vermarktung (laufend)
- Fahrplanwechsel (August und Dezember) inklusive Kampagne „Neu Gestrickt“ (Dezember)
- PlusBus (Dezember)
- Nahverkehrskonzept Markkleeberg (Dezember)
- PR: 3 Ausgaben MDV-Magazin „Hin & Weg“

**Die Freizeitkommunikation** zielt mit attraktiven Ausflugstipps seit Jahren erfolgreich auf potentielle neue Fahrgäste ab. In der nunmehr 14. Trainerschulung wurde mittels der Train-the-Trainer-Methode über alle Neuerungen im Verbund, vor allem zu den Themen Tarifierung, technische Entwicklungen sowie Ergänzende Finanzierungswege umfangreich geschult. Das Produkt ABO Azubi Plus wurde mit einem Informationspaket (Produktflyer, Collegenblock) gezielt an allen Berufsschulen im Verbundgebiet vermarktet. Die neue Version mit erweiterten Funktionalitäten der App easy.GO wurde mit diversen Kommunikationsmitteln und einer online-affinen Zielgruppenansprache beworben. Medial von Interesse war die Umsetzung des MDV-Haltestellenkonzeptes im sächsischen Teil des Verbundgebiets. Mit Förderung durch den ZVNL konnte das Vorhaben im Rahmen der „MDV-Strategie 2025“ erfolgreich umgesetzt werden. Im Dezember wurden die umfangreichen Änderungen im Fahrplan – vor allem Inbetriebnahme STS-Netz durch Abellio und Veränderungen im S-Bahn- sowie Regionalbusverkehr in Folge der Inbetriebnahme der neuen ICE-Strecke zwischen Halle/Leipzig und Erfurt – kommuniziert. Durch die crossmediale Kampagne in Zusammenarbeit mit dem ZVNL und die begleitende Pressekampagne wurde eine bestmögliche Information für Pendler und die weiteren Fahrgäste erreicht. Ebenso wurden die Produkte PlusBus sowie das Nahverkehrskonzept Markkleeberg erfolgreich zum Fahrplanwechsel im Dezember beworben.

### Realisierung des Wirtschaftsplans 2015

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2015 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 4. Dezember 2014 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2015 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2015 **zu zahlende Zuschuss** entsprach mit **TEUR 2.231,0** dem Vorjahresbetrag. Zusätzlich enthielt der Wirtschaftsplan mit TEUR 184,5 einen Übertrag von Betriebskostenzuschüssen der Vorjahre. In der Gesellschafterversammlung am 9. Juli 2015 wurde außerdem beschlossen, die übrigen nicht verbrauchten Mittel des Jahres 2014 (TEUR 54) ins Jahr 2015 zu übertragen. Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Zuwendungen des Landes Sachsen-Anhalt, des Freistaates Thüringen und des Bundes sowie des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2015/2016 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der regionalen Partner an den Strategieprojekten Muldental in Fahrt, Schmölln macht mobil und Rippach-/Saaletal mobil sowie Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen.

Der planmäßige Anstieg des Personalaufwandes von 9,5 % beruht auf der Umsetzung der neuen Vergütungsregelung des MDV gemäß dem Gesellschafterbeschluss vom 17.07.2014.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.304 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.141 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus den Vorjahren übertragenen Zuschüsse von TEUR 2.470 mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.163 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 307 wurde passiviert.

Die Gesellschafterversammlung hat bereits am 2. Dezember 2015 beschlossen, 2015 nicht verbrauchte Mittel (TEUR 98) nach 2016 und 2018 zu übertragen und auf die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage zu verzichten. Über die Verwendung der nicht verbrauchten, nicht übertragenen Zuschüsse in Höhe von TEUR 209 werden die Gesellschafter entscheiden. Die Geschäftsführung hatte im Rahmen der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016 den Gesellschaftern empfohlen, voraussichtlich nicht verbrauchte Mittel des Jahres 2015 in die Kapitalrücklage einzustellen, um damit künftige Erhöhungen der Betriebskostenzuschüsse abzumindern.

Von Mitteln aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil von TEUR 334 wurden 2015 TEUR 216 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2016 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 118 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2016 für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. Der Übertrag von TEUR 118 betrifft im Wesentlichen Vorhaben im Strategieprozess (TEUR 47), die Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (TEUR 26) und laufende Aufwendungen für easy.GO (TEUR 11), für die in den Projektlenkungsgruppen bereits die Übertragung der entsprechenden Mittel der Partner auf das Folgejahr beschlossen wurde.

Die Bilanzsumme von TEUR 1.951 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.760) um 11 % gestiegen. Dies begründet sich im Wesentlichen aus dem Anstieg des Anlagevermögens auf der Aktivseite aus dem Telematikvorhaben, den aktivierten Eigenleistungen für die Aktualisierung der Tarif- und EAV-Datenbank sowie der Anzahlung für das neue Infomobil. Für das Telematikvorhaben und das Infomobil sind entsprechende Förderungen passiviert und erhöhen insofern den Sonderposten für Investitionszuschüsse auf der Passivseite.

## Ausblick auf 2016 und 2017

Die Aufgaben der nächsten Jahre werden weiterhin wesentlich durch die im **Strategieprozess „MDV 2025“** definierten **Schwerpunkte** bestimmt sein. So wird im Jahr 2016 die Bearbeitung weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität und Verbesserung Systemzugang/Benutzeroberfläche beginnen. Gleichzeitig werden die Projekte fortgeführt, die bereits in Bearbeitung sind.

Nach Fertigstellung der 2015 in Auftrag gegebenen Gutachten zu **ergänzenden Finanzierungsmodellen** sollen die Ergebnisse in der zweiten Jahreshälfte 2016 ggf. in einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung mit Beteiligung aller Aufsichtsratsmitglieder hinsichtlich einer Umsetzungsempfehlung diskutiert werden. Anschließend sollen die Erkenntnisse und Empfehlungen zu möglichen ergänzenden Finanzierungswegen für den ÖPNV im Rahmen eines Workshops der Politik bzw. den politischen Entscheidungsgremien vorgestellt werden.

Für die erste Jahreshälfte 2016 ist die Integration von **ABO Flex in easy.GO** vorgesehen. Damit wird es erstmals möglich, in easy.GO direkt ein ABO abzuschließen und anschließend die mit dem ABO Flex zulässigen rabattierten Bartariftickets zu erwerben.

Um den Bekanntheitsgrad von easy.GO weiter zu steigern, die App zu stärken und neue Nutzer hinzuzugewinnen, sind im laufenden Jahr 2016 weitere Marketingmaßnahmen geplant, die an die erfolgreichen Maßnahmen der Vorjahre anknüpfen sollen. Die Kommunikation wird über verschiedene social media-Kanäle, Newsletter und Pressemitteilungen erfolgen.

Im **Telematikvorhaben** liegt 2016 der Schwerpunkt in der Ausstattung der Schüler mit Chipkarten. Dies wird in der 1. Jahreshälfte mit einzelnen Pilotschulen im Landkreis Leipzig getestet, um anschließend alle Schüler in den Landkreisen Leipzig und Altenburg mit Chipkarten zu versehen. Auch die schrittweise Ausgabe an Abonnenten ist vorgesehen. Die Ausgabe im Landkreis Nordsachsen verschiebt sich jedoch infolge des Neuauftrages für die Bordrechner. Der generelle Pilotbetrieb für die neuen Bordrechner ist für den Herbst vorgesehen, während die RBL Komponenten im Jahr 2017 getestet und eingeführt werden sollen.

In 2016 sollen sich die Arbeiten an dem **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** auf die Realisierung der Barrierefreiheit, Einführung von geographisch exakten Linienrouten des ÖPNV in INSA sowie Verbesserung der Qualität der Verkehrslage Sachsen-Anhalt (Arbeiten bei den sächsisch-anhaltinischen Partnern der Kooperation) konzentrieren. Sofern 2016 die Realisierung der Verkehrslage Leipzig erfolgt, ist es im nächsten Schritt geplant, diese Daten mit der Verkehrslage Sachsen-Anhalt zu fusionieren, um für das Mobilitätsportal eine durchgehende und länderübergreifende Datenbasis zu schaffen. Hierfür sollen ggf. EFRE-Fördermittel beantragt werden. Entsprechender Bedarf wurde bereits beim SMWA angemeldet. Im Zuge der Realisierung der Projekte Leipzig mobil und Grüne Mobilitätskette ist es geplant zu prüfen, welche Hintergrundsysteme miteinander verknüpft werden können. Die NASA prüft ggf. auch, welche Funktionen und Datenquellen in das Mobilitätsportal Mitteldeutschland übernommen werden können.

Auf Grundlage der erarbeiteten Inhalte und des MDV-Beschlusses für die **Bereitstellung von ÖPNV-Daten an Dritte** sollen im Jahre 2016 die entsprechenden Schnittstellen geschaffen und den interessierten Datenabnehmern bereitgestellt werden.

Der Bereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** des MDV hat 2012 damit begonnen, seine online mediale Präsenz zu überarbeiten. Erster Schritt in diesem mehrstufigen Prozess war der erfolgreiche Relaunch der Webseite [www.mdv.de](http://www.mdv.de) im Januar 2015. Nächster Schritt ist die Konzeptionierung eines Social Media-Auftritts im Jahr 2016 mit dem Ziel, 2017 online zu gehen. Das Social Media-Konzept soll sich logisch in die strategische Kommunikation des MDV einordnen. Der MDV erarbeitet diese Vorhaben vordergründig mit eigenen Ressourcen. Die weiteren Arbeitspakete im Rahmen der „MDV-Strategie 2025“ im Bereich Kommunikation werden weiter voran gebracht.

Aufgrund der aktuellen Lage hat der MDV zu Jahresbeginn 2016 diverse mehrsprachige Informationen für Migranten veröffentlicht. Begleitend wird ein Mobilitätsberatungskonzept angeboten.

Gefördert vom ZVNL und der NASA GmbH nimmt der MDV im April 2016 sein neues Infomobil in Betrieb und erweitert seine Mobilitätsberatung um zielgruppenspezifischere Angebote (Migranten, mobilitätseingeschränkte Fahrgäste, Schulen).

Die Freizeitkommunikation wird 2016 neu konzipiert mit dem Ziel, ab 2017 noch stärker vernetzt mit Partnern aus der Tourismusbranche zu agieren. Für den technischen Part kooperiert der MDV auch hier erfolgreich mit der HTWK.

Erstmals beteiligt sich die Stadt Leipzig an der Europäischen Woche der Mobilität. Der MDV wird sich als strategischer Partner in die Aktionswoche einbringen.

Weitere Schwerpunkte im Jahr 2016 werden zudem die Kommunikation regionaler Planungsprojekte (u.A. Modellvorhaben Muldental in Fahrt, Schmölln macht mobil), die Kommunikation der Tarifierpassung sowie Informationen zu Fahrplanwechseln sowie Baumaßnahmen (Schwerpunkt SPNV) sein. Das Vorhaben Einführung der Chipkarte in den Landkreisen wird vom MDV technisch und kommunikativ begleitet.

Alle Maßnahmen zielen darauf ab, Fahrgäste und potentielle Fahrgäste über die verbundweiten Angebote zu informieren, damit zum Abbau von Nutzungshemmnissen zu führen und die Nutzungsquote der ÖPNV-Angebote im Gesamtsystem zu erhöhen.

Schwerpunktthemen im **Fachbereich Verkehrsplanung** werden in 2016 weiterhin die Strategiprojekte „Muldental in Fahrt“ und „Schmölln macht mobil“ sowie das Projekt „Zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020“ sein. Zudem steht 2016 die Arbeit an den Nahverkehrsplänen der Landkreise Nordsachsen und Saalekreis an.

Der MDV verfügt über eine mittelfristige Planung, die zurzeit bis 2020 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016 wurde von der Gesellschafterversammlung am 2. Dezember 2015 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2016 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2016 sieht eine Anhebung der durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse auf TEUR 2.477 vor (davon geplante Anhebung um 2,5 % gegenüber dem Vorjahreswert von TEUR 2.231 und TEUR 190 zum Ausgleich der Entgeltanpassungen der MDV-Mitarbeiter gemäß Gesellschafterbeschluss vom 17. Juli 2014). Zusätzlich beinhaltet der Wirtschaftsplan 2016 einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 27

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Damit wird das Ziel verfolgt, die Mobilitätsmöglichkeiten für die Menschen in Mitteldeutschland zu sichern und zu einem integrierten Gesamtsystem weiter auszubauen.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert einschließlich der Erfüllung der Verbundaufgaben durch den MDV folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeaufteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende liquide Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

## OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Kaolinstraße 12  
06126 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 30

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Hallesche Verkehrs-AG	15	51,00
Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	15	49,00

### Gegenstand des Unternehmens:

- I. Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere die Durchführung von Linien-, Gelegenheits- und Schülerverkehr.
- II. Gegenstand der Gesellschaft sind weiter die Planung, Effizienzprüfung und die Gestaltung eines kundenorientierten und wirtschaftlich Öffentlichen Personennahverkehrs sowie alle mit der Durchführung der Verkehrsleistungen im Zusammenhang stehende Tätigkeiten, wie auch das Erbringen von Kraftfahrzeuginstandsetzungsleistungen, Nutzfahrzeugserviceleistungen sowie entsprechenden Serviceleistungen.
- III. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen im Inland errichten, erwerben und sich an solchen beteiligen oder deren Vertretung übernehmen sowie Zweigniederlassungen errichten.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Dr. Vetter, Wolfdietrich

### c) Beteiligungen

<b>unmittelbar</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	1,70

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.



## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	7.613	78	7.802	77	8.020	79	-189	-2
Umlaufvermögen	2.201	22	2.265	23	2.138	21	-64	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	3	0	0	0

<b>Bilanzsumme</b>	<b>9.815</b>	<b>100</b>	<b>10.068</b>	<b>100</b>	<b>10.161</b>	<b>100</b>	<b>-253</b>	<b>-3</b>
--------------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	4.969	51	4.950	49	4.787	47	19	0
Sonderposten für Investitionszulagen	1.096	11	1.309	13	1.525	15	-213	-16
Rückstellungen	52	1	45	1	43	1	7	16
Verbindlichkeiten	3.697	37	3.755	37	3.801	37	-58	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	9	0	5	0	-8	-89

<b>Bilanzsumme</b>	<b>9.815</b>	<b>100</b>	<b>10.068</b>	<b>100</b>	<b>10.161</b>	<b>100</b>	<b>-253</b>	<b>-3</b>
--------------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	11.655	11.663	11.609
sonstige betriebliche Erträge	888	921	926
Materialaufwand	6.672	6.882	7.009
Personalaufwand	3.436	3.263	3.231
Abschreibungen	1.407	1.356	1.360
sonstige betriebliche Aufwendungen	750	775	715
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	15	21
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	38	38	37
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	92	113	138
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	151	172	66
sonstige Steuern	9	9	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	142	163	57
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	-468	-525
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	-428	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	142	123	-468

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,22	1,39	0,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,95	3,37	1,08	%
Cash-Flow:	1.549	1.519	1.417	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	117	115	114	T€
Personalaufwandsquote:	27,39	25,93	25,77	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	77,24	77,17	78,61	%
Eigenkapitalquote:	50,63	49,16	47,11	%
Fremdkapitalquote:	49,37	50,84	52,89	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Fahrplan-km	3.958.000,00	3.987.000,00	3.956.000,00	km

**e) Lagebericht****Geschäftsmodell**

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH ist ein Unternehmen in öffentlich/privater Partnerschaft. Dieses Geschäftsmodell ist darauf gerichtet, die regionalen Beförderungsinteressen der Gesellschafter zu bündeln und durch die Ausnutzung von Synergien wirtschaftliche Vorteile zu erreichen.

**Geschäftsverlauf/Rahmenbedingungen**

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH erbringt Linienverkehrsleistungen im Rahmen der mit dem Landkreis Saalekreis vereinbarten Verkehrsfinanzierungssatzung für den Genehmigungszeitraum bis 30. April 2019. Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand werden sich auch im Jahr 2017 die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, welche durch das Nahverkehrsgesetz Sachsen-Anhalt bestimmt sind, nicht verändern.

Insofern sind die Markt- und Rahmenbedingungen für das Unternehmen konstant. Im Auftragsverkehr für die HAVAG haben sich die vertraglichen Festleistungen im Wirtschaftsjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten des Unternehmens wird durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen im Auftragsverkehr für die HAVAG, im Schienenersatz- und Gelegenheitsverkehr verbessert.

Im Jahr 2015 wurden rd. 3.958.000 Fahrplankilometer (Vj.: 3.987.000 Fahrplankilometer) realisiert, darunter 306.000 Kilometer (Vj.: 312.000 Kilometer) im Bedarfsverkehr. Damit sind die im Wettbewerbsverfahren festgeschriebenen Verpflichtungen erfüllt.

**Investitionen**

Die Investitionstätigkeit des Unternehmens wurde durch die Anschaffung von acht neuen Omnibussen im Geschäftsjahr 2015 geprägt.

Die Auslieferung und Inbetriebnahme dieser Low-Entry-Fahrzeuge vom Typ SOR CN 12 mit Diesel-Antrieb erfolgte im September.

Insgesamt betrug das Gesamtvolumen der Fahrzeuganschaffungen im Geschäftsjahr 2015 TEUR 1.181. Die Finanzierung erfolgte im Wesentlichen durch die Aufnahme von Krediten. Zur Finanzierung von zwei Neufahrzeugen wurde der Gesellschaft 2015 durch den Landkreis Saalekreis ein Investitionszuschuss in Höhe von TEUR 145 bewilligt, der Anfang Oktober ausgezahlt wurde.

Die Fahrzeuge wurden entsprechend den Anforderungen des Nahverkehrsplanes und der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis angeschafft.

Die Wertberichtigungsquote für KOM erhöhte sich dennoch weiter leicht von 65 % im Jahr 2014 auf 67 % im Geschäftsjahr 2015.

Zum 31. Dezember 2015 verfügt das Unternehmen über insgesamt 97 Omnibusse.

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH beabsichtigt, zur Erneuerung des Fuhrparks im Jahr 2016 sieben weitere Low-Entry-Omnibusse anzuschaffen.

Im Zusammenhang mit der geplanten Einführung des regionalen eTicketing-Systems (ReTSy) sowie der dafür notwendigen Ausrüstung der Fahrzeuge mit neuer Bordrechnertechnik sind bereits in den Jahren 2013 bis 2015 vorbereitende Investitionen und Anzahlungen in Hard- und Software realisiert worden.

Die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA) erweitert das landesweite Nahverkehrs-Informationssystem INSA zu einer landesweiten Echtzeit-Fahrplaninformation („INSAplus“).

Damit wird die aktuelle Fahrgastinformation unter Verwendung von Echtzeitdaten ermöglicht.

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH hat die Umrüstung des Fuhrparks mit den dafür notwendigen Vertriebssystemen im Jahr 2015 abgeschlossen. Die Bordrechnersysteme werden von der NASA gemietet. Die Lieferung von Echtzeitdaten an INSAplus kann damit mittlerweile stabil gewährleistet werden. Die vorbereitenden Arbeiten zur Einführung elektronischer Tickets sollen Ende 2016 abgeschlossen werden.

In diesem Zusammenhang wurden im Vorjahr insgesamt TEUR 156 in die Ausstattung der Fahrzeuge mit neuen Zahltafeln für die Aufnahme der Bordrechner und für die Neuanschaffung von Fahrscheinentwertern investiert. Die Aktivierung dieser Anlagegüter ist im Zuge der Inbetriebnahme der neuen Bordrechnertechnik erfolgt.

Im Dezember wurde ein neuer Tankautomat für die Betriebstankstelle sowie die dazugehörige Auswertungssoftware angeschafft und in Betrieb genommen.

### **Vermögenslage und Liquidität**

Im Geschäftsjahr 2015 verminderte sich die Bilanzsumme des Unternehmens im Vergleich zu 2014 um TEUR 253.

Zum 31. Dezember 2015 bestand eine saldierte Forderung gegen das Finanzamt in Höhe von TEUR 51. Davon entfallen TEUR 105 auf Forderungen aus Umsatzsteuer sowie Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag und TEUR 54 auf Verbindlichkeiten aus Lohnsteuer.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern erhöhten sich um TEUR 46. Ursache hierfür sind insbesondere Investitionskreditaufnahmen in Höhe von insgesamt TEUR 1.011 bei erfolgten Tilgungen in Höhe von TEUR 965. Im Geschäftsjahr 2016 werden die Tilgungsleistungen voraussichtlich TEUR 955 betragen.

Die Fremdkapitalquote erhöhte sich im Geschäftsjahr 2015 leicht auf 38,2 % (Vj.: 37,8 %).

Der Finanzmittelfonds zum 31. Dezember 2015 beträgt TEUR 1.389 (Vj.: TEUR 1.255). Der Bestand an liquiden Mitteln wurde im laufenden Jahr und zum Bilanzstichtag durch die unterjährigen Zahlungen im Rahmen des Einnahmeanspruchs gegenüber dem MDV positiv beeinflusst.

Die Finanzmittelausstattung durch den Aufgabenträger im Vergleich zum Vorjahr ist durch die Bewilligung von zusätzlich beantragten Mitteln leicht angestiegen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich um TEUR 407 auf TEUR 1.363 (Vj.: TEUR 956) erhöht, was wesentlich durch die Abnahme der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um TEUR 171 bedingt ist. Im Vorjahr waren hier gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen. Er reichte zur Tilgung bestehender Kredite (TEUR 965), für Zinszahlungen (TEUR 91) und zur Ausschüttung an die Gesellschafter (TEUR 123) aus. In Höhe von TEUR 1.011 wurden neue Darlehen aufgenommen. Die Einzahlungen aus Investitionszuschüssen betragen TEUR 145.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2015 jederzeit gegeben.

### **Ertragslage**

Die Umsatzerlöse bewegen sich im Vergleich zum Vorjahr auf annähernd gleichem Niveau (TEUR 11.655). Im Jahr 2015 wurden zusätzliche Einnahmen aus Beauftragungen von Zusatzleistungen im Auftrag der HAVAG erzielt. Der Vergleichswert des Vorjahres war beeinflusst durch zusätzliche Einnahmen aus Schülerfahrkarten von Schülern der Grund- und Sekundarschule Teutschenthal, die aufgrund von Renovierungsmaßnahmen der betreffenden Schulen bis Ende Oktober 2014 an anderen Standorten beschult worden sind.

Die Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen aufgrund von Durchtarifierungsverlusten durch den Landkreis Saalekreis betragen wiederum TEUR 914.

Die Fahrgeldeinnahmen verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,8 %. Dies ist im Wesentlichen die Folge des Wegfalls der von September 2013 bis Oktober 2014 zusätzlich geflossenen Einnahmen aus Schülerfahrkarten für Schüler der Grund- und Sekundarschule Teutschenthal.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen ist um 3,0 % (TEUR 209) gesunken. Der Aufwand für Treibstoffe sank im Wirtschaftsjahr 2015 um 5,8 %. Durch eine Dieselpreisbindung im Unternehmensverbund in Höhe von EUR 1,021/Ltr. mit Wirkung ab Februar 2015 bestand in dieser Position Planungssicherheit.

Der Aufwand für bezogene Leistungen verminderte sich unwesentlich um 0,7 %.

Der laufende Aufwand für Werkstattleistungen an Omnibussen entsprach im Wirtschaftsjahr 2015 der Altersstruktur der Omnibusse und dem Durchschnitt der Vorjahre. Im Vorjahr war diese Position durch die Aufwendungen im Rahmen der Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Ausrüstung des Fuhrparks mit neuen Bordrechnern deutlich erhöht.

Der Aufwand für eigenes Personal stieg im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 3.262) um 5,3 % auf TEUR 3.436 im Jahr 2015. Im Resultat der Tarifverhandlungen ergibt sich eine effektive Tarifierhöhung um 4,14 % für 2015. Die Tarifverhandlungen mit der ver.di wurden für drei Jahre mit Wirkung bis zum 31. Dezember 2017 abgeschlossen. Somit besteht auch in dieser Position Planungssicherheit. Bei annähernd gleichem Personalbestand wie im Vorjahr waren im Jahresverlauf weniger Langzeiterkrankte, die nicht mehr durch das Unternehmen zu entlohnen waren, als im Vorjahr zu verzeichnen (-1,75 VBE).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in diesem Geschäftsjahr um 3,4 % (TEUR 26) gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dieser Wert wird maßgeblich durch Verbindlichkeiten aus Schadensfällen an Dritte beeinflusst. Aufgrund des positiven Schadensverlaufs in 2015 verminderten sich diese Zahlungen im Vergleich zum Vorjahr.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens in den einzelnen Sparten stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2015 TEUR	2014 TEUR
Jahresergebnis nach Sparten		
Regionalverkehr	63	80
Verkehrsleistungen im Auftrag der HAVAG	25	60
Mietwagen-/Gelegenheits-/Schienenersatzverkehr	42	10
Technischer Bereich/Handelsware/Vermietung	12	13

Das Spartenergebnis im Regionalverkehr wurde unter Einhaltung der Anforderungen der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis erzielt.

Auch im Geschäftsjahr 2015 blieben die vertraglich vereinbarten Leistungen im Auftrag der HAVAG stabil. Durch die im Jahr 2015 zusätzlich beauftragten Linien- und Straßenbahnersatzverkehrsleistungen wurde ein positiver Deckungsbeitrag in dieser Sparte erbracht.

Wie in den Vorjahren war die Betriebsführung darauf gerichtet, durch Leistungen außerhalb des Linienverkehrs einen weiteren Kostendeckungsbeitrag zu leisten. Das Ergebnis im Gelegenheitsverkehr sowie im Schienenersatzverkehr gestaltet sich positiv, der Umsatz konnte im Vergleich zum Vorjahr um 6,0 % gesteigert werden.

## Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht bekannt.

## Prognosebericht

Die für das Jahr 2016 eingeschätzte Geschäftsentwicklung basiert auf der Entwicklung der Jahre 2014 und 2015. Die Ursachen für die insgesamt tatsächlich bessere Geschäftsentwicklung 2015 als im Lagebericht 2014 prognostiziert, – prognostiziert wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 15 – wurden vorstehend erläutert. Das Ergebnis 2015 lässt jedoch keine direkte Fortschreibung für die Folgejahre zu. Insgesamt schätzt die Geschäftsleitung jedoch ein, dass auch in den Folgejahren eine stabile Geschäftsentwicklung zu erwarten ist.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung und Berichterstattung gegenüber den Gesellschaftern arbeitet das Unternehmen mit einer mittelfristigen Wirtschaftsplanung. Für das Jahr 2016 erwartet das Unternehmen ein Ergebnis in Höhe von TEUR 52. Der bisherige wirtschaftliche Verlauf im Wirtschaftsjahr 2016 bestätigt dieses. Generell ist die Geschäftstätigkeit auf die Sicherung eines ausgeglichenen Jahresergebnisses gerichtet.

## Chancen- und Risikobericht

Zusätzliche wirtschaftliche Risiken gegenüber dem Jahr 2015 für die Ergebniserwirtschaftung sind nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht zu erwarten.

Im Jahr 2016 werden Subunternehmerleistungen im Auftrag der HAVAG auch unter den von der Stadt Halle (Saale) geforderten lohn tarifrechtlichen Bedingungen weiterhin erbracht. Dieses gilt aus heutiger Sicht auch für das Jahr 2017.

Für die Folgejahre plant die HAVAG nach eigenen Angaben im Jahr 2017 eine Ausschreibung der Leistungen. Ob sich die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH an dieser Ausschreibung beteiligt, ist aus heutiger Sicht noch offen.

Auch für das Jahr 2016 und voraussichtlich bis Mitte 2017 erfolgte eine Dieselpreisbindung. Die Preisbindung des Jahres 2016 bewegt sich innerhalb des derzeitigen Marktpreises. Im Allgemeinen wird von einem Einkaufspreis unterhalb des eingeschätzten Marktpreises ausgegangen.

Zur Begrenzung wirtschaftlicher Risiken der für die Jahre 2016 und 2017 zu erbringenden Subunternehmerleistungen wird dieser Leistungsanteil insbesondere mit Blick auf die schwankenden und Ende 2017 möglicherweise wegfallenden Leistungen durch eine Personalleasing-Struktur abgedeckt.

Nicht zu beurteilen ist im Moment der weitere Verlauf der Verhandlungen zum Verkauf von Gesellschaftsanteilen durch die HAVAG bzw. zu einem bestehenden Kaufinteresse des Mitgesellschafters.

Der weitere Verlauf der Verhandlungen ist jedoch von zentraler Bedeutung für die künftige Ausrichtung des Unternehmens insbesondere mit Blick auf die kommende Neuvergabe der Genehmigungen nach dem 30. April 2019.

## Servicegesellschaft Saale mbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Freimfelde 9  
06112 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 50

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Hallesche Verkehrs-AG	25,5	51,00
Leipziger Servicebetriebe GmbH	24,5	49,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

### Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Milewski, Thomas

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

#### Aktiva

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	147	27	189	46	82	30	-42	-22
Umlaufvermögen	361	66	188	46	157	57	173	92
Rechnungsabgrenzungsposten	36	7	30	8	36	13	6	20
Aktive latente Steuern	1	0	1	0			0	0

#### Bilanzsumme

	<b>545</b>	<b>100</b>	<b>408</b>	<b>100</b>	<b>275</b>	<b>100</b>	<b>137</b>	<b>34</b>
--	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

#### Passiva

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	132	24	132	32	130	47	0	0
Rückstellungen	175	32	171	42	86	31	4	2
Verbindlichkeiten	158	29	59	15	58	21	99	168
Rechnungsabgrenzungsposten	79	15	45	11	0	0	34	76
Passive latente Steuern	1	0	1	0	1	1	0	0

#### Bilanzsumme

	<b>545</b>	<b>100</b>	<b>408</b>	<b>100</b>	<b>275</b>	<b>100</b>	<b>137</b>	<b>34</b>
--	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.220	1.938	1.595
sonstige betriebliche Erträge	94	337	9
Materialaufwand	236	280	250
Personalaufwand	1.812	1.762	1.139
Abschreibungen	51	35	23
sonstige betriebliche Aufwendungen	212	192	188
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3	6	3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	1	0
sonstige Steuern	3	3	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	2	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	2	1



## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,00	0,09	0,07	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,03	1,38	0,90	%
Cash-Flow:	51	37	24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	32	36	30	T€
Personalaufwandsquote:	78,30	77,45	71,00	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	26,53	45,63	29,59	%
Eigenkapitalquote:	24,23	32,34	47,30	%
Fremdkapitalquote:	75,77	67,66	52,70	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	0,12	0,31	0,20	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	30,83	30,76	29,54	TEUR

**e) Lagebericht**

**1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
  - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

**2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

**3. Geschäftsverlauf**

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

**4. Lage der Gesellschaft**

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
  - 4.2.1. Kapitalstruktur
  - 4.2.2. Investitionen
  - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

**5. Nachtragsbericht**

**6. Chancen- und Risikobericht**

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

**7. Prognosebericht**

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

**1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) ist als Dienstleistungsunternehmen überwiegend in der Stadt Halle (Saale) für den öffentlichen Zweck tätig. Sie erbringt dabei nicht technische Dienstleistungen in den Bereichen Fahrzeug- und Gebäudereinigung, Fahrausweisprüfung, Sicherheits- und Kontrolldienste, Vegetationspflege sowie den Winterdienst. Ferner werden Leistungen erbracht, die im direkten Zusammenhang zum Kerngeschäft stehen.

Gesellschafter sind die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) und die Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH. Die SGS ist ein wesentlicher Partner der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

### 1.1.2. Geschäftsfelder

Die SGS ist in der Service-Sparte des Stadtwerke-Halle-Konzerns angegliedert und erbringt verschiedene Dienstleistungen. Unterteilt wird dies in der Gesellschaft nach den Bereichen Reinigung und Fahrausweisprüfung sowie sonstigen Leistungen, dies betrifft überwiegend saisonale Geschäfte bzw. sich im Aufbau befindliche Bereiche.

In dem Bereich der Reinigung sind dabei die Fahrzeug- und Gebäudereinigung angesiedelt, dazu zählen die Innenreinigung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterhaltsreinigung von Verwaltungs- und Betriebsstätten inklusive der Glasrahmenreinigung, weiterhin die Vegetationspflege der entsprechenden Außenanlagen und die Graffitientfernung sowie Vandalismusbeseitigung. Neu hinzugekommen sind Tätigkeiten im Bereich des Haltestellendienstes sowie der Haltestelleninformation.

Die Fahrausweisprüfung umfasst die Kontrolle der Einhaltung der geltenden Tarif- und Beförderungsbestimmungen in den jeweiligen öffentlichen Verkehrsmitteln, weiterhin die Erfassung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie verschiedene Leistungen, die damit in Verbindung stehen.

Die sonstigen Leistungen umfassen aktuell die Beauftragungen des Winterdienstes sowie Sicherheits- und Postdienste für einzelne Beauftragungen an verschiedenen Standorten.

### 1.2. Ziele und Strategien

Die positive Entwicklung der Gesellschaft war in diesem Geschäftsjahr hauptsächlich von Veränderungen innerhalb des Stadtwerke-Halle-Konzerns sowie der Übernahme weiterer Leistungen geprägt. Damit verbunden war ein hohes Maß an Flexibilität für die jeweils verschiedenen Anforderungen.

Weiterhin hat es in der Reinigungsbranche steigende Preise bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen gegeben, die auf steigende Weltmarktpreise für die Ausgangsstoffe der Reinigungsmittel zurückzuführen sind. Dies hat zu einem starken Umdenken bei dem Einsatz der Produkte geführt und ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung gefördert. Unsere Lieferanten und Auftraggeber nehmen diese Entscheidung wahr und unterstützen diesen Weg. Des Weiteren werden in der Gebäudereinigung Einsatzmöglichkeiten für innovative Reinigungstechnologien getestet (z. B. I-Mop, Puraqleen).

Die Fahrausweisprüfung, welche im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs eine Vielzahl von Aufträgen bei verschiedenen Auftraggebern durchführt, hat Maßnahmen zur Verbesserung des Services für die Fahrgäste umgesetzt, die sich positiv auf das Erscheinungsbild der Fahrausweisprüfung auswirken. Dies erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem Hauptauftraggeber HAVAG. Eine stärkere Serviceausrichtung ist hier zu verzeichnen, wodurch die Anforderungen an die Mitarbeiter steigen. Dadurch wird der Hauptauftraggeber bei der Zielerreichung unterstützt.

Für den Bereich des Winterdienstes sowie den Haltestellendienst wurde zur Sicherung der Flexibilität und Qualität ein zusätzlicher Mehrzweckgeräteträger (City Ranger 3500) angeschafft.

### 1.3. Steuerung

Das Unternehmen ist nach der operativen und administrativen Organisation getrennt. Dabei liegt die operative Organisation ausschließlich bei der am Firmensitz befindlichen Geschäftsleitung sowie den zu den Bereichen gehörigen Leistungsebenen. Die administrative Organisation ist nach kaufmännischen und personellen Aufgaben getrennt und wird durch Geschäftsbesorgungsverträge innerhalb des Stadtwerke-Halle-Konzerns erbracht.

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft wird in monatlich stattfindenden Beratungen mit Hilfe einer Soll-Ist-Analyse ausgewertet. Eine Vorschau der wirtschaftlichen Entwicklung wird vierteljährlich für das Geschäftsjahr und jährlich im Rahmen der mittelfristigen Planung aktualisiert. Die Liquidität wird permanent überwacht sowie die kurz- und mittelfristige Verfügbarkeit von ausreichenden liquiden Mitteln sichergestellt.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich entsprechend dem Geschäftsfeld in die Bereiche Reinigung, Fahrausweisprüfung sowie sonstige Aufträge. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist das operative Betriebsergebnis sowie die einzelnen Kennzahlen der Bereiche.

Das operative Betriebsergebnis ermittelt den Saldo aus der Summe der Umsatzerlöse und der Summe der Aufwendungen entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung unter der maßgeblichen Strukturvorgabe des Konzerncontrollings. Das operative Betriebsergebnis ist direkt beeinfluss- und steuerbar, wodurch ein gezieltes Gegensteuern bei Negativentwicklungen möglich ist. Dies wird durch eine entsprechende monatliche Berichterstattung sichergestellt.

Mit Hilfe der einzelnen Bereichskennzahlen (Umsatz- und Gesamtaufwendungen je Bereich) können bereits im laufenden Leistungsprozess die Entwicklung überwacht und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

#### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Zum 01.02.2015 erfolgte der Wechsel des Firmensitzes. Es wurden Büroflächen in Halle (Saale) in der Freimfelde 9 angemietet.

Die Struktur der Gesellschaft wurde im Bereich Fahrausweisprüfung an die Erfordernisse der erweiterten Auftragslage angepasst.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## 3. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr war im Wesentlichen geprägt von einer Vielzahl von Zusatzaufträgen für Konzernunternehmen. Im Bereich Fahrausweisprüfung konnten zusätzliche Aufträge für Unternehmen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes erbracht werden.

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Als wichtiger Punkt ist der geplante Umzug der Gesellschaft an den neuen Standort innerhalb des Stadtwerke-Halle-Konzerns anzusehen. Ziel dieser Veränderung ist die Nutzung der konzerneigenen technischen Infrastruktur. Dadurch ist u. a. gewährleistet, dass die gewünschten Effekte durch den Wechsel des Geschäftsbesorgers eintreten können. Insofern ist sichergestellt, dass auch die Geschäftsvorgänge der Servicegesellschaft Saale mbH über das konzernweite SAP-System abgebildet werden.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr hat es nur eine moderate Steigerung der Teuerungsrate in Deutschland gegeben. Die Energiekosten sind neben dem Personalaufwand ein wesentlicher Kostenfaktor für die Gesellschaft und haben sich im vergangenen Jahr auf einem gleichbleibenden Preisniveau bewegt. In den anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei Reinigungsmitteln, hat die Gesellschaft mit steigenden Preisen zu kämpfen. Aufgrund der Erfahrungen und Lehren aus dem Winter 2010 werden Streu- und Taumittel von der Gesellschaft über Rahmenverträge beschafft.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die Einführung des im Rahmen des Koalitionsvertrages vereinbarten Mindestlohns und die damit verbundenen zahlreichen Regelungen zu dessen Anwendung sowie deren Umsetzung haben das Geschäftsjahr geprägt.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Fahrzeugreinigung sowie Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund.

Die im Jahr 2012 getroffenen Regelungen des Servicehandbuches haben dem Kontrollpersonal mehr Möglichkeit eingeräumt, zwischen bestimmten Beanstandungsgründen zu differenzieren. Ferner sind die Kontrolleure anhand bestimmter Kriterien in die Lage, Einzelfallentscheidungen schon vor Ort zu treffen. Auch in diesem Geschäftsjahr wurden die Kulanzregelungen gegenüber den Fahrgästen mit der HAVAG nochmals überarbeitet und abgestimmt.

In der Fahrausweisprüfung ist die EBE-Quote weiterhin stark schwankend. Im 2. Quartal wurde auf den MDE-Geräten eine zusätzliche Software (Infoscore) installiert. Diese Software ermöglicht eine permanente Identitätsüberprüfung bei Tarifverletzungen durch Fahrgäste und verbessert die Durchsetzbarkeit von EBE-Forderungen. Dies führt beim Auftraggeber zu Einnahmesteigerungen.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die fertig gestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die überwiegend mit eigenen Mitarbeitern/-innen beräumt werden.

Durch die HAVAG erfolgte im Geschäftsjahr die Beauftragung für eine Vorstudie zur Erstellung eines allumfassenden Sicherheitskonzeptes.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft führt aktuell keine derart gelagerten Projekte oder Vorhaben durch.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 76 (Vorjahr 65) Arbeitnehmer beschäftigt; zum 31. Dezember 2015 waren es 83 (Vorjahr 73). Darin enthalten sind 4 Gehaltsempfänger sowie 2 Auszubildende, die im Bereich der Gebäudereinigung die berufliche Erstausbildung absolvieren.

Der Personalaufwand ist der wesentlichste Aufwandsposten der Gesellschaft und betrug im Geschäftsjahr T€ 1.812 (Vorjahr T€ 1.762). Darin enthalten sind Ausgleichszahlungen für die übergegangenen Mitarbeiter. Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildungen betragen T€ 17 im Geschäftsjahr.

Eine Form der betrieblichen Altersvorsorge ist für die Mitarbeiter im Rahmentarifvertrag der Stadtwerke Halle vereinbart und wird über einen Rahmenvertrag bei einem Direkt-Versicherer für die Mitarbeiter abgeschlossen. Des Weiteren wurden die entsprechenden Rückstellungen für Jubiläumszahlungen angepasst.

Die Gesellschaft hat einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Die Unterweisungen erfolgen entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Im Berichtsjahr hat sich kein schwerer Arbeitsunfall ereignet. Schwere Berufskrankheiten sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

#### 4. Lage der Gesellschaft

##### 4.1. Ertragslage

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2015 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 2.220 (Vorjahr T€ 1.938) verzeichnen. Davon entfielen T€ 1.130 (Vorjahr T€ 928) auf die Fahrzeug- und Gebäudereinigung, T€ 828 (Vorjahr T€ 744) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 76 (Vorjahr T€ 94) auf den Winterdienst und T€ 89 (Vorjahr T€ 94) auf die Vegetationspflege sowie T€ 97 auf Poststelle und den Empfang. Ein wesentlicher Einflussfaktor für die Umsatzsteigerung in der Reinigung ist auf die Preisanpassung aufgrund der Einführung des Mindestlohnes zurückzuführen. Weiterhin konnten im Bereich der Reinigung zusätzliche Umsätze mit der HWS sowie mit Dritten realisiert werden, die hauptsächlich aus Gebäudereinigungsleistungen resultieren.

Die Umsatzerlöse in der Fahrausweisprüfung liegen über dem Planansatz und sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Dabei zu erwähnen sind einzelne Aufträge bei verbundenen Nahverkehrsunternehmen, die im Berichtsjahr noch weiter ausgebaut wurden. Hinzukommen Einzelleistungen, die aufgrund der speziellen Branchenkenntnisse für verschiedene Verkehrsunternehmen in der Tarifzone 210 erbracht wurden. Der Rückgang im Winterdienst geht mit der milden Wetterlage im Geschäftsjahr einher, ist aber auf Planniveau. Weiterhin wurde das Geschäftsfeld Haltestellendienste aufgebaut.

##### 4.2. Finanzlage

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

##### 4.2.1. Kapitalstruktur

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 132 (Vorjahr T€ 132). Dies sind 24 % (Vorjahr 32 %) der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Bilanzsumme. Das Anlagevermögen ist damit zu 90 % (Vorjahr 70 %) durch Eigenkapital finanziert.

##### 4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von T€ 12 (Vorjahr T€ 142) getätigt. Dabei entfallen T€ 0,6 auf Software sowie T€ 7,5 auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Gesamtbetrag sind geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) in Höhe T€ 3,8 enthalten, die im Geschäftsjahr vollständig abgeschrieben wurden.

##### 4.2.3. Liquidität

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2015 belaufen sich auf T€ 124 (Vorjahr T€ 59). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 158 (Vorjahr T€ 59). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 78 % (Vorjahr 100 %). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Der gewährte Kontokorrentkredit in Höhe von T€ 15 wurde nicht in Anspruch genommen. Die Liquiditätsplanung und Vorschau standen im Berichtsjahr unter einem besonderen Gesichtspunkt.

##### 4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 137 bzw. 33,6 % auf T€ 545 gestiegen. Dieser Anstieg ist auf die Erhöhung der Forderungen und Verbindlichkeiten sowie auf die Zuführung von Rückstellungen zurückzuführen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2015 beträgt T€ 147 (Vorjahr T€ 189). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 163 (Vorjahr T€ 211), darin enthalten ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 16, der verauslagte Investitionskosten auf zwei Mietobjekte beinhaltet, die durch eine Verrechnung der Mietzahlungen mit den Mietkosten rückerstattet werden.

#### 4.4. Gesamtaussage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 2,6 (Vorjahr T€ 6). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 0,12 % (Vorjahr 0,3 %). Der Jahresfehlbetrag nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 0,04 (Vorjahr Jahresüberschuss T€ 2).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen ein Ausgleich des Jahresfehlbetrages angestrebt.

### 5. Nachtragsbericht

Es sind keine für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlichen Veränderungen nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

### 6. Chancen- und Risikobericht

#### 6.1. Risikomanagementsystem

Das bestehende Risikomanagementsystem der Gesellschaft wird konsequent angewendet. Monatlich erfolgen eine Betrachtung der definierten Risiken und die Darstellung geeigneter Maßnahmen. Die Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen wird permanent überprüft.

#### 6.2. Chancen und Risiken

Als wesentliches Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt. Jedoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Vertragslage und der von den Gesellschaftern getragenen Philosophie auf mittlere Sicht gering. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die stärkere Einbindung in die Stadtwerke Halle GmbH, entsprechend den sich aus dem Strategieprozess „SWH - Kompass 2020“ ergebenden Zielen, ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Dies wird vor allem im Bereich der Haltestellenreinigung sowie von Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, gesehen. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit mit der Poststelle sowie dem Empfang der Stadtwerke Halle angestrebt, um ein einheitliches Erscheinungsbild zu schaffen.

Die im Juni 2016 durch die Mindestlohnkommission geplante Anpassung des Mindestlohns mit Wirkung zum 01.01.2017 wird je nach Erhöhung Einfluss auf die Vergütung in der Fahrausweisprüfung und Gebäudereinigung haben.

#### 6.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft wird weiterhin aktiv an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Des Weiteren wird somit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gestärkt. Dadurch wird der Umsatz gesteigert sowie eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet.

### 7. Prognosebericht

Ein wesentlicher Punkt für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist die enge Zusammenarbeit mit den Konzernunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH. Die Grundlage dafür ist, dass die Servicegesellschaft Saale mbH weiter eng mit dem Hauptgesellschafter Hallesche Verkehrs-AG zusammenarbeitet. Des Weiteren hat die Gesellschaft geprüft, welche Leistungen für Konzernunternehmen erbracht werden können. Somit ergeben sich Möglichkeiten, weitere Synergien bei Leistungsbeziehungen zu schaffen.

### 7.1. Umsatzentwicklung

Für die kommende Periode ist mit einem Anstieg der Umsätze im Konzernverbund zu rechnen, im Speziellen ist hierbei die Zusammenarbeit mit der HWS zu beachten. Die Gesellschaft wird weitere Reinigungsaufträge im Bereich der Unterhaltsreinigung generieren. Mit der vollständigen Erbringung der Leistungen in der Fahrzeugreinigung durch die Gesellschaft beim Hauptauftraggeber ist ab November 2016 zu rechnen. Ab diesem Zeitpunkt werden alle Fahrzeug- und Gebäudereinigungen durch die SGS bei der HAVAG ausgeführt.

Im Bereich der Fahrausweisprüfung ist zu erwarten, dass die Leistungen entsprechend der bestehenden Geschäftsbeziehungen fortgesetzt werden. Die Menge der Prüfstunden sowie die Anzahl der erzielten Erhöhten Beförderungsentgelte sollen beibehalten werden und orientieren sich an den zu erwartenden Fahrgastzahlen der HAVAG. Weiterhin werden Leistungen für den Vertriebsbereich angestrebt, womit vor allem dem erweiterten Vertriebskonzept des Auftraggebers entsprochen wird.

### 7.2. Investitionen

Im nächsten Geschäftsjahr sind überwiegend Investitionen für technische Anlagen und Maschinen sowie für Software geplant. Darin sind vor allem die Silo- und Streuanlagen für den Winterdienst enthalten.

In der Mittelfristplanung sind ausschließlich Ersatzbeschaffungen für Geräte und Technik aus dem aktuellen Anlagenbestand geplant. Dies betrifft in 2019 die Fahrausweisprüfung mit den mobilen Datenerfassungsgeräten. Es ist beabsichtigt, den Bestand an Spezialfahrzeugen je nach Beauftragung zu erweitern.

Die Investitionen sollen ausschließlich mit Eigenmitteln finanziert werden. Im Jahr 2016 sind Investitionen von T€ 25 und in den Jahren 2017 bis 2020 ist eine Gesamtinvestitionssumme von T€ 157 geplant.

### 7.3. Finanzierung

Die Gesellschaft wird in den kommenden Geschäftsjahren weiter Investitionen für einen stetigen Ausbau der Geschäftsfelder tätigen. Die bisherigen einmaligen Investitionen waren Anschaffungen für Spezialtechnik und mobile Datenerfassungsgeräte, es werden dafür nach aktuellem Stand weitere Ersatz- oder Neubeschaffungen getätigt. Daher ist die Investitionstätigkeit mittelfristig auf den aktuellen Bestand des Anlagevermögens beschränkt, welcher für den Geschäftsbetrieb notwendig ist.

### 7.4. Ergebniserwartung

Das Betriebsergebnis im kommenden Geschäftsjahr ist mit T€ 6,4 geplant. Unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken, die sich im kommenden Jahr aus dem operativen Geschäft ergeben können, ist davon auszugehen, dass diese positive Entwicklung gesteigert werden kann. Einen weiteren maßgeblichen Einfluss auf den Erfolg werden die Personalkosten und die damit verbundenen Einflussfaktoren wie Fluktuation und Krankenstand haben.

Das im vergangenen Jahr prognostizierte Betriebsergebnis von - T€ 15 konnte im Ist mit -T€ 9 deutlich verbessert werden.



## **3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT**

## Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz  
**Anschrift:** Kaolinstraße 4  
 06126 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 256

<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

### Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA ergibt.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Andrae, Annett

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	144	11	167	12	188	12	-23	-14
Umlaufvermögen	1.151	87	1.230	86	1.356	86	-79	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	23	2	24	2	25	2	-1	-4

<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.318</b>	<b>100</b>	<b>1.421</b>	<b>100</b>	<b>1.569</b>	<b>100</b>	<b>-103</b>	<b>-7</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Treuhandvermögen	7		7		7		0	0
------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	526	40	526	37	526	34	0	0
Rückstellungen	406	31	464	33	537	34	-58	-12
Verbindlichkeiten	386	29	431	30	506	32	-45	-10

<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.318</b>	<b>100</b>	<b>1.421</b>	<b>100</b>	<b>1.569</b>	<b>100</b>	<b>-103</b>	<b>-7</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	7		7		7		0	0
---------------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.900	3.017	2.796
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-63	-60	308
sonstige betriebliche Erträge	83	119	46
Materialaufwand	1.248	1.353	1.531
Personalaufwand	1.063	1.009	925
Abschreibungen	64	66	58
sonstige betriebliche Aufwendungen	355	430	392
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	191	218	245
sonstige Steuern	4	4	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	187	214	241
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,46	7,10	8,64	%
Eigenkapitalrentabilität:	35,67	40,73	45,93	%
Cash-Flow:	251	280	299	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	97	110	121	T€
Personalaufwandsquote:	36,41	32,80	29,35	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	10,87	11,68	11,96	%
Eigenkapitalquote:	39,90	36,98	33,50	%
Fremdkapitalquote:	60,10	63,02	66,50	%

## ee) Leistungsdaten

keine Angaben

## e) Lagebericht

### 1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

### 2 Wirtschaftsbericht

#### 2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer, Fliesenleger, Maler, Fußbodenleger, Elektro, Innenausbau (inklusive Schlüsseldienst).

Aufgrund der durch die Gesellschafterin (GWG) beschlossenen Ausrichtung der BHT, das Inhouse-Geschäft zu intensivieren und weiterzuentwickeln, wurde ein Großteil der möglichen Leistungen auch im Geschäftsjahr 2015 für die GWG erbracht.

#### 2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT ist auch im Berichtsjahr wieder positiv.

Um die Arbeitsabläufe effektiv gestalten zu können, wurde eine enge Zusammenarbeit in der Planungsphase zwischen der GWG und der BHT notwendig. Damit konnte eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte unserer Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdiensteinsätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz <b>GWG</b>	T€	2.729 (94 %)
Umsatz <b>Sonstige</b>	T€	171 ( 6 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen gebunden, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören sowie zur Kompensation von Auftragsspitzen.

Im Rahmen der Restrukturierung wurden auf Grundlage des Personalentwicklungskonzeptes weitere notwendige Personal- und Strukturanpassungen vorgenommen. So wurde unter anderem die Stelle „Meister Heizungsbau“ geschaffen und mit der Einstellung eines neuen Mitarbeiters besetzt. Der Stelleninhaber wird zukünftig für die Installation und Wartung von Fernwärmeanlagen verantwortlich sein. Die Umsetzung der Maßnahmen aus der Personalentwicklungskonzeption ist noch nicht vollständig abgeschlossen und wird planmäßig im Geschäftsjahr 2016 fortgesetzt.

Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2015 für die Mitarbeiter und Führungskräfte der BHT zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen.

#### 2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.318 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.421) um 7,3 % verringert. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 103 verringerte Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote auf 39,9 % (Vorjahr 37,0 %) erhöht.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen durch die Verringerung des Finanzmittelfonds (um T€ 133) sowie des Anlagevermögens (um T€ 23). Dem gegenüber steht die Erhöhung der Forderungen um T€ 51. Auf der Passivseite wurde die Verringerung der Bilanzsumme durch die um T€ 58 gesunkenen sonstigen Rückstellungen sowie die um T€ 45 gesunkenen Verbindlichkeiten verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 868.

Die Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten, da das geplante Ergebnis von mindestens T€ 80 erreicht werden konnte. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf T€ 191 (Vorjahr T€ 218). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 187 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

## **2.4 Nachtragsbericht**

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag haben sich nicht ergeben.

## **3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

### **3.1 Prognose**

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Die für das Geschäftsjahr 2016 möglichen Baumaßnahmen wurden Ende des Jahres 2015 zwischen der GWG und der BHT abgestimmt und durch die Vergabekommission der GWG bestätigt. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2016 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis von mindestens T€ 110 abschließen wird.

### **3.2 Chancen**

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird. Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenso einen hohen Stellenwert einnehmen.

Durch die Erweiterung der bisherigen Tätigkeitsfelder der BHT werden beide Gesellschaften profitieren, da sich die enge Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ positiv auswirken wird.

Die laufenden Restrukturierungsmaßnahmen müssen aus diesem Grund weitergeführt und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden, um auch zukünftig eine positive Geschäftsentwicklung erzielen zu können.

Durch fachspezifische Qualifikationen der Mitarbeiter können wir den steigenden Anforderungen unserer Auftraggeber gerecht werden.

### **3.3 Risiken der künftigen Entwicklung**

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das innerbetriebliche Reportsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Das im Unternehmen eingerichtete Risikomanagementsystem muss entsprechend den spezifischen Bedürfnissen der Gesellschaft weiterentwickelt werden.

## GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH		
<b>Stammkapital in T€:</b>	12.782		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)	12.782	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>		Kozyk, Jana
<b>Aufsichtsrat:</b>	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo
	stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker
		Dr. Kranich, Sebastian
		Dr. Wiegand, Bernd
		Kriedemann, Angelika
		Schachtschneider, Andreas
		Senius, Kay

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

**Aufsichtsrat:**

Thielecke, Carsten  
Töpfer, Gernot

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	16	16	17

## c) Beteiligungen

**unmittelbar**

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

	T€	%
	256	100,00

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	291.313	90	291.212	90	299.612	90	101	0
Umlaufvermögen	33.405	10	33.803	10	32.020	10	-398	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	93	0	70	0	41	0	23	33

<b>Bilanzsumme</b>	<b>324.811</b>	<b>100</b>	<b>325.085</b>	<b>100</b>	<b>331.673</b>	<b>100</b>	<b>-274</b>	<b>0</b>
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	-------------	----------

Treuhandvermögen	4.873		4.609		4.805		264	6
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-----	---

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	169.309	52	166.928	51	165.760	50	2.381	1
Sonderposten für Investitionszulagen	8.068	3	8.316	3	8.539	3	-248	-3
Rückstellungen	1.214	0	3.451	1	6.956	2	-2.237	-65
Verbindlichkeiten	145.307	45	145.417	45	149.867	45	-110	0
Rechnungsabgrenzungsposten	913	0	973	0	551	0	-60	-6

<b>Bilanzsumme</b>	<b>324.811</b>	<b>100</b>	<b>325.085</b>	<b>100</b>	<b>331.673</b>	<b>100</b>	<b>-274</b>	<b>0</b>
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	-------------	----------

Treuhandverbindlichkeiten	4.873		4.609		4.805		264	6
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-----	---



**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	47.096	47.307	46.289
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	419	-553	447
andere aktivierte Eigenleistungen	124	99	203
sonstige betriebliche Erträge	2.448	1.981	1.113
Materialaufwand	25.243	23.019	22.450
Personalaufwand	5.455	5.026	4.871
Abschreibungen	6.463	6.490	6.383
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.860	1.738	1.692
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	187	214	241
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	319	289	273
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.939	5.323	5.731
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.633	7.741	7.439
außerordentliche Erträge	2.164	170	0
außerordentliche Aufwendungen	4.182	4.582	3.927
außerordentliches Ergebnis	-2.018	-4.412	-3.927
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	231	159	501
sonstige Steuern	2	2	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.382	3.168	3.009
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	708	0
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	439	316	301
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.943	3.560	2.708

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,30	6,70	6,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,65	1,94	1,85	%
Cash-Flow <sup>1)</sup> :	10.845	9.658	9.392	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	501	493	490	T€
Personalaufwandsquote:	10,89	10,29	10,14	%

<sup>1)</sup> ohne Einbeziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen und der Zuschreibungen

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,45	89,40	90,16	%
Eigenkapitalquote:	52,13	51,35	49,98	%
Fremdkapitalquote:	47,87	48,65	50,02	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Wohneinheiten	9.684	9.825	9.942	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	4,90	5,80	6,20	%
Gewerbeeinheiten	152	156	154	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	5,00	10,30	6,50	%

## e) Lagebericht

### Inhalt

- 1 Grundlagen des Unternehmens
- 2 Wirtschaftsbericht
  - 2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
  - 2.2 Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
  - 2.3 Geschäftsverlauf
  - 2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
- 3 Nachtragsbericht
- 4 Prognosebericht
- 5 Risikobericht
  - 5.1 Risikomanagementsystem
  - 5.2 Risiken
  - 5.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten
- 6 Chancenbericht

### 1 Grundlagen des Unternehmens

Für die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung hat die Stadt Halle (Saale) die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt am 02.05.1990 gegründet. Die Gesellschaft befindet sich seit der Gründung zu 100 % im Besitz der Stadt Halle (Saale). Die GWG hat die Aufgabe, Bauten in allen Rechtsformen zu errichten, zu bewirtschaften oder zu betreiben. Seit der Jahrtausendwende betreibt die GWG aktiv den Stadtumbau in Halle-Neustadt in der Einheit von Abriss und Aufwertung. Aus den bewirtschafteten Mietwohnungen werden 98 Prozent der Umsatzerlöse generiert. Weiterhin gehören auch gewerbliche Einrichtungen, KFZ-Stellplätze und Garagen zum Angebotsportfolio der Gesellschaft. Zur Umsetzung bautechnischer Aufgaben besitzt die GWG zu 100 % die Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH. Die GWG erfüllt seit über 25 Jahren erfolgreich die Aufgabe, in Halle-Neustadt das stadtbildprägende Unternehmen zu sein.

### 2 Wirtschaftsbericht

#### 2.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes

Die deutsche Wirtschaft hat ihr Wachstum auch in 2015 fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurde im Vergleich zum Vorjahr in 2015 um 1,7 Prozent gesteigert. Für das Folgejahr werden von verschiedenen Forschungsinstituten sowie von der Bundesregierung Wachstumsraten von über einem Prozent pro Jahr prognostiziert.

Das **Grundstücks- und Wohnungswesen** stellt einen der **größten Wirtschaftszweige in Deutschland** dar. Ihre Bruttowertschöpfung summiert sich in 2015 auf 304 Milliarden Euro. Das entspricht einem Anteil von **11 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung**.

Die **kommunale Wohnungswirtschaft** investiert **langfristig** und schafft damit **attraktive Wohnbestände**. Sie sieht Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, das in ökonomischer, gesellschaftlicher, sozialer und ökologischer Verantwortung zu pflegen ist. Wohnungen sind ein **langlebiges Wirtschaftsgut**, deshalb denkt, handelt und finanziert die GWG als kommunale Wohnungsgesellschaft langfristig. Sie bietet zusätzlich zum Wohnraum gute Nachbarschaften, **Sozialbetreuung** und **zielgruppengerechte Dienstleistungen** an. Aufgabe der Gesellschaft ist es, Wohnangebote entsprechend der Nachfrage für junge Familien, ältere Menschen, Alleinerziehende und Singles am Wohnungsmarkt in Halle (Saale), vor allem in Halle-Neustadt erfolgreich zu platzieren.

## 2.2. Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

In den vergangenen Jahren wurde der **demografische Wandel** als einer der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte ausgewiesen. Seit Mitte 2015 hat Deutschland eine bisher nicht gekannte Zuwanderung aus mehreren Kriegs- und Krisengebieten der Welt zu bewältigen, die das Land voraussichtlich auch noch für viele Jahre prägen wird. Durch bestehende Verteilungsschlüssel ist das Land Sachsen-Anhalt und damit auch die Stadt Halle (Saale) im Vergleich zu gleich großen Städten anderer Bundesländer im Bereich der Zuwanderung geringer belastet, dennoch ist für die Stadt und ihrer Wohnungsgesellschaft die Bereitstellung menschenwürdiger, freundlicher und sicherer Unterkünfte nur unter großen Anstrengungen möglich gewesen. Im Ergebnis kann verzeichnet werden, dass in Halle (Saale) eine Willkommenskultur gelebt und praktiziert wird, die vorbildhaft ist. Dieser Weg wird in Ableitung der jüngsten Wahlergebnisse nicht von allen Bevölkerungsteilen befürwortet. Hier besteht für die Bundes- und Landespolitik Handlungsbedarf in der Formulierung klarer Konzepte, wie die Integration und die weitere Zuwanderung in den nächsten Monaten und Jahren gesteuert werden und ablaufen soll.

Die Stadt Halle (Saale) kann in 2015 seit mehreren Jahren in Folge verzeichnen, dass es keinen Bevölkerungsrückgang mehr gibt. Im Jahr 2015 konnte für den Stadtteil Halle-Neustadt wie auch im Vorjahr eine wachsende Bevölkerung festgestellt werden. In der gesamten Stadt Halle (Saale) wie auch in Halle-Neustadt sind die Zuwächse der Bevölkerungszahlen auch auf die Zuwanderung zurückzuführen.

Die **Veränderungen** innerhalb des Landes **Sachsen-Anhalt** vollziehen sich weiter **heterogen**. Das Land Sachsen-Anhalt hat in 2015 wiederum weniger Bevölkerung verloren als im Vorjahr, jedoch geht der Aufwärtstrend in den beiden Oberzentren Halle (Saale) und Magdeburg auch weiterhin zu Lasten der Einwohner kleinerer Städte und der Landbevölkerung. Die Stadt profitiert seit einigen Jahren von einer Reurbanisierung, die als Umkehr der Suburbanisierung von 1990 bis 2010 zu interpretieren ist.

*Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle (Saale):*

	Einwohner mit Hauptwohnsitz				
	31.12.2006	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015
Stadt Halle (Saale)	233.874	232.535	232.705	233.552	238.321
davon Halle-Neustadt	48.931	44.515	44.159	44.198	45.025

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen in der Stadt Halle (Saale) als Universitätsstadt wird auch künftig aufwärts gerichtet verlaufen. Das durchschnittliche Alter der Einwohner in der gesamten Stadt Halle (Saale) ist mit 45,0 Jahren (per 31.12.2015) etwas geringer als das Durchschnittsalter der **Halle-Neustädter**, welches bei 47,4 Jahren (per 31.12.2015) liegt.

## 2.3 Geschäftsverlauf

### 2.3.1 Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2015 wiederum sehr erfolgreich und erzielte einen Jahresüberschuss von 4.382 T€. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2015 eingestellten Zielwert von 3.559 T€ für das Jahresergebnis ergibt sich somit eine positive Abweichung von 823 T€.

Dieses Ergebnis ist insbesondere auf die in der Vergangenheit durchgeführten Maßnahmen zur Anpassung des Wohnungsbestandes und auf eine kundenorientierte Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes zurückzuführen.

### 2.3.2 Unternehmensentwicklung

Die GWG bewirtschaftet als städtischer Vermieter im Stadtteil Halle-Neustadt rund ein Drittel des im Stadtteil vorhandenen Wohnungsbestandes und ist damit das bestimmende Wohnungsunternehmen im Stadtteil. Zum Jahreswechsel 2015/2016 waren im Halle-Neustädter Wohnungsbestand der GWG ca. 15.000 Einwohner gemeldet, **damit wohnt jeder dritte Einwohner Halle-Neustadts bei der GWG.**

Die bisherige Bevölkerungsabnahme und gleichzeitige Zunahme der älteren Einwohner hat die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt in der Vergangenheit stark verändert. Die Gesellschaft geht davon aus, dass auch weiterhin **quantitative und qualitative Anpassungen des Wohnungsangebotes** erforderlich sind, um zukünftig erfolgreich am Wohnungsmarkt agieren zu können.

Die Bevölkerungsgruppe der Über-60-jährigen sorgt in hohem Maße für eine stabile Ertragsssäule der Wohnungsunternehmen, auch der GWG. Die Gesellschaft setzt deshalb maßgeblich in ihrer Investitionspolitik auf die hohe regionale Identität ihrer Mieter, die aufgrund der immer höheren Lebenserwartung Unterstützung im täglichen Leben bei der Überwindung von Barrieren dankend annehmen. Die Zielgruppe der Familien und Studenten ist in gleichem Maße für die GWG bedeutsam, um den Altersdurchschnitt der Mieter in ihrem Wohnungsbestand weiter zu stabilisieren.

### 2.3.3 Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2015 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2015		31.12.2014	
	Anzahl	Fläche (m <sup>2</sup> )	Anzahl	Fläche (m <sup>2</sup> )
Wohneinheiten	9.684	545.214	9.825	553.209
Gewerbeeinheiten	152	13.692	156	13.963
	<b>9.836</b>	<b>558.906</b>	<b>9.981</b>	<b>567.172</b>

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag 10 Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit insgesamt 267 Wohnungen auf einer Fläche von 16.596 m<sup>2</sup>.

Durch die kontinuierliche Verbesserung des Wohnbestandes ist es der Gesellschaft gelungen, den Anteil nicht vermieteter Wohnungen und Gewerberäume von 5,9 Prozent per 31.12.2014 auf **4,9 Prozent per 31.12.2015** zu reduzieren. Im marktaktiven Kernbestand konnte der Leerstand im Vergleich zum Vorjahr auf 4,3 Prozent per 31.12.2015 (4,7 Prozent per 31.12.2014) vermindert werden. Komplett leer gezogene, nicht mehr bewirtschaftete Gebäude/Wohnungen wurden dabei nicht betrachtet. Mieterträge aus Stellplätzen, Garagen und sonstige Einheiten sind mit denen aus Wohnungen und Gewerbeeinheiten nur bedingt vergleichbar, deshalb beziehen sich die vorgenannten Angaben nur noch auf Wohnungen und Gewerberäume. Würden diese einbezogen werden, stünde die Gesamtleerstandsquote zum Berichtszeitpunkt bei 9,9 Prozent. Die durch den Leerstand im Jahr 2015 verursachte **Erlösschmälerung an der Sollmiete** betrug **5,1 Prozent** (4,8 Prozent im Jahr 2014).

Die Gesellschaft investierte auch in 2015 umfangreich in den Wohnungsbestand. Von insgesamt 16,2 Mio. Euro, die für Bauprojekte, zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung und Modernisierung des GWG-Bestandes sowie zur Verbesserung des Brandschutzes geplant waren, wurden in 2015 bereits 13,5 Mio. umgesetzt. Der verbleibende Anteil wird in 2016 realisiert.

Wie bereits in den Vorjahren legte die Gesellschaft auch in 2015 besonderen Wert auf den Ausbau bedarfsgerechten Wohnraums, Ein- und Anbau von Aufzügen, den langfristigen Erhalt der Bausubstanz, die Senkung der Energiekosten sowie auf die Funktionssicherheit der technischen Anlagen.

Im Jahr 2015 schloss die GWG mit den Betreibern des Steintor Varietétheaters Verträge zum Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses in der Innenstadt von Halle (Saale) ab. Die GWG begann in 2015 als projektsteuernde Gesellschaft zusammen mit der Steintor Varietétheater GmbH & Co. KG mit der Errichtung des Gebäudes, welches in 2016 fertiggestellt sein wird. Parallel wurden durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Stadtwerke Halle GmbH und die Stadt Halle (Saale) die Umgestaltung des öffentlichen Umfelds der Immobilie betrieben und ebenfalls in 2016 fertiggestellt. Die GWG kann damit weitere 45 Wohnungen am halleschen Steintor anbieten und weitet ihr Angebotsportfolio weiter aus.

Zum Ende des Geschäftsjahres konnte mit dem Ankauf der vermieteten Immobilie Hubertusplatz 6-8 das Wohngebiet am Hubertusplatz arrondiert werden. Die Gesellschaft vermietet damit ab dem 01.01.2016 an diesem Standort insgesamt 32 Wohnungen in bester Lage.

Mit dem Ankauf einer weiteren, leerstehenden Immobilie in Halle-Neustadt hat die Gesellschaft die Grundlage geschaffen, um demenzerkrankten Menschen sowie deren Angehörigen voraussichtlich ab 2017 Betreuung und Wohnung am gleichen Ort in Kombination anbieten zu können. Für dieses Serviceangebot gibt es in Halle (Saale) schon länger eine hohe Nachfrage, die Gesellschaft geht von weiteren Nachfrageüberhängen aus.

Mit der Eröffnung einer Anlaufstelle für ältere Menschen an zentraler Stelle in Halle-Neustadt konnte die GWG ihre Wahrnehmung als kompetenter Dienstleister zur Lösung alltäglicher Probleme für ältere Menschen stärken. Die Anlaufstelle ergänzt seit Mai 2015 die bereits bestehenden Quartierstreffpunkte für Senioren im Stadtgebiet. Die **GWG-Seniorenbetreuung** leistet hierbei wertvolle ergänzende Arbeit.

Um den Vermietungserfolg dauerhaft zu verbessern, wurden wieder zahlreiche bauliche Maßnahmen zur langfristigen Aufwertung des Bestandes umgesetzt. In strategischer Abstimmung mit der Energieversorgung Halle GmbH wurde in weiteren zwei Wohngebäuden die Kochgasversorgung entfernt und die Leistungsfähigkeit der elektrischen Anschlüsse erhöht. Beide städtische Unternehmen profitieren langfristig von dieser Strategie.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2015 getätigten Ausschreibungen konnten knapp 84 Prozent der beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen an Firmen innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt vergeben werden.

Im Wesentlichen wurden folgende größere Baumaßnahmen im Jahr 2015 realisiert:

- Komplexer Umbau und Teilabbruch im Walter-Gropius-Weg 1-9,
- Aufzugsanbau und energetische Sanierung im Haldenslebener Weg 1-10,
- Energetische Sanierung in der Unstrutstraße 13,
- Einbau von ebenerdigen Aufzügen in der Paul-Thiersch-Straße 3, 6 und 14,
- Beginn des Neubaus Am Steintor 9 (Fertigstellung in 2016),
- Sanierung von Leerwohnungen im Rahmen der Neuvermietung.

Nachdem die GWG in den 1990er Jahren ihre Wohngebäude vor allem äußerlich sanierte, modernisiert sie seit Anfang der 2000er Jahre ihre Wohnungen auch im Innenbereich. Die sanierten Wohnungen erhielten größtenteils einen veränderten Grundriss, neue Elektrik, Bodenbeläge und Wandbeläge. Im Geschäftsjahr 2015 wurden insgesamt ca. 2,4 Millionen Euro in die direkte Sanierung bzw. den Umbau von Wohnungen investiert.

Zur Sicherstellung bezahlbaren Wohnraums für Auszubildende an den Berufsschulen in Halle (Saale) startete die Gesellschaft in 2015 ein Pilotprojekt zur Bereitstellung von Wohnraum auf Zeit für volljährige Auszubildende. In vier vollständig möblierten Wohnungen mit je vier Schlafplätzen in einer Wohngemeinschaft bietet die GWG den Auszubildenden in direkter Nähe der Berufsschule eine Unterkunft an, die Sie für die meist zweiwöchige Aufenthaltsdauer für den Blockunterricht an der Berufsschule in Anspruch nehmen können. Die Flexibilität wird von den Auszubildenden sehr geschätzt, das Unterkunftsangebot wurde von Beginn an sehr gut angenommen.

Die Gesellschaft veräußerte in 2015 drei Wohngebäude.

#### 2.3.4 Mietenentwicklung

Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und **sozial verantwortbare Wohnungsversorgung** breiter Schichten der Bevölkerung, auch einkommensschwacher Bürger. Zur **Sicherung der wirtschaftlichen Existenz** ist dennoch im Rahmen einer moderaten Mietpreisgestaltung nicht zuletzt die Notwendigkeit zur Kostendeckung zu berücksichtigen.

Um Mieterhöhungen auch realisieren zu können, wurden interne Mietobergrenzen definiert und darüber hinaus gehende Erhöhungsmöglichkeiten zu Lasten des Unternehmens gekappt. Diese Kappung der Mieten zu Lasten des Unternehmens ist zwar ergebniswirksam, erfüllt jedoch gleichzeitig die Anforderung, sozial ausgewogene und verträgliche Mieten im Wohnungsbestand und im Stadtgebiet zu gewährleisten. Die Bildung eines für andere Stadtgebiete in Halle (Saale) geforderten Sozialfonds zur Wahrung bezahlbarer Mieten ist für den Bestand der GWG in Halle-Neustadt aufgrund der bereits seit Jahren praktizierten Mietpolitik der Gesellschaft nicht erforderlich. Die **engen finanziellen Grenzen** der Stadt Halle (Saale) für die **Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU)** nach SGB II verstärken die Segregation. Die Gesellschaft setzt auf eine möglichst breite Mischung unterschiedlich hoher Wohnstandards, um Halle-Neustadt für verschiedene Einkommen attraktiv zu halten.

Die Gesellschaft verzeichnet seit mehreren Jahren, dass sich Bestandsmieter aber auch potenzielle Neukunden hilfeschend an die GWG wenden, weil sie steigende Lebenshaltungskosten mit ihrem geringen Einkommen nicht übereinbringen können. Oftmals kann Hilfe über die GWG-Sozialbetreuung angeboten werden, die zum Ziel hat, die finanziellen Verhältnisse der Betroffenen aus eigener Kraft zu stabilisieren. Die damit erzielbare Win-Win-Situation für Mieter und Vermieter bestätigt die arbeitsintensive Sozialbetreuung. Durch eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Maßnahmen arbeitet die Gesellschaft an der Senkung offener Forderungen aus der Vermietung, präventive Arbeiten dienen zusätzlich der Vermeidung von Mietrückständen und dem Erhalt der Kundenbeziehung.

Das **intensive Forderungsmanagement** der Gesellschaft ermöglichte per 31.12.2015 eine **Mietenrückstandsquote** von **0,80 Prozent** (0,70 Prozent per 31.12.2014). Die Gesellschaft hatte zum Stichtag offene Mietforderungen in Höhe von 384,0 T€ (345,4 T€ per 31.12.2014) zu verzeichnen.

### 2.3.5 Personalentwicklung und Familienfreundlichkeit

In der Gesellschaft arbeiteten in 2015 durchschnittlich 95 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, acht Auszubildende sowie fünf geringfügig Beschäftigte. Knapp 60 Prozent des gesamten Personals sind weiblich. 44 Prozent der Stellen mit Personalverantwortung sind mit Frauen besetzt.

Seit 2006 trägt die Gesellschaft das Zertifikat „berufundfamilie®“ und praktiziert moderne Personalentwicklungsmethoden, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und fördern. Flexible Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeitkonten sowie individuelle Fördermaßnahmen für die Beschäftigten sind Eckpfeiler einer familienbewussten Personalpolitik. Die Gesellschaft genießt für ihr Engagement gegenüber ihren Kunden und Mitarbeitern große Anerkennung. Damit nimmt die GWG eine Vorbildrolle ein, die u. a. auch zu der Mitwirkung in der Unternehmerinitiative „Familienfreundliches Halle“ geführt hat. Durch dieses Engagement stärkt die GWG die Stadt Halle (Saale) und die Region als familienfreundlichen Standort für die Beschäftigten.

### 2.3.6 Stadtentwicklung in Halle (Saale)

Das Netzwerk Stadtentwicklung Halle (Saale) wurde auch in 2015 wieder intensiv von der GWG mitgestaltet. Der Gesellschaft oblag weiterhin die Leitung der „Arbeitsgruppe Halle-Neustadt“, die auf eine unternehmensübergreifende Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung orientiert und mehrfach im Jahr berät. Die wohnungswirtschaftlichen Unternehmen der Stadt fokussierten sich zunehmend auf die Verbesserung und Aufwertung des eigenen Wohnungsbestandes, Abriss und Rückbau sind zunehmend geringer werdende Themen. Das zu erneuernde Integrierte Stadtentwicklungskonzept sowie die in Planung befindliche Verbesserung der Hochwasserschutzanlagen von Halle-Neustadt waren ebenfalls wichtige Themen in der Netzwerkarbeit.

### 2.3.7 Risikomanagement im Konzern

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100 %igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die Tochtergesellschaft BHT hat sich weiter stabilisiert und beendete das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresergebnis in Höhe von 187 T€ (geplant: 80 T€, Vorjahr: 214 T€).

### 2.3.8 Stadttrendite

Die GWG beurteilt im Rahmen des Unternehmenserfolgs bereits seit 2005 ihre Leistungen zur Stadttrendite. Als kommunales Wohnungsunternehmen übernimmt die Gesellschaft Verantwortung für die Stadt, weit über die formale Erfüllung des Wohnraumversorgungsauftrags hinaus. Die Stadttrendite beinhaltet Leistungen, die langfristig Vorteile für das Unternehmensergebnis bewirken, aber auch zu einem wesentlichen Anteil positive Effekte für die Stadt Halle (Saale) bringen. Die Stadttrendite in ihrer Ergebnisbewertung ergänzt die rein finanzwirtschaftliche Renditebetrachtung.

Die Maßnahmenkomplexe Stadtentwicklung, Finanzen, Soziales, kommunale Leistungen sowie interne Leistungen für eigene Mitarbeiter sind Bestandteil der Ermittlung und werden hinsichtlich ihrer inhaltlichen Bestimmung geprüft, bewertet und jährlich aktualisiert.

## 2.4 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

### 2.4.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss von 4.382 T€ ab, der überwiegend aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung fällt gegenüber dem Vorjahr geringer aus und weist einen Überschuss in Höhe von 9.934 T€ (Vorjahr: 13.121 T€) aus. Die Verminderung resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Aufwendungen für die Instandhaltung und Instandsetzung (1.726 T€).

Das negative Finanzergebnis von 4.432 T€ (Vorjahr: 4.820 T€) resultiert überwiegend aus Zinsaufwendungen für die Darlehen der Gesellschaft, denen nur verhältnismäßig geringe Zinserträge gegenüberstehen. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Rückgang der Zinsaufwendungen in Höhe von 384 T€ zurückzuführen, welche im Wesentlichen durch Umschuldungen und Prolongationen von Darlehen begründet sind. Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 38,7 Prozent (Vorjahr: 38,5 Prozent).

Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen von Wohn- und Gewerbebauten und eingeschränkt verwertbaren Grundstücken sowie Zuschreibungen auf ein Wohngebäude führten zu einem negativen außerordentlichen Ergebnis von 2.018 T€ (Vorjahr: 4.412 T€).

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2015 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalrentabilität gegeben. Für das Geschäftsjahr 2015 beläuft sich diese auf 2,9 Prozent (Vorjahr: 2,6 Prozent).

### 2.4.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft stellte sich auch im Geschäftsjahr 2015 positiv dar. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Hauptgeschäftes zurückzuführen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 14.479 T€ (Vorjahr: 15.123 T€) reichte aus, um den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit von 6.899 T€ zu decken. Planmäßige Zins- und Tilgungszahlungen für die aufgenommenen Darlehen von 12.699 T€ sowie Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin von 2.000 T€ führten trotz Neuvaluierungen in Höhe von 6.366 T€ sowie erhaltenen Zuschüssen bzw. Fördermitteln in Höhe von 561 T€ zu einem Mittelabfluss im Bereich der Finanzierungstätigkeit von 7.772 T€ (Vorjahr: 11.751 T€). Insgesamt wurde eine ausgewogene Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitionsmaßnahmen und der Ausschüttung an die Gesellschafterin erzielt, weshalb sich der Bestand des Finanzmittelfonds nur geringfügig um 192 T€ am Ende der Periode verminderte.

### 2.4.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um 274 T€ verringert.

Auf der Aktivseite erhöhte sich der Bestand an immateriellem Vermögen um 189 T€. Den Abschreibungen auf Sachanlagen standen Zugänge im Sachanlagevermögen aufgrund der Investitionstätigkeit in etwa gleicher Höhe gegenüber, sodass ein Rückgang des Sachanlagevermögens von nur 88 T€ zu verzeichnen ist. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände nahmen um 625 T€ ab. Auf der Passivseite erhöhte sich der Bestand an Eigenmitteln durch die Zuführung zur Gewinnrücklage aus dem verbleibenden Bilanzgewinn des Jahres 2014.

Die lang- und mittelfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten verminderten sich um 1.389 T€, hauptsächlich bedingt durch die planmäßige Tilgung und Neuaufnahme von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die kurzfristigen Fremdmittel reduzierten sich um 1.018 T€. Im Wesentlichen standen der Inanspruchnahme der Rückstellungen für Bauinstandhaltung (1.805 €) Erhöhungen der kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (1.063 T€) gegenüber.

Einem durchschnittlichen Buchwert der Wohn- und Geschäftsbauten von 489,27 € je qm stand zum Bilanzstichtag eine durchschnittliche Verschuldung von 221,57 € je qm gegenüber.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristige verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulagen / Gesamtkapital) wird mit 54,6 Prozent ausgewiesen.



Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

## 2.4.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2015:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m <sup>2</sup> monatlich	4,95	4,93
Erlösschmälerung der Sollmiete	Prozent	5,1	5,5
Verschuldungsgrad	Prozent	39,2	40,2
Eigenkapitalquote	Prozent	54,6	53,9
Gesamtkapitalrentabilität	Prozent	2,9	2,5

## 3 Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag fanden keine Ereignisse statt, die die Lage der Gesellschaft im Berichtsjahr 2015 nachträglich beeinflussen.

## 4 Prognosebericht

Die Gesellschaft geht auch für die folgenden Geschäftsjahre von einer weiterhin stabilen Unternehmensentwicklung aus. Die von der Gesellschafterin erwartete Ausschüttung an den städtischen Haushalt wurde für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 2,0 Mio. € geplant. Bei einer veränderten Ausschüttungshöhe sind die im Folgenden bezifferten Prognosewerte unter Vorbehalt zu sehen.

Die Reurbanisierung wird neben der weiteren Zuwanderung für die Stadt Halle (Saale) voraussichtlich auch in 2016 eine Erhöhung der Bevölkerungszahlen zur Folge haben. Inwieweit der Stadtteil Halle-Neustadt ebenfalls Zuwächse verzeichnen wird, ist durch die GWG nicht zuverlässig prognostizierbar.

Für die Umsatzerlöse aus Sollmieten wird in 2016 ein Wert von 34,1 Mio. € erwartet, was einer voraussichtlichen Durchschnittsmiete von 4,93 € je m<sup>2</sup> im Monat entspricht. Die Gesellschaft geht weiterhin von einer Erlösschmälerung der Sollmieten in Höhe von 5,3 % in 2016 aus. Der Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund wird sich voraussichtlich langfristig erhöhen.

Die Gesellschaft wird in 2016 neue Kreditverbindlichkeiten in Höhe von voraussichtlich 13,2 Mio. € aufnehmen und damit den Verschuldungsgrad auf 40,8 % anheben. Diese Kennziffer steht in Zusammenhang mit der geplanten Entwicklung des Eigenkapitals. Unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Bilanzgewinne durch die Gesellschafterin plankonform erfolgt, geht die Gesellschaft von einer Eigenkapitalquote von 53,5 % zum Ende des Geschäftsjahres 2016 aus. Rückstellungen, andere Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzungsposten bilden zusammen die verbleibenden 5,7 %.

Aus den geplanten Investitionen sowie deren Aktivierungsfähigkeit wird die Bewertung des Sachanlagevermögens von Wohn- und Geschäftsbauten in 2016 auf das 9,4fache der Jahresnettokaltmiete geplant. Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten geht die Gesellschaft davon aus, dass sich zum 31.12.2016 ein Wert vom 4,3fachen der Jahresnettokaltmiete einstellt.

Zum Ende des Jahres 2014 unterzeichnete die Gesellschaft einen Vertrag zur Umstellung der unternehmensweit eingesetzten Softwarelösung GES auf das Nachfolgeprodukt Wodis Sigma des Systemanbieters Aareon Deutschland GmbH. Der Systemwechsel wird am 26.09.2016 stattfinden.

## 5 Risikobericht

### 5.1 Risikomanagementsystem

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des Konzerntransparenzgesetzes (KonTraG) wird ein dafür entwickeltes Frühwarnsystem betrieben, welches über die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

### 5.2 Risiken

Die beendete Altschuldenhilferegulation stellt die Gesellschaft bei ihren Aufgaben für die nächsten Jahre vor die finanzielle Herausforderung, die noch bestehenden Altschulden zu bedienen. Im Fall von Teil- und Gesamtückbauten in den Folgejahren werden die darauf lastenden Altschulden durch Eigenmittel der Gesellschaft bzw. aus dem Ertrag der verbleibenden Bestandsgebäude zu bedienen sein.

Im Stadtteil Halle-Neustadt wird bis 2030 ein Rückgang der Bevölkerung von 10 bis 12 Prozent prognostiziert. Durch die in 2015 zugenommene Immigration ist die Zuverlässigkeit dieser langfristigen Prognose nicht gesichert. Für die Gesellschaft kann dies bedeuten, dass ca. 1.000 Wohnungen durch Abriss und Rückbau bis 2030 vom Markt genommen werden müssen. Zur Vorbereitung dieses Umstrukturierungsprozesses hat die Gesellschaft ein Portfoliosystem installiert, welches die Zukunftsfähigkeit des Bestandes objektkonkret untersucht und daraus Perspektiven aufzeigt.

Die Gesellschaft geht weiterhin nicht davon aus, dass das bis zum Jahr 2016 befristete Förderprogramm „Stadtumbau-Ost“ in seiner aktuellen Form verlängert wird. Daraus entsteht zusätzlich das Risiko, dass der Abriss leerstehender Gebäude wegen fehlender Fördermittel in voller Höhe gewinnmindernd sein wird.

Aus dem steigenden Anteil an Mietern, die über ein sehr geringes Haushalts- oder Transfereinkommen verfügen, geht die Gesellschaft davon aus, dass sich die Mietrückstandsquote und der Arbeitsumfang der Sozialbetreuer auch in 2016 weiter erhöhen werden.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat seit dem Jahr 2008 zur eigenen Haushaltskonsolidierung insgesamt € 47,6 Mio. Liquidität aus der Gesellschaft entnommen. Weitere Entnahmen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

### 5.3 Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

## 6 Chancenbericht

Durch zahlreiche Investitionen in der Stadt durch die öffentliche Hand und durch die private Wirtschaft ergeben sich Chancen, dass die Arbeitsplatzzahlen in 2016 leicht steigen. Es bleibt zu hoffen, dass sich daraus neue Ertragspotenziale auch für die GWG erzielen lassen.

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Der Bedarf an Investitionen wird auch zukünftig auf hohem Niveau bleiben müssen. Wesentliche Grundlage aller Aktivitäten ist immer die Wirtschaftlichkeit.

Das kommunale und soziale Engagement der Gesellschaft in der Quartiersentwicklung und in der Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement ist ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der Wohnquartiere. Für die Gesellschaft besteht hier auch in Zukunft eine ihrer Hauptaufgaben, in deren Ergebnis für die Stadt Halle (Saale) eine Sozialrendite im engeren und Stadtrendite im weiteren Sinn erwirtschaftet wird.

Auch in den Folgejahren wird die Energieeffizienz des Gebäudebestandes weiter verbessert. Mit einer nachhaltigen Modernisierung dafür geeigneter Objekte leistet die Gesellschaft einen Beitrag zur weiteren Aufwertung ihres Bestandes und zum Klimaschutz.

Neue Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Erwerb von Grundstücken, dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien, auch außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das Immobilienportfolio weiter zu diversifizieren. Die Gesellschaft wird diese Strategie auch in den kommenden Jahren konsequent weiterverfolgen. Das Kerngeschäft bleibt jedoch weiterhin die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt.

Zu einer der besonderen Aufgaben der Gesellschaft zählt der Umgang mit älter und in Teilen ärmer werdenden Mietern. Diese wachsende Kundengruppe benötigt eine qualifizierte Betreuung und Begleitung im Alltag. Durch die auch in Zukunft fortzuführende Seniorenbetreuung und den Einsatz von Nachbarschaftshelfern stellt sich die GWG dieser Herausforderung mit dem Ziel, ihre Mieter möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnumfeld zu halten und damit ihre Kundschaft langfristig an sich zu binden.

## Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Hansering 19 06108 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH		
<b>Stammkapital in T€:</b>	102.259		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>		Dr. Wahlen, Heinrich
<b>Aufsichtsrat:</b>	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter
		David, Dirk
		Feigl, Christian
		Fritz, Melanie
		Haupt, Ute
		Krause, Johannes
		Nagel, Elisabeth
		Rothe, Uwe
		Sänger, Frank

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

**Aufsichtsrat:**

Sommer, Manfred  
Sprung, Michael

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	24	25	23

## c) Beteiligungen

### unmittelbar

	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	50	50,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	541.213	91	516.324	91	507.758	91	24.889	5
Umlaufvermögen	35.621	6	38.758	7	39.793	7	-3.137	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	14.840	3	13.753	2	12.383	2	1.087	8

### Bilanzsumme

<b>591.674</b>	<b>100</b>	<b>568.835</b>	<b>100</b>	<b>559.934</b>	<b>100</b>	<b>22.839</b>	<b>4</b>
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

### Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	258.773	44	252.072	44	247.623	44	6.701	3
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	11.753	2	12.016	2	12.288	2	-263	-2
Rückstellungen	3.209	0	4.266	1	3.912	1	-1.057	-25
Verbindlichkeiten	317.606	54	300.168	53	295.759	53	17.438	6
Rechnungsabgrenzungsposten	333	0	313	0	352	0	20	6

### Bilanzsumme

<b>591.674</b>	<b>100</b>	<b>568.835</b>	<b>100</b>	<b>559.934</b>	<b>100</b>	<b>22.839</b>	<b>4</b>
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	82.393	82.707	80.543
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	806	-1.224	758
andere aktivierte Eigenleistungen	1.409	1.434	2.134
sonstige betriebliche Erträge	7.038	5.313	3.169
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	36.810	35.700	36.472
Personalaufwand	12.684	12.480	12.206
Abschreibungen	10.127	9.894	9.257
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.270	8.825	8.129
Erträge aus Beteiligungen	106	104	107
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	323	222	135
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.385	10.059	10.714
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.799	11.598	10.068
außerordentliche Erträge	887	2.307	3.435
außerordentliche Aufwendungen	1.405	4.029	4.347
außerordentliches Ergebnis	-518	-1.722	-912
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	573	423	251
sonstige Steuern	7	5	5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11.701	9.448	8.900
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	14.446	10.943	14.933
Ausschüttung	5.000	5.000	12.000
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	1.170	945	890
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	19.977	14.446	10.943

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	14,20	11,42	11,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,90	3,98	3,76	%
Cash-Flow:	21.828	19.342	18.157	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	395	384	372	T€
Personalaufwandsquote:	13,84	14,15	14,09	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,72	90,41	90,38	%
Eigenkapitalquote:	43,74	44,31	44,22	%
Fremdkapitalquote:	56,26	55,69	55,78	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Wohneinheiten	15.618	15.824	16.006	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	8,0	9,2	9,4	%
Wohneinheiten Leasingbestand	2.240	2.240	2.240	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten Leasingbestand	2,2	2,1	2,5	%
Gewerbeeinheiten	269	292	288	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	13,8	17,8	16,7	%
Gewerbeeinheiten Leasingbestand	20	20	20	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten Leasingbestand	0,0	0,0	0,0	%

## e) Lagebericht

### Zusammengefasster Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2015

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns
  - 1.1 Geschäftsmodell
  - 1.2 Unternehmensstrategien und -ziele
  - 1.3 Konsolidierungskreis
2. Wirtschaftsbericht
  - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
  - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH
- 2.3 Geschäftsverlauf
  - 2.3.1 Hausbewirtschaftung
  - 2.3.2 Stadtumbau und Stadtentwicklung
  - 2.3.3 Personal, Organisation
- 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns
  - 2.4.1 Vermögenslage
  - 2.4.2 Finanzlage
  - 2.4.3 Ertragslage
3. Nachhaltigkeitsbericht
4. Chancen- und Risikobericht
5. Prognosebericht
6. Nachtragsbericht
7. Sonstiges

## 1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

### 1.1 Geschäftsmodell

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt in Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Darin ist der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft festgehalten. Er besteht vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund kann die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, betreuen, bewirtschaften und verwalten. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Darüber hinaus kann die Gesellschaft andere Unternehmen erwerben oder sich an solchen beteiligen.

Die alleinige Gesellschafterin der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH ist die Stadt Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale).

Das Handeln der Gesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag vom 25. Juni 1992 (letzte Änderung mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 19. September 2007) sowie in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat geregelt. Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) verpflichtet.

### 1.2 Unternehmensstrategien und -ziele

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft orientiert sich nicht ausschließlich an Renditeerwartungen. Ein solides wirtschaftliches Fundament bildet jedoch die Voraussetzung für soziales, ökologisches und städtebauliches Engagement. Neben der Übernahme von Aufgaben des Städtebaus und der städtischen Infrastruktur ist die Gesellschaft auf die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite für den Gesellschafter ausgerichtet.



Vor diesem Hintergrund sieht die Gesellschaft Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, welches unter Berücksichtigung von ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten entwickelt und bewirtschaftet werden muss. Zur Berücksichtigung von wirtschaftlichen und sozialen Komponenten bedarf es eines ausgewogenen Portfolios, welches Immobilien mit unterschiedlichen Lage- und Ausstattungsqualitäten für eine differenzierte Zielgruppe beinhaltet.

Zu den wichtigsten Zielen der Unternehmens- und Portfolioentwicklung gehören deshalb die qualitative Weiterentwicklung des Wohnungsbestandes sowie die Gewährleistung bezahlbaren Wohnens, um den Versorgungsauftrag angemessen und nachhaltig erfüllen zu können.

Am effektivsten gelingt dies in zusammenhängenden Quartieren. Wie die Ergebnisse des Unternehmensnetzwerkes „Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Einsparung im Gebäudebestand auf Quartiersebene“ gezeigt haben, gilt dies ebenso für ökologische Ziele. Quartiere sind deshalb die Handlungsebene der Gesellschaft.

Die Nachfrage nach Wohnraum orientiert sich zunehmend an der Qualität solcher Wohnquartiere. Die Bedürfnisse der Mieter gehen über die eigentliche Wohnungsanmietung hinaus. Ein gepflegtes Wohnumfeld mit guten Nachbarschaften, eine hohe Servicequalität sowie Angebote zu weiteren Dienstleistungen gehören dazu. Das Sozial- und Quartiersmanagement ist deshalb ein wesentlicher Bestandteil der Bestandsbewirtschaftung der Gesellschaft.

Die Umsetzung eines qualifizierten Personalentwicklungskonzeptes sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind weitere Unternehmensziele.

### 1.3 Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss sind das Mutterunternehmen und die Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG) und die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	Gesellschafter	Anteile	Stammeinlage
HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	Stadt Halle (Saale)	100%	EUR 102.259.000
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	99,9%	EUR 9.990
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	50%	EUR 50.000

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Bestände werden durch Mitarbeiter der Muttergesellschaft bewirtschaftet, der auch das Ergebnis zufließt.

Unternehmensgegenstand der HGWS ist die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

Die HGWS hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Sie verfügt bis auf zwei Geschäftsführer über keine eigenen Mitarbeiter. Die Geschäftsführer sind nicht bei der HGWS angestellt. Im Geschäftsjahr hat die HWG mbH die kaufmännische Geschäftsbesorgung für die HGWS übernommen.

## **2. Wirtschaftsbericht**

### **2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung**

Die Stadt Halle (Saale), ein Oberzentrum des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, ist ein wachsender Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Insbesondere die Bedeutung der Stadt als Wissenschafts-, Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort hat in der Vergangenheit deutlich zugenommen.

Neben den bereits am Standort historisch gewachsenen Franckeschen Stiftungen und der über 500 Jahre alten Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg haben eine Vielzahl renommierter Forschungseinrichtungen sowie namhafter Institute ihren Sitz oder eine Niederlassung in der Saalestadt. Das Zentrum für Angewandte Medizinische und Humanbiologische Forschung (ZAMED), das Max-Planck-Institut, das Leibniz-Institut, die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft sowie das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind hier zu nennen.

Der Sitz der Nationalen Akademie der Wissenschaften "Leopoldina" in der Stadt Halle (Saale) ist ebenfalls ein Beleg für die Bedeutung als Wissenschaftsstandort.

Die positive Standortentwicklung spiegelt sich in der Bevölkerungsentwicklung der Stadt Halle (Saale) wider. Seit dem Jahr 2010 steigt die Zahl der Einwohner kontinuierlich.

Im Jahr 2015 ist erstmals ein deutlicher Zuwachs bei der Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen. Die Bevölkerung der Stadt nahm um fast 5.000 Einwohner bzw. ca. zwei Prozent zu. Dies ist ein deutlich höherer Anstieg als in dem Zeitraum von 2010 bis 2014 insgesamt.

Der Bevölkerungszuwachs wird getragen von einem positiven Wanderungssaldo, teilweise aus dem Ausland. Die natürliche Bevölkerungsbewegung weist weiterhin ein Geburtendefizit aus. Die Zuwanderung hat in Deutschland im Jahr 2015 aufgrund der Flüchtlingsbewegung insgesamt deutlich zugenommen. Hiervon war aufgrund der deutschlandweiten Verteilung auch die Entwicklung im vergangenen Jahr in der Stadt Halle (Saale) im Wesentlichen geprägt.

Mit dieser Zuwanderung ist in der Stadt Halle (Saale) das Durchschnittsalter der Bevölkerung seit geraumer Zeit erstmalig wieder gesunken. Dies stellt jedoch keine Trendwende bezüglich der zunehmenden Alterung der Bevölkerung dar. Gemäß dem Statistischen Bundesamt wird sich die langfristige Bevölkerungsentwicklung hierauf nur eingeschränkt auswirken. Tempo und Ausmaß der Alterung können durch die Zuwanderung jedoch gemindert werden.

Zwar standen in der Stadt Halle (Saale) Ende 2015 immer noch ca. zehn Prozent der Wohnungen leer. Die Wohnungsmarktlage hat sich jedoch weiter verbessert. Die Mieten sind in den letzten Jahren gestiegen. Im vergangenen Jahr betrug der Anstieg in Sachsen-Anhalt durchschnittlich 1,2 %. Dies entspricht dem bundesweiten Durchschnitt und liegt deutlich über der Entwicklung des Verbraucherpreisindex.

### **2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH**

Die HWG mbH hat sich im Hinblick auf ihre Vermögens- und Ertragslage weiter positiv entwickelt. Dies zeigen die seit dreizehn Jahren in Folge positiven Jahresergebnisse sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme.

Von 2008 bis 2011 führte die HWG mbH ihre Gewinne im Wesentlichen als Vollausschüttung an ihren alleinigen Gesellschafter, die Stadt Halle (Saale), ab. Im Zeitraum von 2012 bis 2015 lag die Gewinnausschüttung mit jährlich 5 bis 6 Mio. EUR noch bei ca. 65 % der Jahresergebnisse. In der mittelfristigen Planung der Gesellschaft ist weiterhin eine Gewinnabführung von 5 Mio. EUR jährlich vorgesehen.

In den innenstadtnahen, von positiver Bevölkerungsentwicklung geprägten Stadtteilen, hat die Gesellschaft bereits in den vergangenen, aber auch für die nächsten Jahre ihren Investitionsschwerpunkt gesetzt. Die Entwicklungen im vergangenen Geschäftsjahr bestätigen erneut diese Entscheidung. Die Stadtteile im Stadtbezirk Mitte verzeichneten mit einem Zuwachs von ca. 3.000 Einwohnern deutlich mehr als die Hälfte des Gesamtzuwachses der Stadt.

Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von diesen Wanderungspräferenzen. Die Lagevorteile ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition.

Die Gesellschaft investiert auch in Stadtumbauquartieren. Dieser Teilmarkt hat sich durch diese Investitionen in Verbindung mit Rückbau und Quartiersarbeit konsolidiert. Er bleibt bedeutsam für die Erfüllung des Gesellschaftsauftrages, die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung.

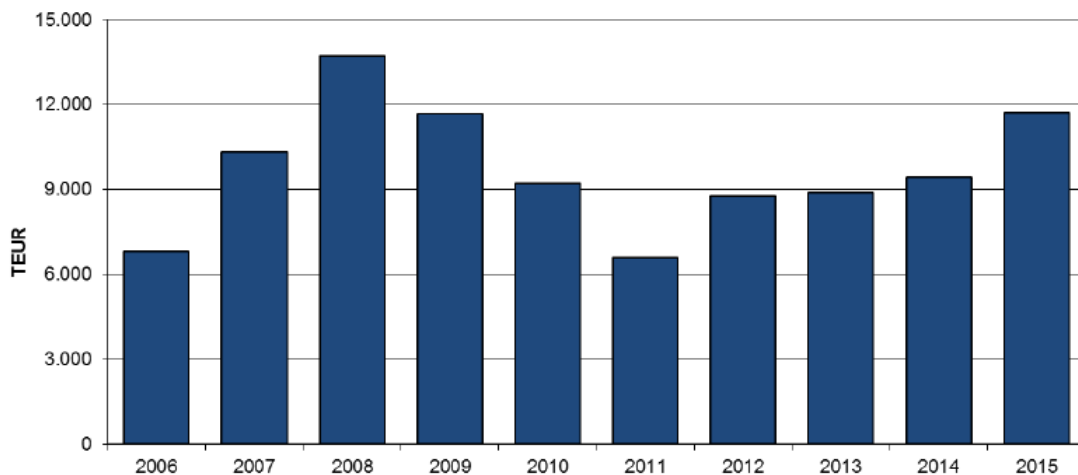
## 2.3 Geschäftsverlauf

Erwartungsgemäß hat sich der Geschäftsverlauf der HWG mbH und des Konzerns positiv entwickelt. Im Geschäftsjahr 2015 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet. In der Hausbewirtschaftung wurden die wichtigsten wirtschaftlichen Leistungsziele übertroffen. Das Jahresbauprogramm wurde trotz Leistungserweiterungen umgesetzt.

Die erfolgreiche Entwicklung der Vorjahre konnte damit fortgesetzt werden.

In 2015 erwirtschaftete die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von T€ 11.701 (Vj. T€ 9.448). Das Jahresergebnis fällt damit um ca. drei Millionen Euro höher aus als geplant.

Jahresergebnisse der HWG mbH



Das überplanmäßige Jahresergebnis resultiert im Wesentlichen aus verbesserten Betriebs- und Bewertungsergebnissen. Dazu wird unter 2.4.3 Ertragslage ausgeführt.

Das Sachanlagevermögen der HWG mbH ist planmäßig auf 537 Mio. EUR (Vj. 514 Mio. EUR) gestiegen. Gleichzeitig nahmen die Verbindlichkeiten zu. Sie betragen zum Geschäftsjahresende 318 Mio. EUR (Vj. 300 Mio. EUR). Damit ist das Sachanlagevermögen erneut stärker gewachsen als die Verbindlichkeiten.

Die Bilanzsumme der HWG mbH hat sich mit 592 Mio. EUR (Vj. 569 Mio. EUR) planmäßig entwickelt. Die Eigenkapitalquote (einschl. Sonderposten) blieb mit 45,7 % gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft wird unabhängig davon weiterhin durch Gewinnausschüttungen und sonstige Anforderungen des Gesellschafters an die Gesellschaft bestimmt. Die vom Gesellschafter beschlossenen Gewinnausschüttungen blieben in den letzten beiden Jahren mit 5 Mio. EUR unverändert.

### 2.3.1 Hausbewirtschaftung

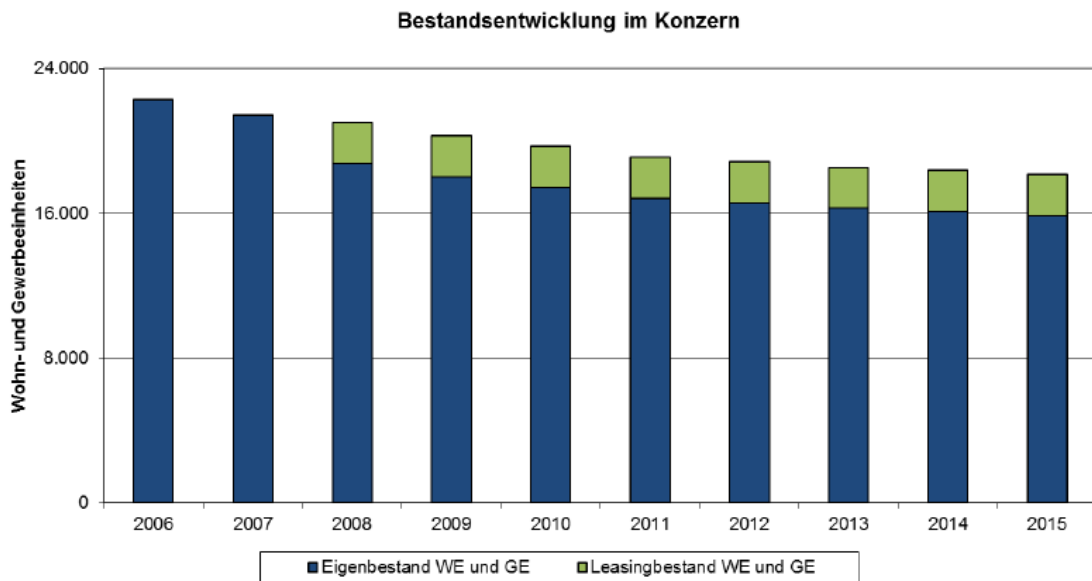
Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Sie ist organisatorisch der Haupt- bzw. Primärprozess. Alle anderen Prozesse sind als Unterstützungs- bzw. Sekundärprozesse zur Verbesserung der Hausbewirtschaftung zu betrachten.

Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den Leasingbeständen.

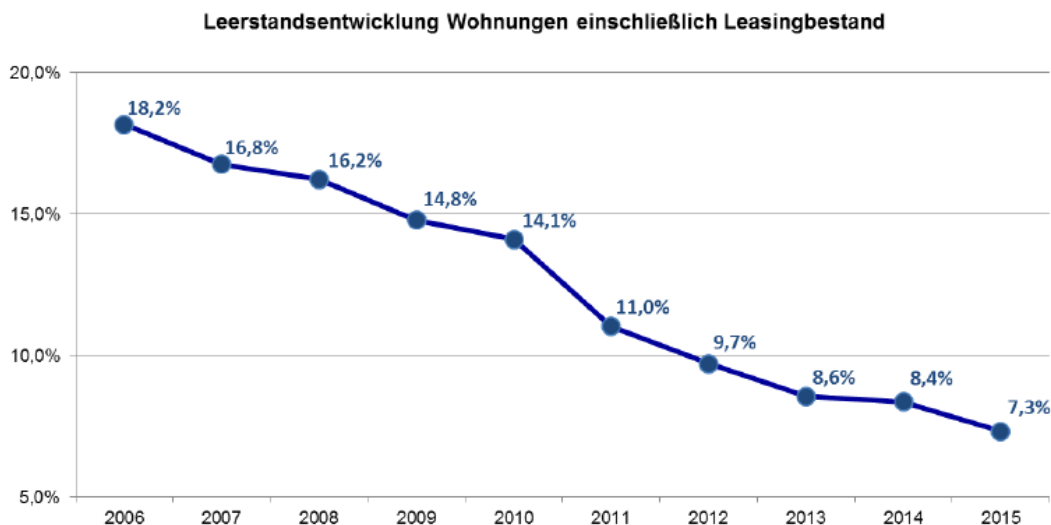
Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Konzern bewirtschaftete Bestand nachfrage- und nachhaltigkeitsorientiert durch Verkäufe und Sanierungen um weitere 206 Wohn- und Gewerbeeinheiten angepasst. Zum 31. Dezember 2015 verfügt der Konzern über 17.858 Wohneinheiten (Vj. 18.064) und 289 Gewerbeeinheiten (Vj. 312).

Damit ist die prognostizierte Bestandsentwicklung weitgehend eingetroffen.

Diese Bestandsentwicklung steht im Einklang mit dem langfristig angestrebten Kernbestand der Gesellschaft von ca. 17.000 Wohnungen.



Der Leerstand in dem vom Konzern bewirtschafteten Bestand ist im Jahr 2015 um 1,1 Prozentpunkte auf 7,3 % (Vj. 8,4 %) und damit wieder deutlicher als im Vorjahr gesunken.



Diese Leerstandssenkung wurde im Wesentlichen durch Neuvermietungen nach Investitionsmaßnahmen und durch Verkäufe erreicht. Begünstigt wurde die Entwicklung durch die mit der Stadt Halle (Saale) abgeschlossene Rahmenvereinbarung zur Flüchtlingsunterbringung.

Damit hält der seit mehr als zehn Jahren bestehende rückläufige Trend an. Die Leerstandsquote liegt weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt in der Stadt Halle (Saale). Im Bereich des vermietbaren Leerstandes liegt die Leerstandsquote im Jahr 2015 mit 4,7 % (Vj. 5,1 %) erstmals unter der Fünf-Prozent-Marke. Dies ist ein Beleg für die erfolgreiche nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios der Gesellschaft in den vergangenen Jahren sowie ein Ergebnis der Steigerung der Servicequalität.

Das Verhältnis zwischen der Anzahl neu begründeter Mietverhältnisse und der Anzahl beendeter Mietverhältnisse wird mit der Anschlussvermietungsquote wiedergegeben. Diese lag im Jahr 2015 mit ca. 103 % (Vj. 96 %) deutlich über dem Vorjahreswert. Mit einer Anschlussvermietungsquote von über einhundert Prozent ist es gelungen, über den Vermietungsprozess Leerstand abzubauen.

Die Umsatzerlöse entfallen fast vollständig auf die Hausbewirtschaftung. Sie entwickeln sich seit Jahren trotz abnehmender Bestände positiv.

Der wesentliche Teil entfiel dabei auf die Umsätze aus Sollmieten. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 576 bzw. 0,9 % angestiegen. Die Entwicklung der Leerstandsverluste war um T€ 284 rückläufig und wirkte sich damit ebenso positiv auf die Umsatzentwicklung in der Gesellschaft aus.

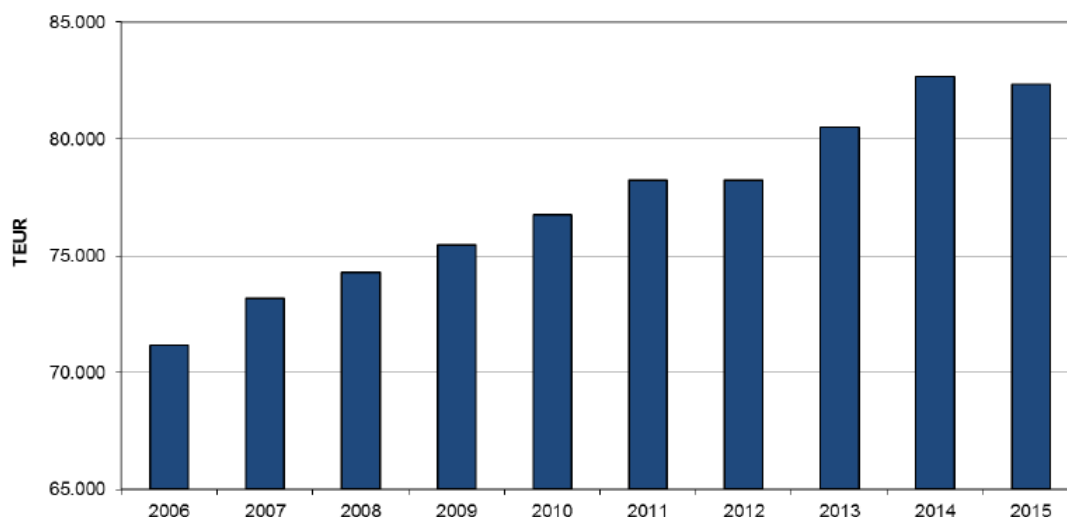
Durch die Erzielung von überplanmäßigen Mieten bei Neuvermietungen im Rahmen der Investitionstätigkeit, die überplanmäßige Anschlussvermietungsquote sowie geringere Mietausfälle durch nichtumlagefähige Betriebskosten hat sich die positive Umsatzentwicklung fortgesetzt.

Die Umsatzerlöse aus der Betriebs- und Heizkostenumlage gingen im Geschäftsjahr 2015 um ca. 1,1 Mio. EUR zurück. Damit vollzieht die Entwicklung dieser Umlageposition die Anpassung an die Preisentwicklung bei den Betriebs- und insbesondere den Heizkosten. Sie ist Ergebnis der Abrechnungsperiode des Vorjahres.

Eine Änderung dieser Erlösposition hat keinen unmittelbaren Einfluss auf den dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft. Rückläufige Wohnnebenkosten in Form von Betriebs- und Heizkosten und damit auch der entsprechenden Umsatzerlöse erhöhen die Potentiale bei den Umsatzerlösen aus Sollmieten.

Aufgrund dieser Entwicklung bei den Betriebs- und Heizkosten nahmen im Jahr 2015 die Umsätze aus der Hausbewirtschaftung in Summe mit T€ 332 bzw. 0,4 % leicht ab. Die für den dauerhaften Unternehmenserfolg relevanten Umsatzbestandteile sind gestiegen.

**Entwicklung der Umsatzerlöse Hausbewirtschaftung der HWG mbH**



Die Umsatzerlöse werden überwiegend mit der Vermietung von Wohnraum erwirtschaftet. Somit haben sich auch die durchschnittlichen Sollmieten für Wohnungen positiv entwickelt. Sie betragen im Berichtsjahr 4,94 Euro/m<sup>2</sup> (Vj. 4,84 Euro/m<sup>2</sup>). Damit wurde die seit Jahren kontinuierlich steigende Tendenz fortgeführt. Hier zeigen sich die Effekte der Produktverbesserung und der Portfoliobereinigung, aber auch die konsequente Orientierung an positiven Teilmarktentwicklungen.

Mit diesen Mietpreisen erfüllt die Gesellschaft ihren Auftrag einer sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung.

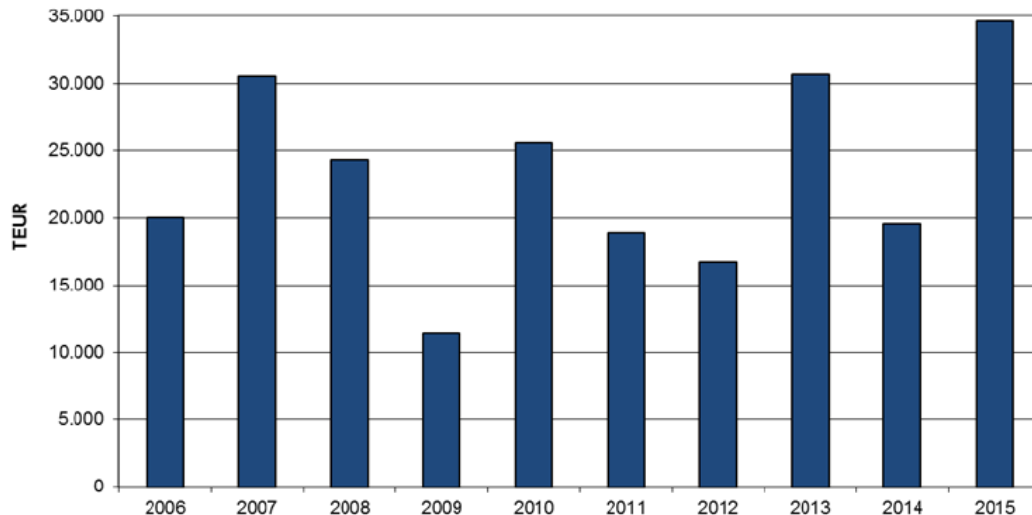
### 2.3.2 Stadtumbau und Stadtentwicklung

#### *Bauinvestitionen*

Zur Sicherung der Mieterzufriedenheit sowie zur Neukundengewinnung und damit auch zur Sicherung der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung und Sanierung von Beständen erforderlich. Diese Investitionstätigkeit bildet eine wesentliche Grundlage für die Stabilisierung der Hausbewirtschaftung (Kerngeschäft).

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2015 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von T€ 32.740 (Vj. T€ 19.346) realisiert. Damit investierte die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr in ihren Bestand. Mit Zustimmung der Aufsichtsgremien zu unterjährigen Leistungserweiterungen lag die Investitionstätigkeit zudem über dem Plan.

**Bauinvestitionen im Konzern**



Diese Bautätigkeit umfasste mehr als 500 Wohnungen in unterschiedlichsten Quartieren und Lagen in der Stadt Halle, bei welchen entsprechende Maßnahmen im Jahr 2015 durchgeführt oder begonnen wurden. Hierzu gehörten Projekte in der Südlichen Innenstadt, im Landrain, in der Südstadt und in Heide-Nord.

Weitere ca. 400 Wohnungen in der Altstadt und im Landrain - mit deren Modernisierung hat die Gesellschaft bereits im Geschäftsjahr 2014 begonnen - wurden in 2015 zusätzlich fertiggestellt.

Soweit im Jahresplan 2015 vorgesehen, wurden die Bauprojekte im vergangenen Geschäftsjahr abgeschlossen. Jahresübergreifende geplante Bauprojekte werden im Jahr 2016 fortgesetzt.

Vollständig sanierte Bestände sind unverändert marktgängig und nachgefragt. Geplante Miethöhen wurden übertroffen.

Der Erfolg der Investitionstätigkeit zeigt sich nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Auch die Bedeutung für Stadtentwicklung und Stadtumbau wurden im Jahr 2015 besonders anerkannt. Im Rahmen der Verleihung des Deutschen Bauherrenpreises Modernisierung 2015 in Berlin erhielt die Gesellschaft eine Urkunde als „Besondere Anerkennung“ für die Wiederbelebung des Gebäudeensembles Delitzscher Straße/Freimfelder Straße.

Die allgemeine und die lagebezogene Entwicklung am Mietwohnungsmarkt sind differenziert. Zum einen steigt der Bedarf an preiswertem Wohnraum. Zum anderen kann der Wohnraumbedarf im gehobenen Segment nicht gedeckt werden. Entsprechend differenziert fällt auch die weitere Investitionsausrichtung der Gesellschaft aus.

Die hohe Qualitätsstandards vorschreibenden Investitionskonzepte der letzten Jahre werden fortgesetzt. Aber auch die niedrigschwelligen Investitionen waren erfolgreich und sollen zumeist in Form der energetischen Ertüchtigung fortgesetzt werden.

Instandhaltungs- und Instandsetzungsmittel dienen der Qualitätssicherung des Bestandes zum Zwecke der Mieterbindung und Mietergewinnung. Sie werden schwerpunktmäßig für die Wiederherstellung und Erhaltung preiswerten Wohnraums verwendet.

Ergänzend dazu wird die Gesellschaft das Portfolio um Neubauten und somit um Wohnraum im gehobenen Mietpreissegment diversifizieren.

Im Geschäftsjahr 2016 wird das Bauinvestitionsprogramm Maßnahmen im Wertumfang von ca. 18 Mio. EUR umfassen. Bauinvestitionen im Stadtkern und in der Südstadt bilden dabei den Schwerpunkt. Diese werden durch die Herrichtung eines Verwaltungsbaus im Paulusviertel für die Stadt Halle (Saale) ergänzt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Jahr 2016 auf der Bauvorbereitung von Investitionsmaßnahmen für Folgejahre. Hierzu gehören insbesondere zwei Neubauprojekte zur städtebaulichen Aufwertung des Riebeckplatzes.

Neben den Bautätigkeiten der HWG mbH hat die Tochtergesellschaft HGWS im Geschäftsjahr 2015 mit dem Sanierungs- und Neubauvorhaben im Paulusviertel begonnen. Die bauliche Umsetzung erfolgt durch den Mitgesellschafter als Generalunternehmer und verläuft planmäßig. Für Anlagen im Bau der HGWS wurden im Konzern im Geschäftsjahr T€ 3.686 aktiviert (Vj. T€ 189). Der Abschluss der Investitionsmaßnahme ist vertraglich für April 2017 vereinbart.

#### *Aufwendungen der Hausbewirtschaftung - Instandhaltung und Rückbau*

Für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen hat die Muttergesellschaft HWG mbH für die eigenen und die Leasingbestände im Berichtsjahr T€ 11.405 (Vj. T€ 10.204) aufgewendet. Je Quadratmeter Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies 10,94 EUR (Vj. 9,66 EUR/m<sup>2</sup>).

Der Instandhaltungsaufwand fiel damit im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr planmäßig höher aus.

Die Schwerpunkte des Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramms lagen in systematischen Instandsetzungen und Instandhaltungen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung sowie der Qualitätssicherung des Bestandes. Im Verlauf des Geschäftsjahres gewann aufgrund der gewachsenen Zuwanderung die Wiederherstellung der Vermietbarkeit leer stehenden Wohnraums zur Unterbringung von Flüchtlingen an Bedeutung.

Für 2016 plant die Gesellschaft neben den Bauinvestitionen Instandhaltungen und Instandsetzungen in die Konzernbestände auf etwa gleichem Niveau. Die Schwerpunkte im Jahr 2016 sind weiterhin die Instandhaltung/Instandsetzung leer stehender Wohnungen, welche aufgrund des auch durch Zuwanderung veränderten Wohnungsbedarfs benötigt werden, sowie die erforderlichen brandschutztechnischen Maßnahmen für die im Bestand befindlichen Hochgeschosser.

Rückbaumaßnahmen hat die Gesellschaft im Jahr 2015 nicht umgesetzt. Aus Maßnahmen des Vorjahres sind der Gesellschaft im Geschäftsjahr insgesamt noch Rückbauaufwendungen in Höhe von T€ 9 (Vj. 853) entstanden.

Aufgrund der positiven Bevölkerungsentwicklung und der verbesserten Marktbedingungen plant die Gesellschaft für die Folgejahre nur Rückbaumaßnahmen im Rahmen von Neubauprojekten.

#### *Grundstücksverkehr*

Im Geschäftsjahr 2015 wurden 16 Grundstücksverkaufsverträge über 16 Grundstücke mit Wohngebäuden und drei unbebaute Grundstücksflächen sowie eine Wohnanlage abgeschlossen.

Verkauft wurden unrentable oder nicht zur Sanierung vorgesehene Objekte zur Portfoliobereinigung.

Des Weiteren schloss die Gesellschaft zwei langfristige Erbbaurechtsverträge mit der Stadt Halle (Saale) sowie einem Betreiber einer Kindertageseinrichtung ab. Mit der zukünftigen Nutzung beider Grundstücke (Kindertageseinrichtung, Sporthalle) werden im Innenstadtbereich infrastrukturelle Defizite abgebaut.

Zur Diversifizierung und Stärkung des Residualportfolios wurden durch die HWG mbH im Geschäftsjahr 2015 auch Ankäufe realisiert. Es handelt sich hierbei zum einen um ein Verwaltungsgebäude, welches für die Unterbringung städtischer Verwaltungsbereiche hergerichtet wird. Weitere Ankäufe von Arrondierungsflächen erfolgten im Rahmen von geplanten Projektentwicklungsmaßnahmen.

### **2.3.3 Personal, Organisation**

Zum 31. Dezember 2015 waren im Konzern 239 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt: 164 Bürokräfte, 45 Mitarbeiter/-innen im Regiebetrieb, 25 Hausmeister und 5 Auszubildende. Die Zahl der Beschäftigten hat sich damit zum Vorjahr leicht erhöht (Vj. 230 Mitarbeiter/-innen). Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG und die HGWS beschäftigten kein Personal.

Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Qualifiziertes, leistungsfähiges und motiviertes Personal ist Voraussetzung für ein erfolgreich am Markt agierendes Unternehmen. Vor diesem Hintergrund nimmt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Qualifizierung und Weiterentwicklung des Personals im Unternehmen einen hohen Stellenwert ein.

Seit dem Jahr 2012 ist die Gesellschaft für ihre familienorientierte Personalführung zertifiziert (Audit „Beruf und Familie“). Damit verbunden ist das Ziel, das Unternehmen noch mitarbeiter- und familienfreundlicher zu gestalten. Auch die Erhaltung und Förderung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist ein wesentliches Anliegen. Seit der Auditierung wurden entsprechend der Zielvereinbarung zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Für das Jahr 2016 wurde die Re-Auditierung erreicht.

Durch eine familienbewusste Personalpolitik verspricht sich die Gesellschaft eine hohe Arbeitszufriedenheit und somit eine weitere Steigerung der Motivation sowie eine langfristige Mitarbeiterbindung bzw. Wettbewerbsvorteile bei der Rekrutierung von Fachpersonal.

Das im Jahr 2013 beschlossene Personalentwicklungskonzept wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr konsequent weiterverfolgt. 2015 haben ca. 20 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Fort- oder Weiterbildungsmaßnahmen begonnen oder diese abgeschlossen.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurde die Gesellschaft von der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau für „besondere Verdienste in der Berufsausbildung“ ausgezeichnet. Bereits zum fünften Mal stellte das Unternehmen eine/n Ausbildungsbeste/n des Jahrgangs.

Der organisatorische Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst. Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch festgehalten, welches laufend ergänzt und aktualisiert wird.

Bereits im Jahr 2014 wurde damit begonnen, das Profil der Abteilung Regiebetrieb und deren organisatorischen Strukturen zukunftsfähig anzupassen. Den Schwerpunkt bildete dabei die perspektivische Übernahme des gesamten technischen Gebäudemanagements, um damit die leistungswirtschaftlichen Bereiche der Abteilung Wohnungswirtschaft im Hinblick auf das Kerngeschäft, die Hausbewirtschaftung, zu entlasten.

Diese Neuorganisation der Abteilung wurde im Jahr 2015 fortgesetzt. Insbesondere waren die unternehmensinternen Prozesse an diese neuen Strukturen anzupassen. Erforderliches Personal war weiterzubilden oder einzustellen.

Innerhalb des Geschäftsjahres haben sich die Aufgabenbereiche der Abteilung Regiebetrieb aufgrund des veränderten Wohnungsbedarfes nochmals geändert. Die Abteilung übernahm die Herrichtung von Flüchtlingswohnungen. Auch hier waren kurze und effiziente Prozesse zu gestalten, ohne die grundsätzliche Ausrichtung der Abteilung zu verändern.



## 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns

### 2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich zum 31. Dezember 2015 wie folgt dar:

Konzern	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
<b>Vermögen</b>					
Anlagevermögen	606.896	94,9	583.947	94,2	22.949
Langfristige Forderungen	114	0,0	121	0,0	-7
Vorräte	24.878	3,9	24.071	3,9	807
Kurzfristige Forderungen	1.851	0,3	3.664	0,6	-1.813
Flüssige Mittel	5.116	0,8	7.294	1,2	-2.178
Übrige Aktiva (RAP)	726	0,1	947	0,1	-221
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>639.581</b>	<b>100,0</b>	<b>620.044</b>	<b>100,0</b>	<b>19.537</b>

Konzern	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
<b>Kapital</b>					
Wirtschaftliches Eigenkapital*	251.768	39,3	246.879	39,8	4.889
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	334.321	52,3	319.531	51,6	14.790
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	53.492	8,4	53.634	8,6	-142
<b>Gesamtkapital</b>	<b>639.581</b>	<b>100,0</b>	<b>620.044</b>	<b>100,0</b>	<b>19.537</b>

\* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

HWG mbH	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
<b>Vermögen</b>					
Anlagevermögen	541.213	91,5	516.324	90,8	24.889
Langfristige Forderungen	4.899	0,8	3.935	0,7	964
Vorräte	24.878	4,2	24.071	4,2	807
Kurzfristige Forderungen	1.841	0,3	3.656	0,6	-1.815
Flüssige Mittel	4.003	0,7	7.095	1,3	-3.092
Übrige Aktiva (RAP)	14.840	2,5	13.753	2,4	1.087
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>591.674</b>	<b>100,0</b>	<b>568.834</b>	<b>100,0</b>	<b>22.840</b>

HWG mbH	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
<b>Kapital</b>					
Wirtschaftliches Eigenkapital*	270.526	45,7	264.087	46,4	6.439
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	271.132	45,8	253.421	44,6	17.711
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	50.016	8,5	51.326	9,0	-1.310
<b>Gesamtkapital</b>	<b>591.674</b>	<b>100,0</b>	<b>568.834</b>	<b>100,0</b>	<b>22.840</b>

\* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Bilanzsummen sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss haben sich erhöht. Die Eigenkapitalquoten haben sich nur geringfügig verringert.

Die Vermögenslage im Jahres- und Konzernabschluss ist durch den hohen Anteil des Anlagevermögens gekennzeichnet. Es wird in seiner Entwicklung maßgeblich durch die Bauinvestitionen beeinflusst. Der Anstieg im Anlagevermögen fiel deshalb im Konzern geringer aus, da das Tochterunternehmen HWG KG keine Investitionstätigkeit hat.

Der Kernbestand wurde im Berichtszeitraum nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Rückbauobjekte der strategischen Planung wurden entsprechend ihrer Restnutzungsdauer abgeschrieben. Wie in den Vorjahren erfolgte auch im Geschäftsjahr 2015 im gesamten Portfolio der HWG mbH ein Abgleich der bilanzierten Bodenbuchwerte mit der Entwicklung der amtlichen Bodenrichtwerte. Im Kernbestand festgestellte Überschreitungen des Buchwertes über den Bodenrichtwert wurden als außerordentliche Abschreibungen bilanziert. Verkaufsobjekte des Folgejahres wurden zum Bilanzstichtag im Hinblick auf den geplanten Kaufpreis bewertet und – sofern erforderlich – abgeschrieben.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt T€ 1.405 (Vj T€ 4.029) auf Wohn- und Geschäftsbauten sowie auf Grundstücke gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag wie folgt vorgenommen:

Konzern und HWG mbH	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€
zum Rückbau vorgesehene Gebäude	499	522
nach dem Ertragswertverfahren	510	2.462
Bodenabwertung nach Rückbau	0	731
Bodenabwertung nach Prüfung Bodenrichtwert	6	231
zum Verkauf vorgesehene Grundstücke und Gebäude	390	83
<b>Gesamt</b>	<b>1.405</b>	<b>4.029</b>

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen im Kernbestand in Höhe von T€ 887 (Vj. T€ 2.307).

Konzern und HWG mbH	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€
nach dem Ertragswertverfahren	703	1.683
Bodenzuschreibung nach Prüfung Bodenrichtwert	184	624
<b>Gesamt</b>	<b>887</b>	<b>2.307</b>

Insgesamt ist das Ergebnis des Geschäftsjahres in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen in Höhe von T€ 518 (Vj. T€ 1.722) negativ beeinflusst.

Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz war im Geschäftsjahr sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss vom Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss und die teilweise Thesaurierung von Vorjahresgewinnen sowie den Anstieg der langfristigen Verbindlichkeiten geprägt.

Die Erhöhung des Eigenkapitals fällt im Konzern wegen des Unterschiedes im Jahresüberschuss im Vergleich zum Einzelunternehmen (siehe auch Ertragslage) geringer aus.

Der Anstieg bei den langfristigen Verbindlichkeiten fiel im Konzern geringer aus, da das Tochterunternehmen HWG KG keine neuen Fremdmittel aufnimmt. Die Verbindlichkeiten der HGWS werden erst im folgenden Geschäftsjahr bilanziert.

Ergänzend wird die Vermögens- und Kapitalstruktur mit Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) dargestellt:

	2015	2014	Erläuterung
Sachanlagenintensität	90,7	90,4	% Sachanlagen x 100/Bilanzsumme
Eigenkapitalquote	43,7	44,3	% bilanzielles Eigenkapital x 100/Bilanzsumme
Fremdkapitalquote	56,3	55,7	%(Bilanzsumme / bilanzielles Eigenkapital) x 100/Bilanzsumme

Die Vermögenslage ist geordnet.

## 2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnungen geben Auskunft über die Finanzlage.

Im Geschäftsjahr werden diese erstmalig nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 21 (DRS 21) „Kapitalflussrechnung“ dargestellt. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden auch die Vorjahreswerte nach DRS 21 gegenüber gestellt. Änderungen ergaben sich insbesondere aus der nun verbindlichen Zuordnung aller Zins- und Tilgungszahlungen beim Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit. Aufgrund dieser verpflichtenden Zuordnung kommt es zu Verschiebungen zwischen den einzelnen Cashflows der Vorjahre. Die Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhen sich. Die Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit verringern sich.

Konzern	2015	2014 DRS 21	2014	Veränderung
	T€	T€	T€	T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	33.101	37.490	23.762	-4.389
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-31.399	-18.230	-18.095	-13.169
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.880	-18.338	-4.745	14.458
Zahlungswirksame Veränderungen	-2.178	922	922	-3.100
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	7.294	6.372	6.372	922
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>5.116</b>	<b>7.294</b>	<b>7.294</b>	<b>-2.178</b>

HWG mbH	2015	2014 DRS 21	2014	Veränderung
	T€	T€	T€	T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	26.698	31.054	21.442	-4.356
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-32.084	-18.630	-17.907	-13.454
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	2.294	-11.607	-2.718	13.901
Zahlungswirksame Veränderungen	-3.092	817	817	-3.909
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	7.095	6.278	6.278	817
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>4.003</b>	<b>7.095</b>	<b>7.095</b>	<b>-3.092</b>

Der Finanzmittelbestand des Mutterunternehmens beträgt am 31. Dezember 2015 T€ 4.003 (Vj. T€ 7.095).

Der **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** im Konzernabschluss hat sich im Vorjahresvergleich verringert (T€ 33.101; Vj. T€ 37.490). Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit im Jahresabschluss der HWG mbH hat sich ebenfalls verringert (T€ 26.698; Vj. T€ 31.054). Wesentliche Ursachen sind die Abnahme von Rückstellungen sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die **Cashflows aus der Investitionstätigkeit** im Konzernabschluss haben sich gegenüber dem Vorjahr verringert (T€ -31.399; Vj. T€ -18.230). Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der Erhöhung der Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen. Diesbezüglich wird auch auf die Ausführungen zu den Bauinvestitionen unter 2.3.2 verwiesen.

Der **Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit** im Konzernabschluss erhöhte sich (T€ -3.880; Vj. T€ -18.338). Dazu führten im Wesentlichen höhere Kreditmittelabrufe (T€ 31.794; Vj. T€ 16.414). Auch im Jahresabschluss wird der Cashflow der Finanzierungstätigkeit erhöht (T€ 2.294; Vj. T€ -11.607). Der im Vergleich zum Konzern höhere Wert resultiert aus der hier nicht erforderlichen Zins- und Tilgungszahlung für die Darlehen der Leasingbestände (siehe auch Ertragslage).

Liquidität und Effektivverschuldung stellen sich wie folgt dar:

Konzern	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	9,6	13,6	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Liquidität 2. Grades	13,0	20,4	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Effektivverschuldung	380.006	361.140	T€	Fremdkapital+Rückstellungen+ PRAP abzügl. flüssiger Mittel+Forderungen/ sonstige Vermögensgegenstände+ARAP

HWG mbH	31.12.2015	31.12.2014	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	8,0	13,8	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Liquidität 2. Grades	11,7	20,9	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten
Effektivverschuldung	295.565	276.308	T€	Fremdkapital+Rückstellungen+ PRAP abzügl. flüssiger Mittel+Forderungen/ sonstige Vermögensgegenstände+ARAP

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten betrug T€ 284.684 (Vj. T€ 267.117). Die Gesellschaft arbeitet mit elf Kreditpartnern – darunter mit drei Landesbanken sowie der Investitionsbank Sachsen-Anhalt und regionalen Kreditinstituten – zusammen. Wo immer möglich und sinnvoll, finden die KfW-Förderprogramme Anwendung.

Die Erhöhung der Kreditverbindlichkeiten im Mutterunternehmen bewirkte lediglich eine Zunahme der Tilgungsaufwendungen (T€ 14.228; Vj. T€ 13.532). Die Zinsaufwendungen konnten durch gezieltes Darlehensmanagement gesenkt werden (siehe auch Ertragslage).

Für die von der HWG mbH zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen vereinbart werden. Die Gesellschaft begrenzt Zinsänderungsrisiken durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (Zinsswaps).

Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut fristenkongruente Mitfinanzierungen für ihre Investitionsvorhaben im Anlagevermögen einwerben und dabei günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen. Freie Beleihungsräume insbesondere durch die Tilgung bestehender Darlehen ermöglichen der Gesellschaft Restrukturierungen im Darlehensportfolio in Verbindung mit Neuausreichungen. Auf der Grundlage einer Rollover-Vereinbarung mit Zinssicherung erfolgte bis 2015 die stufenweise Restrukturierung des Kredit- und Beleihungsportfolios der Hypothekenbank Frankfurt.

Darlehen in Höhe von T€ 9.333 (Vj. T€ 21.129) waren zum Berichtsstichtag vertraglich gesichert und sind noch nicht abgerufen worden.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug zum Berichtsstichtag T€ 1.000 (Vj. T€ 5.000). Sie wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr die Kreditlinie reduziert, um die Kosten für die Vorhaltung zu vermeiden.

Verfügungsbeschränkungen bestehen für liquide Mittel in Höhe von T€ 101 (Vj. T€ 101). Sie betreffen Verkaufserlöse, die bis zur endgültigen Klärung vermögensrechtlicher Angelegenheiten auf Sperrkonten liegen.

Die HWG mbH war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

### 2.4.3 Ertragslage

Die Ertragslage zeigen folgende Übersichten:

Konzern	2015		2014		Ergebnisveränderung T€
	T€	%	T€	%	
Umsatzerlöse	82.389	97,4	82.698	99,8	-309
Bestandsveränderung	806	0,9	-1.224	-1,5	2.030
Eigenleistung	1.409	1,7	1.434	1,7	-25
<b>Gesamtleistung</b>	<b>84.604</b>	<b>100,0</b>	<b>82.908</b>	<b>100,0</b>	<b>1.696</b>
Materialaufwand	36.824	43,5	35.704	43,1	1.120
Personalaufwand	12.683	15,0	12.480	15,0	203
Abschreibungen	11.610	13,7	11.429	13,8	181
Sonstiger Betriebsaufwand	3.795	4,5	3.742	4,5	53
./.. übrige betriebliche Erträge	-3.994	-4,7	-2.692	-3,2	-1.302
Steuern (ohne Ertragssteuern)	7	0,0	8	0,0	-1
<b>Betrieblicher Aufwand</b>	<b>60.925</b>	<b>72,0</b>	<b>60.671</b>	<b>73,2</b>	<b>254</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>23.679</b>	<b>28,0</b>	<b>22.237</b>	<b>26,8</b>	<b>1.442</b>
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-13.569		-13.737		168
außerordentliches/ Bewertungsergebnis	-518		-1.721		1.203
Neutrales Ergebnis	1.133		1.263		-130
<b>Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	<b><u>10.725</u></b>		<b><u>8.042</u></b>		<b><u>2.683</u></b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	<u>573</u>		<u>423</u>		<u>150</u>
<b>Jahresergebnis</b>	<b><u>10.152</u></b>		<b><u>7.619</u></b>		<b><u>2.533</u></b>

HWG mbH	2015		2014		Ergebnisveränderung T€
	T€	%	T€	%	
Umsatzerlöse	82.393	97,4	82.707	99,8	-314
Bestandsveränderung	806	0,9	-1.224	-1,5	2.030
Eigenleistung	1.409	1,7	1.434	1,7	-25
<b>Gesamtleistung</b>	<b>84.608</b>	<b>100,0</b>	<b>82.917</b>	<b>100,0</b>	<b>1.691</b>
Materialaufwand	36.810	43,5	35.700	43,1	1.110
Personalaufwand	12.684	15,0	12.480	15,0	204
Abschreibungen	10.127	12,0	9.894	11,9	233
Sonstiger Betriebsaufwand	7.407	8,8	7.446	9,0	-39
./. übrige betriebliche Erträge	-4.040	-4,8	-2.683	-3,2	-1.357
Steuern (ohne Ertragssteuern)	7	0,0	5	0,0	2
<b>Betrieblicher Aufwand</b>	<b>62.995</b>	<b>74,5</b>	<b>62.842</b>	<b>75,8</b>	<b>153</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>21.613</b>	<b>25,5</b>	<b>20.075</b>	<b>24,2</b>	<b>1.538</b>
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-9.956		-9.733		-223
außerordentliches/Bewertungsergebnis	-518		-1.721		1.203
Neutrales Ergebnis	1.135		1.250		-115
<b>Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	<b><u>12.274</u></b>		<b><u>9.871</u></b>		<b><u>2.403</u></b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	<u>573</u>		<u>423</u>		<u>150</u>
<b>Jahresergebnis</b>	<b><u>11.701</u></b>		<b><u>9.448</u></b>		<b><u>2.253</u></b>

Die Jahresüberschüsse haben sich im Jahres- und Konzernabschluss im Vorjahresvergleich erhöht. Ursächlich sind im Wesentlichen verbesserte Betriebs- und Bewertungsergebnisse. Der geringere Jahresüberschuss im Konzernabschluss ist im Geschäftsjahr im Wesentlichen auf die Konsolidierung mit der HWG KG zurück zu führen. Im Konzernabschluss ist der Zinsaufwand durch die Verbindlichkeiten der Tochtergesellschaft HWG KG höher als beim Jahresabschluss. Dies beeinflusst das Ergebnis des Konzerns negativ. Neutralisiert werden im Konzernabschluss die Leasingaufwendungen zwischen der HWG mbH und der HWG KG. Dieser Aufwand ist handelsrechtlich im Konzernabschluss nicht darzustellen. Zusammengefasst und bereinigt werden im Konzernabschluss die handelsrechtlich vorgeschriebenen planmäßigen Abschreibungen für die Objekte des Anlagevermögens. Die HWG mbH führt die Objekte für die Laufzeit des Mietvertrages nicht in ihrem Anlagevermögen und hat deshalb auch keinen Abschreibungsaufwand. Im Konzern werden die Objekte abgeschrieben und so behandelt, als hätten sie die HWG mbH nicht verlassen.

Die **Betriebsergebnisse** haben sich im Konzern- und im Jahresabschluss in erster Linie durch den Anstieg der übrigen betrieblichen Erträge verbessert (T€ 4.040; Vj. T€ 2.683, Konzern T€ 3.994; Vj. 2.692). Wesentliche Position sind hier die Gewinne aus Grundstücksverkäufen (T€ 3.268; Vj. T€ 2.039, Konzern T€ 3.268; Vj. 2.039).

Der **Materialaufwand** setzt sich im Wesentlichen aus Aufwand für Betriebskosten (T€ 25.622; Vj. T€ 24.944, Konzern T€ 25.637; Vj. T€ 24.948) und Aufwand für Instandhaltung (T€ 10.470; Vj. T€ 9.131, Konzern T€ 10.470; Vj. T€ 9.131) sowie Rückbau (T€ 9; Vj. T€ 853, Konzern T€ 9; Vj. T€ 853) zusammen. Die Leistungen des eigenen Regiebetriebes finden sich im Personalaufwand.

99,95 % der **Umsatzerlöse** 2015 der HWG mbH stammen aus der Hausbewirtschaftung (Vj. 99,97 %), im Konzern 99,95 % (Vj. 99,98 %).

#### *Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH*

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 % gesunken (Vj. Anstieg 2,7 %). Im Geschäftsjahr resultiert das Ergebnis aus einer Steigerung der Mieterlöse einerseits (1,4 %, Vj. 2,3 %) und einer Verringerung der Betriebskostenumlagen andererseits (-4,2 %, Vj. Anstieg 3,1 %). Letzteres liegt am geringeren Aufwand des Vorjahres, der im Geschäftsjahr zur Abrechnung kam.

Die Entwicklung der Mieten ist damit auch weiterhin die wesentliche Ursache für die stabile Entwicklung der Ertragslage.

#### *Umsatzerlöse der Tochterunternehmen*

Die Umsatzerlöse der HWG KG betreffen die Leasingrate, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt und dort im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst. Im Konzernabschluss wird diese deshalb neutralisiert.

Die HGWS hatte im Geschäftsjahr wie im Vorjahr keine Umsatzerlöse. Diese werden erst ab 2017 nach Abschluss der Bautätigkeit erwartet.

Der **Personalaufwand** erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen durch Tarifsteigerungen (2,4 % zum 1. Juli 2015) sowie Höhergruppierungen.

Die Zunahme der **planmäßigen Abschreibungen** im Geschäftsjahr resultiert im Wesentlichen aus der Investitionstätigkeit.

Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** wird durch eine einmalige Vorfälligkeitsentschädigung zur nachhaltigen Optimierung des Beleihungsportfolios negativ beeinflusst (T€ 836; Vj. T€ 0, Konzern T€ 836; Vj. T€ 0). Die laufenden Zinsaufwendungen gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vorjahresvergleich verringert (T€ 9.547; Vj. T€ 10.053, Konzern T€ 13.388; Vj. T€ 14.456).

Das **Bewertungsergebnis** ist im Konzern und im Einzelunternehmen gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr übersteigen beim Ertragswertverfahren die Zuschreibungen die Abschreibungen. Eine weitere Ursache liegt darin, dass keine Bodenabwertungen nach Rückbau erforderlich waren (siehe Vermögenslage).

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen und Erträge, die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen oder periodenfremd sind. Dazu zählen auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 735; Vj. T€ 126, Konzern T€ 735; Vj. T€ 138), Erträge aus Wertschöpfungen für Gestattungen (T€ 113; Vj. T€ 154, Konzern T€ 113; Vj. T€ 154) sowie Erträge aus Entschädigungen nach Grundbuchbereinigungsgesetz (T€ 19; Vj. T€ 0, Konzern T€ 19; Vj. T€ 0).



Ergänzend wird die Ertragslage der Muttergesellschaft mit Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) dargestellt:

	2015	2014	Erläuterung
Gesamtleistung	91.646	88.230	T€ Umsatzerlöse +/- Bestandsveränderungen + aktiv. Eigenleistungen + sonstige betriebliche Erträge
Umsatzrentabilität	14,2	11,4	% Jahresüberschuss/ Umsatzerlöse x 100
Eigenkapitalrentabilität	4,9	4,0	% Jahresüberschuss/bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn) x 100
Cashflow	21.829	19.342	T€ Jahresüberschuss + Abschreibungen auf AV/UV + Abschreibungen auf Finanz- anlagen und Wertpapiere + Aufwendungen für Eingang- setzung. o. Erweiterung. Geschäftsbetrieb
Gesamtleistung je Mitarbeiter	395	384	T€ Gesamtleistung/ Ø Mitarbeiter o. Auszubildende
Personalaufwandsquote	13,8	14,1	% Personalaufwand x100/ Gesamtleistung

Leistungsdaten	2015	2014	
Wohneinheiten	15.618	15.824	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	8,0	9,2	%
Wohneinheiten Leasingbestand	2.240	2.240	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten Leasingbestand	2,2	2,1	%
Gewerbeeinheiten	269	292	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	13,8	17,8	%
Gewerbeeinheiten Leasingbestand	20	20	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten Leasingbestand	0,0	0,0	%

Die Ertragslage insgesamt ist überplanmäßig und wird damit als positiv eingeschätzt.

### 3. Nachhaltigkeitsbericht

Die vielfältigen Erwartungen und Ansprüche unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen (Stakeholder) an ein kommunales Wohnungsunternehmen sind hoch und stehen häufig auch in Konkurrenz zueinander.

So achtet der Gesellschafter auf die Beiträge der Gesellschaft zur Erfüllung städtebaulicher Ziele und zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes. Für andere Interessensgruppen, wie z. B. Mieter und Mitarbeiter, sind eher ökologische oder soziokulturelle Themen von Bedeutung. Für Geschäfts- und Finanzierungspartner ist die wirtschaftliche Stabilität und Leistungsfähigkeit entscheidend.

Grundlage für eine dauerhaft erfolgreiche Unternehmensentwicklung ist deshalb, dass alle Nachhaltigkeitsthemen bei unternehmerischen Entscheidungen und unternehmerischem Handeln in einem angemessenen Verhältnis Berücksichtigung finden.

### *Ökonomie*

Die Unternehmensstrategie ist entsprechend des Gesellschaftsvertrages auf eine langfristige Verwaltung von Mietwohnungen mit dem Ziel der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung ausgerichtet.

Eine nachfrageinduzierte Anpassung des Wohnungsbestandes der Gesellschaft und damit des Wohnungsangebotes für die nachfragende Bevölkerung durch Modernisierung ist Voraussetzung für ein nachhaltiges Geschäftsmodell. Zielgerichtete An- und Verkäufe sind ebenso Instrumente zur Portfoliooptimierung.

Die zunehmend alternde Bevölkerung entwickelt andere Vorstellungen und Anforderungen an Wohnstandort und Wohnqualität. Der Bedarf an altenfreundlichem und altengerechtem, aber auch an bezahlbarem Wohnraum wächst. Neben dem demografischen Wandel wird die Wohnungsnachfrage aber auch immer mehr durch das Wissen um ökologische Zusammenhänge und die umweltbewusste Einstellung zum Klimawandel beeinflusst.

Die Gesellschaft richtet ihr jährliches Investitionsprogramm unter anderem daran aus. Investiert wird dabei unter Berücksichtigung von städtebaulichen Aspekten vorrangig an Standorten, an denen eine langfristig stabile Wohnungsnachfrage erwartet wird. Mit diesen Maßnahmen wird der Wert des Immobilienbestandes der Gesellschaft und damit der Wert des Anlagevermögens gesteigert. Bei den Beständen, bei denen im jeweiligen Jahr keine Maßnahmen zur Verbesserung erfolgen, wird die Bauqualität der Immobilien durch eine systematische Instandhaltung gesichert.

### *Ökologie*

Mit den unternehmerischen Entscheidungen der Gesellschaft werden gleichzeitig auch die Rahmenbedingungen für die Energieverbräuche und sonstigen Ressourcennutzungen der Mieter innerhalb ihrer Wohnung festgelegt. Unternehmerisch nachhaltig handeln bedeutet deshalb auch, bei allen Entscheidungen und bei allem Handeln Überlegungen zum Schutz der Umwelt und zum sorgfältigen Umgang mit Ressourcen mit einzubeziehen.

Im Rahmen der Vorbereitung von investiven Maßnahmen erstellt die Gesellschaft deshalb für jedes Quartier/jede Immobilie ein individuelles Energiekonzept, welches unter Berücksichtigung einer Kosten-, Ressourcen- und Nutzenabwägung zu einem reduzierten Energiebedarf der jeweiligen Immobilie führen soll. Der reduzierte Energiebedarf schützt die Umwelt und senkt zudem in der Folge die Wohnnebenkosten.

Zu allen investiven Maßnahmen aus dem jährlichen Investitionsprogramm der Gesellschaft gehört auch eine energetische Ertüchtigung der Immobilien. Seit 2012 setzt die Gesellschaft hierfür auch Anlagen zur Gewinnung/Nutzung regenerativer Energien ein. Dieser Weg wurde mit der Umsetzung des Investitionsprogramms 2015 fortgesetzt.

In den nächsten Jahren plant die Gesellschaft, ihre Tätigkeit im Wohnungsneubau zu verstärken. Dabei werden eine ökologische Bauweise mit nachhaltiger Optimierung in den Bereichen Ressourcen, Energie, Wasser und Abwasser, gesundes Wohnen in schadstofffreien Räumen mit angenehmem Raumklima sowie die Sicherstellung einer hohen bautechnischen Langlebigkeit und Nutzungsflexibilität eine wichtige Rollen spielen.

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben hat die Gesellschaft im Jahr 2015 mit positiver Befundung ein Energieaudit durchgeführt.

Die Stadt Halle (Saale) hat ein Energie- und klimapolitisches Leitbild sowie ein Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept aufgestellt. Zur Verwirklichung der damit verbundenen Ziele wurde eine Steuerungsgruppe „Klimaschutz in Halle (Saale)“ gebildet, an welcher die Gesellschaft beteiligt ist. Durch diese Steuerungsgruppe wurde aus dem Klimaschutzkonzept ein konkreter Umsetzungsplan abgeleitet.

### *Soziales*

Die Gesellschaft fühlt sich der Stadt Halle (Saale) und ihren Bürgerinnen und Bürgern im besonderen Maße verbunden und verpflichtet. Im Mittelpunkt steht die Absicherung einer sozial verantwortbaren Wohnraumversorgung für breite Bevölkerungsschichten.

Ziel der Gesellschaft ist eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur in allen Stadtteilen. In den bewirtschafteten Quartieren schafft die Gesellschaft durch Sanierung zum einen qualitätsvollen Wohnraum, stellt gleichzeitig aber weiterhin preiswerten Wohnraum zur Verfügung.

Bei fast der Hälfte des gesamten Wohnungsbestandes der Gesellschaft entsprechen die Mieten den aktuellen städtischen Richtwerten der Unterkunftskosten für Leistungsempfänger. Das Angebot der Gesellschaft in diesem Wohnungsmarktsegment liegt damit weit über ihrem Marktanteil. Dies gilt gleichfalls für die Unterbringung von Flüchtlingen.

Im Selbstverständnis der Gesellschaft gehen ihre Aufgaben über die Wohnraumversorgung und die wirtschaftliche Perspektive hinaus.

Wohnen ist in der heutigen Zeit nicht nur ein rein wirtschaftliches Gut. Es geht auch um das Miteinander unterschiedlicher sozialer Gruppen in einem Quartier. Die Gesellschaft setzt vor diesem Hintergrund verstärkt auf ein Quartiers- und Sozialmanagement und arbeitet dabei mit einer Vielzahl von Vereinen und Verbänden sowie der Stadt Halle zusammen.

Als größter Vermieter Halles hat die Gesellschaft ein Interesse, die Wahrnehmung und das Erscheinungsbild der Stadt nach innen und außen positiv mitzugestalten. Vereine und gemeinnützige Institutionen sind wichtige Akteure hierbei. Der Gesellschaft ist bewusst, dass ein positives Stadtimage und attraktive Quartiere wichtige Mosaiksteine für den eigenen wirtschaftlichen Erfolg sind.

Die Gesellschaft engagiert sich daher seit vielen Jahren in Form von Sponsorings oder Spenden – so auch im Jahr 2015. Neben eigenen Aktivitäten wie dem Nachbarschaftstreff und den zahlreichen Mieterfesten in den eigenen Quartieren unterstützte die Gesellschaft Vereine und gemeinnützige Institutionen aus dem sozial-gesellschaftlichen Bereich, aus der weitläufigen städtischen Kulturlandschaft sowie aus dem Amateursport.

#### **4. Chancen- und Risikobericht**

Die Gesellschaft hat ihr System zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken im Geschäftsjahr 2014 überarbeitet. Der damit verbundene Prozess wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr umgesetzt. Im Berichtsjahr wurde das Kontroll- und Risikomanagementsystem durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft revidiert.

Neben der Überwachung von Risiken mit kurzfristigen Auswirkungen werden einmal jährlich auch mittel- und langfristige Gefahrenpotentiale bewertet. Dies erfolgt im Rahmen der Risikoinventur im ersten Quartal eines Geschäftsjahres.

Die für die Geschäftstätigkeit typischen immobilienwirtschaftlichen Risiken werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Die Einschätzung hinsichtlich ihres generellen Schadenspotenzials wird überprüft. Risiken mit einem mittleren bis hohen Schadenspotential werden hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und vorhandener bzw. im Eintrittsfall möglicher Steuerungsmaßnahmen näher betrachtet.

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft im Rahmen der Risikoinventur das Mietertrags-, das Baukosten-, das Liquiditäts-, das Zinsänderungs-, das Personalentwicklungs- sowie das mit einem Systemwechsel bei der wohnungswirtschaftlichen Software verbundene Risiko als Hauptrisiken identifiziert.

Risiken mit hohem Schadenspotential und mittel- bis langfristiger Eintrittswahrscheinlichkeit werden über die strategischen Planungen nach der Nettomethode gesteuert und bewertet. Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe werden in den Planungen verarbeitet, so dass die Auswirkung dieser Risiken auf die Vermögens- Finanz- und Ertragslage durch die vorbeugenden Planungen als gut steuerbar eingeschätzt wird.

Aus der Anwendung der Nettomethode ergeben sich dabei gleichermaßen Chancen. Entwickeln sich die Annahmen positiver als ursprünglich geplant, hat dies positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit. Diese können wiederum zum Ausgleich negativer Entwicklungen genutzt werden.

Typische Risiken der Geschäftstätigkeit, welche sich abgesehen von der Eintrittswahrscheinlichkeit kurzfristig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken könnten, werden quantifiziert. Die Gesellschaft beobachtet die Entwicklung dieser Risiken unterjährig und berücksichtigt diese in ihrer Geschäftstätigkeit.

Dazu gehörten im Jahr 2015 das Mietertrags-, das Baukosten- sowie das Liquiditätsrisiko. Abgeleitet aus der Jahresplanung werden Messgrößen und Schwellenwerte definiert. Eine Über- oder Unterschreitung der Schwellenwerte führt zur Auswertung sowie Beschlussfassung zu Steuerungsmaßnahmen.

Die Auswirkung dieser Risiken auf die Vermögens- Finanz und Ertragslage wird durch die ständige Beobachtung, Steuerung und Berücksichtigung in operativen Planungen und deren Fortschreibungen als gering eingeschätzt.

### *Mietertragsrisiko*

Im Rahmen der Risikoinventur zu Beginn des Geschäftsjahres wurde dem Mietertragsrisiko besondere Bedeutung beigemessen. Aufgrund des demographisch begründeten allgemeinen Leerstandes am halleschen Wohnungsmarkt bestand grundsätzlich die Gefahr eines steigenden Leerstandes.

Im Berichtszeitraum haben sich die Rahmenbedingungen am Wohnungsmarkt jedoch günstig verändert. Der Wanderungssaldo entwickelte sich in Halle bereits positiv, bevor die Flüchtlingsbewegung einsetzte. Entgegen den bisherigen Prognosen nahm durch die wachsende Zuwanderung der Wohnungsbedarf zu. Die aktuelle Flüchtlingsbewegung verstärkt diese Tendenz.

Hinsichtlich der Mieterträge sieht die Gesellschaft deshalb im Jahr 2016 mehr Chancen als Risiken.

Die Muttergesellschaft trägt für die Gesellschaften des Konzerns das Mietertragsrisiko. Die HWG KG erhält von der Muttergesellschaft Leasingraten, die HGWS Mietzahlungen.

### *Baukostenrisiko*

Die Bauinvestitionen führen mit der damit einhergehenden Bestandsqualifizierung zu zukünftigen Mietsteigerungen. Die Einhaltung der Rentabilitäts- und Liquiditätskriterien der Baumaßnahmen ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit. Zur Steuerung des Investitionsrisikos hat die Gesellschaft ein separates Investitionscontrolling.

Investitionsentscheidungen werden so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig dauerhaft größtmögliche Erträge erzielen lassen. Mit der Erarbeitung von Investitions- und Bewirtschaftungskonzepten wird deshalb frühzeitig begonnen. Die Gesellschaft hat zu diesem Zweck im Geschäftsjahr den Prozess zum Portfoliomanagement bzw. zur Bestandsentwicklung überarbeitet und neu strukturiert. Dieser beinhaltet auch die Phase der Projektentwicklung, in welcher alle Grundlagen für die zukünftigen Investitionsmaßnahmen zusammengetragen werden.

Das Baukostenrisiko ist nur für die HWG mbH relevant. Die HWG KG tätigt selbst keine Investitionen. Bei der HGWS wird das Baukostenrisiko durch den Bauvertrag mit Schlüsselfertigkeitsvereinbarung und einem garantierten Maximalpreis begrenzt.

### *Liquiditätsrisiko*

Das Mietertrags- und das Baukostenrisiko haben Auswirkungen auf die größten Einnahme- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft. Diese Risiken beeinflussen damit wesentlich die Liquidität der Gesellschaft.

Diese und alle weiteren Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft werden im Rahmen der jährlichen Wirtschafts- und Finanzplanung im Finanzplan zusammengefasst. Absehbare Entwicklungen/Veränderungen werden in der Planung berücksichtigt.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Gesellschaft neben dem im Qualitätshandbuch enthaltenem Planungsprozess auch ein Liquiditätsmanagement. Dieses umfasst monatliche Plan-Ist- und Abweichungsanalysen sowie ein Forecast der Liquiditätsentwicklung. Dies bildet die Grundlage für eine aktive und zielorientierte Steuerung der Liquidität.

Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Zukünftige Anforderungen von Gesetzgeberseite können nur bedingt durch Planungen vorhergesehen werden.

Eine wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist das Portfolio der Gesellschaft. Innenstadtnahe Stadtteile weisen eine gleichbleibende bis positive Bevölkerungsentwicklung auf. Hier hat die Gesellschaft investiert.

Der im Vergleich zu anderen Wettbewerbern höhere Sanierungsrückstand im Portfolio stellt sich dabei als Wettbewerbsvorteil dar. Die Gesellschaft hat im Gegensatz zu den anderen wohnungswirtschaftlichen Marktteilnehmern die Chance, die Investitionen zu einem Zeitpunkt mit historisch günstigen Zinsen zu tätigen. Zudem kann in einem von Anspruchsänderungen geprägten Markt der eigene Immobilienstand an die neuesten technischen, insbesondere energetischen Standards sowie die derzeitigen und zukünftigen zielgruppenspezifischen Anforderungen an Wohnraum angepasst werden.

Andererseits werden die aktuellen Marktveränderungen mit der daraus folgenden Verknappung von Wohnraum im Jahr 2016 und voraussichtlich auch in den folgenden Jahren nicht im bisherigen Umfang qualitativ hochwertige und an den hohen Anforderungen der Nachfrager ausgerichtete Sanierungen erfordern. Aufgrund veränderter Nachfragepräferenzen können Objekte auch mit geringeren Mitteln wieder in einen vermietungsfähigen Zustand versetzt und dem Markt zugeführt werden. Dies sehen die Planungen der Gesellschaft vor.

Das ohnehin lagebegünstigte Portfolio der Gesellschaft hebt sich somit vom Wettbewerb ab. Auf die Nachfrage nach Wohnraum kann die Gesellschaft flexibel reagieren.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig für den Konzern und die HWG mbH keine bestandsgefährdenden Risiken.

## **5. Prognosebericht**

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im November 2015 den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan der HWG mbH für das Jahr 2016 beschlossen.

Das Instandhaltungsbudget wurde mit ca. 11 Mio. EUR geplant und liegt damit etwa auf Vorjahresniveau. Darin enthalten ist die Herrichtung von mehr als 300 Wohnungen im Rahmen einer Vereinbarung mit der Stadt Halle (Saale) zum Zwecke der Flüchtlingsunterbringung. Zudem werden davon Mittel für die erforderlichen brandschutztechnischen Maßnahmen für die im Bestand befindlichen Hochgeschosser aufgewendet.

Die hohe Qualitätsstandards vorschreibenden Investitionskonzepte der letzten Jahre werden fortgesetzt. Die große Akzeptanz dieser Investitionen bei den Nachfragern und die häufig überplanmäßigen Renditen der Maßnahmen zeigen Erfolge, die an anderen Standorten wiederholt werden können. Hier sind noch Nachfragepotentiale vorhanden.

Zu diesem Zweck ist vorgesehen, dass ca. 265 Wohnungen durch Investitionen Wertverbesserungen erfahren. Dabei stehen eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung im Vordergrund. Jahresübergreifende Investitionsmaßnahmen sollen planmäßig fertig gestellt werden.

Auch die niedrigschwelligen Investitionen waren erfolgreich und sollen deshalb in den nächsten Jahren fortgesetzt werden - in Form der energetischen Ertüchtigung von Bestandsobjekten für Bevölkerungsgruppen mit niedrigerem und mittlerem Einkommen. Ergänzend wird die Gesellschaft das Portfolio um Neubauten am Riebeckplatz, unter anderem im gehobenen Mietpreissegment diversifizieren. Hierfür werden im Geschäftsjahr 2016 bauvorbereitende Maßnahmen erfolgen.

Rückbauaktivitäten sind nicht beabsichtigt. Verkäufe zur Portfoliobereinigung sind im Jahr 2016 geplant. Für den Erwerb von Immobilien wurden in der Planung erneut Mittel bereitgestellt.

Die Realisierung des Investitionsprogramms, die Marktzuführung bisher nicht vermietbaren Wohnraums sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung werden einen deutlichen Leerstandsabbau bewirken. Zum Ende des Jahres 2016 wird eine Leerstandsquote von ca. 6,0 % angestrebt. Die leistungsstarke Organisation der Gesellschaft wird somit zu einer weiteren Steigerung der Umsatzerlöse führen.

Demnach wird auch für das Folgejahr mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Die Geschäftsführung erwartet einen leicht steigenden Umsatz aus der Hausbewirtschaftung sowohl bei der HWG mbH als auch beim Konzern und einen soliden Jahresüberschuss. Geplant sind Jahresüberschüsse von ca. 7,6 Mio. EUR (HWG mbH) bzw. ca. 6,5 Mio. EUR (Konzern). Aufgrund der Ergebnisse aus dem Jahr 2015 geht die Geschäftsführung von einer anteiligen Gewinnabführung in Höhe von fünf Millionen Euro aus.

Mit Abschluss der geplanten Investitionen werden sich auch das Anlagevermögen und die Verbindlichkeiten erhöht haben. Die Eigenkapitalquote sinkt leicht, bleibt aber weiterhin auf branchenüblichem Niveau.

Auch für den Folgezeitraum geht die Geschäftsführung von einer konstant positiven Weiterentwicklung der Gesellschaft mit steigenden Umsätzen und entsprechenden Jahresüberschüssen aus. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit weiterhin von den Gewinnausschüttungserwartungen der Gesellschafterin sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche die Gesellschafterin der Gesellschaft überträgt.

**6. Nachtragsbericht**

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns auswirken, haben sich bis zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

**7. Sonstiges**

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Jahresabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

## HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Emil-Riedl-Weg 6  
82049 Pullach i. Isartal

**Rechtsform:** GmbH & Co. KG  
**Haftkapital in T€:** 10

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,90
Christian Zeigermann	0	0,05
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale)) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 128 Abs. 2 KVG LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 128 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KVG LSA zulässig.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:**

- Dr. Wahlen, Heinrich
- Floth, Christian
- Goldbrunner, Christian
- Heumann, Florian
- Kober, Peter
- Soethe, Robert
- Zeigermann, Christian

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	70.790	100	72.151	100	73.513	100	-1.361	-2
Umlaufvermögen	12	0	13	0	17	0	-1	-8

<b>Bilanzsumme</b>	<b>70.802</b>	<b>100</b>	<b>72.164</b>	<b>100</b>	<b>73.530</b>	<b>100</b>	<b>-1.362</b>	<b>-2</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	70.792	100	72.154	100	73.520	100	-1.362	-2

<b>Bilanzsumme</b>	<b>70.802</b>	<b>100</b>	<b>72.164</b>	<b>100</b>	<b>73.530</b>	<b>100</b>	<b>-1.362</b>	<b>-2</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.073	5.465	5.651
sonstige betriebliche Erträge	10	10	10
Abschreibungen	1.361	1.361	1.361
sonstige betriebliche Aufwendungen	108	109	109
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	227	398	491
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.841	4.403	4.682
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

### cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.361	1.361	1.361	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%



**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,01	0,01	0,01	%
Fremdkapitalquote:	99,99	99,99	99,99	%

**ee) Leistungsdaten**

keine Angaben

## **3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG**

## Bio-Zentrum Halle GmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Geschäftsführung:	Postanschrift:
<b>Anschrift:</b>	Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 26

<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)	13	50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13	49,04

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- c) Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

### Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>	Dr. Schmieder, Ulf-Marten Noll, Sabine	(bis 31.12.2015)
--------------------------	---	------------------

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

## c) Beteiligungen

### unmittelbar

BMD GmbH

<b>T€</b>	<b>%</b>
2	2,98

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	7.571	73	7.164	67	8.258	76	407	6
Umlaufvermögen	2.754	27	3.494	33	2.672	24	-740	-21
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0			7	0	7	
<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.332</b>	<b>100</b>	<b>10.658</b>	<b>100</b>	<b>10.937</b>	<b>100</b>	<b>-326</b>	<b>-3</b>
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	6.745	65	6.644	62	6.561	60	101	2
Sonderposten für Investitionszulagen	3.128	30	3.566	34	4.005	37	-438	-12
Rückstellungen	169	2	200	2	209	2	-31	-16
Verbindlichkeiten	281	3	248	2	162	1	33	13
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0					9	
<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.332</b>	<b>100</b>	<b>10.658</b>	<b>100</b>	<b>10.937</b>	<b>100</b>	<b>-326</b>	<b>-3</b>

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.779	1.810	1.761
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-27	-20	60
sonstige betriebliche Erträge	24	35	24
Personalaufwand	48	54	49
Abschreibungen	156	156	143
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.440	1.513	1.537
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	10	17
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	138	112	133
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36	29	35
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	102	83	98
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	102	83	98
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,71	4,57	5,54	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,51	1,25	1,49	%
Cash-Flow:	258	239	241	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	888	912	923	T€
Personalaufwandsquote:	2,69	2,97	2,66	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	63,57	67,19	70,91	%
Eigenkapitalquote:	65,29	62,33	59,99	%
Fremdkapitalquote:	34,71	37,67	40,01	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m <sup>2</sup>
Auslastung	99,50	99,08	99,80	%

## e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
  - A.1 Gegenstand des Unternehmens
  - A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden
  - A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation
- B. Wirtschaftsbericht
  - B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
  - B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
  - B.3 Lage
    - B.3.1 Ertragslage
    - B.3.2 Finanzlage
    - B.3.3 Vermögenslage
  - B.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
- C. Nachtragsbericht
- D. Prognosebericht
- E. Chancen- und Risikobericht
  - E.1 Chancenbericht
  - E.2 Risikobericht
  - E.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

### A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

#### A.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte zwischen der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten (An-Institut der Martin-Luther-Universität) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

#### A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zu Max-Planck-, Fraunhofer-, Leibniz-, und Helmholtz Instituten/Zentren, erwarb die Bio-Zentrum Halle GmbH schrittweise 16.681 m<sup>2</sup> Bauland, auf dem bisher zwei Neubauten entstanden sind.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 28,0 Mio. € wurden ca. 9.800 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2 – Labore sowie Gewächshäuser angeboten. Insgesamt zeichnet sich aber im Technologiepark Weinberg Campus eine biotechnologische / biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen. Die Fraunhofer-Gesellschaft hat inzwischen zwei neue Gebäude auf dem Gelände des Technologieparks Weinberg Campus errichtet, mit den Spezialisierungen Werkstoffmechanik im Jahre 2007 und der Spezialisierung Silizium Photovoltaik im Jahre 2013. Damit ergeben sich weitere Möglichkeiten der fachlichen Unterstützung für Ansiedlungen und Unternehmensgründungen. Neben der breiten Förderung von innovativen und technologieorientierten Unternehmensgründungen ist die Unterstützung von dementsprechenden Wachstumsunternehmen am Standort eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft.

Im Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH hat sich der Mieter Probiodrug AG im Laufe der Jahre sehr positiv entwickelt und nunmehr seine Forschung in die klinische Phase II überführt. Dies bedeutet gleichzeitig, dass die Probiodrug AG sich auf die Überführung der Ergebnisse konzentriert und die Phase III vorbereitet und somit kein Geld für einen eigenen Bereich Forschung mehr zur Verfügung steht. Davon ausgehend wurde bereits vor einigen Jahren mit der Neustrukturierung der Probiodrug Forschung begonnen. Dies führte im Endergebnis zur Finanzierung und Gründung einer Projektgruppe Molekulare Wirkstoffbiochemie und Therapieentwicklung des Fraunhofer Instituts für Zelltherapie und Immunologie Leipzig mit Sitz im Bio-Zentrum Halle. Die geschilderten Entwicklungen der Probiodrug AG hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf das Flächenmanagement im Bio-Zentrum, da die o. g. Projektgruppe die frei werdenden Flächen für fünf Jahre bis Ende 2018 übernahm.

Darüber hinaus ist unklar, in wie weit das Projekt Biokatalyse der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Max-Planck-Arbeitsgruppe über den Zeitpunkt 2018 hinaus fortgeführt wird. Aus den genannten Gründen muss mittelfristig eine strategische Alternative aufgebaut werden, um ab diesem Zeitpunkt einen größeren Leerstand zu vermeiden.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen.

### **A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation**

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von Start-up's und die Bestandspflege. Intensive Beratungen und Betreuungen stehen dabei im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

#### Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

#### Regionale und überregionale Vernetzung:

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen. Die Bio-Zentrum Halle GmbH war mit ihren Transferaufgaben wesentlicher Bestandteil des Biotechnologie-Konzeptes des Landes Sachsen-Anhalt, welches seit geraumer Zeit keine Fortsetzung mehr fand. Die Bio-Zentrum Halle GmbH ist seit dem Jahr 1998 Gesellschafterin der Bio-Region Halle-Leipzig Management GmbH bzw. ab 2003 der neu firmierten BIO-Mitteldeutschland GmbH. Gegenwärtig werden verschiedene Möglichkeiten des Fortbestandes der BIO-Mitteldeutschland GmbH diskutiert. Die Bio-Mitteldeutschland GmbH firmiert seit 2012 unter dem Namen BMD GmbH, um eine Öffnung für die Zusammenarbeit bei Projekten mit den Bundesländern Sachsen und Thüringen zu ermöglichen, welches unter dem Anspruch und damit verbundenen Namen "Mitteldeutschland" nicht möglich war.

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen Biotechnologieunternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zur CPhI in Madrid, Vertriebs- und PR-Aktivitäten zur BIO International Convention in Philadelphia, zur BIO Europe in München, zur BioPharm in Boston und zu den Biotechnologietagen in Köln genannt. Im Ergebnis stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Bio-Zentrum Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Bio-Zentrum Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarkt Arbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Projektes Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule der Martin-Luther-Universität ebenso wie die Unterstützung des Betriebs einer Gründerwerkstatt im Schwerpunktfeld Biowissenschaften.

## **B. Wirtschaftsbericht**

### **B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht gewachsen. Dabei setzte sich der Aufschwung im Herbst 2015 mit solidem Tempo fort, wobei das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte etwas schwächer als im ersten Halbjahr ausfiel. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite in einem lebhaften Binnenmarkt dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen. Zum Jahresende bekam die deutsche Wirtschaft nachlassende Nachfrageimpulse aus Fernost sowie weiteren Industrieländern zu spüren.

In der Biotechnologie und in angrenzenden Gebieten war die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die finanziellen, wirtschaftspolitischen und fördertechnischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle erschweren auch zukünftig die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten. Hinzu kommt ein verschärfter Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer, insbesondere im Hinblick auf die interessante Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen. So führen beispielsweise spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse durch Kommunen und Landesregierungen zu einer teilweise extremen Wettbewerbsverzerrung.

### **B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr**

Für die Bio-Zentrum Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität, wobei wirtschaftliche Entwicklungen von Unternehmen zu Raumbedarfsverschiebungen führten, die wiederum Baumaßnahmen und damit Kosten nach sich zogen.

Der derzeitige Mietzins konnte auch im Jahr 2015 noch beibehalten werden, obwohl höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur macht zudem größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur auch zukünftig zu erhalten. Insbesondere das 1998 fertiggestellte Forschungsverfügungsgebäude im Weinbergweg 22 ist nach über 17 Jahren insbesondere durch den Dauerbetrieb der technischen Ausstattung im Betrieb kostenintensiver geworden. Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum umfangreiche Mittel z.B. zur Modernisierung bzw. zur Umgestaltung der Gebäude sowie zur Fassadenmodernisierung eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2016 werden diese Bemühungen fortgesetzt. Bauseitig sind noch keine gravierenden Mängel erkennbar, die den ordnungsgemäßen Betrieb gefährden könnten. Im Erweiterungsbau in der Daniel-Vorländer-Straße wurden aufgrund der Flächenerweiterung einer der Biotechnologieunternehmen umfangreiche Umbauten nötig.

Darüber hinaus nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein. Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude am Bilanzstichtag auch unter Einbeziehung der Daniel-Vorländer-Straße 8 zu 99,51% ausgelastet sind.

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche der Bio-Zentrum Halle GmbH führen.



### B.3 Lage

#### B.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+Mieteinnahmen	873	49,2%	867	47,5%	6	0,7%
+Einnahmen Mietnebenkosten	906	51,0%	941	51,6%	-35	-3,7%
+sonstige Dienstleistungen	0	0,0%	2	0,1%	-2	-100,0%
<b>+ = UMSATZERLÖSE</b>	<b>1.779</b>	<b>100,2%</b>	<b>1.810</b>	<b>99,2%</b>	<b>-31</b>	<b>-1,7%</b>
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	-27	-1,5%	-20	-1,1%	-7	35,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	24	1,3%	35	1,9%	-11	-31,4%
<b>= BETRIEBSLEISTUNG</b>	<b>1.776</b>	<b>100,0%</b>	<b>1.825</b>	<b>100,0%</b>	<b>-49</b>	<b>-2,7%</b>
+ Personalkosten	48	2,7%	54	3,0%	-6	-11,1%
+Abschreibungen planmäßige Auflösung der +Rücklagen für Investitionszuschüsse ABSCHREIBUNGEN UND	594	33,5%	594	32,5%	0	0,0%
<b>+ = AUFL. VON SONDERPOSTEN</b>	<b>156</b>	<b>8,8%</b>	<b>156</b>	<b>8,5%</b>	<b>0</b>	<b>0,0%</b>
+ Raumkosten / Betriebsführung / Grundstücksaufwendungen	1.210	68,1%	1.219	66,8%	-9	-0,7%
+Versicherungen / Beiträge	7	0,4%	7	0,4%	0	0,0%
+Instandhaltungen	153	8,6%	148	8,1%	5	3,4%
+Kosten des Fuhrparks	5	0,3%	7	0,4%	-2	-28,6%
+Werbe- und Reisekosten	6	0,3%	51	2,8%	-45	-88,2%
+sonstige Kosten	60	3,4%	81	4,4%	-21	-25,9%
<b>+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN</b>	<b>1.441</b>	<b>81,1%</b>	<b>1.513</b>	<b>82,8%</b>	<b>-72</b>	<b>-4,8%</b>
<b>- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN</b>	<b>1.645</b>	<b>92,6%</b>	<b>1.723</b>	<b>94,4%</b>	<b>-78</b>	<b>-4,5%</b>
<b>= BETRIEBSERGEBNIS</b>	<b>131</b>	<b>7,4%</b>	<b>102</b>	<b>5,6%</b>	<b>29</b>	<b>28,4%</b>
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	6	100,0%	10	100,0%	-4	-40,0%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
<b>= FINANZERGEBNIS</b>	<b>6</b>	<b>100,0%</b>	<b>10</b>	<b>100,0%</b>	<b>-4</b>	<b>-40,0%</b>
<b>= (ERGEBNIS VOR STEUERN)</b>	<b>(137)</b>	<b>(7,7%)</b>	<b>(112)</b>	<b>(6,1%)</b>	<b>(25)</b>	<b>(22,3%)</b>
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	36	26,3%	29	25,9%	7	24,1%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
<b>- = STEUERERGEBNIS</b>	<b>36</b>	<b>26,3%</b>	<b>29</b>	<b>25,9%</b>	<b>7</b>	<b>24,1%</b>
<b>= JAHRESÜBERSCHUSS</b>	<b>101</b>	<b>5,7%</b>	<b>83</b>	<b>4,5%</b>	<b>18</b>	<b>21,7%</b>

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2014 um 49 T-€ (= -2,7 %) auf 1.776 T-€ verringert. Dabei stiegen die Mieteinnahmen um 6 T-€, die abgerechneten Mietnebenkosten haben sich dagegen um 35 T-€ und die sonstigen Dienstleistungen um 2 T-€ vermindert. Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 7 T-€, die sonstigen betrieblichen Erträge gingen um 11 T-€ zurück. Gegenüber den Planzahlen aus dem Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr ergab sich eine geringfügig negative Abweichung i.H.v. 24 T-€, was an den geringer als erwarteten abzurechnenden Betriebskosten der Gebäude lag.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft haben sich um 6 T-€ auf 48 T-€ vermindert. Gegenüber dem Planansatz gab es eine Unterschreitung um 36 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 594 T-€ (Vorjahr: 594 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich nicht verändert und betragen wie bisher 438 T-€. Die saldierten Abschreibungen lagen damit exakt im Planwert von 156 T-€.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Vorjahresvergleich um 72 T-€. Dabei haben sich in dieser Position insbesondere die Raumkosten (-9 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-45 T-€) und die sonstigen Kosten (-21 T-€) vermindert. Die Instandhaltungsaufwendungen (+5 T-€) haben sich hingegen erhöht. Die übrigen Kosten sind nahezu unverändert geblieben. Gegenüber dem Planansatz gab es in allen Positionen geringere tatsächliche Aufwendungen.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2014 um 29 T-€ auf 131 T-€ verbessert.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4 T-€ auf 6 T-€ vermindert und lag damit auch unter dem Planansatz, was an den gefallenem Anlagezinssätzen liegt.

Die **Steuern von Einkommen und Ertrag** haben sich daher um 7 T-€ auf 36 T-€ erhöht und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 26,3 % gegenüber 25,9 % im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 18 T-€ auf 101 T-€ verbessert. Gegenüber dem Planansatz gab es eine Überschreitung um 94 T-€.

## B.3.2 Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 2.536 T-€ betragen. Durch Umschichtungen hin zu langfristigen Finanzanlagen und erwirtschafteten Mittelzuflüssen haben sich diese Mittel im Laufe des Jahres 2015 um rund 770 T-€ vermindert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2015		Bilanz zum 31.12.2014		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b><u>Eigenkapital</u></b>	6.745,3	65,3	6.643,7	62,3	101,6	1,5
<b><u>Sonderposten mit Rücklageanteil</u></b>	3.128,1	30,3	3.566,5	33,5	-438,4	-12,3
<b><u>Rückstellungen</u></b>	169,4	1,6	200,1	1,9	-30,7	-15,4
Erhaltene Anzahlungen	165,3	1,6	138,4	1,3	26,9	19,4
Lieferverbindlichkeiten	61,2	0,6	76,9	0,7	-15,7	-20,5
Sonstige Verbindlichkeiten	54,4	0,5	32,9	0,3	21,5	65,5
<b><u>Summe Verbindlichkeiten</u></b>	280,9	2,7	248,2	2,3	32,7	13,2
<b><u>Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>	8,4	0,1	0,0	0,0	8,4	*,*
<b><u>Summe Passiva=Gesamtkapital</u></b>	<b>10.332,1</b>	<b>100,0</b>	<b>10.658,5</b>	<b>100,0</b>	<b>-326,4</b>	<b>-3,1</b>

### B.3.3 Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2015		Bilanz zum 31.12.2014		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	6.568,6	63,6	7.161,8	67,2	-593,2	-8,3
Finanzanlagen	1.002,3	9,7	2,3	0,0	1.000,0	*,*
<b><u>Summe Anlagevermögen</u></b>	<b>7.570,9</b>	<b>73,3</b>	<b>7.164,1</b>	<b>67,2</b>	<b>406,8</b>	<b>5,7</b>
Forderungen	210,3	2,0	179,0	1,7	31,3	17,5
Sonstige Vermögensgegenstände Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	8,0	0,1	9,7	0,1	-1,7	-17,7
<b><u>Summe Umlaufvermögen</u></b>	<b>2.754,5</b>	<b>26,7</b>	<b>3.494,4</b>	<b>32,8</b>	<b>-739,9</b>	<b>-21,2</b>
<b><u>Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>	<b>6,7</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>6,7</b>	<b>*,*</b>
<b><u>Summe Aktiva=Gesamtvermögen</u></b>	<b>10.332,1</b>	<b>100,0</b>	<b>10.658,5</b>	<b>100,0</b>	<b>-326,4</b>	<b>-3,1</b>

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 326,4 T-€ (= -3,1 %) auf 10.332,1 T-€ vermindert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch die Abnahme des Sachanlagevermögens (-593,2 T-€) und die Zunahme des Finanzanlagevermögens (+1.000,0 T-€) auf nunmehr 73,3 % (Vorjahr: 67,2 %) erhöht. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 67,2 % im Vorjahr auf 63,6 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich durch Vermögensumschichtungen um T-€ 1.000,0 erhöht. Der Anteil am Gesamtvermögen beträgt 1.002,3 T-€ (= 9,7 %) und ist damit deutlich höher als im Vorjahr.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (1,3 T-€) der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 594,5 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** um 593,2 T-€ auf einen Betrag von 6.568,6 T-€ vermindert. Im Berichtsjahr wurden Wertpapiere des **Finanzanlagevermögens** i.H.v. 1.000 T-€ neu angeschafft.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 739,9 T-€ oder -21,2 % auf 2.754,5 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert im Wesentlichen aus der Umschichtung bei den liquiden Mitteln, die aufgrund Vermögensumschichtungen (+500,0 T-€) und laufender Veränderung (-769,5 T-€) aufgrund der Anschaffung von Finanzanlagevermögen i.H.v. 1.000,0 T-€. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 210,3 T-€ haben sich um 31,3 T-€ erhöht, die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich um 1,7 T-€ auf 8,0 T-€ vermindert.

Bei den Sonstigen Vermögensgegenstände haben sich die Steuerforderungen um 5,7 T-€ vermindert, die übrigen sonstigen Vermögensgegenstände dagegen um 4,0 T-€ erhöht.

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 2.536,2 T-€ (Vorjahr: 3.305,7 T-€) und nahmen damit um 769,5 T-€ ab.

**Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** waren zum Bilanzstichtag i.H.v. 6,7 T-€ auszuweisen (Vorjahr: 0,0 T-€).

### B.4 Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran, darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 ist kaum Leerstand zu verzeichnen. Die Auslastung beträgt 99,51 %, wobei der Jahresdurchschnitt bei 99,28 % liegt.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

Life Sciences (Biotechnologie)	58,83%,
Services	17,65%,
Ingenieurdienstleistungen	11,76%,
Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	5,88%,
Nanotechnologie	5,88%.

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 17 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.<sup>1</sup>

## C. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§ 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet:

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB zu berichten wäre.

## D. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2016 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2017 bis 2021 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Umsatzerlöse	Aufwendungen	neutrales Ergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2016	1.831	1.827	6	+10
2017	1.831	1.832	6	+5
2018	1.811	1.867	6	-50
2019	1.831	1.838	6	-1
2020	1.831	1.838	6	-1
2021	1.831	1.838	6	-1

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt nach wie vor als eher risikobehaftet eingeschätzt.

<sup>1</sup> Für das Berichtsjahr besteht weiterhin der Sachstand, dass durch das Protokoll des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 9. Juli 2010 (Punkt 2.5) die Verweildauer von Unternehmen in Technologie- und Gründerzentren (TGZ) neu spezifiziert wurde. Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben. Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen eines Unternehmens aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Anlass hierfür bieten einerseits die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierten Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Dem Aufgabenspektrum der Bio-Zentrum Halle GmbH als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind Chancen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Rahmenbedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der im Berichtszeitraum entwickelten Zukunftsstrategie wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert. Nun gilt es, diese Strategie in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Bio-Zentrum Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2016 das Ziel der Ansiedlung von ein bis zwei technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Des Weiteren soll die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen intensiviert und die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) und der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch die Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der Bio-Zentrum Halle GmbH sind insbesondere unternehmensindividuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen zu betrachten, insbesondere die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist unklar, in welchem Umfang sich die Suche eines forschungsbasierten Biotechnologieunternehmens nach einem Produktionsstandort auf dessen Fortbestand am Standort auswirkt. Eine der Standortoptionen für die Produktion ist eine der Flächen im Technologiepark Weinberg Campus. Sollte es nicht gelingen, diese Produktionsstätte am Standort anzusiedeln, besteht ggf. das Risiko eines Auszugs des Forschungsbereichs des Unternehmens. In diesem Falle bestünde ab 2018 das Risiko eines erheblichen Leerstandes.

Um diesem Risiko zu begegnen, wird die Geschäftsleitung die Unternehmen bei der Investorensuche sowie bei der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Bio-Zentrum Halle GmbH. Als Leitlinien hierfür wird die Geschäftsleitung Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Ziel ist eine nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

In diesem Zusammenhang steht 2016 die abschließende Diskussion und der Beschluss des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die Bio-Zentrum Halle GmbH und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient diesbezüglich die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten im kommunalen Innovationsschwerpunkt Life Sciences ebenso wie die Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder die Abwanderung der Unternehmen vom Standort oder sogar deren Insolvenz vorprogrammiert.

Aufgrund der alternden Infrastruktur ist mittelfristig mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der Bio-Zentrum Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2016 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllt werden können.

## **E. Chancen- und Risikobericht**

### **E.1 Chancenbericht**

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der Bio-Zentrum Halle GmbH als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Life Sciences und Biotechnologie sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zur Zeit eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Bio-Zentrum Halle GmbH besteht die diesbezügliche Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Insbesondere Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen im Bereich Biotechnologie / Life Sciences verfügen aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf. Chancen für die Bio-Zentrum Halle GmbH bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen Bereich als auch in der Verbindung mit weiteren Technologieschwerpunkten, insbesondere in der IT und Softwareentwicklung. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck kooperiert die Bio-Zentrum Halle GmbH eng mit der TGZ Halle GmbH, die aktuell Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umbaut, welche wiederum in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen, u.a. im biotechnologisch / pharmazeutischen Bereich fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den Jahren 2016/2017 als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den relevanten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Bio-Zentrum Halle GmbH liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dem entsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der im Berichtszeitraum gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH entwickelten Zukunftsstrategie, die es in den Folgejahren umzusetzen gilt.

## E.2 Risikobericht

Die im Schwerpunkt auf die Bio- / Life-Sciences ausgerichtete Bio-Zentrum Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" insbesondere einem bestandsgefährdenden Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im nationalen und internationalen Wettbewerb zur Folge. Positiv für die Bio-Zentrum Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke Halle zu werten, die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks Weinberg Campus zu stabilisieren und gemeinsam mit der Bio-Zentrum Halle GmbH und weiteren Partnern ein Pilotprojekt zur Energieeffizienz umzusetzen.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.
- Aktuell ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.
- Bedingt durch eine insbesondere für innovative Firmen aus der Bio- und Nanotechnologie sowie angrenzenden Gebieten eher schwierige konjunkturelle Lage, verschlechtern sich deren wirtschaftliche Perspektiven in Deutschland weiter.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Bio-Zentrum Halle GmbH unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Dieses gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus der im Berichtszeitraum durchgeführten Mieterbefragung und aus Diskussionsforen zur Standortentwicklung.

Die dargestellten Risiken können kurz- und mittelfristig zu Mietausfällen führen und damit das Fortbestehen des Unternehmens gefährden. In der Stadt Halle (Saale) bestehen erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch der Mietzins für Gewerbeflächen auch im Berichtszeitraum auf einem niedrigen Niveau stagnierte. Dieser Entwicklung und dem dadurch bedingten preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese durch den damit verbundenen Personalaufwand letztlich stetig wachsende Kosten verursachen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig.

### **E.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Der Großteil unseres Kundenstamms (Forderungen aus Lieferungen und Leistungen) setzt sich aus unseren Mietern zusammen, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten. Sofern Einzelrisiken im Sinne von Ausfall- bzw. Liquiditätsrisiken angezeigt sind, werden entsprechende Wertberichtigungen in der Rechnungslegung vorgenommen.

Unsere Verbindlichkeiten bezahlen wir innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele und soweit möglich skontiert.

Wir finanzieren uns im kurzfristigen Bereich über unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unseres Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.



## Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH & Co. KG		
<b>Haftkapital in T€:</b>	25		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

### Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Götte, Dieter

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	0	0	0	0	1	0	0	0
Umlaufvermögen	20.006	99	19.389	99	18.512	98	617	3
Rechnungsabgrenzungsposten	242	1	263	1	298	2	-21	-8

<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.248</b>	<b>100</b>	<b>19.652</b>	<b>100</b>	<b>18.811</b>	<b>100</b>	<b>596</b>	<b>3</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	19.454	96	18.715	95	17.739	94	739	4
Rückstellungen	92	0	109	1	25	0	-17	-16
Verbindlichkeiten	702	4	828	4	1.047	6	-126	-15

<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.248</b>	<b>100</b>	<b>19.652</b>	<b>100</b>	<b>18.811</b>	<b>100</b>	<b>596</b>	<b>3</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.467	3.207	1.206
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-3.305	-1.422	38
sonstige betriebliche Erträge	52	34	154
Materialaufwand	752	564	757
sonstige betriebliche Aufwendungen	723	293	306
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	14	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	739	975	334
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	739	975	334
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	739	975	334

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	13,52	30,41	27,66	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,95	5,50	1,92	%
Cash-Flow:	739	975	334	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,01	%
Eigenkapitalquote:	96,08	95,23	94,30	%
Fremdkapitalquote:	3,92	4,77	5,70	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	300,60	321,30	339,20	ha
erworbene Fläche	0,00	2,60	0,00	ha
übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
verkaufte Fläche	20,70	20,50	2,50	ha

**e) Lagebericht****A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Standortanfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge, haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt.

Ein erster Zuwendungsbescheid über die beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattete unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst eine erste Grunderschließung in Höhe von Brutto 48 Mio. € umzusetzen.

Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der nunmehr ein Erschließungsvolumen von Brutto 76,8 Mio. € beinhaltet, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Das Konzept einer weitergehenden, inneren Erschließung, das vom Stadtrat (V/2010/08893) in seiner Sitzung am 25. August 2010 entschieden wurde und mit dem in Form einer, in das Industriegebiet hinein zu führenden, engmaschigeren Ver- und Entsorgungsinfrastruktur auf eine hin zu Flächengrößen zwischen 5-30 ha veränderte Nachfrage entsprochen werden wird, wurde im Jahr 2011, nach Vorliegen eines entsprechenden Änderungsbescheides der Investitionsbank vom 08.03.2011 planerisch umgesetzt.

Im Zuge konkreter Ansiedlungsbegehren und dabei erzielter Ansiedlungserfolge zeigte sich jedoch, dass hinsichtlich der öffentlichen Erschließung von Teilflächen im Star Park weiterer Handlungsbedarf besteht, will man flächenmäßig im Bereich von 2 bis 5 ha liegende Ansiedlungen erfolgreich akquirieren. Im Angesicht eines per Ende 2013 noch verfügbaren Restbudgets aus der Erschließungsmaßnahme, Bestand hat nach wie vor das oben bereits erwähnte Gesamtbudget von 76,8 Mio. €, wurde durch die Stadt Halle entschieden, einen neuerlichen Verlängerungsantrag für den Investitionszeitraum bis zum 31.12.2014 zu stellen. Dafür lag seit dem 19.02.2014 der entsprechende Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vor.

Die vorgeschriebene Erstellung und Prüfung (externes Ingenieurbüro) des Nachweises über die Verwendung der erhaltenen Fördergelder wurde fristgerecht zum 30.06.2015 mit Einreichung bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt erledigt.

Die erhaltenen Fördermittel und die städtischen Eigenanteile an der Gesamtfinanzierung, ausgenommen die durch die EgIG gemäß Stadtratsbeschlüssen selbst beizusteuern Mittel, waren entsprechend des Ablauf- und Finanzplanes zur Erschließung in den jährlichen Haushalt der Stadt Halle eingestellt und werden der EgIG als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss entsprechend des Anfalls zu begleichernden Rechnungen zur Verfügung gestellt. Nach Abschluss der Investitionsphase Ende 2014 erfolgten in 2015 zum Projekt ausschließlich restliche finanzielle Transaktionen.

## **B. Darstellung der Lage**

Die Stadt Halle schloss im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses aus dem September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgt seitens der Stadt Halle auf der Grundlage der erteilten Zuwendungsbescheide für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und des darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil waren in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahrest ranchen als Einnahmen und Ausgaben in den städtischen Haushalt eingestellt und wurden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses jeweils rechtzeitig zur Begleichung anstehender Verbindlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Organisatorische Regelungen zur korrekten und termingerechten Abwicklung des Erschließungsvorhabens wurden und werden durch entsprechende Beschlüsse der Gesellschafterversammlung getroffen. So wurde zunächst der über Jahre ruhende Vertrag zur Projektleitung und -steuerung sowie zur Generalplanung mit der Obermeyer Albis-Bauplan GmbH aktiviert. Die bis zum 15. April 2008 in der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH als Nebentätigkeit ausgeübte Geschäftsführung wurde in eine Vollzeitstätigkeit in der Gesellschaft umgewandelt.

Dies war notwendig um zum einen die akquisitorischen Aktivitäten um Ansiedlungen fachgerecht zu begleiten und zum anderen die sich aus der beschlossenen Erschließung ergebenden planerischen Aktivitäten in Angriff zu nehmen und die sich aus dem Projekt selbst ergebenden Organisations- und Steuerungsprozesse in die Hand zu nehmen.

Die Restaktivitäten der inneren Erschließung des Star Park wurden materiell in 2014 abgeschlossen.

Im Geschäftsjahr 2015 erfolgten dazu lediglich die letzten Finanzierungen.

Insofern ist die Position „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren“ der Gewinn- und Verlustrechnung weitestgehend geprägt von den geplanten Folgeaufwendungen der öffentlichen Erschließung, soweit sie der Gesellschaft zugewiesen wurden.

Gemäß dem Stadtratsbeschluss V/2011/10049, dem vorausgegangen waren entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien der EglG wie auch bei Unternehmen der Stadtwerke, sind die fertig gestellten Anlagen entweder an die Stadt Halle als auch an verschiedene SWH-Unternehmen zu übertragen. Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind gemäß diesem Stadtratsbeschluss teilweise generell durch die Gesellschaft zu tragen oder so lange zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung können von der Gesellschaft in den Folgejahren aus den erzielten Grundstücksverkäufen finanziert werden.

Die EglG wird die Energieanlagen im Star Park auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Netzgesellschaft der EVH GmbH vorläufig weiter als Kundenanlage gemäß §3 Nr. 24a EnWG betreiben, da eine Übertragung an die Netzgesellschaft der EVH GmbH vorerst aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit des Betriebes dieser Anlagen und noch zu klärender rechtlicher Rahmenbedingungen scheitert.

Die nach der erwähnten Beschlusslage an die Stadt Halle zu übertragenden Erschließungsstraßen und Grünanlagen sind beschlusskonform mit Wirkung ab 01.01.2013 übergegangen.

Die mit diversen Landwirten abgeschlossenen Pacht- und Nutzungsverträge über die Industriegebietsflächen hatten auch im Jahr 2015 Bestand, soweit aufgrund der erschließungsbedingten Eingriffe die ursprünglich verpachteten Flächen auch tatsächlich von den Landwirten genutzt werden konnten. Die erzielten Pachteinahmen sind unter „Sonstige betriebliche Erträge“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Im Jahr 2015 konnten weitere Teilflächen mit insgesamt ca. 20,7 ha, verkauft werden. Die Erwerber starteten ihre Investitionen jeweils noch in 2015. Die mit diesen Grundstücksverkäufen verbundenen Verkaufserlöse werden im I. Quartal 2016 für die Gesellschaft liquiditätswirksam und stützen insofern die Liquidität der Gesellschaft in 2016 und folgende. Da den dabei erzielten Erlösen aufgrund der zuvor beschriebenen Effekte aus den erhaltenen Fördergeldern nur in geringen Umfang kostenwirksam auszubuchende Vermögenswerte gegenüberstehen, wird das handelsbilanzielle Ergebnis in 2015 entsprechend positiv beeinflusst.

Im Jahr 2013 konnte mit einem in Halle mit einem Werk vertretenen Unternehmen ein Vertrag abgeschlossen werden, nach dem die EglG von diesem Unternehmen im Wertausgleich ein innerstädtisches Grundstück zur weiteren Verwertung erworben hat und diesem selbst eine Fläche von 12,5 ha im Star Park für dessen strategische Planungen eines Werksneubaus veräußert hat. Nachdem alle im Notarvertrag dafür festgelegten Voraussetzungen erfüllt waren, gingen Nutzen und Lasten aus diesem Kauf- und Verkaufsgeschäft mit wirksamer Kaufpreiszahlung Anfang März 2014 an die jeweiligen Erwerber über. Der Weiterverkauf des innerstädtischen Grundstücks konnte am 08.01.2015 mit einem in Halle ansässigen Wohnungsunternehmen beurkundet werden. Der nicht unerhebliche Verkaufserlös wurde Anfang 03/2015 vereinnahmt.

Aufgrund des oben erwähnten handelsbilanziellen Effekts bei Veräußerung von Grundstücken konnte im Jahr 2015 entgegen der Planung, die einen Jahresverlust i. H. v. 841 T€ vorsah, ein positives Jahresergebnis in Höhe von 739 T€ erzielt werden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage der mit der Stadt Halle getroffenen Regelungen und aufgrund eigener Einnahmen während des gesamten Geschäftsjahres 2015 gesichert. Für die förderfähigen Erschließungskosten aus dem Star Park waren dies die vor genannten Stadtratsbeschlüsse und die darauf basierenden Mittelbereitstellungen aus dem städtischen Haushalt 2015.

Die Gesellschaft wies per 31.12.2015 einen Liquiditätsbestand i. H. v. 2.082 T€ (Vorjahr: 169 T€) aus. Die Gesellschafterversammlung der EglG trat im Jahr 2015 zweimal zusammen und befasste sich dabei insbesondere mit den Jahresabschlüssen 2014 und der Wirtschaftsplanung 2016 und der Mittelfristplanung 2016 bis 2020.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, der geschäftsführenden Gesellschaft der EglG, in seinen insgesamt 5 ordentlichen Sitzungen regelmäßig mit den wichtigen Angelegenheiten der EglG.

### **C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben**

Die Gesellschaft strebt gemäß dem festgestellten Wirtschaftsplan die vollständige Finanzierung des ihr in 2016 und auch darüber hinaus entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an.

Im Auftrag der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) wurde durch die Rauschenbach & Kollegen GmbH im September 2014 ein Unternehmenskonzept zur Neuausrichtung der EVG vorgelegt, von den zuständigen Organen in mehreren Sitzungen beraten und letztendlich mit der Feststellung des Wirtschaftsplanes 2015 bestätigt und mit der Wirtschaftsplanung 2016 fortgeschrieben.

Dieses Konzept sieht für die EVG die Übernahme der Federführung insbesondere bei der Vermarktung der Gewerbeflächen der EglG (Star Park) vor. Die dafür erforderliche Anstellung geeigneter Mitarbeiter ist inzwischen erfolgt.

Der EglG kommt insofern die ausschließliche Rolle der die Grundstücke im Star Park besitzenden Gesellschaft zu.

Mittel- bis langfristig sollen auch die als einzige Erschließungsanlagen noch bei der Gesellschaft verbliebenen Energieanlagen an die dafür im städtischen Beteiligungsportfolio zuständige Netzgesellschaft übertragen werden.

Wegen des notwendigen Anlaufes der bei der EVG neu eingerichteten Vermarktungsorganisation wurde für 2015 bei der Umsatzerlösplanung mit TEUR 1.060 aus dem wirtschaftlich wirksamen Verkauf einer Fläche an die Goodman Group ein vorsichtiger Ansatz gewählt.

Dieser Ansatz konnte, wie bereits dargelegt, deutlich übertroffen werden.

Für die Jahre ab 2016 ist pro Jahr ein Flächenverkauf von 25 ha geplant, dessen Realisierung intensivster Anstrengungen bedarf.

Die Gesellschaft selbst kann aus den zwischenzeitlich vereinnahmten Verkaufserlösen sowohl ihren eigenen laufenden Aufwand als auch den sich aus der Geschäftsbesorgung durch die EVG entstehenden Aufwand ohne Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt bestreiten.

Da das Industriegebiet markungsübergreifend geplant wurde und inzwischen auch erschlossen wurde, bedarf es diverser Regelungen zwischen der Stadt und den beteiligten Gemeinden (Landsberg, Kabelsketal), die es für den Bereich Wasser/Abwasser bereits gibt.

Diese Regelungen betreffen die Vereinheitlichung von Zuständigkeiten (z. B. Brandschutzbekämpfung, Lehrlingsausbildung etc.) im Sinne klarer Regelungen für Ansiedlungsunternehmen und eine eindeutige Zuordnung von Kosten der Erschließung, Folgekosten sowie konsequenterweise auch aller Ertragspotentiale aus der Erschließung und Vermarktung des Star Park zur Stadt Halle.

Auf der Grundlage entsprechender Gremienbeschlüsse hat sich die Gesellschaft entschlossen, ein bereits im Jahr 2013 verkauftes Grundstück im Star Park zurück zu kaufen. Grundlage dieser Rückkaufentscheidung war eine entsprechende Rückübertragungsklausel im Kaufvertrag für den Fall, dass der Erwerber des Grundstücks nicht innerhalb einer festgelegten Frist nachhaltig mit der geplanten Investition beginnt. Trotz bereits um ein Jahr verlängerter Frist bestand keine Aussicht auf eine zeitnahe zweckbestimmte Nutzung des Grundstücks. Der Erwerbsvorgang der 2,5 ha großen Fläche, für derartige Flächengrößen gibt es eine gute Nachfrage und somit entsprechende Vermarktungschancen, wurde im Januar 2016 rechtsverbindlich beurkundet.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

## Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Marktplatz 1 06108 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH		
<b>Stammkapital in T€:</b>	25		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)	<u>25</u>	<u>100,00</u>

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

### Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>		Götte, Dieter
<b>Aufsichtsrat:</b>	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Sprung, Michael Bystron, Bernhard Cierpinski, André Hintz, Katharina Nagel, Elisabeth

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	<u>8</u>	<u>8</u>	<u>5</u>

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	38	19	0	0	0	0	38	
Umlaufvermögen	160	80	152	98	166	99	8	5
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	3	2	2	1	-1	-33

<b>Bilanzsumme</b>	200	100	155	100	168	100	45	29
--------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	----

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	71	36	70	45	68	41	1	1
Rückstellungen	89	44	67	43	89	53	22	33
Verbindlichkeiten	40	20	18	12	11	6	22	122

<b>Bilanzsumme</b>	200	100	155	100	168	100	45	29
--------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	----

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	683	282	234
Personalaufwand	340	174	182
Abschreibungen	6		
sonstige betriebliche Aufwendungen	336	107	52
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1	3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	2	3
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	2	3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	2	3

### cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,82	2,84	4,38	%
Cash-Flow:	8	2	3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	137	141	117	T€
Personalaufwandsquote:	49,70	61,88	77,81	%



**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,52	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	35,72	45,42	40,69	%
Fremdkapitalquote:	64,28	54,58	59,31	%

**ee) Leistungsdaten**

keine Angaben

**e) Lagebericht****A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Bepflanzung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 erfolgte eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2015 in 5 ordentlichen Sitzungen und befasste sich regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, dem Jahresabschluss 2014 und dem Wirtschaftsplan 2016 sowie der Mittelfristplanung bis 2020 sowie insbesondere der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft.

Der Aufsichtsrat befasste sich zudem mit der Weiterführung Übertragung der Entwicklungsmaßnahme Heid-Süd durch die Stadt Halle (Saale).

**B. Darstellung der Lage**

Die Gesellschaft führte in ihrer Eigenschaft als Komplementärin der EgIG und damit in Ausübung der Geschäftsführung für diese Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015 die nach materiellen bzw. investivem Abschluss der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes Star Park im Jahr 2014 noch abzuwickelnden finanziellen Transaktionen zu Ende.

Der sich aus der mit öffentlichen Fördermitteln finanzierten Erschließungsmaßnahme ergebenden Verpflichtung zur Erstellung eines Verwendungsnachweises der erhaltenen Fördergelder kam die Gesellschaft fristgerecht zum 30.06.2015 nach.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 lag seitens des Fördermittelgebers, außer einer Eingangsbestätigung, noch keine Reaktion auf den Verwendungsnachweis vor.

Die Stadt Halle hatte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks im Jahr 2007 beauftragt. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Zuwendungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor.

In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wurde in 2014 mit der Rauschenbach & Kollegen GmbH ein Beratungsvertrag zur Erstellung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Gesellschaft und zur fachlichen Begleitung bei der Umsetzung dieses Konzeptes (siehe Abschnitt A.) abgeschlossen. Dieses Konzept liegt vor und wurde in mehreren Aufsichtsratssitzungen beraten. Die sich daraus begründende Schaffung von mehreren Mitarbeiterstellen für Akquise und Standortmarketing wurde noch in 2014 zur Stellenausschreibung geführt und das Personalauswahlverfahren wurde Anfang 2015 abgeschlossen. Dessen Ergebnisse wurden in der Sitzung des Aufsichtsrates am 17.02.2015 gebilligt.

Die mit dem Unternehmenskonzept einhergehende Unternehmensplanung für den Mittelfristzeitraum 2015-2019 wurde sowohl vom Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen, wie durch den Finanzausschuss des Stadtrates als dem nach der Hauptsatzung des Stadtrates zuständigen Gremium in dessen Sitzung am 20.01.2015 festgestellt.

Diese Planung wurde im Zuge der anstehenden Wirtschaftsplanung für 2016 und die Mittelfristplanung bis 2020 fortgeschrieben. Auch hierzu ergingen einschließlich der in der Planung berücksichtigten Aufwands- und Ertragspositionen aus der in Treuhandenschaft für die Stadt Halle ab 01.01.2016 zu übernehmenden Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd alle erforderlichen Gremienbeschlüsse.

Damit sind soweit für die Gesellschaft alle erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung des ausgearbeiteten Unternehmenskonzeptes gefasst.

Aus den gemeinsam mit der Stadt Halle im Jahr 2015 betriebenen Akquisebemühungen resultieren in 2015 zwei weitere Neuansiedlungen im Star Park auf insgesamt ca. 21 ha verkauften Flächen. Die damit einhergehenden Investitionen in die geplanten Logistikimmobilien sind zwischenzeitlich weit vorangeschritten und werden in 2016 in Betrieb gehen. Der daraus erzielte Verkaufserlös wurde inzwischen vereinnahmt.

Die EVG hat weiter zu Beginn des Jahres 2015 die Verkaufsbemühungen eines innerstädtischen, für eine attraktive Wohnbebauung vorgesehenen Grundstücksareals mit einem notariell am 08.01.2015 beurkundeten Verkaufsvertrag erfolgreich abgeschlossen.

Der sich daraus ergebende Verkaufserlös wurde Anfang März 2015 realisiert und bildet u. a. die finanzielle Grundlage für die im Zuge des Konzeptes der Neuausrichtung der Gesellschaft wesentlich ausgeweiteten Aktivitäten.

Der Jahresabschluss 2015 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1 (im Vorjahr: TEUR 2) aus. Die Struktur der Aufgaben der Gesellschaft hat sich auf Grund der Neuausrichtung im Ergebnis des bereits genannten Unternehmenskonzeptes mit der Folge geändert, dass insbesondere höhere Personalaufwendungen zu verzeichnen sind.

Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um.

Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die EglG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 1 zu.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 50 (Vorjahr TEUR 36). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2015 gesichert.

### **C.      **Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben****

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens. Im Zuge der beschlossenen Erschließung des Star Park und dessen Vermarktung wurde angesichts der damit in Zusammenhang stehenden Management-, Kontroll- und Überwachungstätigkeiten anders als noch im Jahr 2007 eine, diesen enorm gestiegenen Anforderungen angepasste, personelle und auch ansonsten organisatorische und finanzielle Ausstattung geschaffen. Die Gesellschafterversammlung hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst. Insbesondere auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom 12. März 2008 wird die Geschäftsführung der eingetretenen Entwicklung Rechnung tragend, mit Wirkung ab 16. April 2008 als ausschließliche Tätigkeit durch den bestellten Geschäftsführer ausgeübt.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EglG auch direkt zugeordnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG soweit zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, insbesondere der Erschließung des Star Park.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Um dies dauerhaft zu gewährleisten, wurde durch die zuständigen Organe der Gesellschaft insbesondere die Erarbeitung einer Konzeption zur Neuausrichtung der Gesellschaft mit dem Schwerpunkt der Akquise um Ansiedlungsunternehmen beschlossen. Über ein zu erarbeitendes und umzusetzendes Standortmarketingkonzept sowie die sich darauf begründende verstärkte Akquisetätigkeit um Ansiedlungen speziell für das Industriegebiet Star Park sind die Grundlagen zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit von EVG und EglG aus ausschließlich eigenen Mittelaufkommen zu schaffen. Die Gesellschaft schätzt ein, dass die Umsetzung des festgestellten Wirtschaftsplanes 2016 ohne Inanspruchnahme von Fremdmitteln aus den bereits realisierten und sich weiter abzeichnenden Verkaufserlösen finanziert werden können.

Die EVG hat das Erschließungsprojekt Star Park im Jahr 2014 entsprechend Bescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt investiv beendet. Die Erstellung des Verwendungsnachweises der erhaltenen Fördergelder ist per 30.06.2015 erfolgt, der Nachweis ist der Investitionsbank fristgerecht zugereicht worden.

Der Verwendungsnachweis ist durch die Investitionsbank zu prüfen, woraus sich bei aller an den Tag gelegten Sorgfalt bei der förderrechtskonformen Umsetzung des Erschließungsprojektes nicht prognostizierbare Forderungen auf Rückführung gewährter Fördergelder ergeben können, die allerdings dem Zuwendungsempfänger Stadt Halle angelastet werden würden.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2016 und der Mittelfristplanung bis 2020 wurde in den Gremien der Gesellschaft über die weitere Umsetzung des in 2014 ausgearbeiteten neuen Geschäftsmodells beraten und die darin integrierte Ergebnis- und Aufwandsplanung fortgeschrieben.

Die darin insgesamt für die EVG und in deren Verantwortung vorgesehenen Aufgaben stehen hinsichtlich deren Umsetzung unter dem Vorbehalt eines der Stadt Halle durch den Stadtrat aufgetragenen Gesamtwirtschaftskonzeptes der Stadt Halle und einer entsprechenden Feststellung durch den Stadtrat.

Dieses Gesamtwirtschaftskonzept befand sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 noch im Gremienumlauf des Stadtrates.

Die EVG hat auf der Grundlage eines ergangenen Stadtratsbeschlusses mit der Stadt Halle einen Vertrag zur Übernahme und Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd abgeschlossen und hat mit Wirkung ab 01.01.2016 die sich daraus begründenden Aktivitäten aufgenommen.

Die Gesellschaft wird diese Aufgabe mit eigenen Ressourcen und unter Einbindung eines externen Dienstleisters zu einem mit der Stadt Halle vertraglich vereinbarten, kostendeckenden Entgelt ausführen.

Insgesamt wird damit von einem tragfähigen Bestand des Unternehmens im Mittelfristzeitraum ausgegangen.

## MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH		
<b>Stammkapital in T€:</b>	25		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

### Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>		Nowak, Andreas	
<b>Aufsichtsrat:</b>	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	(seit 16.06.2015 stellv. Vorsitzende)
		Ahrens, Steffen	
		Boßmann, Claus Peter	
		Dr. Fikentscher, Rüdiger	
		Krischok, Marion	
		Loeser, Tony	
		Raszat, Leif	(seit 24.04.2015)
		Sund, Sven	

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	8	10	7

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	10.284	93	6.406	85	6.212	95	3.878	61
Umlaufvermögen	809	7	1.156	15	330	5	-347	-30
Rechnungsabgrenzungsposten	24	0	0	0	0	0	24	

<b>Bilanzsumme</b>	<b>11.117</b>	<b>100</b>	<b>7.562</b>	<b>100</b>	<b>6.542</b>	<b>100</b>	<b>3.555</b>	<b>47</b>
--------------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	863	8	1.084	14	1.217	18	-221	-20
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	9.012	81	5.315	70	4.307	66	3.697	70
Rückstellungen	388	3	436	6	373	6	-48	-11
Verbindlichkeiten	852	8	725	10	644	10	127	18
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	0	1	0	0	0

<b>Bilanzsumme</b>	<b>11.117</b>	<b>100</b>	<b>7.562</b>	<b>100</b>	<b>6.542</b>	<b>100</b>	<b>3.555</b>	<b>47</b>
--------------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	403	361	396
sonstige betriebliche Erträge	361	607	1.867
Materialaufwand	0	0	-3
Personalaufwand	264	266	265
Abschreibungen	330	334	500
sonstige betriebliche Aufwendungen	373	488	2.312
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	3	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-208	-121	-813
außerordentliche Aufwendungen	0	0	5
außerordentliches Ergebnis	0	0	-5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	13	12	29
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-221	-133	-847
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-221	-133	-847

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-54,80	-36,82	-213,65	%
Eigenkapitalrentabilität:	-20,37	-10,93	-41,04	%
Cash-Flow:	109	201	-347	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	191	242	754	T€
Personalaufwandsquote:	34,52	27,48	11,70	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,51	84,71	94,96	%
Eigenkapitalquote:	7,76	14,33	18,60	%
Fremdkapitalquote:	92,24	85,67	81,40	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
vermietbare Fläche	3.700,00	3.700,00	3.700,00	m <sup>2</sup>
Auslastung	98,20	97,90	92,80	%

**e) Lagebericht****I. Darstellung des Geschäftsverlaufs****1. Gesamtentwicklung**

Schwerpunkte im Geschäftsjahr 2015 waren neben der kontinuierlichen Auslastung der zur Verfügung stehenden Büroräume (ca. 3.700m<sup>2</sup>), die Wiederherstellung der Postproduktionsräume, insbesondere der Kinomischung und des Abnahmestudios. Hiervon war vorrangig die Ebene 0 in den Gebäudeteilen Kubus und im Schwebekörper betroffen. Im Einzelnen wurden der ehemalige Mehrzwecksaal (Kino), die Veranstaltungsräume und die Flächen der Cafeteria umgebaut und den neuen Funktionen zugeordnet. Als präventive Hochwasserschutzmaßnahme wurden u.a. auch die haustechnischen Anlagen in diese Flächen integriert. Weitere raumluftechnische Anlagen konnten auf dem Dach des Kubus installiert werden. Nach Fertigstellung der Studiobereiche wurde diese dem Fachpublikum am 06. Oktober 2015 unter reger Beteiligung präsentiert.

Der Aufsichtsrat hat in insgesamt fünf ordentlichen Sitzungen die Entwicklung des Mitteldeutschen Multimediazentrums begleitet und die Geschäftsführung unterstützt und beraten. Neben Beratungen zu den einzelnen Maßnahmen, wurden alle nötigen Freigaben zur Beauftragung der anstehenden Bauarbeiten unter Einbeziehung der Projektsteuerung dem Gremium erläutert und durch dieses beschlossen.

Der Jahresabschluss 2015 schließt bei einer Bilanzsumme von 11.117.084,77 Euro und mit einem Jahresdefizit von 220.776,80 Euro ab. Als Ursachen für das Jahresdefizit sind die hochwasserschadensbedingt fehlenden Umsätze aus der Kinomischung, der Tiefgarage, dem Veranstaltungsbereich und der eingeschränkten Vermietung zu benennen. Umsatzerlöse konnten demzufolge nur aus der Vermietung von Büroräumen erzielt werden, die nicht vom Hochwasser betroffen waren. Dieser Situation wurde mit einer konsequenten Kostenreduzierung entgegengetreten.

Ein Verwaltungskostenzuschuss wurde seitens der Gesellschafterin im Geschäftsjahr 2015 nicht gezahlt (Vorjahr 170.000 Euro).

Am Ende des Geschäftsjahres beschäftigte die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH fünf Personen. Davon ist eine Mitarbeiterin zu 100 Prozent über die Mitteldeutsche Medienförderung und die Investitionsbank Sachsen – Anhalt kofinanziert und ausschließlich für den Film Commission Service Sachsen-Anhalt tätig. Der seit 01.01.2013 bestehende und ursprünglich auf zwei Jahre befristete Vertrag, wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2016 verlängert.

Die Rückzahlungsfrist des gewährten Gesellschafterdarlehens (Flutsoforthilfe) in Höhe von 500 TEUR wurde am 08.07.2015 durch die Gesellschafterin verlängert. Darüber hinaus wurde dem Unternehmen ein Darlehen in Höhe von 100.000 Euro durch die Saalesparkasse bereitgestellt. Ein weiteres Darlehen der Saalesparkasse über 100.000 Euro wurde für 2017 in Aussicht gestellt.

Die ausgereichten finanziellen Mittel dienen der Überbrückung des Wiederherstellungszeitraumes und sind beginnend ab dem Jahr 2020 zurückzuzahlen.

**1.1. Ertragslage**

Aufgrund der fehlenden Umsatzsäule Tiefgarage und erster Umsätze aus der Kinomischung in Höhe von 18 TEUR, beziffert sich der Gesamtumsatz im Jahr 2015 auf 403 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum konnten die Umsätze um 42 TEUR (Vorjahr 361 TEUR) gesteigert werden. Die Vermietung von Büroräumen konnte erhöht werden, da die Auslastungsquote nochmals höher als im Jahr 2014 lag.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 220.776,80 Euro.

**1.2. Finanzlage**

Im Berichtsjahr 2015 verringert sich der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit um TEUR 214,5 auf TEUR -134,6 (Vorjahr 79,9 TEUR).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-4.207 TEUR) lag um 3.679 TEUR über dem Vorjahreswert (-528 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit erhöhte sich um 2.777 TEUR (Vorjahr 1.269 TEUR) auf TEUR 4.046 und speist sich aus Einzahlungen von Investitionszuschüssen von TEUR 3.214 (Vorjahr TEUR 969), Einzahlungen von Versicherungserstattungen von TEUR 733 (Vorjahr TEUR 300) und einer Kreditaufnahme bei der Saalesparkasse von TEUR 100 (Vorjahr TEUR 0).



Die Zahlungsmittel waren mit 765 TEUR gegenüber dem 31. Dezember 2014 (Vorjahr TEUR 1.062) um 297 TEUR geringer.

Aufgrund der Verlängerung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 500 TEUR und der Finanzierung der Saalesparkasse, ist die Gesellschaft weiter in der Lage das laufende operative Geschäft zu führen.

### **1.3. Vermögenslage**

Im Vergleich zum Jahr 2015 erhöht sich die Bilanzsumme um 3.555 TEUR auf 11.117 TEUR.

Im langfristigen Vermögen erhöhen sich die Sachanlagen im Wesentlichen durch den Wiederaufbau. Investitionen wurden in Höhe von 4.208 TEUR getätigt, welche hauptsächlich Architekten-, Planungs- und Projektsteuerleistungen für den ersten Projektabschnitt beinhalten.

Der Rücklagenanteil Sonderposten erhöht sich durch die Zuführung des Sonderpostens „Aufbauhilfe Hochwasser“ in Höhe von 3.174 TEUR. Inclusive der Auflösung für bereits geförderte Anlagegüter beträgt der Sonderposten zum Jahresende 9.013 TEUR (Vorjahr 5.316 TEUR).

Die Rückstellungen verringern sich gegenüber dem Vorjahr (436 TEUR) um 48 TEUR auf 388 TEUR.

Die Verbindlichkeiten steigen gegenüber dem Vorjahr (725 TEUR) um 126 TEUR. Grund hierfür ist die Aufnahme eines Darlehens bei der Saalesparkasse in Höhe von 100 TEUR.

## **2. Nachinvestitionen zur Gebäudeoptimierung und Entlastung der betriebs-wirtschaftlichen Situation im MMZ**

Im ersten Projektabschnitt der Wiederherstellung wurden die Flächen auf der Ebene 0 im Schwebekörper und im Kubus umgebaut, um sie als Studio – und Technikflächen nutzen zu können. Dabei wurden u. a. zwei Etagen im Atrium des Kubus mit Zwischendecken versehen. Diese Maßnahme trägt auch zur Reduzierung der Wärmekosten bei. Als präventiver Hochwasserschutz kann die Verlegung der neuen Technikzentrale in die Räume der ehemaligen Cafeteria und des Konferenzraumes gesehen werden. Alle notwendigen Neuinstallationen der hochwertigen Haus- und Tontechnik konnten somit hochwassersicher untergebracht werden. Eine autarke Anlage auf dem Kubusdach versorgt ab diesem Jahr das Tonstudio mit Kälte und Frischluft. Mit der neuen dezentralen Versorgungstechnik können zukünftig die Räumlichkeiten bedarfsorientiert versorgt werden.

Auch für den zweiten Projektabschnitt der Wiederherstellung besteht grundsätzlich der Anspruch alle haustechnischen Anlagen aus den durch das Hochwasser 2013 betroffenen Untergeschossen zu entfernen (soweit dies möglich ist). Vorbereitend wurden Machbarkeitsstudien beauftragt und Untersuchungen unternommen, um zu prüfen, welche Stellen geeignet sind, um die durch den Umbau und das Hochwasser verlorenen Mietflächen neu errichten zu können. Dabei wurden insbesondere die beiden Plateauflächen als geeignete Standorte identifiziert. Ergänzend können auch Nutzungen im ersten Untergeschoss erfolgen. Hierzu muss jedoch zunächst für einen ausreichenden Hochwasserschutz gesorgt werden, was u. a. durch raumtechnische Installationen in den Deckenflächen realisiert werden kann. Diese Fläche kann auch als Veranstaltungsbereich mit mobiler Möblierung genutzt werden. Mit der geplanten Flächen- und Nutzungsoptimierung kann die Zielstellung der nachhaltigen Reduzierung von Bewirtschaftungskosten weiter verfolgt werden.

## **3. Vermietungsgeschäft**

Die Nachfrage nach Büroräumen im Mitteldeutschen Multimediazentrum im Jahr 2015 war wie auch im Vorjahr sehr hoch. Insbesondere die Vermietung von kleinen Büroeinheiten (ca. 20 m<sup>2</sup>) erfreute sich ungebrochen großer Beliebtheit. Erfreulicherweise konnte die Auslastungsquote trotz der begonnen Bauarbeiten konstant hoch gehalten werden. Obwohl weiterhin große Teile der vermietbaren Fläche fehlen, stehen dem MMZ aktuell ca. 3.700 m<sup>2</sup> vermietbare Fläche zur Verfügung. Die durchschnittliche Leerstandsquote im Berichtszeitraum lag bei 1,8 % (Vorjahr 2,1).

### 3.1. Arbeits- und Büroflächen

Büro – und Arbeitsflächen von ca. 3.600 m<sup>2</sup> stehen aktuell nur in den Obergeschossen des Schwebekörpers und des Kubus zur Verfügung. Unter Berücksichtigung der reduzierten Fläche, lag die Auslastung im Geschäftsjahr 2015 dennoch bei durchschnittlich 98,2%. Dieser Wert entspricht einer Erhöhung von 0,3 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2014 (97,9%). Die durchschnittlichen Mieterlöse pro m<sup>2</sup> konnten mit 4,42 Euro im Vergleich zum Vorjahr (4,32 Euro) nochmals gesteigert werden. Die Ursache hierfür liegt in dem Abschluss von Staffelmietverträgen.

### 3.2. Produktionsbereiche

Mit Fertigstellung der Studiobereiche konnten im vierten Quartal 2015 erste Umsätze in Höhe von 18 TEUR erzielt werden. Der geplante Umsatz in Höhe von 52 TEUR konnte aufgrund von Projektverschiebungen nicht erreicht werden.

### 3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Auch im Jahr 2015 standen der Gesellschaft – mit Ausnahme des Panoramasaals (ca. 100 m<sup>2</sup>) – keine Veranstaltungsräume zur Verfügung. Erfreulicherweise konnten dennoch Umsätze in Höhe von 19 TEUR im Bereich der Funktionsräume erzielt werden. Auch die Vermietung des Sheddachraumes als Produktionsraum für Internetfotographie konnte zur Umsatzerhöhung beitragen. Die übrigen Räume in der Ebene 0 (Plateau) wurden mit der Realisierung des ersten Bauabschnittes umfunktioniert: Der ehemalige Konferenzraum beherbergt nunmehr haustechnische Anlagen. Im ehemaligen Kongresssaal entstanden neue Arbeitsräume und ein Grading-Studio zur Bildbearbeitung. Der Mehrzwecksaal (ehemals Kino) wurde ebenfalls umgebaut und dient künftig als Kinomischung (Multifunktionsstudio Bild + Ton).

### 3.4. Cafeteria

Zukünftig werden die Flächen der ehemaligen Cafeteria als zentraler Haustechnikbereich verwendet. Die Kälte-, Wärme- und Lüftungszentralen sind für die Zukunft hochwassersicher untergebracht. Zur Versorgung der Veranstaltungsbereiche im ersten Untergeschoss werden in der weiteren Planung notwendige Räume zur Vorbereitung der gastronomischen Betreuung berücksichtigt.

### 3.5. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Ebenso wie im Vorjahr konnten im Berichtszeitraum keine Umsätze durch den „Betrieb“ der Tiefgarage erzielt werden, da diese infolge des Hochwassers 2013, nach wie vor nicht nutzbar ist. Eine Wiederinbetriebnahme ist erst mit Umsetzung des zweiten Projektabschnitts möglich.

## 4. Netzwerk- und Projektarbeit

Im Jahr 2015 wurde die Netzwerk- und Projektarbeit auf die im Konzept zur Fortführung des MMZ formulierten Ziele konzentriert. So wurde u. a. die Zusammenarbeit mit dem Dienstleistungszentrum für Wirtschaft und Wissenschaft sowie städtischen Beteiligungsgesellschaften, wie der TGZ- Halle GmbH und der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH neu strukturiert. Darüber hinaus wurden die Anstrengungen zur Unterstützung der Software- und Games-Industrie / ITK intensiviert. Zu diesem Zweck wurde die Gesellschaft Mitglied im Verband der IT- und Multimediaindustrie Sachsen-Anhalt e.V. [VITM] und Unterstützer des „Web-Montags“ (Ein Stammtisch für Programmierer und Softwareentwickler).

Mit der im MMZ durchgeführten science2movie Academy, welche im Rahmen der science2media-Initiative stattfand, wurde die Zusammenarbeit mit dem Department für Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg vertieft und die Ausbildung junger Filmstudenten gefördert. Einer der Filme, der in der dreitägigen Academy entstanden ist, hat einen Preis auf dem ersten Foresight-Filmfestival (FFF) gewonnen. Das FFF wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und ebenfalls von der Gesellschaft unterstützt.

Höhepunkt des Jahres war die Wiedereröffnung der MMZ-Studios im September 2015. Die Wiederinbetriebnahme wurde von einer Reihe verschiedener Veranstaltung begleitet, welche dazu dienten unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen und die Studios in der Branche bekannt zu machen. In diesem Zusammenhang ist die „Branchenpräsentation am 6. Oktober 2015 hervorzuheben. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit zahlreichen Partnern der regionalen und überregionalen Filmbranche organisiert sowie finanziert. Mit fast 190 anwesenden Gästen war es die größte Veranstaltung seit Bestehen der Gesellschaft.

Neben den genannten Punkten engagierte sich die Gesellschaft weiterhin im Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], in der International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], im Sachsen-Anhalt Medien e.V. [SAM] und im Bundesverband mittelständische Wirtschaft [BVMW]. Darüber hinaus wurden zahlreiche Projekte und Initiativen von Kooperationspartnern wie der Univations GmbH, den Wirtschaftsunioren Halle (Saale) e.V., dem Department für Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther Universität Halle - Wittenberg, der Studio Halle GmbH oder des Kompetenzzentrums Kultur- & Kreativwirtschaft des Bundes unterstützt.

## **II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung**

### **1. Gesamtentwicklung**

Nachdem das Konzept „zur Fortführung des MMZ“ im Jahr 2014 mit Hilfe mehrere Institutionen und Gremien erarbeitet und verabschiedet wurde, konnten die in der ersten Projektphase geplanten Schritte in Bezug auf die inhaltlichen Schwerpunkte umgesetzt werden. Auch bei der weiteren Planung werden die sich bietenden Möglichkeiten zur Optimierung genutzt. Ebenso fließen die Erfahrungen der letzten Betriebsjahre und aktuelle sowie künftige Entwicklungen in der Medienbranche in den laufenden Prozess ein.

Ein erster Schritt wurde mit der Wiederherstellung der Kinoton- und Bildbearbeitungsstudios gemacht. Die neue Kinomischung ist aktuell das einzige Studio in Deutschland, das die Dolby Atmos Premium Standards erfüllt. Ab dem Jahr 2016 wird die nationale und internationale Vermarktung der Studios einen hohen Stellenwert in der Unternehmensausrichtung haben. Speziell gilt es, mit den Partnern die Auslastungsquote zu steigern und die Postproduktionskette zu komplettieren.

Für die weitere Wiederherstellung des Multimediazentrums wurden seit Ende 2015 die Planungsleistungen für den zweiten Projektabschnitt begonnen. Durch die erforderliche Ausschreibungsprozedere konnten qualifizierte Planer und Fachfirmen gewonnen werden, die bis Ende des ersten Quartals 2016 die Entwurfsplanung erstellen. Diese bildet die Grundlage zur Qualifizierung des bereits vorliegenden Fluthilfeantrages, welcher bis Mitte 2016 durch das Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen Anhalt zu prüfen und anschließend durch die Investitionsbank Sachsen – Anhalt zu bescheiden ist.

Kernpunkte der Planung werden die Herrichtung der Untergeschosse, insbesondere der Ebenen -1 und - 2 sowie die beiden geplanten Aufbauten auf den Plateaus sein. Im zeitlichen Ablauf muss die Nutzung der Tiefgarage mit sehr hoher Priorität verankert werden. Zum einen ist dies der prekären Parkplatzsituation geschuldet und zum anderen bilden die Einnahmen aus der Stellplatzvermietung eine tragende Säule im Finanzierungskonzept der Gesellschaft. Durch den Rückbau der ehemaligen Studio-, Lager- und Technikbereiche im zweiten Untergeschoss, könnte die Zahl der Tiefgaragestellplätze erhöht werden.

Im ersten Untergeschoss werden künftig die neuen Veranstaltungsflächen, Probenräume, ein Coworking- Bereich und einige Büros untergebracht sein. Der Veranstaltungsbereich wird als neues Kongresszentrum geplant. Die bisherige Vermischung zwischen Veranstaltungs-, Miet- und Produktionsbereichen wird es dann nicht mehr geben. Ein separater Zugang trennt den Ort für Veranstaltungen zukünftig vom allgemeinen Tagesgeschäft. Die Flächenstruktur im ersten Untergeschoss bündelt so die Räume in einem attraktiven und organisatorisch gut strukturierten Umfeld. Toiletten und Versorgungsbereiche befinden sich ebenfalls in unmittelbarer Nähe.

So können die Raumstrukturen mit mobilen Trennwänden jeder Tagungssituation angepasst werden und lassen Veranstaltungen bis zu 300 Personen zu. Der Vorbereich mit Ausblick auf den neu errichteten Uferbereich und den Bootsanleger (Hochwasserschutz objektseitig integriert) rundet den Tagungsambiente ab. Die Variabilität des Interieurs und der technischen Ausstattung soll die aktuellen Standards erfüllen und den größtmöglichen Nutzen für künftige Veranstalter bieten.

Die Vernetzung von strategischen Partnern und die Bildung von Allianzen werden dabei als unterstützende Funktionen gesehen. Die Existenzgründerberatung und das Herstellen von Erstkontakten zählen dabei ebenso dazu, wie die Projektarbeit. Diese wird weiter mit dem Ziel betrieben, das MMZ und den Standort Halle (Saale) langfristig als erfolgreichen Medienstandort zu etablieren und zu stabilisieren.

Grundsätzlich orientiert sich das Mitteldeutsche Multimediazentrum bei der weiteren Ausrichtung an den Anforderungen der Entwicklungsbranchen Medientechnologie und IT sowie der Postproduktion von Kinofilmen. Die Branchenanforderungen wurden aus der Studie „Spezifische Anforderungen an Unternehmen der Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt“ abgeleitet. Die in 2011 durch das Institut für Unternehmensforschung und Unternehmensführung an der Martin-Luther-Universität durchgeführte Studie, gibt im Ergebnis einen guten Überblick über die Struktur der Branche und über wichtige „hard- und soft-skills“. Als Wachstumsbranchen wurden insbesondere der Bereich Software- und Games-Industrie / ITK sowie die Filmwirtschaft herausgehoben. Als Handlungsfelder wurden bei diesen Branchen insbesondere die Bereitstellung von Räumen und Infrastruktur, Unterstützung bei Akquise und Auftragsentwicklung sowie die Aus- und Weiterbildung von Personal identifiziert. Neben der privaten Verankerung spielen vorhandene Geschäftskontakte sowie das Vorhandensein eines Netzwerkes eine besondere Rolle bei den weichen Standortfaktoren. Bei den harten Faktoren stehen vorrangig eine gute Infrastruktur mit niedrigen Miet- bzw. Objektkosten, die Nähe zu potentiellen Kunden und der Universität mit den Forschungseinrichtungen im Vordergrund. Die Rahmenbedingungen und Anforderungen wurden entsprechend im Wirtschaftskonzept der Stadt Halle (Saale) berücksichtigt.

## 2. Vermietungsgeschäft

Mit einer Fokussierung auf die Teilbranchen Filmwirtschaft, Software- Online- Segment und Grafik- und Kommunikationsdesign, wird das Mitteldeutsche Multimediazentrum sein Profil weiter schärfen und insbesondere den Wachstumsbranchen den notwendigen Raum zur Entwicklung geben. Der Schwerpunkt in der Vermietung wird weiterhin darin liegen, den Bedarf an kleinteiligen Büroflächen von ca. 20 m<sup>2</sup> zu decken. In diesem Zusammenhang sind nach wie vor die Förderrichtlinien der Europäischen Union zu beachten. Diese sehen vor, dass die Vermietungsdauer auf höchstens acht Jahre begrenzt ist. Demnach werden auch in den kommenden Jahren weitere Mieter das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle verlassen müssen. Allerdings wurden hier seitens des Fördermittelgebers die Restriktionen gelockert, sodass eine längere Mietdauer unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist. Entsprechende Anträge werden in Abstimmung mit den Mietern bei der Investitionsbank Sachsen – Anhalt eingereicht. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Entwicklung der Filmförderung in Mitteldeutschland, da diese einen maßgeblichen Einfluss auf die Auslastung der Postproduktionsbereiche im MMZ hat.

## 3. Bewirtschaftung der Immobilie

In den kommenden Jahren werden die Themen Hochwasserschutz, Wiederherstellung der Infrastruktur und Optimierung des Geschäftsbetriebes eine zentrale Rolle einnehmen. Bedarfsanpassungen und Modernisierungen von technischen Anlagen werden damit einen großen Einfluss auf die Struktur der Immobilie haben. Zahlreiche Optimierungen und Modernisierungen können durch den Um- und Wiederaufbau realisiert werden, die sich künftig positiv auf die Bewirtschaftungskosten auswirken sollten. Darüber hinaus ergeben sich innerhalb des Konzerns Stadt Halle (Saale) neue Kooperationsmöglichkeiten und Synergieeffekte. Für die Gesellschaft bleibt die Zuschussfreiheit dabei oberste Zielstellung.

Die seitens der Geschäftsführung erstellte Wirtschaftsplanung 2016 bis 2022 geht dabei von einer positiven Entwicklung der Geschäftsfelder aus. Voraussetzungen hierfür bleiben die Bewilligung und Ausreichung der Fluthilfen im angezeigten Zeitraum. Die Gesamtwiederherstellung soll dabei Ende 2018 / Anfang 2019 abgeschlossen sein. Weitere Voraussetzung ist, dass der Mietbestand während der Bauzeit erhalten bleibt.

## 4. Aus der Investitionstätigkeit resultierende betriebswirtschaftliche Risiken

### Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Der seit 2008 anhängige Rechtsstreit (Honorarstreit) mit dem ehemaligen Architektenbüro ist bisher nicht durch das Gericht entschieden worden. Das klagende Architektenbüro fordert nach nochmaliger Korrektur (Juni 2012), eine Schlusszahlung in Höhe von nunmehr 527.462 Euro zzgl. acht Prozentpunkte Zinsen über dem Basiszinssatz, seit dem 10. November 2006. Die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH geht, nach intensiver Prüfung der Resthonoraranprüche des Architekten, weiterhin von einer Überzahlung in Höhe von 245.000 Euro aus. Konsequenterweise hat die Gesellschaft diese Ansprüche widerklagend geltend gemacht. Die Widerklage wurde bereits im Dezember 2011, um die Mängelbeseitigungskosten in Höhe von 204.739,77 nebst Zinsen und Rechtsanwaltskosten, aus dem selbstständigen Beweissicherungsverfahren, in Bezug auf die mangelhaften Kipfenster im Gebäudeteil Schwebekörper, ergänzt. Nach der mündlichen Verhandlung am 17.06.2015 erging am 05.08.2015 der Hinweisbeschluss des Gerichtes. In diesem regt das Gericht Vergleichsverhandlungen an. Zur genaueren Beurteilung des Hinweisbeschlusses hat die Geschäftsführung die Rechtsvertretung umgehend angefragt. Diese bat wiederum das Gericht um Konkretisierung der Vergleichsvorstellungen. Eine Antwort steht zum Berichtszeitpunkt noch aus. Das Gericht zeigte an, frühestens Anfang 2016 einen entsprechenden Vergleichsvorschlag unterbreiten zu können.

Straßenausbaubeitrag Mansfelder Straße

Am 12. Mai 2014 ging ein Bescheid des Straßen- und Tiefbauamts der Stadt Halle (Saale) ein, in welchem die Gesellschaft aufgefordert wurde einen Straßenausbaubeitrag, für den „Ausbau der Verkehrsanlage Mansfelder Straße zwischen Schieferbrücke und Ankerstraße“, in Höhe von 157.336,42 EUR zu zahlen. Aufgrund der finanziellen Situation nach dem Hochwasser 2013 wurde am 22. Mai 2014 durch die Gesellschaft ein Antrag auf Erlass der Beitragsschuld gestellt. Nach intensiver Prüfung seitens des Fachbereichs Bauen der Stadt Halle (Saale) wurde gemäß der Stundungsverfügung vom 20.10.2015 der Erlass der Straßenausbaubeitragsforderung abgelehnt. Der Straßenausbaubeitrag in Höhe von 157.336,42 Euro wird bis zum 31.12.2015 gestundet. Beginnend ab dem 01.01.2016 wird die Forderung in 62 monatlich fälligen Raten zu je 2.500,00 Euro und einer Schlussrate in Höhe von 2.336,42 Euro getilgt. Die Stundung wird zinsfrei gewährt.

**III. Besondere Vorgänge nach dem Abschlussstichtag**

Wesentliche Vorgänge nach dem Abschlussstichtag haben sich nicht ereignet.

## Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
 Marktplatz 13  
 06108 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 25

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

#### Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

#### Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Voß, Stefan

### c) Beteiligungen

<b>unmittelbar</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	45	13	59	20	64	19	-14	-24
Umlaufvermögen	291	85	223	78	259	75	68	30
Rechnungsabgrenzungsposten	6	2	5	2	20	6	1	20

<b>Bilanzsumme</b>	<b>342</b>	<b>100</b>	<b>287</b>	<b>100</b>	<b>343</b>	<b>100</b>	<b>55</b>	<b>19</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	176	51	125	44	127	37	51	41
Rückstellungen	68	20	73	25	73	21	-5	-7
Verbindlichkeiten	98	29	89	31	143	42	9	10
Rechnungsabgrenzungsposten					0	0		

<b>Bilanzsumme</b>	<b>342</b>	<b>100</b>	<b>287</b>	<b>100</b>	<b>343</b>	<b>100</b>	<b>55</b>	<b>19</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	890	764	530
sonstige betriebliche Erträge	1.181	1.169	1.164
Materialaufwand	329	284	173
Personalaufwand	780	767	756
Abschreibungen	23	27	16
sonstige betriebliche Aufwendungen	887	857	757
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	52	-2	-7
sonstige Steuern	1	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	51	-2	-8
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	51	-2	-8

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,72	-0,30	-1,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	40,80	-1,82	-5,61	%
Cash-Flow:	74	25	8	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	98	85	77	T€
Personalaufwandsquote:	37,66	39,67	44,66	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,57	16,52	13,54	%
Eigenkapitalquote:	51,48	43,55	37,11	%
Fremdkapitalquote:	48,52	56,45	62,89	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	15,00	15,00	15,00	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	69,00	63,00	59,00	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	39.937,00	34.290,00	31.035,00	Anzahl



## e) Lagebericht

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH richtete ihren Fokus im Geschäftsjahr 2015 auf die Bewerbung der Franckeschen Stiftungen als UNESCO Welterbe, die Akquisition und Betreuung neuer Reiseveranstalter, Tagungen, Reisejournalisten sowie neuer Studenten für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Über die bundesweite und teilweise international ausstrahlende Kampagne des Netzwerks „Kulturhauptlinge“ ([www.nurbeiuns.de](http://www.nurbeiuns.de)), das die größten Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen der Stadt bündelt, sowie das Netzwerk „Stadtspung“, das sieben touristische Leuchttürme Sachsen-Anhalts (Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau, Naumburg, Quedlinburg, Halberstadt, Wernigerode) umfasst, vermarktete die SMG die Händelstadt Halle in den Zielmärkten Deutschland, Niederlande, Österreich und der Schweiz.

Unter der Dachmarke „Halle Saale Händelstadt“ mit inzwischen vielerorts erlerntem und unverwechselbarem Profil hat die SMG 2015 die Bewerbung zum „UNESCO-Welterbe“ sowie das Profil der Franckeschen Stiftungen vor allem innerhalb der halleschen Bevölkerung medial und emotional beworben, d. h. die Partizipation der Bürger, Studenten, ortsansässigen Unternehmen und Touristen an der UNESCO-Bewerbung gestärkt und vermarktet, was zur Identifikation und zur Steigerung des Bekanntheitsgrades nicht nur der Bewerbung zum „UNESCO-Welterbe“, sondern der Franckeschen Stiftungen per se beigetragen hat.

Im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus unterstützte die SMG die Stadt Halle (Saale) aktiv in der Umsetzung eines Teilziels des tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzepts für die Gewässerlandschaft Mitteldeutschland. Eine der Handlungsempfehlungen zur Schaffung einer zukunftsweisenden tourismuswirtschaftlichen Infrastruktur für Halle und die Region war die Bündelung der Akteure für den Erhalt der Saale als Bundeswasserstraße sowie für den Ausbau des Saale-Elster-Kanals. Hierzu lud die Stadt Halle (Saale) zum Laternenfest 2015 zu einem Arbeitstreffen auf die MS Händel, bei dem sich die Akteure auf die Gründung eines Zweckverbandes für den Ausbau des Saale-Elster-Kanals verständigten, der zugleich die aktiv-, natur- und wassertouristische Bedeutung der Saale als Naherholungsgebiet für Kanuten, Ruderer, Motorboote, Wassertaxis, Spaziergänger, Jogger, Radler, Schwimmer oder Fahrgastschiffe stärkt.

Die Ankünfte und Übernachtungszahlen in Halle (Saale) haben sich 2015 gegenüber dem Vorjahr abermals, diesmal um 3,7 %, gesteigert und damit erstmals in der Stadtgeschichte die historische Marke von 400.000 Übernachtungen überschritten. Allerdings wiesen die Ankünfte (214.448) und Übernachtungen (405.260) bis zur Schließung des Maritim Hotels Ende September noch deutlich höhere Zuwächse von + 7,1 % bzw. + 6,5 % auf.

Seit dem Millenniumswechsel hat Halle mithin fast 170.000 Übernachtungen, gegenüber 2008 (285.800) – stetig wachsend – 120.000 Übernachtungen im Jahr hinzugewonnen. Über beide Zeiträume verzeichnete die Stadt Halle (Saale) die größten touristischen Zuwächse in Sachsen-Anhalt. Zählt man die vom Statistischen Landesamt gesondert berechneten und von der SMG mitvermarkteten Hotels an Halles direkter Peripherie hinzu, kam die Stadt Halle 2015 sogar auf ca. 620.000 Übernachtungen – deutlich mehr als die Stadt Magdeburg (608.748).

Die Schließung des Maritim Hotel Halle wirkt seit September 2015 schwer. Mit dem Wegfall des größten halleschen Tagungs- und Kongresshotels sind nicht nur das zentrale Tagungs- und Konferenzzentrum für ca. 1.500 Gäste, sondern auch 298 Zimmer mit 365 Betten weggebrochen. Halles Hotelbetriebe gingen von 41 auf 39, die geöffneten sogar auf 37, deren Bettenzahl von 2.947 im September 2015 auf 2.476 Betten bis Jahresende zurück, was dem Niveau von 1994 entspricht.

Seit 1992 ist Halles Beherbergungsmarkt von damals elf Betrieben mit 643 Betten bis zum Rekordjahr 1997 auf 44 Betriebe mit 2.976 Betten gewachsen. Heute weist Halle sieben Betriebe und 500 angebotene Betten weniger auf, obwohl Halle ungleich bekannter ist und die touristischen Ankünfte und Übernachtungen um 60 % angewachsen sind (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (StaLa); Stand 12/2015). Das Angebot an Hotels umfasste bis 2010 auch noch alle Kategorien: das Luxus-5-Sterne-Segment (Rotes Ross – Kempinski mit 89 Zimmern), ein Hotel im 4-Sterne-Superior-Segment (Dorint Hotel Charlottenhof), fünf Hotels im 4-Sterne-Segment ebenso wie den Low-Budget-Bereich. Derzeit gibt es kein Hotel im 5-Sterne-Segment, 2 Hotels der Kategorie 4-Sterne-Superior (Dorint Hotel Charlottenhof, Dormero Hotel Rotes Ross), zwei 4-Sterne-Hotels (Ankerhof und Apart-Hotel), 5 Hotels im 3-Sterne-Segment, 17 Pensionen und Budget-Hotels sowie ein zunehmendes Angebot im sog. grauen Beherbergungsmarkt in Form nicht gewerblicher Ferienwohnungen und Appartements (ca. 15). Ein weiterer Kapazitätsausbau ist gerade im Vier-Sterne-Segment dringend geboten.

Die kulturelle und wissenschaftliche Vielfalt der Stadt Halle (Saale), die hohe Gästezufriedenheit und der hervorragende Preisleistungsindex beweisen das Vertrauen der Besucher in den Standort Halle. Auch die im Bundesvergleich sehr günstigen Zimmerpreise haben zur Attraktivität des Reiseziels Halle (Saale) und zu zusätzlicher Nachfrage beigetragen. Für eine Entspannung gerade für die Internationalen Händel-Festspiele und das Festival „Women in Jazz“ sollten die künftigen Hotelprojekte an der Spitze, am Riebeckplatz sowie der Ausbau des Dormero sorgen.

Der Ausfall des Maritim Hotels machte sich bereits im September 2015 deutlich bemerkbar. Im Maritim wurde 2014-15 ein beträchtlicher Anteil an italienischen und US- Gästen vor allem aus dem Bereich Business (Cargo Airlines für USA, Monteure für Italien) rekrutiert. Im letzten vollständigen Geschäftsjahr 2014 verzeichnete das Maritim im Bereich der individuellen Geschäftsreisenden (Business Individual) 29.000 Übernachtungen, im Bereich der Business Groups (mehr als zehn Zimmer) ca. 8.000 sowie im Tagungsbereich (Meetings) 3.400 Übernachtungen. Der Geschäftstourismus machte 2014 mit 40.400 Übernachtungen mithin das Gros des Geschäftsbetriebs aus, während es Reisegruppen (Leisure Groups), Individualreisende/ Kulturtouristen (Leisure Individuals), aber auch Chöre und Orchester zusammen nur auf 14.000 Übernachtungen brachten.

Da zur Gewinnung gerade von Geschäfts- und Tagungsreisenden oft ein langer Akquise-Vorlauf und ein günstiger Tagungs- und Übernachtungspreis gehören, hat die Stadt Halle durch den Ausfall touristischer Tagungsinfrastruktur und Eigen-Akquisition des Maritim bereits im letzten Quartal 2015 ca. 8.000 bis 10.000 Übernachtungen und Tagungsinfrastruktur verloren.

## Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Berichtsjahr 2015

Der aus dem Jahresabschluss 2014 resultierende Gewinnvortrag von 99.884,57 Euro wurde 2015 auf neue Rechnung vorgetragen. Die Höhe des institutionellen Zuschusses der Stadt Halle (Saale) blieb unverändert bei 1.111.300,00 Euro. Der „Förderverein Pro Halle e.V.“ unterstützte die SMG (wie auf der Mitgliederversammlung vom 11. November 2013 beschlossen) mit einem institutionellen Zuschuss in Höhe von 5.000,00 Euro sowie einem projektbezogenen Zuschuss von 54.621,85 Euro netto. Diese Zuschüsse gingen erst im November 2015 ein. Wie sehr die SMG von der planmäßigen Zahlung der Zuschüsse abhängig ist, zeigt die Übersicht über Betriebsergebnisse pro Monat 2015:

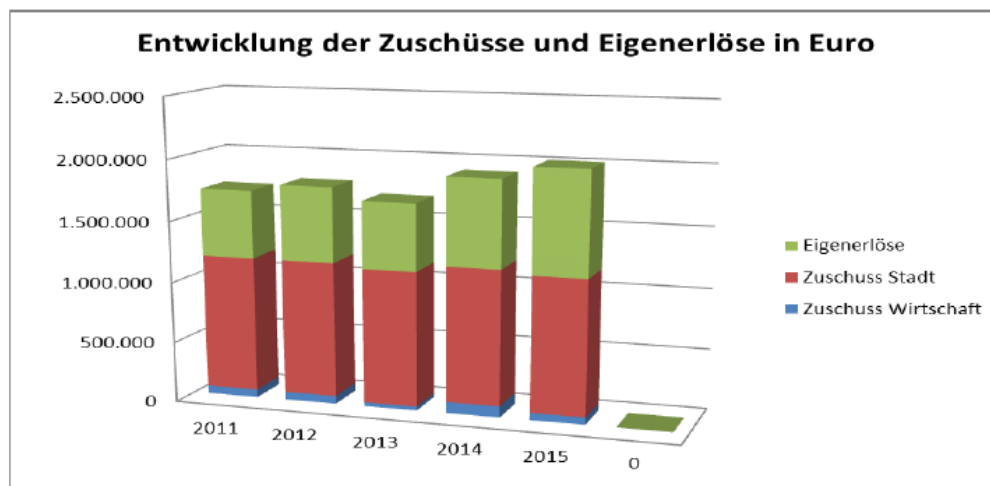
Stichtag	Überschuss	Fehlbetrag
31.01.2015	10.265,37	
28.02.2015		11.022,60
31.03.2015		55.100,69
30.04.2015		2076,79
31.05.2015		1.149,90
30.06.2015		52.824,74
31.07.2015		46.909,65
31.08.2015		27.021,81
30.09.2015		17.799,04
31.10.2015		2.506,93
30.11.2015	68.271,07	
31.12.2015	50.956,88	

Da die meisten Projekte im 1. Halbjahr stattfinden, musste die SMG auf den Gewinnvortrag zurückgreifen, um alle anfallenden Kosten decken zu können. Im 4. Quartal dagegen war der Anteil der Eigenerlöse relativ hoch, so dass im Falle spät gezahlte Zuschüsse ein Überschuss erwirtschaftet werden kann. Die Analyse ergab, dass die erwirtschafteten Eigenerlöse im 1. Halbjahr im Durchschnitt 35 bis 40% der Jahreserlöse betragen. Dadurch benötigt die SMG im 1. Halbjahr den größeren Teil des städtischen Jahreszuschusses und von Pro Halle, um die Kosten zu decken. Allein der Anteil der Messekosten lag im 1. Halbjahr bei 80% der Gesamtjahreskosten. Dabei verläuft kein Jahr wie das andere, da oft unterschiedlichste Projekte zu verschiedenen Zeiten realisiert sowie Termine oft von den Projektpartnern vorgegeben werden.

## Betrachtung der Einnahmen

Großen Anteil an den Umsatzerlösen hatten die Einnahmen aus gruppentouristischen Leistungen einschließlich der Stadtführungen, die mit 114,47 Prozent (357.143,98 Euro) weit über dem Jahresplan von 2015 lagen und sich gegenüber dem Vorjahr auf 115,53 Prozent entwickelten. Bei den Verkaufserlösen in der Tourist-Information ist ebenfalls eine kontinuierlich positive Entwicklung zu verzeichnen. Der Jahresplan wurde mit 102,45 Prozent (140.355,40 Euro) erfüllt. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt 104,43 Prozent. Gestiegen sind ebenfalls die Erlöse aus Messen, da durch gemeinsame Messestände mit Kooperationspartnern die Kosten teilweise weiter berechnet wurden. Die Einnahmen betragen 12.936,59 Euro (2015) gegenüber 10.098,47 Euro in 2014.

Die enorme Übererfüllung der geplanten Einnahmen aus „Sonstiger Werbung“ mit 345,62 % (148.615,15 Euro) beruht auf Werbevereinbarungen anlässlich des Silly-Konzerts am 03.10.2015 (Jubiläumsveranstaltung zu 25 Jahre Deutsche Einheit). Die Einnahmen aus den Werbevereinbarungen betragen 105.000,00 Euro netto. Die nach Abzug dieser Größe verbleibenden Einnahmen aus „Sonstiger Werbung“ in Höhe von 43.615,15 Euro entsprechen der von der SMG für das Jahr 2015 geplanten Größe. Die Erlöse aus projektbezogenen Maßnahmen liegen mit 30.158,14 Euro über dem Plan 2015. Sie sind stark abhängig von Art und Umfang der Projekte und schwanken von Jahr zu Jahr erheblich. Die Provisionserlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr rückläufig entwickelt (91,01 Prozent). Im Jahr 2015 wurden Provisionserlöse ausschließlich aus der Zimmervermittlung erzielt. Provisionen aus der Gesamtbetreuung einer Tagung fielen nicht an. Die Erstattungen für Lohnfortzahlungen in Höhe von 37.083,38 Euro (Vorjahr 13.510,57 Euro) werden in der Position sonstige betriebliche Erträge erfasst und stellen somit indirekt eine Senkung der Personalkosten dar. Insgesamt konnte die SMG die geplanten Einnahmen (Zuschüsse und Eigenerlöse) im Sinne der Erfolgsplanung in Höhe von 1.823.000,00 Euro mit 2.070.415,77 Euro übererfüllen. Dies sind 113,57 % zum Plan.



## Betrachtung der Ausgaben

Die geplanten Personalkosten für 2015 in Höhe von 710.000,00 Euro für fest angestelltes Personal (ohne geringfügig Beschäftigte und Gästeführer) wurden mit 717.035,71 Euro in Anspruch genommen. Nach Abzug der Erstattung von Lohnfortzahlungen in Höhe von 37.083,38 Euro ergeben sich Lohnkosten in Höhe von 679.952,33 Euro. Beim Personal gab es 2015 manche Turbulenzen. Im Geschäftsjahr 2015 nahmen 3 Mitarbeiter/innen (davon 2 Abteilungsleiter) Elternzeit. Eine Mitarbeiterin fiel, bedingt durch einen Verkehrsunfall, 7 Monate aus, eine Abteilungsleiterin fiel mehrere Monate krankheitsbedingt aus. Diese Ausfälle wurden durch Zeitarbeitsverträge teilweise kompensiert. Jeder neu eingestellte Mitarbeiter musste dazu eingearbeitet und unterstützt werden, so dass sich große Belastungen für das verbliebene Stammpersonal ergaben. Damit im Zusammenhang stiegen die Urlaubsrückstellungen gegenüber dem Vorjahr auf mehr als das Doppelte (2015: 14.100,00 Euro/2014: 6.200,00 Euro), da der Urlaub im Jahr 2015 nicht genommen werden konnte. Auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der SMG vom 08.05.2014 erhielt die SMG 2015 einen Lohnkostenzuschuss in Höhe von 10.361,35 Euro netto für die Betreuung des Uni-Shops über den Tourist-Info-Point. Der Zuschuss floss hälftig in die Personalkosten für fest angestellte Mitarbeiter sowie in die Personalkosten für Pauschalkräfte.

Die Kosten für den Wareneinkauf liegen mit 110,90 Prozent über der Plangröße, da auch die Umsatzerlöse gestiegen sind. Der Gewinn aus dem Warenverkauf (ca. 46.000 Euro) wurde gegenüber 2014 nicht gesteigert. Im Bereich Gruppentourismus/Stadtführungen ist der Trend seit Jahren positiv. Da durch verstärkte Verkaufsaktivitäten und werbliche Maßnahmen auf Messen ca. 45.000 Euro mehr Erlöse erzielt wurden, liegen auch die Kosten mit ca. 33.000 Euro über dem Plan. Die erzielten Gewinne stiegen im Vergleich zum Vorjahr auf 128,1 Prozent (78.418,55 Euro).

Die erhöhten Ausgaben für projektbezogene Maßnahmen wurden durch die höheren Einnahmen für Projekte in Höhe von ca. 30.000,00 Euro, die höheren Einnahmen in der Gruppentouristik sowie durch Kosteneinsparungen z. B. bei Messekosten oder Investitionen finanziert. Die sehr hohen Ausgaben in der Position „Sonstige Werbung“ hängen mit den Ausgaben fürs Silly-Konzert vom 3. Oktober 2015 zusammen. Diese Ausgaben waren außerplanmäßig, wurden aber vollständig durch Einnahmen gedeckt.

Die Ausgaben für Mieten und Raumnebenkosten, Reinigung, Energie, Versicherungen, Leasing, Kfz, Porto/ Telefon, Büromaterial, Rechtsberatung und Fortbildung erfolgten im geplanten Rahmen. Die Reisekosten übersteigen die geplante Größe um ca. 2.500 Euro aufgrund des verstärkten Besuches ausländischer Reisemessen.

Die SMG schließt das Wirtschaftsjahr 2015 mit einem Überschuss von 50.956,88 Euro ab. Dieser Überschuss wird zum bereits bestehenden Gewinnvortrag von 99.884,57 Euro addiert und mit einer Summe von 150.841,45 Euro auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen. Einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der SMG gibt diese Übersicht mit Kennziffern der Jahre 2011 bis 2015:

Kennziffer/ Jahr	2015	2014	2013	2012	2011
Umsatzerlöse	890.000 €	764.000 €	530.000 €	589.000 €	486.000 €
sonstige betriebliche Erträge	1.181.000 €	1.169.000 €	1.164.000 €	1.211.000 €	1.208.000 €
Materialaufwand	329.000 €	284.000 €	174.000 €	174.000 €	142.000 €
Personalaufwand mit Gästeführer	780.000 €	767.000 €	757.000 €	747.000 €	722.000 €
Abschreibungen	23.000 €	27.000 €	16.000 €	12.000 €	14.000 €
sonst. betriebliche Aufwendungen	887.000 €	858.000 €	757.000 €	844.000 €	812.000 €
sonst. Zinsen u. ä. Erträge	0 €	1.000 €	2.000 €	0 €	1.000 €
Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit	52.000 €	-2.000 €	-7.000 €	24.000 €	5.000 €
sonstige Steuern	1.000 €	0 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	51.000 €	-2.000 €	-8.000 €	23.000 €	4.000 €

Da sich das Jahresergebnis gegenüber 2014 stark verbesserte, gestaltete sich auch die Ertragslage gegenüber dem Vorjahr wesentlich positiver und steht somit auf einer ganz soliden Grundlage.

#### Kennzahlen der Ertragslage

Kennziffer	2015	2014	2013	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität	5,72	-0,30	-1,43	3,95	0,84	%
Eigenkapitalrentabilität	40,8	-1,82	5,61	20,88	3,82	%
Cash-Flow	74	25	8	35	18	T€

Die Kennziffer Cash-Flow zeigt, dass die Selbstfinanzierungskraft der SMG gegenüber dem Vorjahr enorm gestiegen ist.

#### Kennzahlen der Vermögens- und Kapitalstruktur

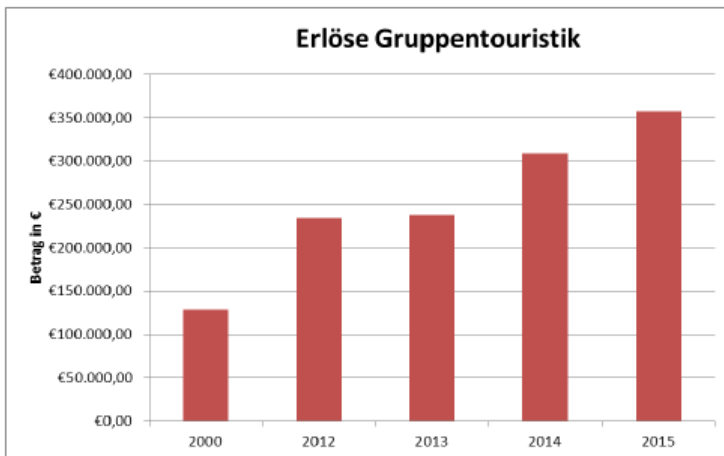
Kennziffer	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
Sachanlagen-Intensität	11,57	16,52	13,54	10,62	11,83
Eigenkapitalquote	51,48	43,55	36,74	40,96	32,94
Fremdkapitalquote	48,52	56,45	63,26	59,04	67,06

Mit der sinkenden Sachanlagen-Intensität 2015 sinkt auch die zeitliche Bindung finanzieller Mittel. In der Regel sinken damit auch die Fixkosten. Die Erhöhung der Eigenkapitalquote gegenüber 2014 zeigt, dass der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital gestiegen ist. Damit ist im Umkehrschluss der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital gesunken.

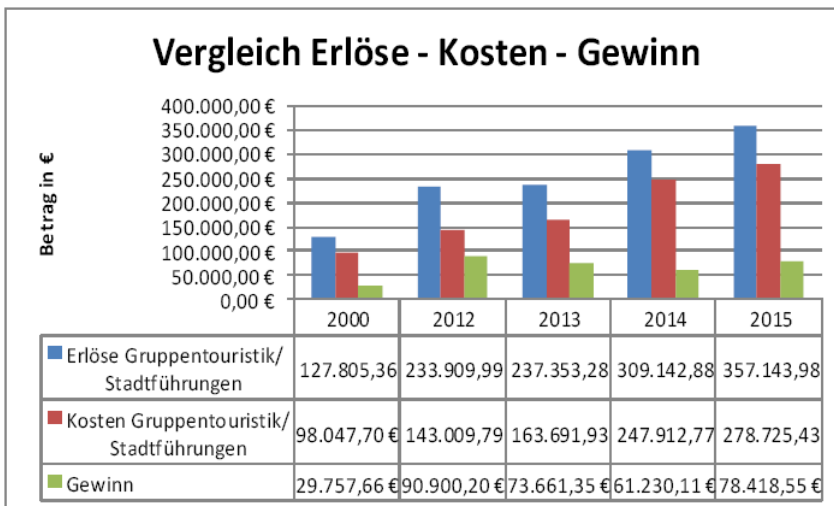
Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge für das Jahr 2015 erfasst.

## Tourismus

### Erlöse Gruppentouristik



Im Geschäftsjahr 2015 stiegen die Erlöse für Gruppentouristik und Stadtführungen im Vergleich zu 2014 abermals deutlich an – um ca. 15,5 % auf 357.143,98 Euro. Aufgrund der Steigerung der Erlöse 2014 um 30 % (Erlös 2014: 309.142,88 Euro) wurden die Zahlen für den Wirtschaftsplan 2015 nach oben korrigiert. Trotzdem ist 2015 ein nochmaliger Anstieg der Erlöse um 48.001,10 Euro zu verzeichnen.



Die Evaluierung gruppentouristischer Angebote auf Wirtschaftlichkeit sowie Auswertung von Kundennachfragen und Buchungen haben Einfluss auf das breit gefächerte Angebotsspektrum. Das Konzept, Führungsangebote der SMG und touristischer Partner in vier saisonal erscheinenden Broschüren zu bündeln, ist erfolgreich. Kunden und Gäste finden alle aktuellen Führungen thematisch geordnet gelistet. Neue Leistungen können so schneller am Markt etabliert werden und bieten stete Abwechslung bei unserer Stammkundschaft.

Im Ergebnis der zweijährigen Ausbildung zum Gästeführer in 2014/15 durch die Stadt Halle (Saale), die Volkshochschule Adolf Reichwein sowie SMG entsteht voraussichtlich ein Vertragsverhältnis mit 11 der 15 neu beurkundeten Gästeführer/innen.

In 2016 wird das SMG-Stadtführungsangebot um sechs verschiedene Kunstführungen erweitert. Dies resultiert aus einer fortführenden Kooperation aus dem Jahr 2015 mit dem Fachbereich Kultur der Stadt Halle (Saale). Diese beinhaltet die Vermarktung und den Verkauf von sechs verschiedenen „Kunst finden Stadt“ Themenrouten inklusive dazugehörigen Stadtplänen. Langfristig sollen die verkaufstärksten Führungen in das bestehende Führungsangebot der SMG ergänzt werden. Bereits in 2015 wurden die Themenrundgänge im Testlauf erprobt und sind damit ein attraktives Angebot, welches im Rahmen des Burg-Hochschuljubiläums „100 Jahre Burg“ entstanden ist.

In den Jahren 2014 und 2015 stiegen die Kosten im Bereich Gruppentourismus (Stadtführungen) signifikant. Dafür gab es drei Gründe: 1. steigende Zahl der Buchungen, 2. Preissteigerungen der beanspruchten Dienstleistungen wie z.B. Busbuchungen sowie 3. Anstieg der Gästeführerhonorare um 15 %. Die Kosten stiegen in 2015 um 12 % auf 278.725,43 Euro gegenüber 247.912,77 Euro (2014).

## Evaluierungen der Leistungspakete, neue Produkte 2016, Ranking der Führungen 2015

2015 organisierte die SMG 2.539 Führungen mit 39.937 Gästen gegenüber 2.771 Führungen mit 41.565 Gästen im Jahr 2014. Diese Zahlen beziehen die Gäste der „Hallunken-Schunkele“ inkl. Ticketverkauf und Charterfahrten mit ein. Die seit April 2014 fahrende „Hallunken-Schunkele“ wird immer besser angenommen und für die Erkundung der Stadt genutzt, da Reisegruppen und Individualtouristen mit wenig Zeit möglichst viele Sehenswürdigkeiten sehen wollen. Die Nutzer der „Hallunken-Schunkele“ sind im Schnitt über 60 Jahre alt und/oder haben körperliche Beeinträchtigungen. In der verkürzten Startsaison 2014 (17.04.-27.07. sowie 20.09.-12.11.2014) hatten 4.700 Hallenser und Touristen dieses Angebot wahrgenommen, 2015 waren es bereits 8.528 Besucher (Saison von 01.03.-16.04. sowie 01.05.-31.10.; ab 17.07. alle Fahrten ohne zweiten Anhänger). Trotzdem: Aufgrund diverser Ausfälle der Bahn, die sich nicht mit den hohen Qualitätsansprüchen der SMG deckt und zu vermehrtem Beschwerde-Management führt, prüft die SMG unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten, ob die Kooperation künftig fortgeführt wird, zumal die Provisionen aus dem Ticketverkauf der „Hallunken-Schunkele“ die Ausfälle bei den Stadtführungen nicht kompensieren.

### „Hat es Ihnen gefallen bei uns?“ – Gäste- und Kundenbefragungen

Im Dezember 2015 beauftragte die SMG das Tourismus- und Freizeitinstitut inspektour GmbH, Hamburg, sowie die ift Freizeit- und Tourismusberatung GmbH, Köln, mit einer „permanenten Gästebefragung (PEG) in Halle (Saale)“, die auf die Fortschreibung der PEG Sachsen-Anhalt von 2001/02, 2006/07, 2011/12 und 2016 aufsetzt. Der bewährte, 26 standardisierte Fragen umfassende Katalog wird auf Halle übertragen, jedoch sind in der dazugehörigen Quotierungsvorlage Befragungszeiträume und Betriebsarten nun zielgerichtet auf Halle abgestimmt. Ziel dieser bis Dezember 2016 angelegten Befragung ist es, möglichst viele Erkenntnisse über Übernachtungsgäste, deren Erwartungen und Gewohnheiten zu gewinnen, um künftig noch kundenorientierter zu sein bzw. Partnernetzwerke mit Beherbergungsbetrieben auszubauen. Im Rahmen der PEG werden 400 Gästebefragungen in Halle durchgeführt. Mit der Auswertung der Ergebnisse dieser Langzeitstudie wird Ende des ersten Quartals 2017 gerechnet.

Um die angebotenen Gruppenreisepakete der SMG noch besser bewerten und evaluieren zu können, werden künftig Response-Messungen unter den Reiseveranstaltern eingeführt. 2016 wird ein entsprechender Fragebogen für die Reiseveranstalter zur Bewertung der gebuchten und erhaltenen Reiseleistungen erarbeitet. Dies ermöglicht ein effektiveres Controlling der eigenen, gebotenen Leistungspakete und lässt die SMG aber auch die Leistungen der Partner besser auswerten.

Die SMG bietet täglich bis zu sechs öffentliche Führungen an. Am beliebtesten sind nach wie vor die von April- bis Oktober- sowie an Advents-Wochenenden ganztägig geöffneten Hausmannstürme. Der Aufstieg auf die Hausmannstürme hat seit Öffnung an Wochenenden und Feiertagen 2011 massiv zugenommen. Im Vergleich zu 2014 wurden die Hausmannstürme an vier weiteren Feier- und Wochenendtagen geöffnet (2014: 73 mal/ 2015: 77 mal). Während 2014 durch jeweils zwei Promoter der SMG, die die Gästezahl und das Gästeverhalten auf den Türmen kontrollieren, 12.231 Tickets verkauft wurden, waren es 2015 witterungsbedingt „nur“ 11.019 verkaufte Tickets. Auch 2015 wurden die Postleitzahlen der Besucher der Hausmannstürme evaluiert: Die Besucher kamen vor allem aus Sachsen-Anhalt, gefolgt von Sachsen, Berlin und Niedersachsen.

Demgegenüber wurden 2015 noch 648 Führungen auf die Hausmannstürme mit 3.433 Teilnehmern (2014: 712 Führungen mit 3.919 Teilnehmern) angeboten. Die Reduktion beruhte auf witterungsbedingten Einflüssen und der vermehrten Wahl der „Hallunken-Schunkele“, deren Haltestelle am Fuß der Hausmannstürme liegt. Bei im Schnitt 5,3 Teilnehmern pro Führung (2014: 5,5 Teilnehmer) erwies sich das Führungsangebot einmal mehr als unrentabel, zumal die Führungen nur maximal zehn Teilnehmer zulassen, der Gästeführer 21 Euro kostet sowie vom Gesamterlös sind überdies 35 % ans Stadtmuseum abzuführen. Erst ab sechs Teilnehmern (Erlös: 36 Euro) wären die Kosten gedeckt. Alle Führungen unterhalb von sechs Gästen gehen zulasten der SMG.

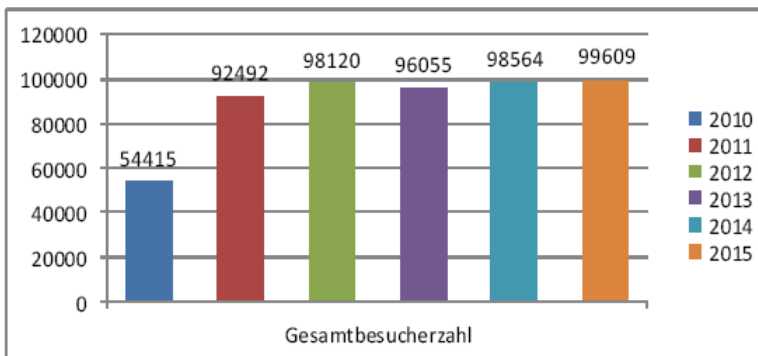
Nach wie vor reagiert die Abteilung Tourismus- und Tagungsservice (TTS) im Bereich Stadtführungen und Gästeführervermittlungen auf Trends und Kundenwünsche. Hier haben Qualität, Service und Wirtschaftlichkeit der Führungen oberste Priorität. Drei neu Führungsangebote gingen 2015 in den Verkaufsstart: „Halles Brunnen“, „Kunst findet Stadt“ mit sechs verschiedenen Themenrundgängen sowie die Kinderführung „Ich geh mit meiner Laterne“. Die bereits testweise 2015 angebotenen Führungen „Kunst findet Stadt“ wurden hier nicht erfasst, da der Gästeführer durch die Stadt Halle (Saale)/Fachbereich Kultur beauftragt wurde. Die SMG fungierte hier lediglich als Vermittler des Kartenverkaufs und begleitender Pressearbeit zur Produkteinführung.

## Ranking der beliebtesten Führungen 2015:

- „Hoch hinaus auf die Hausmannstürme“ ohne Führung (Teilnehmer: 11.019)
- Stadtrundfahrt mit der „Hallunken-Schunke!“ (Teilnehmer: 8.528)
- „Altstadtbummel“ – Rundgang durch die historische Altstadt (Führungen: 897)
- Führung auf die Hausmannstürme (Führungen: 648; Teilnehmer: 3.433)
- Kombinierte Altstadtbummel (Führungen: 226)
- Stadtrundfahrt mit der Straßenbahn (Führungen: 129)
- „Verliebt in Halle“ – Classic (Arrangement / Führung: 103)
- „Verliebt in Halle“ – Premium (Arrangement / Führung: 99)
- Rundgang für Nachtschwärmer (Führungen: 65)
- Stadtrundfahrt mit der „Hallunken-Schunke!“ (Charterfahrten / Führungen: 41)
- „Hier spielt die Musik“ – Halle, die Musik- und Händelstadt (Führungen: 41)
- „Wo Justitia zuhause ist“ – Führung durch das Landgericht Halle (Führungen: 35)
- Camposanto – Die Geheimnisse des Stadtgottesackers (Führungen: 19)
- „Georg Friedrich Händel auf der Spur - 'uff Hall'sch!“ (Führungen: 19)

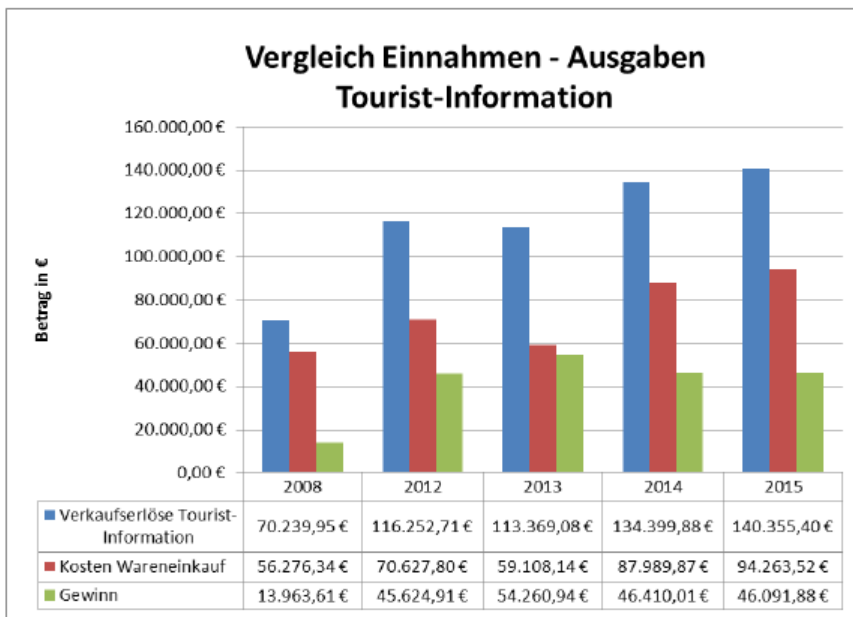
Produkt(wieder)einführungen 2016 sind die Führung im historischen Stadtbad, „Sieben Brücken – Wo einst die Mühlen klapperten“, kirchengeschichtliche Führungen (mit Blick auf das Reformationsjubiläum 2017) sowie der „romantische Sektempfang auf den Hausmannstürmen“.

## Tourist-Information und Uni-Shop: Besucherzahlen, Verkaufsschlager



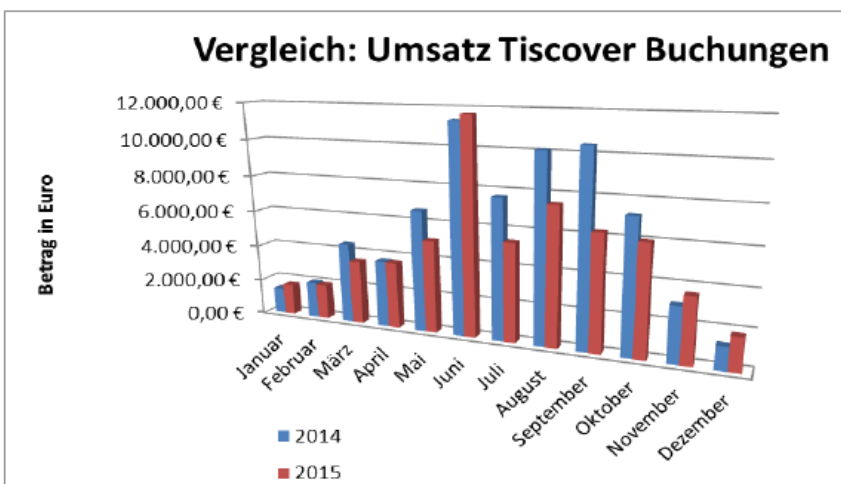
Die Anzahl der Shop-Besucher der Tourist-Information ist 2015 marginal gestiegen und verpasste knapp die 100.000-Besucher-Marke. 2014 besuchten 98.564 Gäste die Tourist-Information, 2015 waren es 99.609. Bedauerlich war das Wegbleiben vieler Radtouristen.

Die TI-Verkaufserlöse sind 2015 mit 140.355,40 Euro gegenüber 2014 (134.399,88 Euro) um 4,4 Prozent gestiegen. Der Wareneinkauf ist mit 94.263,52 Euro gegenüber 2014 (87.989,87 Euro) leicht angestiegen, da viele Lieferanten 2015 ihre Preise erhöhten. Das Shop-Sortiment umfasste 570 Souvenir-Artikel und wird saisonal sowie zu Jubiläen und Festivals angepasst und erweitert – so auch zum Reformationsjubiläum im Jahr 2017. Das auf Kommissionsbasis 2014 übernommene Warensortiment des Uni-Shops der MLU wurde 2015 stetig erweitert. 2015 wurden 8 Prozent des Gesamtgewinns der TI über den Verkauf dieser Produkte generiert.



Das Konzept der neu gestalteten Tourist-Information geht auf. So werden die im Zuge des Umbaus 2014 geschaffenen Fenster-Sitznischen dankbar von vielen Kunden angenommen, sei es für eine kurze Verschnaufpause oder für ein längeres Informationsgespräch. Neben dem zufriedenen Gast sorgen diese auch für eine längere Verweildauer im Shop.

Die beliebtesten Produkte der Tourist-Information im Jahr 2015 waren das Halloren-Salzsäckchen (2.624 verkaufte Stück), die Finni- & Rudi-Weihnachtsmarkt-Tassen (896 verkaufte Stück) sowie der Finni-& Rudi-Adventskalender mit Halloren Schokolade und 612 verkauften Stück.



Die Provisionserlöse basieren auf Kartenvorverkauf und Zimmervermittlung über die Buchungsplattform „Tiscover“. Beim Buchen von Übernachtungen setzt sich der bundesweite Trend fort: Touristen buchen vermehrt direkt online über gängige Buchungsportale wie HRS.com, hotel.de, Hotels.com, booking.com, hotel-vergleich.com etc. Der Buchungsservice der Tourist-Information beschränkt sich bei Übernachtungen vor allem auf die Vermittlung von Ferienwohnungen, Pensionen und kleineren Hotels, die solche Portale nicht pflegen können und sich größtenteils auch kein „Tiscover“ leisten können. Die

bedeutet einen Buchungsrückgang zulasten der Provisionserlöse von 29.939,19 Euro (2014) auf 26.392,36 Euro (2015; minus 13,4 %).

2015 kamen weitaus weniger Radtouristen nach Halle (Saale), die den größten Anteil der Zimmer-Direktvermittlung über die Tourist-Information ausmachen. Geplant sind 2016 deshalb verschiedene Marketingmaßnahmen gezielt für Radtouristen. So wird es eine Anzeigenschaltung in der Elberadweg-Broschüre (Auflage: 230.000 Exemplare) geben. Die überregionale Strahlkraft des beliebtesten Fernradwegs Deutschlands soll genutzt werden, um auch den Saaleradweg und die Stadt Halle (Saale) als touristisches Naherholungs- und Kulturziel zu beleuchten. Außerdem startet die SMG 2016 eine E-Bike-Offensive mit der Energieversorgung Halle (EVH).

Der buchungsstärkste Monat 2015 bei den Übernachtungsbuchungen bei „Tiscover“ war der Juni. Für das hallesche Gastgewerbe generierte die SMG 2015 einen Gesamtumsatz über Tiscover von 58.205,55 Euro (2014: 68.010,00 Euro), wovon eine Provision von 11,9 %, d.h. 6.926,55 Euro (2014: 8.234,96 Euro), für die Zimmervermittlung bei der SMG verbleibt.



## Messen, Expedienten-Reisen, Famtrips

Weitere Kernziele der touristischen Arbeit der SMG sind die Erschließung zusätzlicher Märkte und Destinationen sowie die Steigerung der Erlöse als Reiseveranstalter. Expedienten-Reisen und Famtrips (sehr persönlich und liebevoll gestaltete Reiseprogramme mit individueller Betreuung seitens der SMG-Mitarbeiter und Partner) sind die erfolgreichsten Methoden, Reiseunternehmern das Reiseziel Halle (Saale) vorzustellen sowie Reisejournalisten Themen für ihre Berichterstattungen über das Reiseziel Halle anzubieten. Die Kooperation mit den „Kulturhüptlingen“ sowie weiteren Kultureinrichtungen der Stadt, die die Reiseinhalte zur Vermarktung durch die SMG liefern, ist daher Voraussetzung für diese Kunden-Akquise.

Bereits zum fünften Mal lud die SMG 2015 ausgewählte Busreiseunternehmen zu einem Workshop in Kooperation mit einem halleschen Vier-Sterne-Hotel und weiteren touristischen Leistungsträgern nach Halle (Saale) ein. 2015 nahmen 12 Reiseveranstalter (2016: 17 Reiseveranstalter) aus Deutschland, Österreich und der Schweiz die Einladung nach Halle an und informierten sich an einem Wochenende im Januar unter anderem bei einem „Speed-Dating“ mit 14 halleschen und regionalen Leistungsträgern über die touristischen Höhepunkte und kommende Veranstaltungen in Halle und Umgebung. Das Ziel und Ergebnis sind neue Pauschalreiseangeboten nach Halle und in die Region, die in künftigen Reisekatalogen der Reiseveranstalter ausgeschrieben werden.

Bei Messeauftritten setzt die SMG unvermindert auf Kooperationspartner bzw. Anschließer (Mitaussteller) wie hallesche Hotels und das Kultur-Netzwerk „Kulturhüptlinge“. Somit verteilen sich Messekosten und Beratung auf mehrere Partner, was eine Teilnahme an weiteren ausgesuchten Messen in Deutschland, Dänemark, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden ermöglicht.

Die SMG präsentierte die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2015 auf 15 ausgewählten Messen: Vakantiebeurs (Utrecht, NL), Ferienmesse (Wien, AUT), Reisemarkt Dresden, Germany Travel Show (London, UK), Festung Kunterbunt, Magdeburg, Internationale Tourismusbörse (ITB, Berlin), Leipziger Buchmesse, German Travel Mart (GTM, Erfurt und Weimar), Musik- & Kulturland-Abend (Wien, AUT), Sachsen-Anhalt-Tag (Köthen), Deutscher Evangelischer Kirchentag (Stuttgart), B. T. B. (Ingolstadt), RDA-Workshop (Köln), Zentraleuropa-Workshop (Leipzig) sowie B.T.B. Vößendorf.

Die Kosten für diese Messeauftritte – davon vier Auslandsmessen – beliefen sich 2015 auf 32.473,57 Euro (2014 49.358,32 Euro). Über Teilnahmegebühren der Anschließer konnte die Refinanzierungsquote um 28 % und 2.838,12 Euro gesteigert werden. Die Messeerlöse insgesamt belaufen sich auf 12.936,59 Euro (2015) gegenüber 10.098,47 Euro (2014).

Auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin – der weltgrößten Reisemesse – brachte sich die SMG 2015 in Doppelpräsenz ein. Zum einen stellte die Händelstadt Halle (Saale) ihre touristischen Themen im Rahmen der Landespräsentation Sachsen-Anhalts vor. In der „Culture Lounge“ präsentierte sich Halle überdies mit der Marketing-Kooperation „Kulturhüptlinge“. Dort vermittelten SMG und Partner Fachbesuchern und einem kulturinteressierten Publikum die Kulturhöhepunkte der Stadt Halle (Saale).

Die allgemeine Finanzierung der Messebeteiligungen in Österreich und den Niederlanden erfolgte über die Kooperation „Stadtsprung“. Dazu zählen die Städte Dessau-Roßlau, Halberstadt, Halle (Saale), Magdeburg, Naumburg (Saale), Quedlinburg und Wernigerode. Sie war 2015 fester Bestandteil der touristischen Arbeit im Bereich des „Kultur- und Städtetourismus“ auf Landesebene und hat sich als stärkstes, touristisches Städtenetzwerk Sachsen-Anhalts etabliert.

Als Kooperationspartner der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG) übernahm „Stadtsprung“ für das Land Sachsen-Anhalt im neunten Jahr die gesamte touristische Quellmarktbearbeitung in der Schweiz, Österreich und seit 2014 auch die in den Niederlanden. 2015 erfolgte durch die SMG eine Marktanalyse zu Österreich mit zahlreichen Vorschlägen für zukünftige Aktivitäten in der Alpenrepublik. Die Mitarbeit im Netzwerk ist für die Stadt Halle (Saale) ein großer Mehrwert bei vergleichsweise geringem Personal- und Finanzaufwand.

Der Erfolg der Stadtsprung-Kooperation und die damit verbundene Auslandsbearbeitung der Länder Österreich, Schweiz und Niederlande wurde 2015 mit einem finanziellen Zuschuss der IMG von 20.000 Euro unternetzt. Im Jahr 2016 erhöht die IMG den Betrag um 5.000 Euro auf 25.000 Euro.

Auf Grundlage der regelmäßigen Befragungen des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA) schloss sich die SMG dem Studienergebnis an und forcierte die Teilnahme an touristischen Leitmessen. Messebesuche werden nach der eigenen Homepage als die stärkste Plattform für B2B-Kontaktpflege (Business-to-Business) angegeben. Außerdem bildet der gesunde Mix aus Konsumentenmessen und B2B-Messen wie GTM, RDA oder Reise-Workshops die Grundlage für eine intensive Marktbearbeitung.

## Tagungsgeschäft

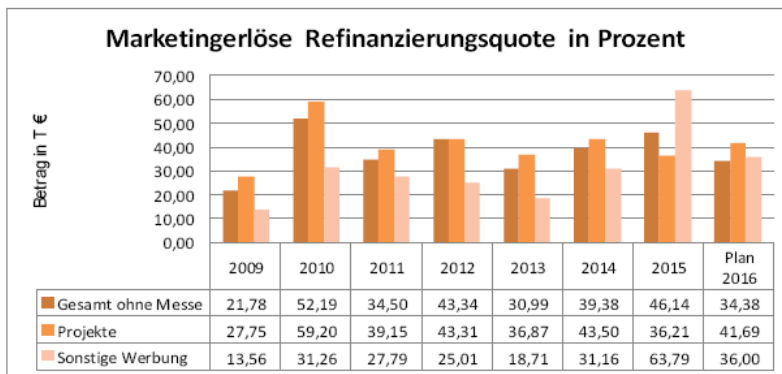
Die Aussicht auf große Kongresse und Tagungen – wie sie zuweilen etwa über die MLU angefragt werden – wird durch das Fehlen eines Kongresszentrums mit großem Hotel (300 Betten+) erschwert. 2015 kam hinzu, dass das Maritim Hotel Halle bereits im September 2015 den Hotelbetrieb einstellte. Für 2016 ff. wird eine engere Zusammenarbeit mit dem Betreiber des Brauhauses angestrebt. Erste Gespräche zu den Plänen des Brauhauses im Tagungssegment wurden bereits geführt. Ab April 2016 werden zusätzlich neue, modular anpassbare Tagungsmappen für die Akquise und kommende Verkaufsgespräche genutzt.

2015 wurden u. a. vermittelt: 80 Teilnehmer der Tagung von MVZ Dr. Reising-Ackermann und Kollegen in der Saline; 70 Zimmer an die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V., 80 Zimmer für die MLU-Jahrestagung der Gesellschaft für Musikforschung, im November 160 Zimmer an die Gesellschaft für Kieferorthopädische Zahntechnik und die Begleitung der Veranstaltung im DORMERO Hotel Rotes Ross Halle sowie vom 20. bis 22. November ca. 600 Zimmer für die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN. Ferner wurden durch die SMG 910 Zimmereinheiten zzgl. der Zimmervermittlungen für Händel-Festspiele 2015 vermittelt.

Nach aktuellem Planungsstand werden 2016 ca. 1.900 Zimmereinheiten sowie ca. 560 Zimmer-Einheiten in 2017 zzgl. kleinerer Zimmervermittlungen und Händel-Festspiele bearbeitet. Das Tagungsgeschäft verläuft dabei azyklisch: Jährlich verlässliche Erlössteigerungen sind hier dauerhaft nicht zu erwarten. Gegenüber 2014 ist ein leichter Rückgang bei den Vermittlungen zu verzeichnen, was sich in den Provisionserlösen widerspiegelt. Zum Vergleich: 2015 betragen die Provisionserlöse 26.392,36 Euro, im Jahr zuvor 29.939,19 Euro.

## Marketing

Stadtmarketing bedeutet vor allem Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt. Die Profilierung des unverwechselbaren Stadt-Images beruht auf nachhaltig angelegten Kampagnen und Projekten, deren langfristige Wirkungen auf Tourismus und Ansiedlungen kaum zu evaluieren sind. So sind Beziehungen zwischen Marketingausgaben und Effekten in Touristenzahlen, Verkaufserlösen der Tourist-Information oder Buchungen von Führungen nicht darstellbar. Ein Indikator ist aber der steigende Beitrag an Drittmitteln, der das Vertrauen in die Markenbildung und deren Effekte widerspiegelt. Somit geben nachfolgende Zahlen Aufschluss über den Marketing-Erfolg der SMG:



Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2015 insgesamt 647.594,14 Euro eingesetzt. Davon wurden 311.709,88 Euro (respektable 48,13 %) fremdfinanziert und eingeworben – eine Steigerung um ca. 7 Prozent im Vergleich zu 2014. Der Großteil der finanziellen Aufwendungen und Einnahmen entfiel auf klar definierte Projekte, von denen viele auf gewachsene Partnerschaften zurückgehen. 414.630,06 Euro Ausgaben stehen 150.158,14 Euro Einnahmen gegenüber (36,21 % Refinanzierungsquote), was vor allem guten Konzeptideen, der Entwicklung eines strategischen Plans zur Zielerreichung sowie der intensiven Akquise und Pflege des Partnernetzwerkes zu verdanken ist. Hier wurden die guten Kooperationen der vergangenen Jahre gerade in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft fortgesetzt.

Ähnlich wie im bilanzierten Ausnahmejahr 2010, als die SMG Mitveranstalter des Public Viewing' zur Fußball-WM war, sticht eine außerplanmäßige Umsatzerhöhung bei den Einnahmen und Ausgaben „Sonstige Werbung“ hervor. Geplanten Einnahmen von 43.000 Euro stehen tatsächliche Erlöse von 148.615,15 Euro gegenüber; geplanten Ausgaben von 135.000 Euro reale Ausgaben von 232.964,08 Euro. Hintergrund ist die Übernahme der Organisation der Feierlichkeiten zu „25 Jahre Deutsche Einheit“. Hier wurden mit Unterstützung der Stadtverwaltung respektable 105.000 Euro durch Werbeverträge eingeworben, für die ca. 90.000 € Kosten aufgewendet worden sind.

Mittelfristig betrachtet konnte die Erlösquote von durchschnittlich 25 Prozent (vor 2009) auf 35 bis 40 % gesteigert und gehalten werden, obwohl sich die finanziellen Möglichkeiten von Projektpartnern im Kulturbereich nicht nennenswert verbesserten. Bei der Erfolgsmessung ist zu beachten, dass das Ziel der SMG nicht die Gewinnerzielung ist. Zusätzliche Mittel sind vielmehr notwendig, um über Liquidität zu verfügen, mit denen gestellte Projektziele überhaupt erst realisierbar werden. Der Grad der Beteiligung hängt dabei von der Art der Projekte ab. Projekte verfallen – auch mit geringer Refinanzierung – die langfristige Zielsetzung künftiger Werbeeffekte für Halle, die sich nicht zwingend in Wirtschaftszahlen der SMG wiederfinden müssen.

Nachfolgend ein kurzer Überblick über die Marketing-Projekte 2015, die auf den fünf Markensäulen der SMG – Händel, „Wissenschaft in Halle“, Saale, Luther und Hanse – fußen:

### **Wissenschaftsmarketing**

Insgesamt wurden für das Hochschulmarketing von der SMG ca. 27.500,00 Euro mit einem Erlösanteil von 53,81 % aufgewendet – für eine Vielzahl von Projekten, die auf Neustudenten-Akquise und -Betreuung abzielen und aufeinander aufbauen.

### **Hochschulinformationstag (HIT)**

Zum HIT stellte die SMG allen Studieninteressierten die Händelstadt Halle mittels kostenloser Stadtführungen per pedes oder Bus vor. Dabei waren die jungen Gästeführer selbst Studierende. Alle Studieninteressierten wurden „uff Hallesch“ mit Halloren Kugeln und kleinen Salzsäckchen empfangen. Außerdem wurde den auswärtigen HIT-Gästen kostenfreies Parken in direkter Campuspnähe auf dem Friedemann-Bach-Platz angeboten – dazu hilfreiche Tipps zur Stadt.

### **Lange Nacht der Wissenschaften**

Mit einem Mediawert von 9.380,48 Euro wurde die Bewerbung der „Langen Nacht der Wissenschaften“ mit 800 Plakaten (Mastrahmen und Dreieckaufstellern) unterstützt. Zudem lieferte die SMG mit einem „Walking Act“ einen inhaltlichen Beitrag auf dem Friedemann-Bach-Platz. Ein Schauspieler mimte August Hermann Francke und lud Besucher ein, UNESCO-Botschafter zu werden – Selfies mit typischer Francke-Geste im UNESCO-Welterbe-Mobil.

### **„Welcome Day“ auf dem Laternenfest**

Zum Laternenfest organisierten MLU und SMG zum fünften Mal in Folge erfolgreich den „Welcome Day“. Zum schönsten Volksfest Mitteldeutschlands konnten sich Studieninteressierte abermals auf und vor dem Fahrgastschiff „MS Händel I“ sowie in der großzügigen „hallesaale\*-Lounge“ am Saaleufer über Studien- und Wohnungsangebote informieren. Städtische Wohnungsgesellschaften und -unternehmen sowie die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt präsentierten ihre Angebote für Studenten. Dem „Welcome Day“ voraus ging ein gemeinsames Einladungs-Mailing zum „Welcome Day“ zum Laternenfest von SMG und MLU an ca. 8.000 Studieninteressierte. Ca. 300 Interessierte nahmen an den kostenfreien Stadtrundfahrten und Wohnungsbesichtigungen teil, ca. 700 Studenten besuchten die „Welcome Lounge“ an der Saale; ca. 1.000 Eltern und Freunde begleiteten die künftigen Erstsemester auf ihrem Besuch in Halle.

### **„Welcome Bags“**

In der ersten Studienwoche im Oktober 2015 verteilten MLU und SMG an alle Erstsemester „Welcome Bags“ als Willkommensgruß der neuen Wahl-Heimat. Die Tasche war gefüllt mit Nützlichem und Snacks durch Beigaben hallescher Partner aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft. In Szene gesetzt wurde die Taschenübergabe an die Neustudierenden mit dem „Verliebt in Halle-Lkw“.

**Kampagne „Nur bei uns“: Sieben Kulturhauptlinge für die Händelstadt**

Mit sieben farbigen Federn – symbolisch für die kulturellen Häupter der Händelstadt Halle – präsentieren sich die Kulturhauptlinge seit 2008. Halles führende Einrichtungen aus Kultur, Bildung und Wissenschaft – die Stiftung Händel-Haus, die Franckeschen Stiftungen, das Kunstmuseum Moritzburg, das Landesmuseum für Vorgeschichte Halle, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein Halle sowie die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle – stehen gemeinsam für die Marke „nur bei uns“. Die aktive Kooperation, gebündelte Budgets und Marketing-Knowhow zur nationalen Vermarktung eröffnen dem Kultur- und Wissensnetzwerk erst jene Werbung, Schlagkraft und Aufmerksamkeit, die jede einzelne Einrichtung für sich kaum erreichen würde. Die eingesetzten Mittel belaufen sich auf ca. 54.000,00 Euro, von denen 21.000,00 Euro die beteiligten Partner tragen.

**UNESCO-Aktivitäten wirklich gescheitert?**

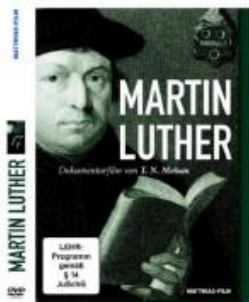
Die flankierende Begleitung des UNESCO-Bewerbungsprozesses der Franckeschen Stiftungen bildete in 2015 die umfangreichste Kampagne der SMG. Sie war touristischer Schwerpunkt auf der ITB 2015 in Berlin mit der Kampagne „UNESCO – Das Sahnehäubchen für Halle“ und war das Werbeflagschiff für das gesamte Reiseland Sachsen-Anhalt. Bis Oktober 2015 wurden etliche Direktmarketingmaßnahmen umgesetzt. Eigens dafür ließ die SMG einen ausgedienten Wohnwagenanhänger zum stylischen UNESCO-Welterbe-Mobil umbauen. Das rollende Fotostudio animierte erfolgreich dazu, UNESCO-Botschafter zu werden: 7.200 UNESCO-Botschafter ließen sich hier ablichten. Hinzu kommen noch die vielen UNESCO-Botschafter, die ihre eigenen Schnappschüsse mit der typischen Francke-Geste direkt auf der Homepage der Franckeschen Stiftungen hochluden.

Im Januar 2016 entschied das Kuratorium der Franckeschen Stiftungen, den Antrag als UNESCO-Weltkulturerbe zurückzuziehen, nachdem die die UNESCO-Kommission beratende Agentur ICOMOS der Bewerbung keine Chance eingeräumt hatte. Das Kuratorium der Franckeschen Stiftungen zog hierauf die Bewerbung zurück, um weiterhin den Tentativstatus aufrecht zu erhalten, der eine erneute Bewerbung zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausschließt. Trotzdem zeigten sich die Stiftungen zufrieden mit dem Erreichten. „Wir haben durch das ganze Verfahren viel gewonnen“, sagte der Kuratoriumsvorsitzende Obst. So gebe es nun neue wissenschaftliche Erkenntnisse zur Bauzeit und der Bekanntheitsgrad sei signifikant gesteigert worden.

Auch die SMG erachtet die Anstrengungen und finanziellen Aufwendungen für dieses Projekt als sinnvoll. Die Kampagne „Wer, wenn nicht wir!“ und deren kommunikative Maßnahmen steigerten den Bekanntheitsgrad und die Identifikation mit den Franckeschen Stiftungen in Halle, regional sowie überregional. Mehr als 50 Werbeeinsätze des roten UNESCO-Welterbe-Mobils zu verschiedensten öffentlichen Veranstaltungen, 5.000 Unterstützerfotos mit über 7.200 Beteiligten auf einer Website, erfolgreiche Events wie die „Kaffeetafel“ auf dem halleschen Marktplatz und Kampagnen rechtfertigen den Einsatz von 75.204,88 Euro bei 20.384,01 Euro Einnahmen. Die Stiftungen, die Stadt Halle (Saale) und die SMG haben durch den UNESCO-Bewerbungsprozess einen Image-Gewinn erzielt. Dies ist ein weiterer Baustein in Sachen Image-Bildung und Markenpflege.

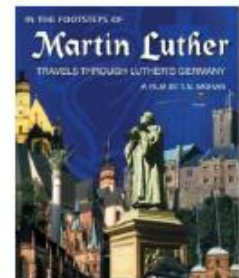
## Luther – Reformationsjubiläum 2017

Mit schnellen Schritten spaziert die mitteldeutsche Region auf das Reformationsjubiläum 2017 zu. 2015 setzte die SMG ihre Aktivitäten zum Thema Luther in Gremien und Arbeitskreisen im Verbund der deutschen Lutherstätten fort – unter Beteiligung der staatlichen Geschäftsstelle in Wittenberg und den Netzwerken „Wege zu Luther“ und „Lutherweg-Gesellschaft“. Ferner nutzte die SMG den Auftritt im Lutherforum des Kirchentages in Stuttgart 2015 für eine letztmalige inhaltliche und touristisch-werbliche Plattform. Hier präsentierte sich die SMG thematisch mit den Protagonisten Martin Luther und seinem Gegenspieler Kardinal Albrecht, um einem Teil der ca. 300.000 Besucher die Bedeutung der Stadt Halle (Saale) für die Reformation zu illustrieren.



DVD-Cover: © Amazon

Das stetig steigende mediale Interesse am bevorstehenden Lutherjubiläum in Mitteldeutschland war 2015 vor allem bei internationalen Reisejournalisten spürbar. So wurden Journalistenbesuche für die Märkte Nordamerika, Südkorea, Niederlande sowie die Schweiz zum Recherche-Schwerpunkt „Luther“ von der SMG in Kooperation mit der Deutschen Zentrale für Tourismus vorbereitet und betreut. Höhepunkt der Pressearbeit war der Redaktionsbesuch eines amerikanischen Drehteams zum Reformationstag 2015 in Halle. Im Ergebnis wird eine Luther-Filmreihe (Ausstrahlung 2016/17) für das öffentliche Fernsehen produziert. In über 45 Episoden, die fast alle Lutherorte in Mitteldeutschland beleuchten, werden insgesamt 40 Stunden Fernsehmaterial für das öffentliche Fernsehen in Amerika



DVD-Cover: © Amazon

produziert. Diese Dokumentationsreihe ist die Fortsetzung einer Dokumentation über Leben und Wirken des Reformators in Deutschland, die im Jahr 2000 als Einstimmung auf das Jubiläum gesendet wurde. Die Fortsetzung beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Handelns von Martin Luther und der Reformation: ein passender Filmansatz für den Luther-Ort Halle. Denn August Hermann Francke führte die Ideen Luthers und deren Verbreitung in seinen Stiftungen fort. Die Filme sind auf youtube zu finden. Im Abspann wird direkt für die Deutsche Tourismusagentur (DZT) geworben. [www.visits-to-Germany.com](http://www.visits-to-Germany.com).

## Saale: Mediale Begleitung des Laternenfestes, Umsetzung von Reisereportagen

Wie die Jahre zuvor fungierte die „hallesaale“-Lounge“ als Infopoint und bot Raum und Ruhe, um sich in Liegestühlen zu entspannen. Die zum Laternenfest üblichen SMG-Licht-Aktionen wie das „Lightwriting“ schafften wieder emotionale Momente bei den Gästen. Für die Kampagne und das Laternenfest wurde überregional mit 1.000 Plakaten, Anzeigen, einer Sondersendung auf TV-Halle und in Programmheften geworben, die erstmals in einer Auflage von 170.000 Stück als Beilage in der Mitteldeutschen Zeitung erschienen. Die Werbeleistung erhöhte sich auf ganz Mitteldeutschland. Bei Projektkosten von 37.751,65 Euro konnten ca. 40 Prozent der Kosten refinanziert werden.

Das Thema „Erholen und naturnahes Erleben“ gewinnt an medialer Relevanz. Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) plante hierzu eine Serie von spannenden und entdeckungswürdigen Orten und Menschen an der Saale. Die SMG entwickelte das Storyboard bzw. empfahl Interviewpartner.



Im Sommer initiierte die SMG eine zehnteilige Reisereportage „Ein Sommer-Wochenende in Halle an der Saale“ in der „SUPER ILLU“ des Burda Verlages (2,4 Mio. Leser). In der wertigen und mit ansprechenden, großformatigen Porträts gespickten Reisereportage wurden ausgewählte Empfehlungen zu Freizeitangeboten an und auf der Saale sowie Kultur-, Museums-, Einkaufs- und gastronomische Tipps gegeben – mit einem exklusiven Hotelübernachtungsvorschlag für Halle. Das Augenmerk lag dabei auch auf der quirligen Kunstszene in Halle – mit Blick und Bezug auf das Hochschuljubiläum „Burg 100“ in 2015. Außerdem gab es einen Ausflugstipp von Halle in die Region nach Bernburg und Wettin. Dies war eine rein redaktionelle Zusammenarbeit, d.h. die Glaubwürdigkeit war ungleich höher als bei einem gekauften Advertorial mit Anzeigenschaltung.

Der personelle Aufwand dafür war groß. Die SMG trat fürs Autorenteam als Fullservice-Agentur auf, erstellte inhaltliche Konzeptvorschläge, warb in Netzwerkarbeit knapp 20 Partner in Halle für die redaktionelle Arbeit an, koordinierte die 13 Foto- und Interview-Termine für die 1,5-tägige Recherche und betreute das Redaktionsteam vor Ort.



## Händel-Festspiele in Kooperation mit der Stiftung Händel-Haus

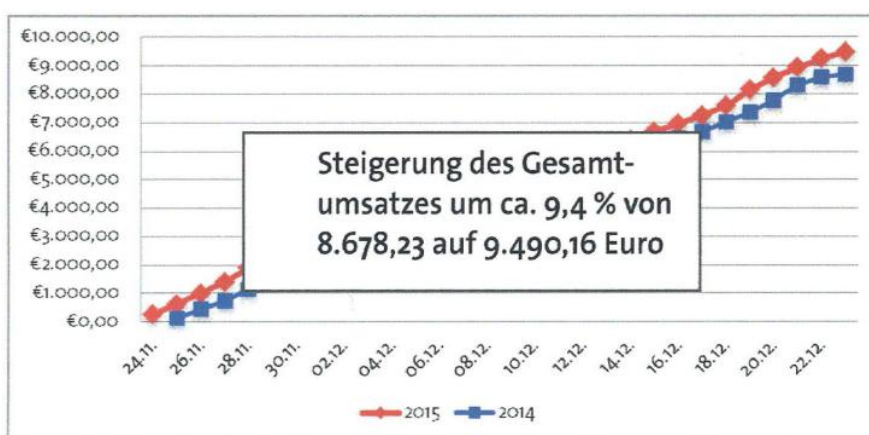
Regelmäßige Besucherbefragungen sind Voraussetzung für Media-Planungen der SMG und helfen bei der Ermittlung der Effizienz der Marketingmaßnahmen. Hilfreich sind hierbei vor allem Daten zur Besucherstruktur aus kulturellen Einrichtungen wie Besucheranalysen zu Ausstellungen. Die SMG strebt an, diese Daten zu bündeln, um verlässliche und vergleichbare Daten über den typischen Halle-Gast zu sammeln.

Um die Gäste der Internationalen Händel-Festspiele und deren Gewohnheiten kennenzulernen, erarbeiteten SMG, Stiftung Händel-Haus sowie die studentische Unternehmensberatung Campus Contact Halle e.V. eine Besucherbefragung zu den Händel-Festspielen, die 2014 durchgeführt wurde und nun alle zwei Jahre wiederholt werden soll. Die Ergebnisse sind ein exponiertes Arbeitsmittel und belegen die finanziellen Effekte der Festspiele für die Stadt Halle sowie deren enorme Reichweite: Über 60 % sind auswärtige Besucher, 5,42 % internationale Gäste.

SMG und Stiftung Händelhaus rücken seither noch enger zusammen, präsentieren sich gemeinsam auf den wichtigsten Veranstaltungen und mit Werbemaßnahmen, entwickeln gemeinsame Souvenir-Angebote und Pauschalen für Gäste. Darüber hinaus wurde 2015 wieder ein erfolgreicher Presse-Famtrip mit britischen, französischen, türkischen und deutschen Musik- und Kulturjournalisten organisiert. Das türkische Filmteam drehte eine 45-minütige Musik-Dokumentation über „Händel und Halle“. 2016 unterstützt die SMG die Händel-Festspiele mit dem Wegeleitsystem „Fußabdrücke“ vom Bahnhof bis zum Händel-Haus sowie Infopoint unweit des Händel-Denkmal.

Eine Herausforderung für die kommenden Jahre stellen die Bettenkapazitäten dar. Kampagnen sind einstweilen behutsam zu vermarkten, falls das Werbeversprechen vor Ort durch fehlende Übernachtungsmöglichkeiten oder stark verteuerte Angebote nicht eingehalten werden kann.

## Weihnachtsmarkt



„Finni & Rudi“ bleiben die Dauerrenner im Weihnachtssortiment. Insbesondere die einheitlichen Weihnachtstassen werben seit 2010 für ein familienfreundliches Halle. Über 25.000 Tassen wanderten auch 2015 wieder in private Haushalte und werben täglich aus dem Küchenschrank für die Händelstadt Halle (Saale).

Eine umfangreiche regionale Bewerbung sorgt für Umsatz- und Besucherrekorde auf dem halleschen Weihnachtsmarkt. Die erfolgreiche Event-/Citymarketing-Maßnahme ließe sich mit weiterer Markenbildung und Alleinstellungsmerkmalen noch optimieren. Der Erlösanteil aller Maßnahmen zum Weihnachtsmarkt wurde im Vergleich zu 2014 nochmals um 10 % auf 77,2 % gesteigert.

## Sonstige Werbung

Unter „Sonstige Werbung“ werden alle Aktivitäten verbucht, die sich keinem konkreten Projekt zuordnen lassen, sondern dem Zweck der Image-Profilierung der Stadt Halle und der Bewerbung der touristischen Services in der Händelstadt dienen. Hierzu zählen vor allem Printprodukte und Werbekampagnen. Von den insgesamt 142.964,08 Euro Ausgaben (bereinigt um die Veranstaltung „25 Jahre Deutsche Einheit“) für diese Werbemaßnahmen kommen 57.561,65 Euro der Tourismuswerbung zugute. Der Erlös lässt sich nicht direkt messen, sondern spiegelt sich u. a. in den Übernachtungszahlen in Halle und der Region wider. Mit dem restlichen Budget werden Markenpflege, Image-Kampagnen, Anzeigen, Online-Werbung, Betreuung von Famtrips und (Reise-)Journalisten forciert. Dennoch wurde mit 43.615,15 Euro Einnahmen (ebenfalls bereinigt) über Kooperationen auch dieser Bereich mit 30,50 % refinanziert.

## Chancen und Risiken 2015

Die SMG hat 2015 solide gewirtschaftet, das bundesweite Image und die Presseberichterstattung mit Kampagnen, Famtrips und Presse-Services forciert, die touristischen Übernachtungszahlen um 3,7 % sowie die eigenen Erlöse gerade in der Gruppentouristik und bei Stadtführungen um weitere 15,5 % gesteigert. Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden zu 48,13 % fremdfinanziert – eine Steigerung um ca. 7 % im Vergleich zum Vorjahr. Eine durch das Silly-Konzert außerplanmäßige Umsatzerhöhung bei den Einnahmen und Ausgaben „sonstige Werbung“ bescherte der SMG statt geplanten Einnahmen von 43.000 Euro tatsächliche Erlöse von 148.615,15 Euro. Entsprechend standen geplanten Ausgaben von 135.000 Euro reale Ausgaben von 232.964,08 Euro gegenüber. Insgesamt schloss die SMG das Wirtschaftsjahr 2015 mit einem Überschuss von 50.956,88 Euro ab, was den Zielvorgaben für das Wirtschaftsjahr entsprach.

Trotzdem hängt der kontinuierliche nationale und internationale Image-Aufbau und –Ausbau der Händelstadt Halle nicht nur vom institutionellen Zuschuss, von der Vernetzung und der Akquisition von Fremdmitteln ab, sondern zunehmend auch von der Beherbergungssituation in Halle. Mit 37 geöffneten Herbergen und einer Gesamtzahl von nur noch 2.476 Betten hat Halle gegenüber dem Niveau von 1994 zwar doppelt so viele Gästeankünfte und 170.000 zusätzliche Übernachtungen (1994: 248.250; 2015: 405.260), allerdings nahezu die gleiche Anzahl an Betrieben und Betten. Hinzu kommt, dass es kein Tagungs- und Kongresszentrum in Halle mehr gibt, das 1.000 Tagungsbesucher fasst und gleichzeitig auf einen Schlag 300 bis 400 Gäste beherbergen kann. Dies ist für Tagungen oberhalb von 500 Teilnehmern allerdings eine zwingende Voraussetzung.

Wie gesagt: Nach Halles Rekordjahr 1997 mit 44 Betrieben und 2.976 Betten sind der Stadt insgesamt sieben Betriebe und 500 angebotene Betten verloren gegangen, obwohl Halle heute ungleich bekannter und beliebter ist und die touristischen Ankünfte und Übernachtungen um 60 % zugenommen haben. Hier tut ein Kapazitätsausbau gerade im Fünf- und Vier-Sterne-Segment dringend not. Auch bei der Vorstellung des Sparkassen-Tourismusbarometers Ostdeutschland auf der Internationalen Tourismus Börse in Berlin am 10. März 2016 betonte Prof. Dr. Mathias Feige von der beauftragten dwif-Consulting GmbH, dass touristische Zuwächse nur noch zu erzielen seien, wenn die ostdeutschen Städte ihre Hotel-Infrastruktur, die Qualitätsstandards, die Innovationen und die Investitionen (z. B. Barrierefreiheit, „Bed & Bike“, Wellness, Dehoga-Klassifizierung, Sprachenkompetenz, Öffnungszeiten der Kultureinrichtungen, Zahlungskomfort, Digitalisierung) verbessern. Das Credo laute „Wertsteigerung vor Mengensteigerung“.

Umso wichtiger sind die stetige Optimierung der Vertriebs- und Partnernetzwerke (integrierte Wertschöpfungsketten), die aktive Ansprache von Reiseveranstaltern, Journalisten, Unternehmen und Verbänden sowie die offensive Studenten-Akquise. Zur aktiven Akquise von Reiseveranstaltern besuchten Touristiker der SMG mit Kooperationspartnern wie halleschen Hotels, den Kulturpartnern „Kulturhüuptlinge“, dem Städtenetzwerk „Stadtsprung“ oder der Deutschen Zentrale für Tourismus abermals 15 Reismessen. Auch die Kontakte mit Airlines des Flughafens Leipzig-Halle wurden ausgebaut. Für Oktober 2016 konnte von der Deutschen Zentrale für Tourismus der Zentraleuropa-Workshop mit 160 führenden Reiseveranstaltern und Reisejournalisten aus Mitteleuropa gewonnen werden.

SMG-intern bringt das Geschäftsjahr 2016 mit der Erneuerung und zeitlichen Befristung des Betrauungsakts (Finanzierungsvertrags) Klarheit in punkto Beihilferecht und der Regelung von Überkompensationen.

Ferner leistet die SMG dem Beschluss des halleschen Stadtrates Folge, einen politisch und wirtschaftlich besetzten SMG-Beirat auf den Weg zu bringen. Die hierzu erarbeitete Geschäftsordnung befindet sich in der Vorabstimmung durch die einzelnen Gesellschafter. Es ist wichtig, dass die SMG und die Stadt Halle (Saale) hier auch weiterhin die enge Abstimmung und den Verbund mit den Fördervereinen Pro Halle e.V. und Region Halle e.V. sowie der City-Gemeinschaft, der Martin-Luther-Universität und dem Stadtrat suchen, um gemeinsam starke Netzwerke und Marken zu entwickeln, mit denen Halle auf der deutschen und europäischen Landkarte punktet.

## TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Geschäftsführung:	Postanschrift:
<b>Anschrift:</b>	Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 26

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
envia Mitteldeutsche Energie AG	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.
- (2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.
- (5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Universitäten sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

### Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.



## b) Besetzung der Organe

### Geschäftsführung:

Dr. Schmieder, Ulf-Martens  
Noll, Sabine (bis 31.12.2015)

### Aufsichtsrat:

Vorsitzender Dr. Wiegand, Bernd  
stellv. Vorsitzende Schröder, Barbara  
Brückner, Joachim  
Dr. Fox, Jürgen (seit 24.03.2015)  
Dr. Lämmerhirt, Michael  
Marquardt, Bertolt  
Schröter, Reinhard  
Senius, Kay

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	6	4	7

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	26.812	86	27.308	84	30.979	91	-496	-2
Umlaufvermögen	4.366	14	5.346	16	3.143	9	-980	-18
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	6	0	37	0	1	17
<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.185</b>	<b>100</b>	<b>32.660</b>	<b>100</b>	<b>34.159</b>	<b>100</b>	<b>-1.475</b>	<b>-5</b>

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	14.498	46	14.447	44	14.405	42	51	0
Sonderposten für Investitionszulagen	15.776	51	17.251	53	18.850	55	-1.475	-9
Rückstellungen	267	1	348	1	503	2	-81	-23
Verbindlichkeiten	643	2	613	2	400	1	30	5
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.185</b>	<b>100</b>	<b>32.660</b>	<b>100</b>	<b>34.159</b>	<b>100</b>	<b>-1.475</b>	<b>-5</b>

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.822	4.018	3.996
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	5	-195	75
sonstige betriebliche Erträge	24	28	135
Personalaufwand	451	531	513
Abschreibungen	563	578	595
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.791	2.714	2.978
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16	24	32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	62	52	152
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	7	36
sonstige Steuern	1	2	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	51	43	116
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	51	43	116
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,33	1,06	2,90	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,35	0,30	0,81	%
Cash-Flow:	613	621	711	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	963	770	841	T€
Personalaufwandsquote:	11,72	13,78	12,18	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	81,17	83,61	86,30	%
Eigenkapitalquote:	46,49	44,24	42,17	%
Fremdkapitalquote:	53,51	55,76	57,83	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
vermietbare Fläche	16.723,00	16.723,00	16.723,00	m²
Auslastung	92,86	96,73	98,60	%

## e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
  - A.1 Gegenstand des Unternehmens
  - A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden
  - A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation
- B. Wirtschaftsbericht
  - B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
  - B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
  - B.3 Lage
    - B.3.1 Ertragslage
    - B.3.2 Finanzlage
    - B.3.3 Vermögenslage
  - B.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
- C. Nachtragsbericht
- D. Prognosebericht
- E. Chancen- und Risikobericht
  - E.1 Chancenbericht
  - E.2 Risikobericht
  - E.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

### A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

#### A.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als TGZ Halle GmbH oder Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Zusammenhang werden durch die TGZ Halle GmbH in deren Räumlichkeiten aufgenommen sowie gefördert und beraten:

- technologisch hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, insbesondere Absolventen aus den Hochschulen der Region, die sich selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen sowie
- Unternehmen und Personen (-gruppen) mit förderungswürdigen Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien.

Die TGZ Halle GmbH bietet jungen, insbesondere technologie- und wachstumsorientierten Unternehmen folgende Dienstleistungen an:

- Bereitstellung von Büro-, Labor-, Rein- und Technikerräumen, Räumen für Tierhaltung sowie Gemeinschaftseinrichtungen,
- Unterstützung bei der fachlichen Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Beratung zu relevanten Problemstellungen in der Gründungs- und Wachstumsphase,
- Vermittlung von Beratungsangeboten externer Fachexperten sowie
- Hilfestellungen bei der Deckung des Kapitalbedarfs über öffentliche und private Kapitalgeber und Förderinstitutionen.

Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen:

- bei der Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (Einzel- und Verbundprojekte),
- beim Wissens- und Technologietransfer,
- beim Innovationsmanagement und der Durchführung von Innovationsforen,
- bei der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie
- beim Personaltransfer.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange der TGZ Halle GmbH rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da die TGZ Halle GmbH in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

## **A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden**

Im Technologiepark weinberg campus in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zu Max-Planck-, Fraunhofer-, Leibniz-, und Helmholtz Instituten/Zentren, erwarb die TGZ Halle GmbH schrittweise 35.750 m<sup>2</sup> Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 62,6 Mio. € wurden ca. 16.900 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2 - Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für materialwissenschaftliche Untersuchungen und GMP angeboten. Der anfängliche Branchenmix der Nutzer war breit gestreut, von der Soft- und Hardwareentwicklung, Automatisierungstechnik, innovativen Ingenieurbüros für Technologieentwicklung, Ingenieurbüros für Bauwesen, Umwelttechnik, Messgeräteentwicklung, Medizintechnik bis hin zur Biotechnologie. Beginnend im Jahr 2000 und mit der Realisierung des BIO-NANO-Zentrums und dessen Eröffnung im Dezember 2006 erfolgte eine spezialisierte Ausrichtung auf die Bio- und Nanotechnologie, wobei sonstige Firmengründungen nicht vernachlässigt wurden. Insgesamt zeichnet sich aber im Technologiepark weinberg campus eine biotechnologische/ biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen. Die Fraunhofer-Gesellschaft hat inzwischen zwei neue Gebäude auf dem Gelände des Technologieparks weinberg campus errichtet, mit den Spezialisierungen Werkstoffmechanik im Jahre 2007 und der Spezialisierung Silizium Photovoltaik im Jahre 2013. Damit ergeben sich weitere Möglichkeiten der fachlichen Unterstützung für Ansiedlungen und Unternehmensgründungen. Neben der breiten Förderung von innovativen und technologieorientierten Unternehmensgründungen ist die Unterstützung von dementsprechenden Wachstumsunternehmen am Standort eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft.

## **A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation**

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zum Großteil in Kooperation mit Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Förderinstitutionen wiederum zahlreiche thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen durchgeführt, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte initiiert sowie Kongress- und Messebesuche organisiert. Beispielhaft seien die Organisation von Gemeinschaftsständen zur Cebit in Hannover, zur CPhI in Madrid, Vertriebs- und PR-Aktivitäten zur BIO International Convention in Philadelphia, zur BIO Europe in München, zur BioPharm in Boston und zu den Biotechnologietagen in Köln genannt. Im Ergebnis stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die TGZ Halle GmbH betreuten Unternehmen.

Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die TGZ Halle GmbH in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien das regionale Hochschulgründernetzwerk, der Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, das Cluster Life Sciences Sachsen-Anhalt sowie die Kooperation mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken genannt. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Projektes "Exist-Gründungskultur: Die Gründerhochschule" der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs zweier Gründerwerkstätten in den Schwerpunktfeldern Bio- und Materialwissenschaften.

Die Projektarbeit der TGZ Halle GmbH dient einerseits der Unterstützung der aktuellen Mieter bei der Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte/Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit Erfolgsbeiträge geschaffen werden.

## **B. Wirtschaftsbericht**

### **B.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht gewachsen. Dabei setzte sich der Aufschwung im Herbst 2015 mit solidem Tempo fort, wobei das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte etwas schwächer als im ersten Halbjahr ausfiel. Positive Impulse kamen vor allem von Verbraucherseite in einem lebhaften Binnenmarkt dank des weiterhin sehr hohen Beschäftigungsniveaus und deutlichen Entgeltsteigerungen. Zum Jahresende bekam die deutsche Wirtschaft nachlassende Nachfrageimpulse aus Fernost sowie weiteren Industrieländern zu spüren.

In der BIO-NANO-Branche und angrenzenden Gebieten war die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die finanziellen, wirtschaftspolitischen und fördertechischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Region Halle erschwerten die Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten. Hinzu kam ein verschärfter Standortwettbewerb angrenzender Bundesländer, insbesondere im Hinblick auf die interessante Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen. So führten beispielsweise spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse durch Kommunen und Landesregierungen zu einer teilweise extremen Wettbewerbsverzerrung.

### **B.2 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr**

Für die TGZ Halle GmbH hatte die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen weiterhin oberste Priorität. Zudem wurden die Aktivitäten zur Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung verstärkt. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Ansiedlungen, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen und die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen.

Der Mietzins konnte auch im Jahr 2015 beibehalten werden, obwohl zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungsbereich als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Reparaturen entstanden.

Der zunehmende Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur machte zudem größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur auch zukünftig zu erhalten. Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum neben der notwendigen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Sanitäranlagen und Innenausstattungen in den älteren Gebäuden sowie zur Fassadenmodernisierung eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2016 werden diese Modernisierungsmaßnahmen fortgesetzt und intensiviert. Dies betrifft insbesondere das Technologie- und Gründerzentrum I im Weinbergweg 23, welches durch umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen zukunftsfähig gestaltet werden soll, damit auch hier weiterhin junge Technologieunternehmen angesiedelt werden können. Den Kern der Aktivitäten bilden die Fertigstellung neuer Labor- und Technikräume sowie der Aufbau eines Inkubators und Akzelerators für Unternehmensgründer und junge Technologieunternehmen. Dies erfolgt in enger Kooperation mit der Martin-Luther-Universität und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden die Schwerpunkte der zukünftigen Positionierung diskutiert, konkrete Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur sowie zur Erweiterung des Dienstleistungsportfolios geplant und strategische Partnerschaften intensiviert bzw. neu geschlossen. Die Einarbeitung eines diesbezüglichen Zukunftskonzeptes erfolgte im Einklang mit der strategischen Positionierung der TGZ Halle GmbH und deren wirtschaftspolitischer Aufgabenerfüllung im Rahmen des ebenfalls im Berichtsjahr erarbeiteten Wirtschaftskonzeptes für die Stadt Halle (Saale) sowie als Teil der europäischen Metropolregion Mitteldeutschland.

Um die inhaltliche Profilbildung des Standorts Technologiepark Weinberg Campus weiter zu stärken sowie kunden- und bedarfsorientierte Dienstleistungsangebote unterbreiten und zukunftsfähige Infrastrukturen entwickeln zu können, wurde im Berichtsjahr die Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes für das Technologie- und Gründerzentrum vorgenommen. Dessen Fundierung diente u.a. eine Kundenzufriedenheitsanalyse und die Durchführung eines Strategiedialoges mit namhaften Vertretern der Anspruchsgruppen am Standort zu den beiden Handlungsfeldern Gesundheit und Energie. Die Aufnahme einer Mitgliedschaft im Bundesverband der deutschen Innovationszentren und die Mitarbeit im Arbeitskreis der Bio-Regionen zielt auf eine stärkere Positionierung der TGZ Halle GmbH und eine Unterstützung der Bestandsunternehmen mit branchenspezifischen Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten.

Zur Unterstützung der Bestandsunternehmen ist es ein weiteres Ziel der TGZ Halle GmbH, Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Bezogen auf das Berichtsjahr ist zu konstatieren, dass insbesondere durch den Beginn einer neuen Strukturfondsperiode, die dadurch wegfallenden Projektförderungen und die damit ebenso verbundenen Verzögerungen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Förderrichtlinien kaum dem entsprechende Projektmittel akquiriert werden konnten. Da die TGZ Halle GmbH über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern bzw. die Übernahme einer Projektträgerschaft auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten, das Angebot marktorientierter Beratungsleistungen und die Zusammenarbeit mit Transfereinrichtungen. Diesbezüglich wird die bestehende Kooperationsvereinbarung mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Laufe des Jahres 2016 inhaltlich neu gestaltet.

Für das Jahr 2016 sind umfangreiche Investitionen geplant, die allerdings zu keiner Erweiterung der Hauptnutzfläche der TGZ Halle GmbH führen. Ziel ist die Modernisierung und bauliche Umgestaltung des Technologie- und Gründerzentrums I im Weinbergweg 23. Diesbezügliche Beschlüsse wurden in den Aufsichtsgremien gefasst und sind im 1. und 2. Quartal 2016 umzusetzen.

### B.3 Lage

#### B.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar :

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	TC	%	TC	%	TC	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.539	91,9%	3.708	96,3%	-169	-4,6%
+ Einnahmen Projektleistungen	230	6,0%	246	6,4%	-16	-6,5%
+ sonstige Dienstleistungen	53	1,4%	64	1,7%	-11	-17,2%
<b>+ = UMSATZERLÖSE</b>	<b>3.822</b>	<b>99,2%</b>	<b>4.018</b>	<b>104,3%</b>	<b>-196</b>	<b>-4,9%</b>
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	5	0,1%	-195	-5,1%	200	-102,6%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	24	0,6%	28	0,7%	-4	-14,3%
<b>= BETRIEBSLEISTUNG</b>	<b>3.851</b>	<b>100,0%</b>	<b>3.851</b>	<b>100,0%</b>	<b>0</b>	<b>0,0%</b>
+ Personalkosten	451	11,7%	530	13,8%	-79	-14,9%
+ Abschreibungen	2.037	52,9%	2.177	56,5%	-140	-6,4%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-1.474	-38,3%	-1.600	-41,5%	126	-7,9%
<b>+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN</b>	<b>563</b>	<b>14,6%</b>	<b>577</b>	<b>15,0%</b>	<b>-14</b>	<b>-2,4%</b>
+ Raumkosten / Grundstücksaufwand	2.325	60,4%	2.231	57,9%	94	4,2%
+ Versicherungen / Beiträge	26	0,7%	26	0,7%	0	0,0%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	264	6,9%	213	5,5%	51	23,9%
+ Kosten des Fuhrparks	16	0,4%	51	1,3%	-35	-68,6%
+ Werbe- und Reisekosten	30	0,8%	40	1,0%	-10	-25,0%
+ sonstige Kosten	130	3,4%	154	4,0%	-24	-15,6%
<b>+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN</b>	<b>2.791</b>	<b>72,4%</b>	<b>2.715</b>	<b>70,4%</b>	<b>76</b>	<b>2,8%</b>
<b>- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN</b>	<b>3.805</b>	<b>98,8%</b>	<b>3.822</b>	<b>99,2%</b>	<b>-17</b>	<b>-0,4%</b>
<b>= BETRIEBSERGEBNIS</b>	<b>46</b>	<b>1,2%</b>	<b>29</b>	<b>0,8%</b>	<b>17</b>	<b>58,6%</b>
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	16	100,0%	24	100,0%	-8	-33,3%
<b>= FINANZERGEBNIS</b>	<b>16</b>	<b>100,0%</b>	<b>24</b>	<b>100,0%</b>	<b>-8</b>	<b>-33,3%</b>
<b>= (ERGEBNIS VOR STEUERN)</b>	<b>(62)</b>	<b>(1,6%)</b>	<b>(53)</b>	<b>(1,4%)</b>	<b>(9)</b>	<b>(17,0%)</b>
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	10	16,1%	8	15,1%	2	25,0%
+ SONSTIGE STEUERN	1	1,6%	2	3,8%	-1	*
<b>- = STEUERERGEBNIS</b>	<b>11</b>	<b>17,7%</b>	<b>10</b>	<b>18,9%</b>	<b>1</b>	<b>10,0%</b>
<b>= JAHRESÜBERSCHUSS</b>	<b>51</b>	<b>1,3%</b>	<b>43</b>	<b>1,1%</b>	<b>8</b>	<b>18,6%</b>

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2014 nicht verändert und liegt weiterhin bei 3.851 T-€. Dabei haben sich die Mieten und Mietnebenkosten um 169 T-€ vermindert, die Einnahmen aus Projektleistungen gingen um 16 T-€ zurück, die Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen verminderten sich um 11 T-€ und die sonstigen betrieblichen Erträge gingen um 4 T-€ zurück. Dagegen haben sind die Bestandsveränderungen aus nicht abgerechneten Mietnebenkosten um 200 T-€ erhöht.

Gegenüber den im Wirtschaftsplan für 2015 geplanten Einnahmen aus Vermietung und Nebenkosten dazu i.H.v. 3.631 T-€ ergaben sich einschließlich Bestandsveränderungen hieraus tatsächliche Einnahmen i.H.v. 3.544 T-€. Die Einnahmen lagen damit um 87 T-€ unter dem Planansatz, was ausschließlich in den geringeren Einnahmen aus Nebenkosten begründet ist, diese lagen um 97 T-€ unter Planansatz. Die Erlöse aus Projektleistungen und die sonstigen Erträge lagen um 42 T-€ über dem Planansatz. Insgesamt betragen die Einnahmen somit 45 T-€ weniger als geplant.

Die **Personalkosten** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 79 T-€ auf 451 T-€. Gegenüber dem Planwert i.H.v. 530 T-€ gab es eine Abweichung um -79 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 2.037 T-€ (Vorjahr: 2.177 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 126 T-€ auf 1.474 T-€. Der saldierte Abschreibungsaufwand beträgt damit 563 T-€ und liegt damit um 3 T-€ über dem Planansatz.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 76 T-€ (+2,8%) auf 2.791 T-€. Erhöhungen gab es beim Grundstücksaufwand (+94 T-€) und bei den Reparaturen und Instandhaltungen (+51 T-€). Die Kosten des Fuhrparks (-35 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-10 T-€) und den sonstigen Kosten (-24 T-€) haben sich dagegen vermindert.

Im Vergleich zum Planansatz lagen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit insgesamt 2.791 T-€ um 91 T-€ unter dem Planansatz i.H.v. 2.882 T-€, was ebenfalls an den umlagefähigen Nebenkosten zu Mieten (-23 T-€) sowie auch an anderen Kostenpositionen liegt, die unterschritten werden konnten.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2014 um 17 T-€ auf 46 T-€ verbessert. Gegenüber dem Planwert von -76 T-€ ergab sich eine Verbesserung um 122 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat gegenüber dem Vorjahr um 8 T-€ abgenommen und beträgt noch 16 T-€. Der Planwert mit 22 T-€ konnte hier nicht erreicht werden, was an den sehr geringen Anlagezinsen liegt.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2 T-€ auf 10 T-€ erhöht, die Sonstigen Steuern verminderten sich um 1 T-€.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 51 T-€ und liegt damit um 8 T-€ über dem Vorjahr bzw. 105 T-€ über dem Planwert.

### B.3.2 Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 3.766,0 T-€ betragen. Aufgrund Umschichtungen in das Finanzanlagevermögen und dem Mittelzufluss aus dem Geschäftsbetrieb im Laufe des Jahres 2015 haben sich die liquiden Mittel um rund 937,4 T-€ vermindert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar :

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2015		31.12.2014		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b><u>Eigenkapital</u></b>	14.498,0	46,5	14.447,3	44,2	50,7	0,4
<b><u>Sonderposten mit Rücklageanteil</u></b>	15.776,4	50,6	17.250,4	52,8	-1.474,0	-8,5
<b><u>Rückstellungen</u></b>	266,9	0,9	348,1	1,1	-81,2	-23,3
Erhaltene Anzahlungen	311,6	1,0	248,5	0,8	63,1	25,4
Lieferverbindlichkeiten	215,4	0,7	263,5	0,8	-48,1	-18,3
Sonstige Verbindlichkeiten	115,7	0,4	100,6	0,3	15,0	14,9
<b><u>Summe Verbindlichkeiten</u></b>	642,6	2,1	612,6	1,9	30,0	4,9
<b><u>Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>	1,2	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0
<b><u>Summe Passiva=Gesamtkapital</u></b>	<b>31.185,1</b>	<b>100,0</b>	<b>32.659,7</b>	<b>100,0</b>	<b>-1.474,6</b>	<b>-4,5</b>



### B.3.3 Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2015		Bilanz zum 31.12.2014		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	25.312,0	81,2	27.307,6	83,6	-1.995,6	-7,3
Finanzanlagen	1.500,0	4,8	0,0	0,0	1.500,0	-100,0
<b><u>Summe Anlagevermögen</u></b>	<b>26.812,0</b>	<b>86,0</b>	<b>27.307,6</b>	<b>83,6</b>	<b>-495,6</b>	<b>-1,8</b>
Forderungen	8,2	0,3	80,3	0,3	-72,1	-89,8
Sonstige Vermögensgegenstände	592,3	1,9	562,3	1,7	30,0	5,3
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	3.766,0	12,1	4.703,4	14,4	-937,3	-19,9
<b><u>Summe Umlaufvermögen</u></b>	<b>4.366,6</b>	<b>14,3</b>	<b>5.345,9</b>	<b>16,4</b>	<b>-979,4</b>	<b>-18,3</b>
<b><u>Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>	<b>6,6</b>	<b>0,0</b>	<b>6,3</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>4,8</b>
<b><u>Summe Aktiva=Gesamtvermögen</u></b>	<b>31.185,1</b>	<b>100,0</b>	<b>32.659,7</b>	<b>100,0</b>	<b>-1.474,6</b>	<b>-4,5</b>

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.474,6 T-€ (= -4,5 %) auf 31.185,1 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-1.995,6 T-€), der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-72,0 T-€) und der flüssigen Mittel (-937,4 T-€). Die Finanzanlagen (+1.500,0 T-€), die sonstigen Vermögensgegenstände (+30,0 T-€) und die Rechnungsabgrenzungsposten (+0,4 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 83,6 % auf 86,0 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von 41,2 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 2.036,8 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 25.312,0 T-€ (-1.995,6 T-€) vermindert.

Aufgrund Vermögensumschichtungen von kurzfristigen zu längerfristigen Geldanlagen hat sich das **Finanzanlagevermögen** um 1.500,0 T-€ erhöht.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 979,4 T-€ vermindert, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen verminderte sich dadurch auf 14,3% gegenüber 16,4% im Vorjahr.

Die Verminderung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 72,0 T-€ resultiert sowohl aus der Verminderung der Forderungen aus Mieten einschließlich darauf gebildeter Wertberichtigungen (-33,0 T€) als auch der Forderungen aus Mietnebenkosten (-39,0 T-€).

Die Erhöhung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 30,0 T-€ ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (+65,8 T-€) zurückzuführen. Die Steuererstattungsansprüche haben sich um 41,3 T-€ vermindert, die übrigen sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich um 5,5 T-€.

Die Verminderung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 4.703,4 T-€ auf 3.766,0 T-€ hängt mit der Umschichtung von Finanzmitteln in die Position Finanzanlagen (1.500,0 T-€) und dem Mittelzufluss aus dem laufenden Geschäftsbetrieb zusammen.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** erhöhten sich geringfügig um 0,4 T-€ auf 6,6 T-€.

## B.4 Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran, darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen.

Insgesamt waren die Gebäude der TGZ Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 94,82 % ausgelastet. Dementsprechende Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 92,86 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Wirtschaftszweige in denen die Mieter der TGZ Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

- Life Sciences (Biotechnologie, Medizintechnik, Pharma)	31,58%
- Services	21,05%
- Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	15,79%
- Nanotechnologie	10,53%
- Ingenieurdienstleistungen	8,77%
- Analytik und Sensorik	7,02%
- Geräte- und Anlagenbau	3,51%
- Erneuerbare Energien	1,75%

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 59 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

## C. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet :

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

## D. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der TGZ Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2016 sowie in Entwurfsversionen für die Jahre 2017 bis 2021 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Umsatzerlöse	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-€	T-€	T-€	T-€
2016	3.920	3.966	6	-40
2017	3.990	4.068	6	-72
2018	3.912	3.976	6	-58
2019	3.985	3.951	6	40
2020	3.985	3.931	6	60
2021	3.985	3.931	6	60

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt nach wie vor als eher risikobehaftet eingeschätzt.

Anlass hierfür bieten einerseits die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiewende (erhöhte Energiekosten), eine zunehmend schwierigere Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase) sowie erhöhte Restriktionen in Bezug auf den Lärmschutz am Standort.

Dem Aufgabenspektrum der TGZ Halle GmbH als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind Chancen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Rahmenbedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortwechselentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der im Berichtszeitraum entwickelten Zukunftsstrategie wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert. Nun gilt es, diese Strategie in den kommenden Jahren stringent umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die TGZ Halle GmbH auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Aus aktueller Sicht besteht im laufenden Geschäftsjahr 2016 das Ziel der Ansiedlung von zwei bis drei technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Des weiteren soll die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen intensiviert und die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) und der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden.

Für die Ertragsprognose der TGZ Halle GmbH sind insbesondere unternehmensindividuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen.

Das seit seiner Gründung im Technologie- und Gründerzentrum befindliche Unternehmen ECH Elektrochemie Halle GmbH hat auf Grund von Wachstumsbestrebungen zum Ende des Jahres 2015 das Gebäude verlassen und eine eigene Immobilie im Technologiepark Weinberg Campus bezogen. Die nunmehr leerstehenden Flächen i.H.v. ca. 700 m<sup>2</sup> werden für 3 junge Technologieunternehmen modernisiert und umgebaut. Ziel ist es auch, einen Teil dieser sowie weitere Flächen i.H.v. ca. 250 m<sup>2</sup> im Weinbergweg 23 zu einem Inkubator und Akzelerator für innovative und technologieorientierte Ausgründungen zu gestalten. Bis zu einem Einzug der Technologieunternehmen und zur zeitgleichen Eröffnung des Inkubators / Akzelerators zum Beginn des 3. Quartals 2016 ist keine Vermietung dieser Flächen möglich. Im 3. Quartal 2016 ist wieder eine Vollausslastung des gesamten Gebäudes vorgesehen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist zudem unklar, in welchem Umfang sich die Suche eines forschungsbasierten Biotechnologieunternehmens nach einem neuen Investor auf dessen Fortbestand am Standort auswirkt. Sollte kein Investor gefunden werden, bestünde ab 2018 das Risiko eines erheblichen Leerstandes in einem der Häuser.

Bedingt durch die Sparmaßnahmen in der Hochschullandschaft des Landes, die damit verbundene Neustrukturierung der Medizinischen Fakultät und den Bau des Proteinzentrums der Martin-Luther-Universität deutet sich ein Auszug des Zentrums für Angewandte Medizinische und Humanbiologische Forschung (ZAMED) aus demselben Gebäude nunmehr für das letzte Quartal 2017 an. Dies würde einen zumindest temporären Leerstand im Jahr 2018 verursachen.

In den Prognosen für die Jahre 2017 bzw. 2018 ist zu berücksichtigen, dass ein Unternehmen, dem wegen des Jahrhunderthochwassers im Jahre 2013 und der damit verbundenen Umzugsnotwendigkeit umfangreiche Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, aktuell einen erneuten Standortwechsel in spezifische Infrastruktureinrichtungen in Erwägung zieht. Auch dies würde wegen der notwendigen Umbaumaßnahmen einen größeren zumindest temporären Leerstand im oben genannten Zeitraum zur Folge haben. Die Standortentscheidung fällt voraussichtlich im 2. Quartal 2016 und wird durch die Geschäftsführung intensiv begleitet, so dass die Akquisition neuer Mieter und notwendige Umbaumaßnahmen rechtzeitig und planbar erfolgen können.

Sollten die oben prognostizierten unternehmensindividuellen Szenarien wie beschrieben eintreten, ist nicht nur im Jahre 2016 sondern insbesondere im Jahr 2018 mit erhöhten Mindereinnahmen zu rechnen. Im Extremszenario hätte dies für das Geschäftsjahr 2018 ein Absinken der Flächenauslastung auf ca. 90% zur Folge.

Um diesem Risiko zu begegnen, wird die Geschäftsleitung die Unternehmen bei der Investorensuche sowie bei der Standortentwicklung und -sicherung unterstützen. Im Fokus stehen hierbei die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der TGZ Halle GmbH. Als Leitlinien hierfür wird die Geschäftsleitung Strategien entwickeln, die den beschriebenen wirtschaftlichen Risiken einer reduzierten Flächennutzung entgegenwirken. Ziel ist eine nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

In diesem Zusammenhang steht 2016 die abschließende Diskussion und der Beschluss des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die TGZ Halle GmbH und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Dem Ziel der Standortentwicklung dient diesbezüglich die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, weiterführende Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten zu schaffen, da ansonsten Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden können. Damit wäre entweder die Abwanderung der Unternehmen vom Standort oder sogar deren Insolvenz vorprogrammiert.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der TGZ Halle GmbH ist in den nächsten Jahren mit steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben.

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese durch den Wechsel der EU- Strukturfondsperiode erst ab dem ersten Halbjahr 2016 beispielweise durch das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume untersetzt werden.

Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann.

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH und damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten (u.a. TGZ, Mieter, Kunden, Lieferanten, Netzwerkpartner) abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2016 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

## **E. Chancen- und Risikobericht**

### **E.1 Chancenbericht**

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich insbesondere aus der strategischen Positionierung der TGZ Halle GmbH als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Life Sciences / Biotechnologie, Material Sciences / Nanotechnologie und Informationstechnologie / Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Das zur Zeit eher positive konjunkturelle Marktumfeld bietet Technologieunternehmen grundsätzlich Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der TGZ Halle GmbH realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der TGZ Halle GmbH besteht die diesbezügliche Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie / Life Sciences aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups, insbesondere mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die TGZ Halle GmbH bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck werden aktuell Räumlichkeiten im TGZ I modernisiert und umgebaut, die in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den Jahren 2016/2017 als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugängen, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die TGZ Halle GmbH liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dem entsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der im Berichtszeitraum entwickelten Zukunftsstrategie, die es in den Folgejahren umzusetzen gilt.

## **E.2 Risikobericht**

Die im Schwerpunkt auf die Bio- und Nanotechnologie ausgerichtete TGZ Halle GmbH unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" insbesondere einem bestandsgefährdenden Risiko. Hintergrund hierfür sind Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion (insbesondere bei Reinraumnutzung) eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im nationalen und internationalen Wettbewerb zur Folge. Positiv für die TGZ Halle GmbH ist in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Stadtwerke Halle zu werten, die Energieversorgung durch den Bau eines neuen Schalthauses auf dem Gelände des Technologieparks Weinberg Campus zu stabilisieren und gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH und weiteren Partnern ein Pilotprojekt zur Energieeffizienz umzusetzen.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen.
- Aktuell ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden.

- Bedingt durch eine insbesondere für innovative Firmen aus der Bio- und Nanotechnologie sowie angrenzenden Gebieten eher schwierige konjunkturelle Lage, verschlechtern sich deren wirtschaftliche Perspektiven in Deutschland weiter.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die TGZ Halle GmbH unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus der im Berichtszeitraum durchgeführten Mieterbefragung und aus Diskussionsforen zur Standortentwicklung.

Die dargestellten Risiken können kurz- und mittelfristig zu Mietausfällen führen und damit das Fortbestehen des Unternehmens gefährden. In der Stadt Halle (Saale) bestehen erhebliche Angebotsreserven an Büroflächen, wodurch der Mietzins für Gewerbeflächen auch im Berichtszeitraum auf einem niedrigen Niveau stagnierte. Dieser Entwicklung und dem dadurch bedingten preislichen Wettbewerb kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese durch den damit verbundenen Personalaufwand letztlich stetig wachsende Kosten verursachen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine verstärkte Lobbyarbeit in Bezug auf die qualitätsorientierte Positionierung des Standortes notwendig.

Das Risiko, das sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt, ist für die Gesellschaft eher von untergeordneter Bedeutung. Lediglich im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem erhöhten Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

### **E.3 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Die im Unternehmen Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Der Großteil unseres Kundenstamms (Forderungen aus Lieferungen und Leistungen) setzt sich aus unseren Mietern zusammen, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten. Sofern Einzelrisiken im Sinne von Ausfall- bzw. Liquiditätsrisiken angezeigt sind, werden entsprechende Wertberichtigungen in der Rechnungslegung vorgenommen.

Unsere Verbindlichkeiten bezahlen wir innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele und soweit möglich skontiert.

Wir finanzieren uns im kurzfristigen Bereich über unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unsers Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

## **3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT**

## Bäder Halle GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Bornknechtstraße 5  
06108 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 300

<b>Gesellschafter:</b>	<u>T€</u>	<u>%</u>
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erworben hat. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badbetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badbetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

### Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Waldenburger, Annette

**Beirat:** Berend, Stephanie (seit 01.01.2015)  
Borggrefe, Fabian  
Dr. Marquardt, Judith



**Beirat:**

Embacher, Frank  
 Friedrich, Holger  
 Hülsbusch, Peter  
 Mehlis, Marion  
 Misch, Werner  
 Nagel, Elisabeth  
 Walther, René

**d) Geschäftsentwicklung**

**aa) Bilanzdaten**

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	11.893	88	11.587	90	7.155	60	306	3
Umlaufvermögen	1.636	12	1.244	10	4.704	40	392	32
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0			0	0

<b>Bilanzsumme</b>	<b>13.529</b>	<b>100</b>	<b>12.831</b>	<b>100</b>	<b>11.859</b>	<b>100</b>	<b>698</b>	<b>5</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	6.838	51	6.837	53	5.543	47	1	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.689	12	715	6			974	136
Rückstellungen	378	3	416	3	556	5	-38	-9
Verbindlichkeiten	4.624	34	4.863	38	5.760	48	-239	-5

<b>Bilanzsumme</b>	<b>13.529</b>	<b>100</b>	<b>12.831</b>	<b>100</b>	<b>11.859</b>	<b>100</b>	<b>698</b>	<b>5</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.021	963	1.014
sonstige betriebliche Erträge	4.133	3.968	3.901
Materialaufwand	2.299	2.319	2.354
Personalaufwand	1.489	1.594	1.594
Abschreibungen	653	487	421
sonstige betriebliche Aufwendungen	598	383	387
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	7	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	124	120	131
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-9	35	47
außerordentliche Erträge	59	0	0
außerordentliches Ergebnis	59	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3	7	3
sonstige Steuern	45	24	50
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2	4	-6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2	4	-6

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,15	0,37	-0,55	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,02	0,05	-0,10	%
Cash-Flow:	655	491	415	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	107	105	109	T€
Personalaufwandsquote:	28,88	32,34	32,44	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,90	90,26	60,25	%
Eigenkapitalquote:	50,55	53,28	46,75	%
Fremdkapitalquote:	49,45	46,72	53,25	%

**ee) Leistungsdaten**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Besucher	314.663,00	291.801,00	317.391,00	Anzahl

**e) Lagebericht**

- 1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH**
  - 1.1. Geschäftsmodell
    - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
    - 1.1.2. Geschäftsfelder
  - 1.2. Ziele und Strategien
  - 1.3. Steuerung
  - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
  - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
  - 2.2. Arbeitsmarkt
  - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
  - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
  - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
  - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
  - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
  - 3.5. Forschung und Entwicklung
  - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
  - 4.1. Ertragslage
  - 4.2. Finanzlage
    - 4.2.1. Kapitalstruktur
    - 4.2.2. Investitionen
    - 4.2.3. Liquidität
  - 4.3. Vermögenslage
  - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Nachtragsbericht**
- 6. Risikobericht**
  - 6.1. Risikomanagementsystem
  - 6.2. Risiken
  - 6.3. Gesamtbild
- 7. Prognosebericht**
  - 7.1. Umsatzentwicklung
  - 7.2. Investitionen
  - 7.3. Finanzierung
  - 7.4. Ergebniserwartung

**1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH**

- 1.1. Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 hat die Bäder Halle GmbH die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt 6,00 Euro.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat zum 1. Mai 2010 in Kraft und kann frühestens zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden.

Zum Bäderfinanzierungsvertrag vom 28.04.2010 wurden gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) Festlegungen und Klarstellungen zur Kooperation und Kommunikation abgestimmt und in einem Nachtrag zusammengefasst, der mit Datum vom 17.06.2014 unterzeichnet wurde. Mit der Übertragung der Aufgaben an die Bäder Halle GmbH hat die Stadt Halle (Saale) insbesondere das Interesse verbunden, dass die Aufgabenerfüllung durch die Bäder Halle GmbH ein bestimmtes Zuschussniveau nicht übersteigt. Stadt und Bäder Halle GmbH sind sich aber auch bewusst, dass diese Zielstellung kurzfristig durch sprunghafte Veränderungen (witterungsabhängige Besucherzahlen, Energie- und Personalkosten, Steuerrechtsänderungen) und langfristig (insbesondere durch Inflation und Investitionsbedarf) gestört werden kann. Der erarbeitete Nachtrag soll deshalb insbesondere das einvernehmliche Verfahren zwischen Stadt und Bäder Halle GmbH regeln, wonach bei Zielgefährdungen beide Seiten gemeinsam nach realisierbaren Kompensationsmöglichkeiten suchen.

#### 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Bäder Halle GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH.

#### 1.1.2. Geschäftsfelder

Zweck der Bäder Halle GmbH ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung des Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen.

Für das Naturbad Angersdorfer Teiche wurde ab 01.03.2015 ein Betreibervertrag über eine Laufzeit von 5 Jahren, mit einer Verlängerungsoption von 2x 5 Jahren, mit der Bäder- und Eventmanagement GmbH geschlossen. Dieser Betreiber verfügt über langjährige Erfahrungen im Betrieb von Naturgewässern wie dem Heidesee in Halle (Saale) und dem Familien- und Naturbad Pappelgrund in Teutschenthal. Die Bäder Halle GmbH wird sich auf den Betrieb der Frei- und Hallenbäder mit Badewasseraufbereitungsanlagen konzentrieren. Die Stadt Halle (Saale) war in den Vergabeprozess eng involviert und hat die Vorgehensweise befürwortet.

Im Februar 2013 wurde ein Dienstleistungsvertrag für die im städtischen Besitz befindliche Robert-Koch-Schwimmhalle zwischen der Bäder Halle GmbH und der Stadt Halle (Saale) geschlossen. Auf dieser Grundlage erbringt die Bäder Halle GmbH die technische Dienstleistung zur Betreuung der Anlagen- und Haustechnik, regelt den öffentlichen Badebetrieb mit Kassen- und Badeaufsichtskräften einschließlich der Kassenabrechnung und zeichnet für die Belegungsplanung und Abrechnung der Nutzung durch Schulen und Vereine verantwortlich. Der Vertrag ist mit einer Frist von 3 Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die Bäder Halle GmbH hat für den Bau der Ballsporthalle am Standort Nietlebener Straße in Halle (Saale) die Aufgabe des Bauherrn übernommen. Die moderne Dreifelderhalle wurde am 31.07.2014 fertiggestellt. Zwischen der Bäder Halle GmbH und der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wurde ab 01.08.2014 ein Pachtvertrag für die Ballsporthalle geschlossen.

#### 1.2. Ziele und Strategien

Die Bäder Halle GmbH betreibt die ihr von der Stadt Halle (Saale) übertragenen Bäder mit dem Ziel der langfristigen Erhaltung dieser Sporteinrichtung für die Grundversorgung der Bevölkerung. Über den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Instandhaltungsmittel soll der Zustand der Bäder erhalten und verbessert werden.

Für das marode hundertjährige Stadtbad sollten über ein Interessenbekundungsverfahren Ende 2014 / Anfang 2015 Partner mit Konzepten und Engagement für eine langfristige und wirtschaftlich tragfähige Gesamtlösung hinsichtlich der Nutzung dieses Objektes gesucht werden. Im Ergebnis der mit den Interessenten geführten Gespräche war insgesamt festzustellen, dass konzeptionell und inhaltlich gute und wünschenswerte Vorschläge für den Betrieb des Stadtbades vorlagen. Wesentliche Fragen zur finanziellen Absicherung der Sanierung des Stadtbades konnten durch das Interessenbekundungsverfahren jedoch nicht abschließend geklärt werden. Kein Interessent war in der Lage, ein umsetzbares Investitions- und Finanzierungskonzept vorzulegen. Vor diesem Hintergrund wurde das Interessenbekundungsverfahren am 30.04.2015 formell abgeschlossen. Die Bäder Halle GmbH sah sich nun zunächst in der Pflicht, eine belastbare Planung und Kostenberechnung für die notwendige Gesamtsanierung des Stadtbades zu beauftragen, um den tatsächlichen Finanzbedarf für eine Sanierung zu ermitteln. Der Auftrag wurde im August 2015 ausgelöst. Nur auf einer solch belastbaren Grundlage können letztlich die notwendigen, wegweisenden Finanzierungsentscheidungen für die Zukunft des Stadtbades getroffen werden. Auch die Akquisition von Fördermitteln erfordert derartige Unterlagen. Dafür stehen der Bäder Halle GmbH keine planmäßigen Mittel zur Verfügung. Das Objekt benötigt einen sehr großen Anteil des Zuschusses und wird im Vergleich mit den Schwimmhallen Neustadt und Saline von deutlich weniger Gästen besucht. Die Planung und Kostenberechnung wird maßgeblich mit den anteiligen Betriebskostenzuschüssen finanziert, die aus der Schließung der unrentablen und maroden Sauna im Stadtbad freigesetzt werden.

### 1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Bäder Halle GmbH gliedert sich in Betriebsleitung, Objektleitung, technische Einsatzleitung und Geschäftsführung. Die zu bewirtschaftenden Struktureinheiten stellen die Hallen- und Freibäder dar.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den einzelnen Hallen- und Freibädern. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist die Höhe des Fehlbetrages, der aus der Differenz von Umsatzerlösen einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge und der Summe aller Aufwendungen der Gesellschaft für den Bäderbetrieb entsteht.

Der Fehlbetrag wird maßgeblich von der Höhe der Aufwendungen bestimmt, da die Erlöse aufgrund der bewusst sozialverträglichen Eintrittspreisgestaltung für Bäder dieser Art deutlich weniger Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Rund 2/3 der Aufwendungen stellen die Medienkosten (Wasser- und Abwasser/ Strom/ Wärme) und Personalaufwendungen in Summe dar und sind auch nur unwesentlich zu beeinflussen. Wärmeaufwendungen für die Hallenbäder stehen zudem in direktem Zusammenhang mit den Außentemperaturen und fallen oder steigen entsprechend der Witterung. Der Personalaufwand wird auf der Grundlage der wahrzunehmenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie entsprechend der Vorschriften zur Verkehrssicherung in Bädern nach VbE geplant. Personaleinstellungen erfolgen gemäß der auf der Planung basierenden Stellenpläne.

Abweichungen von diesen wesentlichen Ziel- bzw. Planvorgaben werden monatlich analysiert und die Auswirkungen auf die Fehlbetragsentwicklung bewertet.

### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt, Änderungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

## 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote in Sachsen-Anhalt um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

## 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Der Wirtschafts- sowie der Mittelfristplan der Bäder Halle GmbH sieht über die Aufwendungen für die laufende Instandhaltung hinaus derzeit keine Mittel für die Beseitigung der umfangreichen Gesamtschäden am Stadtbad vor. Die beauftragte Planung und Kostenberechnung für eine Gesamtsanierung des Stadtbades wird Aufschluss über den tatsächlichen Finanzbedarf für eine Sanierung geben. Gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) soll dann nach umsetzbaren Lösungen für die Finanzierung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen gesucht werden.

Am 30.09.2015 hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) die Förderung der Sanierung der Fassaden von Turm, Frauen- und Männerhalle sowie Wannenabteilung des Stadtbades mit 1,1 Mio. € Sicherungsmitteln beschlossen. Mit der Umsetzung der Maßnahmen wurde noch Ende 2015 begonnen, sie werden im September 2016 abgeschlossen sein.

Die Sanierung des Hochwasserschadens am Nichtschwimmerbecken im Freibad Saline konnte am 12.05.2015 in den wesentlichen Maßnahmen, die Einfluss auf den Kundenbetrieb haben, abgeschlossen werden, so dass der Start in die Freibadsaison in beiden Freibädern planmäßig am 13.05.2015 erfolgte. Restmaßnahmen, die den Betrieb jedoch nicht beeinträchtigen, werden vor dem Beginn der Freibadsaison 2016 ausgeführt.

Die Dächer der Schwimmhalle Neustadt weisen erhebliche Schäden auf. Am 08.12.2015 wurde mit der Stadt Halle (Saale) eine Vereinbarung geschlossen, welche der Bäder Halle GmbH die Erhöhung der Fehlbetragsfinanzierung im Jahr 2016 um 901,7 T€ für die Umsetzung dieser dringend erforderlichen Maßnahme zusichert.

Das Modell zur Eigenerzeugung von Strom mit einer gepachteten Kraftwerksscheibe wurde zum 31.12.2015 beendet.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Hinsichtlich der marktbezogenen Rahmenbedingungen für den Betrieb von Sport- und Freibädern gab es im Geschäftsjahr 2015 keine nennenswerten Veränderungen zum Vorjahr. Die Besucherzahlen in den Freibädern sind besonders stark von den Witterungsverhältnissen abhängig. Der Sommer 2015 lässt sich insgesamt als „Freibaddurchschnittssommer“ bezeichnen, da fehlende Besucher in den zu kalten Monaten Mai und Juni durch guten Besucherzuspruch im warmen Juli und August kompensiert werden konnten.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Entfall des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Saunaleistungen trat zum 01.07.2015 in Kraft, was zu einem Regelsteuersatz für Saunaleistungen von 19 % führte. Die damit verbundene finanzielle Mehrbelastung durch Umsatzsteuer von zusätzlich 12 % wurde auf den zu entrichtenden Eintrittspreis umgelegt.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Leistungsindikator für die Gesellschaft in Bezug auf den Betrieb der öffentlichen Bäder, die der Grundversorgung dienen, ist die Akzeptanz dieser Einrichtungen durch die Bevölkerung; Messgröße dafür ist die Anzahl der öffentlichen Besucher.

Aus den Eintrittsentgelten von öffentlichen Besuchern sowie aus Zahlungen der Schulen und Vereine auf Grundlage der von ihnen genutzten Kontingente an Wasserflächen erzielt die Gesellschaft die maßgeblichen Umsatzerlöse. Für keine der Nutzergruppen gab es im Wirtschaftsjahr eine Anpassung der Preise bzw. Betriebskostenbeteiligungen mit Ausnahme der Saunapreisanpassung in Höhe der gestiegenen Umsatzsteuer.

Die im Vergleich zu 2014 höheren Umsatzerlöse sind maßgeblich den um 49% über dem Vorjahr liegenden Freibadbesucherzahlen geschuldet (ohne die Besucher Angersdorfer Teiche, da in 2015 verpachtet). Aufgrund des extrem schlechten Freibadwetters sollte das Jahr 2014 keinen Vergleichsmaßstab darstellen. Zum Wirtschaftsplan 2015 liegen die Besucherzahlen vom Freibad Nordbad und Freibad Saline mit 7,6% über dem Plan. Zu den öffentlichen Schwimmzeiten konnte 2015 mit 197.447 Gästen nahezu die gleiche Besucheranzahl wie 2014 begrüßt werden (2014: 198.166).

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Bäder Halle GmbH.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Aufgrund der Verpachtung des Naturfreibades Angersdorfer Teiche im März 2015 sank der Bedarf an Saisonkräften im Sommer 2015.

Zum Stichtag 31. Dezember 2015 waren in der Bäder Halle GmbH 45 Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigt. In den Monaten April bis August haben im Schnitt 9 Vollzeitseasonkräfte das Unternehmen in den Freibädern „Saline“ und „Nordbad“ unterstützt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 47 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 11 Jahren.

Die Bäder Halle GmbH arbeitet stetig an der Optimierung des Personaleinsatzes und der Personalkostensituation. Im Rahmen dieses Optimierungsprozesses verließen drei Mitarbeiter im Verlauf des Jahres die Bäder Halle GmbH sozialverträglich über Abfindungsregelungen. Die Fluktuationsrate liegt bei 10,08 % und resultiert aus eben diesen Abgängen. Zusätzlich konnte zwei Mitarbeitern mit gesundheitlichen Einschränkungen ein anderer, ihrem Leistungsvermögen besser entsprechender, Arbeitsplatz angeboten werden.

Da es auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, geeignetes Personal mit geforderter Qualifikation zu finden, hat sich die Bäder Halle GmbH dazu entschieden, selbst Fachangestellte für Bäderbetrieb auszubilden.

## 4. Lage der Gesellschaft

### 4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse aus allen Bädern inkl. Schul- und Vereinsschwimmen betragen 1.021,0 T€ (Vorjahr: 963,1 T€), der Anstieg beruht auf den witterungsbedingt auf Planniveau liegenden Besucherzahlen in den Freibädern.

Unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen ist der Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2015 mit 3.604,2 T€ ausgewiesen (Vorjahr: 3.506,3 T€), sowie Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle in Höhe von 133,1 T€ (Vorjahr: 134,9 T€). Die Erlöse aus der Verpachtung der Ballsporthalle betragen 151,8 T€ (Vorjahr: 67,4 T€), ihnen stehen alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ballsporthalle, wie Abschreibungen und Erbbauzinsen gegenüber.

Unter den Aufwendungen für Material sind Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme und Gas in Höhe von 1.284,4 T€ (Vorjahr: 1.456,5 T€) enthalten. Die Eigenstromversorgung mit einer gepachteten Kraftwerksscheibe reduziert den Strombezug, führt jedoch zu Aufwand in den Positionen Gasbezug, Pacht und Betriebsführung.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Aufwendungen für Reinigungsleistung in Höhe von 214,7 T€ (Vorjahr: 193,6 T€) sowie für die Saisonkräfte der Wasserwacht zur Unterstützung der Absicherung des Freibadbetriebes.

Die Personalaufwendungen betragen 1.488,6 T€ (Vorjahr: 1.594,4 T€ T€). Im Vergleich zum Vorjahr fielen Aufgrund der Verpachtung des Naturfreibades Angersdorfer Teiche weniger Aufwendungen für Saisonkräfte an. Zudem konnten durch Änderungen in der Personalstruktur über Vorruhestandsregelungen und die Flexibilisierung des Einsatzes der technischen Mitarbeiter in allen Schwimmhallen die Personalaufwendungen gesenkt werden.

Der Instandhaltungsaufwand lag 2015 bei 517,0 T€ (2013: 461,0 T€). Aus dem Jahr 2013 aufgeschobene Maßnahmen wie die Instandsetzung der Beleuchtung der Sprunghalle Neustadt, der elektroakustischen Anlagen zur Notfallalarmierung (ELA) im Hallenbad Saline sowie von Sanitärbereichen der Schwimmhalle Neustadt wurden über die Planung hinaus in 2015 realisiert.

## 4.2. Finanzlage

### 4.2.1. Kapitalstruktur

Für das Geschäftsjahr 2015 weist die Bilanz der Bäder Halle GmbH keinen Anstieg des bilanziellen Eigenkapitals aus.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen ist im Vergleich zu 2014 um 974,3 T€ angestiegen. Darin enthalten sind u.a. Zuwendungen in Höhe von 820,0 T€ zur Beseitigung der Hochwasserschäden am Nichtschwimmerbecken Saline und 204,9 T€ zur Sanierung der Rabitzdecke im Stadtbad. Der Vorjahresbestand wurde in 2015 planmäßig entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst.

Zur positiven Entwicklung der Kapitalstruktur im Vergleich zum Vorjahr tragen auch der Rückgang der Rückstellungen für den Besitzstand von Mitarbeitern sowie der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bei.

### 4.2.2. Investitionen

Der Investitionsplan der Bäder Halle GmbH, der im Zuge der Bäderübertragung 2010 nach dem Schwerpunktbedarf in den übertragenen Bädern aufgestellt und mit Krediten der DKB untersetzt wurde, sah für die ersten 3 Betriebsjahre 2010 – 2012 ein Investitionsvolumen von 5.510 T€ vor. Diese Mittel sind ausgeschöpft. Investitionen in Höhe von 869,4 T€ wurden im Jahr 2015 in die Sanierung des Nichtschwimmerbeckens des Freibades Saline mit Hilfe von Fördermitteln zur Beseitigung von Hochwasserschäden getätigt. Weiterhin begann Ende des Jahres 2015 die Fassadensanierung am Stadtbad – ebenfalls mit Fördermitteln – und verursachte Investitionsaufwendungen in Höhe von 63,4 T€.

### 4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Bäder Halle GmbH ist durch den jährlich vereinbarten Betriebskostenzuschuss, der auf Grundlage des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle geleistet wird, gewährleistet. Unter diesen Bedingungen war die Bäder Halle GmbH jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

## 4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich in 2015 auf 13.529,0 T€, im Vorjahr betrug sie 12.831,1 T€. Der Anlagenbestand ist in 2015 auf 11.892,6 T€ angestiegen und auch beim Umlaufvermögen ist im Geschäftsjahr ein Anstieg um 392,4 T€ auf 1.636,2 T€ zu verzeichnen.

Der Anstieg des Anlagevermögens resultiert maßgeblich aus den Investitionen für die Sanierung des Nichtschwimmerbeckens im Freibad Saline sowie den Investitionen zur Sanierung der Außenfassade des Stadtbades.

Der Zugang auf der Passivseite der Bilanz wird maßgeblich durch die Entwicklung des Sonderpostens bestimmt. Die Vereinnahmung des Sonderpostens aus den Zuwendungen für die Beseitigung von Hochwasserschäden und die Sanierung der Rabitzdecke im Stadtbad hat in 2015 zum Anstieg des wirtschaftlichen Eigenkapitals gegenüber dem Vorjahr beigetragen.

Dem stehen ein Rückgang bei den Verbindlichkeiten insgesamt, sowie eine Abnahme der Rückstellungen gegenüber. Damit weist die BHG eine insgesamt positive Entwicklung ihrer Vermögenslage aus.



#### 4.4. Gesamtaussage

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach heutiger Einschätzung nur über Investitionen in energiesparende Technologien, wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung, Anlagen zur Wärmerückgewinnung z.B. über die Lüftung, Modernisierung der Wärmedämmungen u. ä. Maßnahmen möglich. Hier ist langfristig jedoch abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die Investitionen amortisieren.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da für das öffentliche Schwimmen deutschlandweit für Bäder dieser Art nur ein sogenannter „sozial verträglicher Eintrittspreis“ akzeptiert wird.

Ziel für 2016 wird es wieder sein, die guten Besucherzahlen in den Hallenbädern Saline und Halle Neustadt zu halten. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann muss noch deutlicher in das Bewusstsein der Hallenser gerückt werden. Individuell, ganz nach seinem eigenen Zeitregime und unabhängig von Zeitfenstern, die z.B. durch den Vereinssport vorgegeben werden, sind wir - die Bäder Halle GmbH - der richtige Partner für alle Menschen, die sich im nassen Element wohlfühlen.

Leider ist es der Bäder Halle GmbH nur zu wenigen begrenzten Zeiten möglich, Kursangebote z.B. für Kinder zu offerieren, da die Kontingente der Wasserzeiten für die Vereinsnutzung sehr umfangreich sind. So ist eine Ergebnisverbesserung durch höhere Kurseinnahmen kaum zu erzielen. Der durch die Vereine zu zahlende Betriebskostenzuschuss für die Nutzung der Wasserflächen liegt im Vergleich zum Besucher der öffentlichen Schwimmzeiten weitaus niedriger.

Im Zeitraum 2016 - 2019 werden die von den Vereinen für die Nutzung der Wasserflächen zu zahlenden Betriebskostenzuschüsse auf Basis einer mit den Nutzern im Jahr 2015 verhandelten Kompromisslösung schrittweise um 25% der aktuell zu zahlenden Beträge pro Jahr angehoben. Aus den Betriebskosten-beteiligungen der Vereine erzielte die Bäder Halle GmbH im Jahr 2015 rd. 50,0 T€.

In den Wettbewerb um Badegäste hat sich, seit Ende 2011, an den Wochenenden das Angebot der Robert-Koch-Schwimmhalle eingereiht. Jährlich nutzen rund 20.000 öffentliche Besucher dieses Angebot.

Die Erlöse in den Freibädern werden immer sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst. Das Veranstaltungsprogramm mit kleinen, vielseitigen Veranstaltungen, die für die Badbesucher einen Mehrwert darstellen, hat sich bewährt.

Die Betreuung der Bäder wird auch langfristig des im Bäderfinanzierungsvertrag geregelten Zuschusses der Stadt Halle (Saale) bedürfen. Durch diesen Zuschuss werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen. Das Jahresergebnis der Gesellschaft von 1,5 T€ im Geschäftsjahr resultiert aus Erlösen der Verpachtung der Ballsporthalle und der Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle.

### 5. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine, für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wesentlichen Veränderungen eingetreten.

### 6. Risikobericht

#### 6.1. Risikomanagementsystem

##### Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

## Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

## Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegrenzung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

## 6.2. Risiken

Risiken für den wirtschaftlichen Erfolg wurden nach Risikogruppen unterteilt und bewertet.

Für das Geschäftsjahr 2015 und den Zeitraum 2016 - 2020 wurden bei der Bäder Halle GmbH insgesamt 3 Risiken erfasst, dieses bedeutete zum Vorjahr eine Abnahme von 2 Einzelrisiken. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 3 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	0	0	0
Beschaffungsmarkt	0	0	0
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	0	0	0
Technologische Entwicklungen	1	0	1
Naturereignisse	2	0	2
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>3</b>

Ein technologisches Risiko der Risikogruppe 2 wird darin gesehen, dass technische Anlagen insbesondere im Stadtbad marode sind und der Ausfall von Anlagenteilen und technischen Einrichtungen zur Betriebsunterbrechung führen kann. Dem kann aufgrund mangelnder finanzieller Mittel derzeit nur in begrenztem Maße durch vorbeugende Maßnahmen begegnet werden.

Zwei Risiken der Gruppe 2 stellen Naturereignisse dar, die sich nicht versichern lassen. Frei- und Hallenbad Saline befinden sich auf der gleichnamigen Halbinsel, gegen Hochwasserschäden kann sich die Gesellschaft an dieser Stelle nicht versichern. Durch die Einbindung in das Früherkennungs- und Warnsystem der Stadtwerke Halle (Saale) kann hier jedoch vorbeugend gehandelt und bis zu einem bestimmten Pegel Schaden abgewehrt werden. Das Risiko von Sturmschäden durch Unwetter an Gebäuden, Dächern und Anlagen sowie Wasser- und Abwasserleitungen durch Unwetter und Wetterunbilden, kann zu Ausfällen der Anlagen sowie hohen Instandsetzungsaufwendungen führen. Das Risiko muss in Teilen akzeptiert werden, möglich sind jedoch Sicherungsmaßnahmen bei Ankündigung von Wetterunbilden über den mobilen technischen Bereitschaftsdienst zur Begrenzung möglicher Schäden.

## 6.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

## 7. Prognosebericht

### 7.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2015 sowie in der Mittelfristplanung bis 2020 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben und damit auch das Besucherpotenzial für die Bäder. Ebenso werden mittelfristig durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt. Auf dieser Grundlage wurden ab 2016 bis 2020 konstant 296.400 Besucher geplant (2015: 314.663). Die Umsatzerlöse steigen in der Mittelfristplanung von 2016 in Höhe von 1.139,0 T€ bis 2020 auf 1.190,8 T€ nur marginal aufgrund der vereinbarten Anpassung der Betriebskostenbeteiligungen der Vereinsnutzer an.

## 7.2. Investitionen

Investitionen wurden 2016 keine geplant. Die Verschiebung von Restmaßnahmen aus der Hochwassersanierung am Nichtschwimmerbecken im Freibad Saline wird zu Investitionen führen, über die jedoch eine Fördermittelvereinbarung besteht. Auch die mit 1,1 Mio. € geförderte Fassadensanierung am Stadtbad wird zu einer Erhöhung der Investitionen im Jahre 2016 führen.

Über weitere Investitionsmittel ist im Zuge der Wirtschaftsplanung 2016 für die Folgejahre mit der Stadt Halle (Saale) zu verhandeln.

## 7.3. Finanzierung

Da derzeit langfristig keine Investitionen eingeplant wurden, ist auch keine Darlehensaufnahme geplant. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund der Vereinbarungen im Bäderfinanzierungsvertrag gesichert. Weiterhin besteht im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH eine Kontokorrentkreditlinie von 300,0 T€.

## 7.4. Ergebniserwartung

Für den Planungszeitraum 2016-2020 werden jährlich 2,1 T€ Ergebnis aus dem Verpachtungsgeschäft der Ballsporthalle erwartet. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass die Verluste aus dem Betrieb der 6 übertragenen Bäder im Rahmen des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle (Saale) über den Betriebskostenzuschuss vollständig ausgeglichen werden.

## Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Bugenhagenstraße 30  
06110 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 30

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Blinden- und Sehebehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.
- (2) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Kölzner, Kerstin

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

**Verwaltungsrat:**

Vorsitzende	Dr. Ueberschär, Ina	
	Bahn, Wolfgang	
	Battermann, Jens	(seit Juli 2015)
	Baumeister, Lutz	
	Dr. Danek, Simone	
	Dr. Kehl, Peter	
	Dr. Streibelt, Marco	
	Gellrich, Barbara	
	Hagemann, Karl-Heinz	(bis Juni 2015)
	Ideker, Thomas	
	Kogge, Tobias	(bis 31.12.2015)
	Krahl, Hans-Joachim	
	Mann, Ekkehard	(bis April 2015)
	Stegmann, Jürgen	(seit Mai 2015)

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Verwaltungsrat</b>	1	1	0

**d) Geschäftsentwicklung**
**aa) Bilanzdaten**

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	13.699	82	14.250	77	15.374	79	-551	-4
Umlaufvermögen	2.946	18	4.229	23	4.026	21	-1.283	-30
Rechnungsabgrenzungsposten	20	0	10	0	5	0	10	100
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			2	0			-2	-100

<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.665</b>	<b>100</b>	<b>18.491</b>	<b>100</b>	<b>19.405</b>	<b>100</b>	<b>-1.826</b>	<b>-10</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	5.216	31	5.526	30	5.731	30	-310	-6
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	5.288	32	5.495	30	5.704	29	-207	-4
Rückstellungen	73	0	94	0	85	0	-21	-22
Verbindlichkeiten	6.087	37	7.370	40	7.871	41	-1.283	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	6	0	14	0	-5	-83

<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.665</b>	<b>100</b>	<b>18.491</b>	<b>100</b>	<b>19.405</b>	<b>100</b>	<b>-1.826</b>	<b>-10</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.627	5.897	5.374
sonstige betriebliche Erträge	395	386	465
Materialaufwand	700	747	771
Personalaufwand	3.715	3.873	3.651
Abschreibungen	798	853	895
sonstige betriebliche Aufwendungen	920	871	638
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	53	123	74
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	241	261	277
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-299	-199	-319
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4		
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-309	-205	-325
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-309	-205	-325

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-5,50	-3,47	-6,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	-5,60	-3,57	-5,37	%
Cash-Flow:	489	648	570	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	94	97	90	T€
Personalaufwandsquote:	61,69	61,64	62,54	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	82,11	76,92	76,43	%
Eigenkapitalquote:	31,30	29,88	29,53	%
Fremdkapitalquote:	68,70	70,12	70,47	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Abrechnungstage	39.388,00	41.710,00	36.472,00	Tage

## e) Lagebericht

### I. Grundlagen des Unternehmens

#### 1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH bietet als überregionales Dienstleistungsunternehmen vielfältige Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen an. Ziel ist die dauerhafte Eingliederung blinder und sehbehinderter erwachsener Menschen in das Arbeitsleben. Aufgabe des BFW Halle (Saale) ist es, den Menschen mit Sehbeeinträchtigungen durch Qualifizierung, Umschulung, berufliche Anpassungsmaßnahmen und Einzelschulungen die Ausübung einer Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen bzw. von Sehbeeinträchtigungen bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen ist Ziel der Spezialeinrichtung. Das BFW Halle (Saale) sieht sich als einen Spezialanbieter in der Nische für blinde und sehbehinderte Menschen bzw. für spezielle Dienstleistungen rund um das Sehen. Rentenversicherungen, Unfallkassen, Arbeitsagenturen, Arbeitgeber und Jobcenter zählen zu den wichtigsten Kunden.

#### 2. Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist die konsequente Weiterentwicklung bestehender oder neuer Maßnahmenangebote für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen mit dem Ziel der Qualitätssteigerung und Verbesserung der Integrationsergebnisse der Teilnehmer.

### II. Wirtschaftsbericht

#### 1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen in der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen gestalten sich zunehmend schwierig. Seit einigen Jahren ist die Belegung im Kerngeschäftsfeld durch Rückgang und Stagnation geprägt. Die weitere Flexibilisierung und Individualisierung der Rehabilitationsprozesse ist Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit, wobei es gilt, die Wirtschaftlichkeit der Gruppengrößen sicherzustellen. Es besteht ein massiver Wettbewerb um potentielle Teilnehmer. Nach wie vor sieht das BFW Halle (Saale) private Anbieter, die sich mit ihren Angeboten inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) angepasst haben und in der Regel preislich günstiger sind, als eine Herausforderung an.

Hier haben die Berufsförderungswerke aufgrund ihrer Tarifbindung aber auch aufgrund der durch Gesetze, Verordnungen und Rahmenverträge festgelegten vorzuhaltenden Infrastruktur erhebliche Wettbewerbsnachteile. Die Spezialeinrichtungen sind auf Grund ihrer Spezifik nochmals preisintensiver.

#### 2. Geschäftsverlauf

Das BFW Halle (Saale) konnte im Jahr 2015 die Bildungsarbeit zur beruflichen Rehabilitation sehbehinderter und blinder erwachsener Menschen und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit gleichbleibend hoher Qualität fortführen.

Im Laufe des Jahres 2015 hat sich die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen trotz intensiver Marketingaktivitäten auf einem im Vergleich zum Vorjahr niedrigerem Niveau bewegt.

Die Bemühungen der letzten Jahre lagen in der Steigerung der Effizienz bei gleichzeitiger Steigerung der Flexibilität und Mobilität. Ziel war es, den personellen Aufwand hinter den jeweiligen Tätigkeiten zu minimieren, ohne gleichzeitig wesentliche Abstriche an der Qualität zu machen.

Im Jahr 2015 nahmen durchschnittlich 109 Teilnehmer (im Vj. 116 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Während die Belegung dieser Maßnahmen im Vergleich zum Vorjahr durch die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschlands, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie durch die anderen Träger von Rehabilitationsleistungen nahezu gleich blieb, sank die Belegung durch Bundesagentur und Jobcenter in 2015.

Dies stellt eine Entwicklung dar, die sich grundsätzlich aus der Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie aus der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, den offiziellen Statements der Rentenversicherungsträger, der Bundesagentur für Arbeit und der Politik entnehmen lässt. Die Tendenz einer Abnahme von Vollzeitmaßnahmen zu Gunsten kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich 2015 im BFW Halle (Saale). Dieser Wandel stellte bei zunehmendem Ökonomisierungsdruck und einer gleichzeitig erwarteten immer individuelleren Dienstleistung das BFW Halle (Saale) vor erhebliche Herausforderungen.



Um mit dem Qualifizierungsprogramm des BFW Halle (Saale) auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben, ist eine permanente Angebotsoptimierung notwendig, die sich an den regionalen und überregionalen Arbeitsmarktchancen und den rehabilitationsspezifischen Voraussetzungen der Teilnehmer orientiert. Ein halbjährlicher Umschulungsbeginn ermöglicht auch bei geringen Teilnehmerzahlen in Verbindung mit einem hohen Grad an Modularisierung der Ausbildungsinhalte ein hohes Maß an Kundenorientierung und Flexibilität. Assessment- und Integrationsmaßnahmen und Einzelmaßnahmen starten regelmäßig in kürzeren Abständen. Auf Grund der Spezifik des BFW Halle (Saale) gehören Einzelmaßnahmen zum Standardangebot des Hauses.

Bei den Reha-Assessment-Maßnahmen bewegte sich die Teilnehmerzahl 2015 im Bereich des Planungsansatzes. Der Trend der sich verändernden Bedarfe an Dienstleistungen des BFW Halle (Saale), hinzu zu weniger kompletten Umschulungen und Fortbildungen, zeigte sich auch bei den entsprechenden Diagnostikmaßnahmen.

Die Zertifizierung nach der DIN ISO 2001:2008 und die Trägerzertifizierung nach der AZAV hat das BFW Halle (Saale) im Jahr 2015 wieder erfolgreich nachgewiesen. Diese Zertifizierung stellt seit 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar.

Neben weiterhin intensiven Marketingmaßnahmen gilt es, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation auszurichten. Dies erforderte und erfordert Veränderungen in der Ausbildungsorganisation. Die 2013 begonnene neue Strukturierung der Qualifizierungseinheiten sowie die Umgestaltung des Unterrichts in einen modularen Aufbau wurden 2015 weitergeführt.

2015 waren durchschnittlich 59 (im Vj. 60) Angestellte sowie 5 (im Vj. 5) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle (Saale) beschäftigt. Drei Mitarbeiter unterstützen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitern lag bei 18,97 %.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2015 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 116 Teilnehmern inklusive der Geschäftsstelle Berlin. Das Ergebnis der Preisverhandlungen für 2015 brachte keine Preissteigerung in dem Umfang mit sich, wie es aufgrund der Entwicklung der Inflation und der Tariferhöhungen notwendig gewesen wäre.

Die Geschäftsstelle in Berlin, welche in Kooperation mit dem dort ansässigen BFW betrieben wird, ist mittlerweile zu einer festen Größe für das BFW Halle (Saale) geworden. Die Belegung in der Geschäftsstelle Berlin lag im Vergleich zum Planungsansatz bei 137,5 %. Damit erzielte die Geschäftsstelle 2015 einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung des Berufsförderungswerkes Halle (Saale).

### **3. Lage**

#### **a) Ertragslage**

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 270 gesunken. Dies resultiert aus dem Rückgang der durchschnittlichen Belegung von 116 auf 109 Rehabilitanden in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen bzw. Integrationsmaßnahmen.

Im Berichtsjahr fielen mit 39.388 Abrechnungstagen (im Vj. 41.710) ca. 5,6 % weniger Abrechnungstage im Vergleich zum Vorjahr an.

Die Tageskostensätze für die Hauptmaßnahmen stiegen im Jahr 2015 um 2,0 %, Vorbereitungsmaßnahmen sowie Internat stiegen um 1,5 % und die Preise für EA/AP um 1 %.

Für Integrationsmaßnahmen und Assessmentmaßnahmen sowie die Geschäftsstelle Berlin gab es keine Preiserhöhungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Jahr 2015 nahezu gleich geblieben. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2015 T€ 207 (im Vj. T€ 208). Die Betriebsleistung sank somit um T€ 260.

Die Aufwendungen für die Betriebsleistung sind im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um T€ 206 gesunken. Der Personalaufwand sank im Vergleich zum Vorjahr um T€ 158. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 49.

Das betriebsgewöhnliche Ergebnis sank im Vergleich zum Vorjahr um T€ 54 auf T€ -326.

Die Finanzerträge sanken auf Grund der ausgelaufenen Finanzanlagen und der anhaltenden Niedrigzinsphase um T€ 70. Bei gleichzeitig leicht sinkenden Finanzaufwendungen kam es zu einer Verschlechterung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr um insgesamt T€ 50.

Die aufgezeigten Entwicklungen führen im Jahr 2015 zu einem Jahresverlust von T€ 309.

#### **b) Finanzlage**

Die Finanzlage ist 2015 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 80 (im Vj. T€ 464) gekennzeichnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2015 durch die Auszahlung in das Anlagevermögen in Höhe von T€ 245 negativ (im Vj. T€ 289). Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig in Höhe von T€ 1.110 negativ (im Vj. T€ -615). Dies ist auf die Tilgung der Darlehen der Berufsgenossenschaften zurückzuführen. Der Finanzmittelfonds sank insgesamt um T€ 1.275 auf T€ 2.672. Die Gesellschaft verfügt 2015 weiterhin über eine gute Liquiditätsausstattung, die es ihr ermöglicht, jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

#### **e) Vermögenslage**

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentliche Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Schwerpunkte der Investitionen liegen im Bereich der Qualifizierung und des Reha-Assessments.

Die Bilanzsumme des BFW Halle (Saale) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 1.826 vermindert. Dabei sank das langfristig gebundene Vermögen um T€ 551. Investitionen in das Sachanlagevermögen von T€ 247 stehen Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von T€ 799 gegenüber.

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus der Verminderung des Sonderpostens aus Zuwendungen um T€ 207 sowie dem im Berichtsjahr erzielten Jahresverlust von T€ 309. Damit sinkt das wirtschaftliche Eigenkapital um T€ 517. Durch die Ablösung der Darlehen der Berufsgenossenschaften sank das Fremdkapital aus Investitionsdarlehen um T€ 1.563.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2015 T€ 10.505, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 63,0 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle (Saale) im Jahr 2015 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

#### **4. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Zur internen Unternehmenssteuerung wird im Rahmen des Risikomanagements ein umfangreiches quartalsweise aufgestelltes Reporting genutzt sowie die Anmelde- und Belegungssituation ständig analysiert.

In den klassischen Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen sank die Belegung im Vergleich zum Vorjahr um 7 %. Die Auslastung in den Assessmentmaßnahmen lag im Bereich der Vorjahreszahlen. Damit schreibt sich die systematische Verringerung der Rehabilitandenzahlen im Verlaufe der letzten Jahre fort. Die Geschäftsstelle Berlin stellt eine stabile wirtschaftliche Größe für das BFW Halle (Saale) dar. Hier lag die Auslastung über dem geplanten Ansatz.

Die wirtschaftliche Lage stellt sich derzeit schwierig dar.

Die Geschäftsführung erarbeitete unter strategischen Gesichtspunkten und mit externer Begleitung ein Maßnahmenkonzept zur Stabilisierung der Liquidität der BFW Halle (Saale) gGmbH.

### **III. Nachtragsbericht**

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2015, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind nicht eingetreten.

#### **IV. Prognosebericht**

Die Ertragslage des BFW Halle (Saale) wird im Wesentlichen von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kostensätze mit den Rehabilitationsträgern und von der Entwicklung der Belegungszahlen in den verschiedenen Maßnahmen der Rehabilitation bestimmt. Die Kostensatzentwicklung muss grundsätzlich die Entwicklung der Inflation und Tarife berücksichtigen. Das BFW Halle (Saale) ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden. Bei den Verhandlungen zu den Kostensätzen 2015 mit den Rehabilitationsträgern konnte keine angemessene Erhöhung erzielt werden.

Das BFW Halle (Saale) ist perspektivisch von den Strategien der Rehabilitationsträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig. Auf Grund einer geplanten durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen von 111 Teilnehmern ist für das Wirtschaftsjahr 2016 ein negatives Ergebnis geplant.

Dabei wurde bei der Berechnung der Personalkosten eine angenommene Tarifsteigerung von 2,2 % eingerechnet. Es sind Investitionen in einem Umfang von T€ 240 vorgesehen, wobei der Schwerpunkt der Investitionsplanung im Bereich der Verwaltung insbesondere im Internatsbereich liegt. Ausgehend von der durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im I. Quartal 2016 von 101 Teilnehmern ist die Prognose für das Jahr 2016 derzeit negativ.

Mit externer neutraler Unterstützung wurden durch das BFW Halle (Saale) konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt, die perspektivisch umgesetzt, zur langfristigen Liquiditätsentwicklung beitragen sollen. Diese Maßnahmen umfassen unter anderem auch die Prüfung der Immobilien und deren Nutzung.

Um den Bekanntheitsgrad des BFW Halle (Saale) weiter zu steigern, wird die Intensivierung der Marketingaktivitäten fortgesetzt.

Intensive Gespräche mit den Rehabilitationsträgern erfolgen kontinuierlich. Das derzeitige Maßnahmenangebot des BFW Halle (Saale) wird entsprechend den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger mit Blick auf den Arbeitsmarkt optimiert. Netzwerke und Kooperationen werden zukünftig mehr im Fokus stehen. Die überregionale Beratungstätigkeit wird 2016 weiter ausgebaut.

Die Infrastruktur mit seinem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit andern Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet das BFW Halle (Saale) als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Das BFW Halle (Saale) in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen sowie als Kompetenzzentrum "Rund um das Sehen" zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle (Saale) gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

#### **V. Chancen- und Risikobericht**

##### **1. Risikobericht**

###### Branchenspezifische Risiken:

Als Herausforderung erweist sich die Vereinbarkeit von der geforderten hohen Qualität einerseits und den Sparbemühungen der Leistungsträger andererseits. Durch die Anerkennung privater Bildungsträger als vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 35 SGB IX verschärft sich der Wettbewerb weiter. Die Angebote der freien Träger passen sich inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) an, sind preislich unter denen des Berufsförderungswerkes und werden damit sukzessive mehr und mehr durch die Rehabilitationsträger genutzt.

Das BFW Halle (Saale) versteht sich als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber. Die strategische Ausrichtung als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ ist auch 2016 das Kernziel der Gesellschaft. Ein Risiko sieht das BFW Halle (Saale) darin, dass gegenwärtig Menschen nach partiellem oder vollständigem Sehverlust, ob schlagartig oder schleichend erworben, keine standardisierten Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zur Verfügung stehen.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle (Saale), die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich. Das BFW Halle (Saale) ist dadurch befähigt gleichzeitig Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Die Basis der Arbeit stellt dabei das Strategiepapier „RehaFutur“ sowie die Umsetzung des neuen „Reha-Modells“ dar. Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein. Sie muss den Rehabilitanden und Leistungsträgern nachhaltig den Rehabilitationserfolg sichern.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW Halle (Saale) auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem der Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

#### Ertragsorientierte Risiken:

Das größte Risiko für das BFW Halle (Saale) liegt in der Belegung. Eine Belegungsgarantie seitens der Kostenträger besteht nicht. Das Berufsförderungswerk Halle (Saale) sieht sich steigenden Personal- und Sachkosten bei nur mäßig steigenden Kostensätzen und unsicherer Entwicklung der Teilnehmerzahlen konfrontiert. Grundsätzliche Ertragsrisiken werden in der fortschreitenden demografischen und der derzeit sehr guten Konjunkturlage gesehen, die Auswirkungen auf die Belegung und die zu erwartenden Umsätze haben können. Eine latente Gefahr der Belegungsschwankungen besteht durch eine gewisse Abhängigkeit von wenigen Hauptbelegern im Rehabilitationsbereich sowie der Überregionalität des BFW Halle (Saale). Minimale personelle Veränderungen oder Einsparungen bzw. Veränderungen in den Prozessen können zum Beratungstau beim Rehabilitationsträger und damit zu einem Rückgang der Belegung im BFW Halle (Saale) führen. Eine weiter sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle (Saale) perspektivisch bestandsgefährdend auswirken.

#### Finanzwirtschaftliche Risiken:

Das BFW Halle (Saale) hat für das Erkennen wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement im Rahmen eines Maßnahmenkonzepts erarbeitet. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können.

Bei den in einem Maßnahmenkonzept erarbeiteten Szenarien sind mittelfristig keine Liquiditätsengpässe zu erwarten. Voraussetzungen dafür sind stabile Belegungszahlen.

## **2. Chancenbericht**

Die Weiterentwicklung der Kooperationen und Netzwerke bietet für das BFW Halle (Saale) weitere Zukunftschancen. Derzeit aktuelle Themen, wie die Versorgung von bleibeberechtigten Flüchtlingen, können für das BFW Halle (Saale) zusätzliche Potentiale darstellen. Es ist davon auszugehen, dass sich unter den Flüchtlingen sehbehinderte Menschen befinden, die die speziellen Angebote des BFW Halle (Saale) in Anspruch nehmen könnten. Weitere Chancen sieht das BFW Halle (Saale) in Maßnahmen des Marketings und Vertriebs. Die Weiterentwicklung der Geschäftsstelle in Berlin wird als Chance gesehen. In der Umsetzung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes sieht das BFW Halle (Saale) eine große Chance für die zukünftige Entwicklung.

Solange sich die Konjunktur in Deutschland positiv entwickelt, ist davon auszugehen, dass die Kassen der Sozialversicherungsträger gut gefüllt und damit keine Budgeteinschnitte im Bereich der beruflichen Rehabilitation zu erwarten sind.

### **3. Gesamtaussage**

Das überregional agierende Berufsförderungswerk Halle (Saale) ist weiterhin in einem schwierigen Umfeld, bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten sowie stagnierenden Kostensätzen tätig.

Unter der Voraussetzung einer auf dem Niveau von 2015 gleichbleibenden Belegung lassen sich bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des BFW Halle (Saale) derzeit für den Fortbestand der gemeinnützigen GmbH keine existenzbedrohenden Gefahren erkennen. Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation ist als stabil einzuschätzen, sodass unter Berücksichtigung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes, Liquiditätsengpässe nicht zu erwarten sind. Das BFW Halle (Saale) erwartet mit der Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes mittel- bis langfristig eine positive Entwicklung.

### **VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Das Berufsförderungswerk Halle (Saale) richtet sich bei der Verwendung von Finanzinstrumenten grundsätzlich nach der bestehenden Geschäftsordnung sowie nach den Empfehlungen des Bundesversicherungsamtes für Sozialversicherungsträger gemäß SGB IV und setzt, außer Termingelder, derartige Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate nicht ein. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

### **VII. Bericht über Zweigniederlassungen**

Organisatorisch selbständige Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

## Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
<b>Anschrift:</b>	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)	
<b>Rechtsform:</b>	Eigenbetrieb	
<b>Stammkapital in T€:</b>	25	
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b> <b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25      100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

### Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

### b) Besetzung der Organe

<b>Betriebsleitung:</b>	van Rissenbeck, Goswin		
<b>Betriebsausschuss:</b>	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	(seit 10.11.2015)
	Vorsitzender	Kogge, Tobias	(seit 01.01.2015 bis 10.11.2015)
		Bönisch, Bernhard	
		Feigl, Christian	
		Meerheim, Sten	(seit 25.03.2015)
		Rothe, Bernward	
		Schmeil, Birgit	

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	41	1	53	1	52	0	-12	-23
Umlaufvermögen	2.714	99	4.503	99	16.019	100	-1.789	-40
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	2	0	0	0

<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.755</b>	<b>100</b>	<b>4.556</b>	<b>100</b>	<b>16.073</b>	<b>100</b>	<b>-1.801</b>	<b>-40</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	1.004	36	1.004	22	37	0	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	40	2	52	1	51	0	-12	-23
Rückstellungen	102	4	157	4	182	1	-55	-35
Verbindlichkeiten	1.609	58	3.343	73	15.803	99	-1.734	-52

<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.755</b>	<b>100</b>	<b>4.556</b>	<b>100</b>	<b>16.073</b>	<b>100</b>	<b>-1.801</b>	<b>-40</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.737	17.688	1.179
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.513	-12.036	5.452
sonstige betriebliche Erträge	1.125	1.254	1.140
Materialaufwand	594	600	746
Personalaufwand	2.621	5.132	6.886
Abschreibungen	22	23	18
sonstige betriebliche Aufwendungen	112	184	121
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	967	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	967	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	967	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	5,47	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	2.609,93	0,00	%
Cash-Flow:	22	990	18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	12	18	14	T€
Personalaufwandsquote:	78,26	74,31	88,62	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,23	0,91	0,29	%
Eigenkapitalquote:	36,44	22,04	0,23	%
Fremdkapitalquote:	63,56	77,96	99,77	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Arbeitsverträgen	27,00	45,00	44,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen Beschäftigungsvereinbarungen	37,00	22,00	11,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	8,00	12,00	23,00	Anzahl



## e) Lagebericht

### 1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Ressorts Beschäftigungsförderung der Stadt in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr, auch im Jahr 2015 erfüllen.

Im Jahr 2015 war der Beigeordnete für Bildung und Soziales, Herr Tobias Kogge, Vorsitzender des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Im Mai 2015 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 des EfA durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner mbB geprüft. Mit dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2014 wurde am 25.11.2015 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 EigBG LSA die Entlastung erteilt. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2016 wurde zeitgleich erstellt, parallel zum Haushaltsplan der Stadt in den Stadtrat eingebracht und am 16.12.2015 durch diesen beschlossen.

Der Jahresabschluss 2014 weist einen Jahresgewinn in Höhe von 966.881,96 € aus, der entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2015 bis 2018 für die Umsetzung des Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" sowie der 20 städtischen Stellen des Bundesfreiwilligendienstes und, sofern ausreichend, zur Cofinanzierung für Arbeitsgelegenheiten sowie Arbeitsmarktfördermaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt, die ESF gefördert sind, eingesetzt wird. Da das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ erst verspätet Ende des Jahres 2015 begann, verschiebt sich die Verwendung des Jahresgewinns 2014. Dieser wird nunmehr ab dem Jahr 2016 zur Umsetzung der Projekte genutzt.

Die Parallelität der Beratungen zum Jahresabschluss des Vorjahres und zum Wirtschaftsplan des Folgejahres ermöglichte mittelfristig strategische Entscheidungen zur kommunalen Finanzierung von Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt für die Jahre 2016 ff.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) hat schon im Januar 2015 die Genehmigung zum Vollzug durch das Landesverwaltungsamt erhalten. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr des Eigenbetriebes entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen mit Jahresbeginn umgesetzt werden. Nach dem Abschlussstichtag gab es im Jahr 2016 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Jahr 2015.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme werden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gibt es regelmäßige Zusammenkünfte. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2015 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand (1 € Jobs), dem Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen", die Schaffung und Gestaltung der Bundesprogramme „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ und „BIWAQ“ sowie der Förderprogramme des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Vermeidung beruflicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung sowie für die individuelle berufliche und soziale Wiedereingliederung von Arbeitslosen Personen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes Sachsen-Anhalt.

Prägend für das Geschäftsjahr 2015 war damit der Wechsel der EU Förderperiode, die Einführung neuer Bundesprogramme und vor allem die zeitgleiche Abrechnung der damit auslaufenden Programme und Förderinstrumente, die analog ersetzt werden sollten.

Mit der Schlussrechnung der jahresscheibenübergreifenden, langfristigen und sozialversicherungspflichtigen Fördermaßnahmen „Bürgerarbeit“, „Familien stärken – Perspektiven eröffnen (einschließlich Erprobungsarbeitsplätze)“ sowie „Aktiv zur Rente Plus“ mussten in 2015 Abrechnungen über ein Gesamtvolumina von 15.839.000 € vorgelegt werden. Mit Blick auf eine gesamtstädtische Effizienz und der Anforderungen der Fördermittelgeber beteiligt sich auch das Rechnungsprüfungsamt daran. Nützliches Steuerungselement ist dabei das in den Jahren 2008 und 2009 eingeführte interne Controlling (IKS).

Zeitgleich wurden die Beantragungen für 260 sozialversicherungspflichtige Maßnahmeplätze für 36 Monate, bis ins Jahr 2019 hinein, mit einem Fördervolumen von ca. 10.000.000 € realisiert.

Bedingt durch langwierige Debatten und Strukturänderungen auf Ebene der EU, des Bundes und des Landes hat sich die Neuausrichtung der Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt auf das vierte Quartal des Jahres 2015 konzentriert.

Vor diesem Hintergrund wurden im Jahr 2015 die Teams „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ und „Projekte“ vor besondere Herausforderungen gestellt, die für die nächsten Jahre des Eigenbetriebes prägend sein werden.

Ergänzt durch das Team Personal und Qualität ist der Eigenbetrieb in der Lage, sich auch zukünftigen Herausforderungen zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau zu stellen. Beispielhaft kann hier die Realisierung der Förderprogramme „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ -Förderperiode 2015-2020- und die „Regionale Koordination“ für das Jahr 2015 genannt werden. Beide Förderprogramme gehen mit strukturellen Änderungen bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen mit Mehrfachhemmnissen einher. Auch die Erstellung der kommunalen Konzepte „Der Hallesche Weg: Zukunft selbst bestimmen“ und „Die Rolle der Stadt Halle bei der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen“, letzteres in fast Wochenfrist, konnte zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau realisiert werden.

Am 12. Dezember 2014 hat der EfA die Zertifizierung als zugelassener Träger nach § 178 SGB III von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung erhalten. Diese Trägerzertifizierung wurde für den Maßnahme- und den Qualifizierungsbereich ausgesprochen. In der Folge sind nunmehr jährlich Zertifizierungsprüfungen umzusetzen. Im November 2015 hat sich der EfA erfolgreich rezertifiziert. Der mit der Zertifizierung erhöhte Dokumentationsaufwand kann nur mit einer Mehrbelastung der Mitarbeiter umgesetzt werden.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2015 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen.

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1 € Jobs) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate).
- „Aktiv zur Rente- Plus“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 50 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (12 Monate)
- Erprobungsarbeitsplätze tarifgebunden im Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen"
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) mit Teilprojekträgern
- Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ (anteilig)
- Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit
- Bildung und Teilhabe
- Eignungsfeststellungen - Tarifgebundene Arbeitsplatzförderung

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2015 durchschnittlich nachfolgende Jahresverträge in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert.

Aktiv zur Rente- Plus*	20 Teilnehmerplätze
Mehraufwand*	203 Teilnehmerplätze
Bundesfreiwilligendienst	6 Teilnehmerplätze
Erprobungsarbeitsplätze FIC*	4 Teilnehmerplätze
Eignungsfeststellungen*	1 Teilnehmerplätze
Bundesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit	2 Teilnehmerplätze
Bundesprogramm Soziale Teilhabe*	5 Teilnehmerplätze
<b>Gesamt:</b>	<b>241 Teilnehmerplätze</b>

\* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, daher Mehrfachbesetzung möglich.

Darüber hinaus wurden durchschnittlich 70 Teilnehmer im Förderprogramm BIWAQ und 90 Klienten im Förderprogramm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ betreut. Damit wurden im Jahr 2015 in der **Summe 401 Teilnehmerplätze** über den EfA geschaffen. Zur Realisierung dieser Projekte waren im Berichtszeitraum 40 Mitarbeiter im Eigenbetrieb beschäftigt.

Berücksichtigt man die Mehrfachbesetzungen und die unterjährigen Laufzeiten der Maßnahmen, so hatte der EfA im Jahr **2015 insgesamt 573 Beschäftigte**.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hatte es in den Vorjahren eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses weg vom Jobcenter hin zu EU, Bund und Land gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit die Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“, „Gesellschaftliche Teilhabe, Jobperspektive 58+“ und weitere angekündigter zu berücksichtigen.

Die 2012 begonnene Neuausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen durch den Bund geht nach einem Übergangszeitraum **2014/2015 von einer deutlich höheren kommunalen Beteiligung** aus.

Zur Durchführung der Projekte hat der EfA folgende liquide Mittel erhalten:

	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Zuschüsse der Stadt	1.099.500 €	2.333.000 €
Sonstige Einnahmen* der Stadt	193.092 €	236.870 €
Sonstige Einnahmen sonstige	5.741 €	24.273 €
Mittel des Bundes und ESF	170.128 €	2.137.500 €
Mittel des Landes und ESF	765.951 €	1.325.134 €
Mittel des Jobcenter Halle	700.822 €	322.944 €
<b>Summe</b>	<b>2.935.234 €</b>	<b>6.379.721 €</b>

\* Personalkostenerstattungen im Rahmen von und für Förderprogrammen über die Fachbereiche Soziales, Bildung, Immobilien und Personal der Stadt Halle (Saale) für die Bewirtschaftung und Umsetzung der im Programm befristeten und finanzierten Personalstellen.

Dennoch ist es durch einen guten Maßnahmemix gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabil zu halten.

## 2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

### 2.1. Vermögens- und Finanzlage

#### Entwicklung des Eigenkapitals

	<b>2015</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	978,9	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	966,9	0,0
	<b>1.003,9</b>	<b>1.003,9</b>	<b>37,0</b>

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

#### Entwicklung der Rückstellungen

	<b>2014</b>	<b>Inanspruch-</b> <b>nahme</b>	<b>Auf-</b> <b>lösung</b>	<b>Zu-</b> <b>führung</b>	<b>2015</b>
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlussstellung und Prüfung	12,1	12,1	0,0	12,8	12,8
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	102,3	0,0	65,3	0,0	37,0
Übrige Rückstellungen	42,0	23,8	0,0	34,1	52,3
	<b>156,4</b>	<b>35,9</b>	<b>65,3</b>	<b>46,9</b>	<b>102,1</b>

## 2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2015 (TEUR)	2014 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	633,2	316,3
Zuschüsse Land / ESF	2.270,1	56,8
Zuschüsse Bund	13,3	13.574,3
Zuschüsse Stadt	797,8	3.741,0
Sonstige betriebliche Erträge	1.102,6	1.230,8
Verwendete Spenden	22,8	0,0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	21,8	22,7
	4.861,6	18.941,9

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2015	2014
Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	280	392
<u>Personalaufwendungen in TEUR</u>		
Löhne und Gehälter	2.172,5	4.263,6
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	448,1	868,0
- davon für die Altersversorgung	54,5	59,0
	2.620,6	5.131,6

Die Liquidität konnte ganzjährlich durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

## 3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2016

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen sind in der Stadt Halle (Saale) derzeit insgesamt 12.898 Personen arbeitslos, davon werden 10.602 bzw. 82,2% der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Das bedeutet, dass in diesen Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich ca. 22.000 bis 28.000 Menschen betroffen sind. Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt immer noch 11,2 %, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk und dem Landesdurchschnitt (9,9%) und erst recht über dem Bundesdurchschnitt (6,3 %).

*„Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nicht nur auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung reduziert werden, sondern soziale Teilhabe sollte auch durch niedrigschwellige Beschäftigungsangebote ermöglicht werden („Teilhabejobs“).“*

(Vorbericht zur 164. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie des Deutschen Städtetages Mai 2015)

Im Jahr 2016 ist neben der konkreten Umsetzung der vorn beschriebenen Förderinstrumente die soziale- und berufliche Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive die große arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung.

Vorrangig kommen aktuell Menschen aus Syrien und Afghanistan. Neben dem Spracherwerb sollen gemeinsam mit den **Akteuren am Arbeitsmarkt** parallel Maßnahmen zum Arbeitsmarkteinstieg geschaffen werden. Qualifizierteren Flüchtlingen soll ein schnellerer Berufseinstieg durch unbürokratische Anerkennung von Berufsabschlüssen ermöglicht werden. Mit dem Einstieg in den Arbeitsmarkt können Flüchtlinge ihren eigenen Beitrag für unsere Stadt und unser Land leisten. Dadurch entstehen soziale Netzwerke und kulturelle Brücken. Da rund 55% der Asylantragsteller bundesweit unter 25 Jahre sind, kommt, neben den bewährten berufsvorbereitenden Maßnahmen, der dualen Ausbildung eine besondere Bedeutung zu.

Außerdem spielen niedrigschwellige Einstiegswege in den Arbeitsmarkt für eine dritte Gruppe von Flüchtlingen – von nicht oder nur sehr wenig ausgebildeten Menschen – eine große Rolle. Hier können Fähigkeiten erprobt werden und erste Schritte auf dem hiesigen Arbeitsmarkt gegangen werden. Gleichzeitig werden wir bereits arbeitssuchende Deutsche nicht vernachlässigen, um die Akzeptanz für unsere Maßnahmen nicht zu gefährden.

Da die Erfahrung zeigt, dass eine Maßnahmeteilnahme allein die Integration in den Arbeitsmarkt nicht immer befördert und sichert, wurden und werden dabei im Bereich „Ganzheitlichkeit“ und „Nachhaltigkeit“ der sozialen Integration Schwerpunkte gesetzt. Zielkonflikte zwischen raschem Integrationserfolg, Nachhaltigkeit und sozialer Teilhabe müssen aufgelöst werden und die Schnittstellen zwischen SGB II, III, VIII und XII in diesem Kontext betrachtet werden.

Ein „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, der sowohl vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales als auch vom Bundesministerium für Finanzen abgelehnt wird, könnte der Stadt Halle (Saale) und dem Jobcenter wesentlich **größere Handlungs-, aber vor allem Gestaltungsmöglichkeiten** eröffnen.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die **Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme** hinaus, wird **mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Flut, Schulen, Kita u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den EFA.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen. Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrigschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können.

Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine –woche, einen –monat, ein –jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten und dabei elementare Schlüsselqualifikationen einzuüben.

Hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung zu sehen.

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind im Haushalt der Stadt Halle (Saale) für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2016 Zuschüsse und Jahresüberschüsse aus den Vorjahren in Höhe von

1.487.068 EURO.

eingelant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen und Förderung des Jobcenters in Höhe von

2.352.000 EURO

und Mittel des Bundes und Landes und Sonstiger in Höhe von

2.204.000 EURO

als sonstige Fördermittel für alle Maßnahmen eingelant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2013 bis 2020 sich derzeit wie folgt darstellt.

2013	1.000 Maßnahme- Plätze
2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	401 Maßnahme- Plätze
2016	772 Maßnahme- Plätze
2017	781 Maßnahme- Plätze
2018	720 Maßnahme- Plätze
2019	432 Maßnahme- Plätze
2020	220 Maßnahme- Plätze

## Eigenbetrieb Kindertagesstätten\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	Eigenbetrieb		
<b>Stammkapital in T€:</b>	0		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)		100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe und der Erziehung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Bewirtschaftung einschließlich Errichtung und Bauunterhaltung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

### b) Besetzung der Organe

<b>Betriebsleitung:</b>		Kreisel, Jens	
<b>Betriebsausschuss:</b>	Vorsitzender	Kogge, Tobias	(bis 31.12.2015)
		Bohm-Eisenbrandt, Ann-Sophie	
		Dr. Bergner, Annegret	
		Eigendorf, Eric	
		Jahn, Josephine	
		Pätzold, Bettina	(seit 30.09.2015)
		Schied, Thomas	
		Schmidt, Karin	(bis 30.09.2015)
		Scholtyssek, Andreas	
		Weiß, Sylvia	

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Betriebsausschuss</b>	1	1	0

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	34.137	94	34.209	90	34.006	83	-72	0
Umlaufvermögen	2.318	6	3.874	10	7.183	17	-1.556	-40
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	3	0	12	0	-3	-100
<b>Bilanzsumme</b>	<b>36.455</b>	<b>100</b>	<b>38.086</b>	<b>100</b>	<b>41.201</b>	<b>100</b>	<b>-1.631</b>	<b>-4</b>
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	19.987	55	20.468	54	21.029	51	-481	-2
Sonderposten für Investitionszulagen	9.927	27	10.222	27	10.392	25	-295	-3
Rückstellungen	1.726	5	2.138	6	4.228	10	-412	-19
Verbindlichkeiten	4.726	13	5.171	13	5.478	14	-445	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	89	0	87	0	74	0	2	2
<b>Bilanzsumme</b>	<b>36.455</b>	<b>100</b>	<b>38.086</b>	<b>100</b>	<b>41.201</b>	<b>100</b>	<b>-1.631</b>	<b>-4</b>



## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	37.275	35.198	32.831
sonstige betriebliche Erträge	1.316	967	1.266
Materialaufwand	61	40	46
Personalaufwand	32.471	29.985	27.304
Abschreibungen	1.348	1.325	1.266
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.302	5.153	6.003
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	7	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	195	229	296
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-786	-560	-815
außerordentliche Erträge	0	0	731
außerordentliches Ergebnis	0	0	731
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-786	-560	-84
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-786	-560	-84

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,11	-1,59	-0,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,78	-2,66	-0,40	%
Cash-Flow:	562	765	1.182	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	48	46	47	T€
Personalaufwandsquote:	84,14	82,91	80,08	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,53	89,71	82,44	%
Eigenkapitalquote:	54,83	53,74	51,04	%
Fremdkapitalquote:	45,17	46,26	48,96	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Betreuungsstunden	10.789.170,00	10.550.207,00	10.016.252,00	Stunden
Betreuungskosten <sup>1)</sup>	3,66	3,48	3,46	€/Std.
davon Personalkosten	3,04	2,86	2,73	€/Std.
davon Sachkosten	0,62	0,62	0,73	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.414,00	5.391,00	5.392,00	Anzahl

<sup>1)</sup> Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

## e) Lagebericht

### I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

### II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche, Branchenbezogene Rahmenbedingungen
2. Geschäftsverlauf
3. Lage  
Vermögens-, Finanz und Ertragslage  
Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes
4. Personal

### III. NACHTRAGSBERICHT

### IV. PROGNOSEBERICHT

1. Entwicklung der Belegungszahlen
2. Trägeranforderungen zum Kinderschutzvertrag gem. § 8 SGB VIII im Eigenbetrieb Kindertagesstätten
3. Haus der kleinen Forscher
4. Baumaßnahmen im Wirtschaftsjahr 2016
5. Weiter Investitionen zur Schaffung von KITA-Plätzen

### V. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Risikobericht
2. Gesamtaussage

### VI. ZUSÄTZLICHE ANGABEN NACH § 8 EIGBVO

### I. GRUNDLAGEN DES EIGENBETRIEBES

#### 1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2006 mit Beschluss des Stadtrates vom 07.März 2005 gegründet. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung und den Betrieb der nach Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verbliebenen kommunalen Kindertagesstätten.

Der Stadtrat war sich seinerzeit bewusst, dass die Stadt Halle gerade durch die Binnenwanderung innerhalb des Stadtgebietes in Zukunft enormen Herausforderungen gegenübersteht und hat sich durch diese Entscheidungen zukünftig die Möglichkeit einer aktiven Gestaltungen der Stadtentwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung ermöglicht.

Aktuell werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2015, 46 Kindertagesstätten und 5 Horte betrieben. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß §121 KVG LSA geführt.

Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 Abs. 1 EigBG in der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) geregelt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes sind die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit laut Abgabenordnung.

Des Weiteren ist in der Satzung festgelegt, dass das Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen ist. Es ist ein Wirtschaftsplan vorzulegen. Dieser muss aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht bestehen.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Kostenbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken. Die Stadt Halle hat zu diesem Zweck eine Satzung, auf Grund der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Eigenbetriebes geschaffen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erlässt im Auftrag der Gebietskörperschaft die entsprechenden Kostenbeitragsbescheide, führt eine Sonderkasse und ist organisatorisch für die Beitreibung der Beiträge bis zur Vollstreckung selbst verantwortlich.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß der Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen, § 11 Abs. 4 KiFöG.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.



**Philosophie**  
*des Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)*

- Bei all unserem Handeln steht die Gesundheit und das Wohl des Kindes im Mittelpunkt
- Wir wollen zuvorderst Bildungs- und Erziehungseinrichtung und erst dann Ort für Betreuung sein. Daher lassen wir uns daran messen, wie wir die Bildungs- und Entwicklungschancen sowie das selbstbewusste Aufwachsen der Kinder fördern
- Bei uns werden die Kinder als Persönlichkeiten ernst genommen. Ihre eigene Neugierde ist Ausgangspunkt für die Erfahrungen, die sie machen
- Unsere Zusammenarbeit wird durch Vertrauen geprägt, das durch die Erfüllung gemeinsam definierter Ziele entsteht. Funktionierende Teamarbeit ist dafür Voraussetzung
- Wir setzen uns für eine aktive Erziehungspartnerschaft mit allen Beteiligten ein – Eltern sind die Experten für ihre Kinder
- Unsere Arbeit lebt davon, dass sie von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitgestaltet wird. Die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme und zielgerichteten Weiterbildung ist Voraussetzung dafür und wird von uns erwartet
- Wir lassen viel Raum für Individualität in unseren Einrichtungen. Dabei muss jede Einrichtung unabhängig von ihrer Ausrichtung hohen Qualitätsstandards genügen
- Aus Fehlern wollen wir lernen. Dazu werten wir unsere Arbeit aus und ziehen die nötigen Konsequenzen auf allen Ebenen. Wir gestalten unsere Arbeit transparent und stellen uns den Anregungen aller Beteiligten
- Wir sind in Halle vernetzt und bekennen uns zu unserer Stadt. Diesen Bezug vermitteln wir auch den Kindern in unseren Einrichtungen

Die Philosophie des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ist die knappste und pointierteste Darstellung des Selbstverständnisses und ist dabei auch provokativ ausgefallen und zugespitzt formuliert worden, um Diskussionen – insbesondere zwischen Erzieherinnen sowie zwischen Eltern und Kita – anzuregen.

Diese Trägerphilosophie dient dazu, Gemeinsamkeiten im Eigenbetrieb Kindertagesstätten sowohl nach innen gegenüber den Mitarbeitern als auch nach außen gegenüber den Eltern und anderen Beteiligten zu vermitteln.

## II. WIRTSCHAFTSBERICHT

### 1. Gesamtwirtschaftliche, Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Bildungslandschaft ist vielfältigen Veränderungsprozessen und der Weiterführung der gesetzlichen Reformen ausgesetzt:

Seit 01. August 2013 gilt das neue Kinderförderungsgesetz (KiFöG). Es brachte zahlreiche Veränderungen für Kinder, Eltern sowie Erzieherinnen und Erzieher. Zunächst wurde der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung unabhängig vom Sozialstatus der Eltern eingeführt.

Familien mit zwei oder mehr Kindern werden seit 2014 finanziell entlastet. Durch die stufenweise Anhebung des Personalschlüssels wurden günstigere Arbeitsbedingungen geschaffen.

Die Rechte der Eltern wurden mit der Novellierung des Kinderförderungsgesetzes nochmals deutlich gestärkt und die Anforderungen an ein professionelles Qualitätsmanagement für Träger von Kindertageseinrichtungen gesetzlich festgeschrieben.

Die Fortschreibung des Bildungsprogrammes des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ aus dem Jahr 2013 hat neue und differenzierte Herausforderungen für die Kindereinrichtungen definiert.

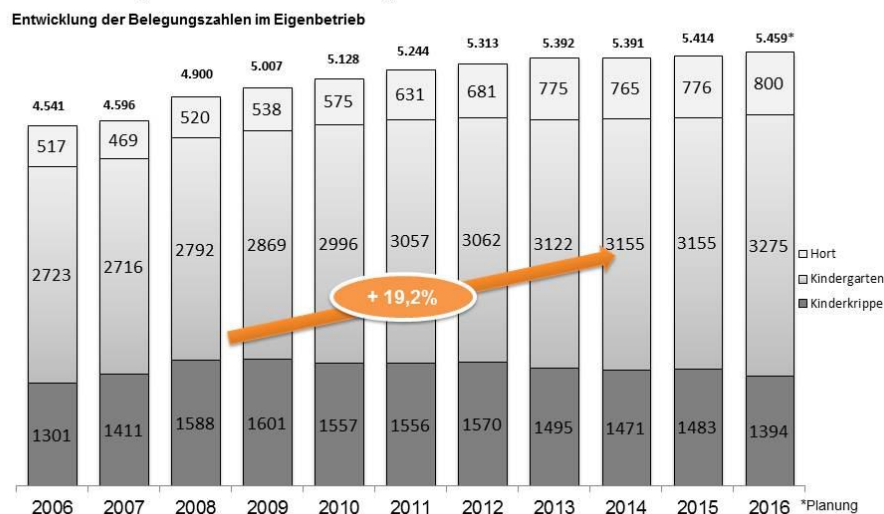
Am 17.12.2014 wurde ein Stadtratsbeschluss zur Anpassung der Satzung des Eigenbetriebes an die Anforderungen zur Gemeinnützigkeit im Rahmen des Steuerrechts gefasst. Mit Veröffentlichung am 05.02.2015 im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) traten die Änderungen in Kraft.

## 2. Geschäftsverlauf

Seit Gründung des Eigenbetriebes zeigte sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens insgesamt positiv. Die Gesamtauslastung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes ist auch im Jahr 2015 als stabil zu bezeichnen.

Im Durchschnitt wurden im Jahr 2015 5.414 Kinder betreut. Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 19,2 Prozent und ist weiterhin steigend.

### Die Belegung der vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten angebotenen Plätze stieg seit der Gründung bis zum Wirtschaftsjahr 2015 um 19,2 Prozent an, absolut um 873 belegte Plätze.



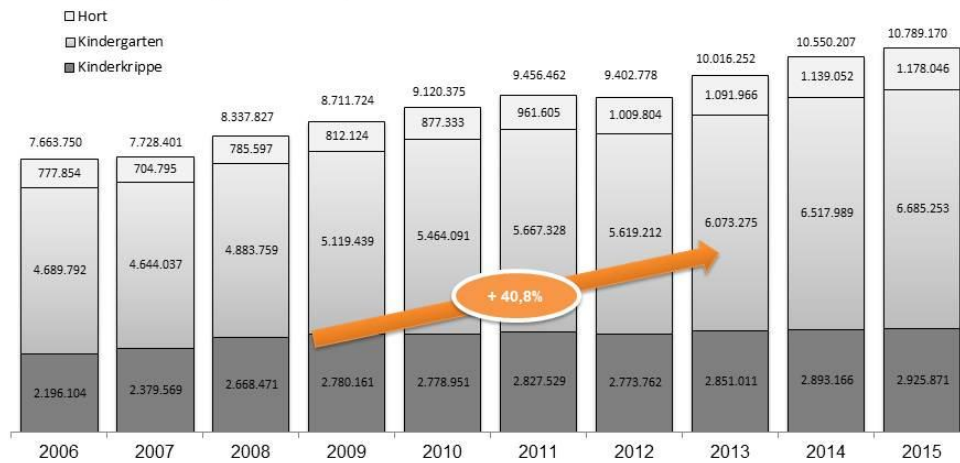
Die Nachfrage nach unseren Einrichtungen war wiederholt in allen Bereichen so hoch, dass der Eigenbetrieb Kindertagesstätten trotz aller Bemühungen nicht immer zum gewünschten Termin Plätze in den jeweils bevorzugten Lagen zur Verfügung stellen konnte. Daher mussten zunehmend lange und aufwendige Anfahrtswege durch die Eltern in Kauf genommen werden. Vor allem im Innenstadtbereich konnte das Platzangebot die Nachfrage nicht mehr decken.

Im Vergleich zum Gründungsjahr betreute der Eigenbetrieb Kindertagesstätten damit im Jahresdurchschnitt 2015 absolut 873 Kinder mehr.

Bei den erbrachten Betreuungsstunden war im Berichtszeitraum eine Steigerung um 2,27 Prozent zum Vergleichszeitraum 2014 zu verzeichnen. Seit Gründung des Eigenbetriebes stiegen die erbrachten Betreuungsstunden um 40,8 Prozent.

Die Anzahl der erbrachten **Betreuungsstunden** stieg um **40,8 Prozent**, absolut um **3,13 Mio.** auf **10,79 Mio. Betreuungsstunden**

Entwicklung der **Betreuungsstunden im Eigenbetrieb**



### 3. Lage

#### Vermögens-, Finanz und Ertragslage

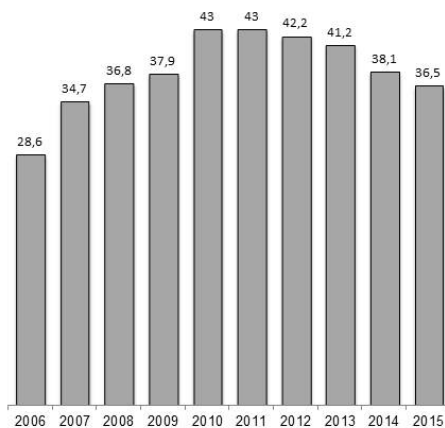
Das Bilanzbild ist geordnet; gegenüber dem Vorjahresstichtag gibt es keine wesentlichen Verschiebungen. Das Anlagevermögen ist - wie in den Vorjahren - vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Bilanzsumme beläuft sich im Wirtschaftsjahr auf TEUR 36.455, damit sank sie um insgesamt TEUR 1.631 gegenüber dem Bilanzwert zum 31.12.2014.

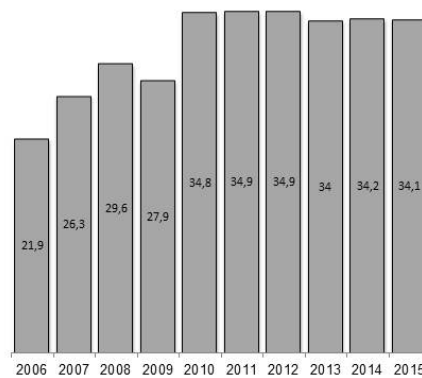
In folgenden Positionen der Bilanz zum 31.12.2015 ergaben sich Veränderungen, die kurz analysiert werden sollen:

**Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes Kindertagesstätten stieg seit Gründung auf aktuell 36,5 Mio. EUR. Das Anlagevermögen stieg im gleichen Zeitraum auf aktuell 34,1 Mio. EUR.**

Bilanzsumme in Mio. EUR



Anlagevermögen in Mio. EUR



Das Anlagevermögen bestand aus immateriellen Vermögensgegenständen (TEUR 41; Vergleich 2014: TEUR 42) und aus Sachwerten des beweglichen Anlagevermögens (TEUR 34.095; Vergleich 2014: TEUR 34.167). In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 1.104 (Vorjahr: TEUR 323) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten. Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf die Abschnitte Baumaßnahmen im Wirtschaftsjahr verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2015 wurde entsprechend abgestuft wertberichtigt. Es ist eine Wertberichtigung für Forderungen in Höhe von TEUR 78 (Vorjahresstichtag T€ 101) in 2015 bilanziert worden. Durch ein sachgerecht eingerichtetes Mahnwesens (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen weiterhin reduziert. Die zweifelhaften Forderungen konnten aufgrund der kontinuierlichen Arbeit des Mahnwesens um TEUR 7 weiter reduziert werden. Einzelvorgänge wurden in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge wurden verstärkt abgeschlossen.

Die Forderungen gegenüber der Stadt Halle (Saale) aus der Übernahme der Altersteilzeitverpflichtungen wurden durch die Zahlungen aus den Mittelabrufen für Altersteilzeit um TEUR 899 planmäßig reduziert.

Entsprechend haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände von TEUR 1.270 auf TEUR 292 vermindert.

Die flüssigen Mittel sanken gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 1.057 (Vorjahr: TEUR 1.627).

Grund hierfür ist Zahlung der offenen Rechnungen zum Jahresende; korrespondierend haben sich die sonstigen Verbindlichkeiten reduziert.

Die Kapitalrücklage hat sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2014 erhöht, da eine Übertragung des Grundstücks Jadeweg (Heide-Süd) in das Sonderbetriebsvermögen in 2015 erfolgt ist. Insgesamt ist das Eigenkapital aufgrund des Jahresverlustes (TEUR 786) gegenüber dem Vorjahresstichtag gesunken.

Die Betriebsmittelrücklage wurde gemäß Stadtratsbeschluss vom 16.12.2015 um den Verlust aus dem Jahresabschluss 2014 in Höhe von TEUR 560 vermindert.

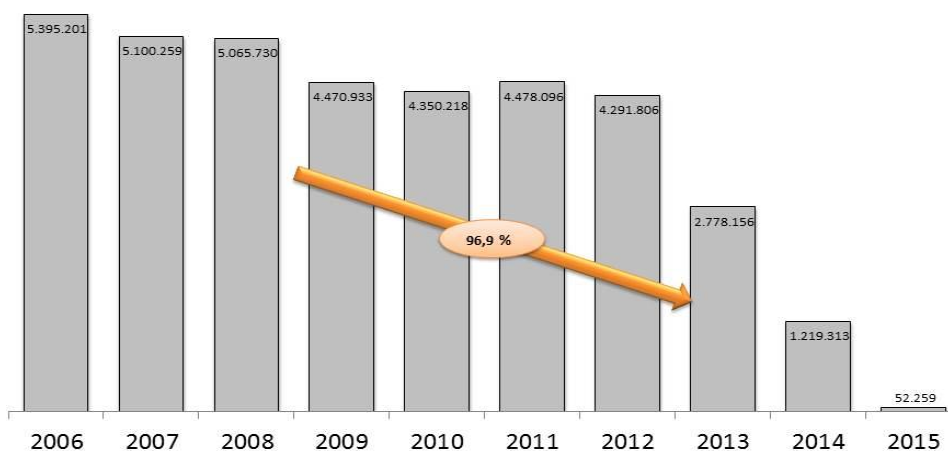
Der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens wurde planmäßig aufgelöst (TEUR 296).

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang. Wesentlichste Veränderung war die notwendige Einstellung der rückwirkenden Anpassung des neuen Tarifabschlusses (TEUR 636).

Die Rückstellungen für Altersteilzeit haben sich planmäßig um TEUR 1.167 reduziert. Die Entwicklung dieser Rückstellung geht grundsätzlich konform mit der korrespondierenden Forderung gegenüber der Stadt Halle/Saale.

**Rückstellungsentwicklung Altersteilzeit 2006 bis 2015**  
**Der Abbau der Rückstellung erfolgt gemäß der geschlossenen Verträge mit der Stadt Halle (Saale) nach dem versicherungsmathematischen Gutachten der Fa. Mercer bis zum Jahr 2016.**  
**Bis 2015 betrug die Reduzierung 96,9 Prozent.**

Entwicklung der Rückstellung in Euro



Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 444 vermindert. Neben der planmäßigen Tilgung der PPP-Darlehen (Rückgang TEUR -258) kam es bei den sonstigen Verbindlichkeiten stichtagsbedingt zu einem Rückgang um TEUR 375.

Im Bereich der Gewinn- und Verlustrechnung für 2015 gab es vorrangig Abweichungen in den Umsatzerlösen, Personalaufwand, sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen.

Die Umsatzerlöse stiegen um TEUR 2.077 (5,90 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Grund sind vor allem die höhere Fehlbedarfsfinanzierung und Erhöhung der Zuweisungen durch die Stadt Halle (Saale) auf Grundlage des Wirtschaftsplanes 2015.

Im Wirtschaftsjahr waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 32.471 (im Vergleich 2014 TEUR 30.136) zu verzeichnen. Die Mehraufwendungen von TEUR 2.336 entfallen hauptsächlich auf die Anpassung des Mindestpersonalschlüssels ab 01.08.2015 im Krippenbereich, der zum 01.03.2015 stattgefundenen Tarifierhöhung von 2,4% sowie dem Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst.

Zur Einhaltung des gesetzlichen Mindestpersonalschlüssels mussten zusätzliche Betreuungsstunden aufgewandt werden; insgesamt stieg der Mitarbeiterbestand durchschnittlich um 18 Fachkräfte.

Die Abschreibungen blieben gegenüber dem Vorjahr stabil.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 300 gestiegen. Neben gestiegenen Kosten für Reinigung und Hausmeisterleistungen betrifft das die Einstellung von Leiharbeitern (Erziehern), da es immer schwieriger wird, ausgebildetes Personal zu finden.

Das Jahr 2015 schließt der Eigenbetrieb mit einem negativen Jahresergebnis in Höhe von 785.963,47 Euro ab. Dieser Verlust wurde durch die Konsolidierungsbestrebungen der Stadt Halle (Saale) nicht in voller Höhe durch Zahlung des Fehlbedarfs gedeckt, und wird entsprechend den Festlegungen des Wirtschaftsplans 2015 mit der in 2015 noch bestehenden Betriebsmittelrücklage (Gewinnrücklage) in Höhe von 787.903,88 € verrechnet.

Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Grund dafür sind die Fehlbedarfsfinanzierung und die regelmäßige Vereinnahmung der Elternbeiträge.

## Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb wird im Wesentlichen über folgende Kennzahlen gesteuert:

- Betreuungsstunden
- Belegungszahlen der Kitas
- Beschäftigtenzahlen (im Durchschnitt)

Jahr	Betreuungsstunden	Belegungszahlen	Beschäftigtenzahlen
2014	10.550.207	5.391	781
2015	10.789.170	5.414	799

Zur Entwicklung im Zeitablauf 2006 bis 2015 wird auf die grafischen Darstellungen unter dem Geschäftsverlauf verwiesen.

Für 2015 wurde mit einer durchschnittlichen Kinderzahl von 5.450 gerechnet. Diese Zahl konnte in 2015 (im Ist 5.414) nicht erzielt werden. Gründe sind unter anderem die angespannte Personalsituation in den Kindertageseinrichtungen. Es wurde im Plan mit einer höheren Anzahl auf der Grundlage der Vorjahresentwicklung ausgegangen. Diese wurde im Ist nicht erreicht. Die Auslastung blieb auf dem Vorjahresniveau.

Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht.

## 4. Personal

Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 799 und damit 18 über dem Vorjahreswert. Diese ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (KiFöG § 21 Abs.2) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden und des nachgefragten Angebotes. Als Betreiber von Kindertagesstätten ist der Eigenbetrieb zur Einhaltung des geltenden Mindestpersonalschlüssels verpflichtet.

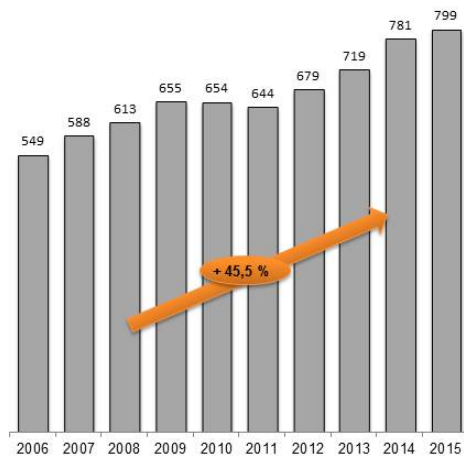
Durch diese gesetzliche Einschränkung ist eine freie Inputwahl eingeschränkt und in Folge dessen eine Reduzierung der Stellenanzahl in den Kindertagesstätten nur bei sinkenden Kinderzahlen möglich.

Durch die Einführung des Ganztagsanspruches (durch die Änderung des KiFöG's LSA) werden mehr Betreuungsstunden durch die Eltern abgerufen. Diese Entwicklung wirkt sich nicht nur auf die Auslastung der einzelnen Einrichtungen aus, sondern auch auf die Qualität der Betreuung.

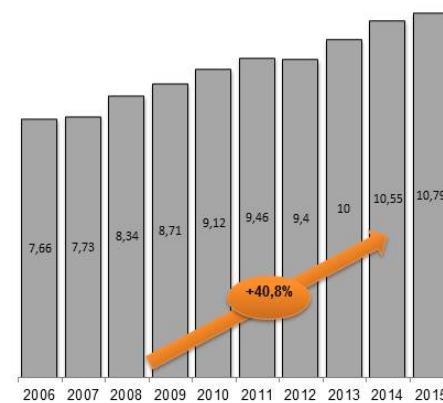
Aus Sicht der Betriebsleitung ist die Gesamtsituation in Hinblick auf die Raumkapazität und das Personal als angespannt zu betrachten.

**Die Anzahl der Beschäftigten stieg um 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die erbrachten Betreuungsstunden in unseren Kitas und Horten stieg im gleichen Zeitraum um 3,13 Mio. Stunden.**

**Entwicklung der Beschäftigtenzahlen**



**Entwicklung der Betreuungsstunden in Mio. Stunden**



Dabei sind motivierte Mitarbeiter die Grundlage des Erfolgs, und exzellente frühkindliche Bildung hängt von professionellen Teams ab – und auch diese entstehen nicht von allein.

Daher ist eine strategiekonforme Personalrekrutierung und Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Dem trägt der Eigenbetrieb konsequent Rechnung: So wurde im Berichtsjahr das Personalentwicklungsprogramm weiter ausgebaut und an einem Etablieren des betriebliches Gesundheitsmanagement gearbeitet.

Damit stellen wir nachhaltig sicher, den internen, an den Unternehmenszielen ausgerichteten Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften zu decken. Ein Schwerpunkt ist, insbesondere Mitarbeiter aus den eigenen Reihen zu fördern und durch ihre gezielte Weiterbildung einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg und zur Zukunftssicherung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten zu leisten.

Durch die hohe Anzahl von Mitarbeitern gibt es immer auch eine natürliche Fluktuation, vor allem durch Wohnortwechsel oder familiäre Veränderungen. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist deshalb immer offen für Initiativbewerbungen, veröffentlicht aber auch ständig aktuelle Stellenangebote auf der Homepage ([www.kitas-halle.de](http://www.kitas-halle.de)).

Von den 799 Mitarbeitern des Berichtsjahres 2015 standen dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten lediglich im Jahresdurchschnitt 748 Mitarbeiter effektiv zur Verfügung. Grund dafür sind unter anderem die Inanspruchnahme von Altersteilzeitmodellen, Langzeiterkrankungen (durchschnittlich: 16 Mitarbeiter) und Mitarbeiterinnen im Erziehungsjahr (durchschnittlich: 35 Mitarbeiterinnen). Vier Mitarbeiter waren über das Bundesprogramm Kita-Sprache-Integration als zusätzliche Erzieherfachkräfte für die Sprach- und Integrationsförderung im Eigenbetrieb beschäftigt.



Durch das Stattfinden von Bewerbungstagen wurde der Fachkräftemangel im erzieherischen Bereich auch für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten spürbar. Dieser konnte nur durch den Einsatz von Leiharbeitern kurzfristig kompensiert werden.

### III. NACHTRAGSBERICHT

Das Jahr 2015 war von dem Warnstreik im Sozial- und Erziehungsdienst geprägt, der im April des Jahres seinen Anfang fand und über mehr als vier Wochen andauerte. Neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sollte auf eine Aufwertung des Erzieherberufes aufmerksam gemacht werden. Im August lag nach mehr als 4 Wochen ein Schlichterspruch vor, der vorerst keine Zustimmung der Gewerkschaften fand. Nach einer Nachbesserung des Schlichterspruches im Oktober 2015 sind die Entgelte rückwirkend zum Juli 2015 gestiegen.

Da sich das System sehr kompliziert gestaltet, konnte im Jahr 2015 bisher keine Anpassung der Tarifgruppen und entsprechende Auszahlung an die Mitarbeiter vorgenommen werden. Diese ist für das erste Quartal 2016 geplant. Dem entsprechend wurde eine Rückstellung (TEUR 636) gebildet.

Mit der Umsetzung des KiFöG LSA ist die Gestaltung eines Landesrahmenvertrages verknüpft. Dieser Vertrag bildet verlässliche Rahmenbedingungen für Vereinbarungen, die im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern von Tageseinrichtungen i. S. des § 11a Abs.1 KiFöG abgeschlossen werden sollten.

Im Berichtsjahr 2015 kam es diesbezüglich zu keiner Vereinbarung oder Erstellung eines Landesrahmenvertrages.

Mit der ersten Stadtratssitzung des Jahres 2016 am 28.01.2016 wurde dem Antrag auf Namensänderung der Integrativen Kindertagesstätte Taubenhaus in Kita „Löwenzahn“ zugestimmt. Im Zuge der Namensänderung hat der Eigenbetrieb Kindertagesstätten sich von der Bezeichnung „Integrativ“ gelöst. Das Vorzeichen „Integrativ“ widerspricht dem Leitsatz der Inklusion: „Wir gehören alle dazu“.

Das Projekt Kita-Hund Balu wurde auch in 2015 erfolgreich fortgesetzt. Seit vier Jahren lebt unser Balu nun in der Kindertagesstätte „Froschkönig“, einer Kita in Halle-Neustadt. Viele Kinder, die die Kita besuchen, kommen aus Familien mit einem schwierigen sozialen Hintergrund.



Unterstützt wird dieses Projekt aus dem seit 2011 laufenden Pilotprogramm „Frühe Chancen“ für Schwerpunkt-Kitas in ganz Deutschland. Speziell für die Kita „Froschkönig“ mit dem Programm „Sprache & Integration“. Dieses Projekt wird durch zwei ausgebildete Sprachtherapeutinnen begleitet. Da das Programm in 2015 ausgelaufen ist, gibt es Überlegungen seitens des Familienministeriums ein ähnliches Projekt ins Leben zu rufen.



Zugleich läuft derzeit eine wissenschaftliche Studie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Im Rahmen der Masterarbeit wird von einer Studentin der Sprachwissenschaften untersucht, ob die Arbeit mit Balu den Kindern Erfolge im täglichen Leben bringt. Eine Betrachtung ist das Verhalten einzelner Kindern Hinsicht auf die Entwicklung der eigenen Sprache. Gearbeitet wird in einer Gruppe von sechs Kindern, jeweils eine Stunde die Woche über einen Zeitraum von einem halben Jahr.

Die Einrichtung verfolgt einen konkreten Plan: die Entstehung eines Kompetenz-Zentrums für tiergestützte Sprachförderung.

#### IV. PROGNOSEBERICHT

##### 1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2016 wird mit einem weiteren Anstieg der Kinderzahlen gerechnet.

So werden dann im Vergleich zum Gründungsjahr ca. 918 Kinder mehr betreut. Die auf Grund dessen und des Produktmixes zu erwartenden Einnahmen aus Kostenbeiträgen belaufen sich laut Planung für 2016 auf 4,433 Mio. EUR. Die Zuweisungen laut KiFöG betragen laut Planung 17,137 Mio. EUR, die Ermäßigungen betragen 4,0 Mio. EUR und der Ausgleich der Stadt Halle beträgt 13,116 Mio. EUR. Diese Planungen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen und werden vom Eigenbetrieb auf Grund bereits geschlossener Betreuungsverträge und historischen Daten kalkuliert. Die Planungsgrundlage der Kostenbeiträge basiert auf der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, der mittelfristigen Prognose der Kinderbetreuungszahlen, nach derzeit geltender Satzung sowie den Vorschriften des KiFöG. Die Zuweisungen seitens des Landes bzgl. Kinder mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen wurden ebenso auf Grundlage der prognostizierten Kinderzahlen geplant.

##### 2. Trägeranforderung zum Kinderschutzauftrag gem. § 8 SGB VIII im Eigenbetrieb Kindertagesstätten

Kinder vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen, gehört zu den Pflichtaufgaben jeder Kindertagesstätte. Fast jedes Kind in Deutschland besucht eine solche Einrichtung, eine stetig wachsende Zahl von Kindern bereits in den ersten drei Lebensjahren.

Die dort tätigen frühpädagogischen Fachkräfte erleben die Kinder viele Stunden lang an den meisten Tagen im Jahr. Sie haben regelmäßig Kontakt zu den Eltern, mit denen sie eine Erziehungs- und Bildungspartnerschaft eingehen.

Daher sind sie besonders gut geeignet, frühzeitig Anzeichen für eine Gefährdung zu erkennen, das Gespräch mit den Eltern zu suchen und notwendige und geeignete Hilfen anzubieten oder zu vermitteln. Ende 2015 wurde eine entsprechende Trägeranforderung im Eigenbetrieb Kita erstellt.

Sie beinhaltet neben den gesetzlichen Grundlagen einen Leitfaden zur Umsetzung des Kinderschutzauftrages. Jede Einrichtung verfügt über einen eigenen individuellen Leitfaden.

Die durch den Träger zertifizierten Kinderschutzfachkräfte nehmen ihre Multiplikatorenfunktion im Team wahr. Die Leitung unterstützt die Erfüllung dieser Anforderung.

Die Dokumentation von Kinderschutzfällen erfolgt nach Mindeststandards verbindlich und schriftlich.

Der Leitfaden ist nach folgender Übersicht aufgebaut:

- Trägeranforderungen
- Rechtliche Grundlagen
- Diagnostik und Risikoabschätzung
- Verfahrensablauf
- Dokumentation

In erster Linie ist es dabei Aufgabe der Erzieher und Erzieherinnen, Anzeichen für Gefährdungen so früh wie möglich zu erkennen, um rechtzeitig Hilfen anzubieten und (weiteren) Schaden vom Kind abzuwenden. Der Schutz von Kindern in Kindertagesstätten ist daher vor allem auf Prävention angelegt.

### 3. Haus der kleinen Forscher

Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ ist die größte deutsche Bildungsinitiative im frühkindlichen Bereich.

Naturwissenschaften, Mathematik und Technik prägen unseren Alltag und entwickeln sich mit hoher Geschwindigkeit weiter. Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ hat sich ein großes Ziel gesetzt: Sie möchte allen Kindern im Kita- und Grundschulalter bundesweit die alltägliche Begegnung mit naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Themen ermöglichen. Die Mädchen und Jungen bekommen durch die Arbeit der Stiftung bereits früh die Chance, diese spannenden Felder mit Freude für sich zu entdecken.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist seit 2007 lokaler Netzwerkpartner der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“. Seit 2011 gibt es in enger Zusammenarbeit mit dem Technischen Halloren- und Salinemuseum die Sommerakademie, die die Fortbildung der Fachkräfte der Kindereinrichtungen zu verschiedenen pädagogischen Themen im Zusammenhang mit Naturwissenschaft und Technik zum Inhalt hat. An zwei Tagen dieser Akademie werden Kinder in die Fortbildung eingebunden, um den Teilnehmern die Möglichkeit zu eröffnen, die Kinder intensiv zu beobachten und das eigene Dialogverhalten zu reflektieren.

### 4. Baumaßnahmen im Wirtschaftsjahr 2016

#### Neubau „Heide-Süd“

In Halles jüngsten Stadtteil leben heute ca. 4.200 Einwohner. Auf dem „Weinberg-Campus“ haben sich mittlerweile ca. 60 Unternehmen mit mehr als 1.100 Arbeitsplätzen angesiedelt. Seit 1994 entwickelt das Land Sachsen-Anhalt in Halle-Süd den Naturwissenschaftlichen Campus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Dieser bietet für ca. 3.000 Studenten und Beschäftigte Arbeits- und Lehrräume. Da in diesem Stadtteil eine Kindertageseinrichtung fehlt, wurde im Rahmen einer Entwicklungsmaßnahme bereits im Jahr 2012 in Kooperation mit der SALEG Sachsen-Anhaltinische-Landesentwicklungsgesellschaft mbH die Planung der Kindertagesstätte „Heide-Süd“ begonnen. Die Gesamtinvestitionssumme beträgt ca. 2,9 Mio. EUR. Auf den Eigenbetrieb Kindertagesstätten entfällt ein Eigenanteil in Höhe von ca. 945 TEUR. Es werden insgesamt 110 Plätze (40 Krippe, 70 Kindergarten) entstehen. Zum Bilanzstichtag waren hier in den Anlagen im Bau TEUR 983 aktiviert.



Der Spatenstich erfolgte am 31.08.2015.

Mit Fertigstellung und Eröffnung der Kindertagesstätte, voraussichtlich im IV. Quartal 2016, wird im Stadtteil Halle-Süd eine neue Kindertagesstätte geschaffen, die modern und innovativ ist. Wegen der Nähe zum Weinberg Campus und der Dölauer Heide wird der Schwerpunkt auf den Bereichen Mathematik, Technik und Natur liegen - vor allem soll die Neugier der Kinder im Mittelpunkt stehen.

### 5. weitere Investitionen zur Schaffung von Kita-Plätzen

#### Kita „Paulus-Viertel“

Zur Schaffung weiterer Kita-Plätze im Innenstadtbereich wurde im Paulusviertel ein geeignetes Objekt in der Willy-Lohmann-Str. 7 von der Halleschen Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH zum 01.05.2017 angemietet und mit dem Umbau begonnen. Die komplette Ausstattung der Kita wird durch den Eigenbetrieb übernommen.

Auf einer Fläche von 1100 qm sollen hier 30 Krippen,- und 60 Kindergartenplätze entstehen. Die Eröffnung ist im II. Quartal 2017 geplant.



## V. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

### 1. Chancenbericht

Zur Erreichung seiner Unternehmensziele ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bemüht, die sich bietenden Chancen frühzeitig zu erkennen und diese verantwortlich zu nutzen.

Im Fokus stehen neben dem Ausbau der Betreuungskapazitäten auch die zunehmenden qualitativen Aspekte, vor allem die frühkindliche Bildung.

Eine frühe Förderung von Kindern legt den Grundstein für deren späteren Erfolg in der Schule und im Beruf. Im Kindesalter verpasste Entwicklungen sind nicht oder nur zu hohen Kosten aufzuholen. Eine konsequent auf städtischer Ebene nachhaltiger Familienpolitik entwickelt sich zudem zu einem Standortfaktor, vorausgesetzt Kinder bekommen bessere Bildungschancen und Eltern die Möglichkeit, Familie und Beruf besser zu vereinbaren

Als größter Träger der Stadt Halle (Saale) liegen die Vorteile auf der Hand:

In den 46 Kindertagesstätten und 5 Horten ist die grundlegende pädagogische Arbeit am Bildungs-programm des Landes Sachsen-Anhalt und der Trägerphilosophie des Eigenbetriebes ausgerichtet. Somit steht den Eltern ein breitgefächertes und vielfältiges Angebot an Kindertagesstätten zur Verfügung.

Die Einrichtungen haben einen individuellen Freiraum, um ihre konzeptionellen Schwerpunkte und Ansätze entsprechend der Bedingungen und Bedarfe zu gestalten, so finden die Erkenntnisse z.B. der Montessorie-, Reggio- und Fröbelpädagogik im Kita-Alltag Anwendung. Im Eigenbetrieb arbeiten Kitas mit folgenden Zertifizierungen: Kneipp Kita, Kita nach Situationsansatz (Kompetenzzentrum), Umwelt-Kita und Kind-Eltern-Zentrum.

Es gibt 7 integrative Kindereinrichtungen. Weiterhin orientieren sich Einrichtungen am Bewegungs-konzept nach Elfriede Hengstenberg und Emy Pickler, andere haben als Profil den musischen oder den naturorientierten Schwerpunkt gewählt. Für viele der Kitas des Eigenbetriebes ist die Verbundenheit zur Stadt Halle von großer Wichtigkeit. So machen die Kinder sich mit Sehenswürdigkeiten und der Geschichte vertraut und beteiligen sich an den Höhepunkten in ihrem Umfeld.

Die vom Stadtrat am 24. November 2010 beschlossene Umwandlung des Eigenbetriebes in eine Anstalt öffentlichen Rechts wurde auch im Jahr 2015 nicht verfolgt. Eine Entscheidung diesbezüglich steht noch aus.

### 2. Risikobericht

Darüber hinaus bedeutet unternehmerisches Handeln auch stets die Bereitschaft, damit einhergehende Risiken zu übernehmen. Im Eigenbetrieb Kita werden im Sinne einer soliden Unternehmensführung die Risiken als Gegenstück zu den Chancen frühzeitig identifiziert, analysiert und strukturiert gemanagt.

Die Umsetzung und Weiterentwicklung des Risikomanagements wird zentral koordiniert und in Bezug auf definierte Risikofelder von benannten Verantwortungsträgern begleitet.

4 verschiedene Module bilden das Berichtswesen im Eigenbetrieb Kindertagesstätten und ermöglichen es bei entstehenden Risiken frühzeitig gegenzusteuern.



- z.B.:
- Philosophie des Eigenbetrieb Kindertagesstätten
  - Erläuterungen zum QM
  - Broschüre für Eltern
  - Geschäftsbericht
  - ....

## Risikomanagementsystem

Im Rahmen seiner geschäftlichen Tätigkeit ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschiedenen Risiken ausgesetzt, die das unternehmerische Handeln und die entsprechenden Unternehmensergebnisse beeinflussen können. Eine grundlegende Risikobegrenzung wird dadurch realisiert, dass der Eigenbetrieb nur Risiken eingeht, die mit anerkannten Methoden und Maßnahmen innerhalb des Eigenbetriebes handhabbar sind. Das zentrale Risikomanagementsystem ist im Berichtswesen des Eigenbetriebs verankert und die relevanten Risiken sind in vier Modulen zusammengetragen, welche turnusmäßig entsprechend an aktuelle Ereignisse angepasst werden. Diese Aktualisierungen gewährleisten eine Information der Betriebsleitung über den Stand und die Entwicklung relevanter Risiken. Zudem gewährleisten regelmäßige Abstimmungen des Managements und des Controllings die rechtzeitige Verfügbarkeit und Auswertung entscheidungsrelevanter Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden.

Das Risikomanagement ist somit ein integraler Bestandteil in der Unternehmensführung und in sämtliche Geschäftsprozesse eingebunden.

## Branchenrisiken

Im Jahr 2016 wird es zu einem weiteren Anstieg der Personalkosten kommen. Dieser Anstieg resultiert aus der Anpassung der Mindestpersonalschlüssel ab 01.08.2015 im Krippenbereich, der Neuregelung der Leitungsstunden sowie der Neuregelung des Tarifvertrages zum 01.03.2016.

Der Arbeitsmarkt für Erzieher ist im Allgemeinen sehr angespannt. Ab dem nächsten Jahr gehen wir von einer Mitarbeiterzahl von 809 Mitarbeitern aus. Dies entspricht einem Vollzeitstellenanteil von 662,78 VbE (2014: 683,43).

## Leistungswirtschaftliche Risiken

Risiken im Rahmen der Betreuungsqualität werden durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

## Strategische Risiken

Die strategischen Risiken des Eigenbetriebes Kindertagesstätten umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Einrichtungen. Insgesamt gehen wir im Jahr 2016 im Jahresdurchschnitt mittlerweile von einer Belegung von 5.469 Kindern aus. Dieses geht aus den bereits für 2016 abgeschlossenen Betreuungsverträgen und den bereits bekannten Reservierungen hervor.

**Finanzwirtschaftliche Risiken**

Oberste Priorität der finanzwirtschaftlichen Betrachtung gilt der Sicherung der Liquidität.

**Rechtliche Risiken**

Risiken aus Änderungen der Gesetzgebung können für den Eigenbetrieb in Bezug auf die aktuellen Tarifverhandlungen durch den zum 29.02.2016 ausgelaufenen Tarifvertrag als hoch eingestuft werden. Die Gewerkschaft Ver.di fordert eine lineare Lohnsteigerung um 6 Prozent bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten. Die Verhandlungen begannen am 21.03.2016. Ein Ergebnis ist noch nicht absehbar.

**Sonstige Risiken**

Zur Sicherung der Energiepreise haben wir langfristige Verträge mit verschiedenen Lieferanten abgeschlossen. Die Energieträger Wasser, Strom, Gas und Öl werden somit auch im Jahr 2016 verbrauchsorientiert eingesetzt.

**Gesamtbeurteilung der Risiken**

Die Risikolandschaft des Eigenbetriebes Kindertagesstätten hat sich im Berichtszeitraum nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert. Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken. Aus heutiger Sicht zeichnen sich keine den Fortbestand des Eigenbetriebes Kindertagesstätten gefährdenden Risiken, auch in Verbindung mit anderen Risiken, ab.

**3. Gesamtaussage**

Neben der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, die durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe jährlich erstellt wird, werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten eigene Untersuchungen zur aktuellen und künftigen Entwicklung der Bedarfslage erstellt.

Auf Grund der differenzierten Bevölkerungsentwicklung vor und nach 1990 in Halles Stadtteilen entwickelte sich eine zunehmende räumliche Diskrepanz zwischen dem gewachsenen KITA-Netz und den Wohnstandorten junger Familien mit Kindern.

Damit steht die Stadt Halle (Saale) bei der Entwicklung eines nachhaltig bestandsfähigen Netzes der kommunalen Bildungslandschaft aus Kindertagesstätten, Horten und Schulen in den kommenden fünf Jahren vor enormen Herausforderungen.

Es ist durch eine stark dezimierte 1990er Elterngeneration mit einem Geburtenrückgang zu rechnen. Dabei ist zu beachten, dass aufgrund des nicht erreichten sogenannten bestandserhaltenden Niveaus diese Wellenbewegungen langfristig eine grundsätzlich negative Tendenz aufweist.

Inwiefern die kurzfristig eingetretene Stabilisierung der Einwohnerzahl durch Bildungszuwanderer über einen längeren Zeitraum anhält und ob dieses demographische Potenzial in der Stadt gehalten werden kann, kann aus heutiger Sicht nicht solide eingeschätzt werden.

Investitionen in die energetische Sanierung und ggf. den energieeffizienten Neubau werden jedoch nur dann ökonomisch und ökologisch nachhaltig sein, wenn sie an Standorten mit einer langfristigen Nutzungsperspektive erfolgen.

Die Bedarfsentwicklung unterliegt einer starken teilräumlichen Komponente.

Während das Defizit in der inneren Stadt bis 2018 auf etwa 1.200 Plätze steigt und danach wieder auf den heutigen Wert zurückgeht, stagniert der Bedarf im Stadtteil West sowie im südlichen Stadtgebiet bis 2018 und sinkt anschließend in leicht absteigender Kurve bis 2025 weiter.

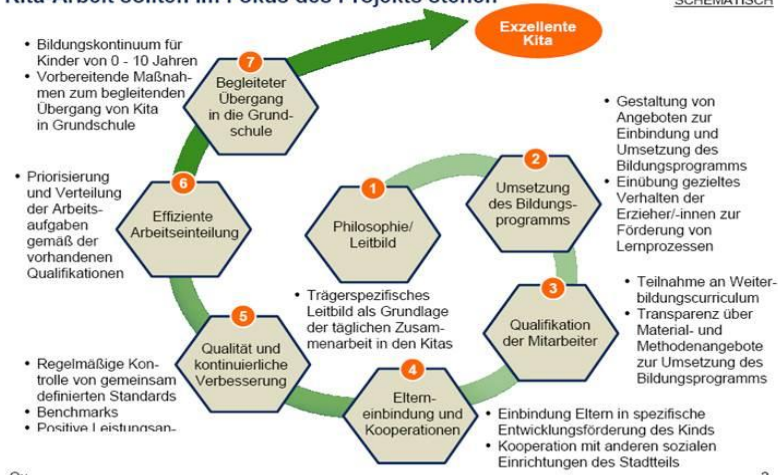
Es besteht das Problem einer suboptimalen Verteilung der Einrichtungen im Stadtgebiet. Für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschärft sich das Problem aufgrund unterdurchschnittlicher Betreuungsanteile in den Defizitgebieten und überdurchschnittlicher Anteile in den Überschussgebieten.

Neben dem weiteren Ausbau der Betreuungskapazitäten rücken zunehmend qualitative Aspekte, vor allem die frühkindliche Bildung in den Fokus der interessierten Öffentlichkeit. Bund und Länder haben deshalb in der Qualifizierungsinitiative für Deutschland auch qualitative Verbesserungen hinsichtlich des Betreuungspersonals und der Sprachförderung zum Ziel erklärt.

Mit dem Kita-Frühling ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten Halle (Saale) bereits seit dem Jahr 2007 aktiv um ein fundiertes, ganzheitliches System zur Evaluierung und Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsqualität bemüht und nimmt damit eine Vorreiterrolle in Sachen Qualitätsmanagement im Bereich Kinderbetreuung ein.

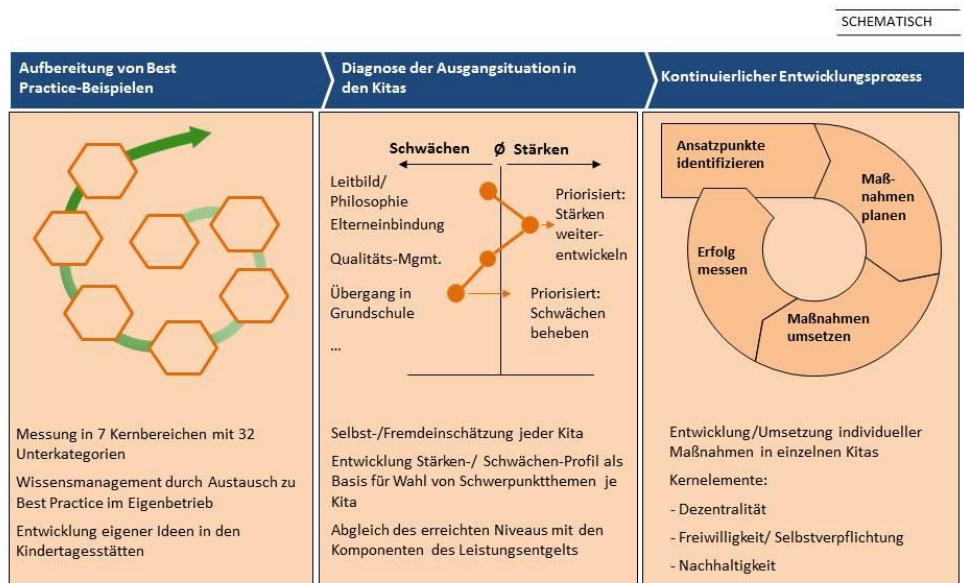
# Einbindung „Kita Frühling“

Aufbereitung Best-Practice-Beispiele: 7 zentrale Bereiche der Kita-Arbeit sollten im Fokus des Projekts stehen



In sieben Arbeitsfeldern des Kita-Alltags soll ein kontinuierlicher Entwicklungsprozess erreicht werden. Dabei steht Schwerpunktsetzung für die tägliche Arbeit im Vordergrund. Eine Fortschreibung der Evaluationskriterien wird im Jahr 2015/2016 erfolgen.

Mit einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess in ausgewählten Schwerpunktbereichen werden die Kindertagesstätten unterstützt



Vor diesem Hintergrund ist eine deutlich höhere Aufmerksamkeit gegenüber der Institution Kindertagesstätten auf der Nutzerseite zu verzeichnen. Diese Tatsache spiegelt den hohen Stellenwert der Kindertagesbetreuung für die individuelle Entwicklung von Kindern wider. Denn in kaum einem anderen Land haben sowohl die soziale als auch die kulturelle Herkunft der Kinder einen so großen Einfluss auf ihre Bildungskarriere wie in Deutschland.

Eine konsequent auf städtischer Ebene nachhaltige Familienpolitik entwickelt sich zudem zu einem Standortfaktor, vorausgesetzt Kinder bekommen bessere Bildungschancen und Eltern die Möglichkeit, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Schließlich werden die entscheidenden Weichen für die Zukunft bereits in der Kindheit gestellt. Zu keinem anderen Zeitpunkt sind Kinder so begeisterungsfähig und entwickeln so spielerisch Kompetenzen und Fertigkeiten.

Das Fundament für ihre Erziehung und Bildung wird im Elternhaus gelegt. Wichtige Partner sind dabei die Kindertageseinrichtungen. Sie sind Impulsgeber für eine optimale frühkindliche Bildung. Ein entscheidender Durchbruch auf dem Weg zur Verbesserung der Qualität der Betreuung war die Einführung des neuen KiFöG. Damit wurden die Bildungschancen unserer Kinder wesentlich verbessert.

Der bundesweite Ausbau der Kindertagesbetreuung bedingt auch ein nachhaltiges Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung auf Träger- und Einrichtungsebene.

Demgegenüber stellt sich der Eigenbetrieb diffiziler Ziele und Anforderungen an die eigene Qualitätsentwicklung. Es besteht seit Gründung ein System zur Evaluation und Verbesserung der Bildungs- und Betreuungslandschaft in den eigenen Einrichtungen. Dieses wird stets weiterentwickelt, mit dem Ziel die Qualität in den Einrichtungen weiter zu verbessern, um in allen Einrichtungen ein entsprechend hohes und gleiches Qualitätsniveau zu erreichen.

## **VI. ZUSÄTZLICHE ANGABEN NACH § 8 EIGBVO**

1. die Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte: im Wirtschaftsjahr 2015 gab es hier keine Veränderungen
2. die Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen: der Eigenbetrieb unterhält 46 Kindertagesstätten und 5 Horte. Die Auslastungsquote lag in 2015 bei 96,4 %.
3. den Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben: hierzu wird auf die Angaben im Anhang verwiesen
4. die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen: hierzu wird auf die Angaben im Anhang verwiesen.
5. die Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr: hierzu wird auf Punkt 3 des Lageberichts verwiesen.
6. die Ertragslage: siehe Abschnitt II des Lageberichts.
7. den Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehälter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung einschließlich der Beihilfen und sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie auf die bestehenden tariflichen Vergütungen verwiesen. Beihilfen wurden nicht gezahlt.
8. die Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes: hierzu wird auf die Angaben im Anhang verwiesen.



## FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Am Wasserwerk 1  
06132 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 26

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Waldenburger, Annette

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Umlaufvermögen	61	100	79	100	57	100	-18	-23

<b>Bilanzsumme</b>	<b>61</b>	<b>100</b>	<b>79</b>	<b>100</b>	<b>57</b>	<b>100</b>	<b>-18</b>	<b>-23</b>
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	52	85	51	64	50	88	1	2
Rückstellungen	6	10	5	7	5	9	1	20
Verbindlichkeiten	3	5	23	29	2	3	-20	-87

<b>Bilanzsumme</b>	<b>61</b>	<b>100</b>	<b>79</b>	<b>100</b>	<b>57</b>	<b>100</b>	<b>-18</b>	<b>-23</b>
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	------------	------------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25	28	8
sonstige betriebliche Aufwendungen	24	27	7
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	1	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	1

### cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,66	4,33	16,32	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,81	2,42	2,75	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	85,01	64,08	87,66	%
Fremdkapitalquote:	14,99	35,92	12,34	%

**ee) Leistungsdaten**

keine Angaben

## e) Lagebericht

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
  - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
  - 2.2. Arbeitsmarkt
  - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. **Geschäftsverlauf**
4. **Lage der Gesellschaft**
  - 4.1. Ertragslage
  - 4.2. Finanzlage
  - 4.3. Vermögenslage
5. **Nachtragsbericht**
6. **Chancen- und Risikobericht**
  - 6.1. Risikomanagementsystem
  - 6.2. Chancen und Risiken
  - 6.3. Gesamtbild
7. **Prognosebericht**

### 1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Eine operative Geschäftstätigkeit besteht nicht. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

### 2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

#### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

#### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

#### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

### **3. Geschäftsverlauf**

Der Geschäftsverlauf 2015 war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

### **4. Lage der Gesellschaft**

#### **4.1. Ertragslage**

Die Ertragslage der Gesellschaft weist im Wesentlichen Umsatzerlöse in Höhe von 25,2 TEUR und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 23,9 TEUR aus.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der Maya mare und werden diesem als Auslagen in Rechnung gestellt.

Das Jahresergebnis der FTZ von 0,9 TEUR wird demnach ausschließlich von der Haftungsvergütung, den Zinserträgen sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Steuern beeinflusst.

#### **4.2. Finanzlage**

Für das Geschäftsjahr 2015 weist die Bilanz der FTZ ein bilanzielles Eigenkapital von 51,8 TEUR aus. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,6 TEUR wird das Eigenkapital durch Gewinnvorräte in Höhe von 25,3 TEUR bestimmt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2015 von 0,9 TEUR ist ein Zuwachs beim Eigenkapital in dieser Höhe gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Das Fremdkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 20,1 TEUR gesunken. Dies resultiert hauptsächlich aus der Reduzierung der zum Stichtag offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Gemäß §7 des Gesellschaftervertrages der Maya mare GmbH & Co.KG bekommt die FTZ die ihr aus der Geschäftsführung entstandenen angemessenen Aufwendungen von der Maya mare GmbH & Co.KG ersetzt. Außerdem erhält sie für die Übernahme der Haftung jährlich eine Vergütung in Höhe von 5% ihres Stammkapitals. Die Liquidität der Gesellschaft hängt demnach von der Zahlungsfähigkeit der Maya mare ab. Dessen Liquidität ist gewährleistet, da die Maya mare GmbH & Co. KG zur Liquiditätssicherung sowie zum Ausgleich von Fehlbeträgen einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der SWH und von der HWS entsprechend ihrer Beteiligungen an der Maya mare erhält. Darüber hinaus ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co.KG durch die bestehende Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH über einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 700 TEUR gesichert.

#### **4.3. Vermögenslage**

In 2015 wird eine Bilanzsumme von 61,0 TEUR ausgewiesen, im Vorjahr betrug die Bilanzsumme 79,5 TEUR. Auf der Aktivseite reduzierten sich durch Einzahlungen der Maya mare die bestehenden Forderungen aus dem Auslagenersatz und der Haftungsvergütung. Gleichzeitig nahm der Finanzmittelbestand um 27,5 TEUR zu. Auf der Passivseite beruht der Rückgang der Bilanzsumme vor allem auf der deutlichen Absenkung der zum Stichtag noch offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

### **5. Nachtragsbericht**

Nach dem Bilanzstichtag sind keine, für die Beurteilung wesentlichen Veränderungen, eingetreten.

## 6. Chancen- und Risikobericht

### 6.1. Risikomanagementsystem

#### Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

#### Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

#### Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

## 6.2. Chancen und Risiken

Das Risikomanagement der Maya mare GmbH und Co. KG wirkt als Steuerungsinstrument, um die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), vor den Risiken als persönlich haftende Gesellschafterin zu schützen.

Als eines der größten Risiken wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse von den Gesellschaftern Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG nicht gesichert und würde auf die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ) durchwirken.

## 6.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

## 7. Prognosebericht

Das Ergebnis der Gesellschaft ist insofern planbar, da außer der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung keine weiteren Umsatzerlöse erzielt werden. Alle Auslagen der Gesellschaft werden entsprechend dem Gesellschaftervertrag der Maya mare GmbH & Co. KG weiterberechnet. Es wird daher für die Geschäftsjahre 2016 bis 2020 mit einem Ergebnis von jeweils 1,2 TEUR gerechnet.

## Maya mare GmbH & Co. KG

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Am Wasserwerk 1  
06132 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH & Co. KG  
**Haftkapital in T€:** 10.226

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

### Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Waldenburger, Annette



## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	9.314	94	10.050	94	10.868	94	-736	-7
Umlaufvermögen	637	6	559	6	674	6	78	14
Rechnungsabgrenzungsposten	21	0	28	0	49	0	-7	-25

<b>Bilanzsumme</b>	<b>9.972</b>	<b>100</b>	<b>10.637</b>	<b>100</b>	<b>11.591</b>	<b>100</b>	<b>-665</b>	<b>-6</b>
--------------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	3.517	35	3.517	33	3.518	30	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	3.279	33	3.677	34	4.119	36	-398	-11
Rückstellungen	609	6	508	5	260	2	101	20
Verbindlichkeiten	2.567	26	2.935	28	3.694	32	-368	-13

<b>Bilanzsumme</b>	<b>9.972</b>	<b>100</b>	<b>10.637</b>	<b>100</b>	<b>11.591</b>	<b>100</b>	<b>-665</b>	<b>-6</b>
--------------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.943	4.905	4.653
sonstige betriebliche Erträge	626	617	733
Materialaufwand	2.082	2.161	2.182
Personalaufwand	2.523	2.598	2.311
Abschreibungen	1.021	1.105	1.368
sonstige betriebliche Aufwendungen	811	754	641
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	121	168	147
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-989	-1.264	-1.261
außerordentliche Erträge	1.095	1.340	1.305
außerordentliches Ergebnis	1.095	1.340	1.305
sonstige Steuern	106	76	44
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.021	1.105	1.368	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	45	51	52	T€
Personalaufwandsquote:	45,30	47,04	42,90	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,22	94,36	93,56	%
Eigenkapitalquote:	35,27	33,07	30,35	%
Fremdkapitalquote:	64,73	66,93	69,65	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Besucher	344.860,00	346.107,00	330.368,00	Anzahl

**e) Lagebericht**

**1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
  - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

**2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

**3. Geschäftsverlauf**

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

**4. Lage der Gesellschaft**

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
  - 4.2.1. Kapitalstruktur
  - 4.2.2. Investitionen
  - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

**5. Nachtragsbericht**

**6. Chancen- und Risikobericht**

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken
- 6.3. Gesamtbild

**7. Prognosebericht**

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

**1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG**

- 1.1. Geschäftsmodell
  - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft betreibt ein Freizeit- und Erlebnisbad auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Das Bad wurde am 1. April 1999 eröffnet. Die Finanzierung des gesamten Objektes erfolgte u. a. durch einen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (19.652 TEUR, entspricht rd. 60 % der förderfähigen Ausgaben). Zur Sicherstellung der Liquidität leisten die Gesellschafter SWH und HWS jährlich neu zu vereinbarende Betriebskostenzuschüsse.

Folgende Gesellschafterstruktur besteht:

Stadtwerke Halle GmbH	82,4 %
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	12,5 %
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	5,1 %
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	Komplementärin

### 1.1.2. Geschäftsfelder

Der Betrieb des Freizeitbades „Maya mare“ zielt darauf ab, neben den Umsatzerlösen aus dem Bade-, Sauna- und Fitnessbetrieb Nebenumsätze in den ergänzenden Sparten Gastronomie, Massage/Wellness und Boutique zu generieren.

### 1.2. Ziele und Strategien

Das Freizeitbad Maya mare spricht von Kindern, Jugendlichen und Familien über den erholungsuchenden Erwachsenen bis zur Gruppe der Senioren eine große Besucherbandbreite an. Dies ist auch notwendig, um eine angemessene Auslastung der Freizeitanlage durch Einwohner und Touristen im Einzugsgebiet zu erreichen. Zu den Wettbewerbern zählen neben anderen Erlebnisbädern, Thermen und Fitnessstudios in der Region auch Freizeitangebote wie Kinos, Hochseilgärten, Indoorspielplätze und Freizeitparks. Die Herausforderung im Wettbewerb mit diesen Anbietern besteht in der täglichen Sicherung einer hohen Dienstleistungs- und Servicequalität. Dazu müssen unsere Mitarbeiter regelmäßig geschult werden und erlernen, dass die fachlichen Kompetenzen nur in enger Verbindung mit einem ausgeprägten Servicedenken optimal zur Wirkung kommen. Die Ansprüche an den Erlebniswert bei der Freizeitgestaltung steigen insbesondere bei der jüngeren Zielgruppe. In möglichst kurzer Zeit ganz intensive Erlebnisse genießen zu können ist ein sich verstärkender Anspruch an Anbieter der Freizeitbranche. Dafür müssen die attraktiven Voraussetzungen des Maya mare als mexikanische Erlebniswelt in den Marketingfokus gestellt werden.

Die jährlichen Instandsetzungsarbeiten während der 5-tägigen Revisionszeit nach den Sommerschulferien sind zur Erhaltung der Attraktivität des Maya mare in ihrem Umfang zwingend aufrecht zu erhalten und entsprechend der finanziellen Möglichkeiten auszubauen, um den Qualitätsansprüchen der Kunden weiterhin gerecht werden zu können. Wenn man, wie das Maya mare, 360 Tage im Jahr, täglich von 10.00 – 22.00 Uhr geöffnet hat, müssen auch alle technischen Anlagen dieser Dauerbelastung, insbesondere unter den klimatisch schwierigen Schwimmbadbedingungen, Stand halten. Je älter die Anlage wird, desto anfälliger wird sie und Ausfälle während des Betriebes können dann zur Angebotseinschränkung für den Gast führen. Das ist dringend auszuschließen und darum wird die sukzessive Erneuerung der technischen Anlagen des Maya mare in den kommenden Jahren in der Investitionsplanung weiterhin eine ebenso entscheidende Rolle spielen wie die Modernisierung.

Die Ausstattung z.B. im Fitnessstudio muss den anspruchsvollen Mitgliedsbeitrag rechtfertigen. Hier müssen Trainingsgeräte vorgehalten werden, die sich auch an den modernen Trainingsmethoden zur Gesunderhaltung orientieren. Regelmäßige Erneuerung von alter Geräteausstattung wird in der Planung berücksichtigt. Fachlich exzellente Mitarbeiter sind in diesem Bereich eine weitere wichtige Voraussetzung, um die Gäste die Wirkungsweisen dieser modernen Geräte mit Hilfe ganzheitlicher Trainingskonzepte auch erfolgreich spüren zu lassen. Die praktizierte kontinuierliche Fortbildungsplanung schafft hierfür die besten Voraussetzungen.

### 1.3. Steuerung

Unsere interne Organisationseinheit ist in die Struktureinheiten Bad, Sauna und Wellness, Gastronomie, Fitness, Rezeption/Verwaltung sowie Reinigung, Technik und Betriebsleitung/Geschäftsführung gegliedert.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den Umsatzerlösen der Bereiche Bad, Sauna, Fitness, Gastronomie, Parkplätze, Boutique und Massage/Wellness sowie den zur Erzielung der Umsatzerlöse notwendigen variablen und fixen Aufwendungen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind die Besucherzahlen, die Umsatzerlöse, die variablen und fixen Aufwendungen sowie der Personaleinsatz. Über Kennziffern für den Wareneinsatz wird zudem in den Bereichen Gastronomie und Boutique die Preisgestaltung gesteuert, die den Umsatzerlös beeinflusst.

Die Einhaltung, besser noch die Unterschreitung, der geplanten notwendigen Betriebskostenzuschüsse ist Bewertungsgröße für die Zielerreichung.

#### 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In diesem Geschäftsjahr gab es keine Veränderungen in der Gesellschaft.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Jahr 2015 um 1,7 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum sechsten Mal in Folge mit einem positiven Wachstum abschließen. Im Jahr 2014 betrug das Wachstum preisbereinigt 1,6 %. Hingegen ist das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt unverändert gegenüber dem ersten Halbjahr 2014 geblieben.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer fortgesetzten Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Sowohl die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf Bundesebene als auch auf Ebene unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt fielen geringer als die entsprechenden Vorjahreswerte aus. Während sich im Jahr 2015 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,7 % auf 6,4 % verringerte, reduzierte sich in Sachsen-Anhalt die entsprechende Quote um 0,5 Prozentpunkte von 10,7 % auf 10,2 %.

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) weist zum Jahresende 2015 zum sechsten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs auf. Mit 238.321 gemeldeten Personen lebten 4.769 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Jahr zuvor (233.552), dieses ist der höchste Wert seit dem Jahr 2001 (241.710).

## 3. Geschäftsverlauf

Im Jahr 2015 hielt die positive Entwicklung der Vorjahre auf dem Bäder- und Freizeitmarkt an. Das verfügbare Freizeitbudget der Bevölkerung im relevanten Einzugsgebiet stieg aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage leicht an. Niedrige Zinsen stehen dem Spargedanken entgegen und fördern auch den Konsum in der Freizeitbranche.

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

### 3.2. Marktbezogene Entwicklung

Mit neuen Thermen und Freizeitbädern ist in absehbarer Zukunft im relevanten Einzugsgebiet nicht zu rechnen. Dennoch sind Bestrebungen von Hallenbädern zum Ausbau ihrer Angebote vor dem Hintergrund der Steigerung der Wirtschaftlichkeit ernstzunehmende Faktoren, die das Kundenpotenzial minimieren können. Meist bleiben die Hallenbadpreise auch nach Attraktivierungen und Angebotserweiterungen (mit Kinderbereichen oder kleineren Erlebnisbecken) deutlich hinter den Eintrittspreisen, die für Freizeitbäder üblich sind, zurück. Was den Wettbewerbsdruck erhöht und die Durchsetzung von Preissteigerungen für den Eintritt im Maya mare erschwert.

Der Investor der seit mehreren Jahren im Bau befindlichen Freizeitanlage „Sportparadies am Böllberger Weg“ in Halle (Saale) hat im Jahr 2015 einen Kooperationsvertrag mit dem Universitätssportverein geschlossen. Ziel ist es, mit Hilfe beantragter Fördermittel in Höhe von 2,1 Mio. Euro, den südlichen Teil des Rohbaus in eine Dreifelderhalle umzubauen, die durch den Verein genutzt werden soll.

Der private Investor verfolgt sein Ziel eines Freizeitentrums mit Sauna-, Fitness- und Wellnessangeboten im nördlichen Teil der Anlage weiter. Die dafür notwendige Finanzierung sei jedoch noch nicht gesichert. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Teil nicht vor 2018 in Betrieb gehen kann.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Der Wegfall des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Saunaleistungen trat zum 01.07.2015 in Kraft, was zu einer Regelbesteuerung der Saunaleistungen von 19 % führte. Die damit verbundene finanzielle Mehrbelastung durch Umsatzsteuer von zusätzlich 12 % wurde auf den zu entrichtenden Eintrittspreis umgelegt. Da in der 2. Jahreshälfte 2015 die gleiche Anzahl Saunabesucher wie im Jahr 2014 erreicht wurde, kann über die Auswirkungen der Preissteigerung auf die Besucherentwicklung keine verbindliche, analysierende Aussage getroffen werden.

Das Mindestlohngesetz trat zum 01. Januar 2015 in Kraft. Preissteigerungen bei Zulieferern insbesondere im Gastronomiebereich musste durch entsprechende Preisanpassungen für die Endprodukte begegnet werden. Die Umsatzerwartungen dieser Sparte wurden dennoch übererfüllt, die Gäste haben die höheren Preise akzeptiert und auf gleichbleibendem Niveau konsumiert.

### 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Der Bekanntheitsgrad des Maya mare im relevanten Einzugsgebiet ist nach wie vor sehr hoch und bildet damit eine gute Voraussetzung zur Kundenansprache. Das Alleinstellungsmerkmal der durchgängig mexikanischen Thematisierung des Freizeitbades diente auch 2015 in vielen Werbeaktionen als Grundlage.

Die Besucherzahlen sind maßgeblich für den Erfolg des Unternehmens und bestimmen die Höhe der Umsatzerlöse. Auf das Besucherverhalten hat wiederum das Wetter entscheidenden Einfluss. Insbesondere kühle und nasse Witterungsverhältnisse führen zu verstärkter Besucherfrequenz, trockene und warme Witterung zu gegenläufigem Verhalten. Die Witterungsverhältnisse im Jahr 2015 waren gut für Freizeitbäder, kein zu schöner und anhaltender Sommer sowie Winter ohne Schnee zu Jahresbeginn und Jahresende, sorgten für Besucherzuspruch.

Die Lage von Ferienzeiten in den mitteldeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Sachsen Anhalt wirkt sich dann besonders positiv auf die Umsätze aus, wenn die Ferientage versetzt und nicht deckungsgleich liegen. Bei zeitgleicher Lage der Ferien kommt es zu Stoß- und Wartezeiten, welche von den Gästen gemieden werden, zudem sinken die durchschnittlichen pro Kopf-Umsätze beispielsweise in der Gastronomie.

Im Geschäftsjahr 2015 konnten insgesamt 344.860 Besucher gezählt werden (2014: 346.107), was einem minimalen Rückgang von 0,4% zum Vorjahr entspricht. Im Badebereich lag die Besucherzahl bei 209.895 (2014: 211.526) und damit 9,3% über dem geplanten Wert. Die Zahl der Saunabesucher blieb mit 63.393 (2014: 62.946) rd. 4,7 % zwar hinter dem Planziel zurück, zum Vorjahr ist jedoch ein geringfügiger Anstieg um 0,7% zu verzeichnen. Nicht signifikant steigende Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet bieten auch keinen Zuwachs an potenziellen Gästen, die für das Maya mare durch Werbemaßnahmen gewonnen werden können. Daher müssen aus dem bestehendem Einwohnerpotenzial durch noch zielgruppenspezifischere Marketingstrategien, neue Besucher gewonnen und Bestandsgäste zur Steigerung der Besuchshäufigkeit animiert werden.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer auf Saunaleistungen ab 01.07.2015 konnte nur durch eine entsprechende Preisanpassung für den Saunaeintritt kompensiert werden. Der branchenweit befürchtete, drastische Rückgang der Besucherzahlen blieb jedoch aus. Da der überwiegende Teil der Betreiber die Erhöhung der Umsatzsteuer auf die Eintrittspreise umgelegt hat, konnten Saunabesucher nicht auf andere Anlagen ausweichen.

Die Umsätze im Massage- und Wellnessbereich hängen maßgeblich von den Besucherzahlen in der Sauna ab, da sich die entsprechenden Räumlichkeiten für die Anwendungen direkt in diesem Bereich befinden. Der nicht erreichte Planwert bei den Saunabesuchern schlägt auf die Umsätze in diesem Bereich durch. Hinzu kommt, dass die Saunagäste aufgrund der Umsatzsteuererhöhung in der 2. Jahreshälfte einen höheren Eintrittspreis zahlen mussten, was sich ebenfalls in zurückhaltender Nachfrage nach Zusatzangeboten wie Massage- und Wellnessanwendungen widerspiegelte.

Im Bereich Fitness stehen wir im Wettbewerb mit über 20 weiteren Anbietern in der Region. Insbesondere die verstärkte Niedrigpreispolitik verschiedener Fitness-Ketten erschwert den Kampf um Neukunden für den Gesundheitsclub „Viva mare“, dessen Mitgliedbeträge eher im oberen Preissegment angesiedelt sind, da die Nutzung des Bades inkludiert ist. Mit rund 1.000 Mitgliedern hat der Club bereits eine starke Marktdurchdringung erreicht. Die Billiganbieter erschweren es zunehmend, die Drop-out-Quote zu kompensieren. Neue Mitglieder werden maßgeblich durch Direktkontakt mit ausgewählten Firmen oder durch maßgeschneiderte Angebote für ausgewählte Zielgruppen generiert. Kundenspezifische „Firmenfitnessangebote“ und Offerten für das „Betriebliche Gesundheitsmanagement“ zur Auslastung des Viva mare wurden im Geschäftsjahr 2015 entwickelt und bei unterschiedlichen Interessenten platziert. Das Interesse daran ist auch vorhanden, jedoch ist in vielen Unternehmen ein zeitintensiver Entscheidungsfindungsprozess vorgelagert, bis die Finanzierung der Gesundheitsförderung für die Mitarbeiter geregelt und die praktische Umsetzung eingeleitet werden kann. Aus diesem Grund liegen die Umsatzerlöse aus dem betrieblichen Gesundheitsmanagement noch immer unter dem Planziel. Es konnten jedoch bereits einige Rahmenverträge abgeschlossen werden, aus denen für das Jahr 2016 Umsatzerlöse erwartet werden. Die Erlöse im Bereich Fitness lagen 2015 bei 745,1 T€ (2014: 735,1 T€) und somit 1,4% über dem Vorjahr.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Maya mare GmbH & Co. KG.

### 3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2015 waren in der Maya mare GmbH & Co KG 136 Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigt. Darunter befanden sich 39 geringfügig Beschäftigte. Der Altersdurchschnitt der Belegschaft betrug 38 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 5 Jahren. Im Geschäftsjahr 2015 lag die Fluktuationsrate bei 6,62%.

Wie in den vergangenen Jahre auch versucht die Maya mare GmbH & Co KG Fachkräfte aus den eigenen Reihen zu gewinnen. Die Maya mare GmbH & Co KG bildet in folgenden Berufen aus:

- Fachangestellte für Bäderbetriebe,
- Fachfrau/-mann für Systemgastronomie
- Sportfachmann/-frau
- Veranstaltungskaufmann/-frau.

Zusätzlich dazu ermöglicht sie das duale Studium an der Berufsakademie im Studiengang Dienstleistungsmanagement.

Um sich den wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes in den Zeiten des demografischen Wandels besser stellen zu können, ist es notwendig, die zeitgemäßen Ansprüche an Personalmotivation und Mitarbeiterbegeisterung besser bewerten zu lernen und den Umgang mit diesen Ansprüchen zu üben. Die Angebote zur Führungskräftebildung durch den Stadtwerkekonzern sind dafür beste Voraussetzungen und werden intensiv wahrgenommen.

Die Entwicklung des Marktes für Personal, welches dienstleistungsorientiert ist, mit Bereitschaft zu Arbeit in Schichten insbesondere an Wochenend- und Feiertagen, bleibt zu beobachten. Bisher konnten freiwerdende Stellen noch adäquat besetzt werden.

## 4. Lage der Gesellschaft

### 4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen 2015 insgesamt mit 4.942,9 T€ um 0,8% über dem Vorjahresumsatz (2014: 4.905,3 T€) und um 3,1% über dem Plan. Ursächlich dafür sind maßgeblich über Plan liegenden Besucherzahlen im Badebereich und der gestiegene pro Kopf-Umsatz im Gastronomiebereich. Der Umsatz in der Gastronomie überstieg die Planerwartungen absolut und pro Kopf, er liegt bei 1.160,1 T€ (2014: 1.119,5 T€) und damit 3,6% über dem Vorjahr. Auch die Nebenumsätze in Boutique und Parkhaus fielen durch die, mit 12.860 über Plan realisierten Besucher, um 13,7 T€ bzw. 5,6 T€ höher als geplant aus.

Die Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellen den Hauptanteil des Materialaufwandes dar.

Der Personalaufwand 2015 liegt bei 2.522,9 T€ (2014: 2.597,6 T€). Der Planwert wurde um 3,5% unterschritten, da gezielt im Bereich Wellness geplante Stellen im Umfang von 1,5 VbE aufgrund der stagnierenden Nachfrage nicht besetzt wurden.

Die Abschreibungen 2015 liegen mit 1.021,0 T€ geringfügig unter dem Vorjahreswert 1.105,0 T€.

Mehraufwendungen zum Plan waren im Bereich Instandhaltungen inklusive Material durch Fremdfirmen notwendig, der Aufwand 2015 lag bei 619,2 T€ (2014: 459,3 T€). Ursächlich für die Überschreitung zum Plan waren insbesondere die Verschiebung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Eigenenergieerzeugung in diese Aufwandsposition sowie überplanmäßige Aufwendungen für Instandhaltungen im Bereich Technik, insbesondere für die Erneuerung des Filtermaterials in Großfiltern, die Entschlammung der Wärmerückgewinnungsanlage sowie die Instandsetzung von Messtechnik für die Lüftungsanlagen.

Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten einschließlich der Abschreibungen, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die erzielten Umsatzerlöse reichen auch im Geschäftsjahr 2015 nicht aus, um eine Kostendeckung zu erzielen. Das ausgeglichene Jahresergebnis konnte nur durch Zahlung der Betriebskostenzuschüsse durch die SWH und die HWS in Höhe von insgesamt 1.095,1 T€ (2014: 1.339,8 T€) erzielt werden. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter notwendig sein.

## 4.2. Finanzlage

### 4.2.1. Kapitalstruktur

Für das Geschäftsjahr 2015 weist die Bilanz der Maya mare GmbH & Co. KG ein bilanzielles Eigenkapital von 3.517,1 T€ aus. Dies entspricht bis auf einen geringen Unterschiedsbetrag infolge der Entnahme der Zinserträge für die Kapitalkonten der Höhe des Eigenkapitals des Vorjahres. Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde in 2015 planmäßig entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst. Durch die Auflösung des Sonderpostens in Höhe von 398,4 T€ ist ein Rückgang des wirtschaftlichen Eigenkapitals in 2015 um diesen Betrag zu verzeichnen.

Auch das Fremdkapital weist insgesamt einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr aus. Insbesondere durch die planmäßige Tilgung des Kredites der Sparkasse sowie des Gesellschafterdarlehens der SWH haben sich die Finanzverbindlichkeiten der Maya mare weiter reduziert. Ein Anstieg zum Vorjahr ist lediglich bei den Rückstellungen zu verzeichnen.

### 4.2.2. Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2015 Investitionen in einer Gesamthöhe von 293,2 T€ getätigt. Davon entfielen 92,2 T€ auf den Austausch der verschlissenen Mess- und Regeltechnik für die Badewasseraufbereitung und 93,5 T€ auf die Fortsetzung der Investitionsmaßnahmen zur Erneuerung der gesamten Schaltschranktechnik. Im Bereich Gastronomie wurden im Rahmen der Gesamtinvestition von 19,1 T€ insbesondere neue Küchengeräte und Tablettwagen angeschafft.

### 4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wird maßgeblich durch die jährlichen Betriebskostenzuschüsse der SWH und der HWS bestimmt. Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie den Investitionen konnte in vollem Umfang aus dem Mittelzufluss der Finanzierungstätigkeit finanziert werden, so dass die Gesellschaft jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen gerecht wurde.

	2015	2014
	T€	T€
Cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-300	-473
Cash-flow aus der Investitionstätigkeit	-292	-290
Cash-flow aus der Finanzierungstätigkeit	+666	+687
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	+74	-76
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+403	+479
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>477</u>	<u>403</u>

Die Liquidität ist zusätzlich durch einen Kontokorrentkreditrahmen im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH in Höhe von 700,0 T€ gesichert.

## 4.3. Vermögenslage

In 2015 wird eine Bilanzsumme von 9.971,8 T€ ausgewiesen, im Vorjahr betrug die Bilanzsumme 10.637,3 T€. Die Abnahme resultiert auf der Aktivseite hauptsächlich aus dem Rückgang des Anlagevermögens infolge der planmäßigen Abschreibung in Höhe von 1.021,0 T€. Der Rückgang konnte nur zum Teil durch Zugänge aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 293,2 T€ kompensiert werden.

Auf der Passivseite wird der Rückgang der Bilanzsumme maßgeblich durch die Abnahme des Sonderpostens infolge der planmäßigen Auflösung sowie dem Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse und der SWH bestimmt.



#### 4.4. Gesamtaussage

Erlebnisbäder sind nach wie vor aus unserer Freizeitgestaltung nicht wegzudenken, auch wenn der Wettbewerb mit anderen Unterhaltungs- und Erlebnisangeboten weiter zunimmt. Der hohe Anteil an Medien- und Personalkosten für derartige Anlagen wird durch die Umsatzerlöse nicht gedeckt und es wird immer der Zuschüsse der Hauptgesellschafter bedürfen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis auszuweisen. Ziel muss es bleiben, diesen Zuschussbedarf aus dem operativen Betrieb nicht ansteigen zu lassen.

Dafür ist ein Halten der Besucherzahlen im Bade- und Saunabereich sowie der Mitgliederzahlen im Fitnessclub entscheidend. Im Saunabereich wird für 2016 aufgrund der Preisanpassung zum Ausgleich der Umsatzsteuererhöhung ein eher geringer Besucheranstieg um 2,0% zum Ist 2015 für realistisch erachtet. Im Fitnessbereich müssen Umsatzzuwächse über Angebote aus dem betrieblichen Gesundheitsmanagement generiert werden; die Grundlagen dafür wurden durch den Abschluss mehrerer Rahmenvereinbarungen mit Firmen im Jahr 2015 gelegt. Da die langfristige Bindungsbereitschaft (Jahresmitgliedschaften im Fitnessclub) bei jungen Kunden zunehmend schwächer ausgeprägt ist und der Preiskampf im Markt weiter zunimmt, muss der Bestandskundenbindung über einen weiteren Ausbau der Betreuungsqualität Priorität eingeräumt werden. Der Wettbewerbsdruck im Fitnessmarkt der Stadt Halle (Saale) ist durch die Eröffnung eines Studios der standortstärksten Discount Fitnessstudiokette in Deutschland im Januar 2016 am Standort Halle-Neustadt weiter gestiegen.

Im gastronomischen Bereich konnte der Wareneinsatz von 37% auf 36,7% reduziert werden. Ständige Preisvergleiche im Wareneinkauf, eine effiziente Warenwirtschaft und eine saisonal noch stärker dem Angebotsmarkt angepasste Speisenauswahl waren dafür die Erfolgsfaktoren. Der pro-Kopf-Erlös lag 2015 bei 3,30 € (2014: 3,20 €).

Betrachtet man einzelne Struktureinheiten, so ist festzustellen, dass insbesondere der Bereich Reinigung ein höheres Durchschnittsalter aufweist, was derzeit noch nicht als kritisch anzusehen ist. Mittelfristig ist zu prüfen, ob für diesen Bereich noch ausreichend Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu finden sein werden oder ob über die Alternativen von Fremdreinigung – mit allen Nachteilen – nachgedacht werden muss.

Die Grundstruktur der Attraktionen und das Gesamtangebot des Maya mare lassen sich aufgrund verschiedener baulicher Gegebenheiten kaum verändern. Der Bekanntheitsgrad als „Das mexikanische Bade- und Saunaparadies“ ist der aufwendigen Innenarchitektur zu verdanken und ein einprägsames Alleinstellungsmerkmal. Bei vielen Familien gehört der regelmäßige Ausflug ins Maya mare zu einem festen Bestandteil der Freizeitgestaltung.

Zukünftig sorgt der demografische Wandel für einen Rückgang des Anteils an Kindern in der Bevölkerung, doch für die Zeit der vorliegenden Mittelfristplanung spielt diese Entwicklung noch keine so große Rolle. Der steigende Anteil an älteren Bürgern mit längerer Lebensarbeitszeit und fallenden Renten, ist dennoch langfristig ein Thema, dem wir uns stellen müssen. Es wurde die Entscheidung getroffen, insbesondere den Badebereich auf die Zielgruppe „Familien mit Kindern“ auszurichten. Im Jahr 2016 ist die Attraktivierung des Kinderbereiches mit einer Investitionssumme von 500,0 T€ vorgesehen. Damit wird ein entscheidender Grundstein gelegt, um das Familienklientel auch langfristig als Grundpotenzial für die Auslastung des Badebereichs zu binden.

Über die Erweiterung der Verweil- und Liegebereiche im Saunabereich soll mittelfristig nachgedacht und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden, die bauliche Maßnahmen bedingen. Streben die Besucher in diesem Segment doch zunehmend einen Aufenthalts- und Rückzugsplatz an, der für sie während des gesamten Besuches reserviert bleibt. Weitere Entscheidungen dazu sind zu treffen, wenn die Besucherzahlen von 66.500 pro Jahr im Saunabereich wieder erreicht sind.

Im Sauna- und Wellnessbereich spielt das Verhalten der Zielgruppe von gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Hier liegt der Fokus nach wie vor auf der Stammkundenbindung. Dafür ist es besonders wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Umfassende Instandhaltungsinvestitionen in den Sanitärbereichen, Duschen und Umkleiden müssen geplant und finanziell sichergestellt werden, damit das Maya mare nicht nur mittelfristig sondern auch langfristig seine Gesamtattraktivität nicht verliert.

## 5. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine, für die Beurteilung wesentlichen Veränderungen, eingetreten.

## 6. Chancen- und Risikobericht

### 6.1. Risikomanagementsystem

#### Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernerweitertes Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement des Stadtwerke Halle Konzerns wird jeweils als ein unternehmensweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. In das Risikomanagement- und Frühwarnsystem des Stadtwerke Halle Konzerns sind die geschäftsleitende Holding Stadtwerke Halle GmbH und 15 Beteiligungsunternehmen aus den Geschäftsfeldern Energie, Wasser/Entsorgung, Mobilität und Service einbezogen.

Im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2015 fand eine Überarbeitung der Konzernrichtlinie zum Risikomanagement und Frühwarnsystem statt.

#### Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige, potentielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

#### Risikomanagement-Prozess und Organisation

Das Risikomanagement des Konzerns ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und des Konzerns. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften der Stadtwerke. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst sowie standardisiert dem zentralen Risikomanagement gemeldet. Die Risikoperspektiven umfassen die Kategorien Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt, Konkurrenzunternehmen, Recht/Politik/Gesellschaft, technologische Entwicklungen, Naturereignisse, Kapitalmarkt und Risiken interner Prozesse und Strategien sowie sonstige Risiken. Zu den dort erhobenen unternehmensrelevanten Risiken werden Maßnahmen zur Früherkennung/Überwachung und zur Risikobegegnung in den sogenannten Riskmaps dokumentiert. Zudem werden die Eintrittswahrscheinlichkeit (in %) und die Schadenshöhe (in T€) als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet.

Zur Verdeutlichung des Gesamtbedrohungspotentials findet bei den identifizierten Risiken zunächst eine Bruttobewertung Anwendung, das heißt ohne Berücksichtigung von Risikosteuerungsmaßnahmen (Risikovermeidung, -verminderung, -übertragung, -akzeptanz oder -kompensation). Diese wird ergänzt um eine Nettobewertung. Hierfür wird der Bruttoschadenswert um jene Beträge vermindert, die beispielsweise bereits in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt wurden. Dieses dient der Transparenz über die tatsächliche Risikosituation und sichert eine durchgängige Risikobehandlung in Planung, Jahresabschluss, Risikomanagement und Quartalsgesprächen.

Entsprechend der Bewertung erfolgt eine Einteilung der identifizierten Risiken in drei Gruppen: Gruppe-1-Risiken sind als bestandsgefährdende Risiken mit sehr hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu interpretieren, Gruppe-2-Risiken als schwerwiegende Risiken mit bedeutenden negativen Auswirkungen auf unternehmerische Ziele bei jeweils unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit und abschließend Gruppe-3-Risiken als Risiken mit geringem Schadenspotential und untergeordneter Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die in den Riskmaps der Tochterunternehmen erfassten Risiken sind Ausgangspunkt für die Bewertung auf Ebene des Konzerns. Hierbei werden die Risiken der Tochterunternehmen darauf hin bewertet, welchen pekuniären Einfluss sie auf die Bereitstellung von Finanzmitteln im Folgejahr (Schadenshöhe) voraussichtlich haben werden (Eintrittswahrscheinlichkeit). Über den definierten Schwellenwerten liegende Risiken der Tochterunternehmen sowie mögliche zusätzliche Risiken auf Konzernebene (inkl. SWH-Holding) bilden die konzernrelevanten Risiken, welche i. d. R. die Risikogruppen 1 und 2 umfassen.

Neben der regelmäßigen jährlichen Risikoberichterstattung werden mit den Instrumenten der Akutberichterstattung und den Quartalsberichten unterjährige signifikante Entwicklungen der Risiken der Stadtwerke-Gruppe erfasst und gesteuert. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine Risikoberichterstattung über wesentliche Risiken durch das Risikomanagement an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bzw. der Beteiligungsunternehmen. Über wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird die Geschäftsführung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

## 6.2. Chancen und Risiken

Risiken für den wirtschaftlichen Erfolg wurden nach Risikogruppen unterteilt und bewertet.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden bei der Maya mare GmbH & Co. KG insgesamt 23 Risiken erfasst, dieses bedeutete zum Vorjahr eine Abnahme von 4 Einzelrisiken. Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 7 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	1
Beschaffungsmarkt	0	0	0
Konkurrenzunternehmen	3	0	3
Recht und Politik	1	0	1
Technologische Entwicklungen	0	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	2	1	1
<b>Gesamt</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>6</b>

Das größte Risiko in Bezug auf den Absatzmarkt wird darin gesehen, dass das Kaufkraftpotenzial der Kunden sinken kann und dann die Eintrittspreise für einen Besuch des Maya mare im Markt nicht mehr durchsetzbar sind. Eine Änderung des Freizeitverhaltens kann die Attraktivität eines Bad- und Saunabesuches negativ beeinflussen und zu Besucherrückgängen führen, die aufgrund des begrenzten Marktpotenzials (Einwohner im relevanten Einzugsgebiet) nicht kompensierbar sind.

Das Risiko „Konkurrenzunternehmen“, wird mit 370,0 T€ und in der Mittelfristplanung steigend auf 720,0 T€ bewertet. Bei dieser Einschätzung wurden Besucherabwanderungen durch mögliche Angebotsaufwertungen bei bestehenden Freizeitbädern/Wellnessanlagen und Fitnessstudios berücksichtigt, ebenso die Entstehung neuer Einrichtungen mit deckungsgleichen bzw. überschneidenden Angeboten. Insbesondere wurden der mögliche „Sportpark am Böllberger Weg“ sowie die Schaffung von modernen Sauna- und Wellnessangeboten im Stadtbad Halle als Risiken für die Wirtschaftlichkeit des Maya mare bewertet.

Als eines der größten Risiken wird der Ausfall der jährlichen Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafter, Stadtwerke Halle GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, gesehen. Ohne diese finanziellen Mittel wäre die Liquidität der Gesellschaft nicht gesichert und ein Fortbestand der Gesellschaft gefährdet.

Als einziges Risiko der Klasse 1 wird die, durch Feuchtigkeit geschädigte Decke einschließlich der Lichtkegel über dem Badebereich, eingestuft. Eine Sanierung wäre mit einer längeren Schließung des Bades und finanziellem Aufwand von geschätzt 500,0 T€ verbunden. Die Ertüchtigung des zweiten Lüftungsstranges in der Badehalle im Jahr 2014 hat ein weiteres Voranschreiten der Schäden stoppen können, doch bleibt der Zustand ständig zu beobachten. Für die Gäste besteht keine Gefahr.

Die positive Entwicklung der Einwohnerzahlen, z.B. durch Zuwachs der Studenten, stellt eine Chance auf Besucherzuwachs und damit auf eine Umsatzsteigerung dar.

## 6.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

## 7. Prognosebericht

### 7.1. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2016 sowie der Mittelfristplanung bis 2019 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben und damit auch das Besucherpotenzial für das Maya mare. Ebenso werden durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt, die ebenfalls Einfluss auf die Besucherzahlen und somit auf die Erlöse haben. Im Jahr 2015 konnten im Badebereich überplanmäßige Besucherzahlen in Höhe von 209.895 Gästen realisiert werden, die maßgeblich auch aufgrund der Witterung erzielt wurden. Mittelfristig wurden die Erlöse im Badebereich auf der Grundlage von 200.000 Besuchern geplant. Im Saunabereich konnten 2015 nur 63.393 Gäste gezählt werden, die Planung 2016 geht von 64.500 Jahresbesuchern in der Sauna aus.

Die Eintrittsentgelte für Bade- und Saunabereich liegen bereits im oberen mittleren Bereich. Die Erhöhung der Umsatzsteuer auf Saunaleistungen hat im Juli 2015 zu einer unplanmäßigen Erhöhung der Eintrittspreise geführt. In diesem Segment können daher weitere Preissteigerungen erst nach Beobachtung des Gesamtverhaltens auf dem Saunamarkt wieder vorgenommen werden, um keine Gäste zu verlieren. Im Badebereich ist eine Preisanpassung alle 2 Jahre die einzige Basis für die in der Planung erwartete Umsatzerlössteigerung. Bislang wird in den Bereichen Gastronomie, Massage und Shop eine Preisanpassung zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen geplant.

Die Umsatzerlöse im Bereich Fitness sollen über das Geschäftsfeld „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ mittelfristig stabilisiert werden. Der Viva mare Gesundheitsclub zählt bereits zu den Anbietern im hochpreisigen Markt, was eine Steigerung der Umsatzerlöse durch Anhebung der Mitgliedsbeiträge begrenzt. Das Marktpotenzial ist aufgrund der beschränkten Einzugsradien von Fitnessstudios nahezu erschöpft, die Neukundenakquise ist auf den Ausgleich der marktüblichen Austrittsquote von Mitgliedern ausgerichtet. Der Wettbewerbsdruck über den Preis steigt durch eine zunehmende Anzahl von Discountern im Fitnessmarkt von Halle (Saale) weiter an. Mit hoher fachlicher Beratungskompetenz durch unsere gut ausgebildeten Mitarbeiter und dem Alleinstellungsmerkmal der Trainingsangebote im Wasser hebt sich das Viva mare im Markt ab und das soll zukünftig deutlich stärker in den Fokus der Werbung gestellt werden.

### 7.2. Investitionen

Das Maya mare ist zwischenzeitlich fast 17 Jahre alt. Um die Freizeitanlage langfristig als attraktives Angebot am Markt zu halten, wird es notwendig, innerhalb der nächsten 10-15 Jahre Ersatzinvestitionen aufgrund von Altersverschleiß in verschiedenen Bereichen zu tätigen. Sanitärbereiche im Bad, die Lüftungsgeräte, Fliesenbeläge im Rutschenturm sowie die Dächer stellen hierbei notwendige Investitionsschwerpunkte dar.

Die Gestaltung des Maya mare in seiner Gesamtheit kann als zeitlos ansprechend bewertet werden. Mit Blick auf die Kernzielgruppe Familie ist die Investitionsmaßnahme zur Attraktivierung des Kinderbereichs im Jahr 2016 mit 500,0 T€ ein wesentlicher Schritt, um hier im Wettbewerb den gestiegenen Ansprüchen Stand zu halten und keine Kunden an Wettbewerber zu verlieren.

In der Mittelfristplanung für die Jahre 2017-2020 wurden pro Jahr zwischen 300,0 T€ im Jahr 2017 und 320,0 T€ im Jahr 2020 an Investitionsmitteln berücksichtigt.

### 7.3. Finanzierung

Die im Rahmen der Mittelfristplanung vorgesehenen Investitionen werden ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Für die Liquidität der Gesellschaft und die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft ist jedoch auch in den Folgejahren die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter unabdingbar.

### 7.4. Ergebniserwartung

Aufgrund der kaum weiter ausbaubaren Erlössituation wird in der Mittelfristplanung von einem Zuschussbedarf der Gesellschaft in Höhe von 1.292,0 T€ im Jahr 2016 bis zu 1.395,0 T€ im Jahr 2020 ausgegangen. Unter Berücksichtigung der weiteren Zuschusszahlung durch die Hauptgesellschafter wird in den Jahren 2016 bis 2020 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

## Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Glauchauer Straße 68  
06110 Halle (Saale)

**Rechtsform:** Stiftung  
**Stiftungsvermögen in T€:** 311

#### Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung/§ 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle.
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
  - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
  - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff.1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

#### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Dr. Cremer, Manfred

**Stiftungsvorstand:** Vorsitzender Dr. Wiegand, Bernd  
stellv. Vorsitzender Geier, Egbert  
Kogge, Tobias (bis 31.12.2015)

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
<b>Aktiva</b>	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	311	56	311	57	311	58	0	0
Umlaufvermögen	240	44	231	43	224	42	9	4
<b>Bilanzsumme</b>	<b>551</b>	<b>100</b>	<b>542</b>	<b>100</b>	<b>535</b>	<b>100</b>	<b>9</b>	<b>2</b>
<b>Passiva</b>	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	551	100	542	100	535	100	9	2
<b>Bilanzsumme</b>	<b>551</b>	<b>100</b>	<b>542</b>	<b>100</b>	<b>535</b>	<b>100</b>	<b>9</b>	<b>2</b>

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	25	24	42
sonstige betriebliche Aufwendungen	11	15	34
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	6	7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18	15	15
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	18	15	15
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	7	6	7
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	11	9	8

### cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	3,34	2,82	2,91	%
Cash-Flow:	18	15	15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	56,39	57,36	58,09	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m <sup>2</sup>
Erbbaufäche	675,00	675,00	675,00	m <sup>2</sup>
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m <sup>2</sup>
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m <sup>2</sup>
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m <sup>2</sup>

## Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Kantstraße 1  
06110 Halle (Saale)

**Rechtsform:** Stiftung  
**Stiftungskapital in T€:** 12.823

#### Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

#### Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

### b) Besetzung der Organe

**Stiftungsvorstand:** Fritschek, Andreas

**Stiftungsrat:**

Vorsitzender	Kogge, Tobias	(bis 31.12.2015)
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
	Dr. Wend, Detlef	(bis 18.09.2015)
	Haupt, Ute	
	Seidel-Jähmig, Annika	(seit 25.11.2015)
	Töpfer, Gernot	

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Stiftungsrat</b>	1	1	1



## c) Beteiligungen

### unmittelbar

	T€	%
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	100	100,00
Serva GmbH	26	100,00

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	52.394	93	53.706	94	54.762	94	-1.312	-2
Umlaufvermögen	3.870	7	3.438	6	3.199	6	432	13
Rechnungsabgrenzungsposten	53	0	59	0	25	0	-6	-10
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	0	0	12	0	0	0

### Bilanzsumme

<b>56.317</b>	<b>100</b>	<b>57.203</b>	<b>100</b>	<b>57.998</b>	<b>100</b>	<b>-886</b>	<b>-2</b>
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

### Treuhandvermögen

157		0		0		157	
-----	--	---	--	---	--	-----	--

### Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	17.175	30	17.049	30	16.909	29	126	1
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	20.310	36	20.993	37	21.743	38	-683	-3
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	774	1	799	1	840	1	-25	-3
Rückstellungen	892	2	532	1	630	1	360	68
Verbindlichkeiten	16.629	30	17.348	30	17.362	30	-719	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	537	1	482	1	514	1	55	11

### Bilanzsumme

<b>56.317</b>	<b>100</b>	<b>57.203</b>	<b>100</b>	<b>57.998</b>	<b>100</b>	<b>-886</b>	<b>-2</b>
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

### Treuhandverbindlichkeiten

157		0		0		157	
-----	--	---	--	---	--	-----	--

**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	18.433	17.473	16.895
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	18	-2	-27
sonstige betriebliche Erträge	1.735	1.828	2.224
Materialaufwand	5.020	4.945	3.823
Personalaufwand	11.224	10.974	11.526
Abschreibungen	1.800	1.810	1.818
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	709	790	774
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.268	1.673	1.911
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	26	6	4
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	1	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	30	32
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	550	588	634
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	78	136	183
außerordentliche Erträge	75	63	26
außerordentliche Aufwendungen	27	59	63
außerordentliches Ergebnis	48	4	-37
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	126	140	146
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	126	140	146
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,68	0,80	0,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,74	0,82	0,86	%
Cash-Flow:	1.926	1.950	1.972	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	56	54	49	T€
Personalaufwandsquote:	55,60	56,86	60,37	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,74	93,59	94,13	%
Eigenkapitalquote:	30,50	29,80	29,15	%
Fremdkapitalquote:	69,50	70,20	70,85	%

**ee) Leistungsdaten**

	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	416,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	230,00	230,00	230,00	Anzahl

## e) Lagebericht

### 1. Grundlagen

Die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle (Saale) hat seit ihrer Gründung als kommunale Stiftung im Jahr 1894 folgende Aufgabe: „Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere, wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Pflege, Unterkunft und Betreuung zu gewähren. Hierbei werden Bürger der Stadt Halle (Saale) bevorzugt berücksichtigt.“<sup>1</sup>

Der Stifterwille wird nach wie vor durch eine Vielzahl von Angeboten auf dem Gebiet der Alten- und Behindertenhilfe verwirklicht. In den vergangenen Jahren konnte die Stiftung ihre Position hier weiter stärken.

Insgesamt verwirklichen die ca. 370 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hierbei Dienstleistungen für täglich rund 1500 Kunden. Zu den wichtigsten Angeboten gehören die stationären und teilstationären Dienstleistungen auf dem Gebiet der Altenhilfe sowie die Einrichtungen für Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen.

### 2. wirtschaftliche Situation der Stiftung

Die Stiftung hat im Jahr 2015 wiederum ein positives Jahresergebnis von 126 TEUR erzielt. Die Umsatzerlöse konnten insbesondere im Bereich der Altenhilfe deutlich von 11.515 TEUR auf 12.191 TEUR gesteigert werden. Erläuterungen hierzu finden sich im folgenden Text.

Die Eigenkapitalquote lag bei 30,5%. Sie hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um +0,7% verändert.

Den Zugängen bei den Sachanlagen und den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 471 TEUR stehen Abschreibungen von 1.784 TEUR entgegen, sodass sich der Buchwert des Anlagevermögens um 1.312 TEUR verringert hat. Hauptsächlich investierte die Stiftung im Jahr 2015 in brandschutztechnische Maßnahmen, eine neue Schwesternrufanlage im Altenpflegeheim Akazienhof sowie Hausausstattung im gesamten Stiftungsbereich.

Das Stiftungskapital betrug unverändert 12.823 TEUR.

Zum 31.12.2015 sind 86,2% der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch Zahlungsmittel gedeckt (Liquidität 1. Grades). Unter zusätzlicher Berücksichtigung der kurzfristigen Forderungen und Wertpapieren beläuft sich der Deckungsgrad auf 115,6 % (Liquidität 2. Grades).

#### 2.1 Beteiligungen

##### 2.1.1 EWIA GmbH

Nach der Übertragung der Gesellschaftsanteile des Bauvereins an der EWIA GmbH auf die Stiftung ist die Paul-Riebeck-Stiftung seit dem 01.07.2012 Alleingesellschafter der EWIA GmbH. Nach erfolgreicher Übertragung stellte die EWIA GmbH ihren operativen Geschäftsbetrieb bis auf weiteres ein.

##### 2.1.2 Serva GmbH

Die Stiftung ist nach wie vor alleiniger Gesellschafter der Serva GmbH. Die Serva GmbH erzielte im Jahr 2015 ein Ergebnis von TEUR 26.

### 3. Bereich Altenhilfe

#### 3.1 Organisation

Der Bereich Altenpflege ist mit einem Anteil von 60,4% am Gesamtumsatz der Stiftung der Bedeutendste Bereich im Unternehmen. In vier Altenpflegeheimen, zwei Tagespflegen und einer Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz werden hier Dienstleistungen für ältere und pflegebedürftige Menschen erbracht. Weiterhin vermietet die Stiftung 209 eigene altengerechte Wohnungen und betreibt einen ambulanten Pflegedienst, der durchschnittlich, bei steigender Tendenz 103 Patienten betreut.

---

<sup>1</sup> § 2 Abs. 1 der Satzung

Gerade der Bereich Altenhilfe ist durch zahlreiche Veränderungen bei den Rahmenbedingungen beeinflusst. Neben einer Vielzahl von gesetzlichen Änderungen auf Bundes- und Landesebene, beispielhaft seien hier Pflegestärkungsgesetz I und II und auf der Landesebene die Verordnungen zum Wohn- und Teilhabegesetz benannt, ist dieser Bereich auch stark von sich verändernder Nachfrage bestimmt.

Um auf diese Veränderungen angemessen reagieren zu können und in diesem Veränderungsprozess neue Chancen zu erschließen, wurde für den Bereich eine neue Organisationsstruktur geschaffen. Für den Bereich wurde die Funktion der Geschäftsbereich Altenhilfe eingeführt. Ihr sind nun unmittelbar die Heimleitungen in den Altenpflegeheimen, der Bereich Wohnen, die ambulanten Pflege und der Bereich Ehrenamt unterstellt.

### **3.2 wirtschaftliche Situation**

Im Jahr 2015 konnte die Auslastung im Bereich der stationären Altenpflege noch einmal im Vergleich zum Vorjahr um 2,2% gesteigert werden. Sie lag damit bei 99,0%. Ursache für die erhöhte Auslastung ist die gestiegene Nachfrage. Dies ist auch für die anderen Altenpflegeheime in der Stadt Halle (Saale) kennzeichnend.

Die Auslastungssteigerung hat die Ertragslage der Altenpflegeheime deutlich verbessert. Allerdings wird vom Gesetzgeber eine Verschiebung der Leistungen von stationär zu ambulant gefördert. So stiegen im Berichtsjahr die Pflegeerlöse im stationären Bereich um 4,7%, dagegen betrug die Steigerung im ambulanten Bereich 22,5%. Auch im Rahmen des Pflegestärkungsgesetzes wird diese Entwicklung weiter forciert.

Darüber hinaus konnte in den Tagespflegen eine deutliche Auslastungssteigerung verzeichnet werden. Lag die Auslastungsquote im Jahr 2014 bei 79,7% stieg sie im Berichtsjahr auf 93,3%. Dadurch haben sich die Pflegeerlöse von 216 TEUR im Jahr 2014 auf 259 TEUR im Jahr 2015 erhöht.

## **4. Bereich Behindertenhilfe**

### **4.1 aktuelle Situation**

Die Stiftung ist Trägerin von einer Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung, einer Einrichtung von Menschen mit seelischen Behinderungen und von mehreren ambulanten und teilstationären Angeboten für Menschen mit geistigen oder seelischen Behinderungen.

In diesem Bereich werden 30,9% vom Gesamtumsatz der Stiftung erwirtschaftet.

Grundsätzlich ist der Bereich Behindertenhilfe weniger durch äußeren Veränderungsdruck geprägt. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Behindertenhilfe sind in den vergangenen Jahren im Wesentlichen gleich geblieben.

Auch die Auslastung bewegt sich auf einem gleichbleibend hohen Niveau.

Die Stiftung hat vor mehreren Jahren von sich aus damit begonnen, erste Überlegungen für eine Umstrukturierung des Förderwohnheims für Menschen mit geistigen Behinderungen anzustellen. Ziel ist hier, das Förderwohnheim in Teilen aufzulösen und die Klienten in sozialraumorientierten Angeboten zu betreuen. Dieses Vorhaben wird auch weiterhin verfolgt.

## **5. Investitionen/Instandhaltung**

Die Stiftung ist Eigentümerin von 11 Gebäuden an 4 Standorten, welche dem Pflegebereich zuzuordnen sind. Das Anlagevermögen im Bereich der Wohn- und Betriebsbauten beträgt inklusive der Vermietungsobjekte 43.400 TEUR. Die Gebäude sind überwiegend Ausgang des 19. Jahrhunderts errichtet worden. Nach den grundlegenden Sanierungen nach der Wiedervereinigung Deutschlands, stellt die bauliche Erhaltung der Gebäudesubstanz sowohl aus wirtschaftlicher, als auch aus planerischer Sicht eine der wichtigsten Aktivitäten im Bereich des Managements dar. Einen Schwerpunkt bilden hierbei in den vergangenen Jahren alle Maßnahmen, die zu einer Verbesserung des Brandschutzes führen.

Die Möglichkeit zur Investition und Instandhaltung ist im Bereich der vorhandenen Gebäude eng mit der Frage der Refinanzierung dieser Maßnahmen über die Pflegesätze bzw. die investiven Kosten verbunden.

Durch Verhandlungen gelang es der Stiftung im Jahr 2015 sowohl für den Bereich Röpziger Straße als auch für das Förderwohnheim Akazienhof die Mittel für Investitionen mit in die Pflegesätze aufzunehmen. Hier werden bis Ende 2016 insgesamt 241 TEUR für Maßnahmen des Brandschutzes investiert.

Einen weiteren Schwerpunkt bei der Investitionstätigkeit bilden die Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes im Altenpflegeheim Riebeckpark.

Hier sollen bis zum Sommer 2016 rund 1.400 TEUR in eine Verbesserung des Brandschutzes investiert werden. Hierzu wurde ein Kredit bei der Bank für Sozialwirtschaft über 1.200 TEUR aufgenommen.

Saniert wurde das ehemalige Gärtnerhaus, in dem bis November 2015 die Verwaltung untergebracht war. Hier soll ab April 2016 die ambulante Pflege untergebracht werden. Die Kosten für diese Maßnahme belaufen sich auf 370 TEUR.

## **5.1 Projekt Bugenhagenstraße**

Seit Januar 2015 führt die Stiftung Verhandlungen über die Entwicklung des Grundstücks Bugenhagenstraße mit der BWG Halle-Merseburg e.G. Auf einer Fläche von 26.000 qm sollen Wohnungen, Flächen für mieternahe Dienstleistungen und verschiedene teilstationäre Angebote der Alten- und Behindertenhilfe errichtet werden. Es ist geplant, dass die Stiftung einen Teil dieser Fläche erwirbt. Bei der Erarbeitung der Konzeption zur Nutzung dieses Grundstücks arbeitet die BWG Halle-Merseburg eng mit der Stiftung zusammen.

Mit einem Baubeginn ist im Jahr 2018 zu rechnen.

## **6. Künftige Entwicklungen**

### **6.1 Altenhilfe**

#### **Chancen**

Die Stiftung ist als einer der großen Anbieter auf dem Gebiet der Altenhilfe in Halle breit aufgestellt. Sie kann alle Dienstleistungen aus einer Hand und das in einer hohen Qualität bieten.

Die Stiftung hat in Halle einen guten Namen und ist vielfältig vernetzt. Diesen Status pflegt die Stiftung ganz bewusst. Die Netzwerkpartner wie Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara, BWG Halle-Merseburg e.G., Hallesche Wohnungsgenossenschaft mbH, Bauverein Halle & Leuna e.G. Diakoniewerk, um nur einige zu nennen, werden regelmäßig in die Aktivitäten der Stiftung einbezogen. Gezielt wird bei dem Netzwerk nach Möglichkeiten gesucht, die Zusammenarbeit zu intensivieren. So ist zurzeit ein Projekt zur Pflege von Beatmungspatienten, welches gemeinsam mit dem Elisabeth-Krankenhaus umgesetzt werden soll, in Planung. Mit der BWG Halle-Merseburg e.G. soll ein Projekt zur Mieterbetreuung im Süden von Halle entwickelt werden.

Durch die Vernetzung mit anderen wichtigen Akteuren in Halle soll auch sichergestellt werden, dass eine dauerhafte gute Auslastung der Angebote der Stiftung erfolgt.

Durch die neu geschaffene Organisationsstruktur im Bereich der Altenhilfe ist die Stiftung für die anstehenden Veränderungen im Bereich der Altenhilfe gut aufgestellt.

Gerade aus der Vielzahl der Angebote, die die Stiftung vorhält, können für die Kunden attraktive Leistungen zusammengestellt werden. Hier muss es noch mehr darum gehen, diese Leistungen auch für die Kunden transparent zu machen und sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Auch aus der Zusammenarbeit mit den Wohnungsunternehmen können sich weitere Möglichkeiten für eine Ausweitung der Tätigkeit der Stiftung ergeben. Die Errichtung einer Außenstelle des ambulanten Pflegedienstes im Süden von Halle ist hier eine Möglichkeit.

In der Altenpflege wird es ferner möglich und nötig sein, die vorhandenen Angebote in den Altenpflegeheimen weiter zu spezialisieren und zu differenzieren. Hier war die Stiftung schon in der Vergangenheit aktiv, in dem sie einen spezialisierten Wohnbereich für jüngere Pflegebedürftige und einen Wohnbereich für Menschen in der letzten Phase ihres Lebens geschaffen hat. Ein weiterer Schritt ist die geplante Einrichtung eines Wohnbereichs zur integrierten Versorgung kontinuierlich invasiv beatmeter Menschen gemeinsam mit dem Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara.

#### **Risiken**

Die Veränderungen durch das Pflegestärkungsgesetz II verstärken noch einmal die Bevorzugung von ambulanten Leistungen gegenüber Leistungen im Bereich der stationären Altenhilfe.

Hier ist davon auszugehen, dass dieser Prozess auch weiterhin zu Lasten der stationären Altenhilfe von Seiten des Gesetzgebers verstärkt wird.

Die Konkurrenz wird im Bereich der stationären Altenhilfe zunehmen. Ursache hierfür sind die Planungen von mehreren Neubauten von Altenpflegeheimen mit einer Kapazität von teilweise 150 Plätzen.

Stärker wird die Konkurrenz auch im ambulanten und teilstationären Bereich. Hier werden zunehmend kleinere und mittelgroße ambulante Pflegedienste schnell auf die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Angebote reagieren, die sich mit den Änderungen aus dem PSG II ergeben.

Insgesamt kritisch ist die Personalbeschaffung einzuschätzen. Hierbei geht es vor allem um die Frage, fachlich und persönlich geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Stiftung zu finden. Es ist festzustellen, dass Bewerber selten von ihrem fachlichen Können und ihrem persönlichen Auftreten den hohen Anforderungen der Stiftung entsprechen.

Schwerpunkt wird deshalb hier die Ausbildung sein. Die Stiftung hat ihre Aktivitäten auf diesem Gebiet schon jetzt verstärkt.

Im Moment gibt es erste Überlegungen, wieder einer Tarifgemeinschaft beizutreten. Hierdurch kann dazu beigetragen werden, dass die Arbeit in der Stiftung attraktiver wird. Verbunden damit ist jedoch das Risiko, dass die Stiftung ihre Preise im Bereich der Altenhilfe, wo sie schon heute zu den teuersten Einrichtungen gehört, weiter erhöhen muss.

## **6.2 Behindertenhilfe**

### **Chancen**

Im Bereich Behindertenhilfe liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung von Angeboten, die in Zukunft die jetzige Struktur der Betreuung von Klienten in klassischen Behinderteneinrichtungen teilweise ersetzen können.

Hier wird es möglich sein, die Angebotspalette zu erweitern und auch neue Kunden zu gewinnen.

### **Risiken**

Der Bereich Behindertenhilfe ist starken Regulierungen seitens des Landes Sachsen-Anhalt ausgesetzt. In den vergangenen Jahren wurde in den Pflegesatzverhandlungen teilweise eine sehr restriktive Haltung verfolgt. Aktuell ist dies nicht der Fall, es hat sich allerdings gezeigt, dass hier jederzeit wieder Änderungen möglich sind. Hier besteht dann unter anderem die Schwierigkeit, dass die Kosten, die die Stiftung hat, nicht refinanziert werden.

Im Bereich der Auslastung muss es der Stiftung gelingen, die derzeit hohe Auslastung zu halten und die Altersstruktur der Bewohner heterogener zu gestalten. Hier ist die Situation im Moment davon gekennzeichnet, dass im Haus immer mehr ältere Menschen mit geistigen Behinderungen leben.

## **7. Ausblick**

Das Jahr 2016 wird im Bereich Altenhilfe wesentlich durch die im Zusammenhang mit dem Pflegestärkungsgesetz II stehenden Änderungen geprägt.

Ziel für die Stiftung ist, die Chancen, die sich aus dem Gesetz ergeben, so zu nutzen, dass der Bereich der stationären Altenpflege stabil bleibt und der Bereich der ambulanten und teilstationären Angebote eine deutliche Umsatzsteigerung vornimmt.

Begleitend zum Prozess der Umsetzung des Gesetzes steht die Aufgabe, die Arbeitgeberattraktivität der Stiftung so zu steigern, dass insbesondere im Bereich der Altenhilfe ausreichend gut qualifizierte und persönlich kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Dieses wichtige Ziel wird zum einen durch die Verstärkung der Aktivitäten im Bereich der Ausbildung und zum anderen durch die Intensivierung des internen Fort- und Weiterbildungsprogramms erreicht.

Zu klären ist in diesem Zusammenhang auch, ob die Bedingungen zum Beitritt einer Tarifgemeinschaft gegeben sind.

Ein Schwerpunkt der Arbeit wird die weitere Entwicklung des Baugebiets Bugenhagenstraße mit einem Kostenvolumen von bis zu 14.000 TEUR sein.

## Serva GmbH

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH		
<b>Stammkapital in T€:</b>	26		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>	Franko, Claudia	(seit 04.05.2015)
	Fritschek, Andreas	(bis 04.05.2015)
	Strangfeld, Jörg-Uwe	(seit 04.05.2015 bis 16.10.2015)



## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	11	3	17	6	23	15	-6	-35
Umlaufvermögen	378	97	252	93	127	85	126	50
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2	1	0	0	-1	-50

<b>Bilanzsumme</b>	<b>390</b>	<b>100</b>	<b>271</b>	<b>100</b>	<b>150</b>	<b>100</b>	<b>119</b>	<b>44</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	81	21	81	30	81	54	0	0
Rückstellungen	67	17	49	18	15	10	18	37
Verbindlichkeiten	181	46	141	52	54	36	40	28
Rechnungsabgrenzungsposten	61	16	0	0	0	0	61	

<b>Bilanzsumme</b>	<b>390</b>	<b>100</b>	<b>271</b>	<b>100</b>	<b>150</b>	<b>100</b>	<b>119</b>	<b>44</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.935	2.786	607
sonstige betriebliche Erträge	8	54	10
Materialaufwand	1.081	1.083	40
Personalaufwand	1.568	1.512	472
Abschreibungen	6	7	6
sonstige betriebliche Aufwendungen	262	232	95
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	26	6	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	26	6	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,88	0,23	0,60	%
Eigenkapitalrentabilität:	32,03	7,96	4,54	%
Cash-Flow:	32	13	10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	39	39	16	T€
Personalaufwandsquote:	53,29	53,24	76,53	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,91	6,13	15,00	%
Eigenkapitalquote:	20,70	29,76	53,98	%
Fremdkapitalquote:	79,30	70,24	46,02	%

## ee) Leistungsdaten

keine Angaben

## Stadion Halle Betriebs GmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
c/o Stadt Halle (Saale)  
06100 Halle (Saale)

**Rechtsform:** GmbH  
**Stammkapital in T€:** 25

<b>Gesellschafter:</b>	<b>T€</b>	<b>%</b>
Stadt Halle (Saale)	13	51,00
Stadion Beteiligungs- und Bewirtschaftungs-GmbH	7	28,00
Hallescher Fußballclub e. V.	5	21,00

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.
- (3) Sie darf jedoch keine Zweigniederlassungen errichten, sich nicht an anderen Unternehmen beteiligen oder Unternehmensverträge im Sinne von §§ 291, 292 AktG schließen und Interessengemeinschaften eingehen.

### Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Geier, Egbert

**Beirat:**

Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
stellv. Vorsitzender	Klose, Wilfried
	Dr. Diaby, Karamba
	Dr. Schädlich, Michael
	Ettingshausen, Rüdiger
	Hajek, Andreas

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

**Beirat:**

Heinze, Frank  
 Ranft, Melanie  
 Thymian, Robert

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Beirat</b>	1	1	0

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	390	30	476	35	580	48	-86	-18
Umlaufvermögen	522	39	427	32	616	51	95	22
Rechnungsabgrenzungsposten	407	31	448	33	9	1	-41	-9

<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.319</b>	<b>100</b>	<b>1.351</b>	<b>100</b>	<b>1.205</b>	<b>100</b>	<b>-32</b>	<b>-2</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	24	2	24	2	24	2	0	0
Rückstellungen	22	2	19	1	35	3	3	16
Verbindlichkeiten	272	20	284	21	265	22	-12	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	1.001	76	1.024	76	881	73	-23	-2

<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.319</b>	<b>100</b>	<b>1.351</b>	<b>100</b>	<b>1.205</b>	<b>100</b>	<b>-32</b>	<b>-2</b>
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.235	1.058	843
sonstige betriebliche Erträge	503	503	504
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	105	106	107
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.625	1.444	1.230
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8	10	10
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	1	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	105	106	107	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	29,58	35,20	47,91	%
Eigenkapitalquote:	1,84	1,80	2,02	%
Fremdkapitalquote:	98,16	98,20	97,98	%

## ee) Leistungsdaten

keine Angaben

**e) Lagebericht****A. Wirtschaftsbericht****1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses**

Das Geschäftsjahr 2015 war im Wesentlichen durch den laufenden Betrieb des ERDGAS Sportpark und den sportlichen Erfolg des Halleschen FC geprägt gewesen. Alle zum stabil laufenden Betrieb nötigen Vorgänge und Abläufe sind bei den beteiligten Personen und Unternehmen eingespült.

Der Hallesche FC hat seine Saison 2014/2015 mit dem Verbleib in der 3. Liga abgeschlossen. Auch für die Saison 2015/2016 ist der Klassenerhalt und somit der Verbleib in der 3. Liga angestrebt. Zu den Heimspielen des Halleschen FC kamen im Jahr 2015 dabei im Schnitt ca. 7.300 Zuschauer und damit etwas weniger als in den Vorjahren.

Weiterhin fand das Pokalendspiel des Landespokals Sachsen-Anhalt im ERDGAS Sportpark zwischen dem Halleschen FC und dem VfL Halle 96 e.V. vor fast ausverkaufter Kulisse statt. Veranstalter war hier der Fußballverband Sachsen-Anhalt e. V.

Hervorzuheben ist noch, dass der DFB im Jahr 2015 mit dem EM Qualifikationsspiel Deutschland vs. Ungarn der Frauen Nationalmannschaft ein Länderspiel im ERDGAS Sportpark ausgetragen hat. Das Spiel wurde deutschlandweit live ausgestrahlt. Neben den hervorragenden infrastrukturellen Bedingungen rund um den ERDGAS Sportpark war insbesondere die gute Organisation der bereits im Sportpark durchgeführten Spiele ausschlaggebend für die Entscheidung des DFB, nun bereits zum 4. mal in Halle (Saale) zu spielen. Es ist zu erwarten, dass der DFB auch in den Folgejahren Spiele im ERDGAS Sportpark austragen wird.

Neben dem Stadion als Fußballstätte fanden zudem mehrere Veranstaltungen im Businessbereich statt. Die Erwartungen wurden auch im Jahr 2015 erfüllt. Insbesondere das Flair des Stadions als Event Location, der gute Service, ein individuelles Angebot aber auch die gute Parkplatzsituation sind ausschlaggebende Faktoren für diesen Erfolg.

Aufgrund der Sonderveranstaltungen DFB sowie des Pokalendspiels lagen die Einnahmen des Geschäftsjahres 2015 ungefähr gleichauf mit den Einnahmen des Vorjahrs.

Zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls im Stadion wurde im Jahr 2015 im Bereich der Fankurve der dortige Ballfangzaun erweitert.

**2. Lage des Unternehmens**

Das Berichtsjahr 2015 umfasste einen ganzjährigen Spielbetrieb des HFC e.V. in der 3. Liga. Durch die hierbei plangemäß erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von Euro T€ 435.

Die wirtschaftliche Lage kann daher insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr plangemäß ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt.

Der Stadt Halle (Saale) wurde mit Datum vom 11. März 2015 eine Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zugestellt, mit welcher die Stadt Halle (Saale) angewiesen wird, die Austauschverhältnisse zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadion Halle Betriebs GmbH neu zu gestalten bzw. eine Rekommunalisierung der an die Stadion Halle Betriebs GmbH übertragenen Aufgaben mittels Rückkauf der privaten Gesellschafteranteile oder die Aufgabenerledigung durch die Stadt Halle (Saale) selbst vorzunehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hat Widerspruch gegen die Anordnungsverfügung erhoben. Das Widerspruchsverfahren gegen die Anordnungsverfügung hat das Landesverwaltungsamt ruhend gestellt.

Der Stadt Halle (Saale) wird die Gelegenheit gegeben, die im Zuge der angestrebten Rekommunalisierung zu ändernden Rechtsverhältnisse aufzuarbeiten. Gespräche wurden aufgenommen, um für diese Angelegenheit eine einvernehmliche Lösung zu finden. Hierzu soll die Stadion Halle Betriebs GmbH, an der derzeit auch der Hallesche FC e.V. sowie die Stadion Beteiligungs- und Bewirtschaftungs- GmbH als Gesellschafter beteiligt sind, mittels Rückkauf dieser privaten Gesellschaftsanteile rekommuniziert werden. Die hierzu erforderlichen Beschlüsse in Beirat und Gesellschafterversammlung wurden im Jahr 2015 entsprechend verabschiedet, die Umsetzung der Anteilsübertragungen an die Stadt Halle (Saale), als dann alleinige Gesellschafterin, ist für Anfang 2016 geplant.

## **B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens**

### **1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

Das Geschäftsjahr 2016 ist weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb in der 3. Liga innerhalb des Stadions geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer hat bisher eine gute Saison gespielt. Es ist zu erwarten, dass der HFC den sportlichen Klassenerhalt schafft.

Auch in 2016 sollen die Angebote rund um Sonderveranstaltungen im Stadion an die Erfolge der Vorjahre anknüpfen.

### **2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem auch vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga und gewissen Anpassungen innerhalb des Stadions geprägt sein.

Die größte Aufgabe besteht nach wie vor darin, den Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

Die Gesellschaft erhält zur Deckung der laufenden Aufgaben Zuschüsse der Stadt Halle (Saale). Es ist derzeit nicht erkennbar, dass aufgrund des Gesellschaftszweckes/der Tätigkeit der Gesellschaft diesbezüglich ein Tatbestand des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllt wäre, da eine grenzüberschreitende Wirkung/Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedsstaaten nicht gegeben ist.

## **C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag**

Der Stadt Halle (Saale) wurde mit Datum vom 11. März 2015 eine Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zugestellt, mit welcher die Stadt Halle (Saale) angewiesen wird, die Austauschverhältnisse zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadion Halle Betriebs GmbH neu zu gestalten bzw. eine Rekommunalisierung der an die Stadion Halle Betriebs GmbH übertragenen Aufgaben mittels Rückkauf der privaten Gesellschafteranteile oder die Aufgabenerledigung durch die Stadt Halle (Saale) selbst vorzunehmen. Die Stadt Halle (Saale) hat Widerspruch gegen die Anordnungsverfügung erhoben, sowie Gespräche aufgenommen, um für diese Angelegenheit eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Anteilsübertragungen der Mitgesellschafter Hallesche FC e.V. sowie die Stadion Beteiligungs- und Bewirtschaftungs- GmbH an die Stadt Halle (Saale), als dann alleinige Gesellschafterin, ist für Anfang 2016 geplant.

## Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
<b>Anschrift:</b>	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
<b>Rechtsform:</b>	Stiftung
<b>Stiftungskapital in T€:</b>	12.382

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.
- (2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:
  - a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,
  - b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.
- (3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).
- (5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.
- (6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>	Dr. Cremer, Manfred		
<b>Stiftungsvorstand:</b>	Vorsitzender	Kogge, Tobias	(bis 31.12.2015)
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
		Borggrefe, Fabian	(seit 08.07.2015)



Stiftungsvorstand:

Haupt, Hanna

(verstorben am  
07.06.2015)

Kirchert, Christian

Scholtyssek, Andreas

	31.12.2015	31.12.2014
	T€	T€
<b>Stiftungsrat</b>	0	1

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	30.526	96	31.196	97	31.711	98	-670	-2
Umlaufvermögen	1.228	4	870	3	745	2	358	41
Rechnungsabgrenzungsposten	87	0	28	0	30	0	59	211

<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.841</b>	<b>100</b>	<b>32.094</b>	<b>100</b>	<b>32.486</b>	<b>100</b>	<b>-253</b>	<b>-1</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	18.485	58	18.324	57	18.226	56	161	1
Sonderposten aus Zuschüssen und des Zuwendungen zur Finanzierung Sachanlagevermögens	3.117	10	3.227	10	3.373	10	-110	-3
Rückstellungen	316	1	171	1	166	1	145	85
Verbindlichkeiten	9.747	31	10.248	32	10.588	33	-501	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	176	0	124	0	133	0	52	42

<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.841</b>	<b>100</b>	<b>32.094</b>	<b>100</b>	<b>32.486</b>	<b>100</b>	<b>-253</b>	<b>-1</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	6.925	6.459	5.149
sonstige betriebliche Erträge	864	865	1.777
Materialaufwand	2.090	2.230	2.185
Personalaufwand	3.871	3.432	3.170
Abschreibungen	817	799	797
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	132	145	145
sonstige betriebliche Aufwendungen	548	493	573
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2	6	7
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		10	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	454	469	483
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	143	43	-129
außerordentliche Erträge	11	133	181
außerordentliche Aufwendungen	3	78	185
außerordentliches Ergebnis	8	55	-4
sonstige Steuern			20
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	151	98	-153
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	151	98	-153

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,18	1,52	-2,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,82	0,54	-0,83	%
Cash-Flow:	968	907	644	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	98	101	109	T€
Personalaufwandsquote:	49,70	46,86	45,77	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,50	96,71	97,13	%
Eigenkapitalquote:	58,06	57,10	56,10	%
Fremdkapitalquote:	41,94	42,90	43,90	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Pflegeplätze	157,00	157,00	157,00	Anzahl
Pflegetage (vollstationär inkl. Kurzzeitpflege)	54.752,00	57.682,00	54.927,00	Tage
Kapazitätsauslastung Betten	95,70	97,20	95,80	%
Wohneinheiten betreutes Wohnen	97,00	97,00	97,00	Anzahl
Vermietungsstand	95,00	91,10	86,60	%
Mietwohnungen	55,00	55,00	55,00	Anzahl

## Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Glauchauer Straße 68  
06110 Halle (Saale)

**Rechtsform:** Stiftung

**Stiftungsvermögen in T€:** 344

### Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehschwacher Einwohner der Stadt Halle.
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
  - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
  - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff. 1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

### b) Besetzung der Organe

**Geschäftsführung:** Dr. Cremer, Manfred

**Stiftungsvorstand:** Vorsitzender Dr. Wiegand, Bernd  
stellv. Vorsitzender Geier, Egbert  
Kogge, Tobias (bis 31.12.2015)

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	344	65	344	66	344	67	0	0
Umlaufvermögen	184	35	176	34	171	33	8	5
<b>Bilanzsumme</b>	<b>528</b>	<b>100</b>	<b>520</b>	<b>100</b>	<b>515</b>	<b>100</b>	<b>8</b>	<b>2</b>
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	528	100	520	100	515	100	8	2
<b>Bilanzsumme</b>	<b>528</b>	<b>100</b>	<b>520</b>	<b>100</b>	<b>515</b>	<b>100</b>	<b>8</b>	<b>2</b>

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	22	21	21
sonstige betriebliche Aufwendungen	8	13	11
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	5	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	16	13	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	16	13	14
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	6	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	10	7	8

### cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	3,03	2,53	2,73	%
Cash-Flow:	16	13	14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>	Angaben in
Sachanlagenintensität:	65,06	66,13	66,77	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

**ee) Leistungsdaten**

	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	468.950,50	m <sup>2</sup>
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m <sup>2</sup>

## 3.7 KULTUR

## Stiftung Händel-Haus

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** juristischer/postalischer Sitz  
Große Nikolaistraße 5  
06108 Halle (Saale)

**Rechtsform:** Stiftung  
**Grundstockvermögen in T€:** 6.455

### Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- a) Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- b) Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- c) Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

### b) Besetzung der Organe

**Direktor:** Birnbaum, Clemens

**Kuratorium:**

Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd		
stellv. Vorsitzender	Dorgerloh, Stephan		
	Dr. Bergner, Annegret		
	Ehrmann, Siegmund		
	Froboese, Klaus		
	Möller, Johann Michael		
	Prof. Neven DuMont, Alfred	(verstorben	am
	Quäschning, Bettina	30.05.2015)	



**Fachbeirat:**

Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff
	Kaiser, Angela
	Köhler, Axel
	Prof. Dr. Fontana, Eszter
	Prof. Dr. Ruf, Wolfgang
	Prof. Schirmer, Ragna
	Quäschning, Bettina
	Voß, Stefan
Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia

**d) Geschäftsentwicklung**
**aa) Bilanzdaten**

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Ausstehende Einlagen	4.920	31	7.429	40	8.440	43	-2.509	-34
Anlagevermögen	8.575	53	8.583	45	8.548	43	-8	0
Umlaufvermögen	2.651	16	2.786	15	2.765	14	-135	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	39	0					39	

<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.185</b>	<b>100</b>	<b>18.798</b>	<b>100</b>	<b>19.753</b>	<b>100</b>	<b>-2.613</b>	<b>-14</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	15.655	97	17.861	95	18.719	95	-2.206	-12
Rückstellungen	182	1	590	3	675	3	-408	-69
Verbindlichkeiten	77	0	62	0	61	0	15	24
Rechnungsabgrenzungsposten	271	2	285	2	298	2	-14	-5

<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.185</b>	<b>100</b>	<b>18.798</b>	<b>100</b>	<b>19.753</b>	<b>100</b>	<b>-2.613</b>	<b>-14</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	105	104	78
sonstige betriebliche Erträge	1.143	1.176	221
Personalaufwand	1.156	1.149	1.165
Abschreibungen	228	197	189
Zuschüsse Gesellschafter	2.510	2.545	2.759
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.266	2.355	1.793
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	108	124	-89
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	108	124	-89
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	108	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	124	-89

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	102,65	119,50	-114,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,69	0,70	-0,47	%
Cash-Flow:	336	321	100	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	66	67	16	T€
Personalaufwandsquote:	92,65	89,77	389,31	%

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	52,87	45,59	43,21	%
Eigenkapitalquote:	96,73	95,02	94,77	%
Fremdkapitalquote:	3,27	4,98	5,23	%

## ee) Leistungsdaten

keine Angaben

## e) Lagebericht

### Bericht Jahresabschluss 2015

(aus dem Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus)

Der Jahresabschluss 2015 wurde gemäß § 16 Satz 3 der Satzung vom Direktor unter Einbeziehung eines Steuerberaters (Steuerbüro Scholz & Carell, Herr Detlef Carell) erstellt. Auf Grundlage eines Beschlusses des Kuratoriums auf seiner Sitzung am 29. Juni 2015 (s. Protokoll TOP 5, Beschluss Nr. 6) wird eine freiwillige Prüfung des steuerlichen Jahresabschlusses 2015, bestehend aus den Einnahmen-Ausgaben-Rechnungen, der Vermögensrechnungen und dem Stiftungsbericht durch einen Wirtschaftsprüfer vorgenommen. Bei der Berichterstattung sollen die Grundsätze des IDW PS 740 beachtet werden. Mitte Dezember 2015 wurden mehrere Wirtschaftsprüfer zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert und dabei folgende Prüfungsschwerpunkte definiert:

- die Erhaltung des Stiftungsvermögens ohne Prüfung/Bewertung der nicht veräußerbaren Kunstgüter,
- Satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel,
- Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und
- die Einhaltung steuerrechtlicher Vorschriften der Abgabenordnung.

Der vorliegende Jahresabschluss der gemeinnützigen Stiftung dient dem Nachweis, dass ihre tatsächliche Geschäftsführung auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung des steuerbegünstigten Stiftungszwecks gerichtet ist gemäß § 63 AO. Dabei kamen handelsrechtliche Vorgaben zur Geltung unter Beachtung der grundsätzlichen Vorschriften der Abgabenordnung für die ordnungsgemäße Buchführung im Sinne der §§ 145, 146, 147 AO und der Gemeinnützigkeit im Sinne des § 52 AO.

Der Jahresabschluss wurde gemäß der oben genannten Prüfungsschwerpunkte von Herrn Marcus van den Broek (Henschke & Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) geprüft.

### Aktiva

Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2015 € 16,2 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Ansprüchen auf Einzahlungen in das Stiftungskapital im Rahmen des Stiftungsgeschäfts der Stadt Halle (Saale) in Höhe von € 3,9 Mill. und des Landes Sachsen-Anhalt in Höhe von € 1 Mill. sowie dem laut Satzung nicht veräußerbaren Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,5 Mill. Am 18. November 2015 unterzeichnete im Händel-Haus der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt und der Direktor der Stiftung Händel-Haus eine Vereinbarung, in der zur Finanzierung der satzungsgemäßen Aufgaben der Stiftung von 2018 bis zum Jahr 2022 durch die Stadt Halle regelmäßige, jährliche Zuwendungen in Höhe von € 1.928.000 und vom Land Sachsen-Anhalt im Wege der Projektförderung der Händel-Festspiele und im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung eine jährliche, nicht rückzahlbare Zuwendung in Höhe von € 511.300 zugesichert werden.

Bei den Kunstgütern gibt es einige Ankäufe (s. u.a. Punkt 8 des vorliegenden Berichts mit den entsprechenden Zuordnungen der Konten), aber auch Abgänge, auf die im Folgenden eingegangen werden soll:

- Bei der jährlichen Durchsicht des Anlagevermögens wurde im Bereich Kunstgüter (#184, #185, #187, #188, #190) festgestellt, dass es in einigen Fällen falsche Kontenzuweisungen gab. Dies wurde durch Umbuchungen korrigiert.
- Im Jahresabschluss 2014 wurde das Konto „Gebrauchsmusikinstrumente“ (#422) neu aufgenommen. Dieses enthält Musikinstrumente, die nicht dem Kunstgut zuzuordnen sind, sondern für Konzerte verwendet werden. Im Gegensatz zu den Musikinstrumenten des Kunstgutes unterliegen diese der gesetzlichen Abschreibung. Einige der hier aufgelisteten Instrumente waren bereits im Konto Kunstgut-Musikinstrumente (#190) gebucht. Im Zuge der Neuordnung im vergangenen Jahr wurde dies in wenigen Fällen übersehen, weshalb ein und dasselbe Instrument in beiden Konten (#190 und #422) sowie im Grundstock (#1100) berücksichtigt waren. Dieser Fehler wurde nun korrigiert, indem die Musikinstrumente aus dem Konto #190 und dem Grundstock #1100 gelöscht wurden. Musikinstrumente aus dem Kunstgut wurden nicht veräußert.
- Ferner wurden im Jahr 2013 gekaufte Notenmaterial für Aufführungszwecke bei den Händel-Festspielen aus dem Kunstgutkonto #185 umgebucht auf das neue Konto Gebrauchsnoten (#430). Die Gebrauchsnoten unterliegen der gesetzlichen Abschreibung.
- Auf einen Abgang aus dem Kunstgut-Mobiliar (#189) sei besonders hingewiesen, da sich diese Möbel nicht mehr in der Stiftung Händel-Haus befinden: Auf Grundlage eines Bescheids des Landesverwaltungsamtes wurden am 19. November 2015 einige Möbelstücke aus der Sammlung der Stiftung Händel-Haus dem rechtmäßigen Eigentümer übergeben. Diese wurden aus dem Sammlungs-Inventar der Stiftung und ebenso aus dem Anlagevermögen Kunstgut-Mobiliar gestrichen (€ - 38 T in #189; weitere Informationen hierüber s. Punkt 12 Diverses). Da es sich um einen Rechtsakt handelt, steht dieser Abgang über dem in der Satzung festgeschriebenen Gebot der Nicht-Veräußerbarkeit.

Der Aufwuchs im Bereich der Gebrauchsmusikinstrumente #422 hängt mit Ankäufen und den o.g. Umbuchungen und Abgängen aus dem Kunstgut #190 zusammen.

Das Anlagevermögen verzeichnet als Sachanlagen die Gebäude, die 2009 erstellte Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ und die damit in Zusammenhang stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes, die Bauleistungen von Dach und Fassade des Händel-Hauses, die Hofgestaltung, die 2012 neu entstandene Dauerausstellung im W.F.Bach-Haus sowie das vom Kuratorium beschlossene Projekt zur Errichtung eines Klangstudios als museumspädagogischen Bereich in der Ausstellung des Händel-Hauses. Im besonderen Maße wurden im Jahr 2015 Bauleistungen im Klangstudio (#118) sowie in der Abdichtung des romanischen Gewölbes (#114) erbracht.

Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik sowie in der EDV-Software auf. Der Zuwachs bei der EDV-Software (# 27 plus € 5.500; insgesamt € 19 T) im Jahr 2015 geht vor allem zurück auf eine Investition in die professionelle Museums-Software „Faust“. Diese soll die Arbeiten der weiteren Inventarisierung und Katalogisierung der Stiftungssammlungen mit entsprechenden Schnittstellen zu anderen Programmen voranbringen.

Die Forderungen in Höhe von unter € 8 T (#650) hängen mit der Abgrenzung zum 31.12.2015 zusammen.

Zusätzlich zu den liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 2,4 Mill. kommen Wertpapieranlagen in Höhe von € 200 T. Die liquiden Mittel haben sich nur unwesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert. Bei den Wertpapieren in mündelsicheren Anlagen sei darauf verwiesen, dass bei der derzeitigen Verzinsung das Kapital nominal erhalten bleibt, aber real an Wert verliert. Deshalb sollte in der Stiftung die Diskussion über eine andere Form der Anlagenstrategie fortgeführt werden.

Der Rechnungsabgrenzungsposten aktiv (#990) enthält im Wesentlichen eine Ratenzahlung für eine szenische Opernproduktion, die bei den Händel-Festspielen 2016 zur Aufführung kommt.

## Passiva

Die Finanzierungsquelle des Vermögens setzt sich vorrangig aus Eigenkapital zusammen. Das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter) sinkt um rund € 79 T. Dies hängt mit der Rückgabe von Kunstgütern (Mobiliar) an den rechtmäßigen Eigentümer zusammen (s. oben und Punkt 12 Diverses) und den o.g. Korrekturen bzgl. der Zuordnungen der Musikinstrumente im Bereich Kunstgut und Gebrauchsmusikinstrumente (s. oben).

Die Ergebnisrücklagen wurden mit den Jahresabschlüssen vom Kuratorium beschlossen. Eine Liste derjenigen vom Kuratorium beschlossenen Projekte, die aus den Rücklagen der Vorjahre finanziert werden, ist als Anlage 4 beigefügt. Eine Thesauierungsrücklage kann eine Stiftung nur im Jahr ihrer Errichtung und in den zwei Folgejahren bilden. Aus diesem Grund können im Jahr 2015 keine weiteren Mittel der Thesauierungsrücklage zugeführt werden. Insgesamt ist zu konstatieren, dass bereits € 2,4 Mill. aus der Ergebnisrücklage verwendet wurden. Dabei floss ein Großteil der Mittel in die Investition der Gebäude und Ausstellungen.

Neu gebildet wurde eine Betriebsmittlrücklage gemäß § 62, Absatz 1, Nr. 1 AO (#1075).

Die satzungsmäßige Rücklage reduziert sich einerseits planmäßig um die jährlichen, vertraglich fixierten Zahlungen der Stadt Halle (Saale) und des Landes Sachsen-Anhalt in das Stiftungsvermögen.

Die Rückstellungen verringern sich auf € 182 T (#1885 und #1220) und setzen sich wie folgt zusammen (s. Tabelle „Rückstellung 2015“ als Anlage 3):

- Rückforderungen zur gesetzlich geregelten Erstattung von Tickets der ausgefallenen Händel-Festspiele 2013 (reduziert auf nunmehr € 8.000)
- Rückzahlungen und Einnahmeausfälle bei Absage der Openair-Veranstaltungen in der Galgenbergschlucht (€ 150.000)
- Kosten des Steuerberaters zur Erstellung des Jahresabschlusses 2015 (€ 2.500)
- Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer 2015 (€ 8.000)
- Leistungsentgelte gemäß § 18 TVöD AT VKA (€ 13.488,53)

Bei den Rückstellungen bzgl. Ausfallkosten der Händel-Festspiele 2013 gab es einen von der BMA moderierten Vergleichsvertrag mit der Theater, Oper und Orchester GmbH. Die nachgewiesenen, tatsächlichen Kosten in Zusammenhang mit Aufführungen bei den Händel-Festspielen wurden erstattet. Bei den Produktionskosten der neuen Händel-Oper, die auch im Repertoire der Oper Halle gezeigt wurde, einigte man sich auf eine hälftige Teilung der entstandenen Kosten. Insgesamt beliefen sich die nachgewiesenen, tatsächlichen Kosten auf € 74.383,02. Im Gegenzug verzichtete die Theater, Oper und Orchester GmbH auf weitere Ansprüche. Dem Vergleichsvertrag stimmte das Kuratorium im Rahmen eines Umlaufbeschlussverfahrens einstimmig zu. Da mit dem Vergleichsvertrag eine juristische Auseinandersetzung unwahrscheinlich ist, wird die Rückstellung zur Finanzierung möglicher Rechtsstreitigkeiten aufgelöst.

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen (#1340) handelt es sich größtenteils um Rechnungen von Handwerksfirmen im Rahmen von Baumaßnahmen mit Abgrenzung zum 31.12.2015. Diese wurden mittlerweile von der Stiftung bezahlt.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vorgeschriebene Abgaben (Lohnnebenkosten) für den Dezember 2015, die aber erst im Januar 2016 fällig und dann auch angewiesen wurden.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten (#1990) enthält Einnahmen für die Händel-Festspiele 2016, die die Stiftung bereits im Jahr 2015 erhalten hat.

### **Einnahmeüberschussrechnung**

Auf Empfehlung des Wirtschaftsprüfers erfolgt eine andere Aufteilung in der Einnahmenüberschussrechnung. Die Spenden (#2350) in Höhe von € 22 T werden dem ideellen Bereich zugeordnet. Weitere Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (Museum, Forschung, kulturelle Veranstaltungen wie Händel-Festspiele u.a.m.) werden gemäß § 68 AO dem satzungsgemäßen, nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb zugeordnet.

Auch wenn in der Vermögensverwaltung Erträge aus Zinsen und Wertpapieren (#4050) erwirtschaftet wurden, sollte eine Anlagestrategie mit einer entsprechenden Richtlinie im Kuratorium diskutiert werden. Zurzeit erfolgen alle Anlagen mündelsicher. Die langfristigen Mieteinnahmen beliefen sich laut Verträgen mit der Gastronomie (#4041) auf € 14 T und sind leicht gestiegen.

Im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb konnten neben Einnahmen im Rahmen des Stiftungsgeschäfts durch die Stadt Halle (Saale) und durch das Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) Fördermittel in Höhe von € 280 T (# 2355) akquiriert werden.

Der Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt ist auf das Projekt „Händel-Festspiele“ zweckgebunden. Der Zuschuss des Landes belief sich vertragsgemäß im Jahr 2015 auf € 511.300 (#2304).

Unter den nicht steuerbaren Einnahmen fällt der Eintrittserlös für die Händel-Festspiele nochmals höher aus als im Jahr 2014 (# 2010). Es ist der höchste Einnahmeerlös seit Stiftungsgründung. Deutlich gestiegen sind ebenso die Einnahmen bei den Eintrittsgeldern Museum (#2015). Grund ist die Erhöhung der Eintrittspreise zum 1.1.2015 gemäß eines Beschlusses des Kuratoriums vom 23. Juni 2014 (s. Protokoll der Sitzung TOP 6; s. hierzu auch Punkt 1 des vorliegenden Jahresberichts). Auf nahezu gleichem Niveau blieb der Einnahmeerlös für Konzerte im Händel-Haus (#2016). Die Erlöse im ideellen Bereich (#2020) von Verkäufen aus dem Museumsshop konnten gesteigert werden.

Die Personalkosten der Stiftung Händel-Haus stiegen im Jahr 2015 auf Basis tarifrechtlicher Steigerungen im Rahmen des TVöD. Außerdem wurde die Stelle des Verwaltungsdirektors im Jahr 2015 neu besetzt und die Kosten hierfür werden erstmals berücksichtigt. Da es aber zwischen Beendigungen von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbeginn neuer Mitarbeiter bei der Stiftung größere zeitliche Lücken gab und ferner eine MitarbeiterIn weit über 6 Wochen krankheitsbedingt ausfiel, liegen die Personalkosten insgesamt unter dem Plan und lassen nur bedingt Rückschlüsse zu auf zukünftige Personalkosten.

In den sonstigen Personalkosten (#2557) sind die Leistungsentgelte enthalten gemäß § 18 TVöD für MitarbeiterInnen der Stiftung Händel-Haus, die im Rahmen des Betriebsübergangs nach BGB § 613 als Angestellte der Stadt (Halle) zur Stiftung Händel-Haus wechselten. Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vorgenommen.

Bei den Ausfallkosten der Händel-Festspiele 2013 (#2526 bis #2529) handelt es sich um eine Auflösung von Rückstellungen (s. dort).

In die Kunstsammlung der Stiftung (#2520) wurde im Jahr 2015 finanziert (näheres s. Punkt 8 des Berichts).

Die neue Kostenstelle #2522 ist der Einnahmeerlös für Veranstaltungen der Theater, Oper und Orchester GmbH, die im Rahmen der Händel-Festspiele 2015 erzielt und an die Theater, Oper und Orchester GmbH abgeführt wurden, da der Ticketverkauf dieser Veranstaltungen kostenlos von den Händel-Festspielen durchgeführt wurde. Diese Regelung ist neu und hängt mit einem neuen Theaterfördervertrag des Landes Sachsen-Anhalt mit der Theater, Oper und Orchester GmbH zusammen. Bis zu den Händel-Festspielen 2014 erhielt die Theater, Oper und Orchester GmbH von den Händel-Festspielen einen Zuschuss für die Opernproduktionen (Neuproduktion und Wiederaufnahme) in Höhe von € 64.000 und Sachkosten in Höhe von € 35.800 sowie 30% des Einnahmeerlös. Seit 2015 dürfen auf Basis des Theaterfördervertrages des Landes Sachsen-Anhalt die Händel-Festspiele keine Zuwendungen mehr der Theater, Oper und Orchester GmbH geben; im Gegenzug dazu behält die Theater, Oper und Orchester GmbH als Veranstalter 100% der Einnahmen. Aufgrund dieser Veränderung sind die Aufwendungen der Stiftung Händel-Haus im Bereich Honorare #2550 und Sachausgaben #2530 gegenüber 2014 deutlich gesunken.

In Bauleistungen (Werterhaltung Gebäude #2667 und Reparaturen Gebäude #2680) wurde im Jahr 2015 nicht ganz soviel investiert wie im Vorjahr. Dies hängt zum einen mit einem vom Denkmalamt verhängten Baustopp bei der Horizontalabdichtung des romanischen Gewölbes zusammen; zum anderen wurden im Jahr 2015 mehrere Projekte vorgeplant und Bauanträge gestellt, deren Bewilligungen noch ausstehen (s. auch Punkt 5 des Berichts).

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit sind leicht höher ausgefallen als 2014 (#2540). Damit wurden u.a. eine vermehrte Plakatierung im Stadtraum und ähnliche Maßnahmen finanziert, die zur „Beschmückung“ des Stadtraumes während der Händel-Festspiele als Beitrag der Stiftung Händel-Haus gedacht waren. Außerdem wurde eine Plakatierung der Sonderausstellung „Pas de Deux“ finanziert, die nicht geplant war: Nachdem die Kunsthochschule Burg Giebichenstein die Sonderausstellung nicht in ihr Jubiläumsprogramm „100 Jahre Burg“ aufnahm, entschloss sich die Stiftung Händel-Haus für die Plakatierung, um die Sonderausstellung einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Zum Gewinn im ideellen Bereich in Höhe von € 22 T kommen Gewinne in der Vermögensverwaltung (€ 19 T), im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 28 T) sowie im steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 40 T €) hinzu.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb weist kaum einen Gewinn auf (568 €). Hierzu sei folgendes erläutert: In einer im Jahr 2013 durchgeführten Betriebsprüfung durch das Finanzamt Halle über die Jahre 2009 - 2011 wurde zugestanden, dass anteilige Kosten im steuerfreien Zweckbetrieb zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (#2761 und #2762) als Ausgaben für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (#8343 und #8344) zu berücksichtigen sind. Diese betragen im Jahr 2015 rund € 34 T. Aus wirtschaftlicher und auch aus Sicht der Finanzverwaltung zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit ist der Ertrag im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2015 positiv. Ein professionell geführter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, wie er von der Stiftung Händel-Haus betrieben wird, ist für eine gemeinnützige Stiftung eine gute Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger zusätzlicher Einnahmen zur Erfüllung ihrer Zwecke.

## **Ergebnis**

Zusammengenommen weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2015 als Stiftungsergebnis einen Überschuss in Höhe von € 108.078,82 auf. Liquidität ist genug vorhanden.

Auf der Kuratoriumssitzung am 30.09.2014 wurde beschlossen, dass diejenigen Projekte, die vom Kuratorium beschlossen wurden und aus Rücklagen finanziert werden, in Form einer Liste dargestellt werden. Aus diesem Grund wird auf eine detaillierte Beschreibung der Projekte verzichtet, sondern die Liste als Anlage 4 „Übersicht 2015 der vom Kuratorium beschlossenen Projekte, die aus Rücklagen im ideellen Bereich finanziert werden“ dem Bericht beigelegt. In der Vergangenheit beschloss das Kuratorium stets, dass die jeweils genannten Beträge der beschlossenen Projekte nicht mit Beträgen festgeschrieben werden, sondern dass die Finanzierungsbeiträge für die beschlossenen Projekte untereinander variabel gestaltet werden können.

## Ergebnisverwendung 2015

Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus und auf Grundlage der gesetzlichen Regelung der §§ 58 und 62 AO schlägt der Direktor folgende **Verwendung des Jahresüberschusses** in Höhe von € 108.078,82 vor:

- Auflösung der nicht benötigten Rücklage Elternzeit in Höhe von € 31.800
- Inanspruchnahme der Rücklage zur Baumaßnahme des romanischen Gewölbes (€ 51.000)
- Im Sinne des § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO werden 10% aus dem Überschuss des ideellen Bereichs (€ 2.224,54) und 10% aus dem Überschuss der Zweckbetriebe (€ 6.680,74) sowie ein Drittel aus dem Überschuss der Vermögensverwaltung (€ 6.152,47) der freien Rücklage zugeführt. (Gesamtbetrag der freien Rücklage: € 15.057,75).
- Im Sinne des § 58 Nr. 6 AO soll ein Betrag in Höhe von € 175.821,07 in die Betriebsmittelrücklage eingestellt werden.

Stiftungsergebnis		108.078,82 €
Entnahmen BMRL		82.800 €
Zwischensumme		190.878,82 €
Einstellung freie Rücklage	§ 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	- 15.057,75 €
Betriebsmittelrücklage	§ 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	- 175.821,07 €
<b>Stiftungsüberschuss / Stiftungsfehlbetrag</b>		<b>0,00 €</b>

## Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH		
<b>Stammkapital in T€:</b>	25		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

### Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>		Schanne, Stefan Stiska, Rolf	(seit 26.06.2015)
<b>Aufsichtsrat:</b>	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Range, Stefan	
		Dr. Brock, Inés	
		Dr. Hirschinger, Frank	
		Dr. Wend, Detlef	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	



**Aufsichtsrat:**

Dr. Wünscher, Ulrike  
Poldrack, Stefan  
Schramm, Rudenz

	31.07.2015	31.07.2014	31.07.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	4	4	2

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
<b>Aktiva</b>	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	26.634	87	27.266	83	27.657	85	-632	-2
Umlaufvermögen	3.506	12	5.537	17	4.557	14	-2.031	-37
Rechnungsabgrenzungsposten	306	1	196	0	219	1	110	56

<b>Bilanzsumme</b>	<b>30.446</b>	<b>100</b>	<b>32.999</b>	<b>100</b>	<b>32.433</b>	<b>100</b>	<b>-2.553</b>	<b>-8</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	23.828	78	25.763	78	26.731	82	-1.935	-8
Sonderposten aus Zuschüssen und des Zuwendungen zur Finanzierung Sachanlagevermögens	1.900	6	1.977	6	2.055	6	-77	-4
Rückstellungen	851	3	882	3	2.440	8	-31	-4
Verbindlichkeiten	888	3	1.368	4	1.040	3	-480	-35
Rechnungsabgrenzungsposten	2.979	10	3.009	9	167	1	-30	-1

<b>Bilanzsumme</b>	<b>30.446</b>	<b>100</b>	<b>32.999</b>	<b>100</b>	<b>32.433</b>	<b>100</b>	<b>-2.553</b>	<b>-8</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.452	3.287	3.518
Zuschüsse Gesellschafter	32.669	30.938	32.600
sonstige betriebliche Erträge	699	1.119	599
Materialaufwand	3.584	3.695	3.567
Personalaufwand	30.769	28.267	28.641
Abschreibungen	1.436	1.417	1.474
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.944	2.933	2.859
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	8	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.914	-960	179
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14		-16
sonstige Steuern	7	8	8
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.935	-968	187
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.935	-968	187

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-56,06	-29,45	5,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	-7,51	-3,62	0,70	%
Cash-Flow:	-499	449	1.661	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	8	9	9	T€
Personalaufwandsquote:	741,13	641,51	695,75	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.7.2015	31.7.2014	31.7.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,28	82,48	85,13	%
Eigenkapitalquote:	78,26	78,07	82,42	%
Fremdkapitalquote:	21,74	21,93	17,58	%

**ee) Leistungsdaten**

	31.7.2015	31.7.2014	31.7.2013	Angaben in
Besucher	290.837,00	299.608,00	268.581,00	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.478,00	1.680,00	1.770,00	Anzahl

## e) Lagebericht

### 1. Gründung und Entwicklung

Durch den Beschluss des Stadtrates vom 26. November 2008 sind mit Beginn des Kalenderjahres 2009 die Oper und die Staatskapelle Halle, das Puppentheater und das neue theater Halle sowie das Thalia Theater Halle in der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle zusammengeführt worden. Dies war mit der Zielstellung verbunden, kulturelle und künstlerische Leistungen der Theater und Orchester auf hohem Niveau bei Senkung der Aufwendungen zu erhalten.

Gemäß der Zielstellung bei der Gründung wurde im Zeitraum von 2009 bis 2013 eine Verringerung der Zuschüsse um 5,1 Mio. Euro von 37,7 Mio. Euro auf 32,6 Mio. Euro erreicht. Diese Zuschussreduzierung gelang durch Senkung der Kosten, zu einem geringeren Teil auch durch Steigerung der Erlöse. Zusätzlich zu dieser Zuschussreduzierung um 5,1 Mio. Euro sind auch noch die Kostensteigerungen aus Tarifsteigerungen in diesem Zeitraum aufgefangen worden, die etwa 3,0 Mio. Euro betragen.

Als entscheidender Weg dazu dienten der Personalabbau sowie der Abschluss von Haustarifverträgen für alle Beschäftigten. Durch Personalabbau sind von 2009 bis 2014 96 Stellen eingespart worden. Mit Ausnahme des Haustarifvertrages für die Musiker, der eine Laufzeit bis zum 31. Juli 2017 hat, sind die Haustarifverträge für alle anderen Beschäftigten der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im Sommer 2014 ausgelaufen.

Seit Beginn des Kalenderjahres 2014 sieht sich die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle vor neue, schwere Herausforderungen gestellt.

Der seit 2009 zwischen der Stadt und dem Land geltende Fördervertrag ist zum 31. Dezember 2013 ausgelaufen. Die Zuwendungen des Landes wurden durch den Beschluss des Landtages im Vergleich zu den Vorjahren um 2.849 T€ auf 9.054 T€ verringert. Um der drohenden Zahlungsunfähigkeit zu entgegnen, wurde ein Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept erarbeitet, das integrierter Bestandteil des am 24. Juli 2014 durch den Kultusministers des Landes Sachsen-Anhalt und den Oberbürgermeister der Stadt Halle unterzeichneten Vertrages über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im Zeitraum 2014 bis 2018 ist.

Das Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept geht grundsätzlich von der Zielstellung aus, den Fortbestand eines inhaltlich reichen und künstlerisch hochwertigen Angebots der Halleschen Bühnen bei Erhalt aller Sparten und des „A-Status“ für das Orchester zu gewährleisten, zugleich jedoch die Kosten der Gesellschaft deutlich zu reduzieren.

Da die Personalkosten mit einem Anteil von ca. 80 % an den Gesamtkosten den wesentlichen Kostenfaktor bilden, ist die Neuausrichtung der Gesellschaft fast ausschließlich durch die Reduzierung des Personalbestandes zu erreichen.

Die Zahl der Beschäftigten ist in diesem Zusammenhang von 522 Personen im Geschäftsjahr 2014/2015 auf 419 Personen per 31. Juli/01. August 2019 zu verringern. Dieser personelle Abbau-prozess umfasst die Reduzierung der Musikerzahl in der Staatskapelle von derzeit 136 auf dann 99 Musiker sowie die Beendigung der Arbeitsverhältnisse mit 66 anderen Beschäftigten. Während die Zielstruktur der Staatskapelle infolge Haustarifvertrag und Kündigungsschutz erst im Jahre 2019 erreichbar ist, wurde der Personalabbau in den anderen Bereichen der Gesellschaft zu einem großen Teil bereits zum Beginn des Geschäftsjahres 2015/2016 realisiert. Dies erfolgte ausnahmslos auf sozialverträglicher Basis unter Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen. Durch Renteneintritt, Auflösung von Arbeitsverhältnissen in gegenseitiger Übereinstimmung gegen Abfindungszahlung sowie die Nichtverlängerung befristeter künstlerischer Arbeitsverträge wurden 42 Arbeitsverhältnisse beendet. Außerdem wurde durch individuelle Teilzeitvereinbarungen in den Bereichen Technik, Werkstätten, Maske, Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit eine Absenkung des Personalvolumens um 17,5 Vollbeschäftigteneinheiten ab 01. August 2015 gesichert. Ein Personalüberhang besteht zunächst noch vor allem im Chor, wo die Tarifgesetzgebung einer betriebsbedingten Beendigung von Arbeitsverhältnissen im Wege steht. Der Personalüberhang wird sich daher erst in den Folgejahren auflösen lassen. Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand ist die Erreichung der Zielgröße von 419 Beschäftigten per 31. Juli/01. August 2019 bei Fortsetzung der konsequenten Personalpolitik als realistisch anzusehen.

Der im Verlauf des Wirtschaftsjahres 2014/2015 konsequent betriebene Personalabbau ermöglichte nicht allein die Einhaltung der geplanten Personalkosten sondern führte sogar zu Minderaufwendungen.

Zur Sicherung der Liquidität enthält der Wirtschaftsplan 2014/2015 in Übereinstimmung mit dem Sanierungs- und Strukturanpassungskonzept die Erhöhung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 405 T€ sowie die Minderung der Sachkosten um 540 T€. Während die Umsatzziele erreicht und übertroffen wurden, erwies sich die Sachkostenplanung als unterfinanziert. Personalkostensenkung und Mehrerlöse gewährleisten die Einhaltung des geplanten Betriebsergebnisses. Trotz der notwendigen Sparmaßnahmen im Personal- und Sachkostenbereich boten die Bühnen der Stadt Halle in der Saison 2014/2015 ein vielfältiges und künstlerisch hochwertiges Leistungsangebot.

Die erreichte Zahl von 290.837 Besuchern stellt im Vergleich zu den Vorjahren ein sehr gutes Ergebnis dar. Die Zielstellung im Theaterfördervertrag sah für 2014/2015 270.000 Besucher vor.

**2. Leistungsentwicklung**

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle sah für das Geschäftsjahr 2014/2015 trotz der Sparmaßnahmen des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes wiederum ein sehr umfassendes Leistungsangebot vor, das dazu führte, dass im Geschäftsjahr 2014/2015 ein Jahresfehlbetrag von 1.935 T€ entstand.

Mit 30 Neuinszenierungen und einer Vielzahl von Stückübernahmen aus vorangegangenen Spielzeiten auf den Bühnen sowie einem gewohnt reichen Konzertangebot sollten in 1.608 Vorstellungen, Konzerten und Veranstaltungen 267.675 Besucher erreicht werden.

Diese Zahlen lagen unter den Ergebnissen von 2013/2014, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung 2014/2015 noch nicht bekannt waren.

Die Planung der Vorstellungen und Besucherzahlen orientierte sich zum Zeitpunkt der Planaufstellung im Frühjahr 2014 an den Ergebnissen der Vorjahre. Es wurde berücksichtigt, dass 2014/2015 keine Kinderstadt stattfindet.

Die geplanten Leistungen sind hinsichtlich der Zahl an Neuinszenierungen voll erbracht worden. 1.608 geplanten Vorstellungen, Konzerten und Veranstaltungen stehen im Ist 1.478 gegenüber. Die Unterschreitung der Planzahl ist ausschließlich Folge der Verringerung theaternaher Rahmenprogramme und theaterpädagogischer Veranstaltungen.

Während im Plan von den 1.608 Veranstaltungen 515 auf theaterpädagogische und theaternahe Angebote entfielen, weist das Ergebnis nur 328 derartige Veranstaltungen aus. Das bedeutet, dass die Zahl der Vorstellungen, Konzerte und Gastspiele gegen Entgelt mit 1.150 deutlich höher lag als es der Plan von 1.093 vorsah.

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle erreichte im Geschäftsjahr 2014/2015 eine Gesamtzahl von 290.837 Besuchern. Das sind deutlich mehr als der Plan vorsah.

Im Vergleich der zurückliegenden Jahre ordnet sich diese Zahl wie folgt ein:

**Besucher**

2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15
290.228	228.480	248.761	253.744	245.621	239.507	278.622	268.581	299.608	290.837

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass 2014/2015 keine Kinderstadt stattfand, die im Vorjahr ca. 10.000 Besucher erreichte, liegt das Ergebnis gleichauf mit dem zehnjährigen Rekordwert des Vorjahres.

Die Auslastung der Vorstellungen – ohne theaterpädagogische und theaternahe Veranstaltungen – lag 2014/2015 im Durchschnitt bei 80,39 %.

Von der Gesamtbesucherzahl des Jahres 2014/2015 entfielen 25.954 Personen auf theaterpädagogische und theaternahe Veranstaltungen. Im Vorjahr hatte diese Zahl 28.484 betragen.

### Anzahl Vorstellungen / Konzerte

	Vorstellungen				Besucher			
	Ist	Ist	Plan	Ist	Ist	Ist	Plan	Ist
	2012/13	2013/14	2014/15	2014/15	2012/13	2013/2014	2014/2015	2014/2015
<b>Opernhaus</b>	<b>408</b>	<b>383</b>	<b>415</b>	<b>338</b>	<b>93.444</b>	<b>88.484</b>	<b>86.900</b>	<b>82.930</b>
davon Großes Haus	148	147	150	144	60.042	58.833	60.400	60.058
sonstige Spielstätten	98	68	80	64	5.898	5.192	6.000	4.901
Gastspiel/Vermiet. i. H.	12	9	10	18	5.190	7.020	7.000	5.463
Gastspiele außer Haus	23	17	15	16	15.955	8.348	7.500	6.960
theaterpäd./th.-nahe Verant.	127	142	160	96	6.359	9.091	6.000	5.548
<b>neues Theater</b>	<b>460</b>	<b>409</b>	<b>465</b>	<b>429</b>	<b>55.527</b>	<b>65.765</b>	<b>58.650</b>	<b>60.448</b>
davon Großer Saal	113	136	130	125	23.162	29.270	27.250	23.594
Kammertheater	91	82	80	106	8.965	8.950	8.800	11.382
Schaufenster	29	47	50	39	1.677	2.232	2.500	1.628
Hof	36	75	40	32	8.763	10.856	9.600	8.687
sonstige Spielstätten	16	15	20	36	2.541	3.363	2.500	1.638
Gastspiele/Vermiet. i. H.	58	15	45	57	4.657	3.361	5.000	7.630
Gastspiele außer Haus	2	0	0	5	237	0	0	1.542
theaterpäd./th.-nahe Verant.	115	39	100	29	5.525	7.733	3.000	4.347
<b>Puppentheater</b>	<b>277</b>	<b>259</b>	<b>255</b>	<b>209</b>	<b>22.348</b>	<b>32.566</b>	<b>26.000</b>	<b>24.052</b>
davon eigene Vorstell. i. Haus	155	181	155	156	12.062	14.825	12.000	13.148
Gastspiele/Vermietungen i. H.	7	1	15	7	596	99	1.600	678
Gastspiele außer Haus	27	23	20	14	5.581	3.554	8.000	2.092
sonstige Spielstätten	7	32	5	6	1.656	12.647	2.000	962
theaterpäd./th.-nahe Verant.	81	22	60	26	2.453	1.441	2.400	7.172
<b>Thalia Theater Halle</b>	<b>270</b>	<b>287</b>	<b>205</b>	<b>232</b>	<b>24.773</b>	<b>40.196</b>	<b>25.375</b>	<b>37.085</b>
davon Großer Saal Oper	20	24	30	39	7.118	10.752	13.500	20.108
nt Kammer	26	49	25	25	2.750	5.033	2.375	2.973
Gastspiele außer Haus	1	2	0	2	150	301	0	160
sonstige Spielstätten	148	168	100	132	12.540	22.972	8.000	12.630
theaterpäd./th.-nahe Verant.	75	44	50	34	2.215	1.138	1.500	1.214
<b>Staatkapelle</b>	<b>200</b>	<b>212</b>	<b>193</b>	<b>187</b>	<b>59.530</b>	<b>67.377</b>	<b>67.750</b>	<b>81.952</b>
davon Konzerte in Halle	82	91	88	82	42.328	45.237	42.000	45.405
Gastspiele	24	41	35	45	12.118	18.279	22.750	33.244
theaterpäd./th.-nahe Verant.	94	80	70	60	5.084	3.861	3.000	3.303
<b>spartenüberg. Veranstaltg</b>	<b>155</b>	<b>130</b>	<b>75</b>	<b>83</b>	<b>12.959</b>	<b>5.220</b>	<b>3.000</b>	<b>4.370</b>
<b>gesamt</b>	<b>1.770</b>	<b>1.680</b>	<b>1.608</b>	<b>1.478</b>	<b>268.581</b>	<b>299.608</b>	<b>267.675</b>	<b>290.837</b>
davon Vorstellungen/Konzerte	1.123	1.223	1.093	1.150	233.986	271.124	248.775	264.883
theatemahe Rahmenprogr.	647	457	515	328	34.595	28.484	18.900	25.954

Die **Oper Halle** erreichte als Sparte in der Spielzeit 2014/2015 82.930 Besucher. Davon entfallen 60.058 Besucher auf eigene Inszenierungen des Musiktheaters und des Balletts im großen Haus, 1.119 Besucher auf das Operncafé sowie 3.782 Besucher auf sonstige Spielstätten. Bei Gastspielen im Haus und Vermietungen des Opernhauses waren 5.463 Besucher zu verzeichnen und bei eigenen Gastspielen wurden 6.960 Besucher abgerechnet.

Im Vergleich zur vorangegangenen Spielzeit 2013/2014 liegt die Gesamtzahl der für die Sparte Oper ausgewiesenen Besucher 2014/2015 um 5.554 Personen niedriger. Im Vergleich zur Spielzeit 2012/2013 beträgt der Besucherverlust 10.514 Personen. Das hat mehrere Ursachen. Die eigene Gastspieltätigkeit verringerte sich erheblich, nachdem im Jahr 2013 die Ring-Kooperation mit Ludwigshafen ausgelaufen war. Zugleich nahm die Zahl der Besucher bei Gastspielen und Vermietungen im Opernhaus ab, da auf Grund der häufigen Bespielung durch die Thalia-Sparte weniger Termine im großen Haus zur Verfügung standen, dafür die Vermietungen auf den kleinen Spielstätten zunahmen. In Folge des Abbaus von theaterpädagogischen Mitarbeitern reduzierten sich in der Oper ebenso wie in den anderen Sparten die theaterpädagogischen Veranstaltungen und die Zahl der damit erreichten Besucher.

Die Zahl der eigenen Veranstaltungen der Oper und des Balletts im großen Haus weist über die letzten Jahre eine große Konstanz aus. Das trifft ebenso auf die Zuschauerzahlen zu, die seit 2012/2013 stets um die 60.000 Personen lagen.

Mit den eigenen Vorstellungen im Haus und auf Gastspielen erreichte die Oper eine durchschnittliche Auslastung von 70,90 %. Die durchschnittliche Auslastung der eigenen Vorstellungen im großen Saal betrug dabei 68,24 %. Dabei waren die Aufführungen des Musiktheaters mit durchschnittlich 69,74 %, die des Balletts mit 67,82 % ausgelastet. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein leichter Anstieg der Durchschnittsauslastung festzustellen.

Unter Hinzuziehung der Thalia Vorstellungen wurde im großen Saal des Opernhauses eine Auslastung von 72,15 % erreicht.

Im Verlaufe der Spielzeit erarbeitete die Opernsparte 9 Neuinszenierungen, davon 7 Produktionen des Musiktheaters und 2 Ballettaufführungen. Allein mit der Neuinszenierung von „WEST SIDE STORY“ sind ca. 23 % der Gesamtbesucherzahl eigener Vorstellungen erzielt worden. Bei der hohen Zahl von 28 Vorstellungen betrug die Durchschnittsauslastung ca. 78 %. Nur im Ballett wurden bei der Neuproduktion „SCHWANENSEE“ mit 92 % sowie bei dem Dauererfolg „DER NUSSKNACKER“ mit 88 % bessere Werte erreicht.

Von den Neuproduktionen in der Spielzeit blieb vor allem die Operette „BALL IM SAVOY“ mit einer Durchschnittsauslastung von 48 % in 5 Vorstellungen weit unter den Erwartungen, während eine gleiche Auslastung in den 5 „PHAEDRA“-Aufführungen zumindest als zufriedenstellend angesehen werden kann.

Außer den 9 Neuinszenierungen sind im Musiktheater 8 Inszenierungen aus den Vorjahren wieder aufgenommen worden. In der Struktur des Angebotes entfallen 8 Inszenierungen auf Opern, 3 auf Musicals, 2 auf Operetten und 2 auf Werke für Kinder. In den Aufführungszahlen entfallen 35 % auf Opern, 9 % auf Operetten, 43 % auf Musicals und 13 % auf Angebote für Kinder („BRUNDIBAR“/„PETER UND DER WOLF“). Von den Besucherzahlen entfallen 26,96 % auf Opernwerke, 11,98 % auf Operetten, 27,44 % auf Musicals und 7,87 % auf Werke für Kinder.

Das Ballett hatte mit 43 Ballettvorstellungen einen Anteil von 29,86 % an den eigenen Vorstellungen im großen Saal der Oper. Der Publikumsanteil des Balletts an der Gesamtbesucherzahl lag bei 24,18 %.

Die **Staatskapelle Halle** erreichte in der Saison 2014/2015 ihr bestes Ergebnis der letzten Jahre. Mit einem umfangreichen und vielfältigen Konzertangebot auf hohem künstlerischen Niveau sind die Aktivitäten des Orchesters erweitert und die Besucherzahlen besonders auf auswärtigen Gastspielen erheblich gesteigert worden.

Insgesamt fanden in Halle 82 Konzerte statt. Die Konzerte in Halle sind von 45.405 Hörern besucht worden. Das war nahezu die gleiche Zahl wie im Vorjahr. Außerhalb der Stadt Halle gab die Staatskapelle 45 Konzerte vor 33.244 Besuchern. Das sind nur 4 Konzerte mehr als 2013/2014, aber dabei sind 14.965 Besucher mehr als in der Saison 2013/2014 erreicht worden. Die durchschnittliche Auslastung aller Konzerte lag 2014/2015 bei 87 %.

Zentraler künstlerischer Punkt sind die Abonnements-Sinfonie-Konzerte in der Händelhalle. Hier wurden 2014/2015 15.750 Besucher gezählt. Die durchschnittliche Auslastung betrug 79,1 %. Den Spitzenplatz in der Platzausnutzung verzeichnen weiterhin die Konzertreihen „Klassisches Erbe“ und „Pavillonkonzerte“ mit einer Durchschnittsauslastung von 97,6 % bzw. 92,0 %.

Von den 45 Gastspielkonzerten der Staatskapelle entfielen 22 auf Sachsen-Anhalt, darunter 12 Schüler- und Jugendkonzerte, 12 auf Städte in anderen deutschen Bundesländern sowie 11 auf das Ausland (5 Zürich, 6 Südamerika). Insgesamt wurden in Halle und anderen Orten Sachsen-Anhalts mit den speziellen Schüler- und Jugendkonzerten 5.494 Besucher erreicht.

Das **neue theater** hat die Zahl von 10 geplanten Neuinszenierungen der Spielzeit realisiert, wobei die Auftaktproduktion, das Spektakel „Stadt, Land, Krieg“, 5 Stücke umfasste. Zum Ende der Spielzeit kam anstelle der geplanten Inszenierung „Floh im Ohr“ das Monologdrama „Alleinunterhalter“ zur Aufführung.

Im Vorjahr hatte das neue theater vor allem mit künstlerisch überzeugenden Neuinszenierungen im großen Saal erfolgreich agiert und hier einen Besucherzuwachs herbeigeführt. Daran konnte mit Beginn der Spielzeit 2014/2015 nicht angeknüpft werden. Das Spektakel fand sein Publikum nicht, das Hauptwerk „Ödipus Stadt“ fiel krankheitsbedingt über Monate aus und setzte sich in Folge deshalb nicht im Spielplan durch. Auch die anschließende Inszenierung „Spiegel im Spiegel“ fand keinen breiten Zuspruch. Mit „Volksfeind“ und vor allem mit „Mephisto“ trat Besserung ein, doch konnte dies den Verlust an Attraktivität der Angebote im großen Saal nicht mehr verhindern. So ist hier ein Rückgang der Besucherzahl auf 23.594 gegenüber 29.270 in der Spielzeit 2013/2014 zu bilanzieren. Die durchschnittliche Auslastung der Vorstellungen lag bei 76,73 %. Im Jahr zuvor waren es 83,98 % gewesen.

In der Kammer verlief die Saison erfolgreicher. Es fanden drei Neuinszenierungen statt. Zusammen mit dem übernommenen Repertoire sorgten „Effi Briest“, „Wir sind keine Barbaren“ und „Männerhort“ für eine hohe Auslastung der Kammer. Mit 106 Vorstellungen und 11.382 Besuchern lagen die Aktivitäten und Ergebnisse deutlich über den Werten der Vorjahre.

Als Publikumsrenner erwies sich wiederum die Produktion „Rapunzel“ in der Vorweihnachtszeit auf dem Hof des neuen theaters. Insgesamt muss jedoch auch für die Hofangebote ein leichter Besucherrückgang konstatiert werden, der auf eine Verringerung der Vorstellungszahl auf dem Hof in den Sommermonaten zurückzuführen ist.

In Gänze muss so für das neue theater ein erheblicher Besucherverlust beklagt werden. Die Zahl der Zuschauer liegt mit 60.448 um 5.317 niedriger als in der Spielzeit zuvor. Sie ist damit fast wieder auf das Niveau von 2012/2013 zurückgefallen.

Die durchschnittliche Auslastung der eigenen Vorstellungen betrug 83,15 %.

Nach dem glanzvollen Jubiläumsjahr folgte im **Puppentheater** die Rückkehr in den Normalbetrieb, wobei für das Ende der Spielzeit mit der Inszenierung „Das Bauchrednertreffen“ ein langjährig vorbereiteter Höhepunkt der künstlerischen Entwicklung und übernationalen Zusammenarbeit anvisiert wurde. Vor dieser Produktion waren 3 weitere Neuinszenierungen geplant. Die Saison startete überaus erfolgreich mit „Der Besuch der alten Dame“, so gefragt, dass mit Aufführungen zwecks Befriedigung der Nachfrage auf eine größere Spielstätte ausgewichen werden musste. „Jorinde und Joringel“ sowie die außerplanmäßige Zusatzproduktion „Fischbrötchen“ fanden ein begeistertes junges Publikum und schließlich wurde auch Flauberts „Madame Bovary“ beeindruckend zur Aufführung gebracht. Leider verhinderte die Erkrankung eines Spielers dann die mit höchster Spannung erwartete Premiere „Das Bauchrednertreffen“. Sie musste in die Spielzeit 2015/2016 verschoben werden.

Erwartungsgemäß blieben die Besucherzahlen hinter den Ergebnissen der Jubiläumsspielzeit mit ihrer Fülle von Sonderveranstaltungen weit zurück. Gemessen an den Jahren zuvor, sind jedoch weitere Schmälerungen zu registrieren. Das betrifft eine Verringerung der Zahl der Gastspiele und der Gastspielbesucher.

162 eigene Vorstellungen in den Spielstätten Dock 1 und 2 erreichten 14.110 Besucher, 14 Gastspiele fanden 2.092 Besucher. Das sind zusammengefasst 34 Vorstellungen und 3.139 Besucher weniger als 2013/2014 und 2.403 Zuschauer weniger als 2012/2013.

Die Sparte **Thalia Theater** hat ganz entscheidend zum guten Leistungsergebnis der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im Geschäftsjahr 2014/2015 beigetragen. Die Spielplanung sah neben der Mitwirkung am Eröffnungsspektakel des neuen theaters und an den Hofinszenierungen „Don Quijote“ 6 Produktionen von großer Vielfalt und für unterschiedliche Altersgruppen vor. Zusammen mit dem übernommenen Repertoire stand damit für alle Altersgruppen ein umfangreiches Angebot zur Verfügung, das in den Spielstätten Opernhaus, Puppentheater, Kammer und Schaufenster des neuen theaters zur Aufführung kam. Einen unverzichtbaren Platz im Spielplan nahm wiederum der Thalia Fasching in der alten Spielstätte des Thalia Theaters ein. Neu hinzugenommen wurde als Spielort der Gasometer. Im Rahmen des geplanten Kooperationsprojektes „Industriegebietskinder“ fanden dort 33 Vorstellungen und Veranstaltungen vor 3.699 Besuchern statt. Zum besucherseitigen Erfolg der Thalia Sparte trugen entscheidend die Aufführungen im Opernhaus bei. Nachdem dort bereits im Vorjahr mit der Inszenierung „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ hohe Besucherzahlen erzielt worden waren, sorgte die Neuinszenierung „Fame“ für einen nochmaligen Besucheranstieg.

Insgesamt erreicht die Thalia Sparte 37.085 Besucher. Das sind ohne Kinderstadt, die im Vorjahr ca. 10.000 Zuschauer erreichte, nur ca. 3.000 Besucher weniger als 2013/2014. Von der Gesamtzahl entfallen 20.108 auf Besucher der Aufführungen „Fame“ und „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ im Opernhaus. Zum Vergleich sei hier nochmals darauf verwiesen, dass die gesamte Opernsparte im großen Saal 60.058 Besucher fand.

### 3. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 01. August 2014 bis 31. Juli 2015 sah der Wirtschaftsplan der GmbH **Umsatzerlöse** in Höhe von 3.105 T€ vor. Im Ergebnis des Geschäftsjahres sind Umsatzerlöse von 3.452 T€ mithin also Mehrerlöse von 347 T€ erwirtschaftet worden.

Zugleich liegt dieses Ergebnis um 165 T€ höher als das Ist des Vorjahres, wo 3.287 T€ erwirtschaftet worden waren.

Detailliert betrachtet stellt sich die Entwicklung der Umsatzerlöse wie folgt dar:

	Ist 2011/2012 in €	Ist 2012/2013 in €	Ist 2013/2014 in €	Ist 2014/2015 in €
Einnahmen Kartenverkauf	2.095.306	2.186.423	2.524.097	2.689.977
Einnahmen aus Vermietungen/GSP im Haus	89.272	96.251	99.214	109.411
Erlöse aus Gastspielen	789.393	1.148.225	540.564	514.321
Zwischensumme:	2.973.971	3.430.899	3.163.875	3.313.709
sonst. Theatereinnahmen	36.186	11.772	48.277	36.335
<b>Summe Erlöse aus dem Theaterbetrieb</b>	<b>3.010.157</b>	<b>3.442.671</b>	<b>3.212.152</b>	<b>3.350.044</b>
Ticket- und Vorverkaufsgebühren	15.376	17.007	20.082	15.554
Programm- und Plakatverkauf	43.739	58.331	55.024	45.248
Garderobengebühren	-	-	-	41.468
<b>Sonstige Umsatzerlöse gesamt</b>	<b>59.115</b>	<b>75.338</b>	<b>75.106</b>	<b>102.270</b>
<b>Umsatzerlöse gesamt</b>	<b>3.069.272</b>	<b>3.518.009</b>	<b>3.287.258</b>	<b>3.452.314</b>

In den einzelnen Sparten entwickelten sich der Erlöse wie folgt:

	Ist 2012/2013	Ist 2013/2014	Plan 2014/2015	Ist 2014/2015
<b>Erlöse aus Theaterbetrieb</b>				
Oper	1.866.747	1.271.990	1.312.100	1.328.874
Staatskapelle	591.428	750.710	700.000	803.180
neues theater	616.941	663.379	587.615	626.536
Puppentheater	256.711	244.986	234.920	207.705
Thalia Theater	99.072	232.807	184.938	366.573
Spartenübergreifend		48.279		17.176
<b>gesamt</b>	<b>3.430.899</b>	<b>3.212.151</b>	<b>3.019.573</b>	<b>3.350.044</b>

Von den sonstigen Theatereinnahmen in Höhe von 36 T€ sind 19 T€ direkt den Sparten zugeordnet.



In der **Oper** ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung der Erlöse um 57 T€ festzustellen. Die Einnahmen aus dem Kartenverkauf erhöhten sich um 70 T€, dagegen gingen die Einnahmen aus Gastspielen und aus Vermietungen zurück.

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchschn. Einn. je Besucher in €
Großer Saal	144	60.058	1.082.577	18,03
Operncafé	22	1.119	14.325	12,80
Vermietungen/GSP	18	5.463	19.549	-
Gastspiele	16	6.960	168.519	24,21
sonstige Spielstätten	42	3.782	35.904	-
Theaterpädagogische Aktivitäten	96	5.548	8.000	-
<b>gesamt</b>	<b>338</b>	<b>82.930</b>	<b>1.328.874</b>	

Die durchschnittlichen Einnahmen je Besucher beliefen sich 2014/2015 im großen Saal der Oper auf 18,03 €. Im Vorjahr betragen sie 17,30 €

Bei der **Staatskapelle** erhöhten sich die Erlöse aus dem Konzertbetrieb im Vergleich zum Vorjahr von 751 T€ um 52 T€ auf 803 T€.

Das ist gleichermaßen durch höhere Durchschnittseinnahmen je Besucher in Halle als auch durch höhere Gastspielerlöse erreicht worden.

Die durchschnittlichen Erlöse je Besucher aus den realisierten Konzerten in Halle betragen 2013/2014 10,90 €. In der Konzertsaison 2014/2015 beliefen sie sich auf 11,49 €.

Spielort	Konzerte	Besucher	Einnahmen in €	durchschn. Einn. je Besucher in €
Halle	82	45.405	521.729	11,49
Gastspiele	45	33.244	273.476	
Sonstige	60	3.303	7.975	
<b>gesamt</b>	<b>187</b>	<b>81.952</b>	<b>803.180</b>	

Im **neuen theater** verringerten sich die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr von 663 T€ um 37 T€ auf 626 T€.

Die Ist-Erlöse schlüsseln sich wie folgt auf:

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Großer Saal	125	23.594	290.782	12,32
Kammer	106	11.382	134.239	11,79
Schaufenster	39	1.628	15.505	9,52
Hof	32	8.687	58.780	6,77
sonst. Spielstätten	36	1.638	18.211	
Vermietungen	57	7.630	82.604	
Gastspiele	5	1.542	26.415	
Theaterpädagogische Aktivitäten	29	4.347		
<b>gesamt</b>	<b>429</b>	<b>60.448</b>	<b>626.536</b>	

Der Rückgang der Einnahmen ist hauptsächlich durch die verschlechterte Auslastung der Vorstellungen im großen Saal sowie durch den Verzicht auf den Silvesterball bewirkt worden. Die Durchschnittseinnahmen im großen Saal sanken von 2.545 € im Vorjahr auf 2.288 €.

Im **Puppentheater** sanken die Erlöse gegenüber dem Vorjahr von 245 T€ auf 208 T€. Der Plan für 2014/2015 hatte 235 T€ vorgesehen.

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Dock 1/2	156	13.148	149.031	11,33
sonst. Spielstätten	6	962	8.519	
Gastspiele/Vermietungen i. Haus	7	678	4.964	
Gastspiele	14	2.092	44.461	
Theaterpädagogische Aktivitäten/Sonstige	26	7.172	730	
<b>gesamt</b>	<b>209</b>	<b>24.052</b>	<b>207.705</b>	

Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sich die Einnahmen aus eigenen Vorstellungen im Hause. Sie betragen 2013/2014 153.437 € und 2014/2015 149.031 €. Noch stärker verringerten sich die Gastspieleinnahmen von 77.498 € auf 44.461 €. Die fehlenden Gastspiele und Gastspielerlöse sind der Hauptgrund für die Mindereinnahmen.

Für die Sparte **Thalia Theater** sind die Einnahmeergebnisse als außerordentlich positiv anzusehen. Mit einer Summe von 366.573 Euro liegt das Ist der Spielzeit 2014/2015 weit höher als die Resultate zu Zeiten des eigenen Hauses je gewesen waren. Das Ergebnis übertrifft das Planziel von 182 T€ nahezu um das Doppelte. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf die Aufführungen im Opernhaus. Nicht nur „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ sondern vor allem „Fame“ erreichte bei hoher Vorstellungszahl viele Besucher mit hoher Durchschnittseinnahme.

Das Ergebnis schlüsselt sich wie folgt auf:

Spielort	Vorstellungen	Besucher	Einnahmen in €	durchsch. Einn. je Besucher in €
Saal Oper	39	20.108	284.099	14,13
Kammer nt	25	2.973	12.084	4,06
Dock	18	1.226	6.661	5,43
Schaufenster	63	2.936	13.080	4,46
Gastspiele	2	160	1.450	9,06
Sonstige Spielstätten	51	8.468	46.924	5,54
Theaterpädagogische Aktivitäten	34	1.214	2.275	
<b>Gesamt</b>	<b>232</b>	<b>37.085</b>	<b>366.573</b>	

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Besucherzahlen des Thalias im Opernhaus von 10.752 auf 20.108 nahezu verdoppelt, die Einnahmen fast verdreifacht.

Neben den Erlösen aus eigenen Umsätzen waren für das Geschäftsjahr 2014/2015 **sonstige betriebliche Erlöse** in Höhe von 425 T€ geplant. Im Ergebnis des Geschäftsjahres steht ein Ist in Höhe von 699 T€.

Dies setzt sich wie folgt zusammen:

	Plan	in €	Ist
Spenden und Fördergelder für Projekte	0		140.023
Spenden, Sponsoring Sparkasse	100.000		100.000
Spenden Förderverein Oper f. Kinderchor	15.000		15.000
Erstattung Stiftung Händelhaus	104.000		0
Mieten Wohnungen und Geschäftsräume	72.000		93.117
Anzeigen	18.000		18.730
Erlöse aus Verkauf Sachanlagen	0		0
Auflösung Sonderposten	76.000		77.312
sonstige Erträge	40.000		37.758
periodenfremde Erträge	0		46.787
Auflösung von Rückstellungen	0		
Erstattung Personalkosten			170.546
	<b>425.000</b>		<b>699.273</b>

Zum Zeitpunkt der Planung war die Projektförderung zum Teil noch nicht beantragt, zum Teil kam es zu terminlichen Verschiebungen aus der Spielzeit 2013/2014 in das Wirtschaftsjahr 2014/2015.

Bei dem Planansatz Erstattung Stiftung Händelhaus erfolgte die Planung nach der seit Jahren geübten Praxis. Die Stiftung Händelhaus erstattete der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle in den zurückliegenden Jahren einen Betrag von 104 T€ für anteilige Ausstattungs- und Honorarkosten der Inszenierung und Aufführung von Händel-Werken während der Händelfestspiele. Außerdem erhielt die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle 30 % der Einnahmen aus dem Kartenverkauf für die Händelaufführungen. Nach dem neuen Theaterfördervertrag entfällt die Kostenerstattung durch die Stiftung. Dafür verbleiben die Einnahmen aus dem Kartenverkauf zu 100 % bei der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle. Die im Frühjahr 2014 für 2015 geplanten Erstattungen erfolgten nicht. Dafür sind höhere Einlöse aus dem Kartenverkauf realisiert worden. Allerdings handelt es sich bei der Neuregelung der Verfahrensweise um eine für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wirtschaftlich sehr schlechte:

Händelfestspiele		2014	in €	2015
Kostenerstattung an TOOH	Ausstattung/Honorare	99.800,00		0,00
Einnahmen TOOH	Aufführungen Händel-Inszen.	24.570,96		91.286,60
		<u>124.370,96</u>		<u>91.286,60</u>

Der am 25. Juni 2014 vom Stadtrat beschlossene Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2014/2015 einen Zuschuss von 29.748 T€ vor, davon Mittel der Stadt von 20.698 T€ und des Landes von 9.050 T€.

Da die Maßnahmen des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes, insbesondere die personellen Anpassungen aufgrund der Bindungen der Haustarifverträge erst langfristig ihre Wirkung entfalten, besteht seitens der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle mittelfristig ein zusätzlicher Zuschussbedarf um die Zahlungsfähigkeit zu sichern. Diese einmaligen Zuschusszahlungen sind durch die Stadt Halle zu erbringen. Für das Geschäftsjahr 2014/2015 handelt es sich hierbei um einen Betrag von 2.917 T€.

Außerdem beinhaltet der Wirtschaftsplan 2014/2015 die im Theaterfördervertrag vereinbarte Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Strukturanpassungsmaßnahmen in Höhe von 5.093 T€.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2014/2015 stellte sich die Ertragsentwicklung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wie folgt dar:

	Plan	in €	Ist
Umsatzerlöse	3.105.000,00		3.452.313,75
Sonstige betriebliche Erträge	425.000,00		699.273,14
Zuschuss Stadt/Land	29.748.000,00		29.751.600,00
Zuschuss Stadt Liquidität	2.917.000,00		2.917.000,00
Zwischensumme	<u>36.195.000,00</u>		<u>36.820.186,89</u>
Zinserträge			684,45
Gesamtsumme Erträge	<u>36.195.000,00</u>		<u>36.820.871,34</u>

Die Zuschüsse von der Stadt und Land waren im Wirtschaftsplan niedriger angesetzt als später im Theaterfördervertrag vereinbart. Der Theaterfördervertrag sieht einen jährlichen Landeszuschuss von 9.053.600 € vor, so dass sich für die GmbH eine Gesamtzuschusssumme von 29.751.600 € ergibt. Die vom Gesellschafter ausgezahlte Summe beläuft sich auf 29.747.550 €.

Der Zuschuss des Landes zur Strukturanpassung wurde vertragsgemäß auf ein Sperrkonto bei der Stadt Halle überwiesen. Aus diesem Konto flossen der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Erstattungen für geleistete Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Personalabbau in Höhe von 582.259,45 € zu.

Die **Aufwendungen** stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

	Plan	in €	Ist / €
Materialaufwand	3.375.000		3.583.675
davon bezogenes Material	825.000		834.151
davon bezogene Leistungen	2.550.000		2.749.524
Personalkosten	30.950.000		30.768.675
Abschreibungen	1.395.000		1.435.927
Sonstige betriebliche Aufwendungen (ohne Forderungsverluste)	2.500.000		2.771.069
Zwischensumme	38.220.000		38.559.346
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20.000		14.532
Sonstige Steuern			7.021
Zinsaufwand			2.047
Forderungsverluste			173.183
Gesamtsumme	38.240.000		38.756.129

Der Plan-Ist-Vergleich zeigt in der Gesamtsumme Mehraufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplan in Höhe von 516 T€. Die Mehraufwendungen zeigen sich im Plan-Ist-Vergleich bei allen Positionen. Im Wesentlichen für Aufwendungen für Projekte in Höhe von 231 T€, die zum Teil durch Zuwendungen ausgeglichen werden. Daneben besteht das grundsätzliche Problem der Unterdeckung der Sach- und Honorarkosten, das im Ergebnis noch nicht auffällig wurde, weil Mehreinnahmen und Minderausgaben im Personalbereich für ausreichend für Deckung sorgten.

Im Einzelnen stellt sich die Kostenentwicklung wie folgt dar:

Materialaufwendungen	Ist in € 31.07.2014	Plan in € 2014/2015	Ist in € 31.07.2015
Neuinszenierungen	561.743	560.000	526.293
laufende Inszenierungskosten	165.178	160.000	156.728
Werkstätten	27.078	50.000	29.807
Ballettschuhe	12.773	14.000	12.023
Veranstaltungen	0	41.000	54.156
Zwischensumme	766.772	825.000	779.007
zzgl. Projekte	100.447	0	55.144
bezogenes Material gesamt	867.219	825.000	834.151
Instrumentenreparatur/Stimmungen	154.642	140.000	153.204
Honorare inkl. Reisekosten und Übernachtung	1.692.081	1.790.000	1.605.112
Urhebergebühren/Notenleihe	415.672	300.000	422.766
Miete Spielstätten	152.496	140.000	192.524
Feuerwache	93.221	78.000	74.385
Gastspiele	98.117	102.000	118.158
Zwischensumme	2.606.229	2.550.000	2.566.149
zzgl. Projekte	221.330	0	183.375
bezogene Leistungen gesamt	2.827.559	2.550.000	2.749.524
Materialkosten gesamt	3.694.778	3.375.000	3.583.675

Die mit 3.375 T€ geplanten **Materialkosten** sind bei einem Ist von 3.583 T€ um 208 T€ überschritten worden. Dies wird zunächst an Aufwendungen für Projekte in Höhe von 239 T€ erkennbar.

Grundsätzlich ist die Kostenentwicklung durch eine Unterschreitung der Aufwendungen für Gäste-Honorare gekennzeichnet, weil die Honorare in dieser Position zwar voll geplant, aber soweit es sich um abhängig beschäftigte Gäste handelt, in den Personalkosten verbucht werden.

Die in den Personalkosten ausgewiesenen Ausgaben für Gäste in Höhe von 736 T€ führen jedoch infolge der Überschreitung der Honoraraufwendungen nicht in dieser Höhe zu Minderausgaben in den bezogenen Leistungen. Die verbliebenen Minderausgaben bei Honoraren von 185 T€ werden zur Deckung von Mehrausgaben bei Urhebergebühren, Mieten für Spielstätten und Instrumentenreparaturen in Anspruch genommen, weil diese Kosten vom Plan her permanent unterfinanziert sind.

Für Honorare waren Kosten von 1.790 T€ geplant. Das Ergebnis beläuft sich auf insgesamt 2.341 T€, davon sind 1.605 T€ in den Materialkosten und 736 T€ in den Personalaufwendungen ausgewiesen.

Die Honoraraufwendungen verteilen sich wie folgt auf die Sparten:

	Plan 2014/2015	in €	Ist 31.07.2015
Oper	900.000		992.130
neues theater	300.000		466.716
Puppentheater	150.000		159.388
Thalia Theater	120.000		398.836
Staatskapelle	320.000		321.006
Spartenübergreifend	0		2.705
Gesamt	1.790.000		2.340.781

Hohe Mehrkosten sind vor allem beim neuen theater und besonders beim Thalia Theater entstanden. Beim Thalia Theater erklären sich die Mehraufwendungen zum größten Teil aus der Notwendigkeit, das verkleinerte Ensemble zur Sicherung der Spielfähigkeit durch Gäste aufzustocken. Vor allem reichte die geringe Zahl von 3 Damen im Ensemble nicht aus, die Besetzung zu gewährleisten. Einen besonderen Kostenfaktor bildete jedoch die Inszenierung „Fame“ des Thalia Theaters im Opernhaus. Die Produktion erforderte einen hohen Aufwand an Gästen für die Soloaufgaben, Musik und Ballett. Die Honoraraufwendungen für die Erarbeitung dieser Inszenierung und die Aufführungen betragen über 225 T€. Dieser Aufwand bewirkte maßgeblich die hohen Besucherzahlen und Einnahmen der Thalia Sparte.

Im neuen theater war der Produktionsplan von Anfang an unterfinanziert. Angesichts dieser Situation wurde bereits sehr früh die geplante Inszenierung „Floh im Ohr“ gestrichen und später durch die weit kostengünstigere Produktion „Alleinunterhalter“ ersetzt. Langzeiterkrankungen im Ensemble nötigten dagegen zu einem weit stärkeren Gästeeinsatz als geplant.

In der Oper ergab sich ein Honorarmehrbedarf durch den Einsatz von Gästen anstelle der Festverpflichtung (freie Planstellen) sowie durch einen erhöhten Aufwand infolge von Krankheitsvertretungen.

Der Mehrbedarf im Puppentheater war durch eine unbesetzte Stelle gedeckt.

Für Neuinszenierungen sind 2014/2015 folgende Mittel eingesetzt worden:

	gesamt		Bühnenbild		Kostüme		Maske/Requisite/Technik	
	Plan	Ist 31.7.	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist
	€	€	€	€	€	€	€	€
Oper	320.000	286.966	219.000	183.900	71.000	65.107	30.000	37.959
nt	120.000	133.814	59.000	94.425	25.500	18.620	35.500	20.769
Thalia Theater	80.000	57.488	62.000	42.509	8.000	6.631	10.000	8.348
Puppentheater	40.000	42.980	24.500	30.362	12.000	3.928	3.500	8.690
gesamt	560.000	521.248	364.500	351.196	116.500	94.286	79.000	75.766

In den Gesamtaufwendungen von 526.293 € für Neuinszenierungen sind Aufwendungen für Textbücher in Höhe von 5.045 € enthalten. In den Aufwendungen von 8.960 € für Maske etc. sind bei der Sparte Puppentheater 7.056 € Materialkosten für Puppenbau enthalten. Im Vergleich zum Vorjahr mit Inszenierungskosten von 561 T€ sind die Aufwendungen 2014/2015 weiter gesenkt worden. Im Geschäftsjahr 2012/2013 hatten diese Kosten noch 631 T€ betragen. Die Entwicklung ist entscheidend auf die gesunkene Zahl an Neuinszenierungen zurückzuführen.

Bei der Planung der **Personalaufwendungen** für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 ist von einer durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von 522 vollbeschäftigten Personen ausgegangen worden. Unter Berücksichtigung des Haustarifvertrages für die Musiker waren 507,6 Vollbeschäftigten-Einheiten zu finanzieren. Ausgehend hiervon hatte die Hochrechnung eine Plansumme für 2014/2015 in Höhe von 30.950 T€ ergeben.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2014/2015 werden Kosten für Personalaufwendungen in Höhe von 30.768.674,88 € ausgewiesen. In dieser Summe sind Honoraraufwendungen in Höhe von 735.728,07 € enthalten, die nicht unter Personalkosten, sondern als bezogene Leistungen geplant wurden. Ohne diese Kosten für Gäste liegt das Ist der Personalkosten bei 30.032.946,81 € Bei dieser Summe ist allerdings zu beachten, dass hierin die insgesamt aufwandsmindernde Veränderung von Rückstellungen in Höhe von 38.481,60 € enthalten ist. Die realen Personalaufwendungen betragen 30.071.428,41 €.

Die Personalkosten ohne abhängig beschäftigte Gäste von 735.728,07 € und ohne die aufwandsmindernde Veränderung der Urlaubsrückstellung von 79.777,30 € schlüsseln sich wie folgt auf die Sparten und Bereiche auf:

2014/2015	Vollbeschäftigte im Jahresdurchschnitt gemäß HTV				Personalkosten in €	
	Plan		Ist 31.07.2015		Plan	Ist
	Personen	VBE	Personen	VBE		
Führungskräfte	2	2,0	2	2,0	157.700	157.524
Staatskapelle	147	132,6	147	132,6	10.595.800	10.612.208
Oper	96	96,0	93	93,0	5.497.200	5.435.846
Schauspiel	50	50,0	47	47,0	2.572.400	2.577.218
Puppentheater	11	11,0	9	9,0	595.400	538.539
Zentrale Bereiche	216	216,0	208	208,0	10.903.500	10.590.770
Zwischensumme	522,0	507,6	506,0	491,6	30.322.000	29.912.105
Auszubildende, Studenten, Aushilfen, Statisten sonstige Personalausgaben					390.000 238.000	126.892 73.727
<b>Gesamt</b>	<b>522,0</b>	<b>507,6</b>	<b>506,0</b>	<b>491,6</b>	<b>30.950.000</b>	<b>30.112.724</b>

Bereits die Planung von 522 vollbeschäftigten Personen bedeutete eine Senkung der Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr im Sinne des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes der Stadt Halle für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle. Gleichwohl kam es 2014/2015 zu einem Aufwuchs der zu finanzierenden Vollbeschäftigten durch Auslaufen des Haustarifvertrages für die Beschäftigten nach NV-Bühne und TVöD.

Im Verlaufe des Geschäftsjahres 2014/2015 wurde seitens der Geschäftsführung mit Nachdruck an der Umsetzung der personellen Ziele des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes, das per 31. Juli/01. August 2019 den Abbau auf 419 Personen vorgibt, gearbeitet.

Bis zum 31.07.2015 wurde die Belegschaft der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013/2014 um insgesamt 22 Personen reduziert. Dies erfolgte durch die Auflösung von Arbeitsverträgen sowohl zum 31. Juli 2015 als auch zum Teil bereits im Verlaufe des Geschäftsjahres. Dadurch konnte die geplante Zahl von Mitarbeitern im Jahresergebnis erheblich unterschritten und die entsprechenden Personalkosten unterschritten werden.

Die Auflösung der Arbeitsverträge war in 20 Fällen mit Abfindungen verbunden. Dafür sind bis zum 31. Juli 2015 Mittel in Höhe von 585.280 € von der GmbH verausgabt worden. Diese Aufwendungen wurden der Stadt Halle zu Lasten des dort verwalteten Sperrkontos für Strukturanpassungsmaßnahmen in Rechnung gestellt. Der Zahlungseingang ist erfolgt.

Im Verlaufe des Geschäftsjahres 2014/2015 sind darüber hinaus mit 203 Mitarbeitern von zentralen Bereichen individuelle Teilzeitvereinbarungen mit einem Lohnverzicht von bis zu 10 % gegen Freizeitausgleich abgeschlossen worden, die ab 01. August 2015 wirksam sind und zur Reduzierung der Personalkosten beitragen.



Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

Sonstige betriebliche Aufwendungen	Ist € 31.07.2014	Plan € 2014/2015	Ist € 31.07.2015
Werbung	273.110	300.000	318.024
Instandhaltung/Wartung	566.391	300.000	436.617
Bewachung	142.546	135.000	138.850
Reinigung/Abfallentsorgung	333.689	300.000	329.472
Miete	74.838	6.000	40.817
Arbeitsschutz	16.765	15.000	14.641
Betriebskosten (Heizung, Wasser, Strom)	629.394	624.000	595.366
Fahrzeuge	55.974	62.000	50.110
Versicherungen	44.959	57.000	53.461
Beiträge/Abgaben	156.762	125.000	171.042
Verwaltung	394.991	451.000	392.662
sonstige Aufwendungen	106.726	125.000	99.862
Zwischensumme	2.796.145	2.500.000	2.640.926
zzgl. Projekte	112.973	0	38.258
Zwischensumme	2.909.118	2.500.000	2.679.184
Periodenfremde Aufwendungen	4.160	0	91.884
Buchverluste aus Anlagenabgängen	2.537	0	0
Sonstige/Forderungsverluste	17.255	0	173.183
Neutrale Aufwendungen	23.952	0	265.068
Gesamt:	2.933.070	2.500.000	2.944.251

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen weisen in der Gesamtheit Mehrkosten gegenüber dem Plan von fast 444 T€ aus. Davon entfallen 92 T€ auf periodenfremde Aufwendungen. 173 T€ auf Forderungsverluste (davon 107 T€ Stiftung Händelhaus) und 38 T€ auf Projekte, insgesamt also 303 T€ auf Kosten, die keine Planpositionen bildeten. Bei den geplanten Aufwendungen entstanden Mehrkosten von 141 T€. Eine entscheidende Kostenüberschreitung ist bei Wartung und Instandhaltung zu verzeichnen. Das Sanierungs- und Strukturpassungskonzept geht von jährlichen Aufwendungen in diesem Kostenbereich von 300 T€ aus. Dieser Betrag erweist sich zur Sicherung der Betriebs- und Funktionsfähigkeit der Gebäude und Anlagen als unrealistisch. Im Plan unterfinanziert sind zudem die Aufwendungen für die Reinigung und Bewachung sowie für Beiträge und Abgaben. Alle diese Kosten erhöhen sich von Jahr zu Jahr kontinuierlich. Die Möglichkeiten zur Kostendämpfung bei Reinigung und Bewachung sind ausgeschöpft. Als neuer Kostenfaktor ist zuletzt die Mietzahlung für das Lager Herbert-Post-Straße hinzugekommen. Dank Einsparungen an Betriebs- und Fahrzeugkosten konnten 2014/2015 noch höhere Mehrkosten vermieden werden.

Die Unterfinanzierung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wird in den kommenden Jahren ein zunehmendes Problem darstellen.

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle sah für das Geschäftsjahr 2014/2015 bei Gesamterträgen von 36.195 T€ (ohne Zuschuss Land Strukturanpassung) und Gesamtaufwendungen von 38.240 T€ (ohne Strukturanpassungskosten) einen Verlust von 2.045 T€ vor. Im Ergebnis des Geschäftsjahres ist mit Gesamterträgen von 37.406 T€ und Gesamtkosten von 39.341 T€ ein Verlust von 1.935 T€ entstanden.

## 4. Investitionen

Investitionen 2014/2015 Theater, Oper und Orchester GmbH Halle			
Ort	Maßnahme	Plan €	Ist €
Oper	Abschluss Sanierung Operncafé	455.000,00	542.883,71
	Austausch Frequenz	5.000,00	12.415,81
	Steuerpult szenische Beleuchtung	46.000,00	45.137,42
	Maschinen/Geräte/Betriebsausstattung	20.000,00	11.784,68
	Veranstaltungstechnik	20.000,00	3.660,44
	Anlagengegenstände Inszenierungen	20.000,00	0,00
	Sanierung Westfassade extra		10.202,08
Staatskapelle	Instrumente und Anlagegegenstände	25.000,00	19.764,90
Kulturinsel	Melderwechsel BMA/BMZ	10.000,00	0,00
	Mikroportanlage	54.000,00	53.167,91
	Veranstaltungstechnik	20.000,00	7.622,04
	Anlagengegenstände Inszenierungen	20.000,00	1.068,94
	Maschinen/Geräte/Betriebsausstattung	10.000,00	1.571,83
Zentraler Bereich	EDV-Ersatz Hardware/Software	30.000,00	33.981,50
	Server-Ersatz	65.000,00	60.985,29
<b>Gesamt</b>		<b>800.000,00</b>	<b>804.246,55</b>

Der Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2014/2015 Investitionen in Höhe von 800 T€ vor.

In der Abrechnung stehen Maßnahmen mit einem Wertumfang von 804 T€.

Die Überschreitung ergab sich im Zusammenhang mit vorbereitenden Maßnahmen an der Westfassade. Innerhalb des Gesamtvolumens der Investitionen ist es im Verlaufe der Plandurchführung zu Verschiebungen gekommen. Für den Abschluss der Sanierung des Operncafés sind 543 T€ gegenüber einer Plansumme von 455 T€ eingesetzt worden. Dieser Mehraufwand wurde zu Lasten anderer Maßnahmen, vor allem in der Betriebsausstattung und Veranstaltungstechnik, abgedeckt. Neben des Vorhabens Operncafé bilden die Erneuerung des Steuerpultes szenische Beleuchtung des Opernhauses, der Ersatz der Mikroportanlage im neuen theater sowie der Server-Austausch Schwerpunkte der Investitionstätigkeit als Voraussetzung für den störungsfreien Spielbetrieb, den Kartenverkauf und die Orchesterplanung.

## 5. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt über ein Anlagevermögen am 31. Juli 2009 in Höhe von 28.460 T€.

Das Anlagevermögen verminderte sich zum 31. Juli 2015 auf 26.634 T€, das Stammkapital (25 T€) wird zum Bilanzstichtag in unveränderter Höhe ausgewiesen. Die Kapitalrücklage (27.074 T€) wird in unveränderter Höhe ausgewiesen.

Die flüssigen Mittel belaufen sich am Ende des Geschäftsjahres 2014/2015 auf 3.329 T€. Hierin ist der Zuschuss für den Monat August 2015 in Höhe von 2.479 T€ bereits enthalten. Die um diesen Betrag bereinigte Liquidität betrug damit per 31. Juli 2015 850 T€.

Trotz der im Vergleich zum Abschluss per 31. Juli 2015 wesentlich besseren Kontosituation kam es in den letzten Monaten des Vorjahres zu erheblichen Liquiditätsengpässen. Es ist abzusehen, dass die Zahlungsfähigkeit der TOO allein mit den monatlichen Zuschussraten in den Monaten November/Dezember 2015 nicht aufrechterhalten werden kann. Die Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft erfordert, dass der im Haushaltsplan der Stadt Halle geplante einmalige Zuschuss von 2.083 T€ spätestens Ende des Jahres 2015 auf das Konto der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle überwiesen wird.

## 6. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge besonderer Bedeutung nach Ablauf des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

## 7. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Am 24. Juli 2014 unterzeichneten der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt und der Oberbürgermeister der Stadt Halle den Vertrag zur Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für den Zeitraum 2014 bis 2018. Er sieht unter anderem jährliche Zuwendungen von 9.053.600 € und jährlich städtische Zuschüsse von 20.698.000 € vor. Außerdem stellen Stadt und Land ab 2016 in gleicher Höhe Mittel zur Dynamisierung der Personalkosten zur Verfügung. Damit ist die entscheidende Grundlage für den Fortbestand der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im mittelfristigen Zeitraum gegeben.

Die Sicherung der Liquidität der Gesellschaft erfordert bei der im Vertrag festgeschriebenen Förderung die Umsetzung des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes der Stadt Halle, das immanenter Bestandteil des Theaterfördervertrages ist.

Neben der Kürzung der Sachkosten und der Steigung der Erlöse, die bereits im Wirtschaftsplan 2014/2015 Umsetzung erfuhren, bildet die Verringerung des Personalbestandes auf 419 Mitarbeiter den Kernpunkt des Strukturanpassungskonzeptes. Mit dem zum 31. Juli 2015 erreichten Abbau von 42 Beschäftigten und den individuellen Teilzeitvereinbarungen mit 203 Mitarbeitern sind wichtige Etappen zur Erreichung der Zielgröße beschritten worden. Der Wirtschaftsplan 2015/2016 bildet die Umsetzung des Strukturanpassungskonzeptes weiterhin ab.

Einen entscheidenden Punkt der Personalmaßnahmen stellt die Verkleinerung der Staatskapelle auf 99 Musiker bis zum 31. Juli 2019 dar. Dazu wird im Verlaufe des Geschäftsjahres 2015/2016 ein tragfähiges Konzept entwickelt.

Für die Umsetzung der Strukturanpassungsmaßnahmen stehen Mittel des Landes und der Stadt Halle in Höhe von jeweils 5.093 T€ zur Verfügung. Die Gelder des Landes befinden sich bereits auf einem Sperrkonto der Stadt. Die Anteile der Stadt werden in den Jahren 2016 bis 2019 ratenweise direkt der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle als liquide Mittel bereitgestellt.

Die Stadt Halle stellt außerdem zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft im Jahre 2015 einen einmaligen Liquiditätsausgleich von 5.000 T€ und von 2.750 T€ im Jahre 2018 zur Verfügung. Von den für das Haushaltsjahr 2015 bereitgestellten Mittel sind zum 31. Juli 2015 2.917 T€ bereits ausgezahlt worden. Der Restbetrag soll bis zum 31. Dezember 2015 auf dem Konto der GmbH eingehen.

Die Risiken der mittelfristigen Entwicklung bestehen in einer nicht sach- oder termingerechten Umsetzung des Sanierungs- und Strukturanpassungskonzeptes. Dabei drohen nicht nur Zahlungsschwierigkeiten durch überhöhte Personalkosten, sondern gemäß Theaterfördervertrag auch Rückzahlungsverpflichtungen der Landesförderung.

Weitere Risiken drohen bei Nichterfüllung der notwendigen Besucherziele, bei Nichterreichung der geplanten Erlöse und durch Überschreitungen von Sachkosten. Nachdem in den Vorjahren regelmäßig Mehrerlöse sowie Einsparungen in den Personalkosten erreicht werden konnten, die zur Deckung der unterfinanzierten Sachaufwendungen dienen, wird das künftig durch die hoch geplanten Erlöse und eine angespannte Personalkostenlage nicht mehr möglich sein. Zugleich zeichnet sich ab, dass der enge Investitions- und Instandhaltungsrahmen zur Gewährleistung der Sicherheit, der Betriebs-, Funktions- und Spielfähigkeit mittel- und langfristig nicht ausreichen wird.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Verlust in Höhe von 1.935.257,22 € ab.

## Zoologischer Garten Halle GmbH\*

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
<b>Anschrift:</b>	Fasanenstraße 5a 06114 Halle (Saale)		
<b>Rechtsform:</b>	GmbH		
<b>Stammkapital in T€:</b>	26		
<b>Gesellschafter:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)	26	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

### Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

### b) Besetzung der Organe

<b>Geschäftsführung:</b>		Dr. Müller, Dennis	(seit 25.04.2015)
		Jacob, Andreas	(bis 24.04.2015)
<b>Aufsichtsrat:</b>	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard	
		Bohm-Eisenbrandt, Ann-Sophie	
		Hopfgarten, Klaus	
		Müller, Katja	
		Sänger, Frank	

\* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2015 erfolgt.

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
	T€	T€	T€
<b>Aufsichtsrat</b>	2	2	1

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	22.387	96	24.026	97	25.603	99	-1.639	-7
Umlaufvermögen	916	4	628	3	312	1	288	46
Rechnungsabgrenzungsposten	21	0	17	0	19	0	4	24

<b>Bilanzsumme</b>	<b>23.324</b>	<b>100</b>	<b>24.671</b>	<b>100</b>	<b>25.934</b>	<b>100</b>	<b>-1.347</b>	<b>-5</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	4.232	18	3.995	16	3.749	15	237	6
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse	8.304	36	9.140	37	9.975	38	-836	-9
Sonderposten für Investitionszuschüsse	9.720	42	10.588	43	11.505	44	-868	-8
Rückstellungen	739	3	652	3	521	2	87	13
Verbindlichkeiten	284	1	251	1	146	1	33	13
Rechnungsabgrenzungsposten	45	0	45	0	38	0	0	0

<b>Bilanzsumme</b>	<b>23.324</b>	<b>100</b>	<b>24.671</b>	<b>100</b>	<b>25.934</b>	<b>100</b>	<b>-1.347</b>	<b>-5</b>
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

## bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.639	1.627	1.400
sonstige betriebliche Erträge	5.653	5.162	5.139
Materialaufwand	994	997	1.128
Personalaufwand	3.178	2.991	2.914
Abschreibungen	1.858	1.764	1.764
sonstige betriebliche Aufwendungen	989	772	1.271
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27	10	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	247	257	-526
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-2
sonstige Steuern	11	10	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	236	247	-535
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0	0	-535
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	236	247	0

## cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:	14,43	15,16	-38,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,92	6,58	-14,26	%
Cash-Flow:	2.094	2.011	1.229	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	76	71 <sup>1)</sup>	67 <sup>1)</sup>	T€
Personalaufwandsquote:	43,59	44,06	44,56	%

<sup>1)</sup> zur Vergleichbarkeit Neuberechnung der Mitarbeiter nach § 267 Abs. 5 HGB

## dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,97	97,37	98,72	%
Eigenkapitalquote:	18,14	16,19	14,45	%
Fremdkapitalquote:	81,86	83,81	85,55	%

## ee) Leistungsdaten

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Besucher	328.733,00	331.425,00	284.171,00	Anzahl
Tierbestand	1.976,00	1.934,00	1.747,00	Anzahl

## e) Lagebericht

### Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 1. Januar 1995, dient dem Zweck der Verwaltung des Zoologischen Gartens in Halle (Saale) sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung.

Die Bedingungen für den Betrieb einer kulturellen Einrichtung sind eng verbunden mit der wirtschaftlichen Lage des Umfeldes, in dem eine solche Einrichtung eingebettet ist. Damit wird sie zum Spiegel der ökonomischen und soziökonomischen Verhältnisse ihrer Region. Die Besucherentwicklung in allen deutschsprachigen Zoos war nie besser als die wirtschaftliche Entwicklung. Man kann sagen, dass das Wirtschaftswachstum immer auch eine Voraussetzung für eine gute Besucherentwicklung ist. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war um 2,2 % höher als im Vorjahr.

Die Zahlen am Arbeitsmarkt haben sich in 2015 gegenüber 2014 ebenfalls verbessert.

Der demografische Wandel der Gesellschaft, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffend, ist auch in den kulturellen Einrichtungen bemerkbar. Es ist davon auszugehen, dass sich dies auch künftig verstärken und eine Anpassung in allen Bereichen erfordern wird.

### Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Das Jahr 2015 ist, und dies wird im weiteren Verlauf des Lageberichtes noch vertiefend dargestellt werden, in vielerlei Hinsicht ein Übergangsjahr. Dabei konnte an das gute Ergebnis des Jahres 2014 angeknüpft werden und eine Verstetigung der positiven Geschäftsentwicklung erfolgen. Dies wird dadurch sichtbar, dass die Besucherzahlen als wichtiges Kriterium der Leistungsbemessung unserer Einrichtung auf hohem Niveau stabilisiert wurden. Dies ging einher mit einer Steigerung der Umsatzerlöse pro Besucher. Insgesamt wurden die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge um 504 TEuro gesteigert. Die Aufwendungen wurden nicht in der geplanten Höhe ausgeschöpft. Das Betriebsergebnis, also das um die nicht zahlungswirksamen Faktoren erweiterte Zahlenwerk, ist ebenfalls positiv ausgefallen. Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von 236 TEuro, was einer Verringerung im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 11 TEuro entspricht. Sowohl das Betriebsergebnis als auch das Jahresergebnis liegen über den im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr prognostizierten Beträgen.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2015 auf 23.324 TEuro (Vorjahr: 24.671 TEuro). Davon entfallen 96,0 % (Vorjahr: 97,4 %) auf das Anlagevermögen der Gesellschaft. Die flüssigen Mittel haben sich um 232 TEuro im Vergleich zum Vorjahr erhöht und haben einen Anteil von 3,4 % (Vorjahr: 2,3 %) an der Bilanzsumme. Die Bilanzposition der Rückstellungen ist um 87 TEuro gestiegen. Ursächlich für diese Entwicklung ist im Wesentlichen eine Erhöhung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Der Zoologische Garten in Halle (Saale) ist die besucherstärkste Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtung im Großraum Halle (Saale). Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre konnten jährlich knapp 300.000 Besucher im Zoo begrüßt werden. Dabei ist der Zoo insbesondere bei der Freizeitgestaltung der Halleschen Bevölkerung eine feste Größe. Knapp 80 % der Besucher stammen aus Halle (Saale) und der direkten Umgebung. Aber auch über die Grenzen der Stadt und des Saalekreises hinaus wird der Zoo immer bekannter und verzeichnet Zuwächse in der Besucherzahl, insbesondere auch aus dem Raum Leipzig. Vor diesem Hintergrund hat sich die Stadt Halle (Saale) dazu entschlossen, den Bergzoo als überregionales Aushängeschild auszubauen und weiterzuentwickeln. Dabei soll der Zoo ein zentraler und integrativer Bestandteil im Tourismuskonzept der Stadt sein. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Gesellschaft das vorliegende Zukunftskonzept mit dem Titel „Bergzoo 2031“ entwickelt. Unter dem Leitsatz „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ sollen die Tieranlagen nach Lebensräumen auf dem Zoogelände gegliedert und erlebbar gemacht werden. Der Besucher soll in die Lage versetzt werden, in ferne Welten einzutauchen und Lebensräume als prägende Elemente für die an sie angepasste Tierwelt zu verstehen. Das Thema „Gebirge“ wird als Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Zoolandschaft besonders herausgestellt werden, aber auch der Lebensraum Regenwald – aufgrund seiner Bedeutung für den Klimaschutz und die Biodiversität der Erde im globalen Kontext von herausragender Bedeutung – wird einen Schwerpunkt bilden.

In einer ersten Entwicklungsphase, die bis zum Jahr 2018 abgeschlossen sein soll, sollen zunächst vordergründige Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzung realisiert werden. Der Eingang zur Saale hin soll in seiner Attraktivität deutlich verbessert werden, um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen. Der Zoo wird an dieser Seite über einen Erlebnisfahrrad in einem zweistöckigen Konzept erschlossen. Die erste Ebene soll mit einem spannenden Kletterspielplatz und einer ansprechenden Café-Gastronomie neue Besuchergruppen in den Zoo locken. Über die zweite Ebene gelangt man auf einer Brücke über die großzügig erweiterte Elefantensavanne in den eigentlichen Zoo. Ein besonderes Tiererlebnis, das in dieser Form einmalig in der Zoolandschaft wäre.

Eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung des Bergzoos wird auch die Neuausrichtung der Zoogastronomie spielen. Zum 1. Januar 2016 wechselte der Pächter der zoogastronomischen Einrichtungen. Der Bergzoo verspricht sich vor allem eine Steigerung in der Produktvielfalt und Qualität, um den gestiegenen Anforderungen in Bezug auf eine zeitgemäße Esskultur gerecht zu werden. Die unteren Etagen der Reilschen Villa sollen dabei eine tragende Rolle spielen und Impulse im Bereich Gruppentourismus und Veranstaltungsgastronomie setzen. Daneben soll die derzeit in verschiedenen Gebäuden untergebrachte Verwaltung des zoologischen Gartens in den oberen Etagen der Villa zusammengezogen werden.

Zentrales Ziel des Zukunftskonzeptes ist die Weiterentwicklung des Bergzoos als eine auch überregional attraktive Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert.

Auf dem 130 m hohen Reilsberg im Norden von Halle gelegen, blickt der Zoologische Garten in Halle (Saale) seit seiner Gründung im Jahre 1901 auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Eingebettet in der durch den Mediziner Johann Christian Reil im 19. Jahrhundert angelegten Parkanlage, hat sich der Zoo von einer klassischen Menagerie längst in einen international gut vernetzten, wissenschaftlich geführten Zoo entwickelt. Dabei konnte sich der, auch liebevoll als Bergzoo bezeichnete, Garten trotz seiner vergleichsweise geringen Größe von 9 Hektar als besucherstärkste Kultur- und Freizeiteinrichtung im Großraum Halle (Saale) fest etablieren. Heute zeigt der Zoo mehr als 1.700 Tiere in ca. 250 Arten in überwiegend nach zootechnischen Gesichtspunkten gestalteten, teils durch Neubau entstandenen, teils durch Zusammenlegungen erweiterten Anlagen.

Gleichwohl haben sich seine Besucherzahlen im Vergleich zu Vorwendezeiten mehr als halbiert. Kamen damals mehr als 600.000 Besucher in den Zoo, kommen jetzt durchschnittlich knapp 300.000 Besucher pro Jahr. Der hauptsächliche Faktor dafür ist der massive Rückgang der Einwohnerzahl von Halle (Saale) und seiner Umgebung mit über einer Viertelmillion weniger Menschen innerhalb der letzten 25 Jahre. Zudem muss sich der Zoo zunehmend mit einem sich verändernden Freizeitverhalten sowie einem erhöhten Konkurrenzdruck durch eine wachsende Anzahl alternativer Freizeitangebote auseinandersetzen. Dazu zählen neben permanenten Einrichtungen wie Freizeitparks, anderen Zoos und Tierparks in der Region, Badeanstalten und Indoor-Spielehäuser auch diverse Großveranstaltungen. Als Outdoor-Einrichtung spielen für den Zoo zudem Wettereinflüsse und die Jahreszeiten eine erhebliche Rolle für die Besucherfrequenz.

Trotzdem hat es der Zoo Halle auch nach der politischen Wende geschafft, seinen Status als beliebte Freizeiteinrichtung in der Region nicht nur zu halten, sondern in jüngster Zeit sogar weiter auszubauen. Im Jahr 2014 und auch in 2015 konnte ein Zuwachs von 10 % in der Besucherzahl im Vergleich mit dem langjährigen Durchschnitt verzeichnet werden. Der Anteil der Besucher aus Halle (Saale) und seiner unmittelbaren Umgebung liegt dabei derzeit bei etwa 80 %. Dies liegt zum einen in gewissen Traditionen bei der Freizeitgestaltung begründet, zum anderen aber auch darin, dass die Stadt Halle (Saale) noch Nachholbedarf in ihrer gesamtheitlichen touristischen Vermarktung hat.

Zur Zukunftssicherung des Zoos, als öffentliche, für ein breites Publikum zugängliche Bildungs- und Freizeiteinrichtung, die Wildtiere pflegt, ist es zwingend erforderlich, seine Einrichtungen und Tieranlagen immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Diese Verpflichtung ist nicht nur durch sich ständig verschärfende Haltungsanforderungen notwendig, sondern ist auch der sich verändernden Sichtweise in der Öffentlichkeit für eine zeitgemäße Zootierhaltung und Zoogestaltung geschuldet. Trotz diverser Neubauten und Renovierungen von Tieranlagen sowie Besucher- und Wirtschaftseinrichtungen des Zoos in den vergangenen zwei Jahrzehnten besteht weiterhin ein hoher Investitionsbedarf. So liegt der letzte größere Neubau im Tieranlagenbereich des Zoos nahezu zehn Jahre zurück. Der Bau neuer, in der öffentlichen Wahrnehmung akzeptierter Tieranlagen, die regelmäßige Renovierung und Überarbeitung älterer Tieranlagen sowie die kontinuierliche Entwicklung der ebenso wichtigen Infrastrukturen sind daher unumgänglich. Nur so kann es gelingen, Stammbesuchern immer wieder Anreize zu bieten, ihren Bergzoo neu zu entdecken und neue, interessierte Besucher aus ganz Deutschland erstmalig in den Zoo zu locken. Beides ist notwendig, um die Besucherzahlen langfristig zu halten. Eine Steigerung der Besucherzahlen ist jedoch nur durch massive Investitionen zur Erhöhung der Gesamtattraktivität des Zoos realisierbar. Dies ist auch zwingende Voraussetzung, um das Ziel der Stadt Halle (Saale), den Zoo als überregionales Aushängeschild zu etablieren, zu erreichen.

Um den gewachsenen Ansprüchen unter den oben genannten Aspekten nicht nur zu genügen, sondern diese auch langfristig zu erfüllen, bedarf es einer umfänglichen, alle Bereiche eines Zoobetriebes berührenden Zukunftsplanung. Doch selbst wenn nicht alle im nachfolgenden Zukunftskonzept vorgestellten Neuerungen realisiert werden können, sollen sich doch alle Investitionen und Umstrukturierungen in den folgenden Jahren an diesen Leitlinien orientieren. Sie bilden eine wichtige Vorausschau auf die für jede Entwicklungsphase zu erstellenden Detailplanungen. Erst aus diesen Elementen entwickelt sich ein Masterplan, der regelmäßig auf Grundlage seiner Zielsetzungen und den erreichten Ergebnissen überprüft werden muss. Das Gesamtkonzept kann jedoch nur realisiert werden, wenn es durch entsprechende finanzielle Mittel langfristig unterstützt wird.



Der Zoologische Garten Halle (Saale) hat trotz seiner geringen Größe und seiner betonten Regionalität ein starkes, in der deutschen Zoolandschaft einmaliges, Profil entwickelt. Er ist ein „kleiner, feiner Zoo“, der durch saubere, gut gepflegte Tiergehege und Parkelemente besticht. Die kurzen Wege zwischen den Tieranlagen und den gastronomischen Einrichtungen laden vor allem auch junge Familien mit kleinen Kindern sowie ältere Menschen zum Entdecken und Verweilen ein. Seine trotz der Hanglage nur sanft ansteigenden, serpentinenartig angelegten Wege ermöglichen es auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität beinahe den gesamten Zoo zu erkunden. Ergänzt wird dieses Angebot durch spezielle Einrichtungen für Besucher mit Sehbehinderungen. Im Vordergrund des Tiererlebnisses steht dabei die große Nähe zwischen Besuchern und Bewohnern. Dies wird nicht nur durch den Einsatz von Glas in der Architektur ermöglicht, sondern auch durch die Topografie des Geländes begünstigt. Aufgrund der Hanglage ist es möglich, beinahe alle Anlagen aus unterschiedlichen Perspektiven einzusehen. Schließlich ist der Zoologische Garten Halle (Saale) der einzige Zoo Deutschlands, der auf seiner Fläche einen gesamten Berg umschließt und durch seine Wegführung erlebbar macht. Die fantastischen Ausblicke über Halle (Saale) und das Umland – besonders vom Aussichtsturm aus – rechtfertigen den Titel, Deutschlands einziger Bergzoo zu sein.

Wichtiges Ziel des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“ ist es, das bereits bestehende Gesamtprofil des Zoos zu stärken und weiterzuentwickeln. Der Name „Bergzoo Halle“ soll dabei als Trademark fest in der deutschen Zoolandschaft verankert und beworben werden. Der Bergzoo ist ein Zoo für alle Hallenser und neugierige Entdecker aus ganz Mitteldeutschland und verpflichtet sich in besonderer Weise zur Umsetzung der Bestimmungen der EG-Richtlinie 1999/22 des Rates vom 29. März 1999. Er versteht sich als Freizeit- und Bildungseinrichtung und nimmt seine Verantwortung für den Natur- und Artenschutz nach den Zielvorstellungen der Welt-Zoo-Naturschutzstrategie des Weltverbandes der Zoologischen Gärten und Aquarien aktiv an. Diese Zielsetzung soll durch das Leitmotiv „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ zentrales Thema bei der Zukunftsgestaltung des Bergzoos als überregionale Freizeiteinrichtung mit hohem Erlebniswert sein. Dabei werden die Tieranlagen nach Lebensräumen auf dem Zoogelände gegliedert und erlebbar gemacht. Der Besucher soll in die Lage versetzt werden, in ferne Welten einzutauchen und unter diesem Aspekt die Lebensräume als prägendes Element für die an sie angepasste Tierwelt zu verstehen.

### **Investitionen im Wirtschaftsjahr 2015**

Im Jahr 2015 war die Investitionstätigkeit durch den Investitionsersatz, insbesondere durch Maßnahmen am Affensee in Höhe von 45 TEuro und Investitionen für die veterinärmedizinische Betreuung des Tierbestandes in Verbindung mit der Weiterentwicklung der notwendigen elektronischen Technik der Gesellschaft in Höhe von 48 TEuro sowie durch die Beschaffung von zwei Fahrzeugen in Höhe von ca. 65 TEuro gekennzeichnet.

Die Uhu-Anlage konnte fertiggestellt werden und den Besuchern als sichtbares Zeugnis einer die Attraktivität steigernden Investition des Zoos dargebracht werden. Die dafür verausgabte Investitionssumme von 67 TEuro wurde durch den Verein der Förderer und Freunde des halleschen Bergzoo e.V. erbracht.

### **Personal- und Sozialbereich**

Im Jahr 2015 – bereits an anderer Stelle als Übergangsjahr bezeichnet – kam es zur Bildung des Betriebsrates.

Durch den Betriebsrat und in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer wurde für das Jahr 2015 ein Themenkatalog von Aufgaben für die Jahre 2015 und 2016 erarbeitet, mit dessen Hilfe es möglich ist, bisher teilweise fehlende schriftliche Vereinbarungen über Themen wie Suchtprävention, Arbeitszeitregelungen, Urlaubsregelung, Brandschutz, Arbeitsschutz, Gesundheitsprävention und Verbesserung der Integration von schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu fixieren und als Handlungsgrundlage zu nutzen.

### **Entwicklung im Geschäftsjahr**

Im Jahr 2015 erfolgte zum 25. April ein Wechsel in der Geschäftsführung. Dabei kam es zum Übergang von Herrn Andreas Jacob zu Herrn Dr. Dennis Müller als Geschäftsführer und Zoodirektor.

Neben diesem Wechsel lief im Jahr 2015 der Vertrag mit dem bisherigen veterinärmedizinischen Betreuer der Zoologischer Garten Halle GmbH, Herrn DVM Thielebein, aus, so dass zu Beginn des Jahres eine Interimslösung gefunden werden musste, die in der Nutzung einer externen veterinär-medizinischen Persönlichkeit, Herrn Dr. Wenkel, erfolgte.

**Nachtragsbericht**

Weiterhin lief der bis zum 31. Dezember 2015 existierende Pachtvertrag für Gastronomie mit Herrn Harald Geilert aus, so dass auch hier im Rahmen eines Findungsverfahrens eine Neuvergabe ab dem Jahr 2016 zu erfolgen hatte. Die Zoologischer Garten Halle GmbH hat sich mit der Reiche Group vertraglich gebunden. Die Angelegenheiten des Wechsels sind zwischenzeitlich erfolgt und die Versorgung der Gäste konnte uneingeschränkt gesichert werden.

**Risiko- und Prognosebericht**

Die Kultureinrichtung Zoo Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Gesellschafterin abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen.

Für die Folgejahre werden Einnahmen aus Eintritten von 300.000 bis 315.000 Besuchern geplant. In der Planung für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass nur in geringem Umfang freie liquide Mittel vorliegen, um Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern oder Mehrausgaben auszugleichen. Zusätzlich ergeben sich noch weitere Risiken aus Pensionszahlungen.

Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert.

Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Tierseuche entstehen.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit usw. rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Der Geschäftsführer informiert die Mitarbeiter regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle.

Auf dem Weg eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die BMA der Stadt Halle (Saale) wird eine regelmäßige Risikoabschätzung vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt.

Die Geschäftsführung geht für das Geschäftsjahr 2016 von Gesamterträgen und einem Ergebnis auf dem Niveau des Vorjahres aus.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht bekannt geworden.

## **3.8 ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS**

## BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

**Anschrift:** Universitätsring 6a  
06108 Halle (Saale)

**Rechtsform:** Anstalt des öffentlichen Rechts

**Stammkapital in T€:** 10

<b>Gewährträgerin:</b>		<b>T€</b>	<b>%</b>
	Stadt Halle (Saale)	10	100,00

### Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 130 Absatz 4 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt und für vergleichbare städtische Einrichtungen, insbesondere die Saalesparkasse.

### Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 130 Abs. 4 KVG LSA. Danach hat eine Kommune ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) ist satzungsgemäße Aufgabe der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

### b) Besetzung der Organe

**Vorstand:** Lork, Heinrich

**Verwaltungsrat:** Vorsitzender

- Dr. Wiegand, Bernd
- Bönisch, Bernhard
- Dr. Brock, Inés
- Geier, Egbert
- Hintz, Katharina
- Knöchel, Swen
- Scholtyssek, Andreas

	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
<b>Verwaltungsrat</b>	8	7	8
	8	7	8

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Anlagevermögen	149	34	132	31	133	37	17	13
Umlaufvermögen	282	65	283	67	223	61	-1	0
Rechnungsabgrenzungsposten	6	1	7	2	6	2	-1	-14

<b>Bilanzsumme</b>	<b>437</b>	<b>100</b>	<b>422</b>	<b>100</b>	<b>362</b>	<b>100</b>	<b>15</b>	<b>4</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Eigenkapital	135	31	123	29	71	20	12	10
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	25	6	24	6	33	9	1	4
Rückstellungen	264	60	239	57	221	61	25	10
Verbindlichkeiten	13	3	36	8	37	10	-23	-64

<b>Bilanzsumme</b>	<b>437</b>	<b>100</b>	<b>422</b>	<b>100</b>	<b>362</b>	<b>100</b>	<b>15</b>	<b>4</b>
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

### bb) GuV

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	924	937	996
Personalaufwand	746	721	748
Abschreibungen	8	19	32
sonstige betriebliche Aufwendungen	153	141	154
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	5	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12	52	59
Jahresüberschuss	12	52	59

### cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2015	2014	2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	20	71	91	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	92	104	111	T€
Personalaufwandsquote:	80,74	76,98	75,12	%

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,77	5,48	8,98	%
Eigenkapitalquote:	30,89	29,17	19,67	%
Fremdkapitalquote:	69,11	70,83	80,33	%

**ee) Leistungsdaten**

keine Angaben

## e) Lagebericht

### Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2015 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

#### 1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2014 nach KVG LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2014 **im Sinne von § 130 Abs. 2 KVG LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2016 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

#### 2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2014 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2014 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum fünften Mal erstellt.

**Bezweckt** wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der kommunalrechtlichen Vorschriften soll das Interesse der Bürger/-innen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er sowohl auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) als auch auf der Webseite der BMA zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

#### 3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz ist die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt worden.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2014 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2013 blieben die Wertansätze nahezu unverändert.

#### 4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

#### 5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

**Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung** hat die BMA bereits in Vorjahren entworfen. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Der Stadtrat hat nach jahrelanger und intensiver Beratung dem Kodex schließlich zugestimmt.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

Der Umsetzungsprozess wird begleitet und überwacht. Er verläuft planmäßig. Nachfragen zur Steuerung der Beteiligungen in Anwendung des Kodexes wurden geklärt.

## 6. Weiterführung der Auslagerung und Digitalisierung von Gesellschafterakten

Die teilweise **Auslagerung** des papiergebundenen Archivs in angemieteten Räumlichkeiten des Konzerns der Stadt ist insbesondere für Unterlagen aus der Zeit vor Gründung der BMA **weitergeführt** worden.

Mit der **Digitalisierung** der auszulagernden Gesellschafterakten wird vom Arbeitsplatz aus ein schneller elektronischer Zugriff ermöglicht. Alle Dokumente sind mit einer OCR-Texterkennung versehen worden, so dass über die Funktion „Schlagwort-Suche“ schnelle Ergebnisse für Recherchen erzielt werden.

## 7. Überarbeitung des Layouts des Management-Reports im Rahmen des Beteiligungs-Reports

Im Rahmen der Erstellung des Beteiligungs-Reportes (vgl. dazu § 2 Abs. 2 e) der BMA-Satzung) ist für Unternehmen, die eine negative Abweichung des prognostizierten Jahresergebnisses vor Ertragsteuern gegenüber dem Plan berichten, ein **Management-Report** zu erstellen. Dieser gibt Auskunft über den Grund der Abweichung und enthält Handlungsempfehlungen für Unternehmen und Gesellschafter.

Im Jahr 2015 ist das **Layout des Management-Reports überarbeitet** worden, um einen qualitativ besseren betriebswirtschaftlichen Maßstab für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie des Risikos aus der prognostizierten negativen Abweichung des Jahresergebnisses der Beteiligung zu haben.

Im Ergebnis werden dann alle drei in der Gründungszeit der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) konzipierten Standard-Reports modernisiert sein. Die Modifizierung der standardisierten Analysen zu „Jahresabschlüssen“ und zu „Wirtschaftsplänen“ ist aufgrund von Zielvorgaben aus Vorjahren erfolgt.

## 8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Mitglieder in Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Eine **aktivere Rolle** nimmt die BMA aufgrund einer Zielvorgabe durch ihren Verwaltungsrat wahr.

Im **Konzern Stadt** wurde eine Effizienzsteigerung durch verstärkte Einmischung, Anteilnahme bzw. Lenkung erreicht, und zwar

- durch die Konzeption eines **Gesamtstädtischen Vergütungskonzeptes** mit der Zielstellung einer in sich konsistenten, transparenten, angemessenen und marktüblichen Alimentation der Geschäftsführer/Vorstände im Beteiligungsportfolio der Stadt
- im Wege der erfolgreich durchgeführten **Mediation** zu den strittigen Forderungen der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle gegenüber der Stiftung Händel-Haus wegen des Ausfalls der Händel-Festspiele 2013 infolge der Hochwasser-Situation
- bei den **Halleschen Bühnen** durch Mitwirkung bei der Suche nach einem neuen Opern-Intendanten, der Lösung einer personalwirtschaftlichen Handlungsblockade und der Neubesetzung der Geschäftsführer-Position
- beim **Stadtmarketing** durch die Vorlage eines Strukturierungsschemas der konkreten Handlungsfelder und durch die Moderation des Willensbildungsprozesses in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH über die strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Gesellschaft
- beim **Zoo** bei der Findung des neuen Geschäftsführers und durch einen Systematisierungsvorschlag zur strategischen Neuausrichtung mit seinen konzeptionellen Eckdaten
- bei den **Gründerzentren** TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH und Bio-Zentrum Halle GmbH im Hinblick auf die Sicherung eines geordneten Generationswechsels in der Geschäftsführung und auf die Entwicklung eines Strategiekonzeptes
- beim **MMZ Multimediazentrum** durch Vor-Verhandlungen zur zwischenzeitlich erfolgten Verlängerung des Anstellungsvertrages mit dem Geschäftsführer und
- bei der **Stadion Halle Betriebs GmbH** durch die Führung von Abstimmungsgesprächen mit den Mit-Gesellschaftern zur Rekommunalisierung der Gesellschaftsanteile.



**Außenwirkung** über den Konzern Stadt hinaus entfaltete die BMA

- bei den Abstimmungsgesprächen mit dem **Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt** zur Förderung aus dem EU-Fonds EFRE für Investitionsmaßnahmen wie die Sanierung der Westfassade des Opernhauses
- durch die Mitwirkung im **Arbeitskreis Wirtschaft** und dem **Wirtschaftsbeirat** im Hinblick auf die Entwicklung der gesamtstädtischen Wirtschaftsförderung
- durch die Erarbeitung und Abstimmung einer Vereinbarung über die **Finanzierung der Stiftung Händel-Haus** mit dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt
- bei der Erweiterung der Mandatsbetreuung für Einrichtungen außerhalb des Portfolios aus dem Anwendungsbereich des Kommunalverfassungsgesetzes (**Stiftung Händel-Haus, Jobcenter**).

### Lage der Anstalt

Die Erhöhung der **Bilanzsumme** wird durch die Entwicklung der Verpflichtungen aus der Altersversorgungszusage an den Gründungsvorstand geprägt. Die Dotierung der Pensionsrückstellung in Anpassung an den Erfüllungsrückstand zum Stichtag spiegelt sich im Anstieg der Wertpapiere des Anlagevermögens, die zur Ausfinanzierung der Pensionszusage angeschafft werden, wider.

Das **übrige Anlagevermögen** ist nahezu vollständig abgeschrieben. Investitionen beschränken sich auf den Ersatz von Ausstattungsgegenständen, die in der Gründungsphase angeschafft wurden.

Im **Eigenkapital** wirkt sich die Thesaurierung von Jahresgewinnen aufgrund nicht verbrauchter städtischer Transferleistungen aus.

**Investitionen** werden aus den Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) finanziert und aufwandswirksam dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen zugeführt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und den Rückstellungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Ertragslage** ist dadurch gekennzeichnet, dass die zur Finanzierung der Anstalt geleisteten städtischen Transferzahlungen im Wirtschaftsjahr 2015 mit 12 TEUR (Vorjahr: 52 TEUR) nicht vollständig verwendet werden.

**Betriebskostenzuschüsse** hat die Anstalt wie im Vorjahr in Höhe von 913 TEUR erhalten.

Die **Kostenstruktur** ist im Vergleich mit Dienstleistungsunternehmen marktüblich. Die Quote der um den Investitionsanteil bereinigten Sachkosten im Verhältnis zu den Personalkosten beläuft sich auf 19 % (Vorjahr: 18 %).

Bei den **Personalkosten** wirken sich neben dem im Vergleich zum Vorjahr höheren Anstieg der Pensionsverpflichtung die Gehaltsanpassungen in Abgeltung des Erfahrungszuwachses der als Berufsanfänger eingestellten Belegschaftsmitglieder aus.

Ohne die Sonderausgaben für die Qualifizierung der als Berufsanfänger eingestellten Mitarbeiter/-innen konnten die übrigen **Sachkosten** entgegen dem Preistrend auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Die **Finanzierung** der Anstalt erfolgt durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2015 ganzjährig gesichert.

Nach den Grundsätzen einer fristenkongruenten Finanzierung dient der **Finanzmittelbestand** zum Stichtag der Erfüllung der vertraglich und betrieblich gebundenen Verpflichtungen im Folgejahr.

Zusammenfassend ergaben sich gegenüber dem Vorjahr in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage keine wesentlichen Veränderungen.

## Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Wesentlichen an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet:

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2015 im Sinne von § 130 KVG LSA
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2015 in Kurzform
- Erstellung der Beteiligungs-Reports
- Public Coporate Governance Kodex
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik
- Absicherung einer Kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios
- Weiterführung der Auslagerung und Digitalisierung von Gesellschafterakten.

Im folgenden Wirtschaftsjahr plant die Anstalt mit einem **Jahresverlust** in Höhe von 85 TEUR bei unveränderten Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale). Ursachen sind hauptsächlich steigende Personalkosten in Anerkennung der berufsspezifischen Personalentwicklung und infolge der Anpassung an das Vergütungskonzept der Anstalt. Für den Verlustausgleich soll planungsseitig der Gewinnvortrag der Anstalt verwendet werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet.

## Risikomanagement

Die BMA hat als Bestandteil Ihrer Regelwerke auch ein Qualitäts- und Risikomanagementsystem implementiert.

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert. Insofern wird die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger als wesentliche **Chance** der zukünftigen Entwicklung angesehen.

Gleichzeitig stellt die finanzielle Abhängigkeit von der Gewährsträgerin Stadt (Halle) ein **Risiko** für die Anstalt dar.

Aus personalwirtschaftlicher Sicht besteht ein weiteres Risiko darin, dass eine fachlich geeignete Nachbesetzung bei dem Wechsel eines Belegschaftsmitgliedes zu einem anderen Arbeitgeber im Konzern Stadt Halle (Saale) wegen der Übernahme weiterführender Aufgaben nicht möglich ist.

Die BMA ist nur mit einer für ein qualitativ hochwertiges Beteiligungsmanagement erforderlichen Fachkräfte-Ausstattung in der Lage, die satzungsmäßigen Aufgaben sach- und fristgerecht zu erbringen.

Angesichts fehlender Standard-Ausbildungen an Hochschulen wären wiederum zeitaufwendige und Personal-Ressourcen bindende Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich, bis das neue Belegschaftsmitglied das persönliche Aufgabenspektrum vollständig abbildet.

## Vorstand

Der Vorstand ist für die Zeit ab dem 1. Juni 2011 für weitere fünf Jahre vom Verwaltungsrat bestellt worden.

Mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 2. Oktober 2015 ist er erneut für den Zeitraum vom 1. Juni 2016 bis zum 30. September 2017 zum Vorstand der Anstalt bestellt worden.

Einen „Stellvertreter des Vorstandes“ hat der Verwaltungsrat zum 1. Januar 2015 bestellt. Den Anforderungen an die Außenwirkung des städtischen Beteiligungsmanagements bei der Wahrnehmung neuartiger operativer Aufgaben soll Rechnung getragen werden, das Risiko eines unplanmäßigen Ausfalls des Vorstandes abgesichert und ein Generationswechsel auf der Position des Vorstandes der BMA umsichtig vorbereitet werden.

## Betriebsprüfungen

Eine Prüfung nach § 28p Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV) für den Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2014 hat die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland zu **Meldepflichten** und Pflichten zu **Beitragszahlungen** durchgeführt. Im Ergebnis ergab sich mit Bescheid der Deutsche Rentenversicherung vom 20. August 2015 eine **Nachforderung** in untergeordnetem Umfang.

**Keine Abgabepflicht** nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) hat die Prüfung der Zahlung der **Künstlersozialabgabe** nach § 28p Abs. 1a Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV) für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2015 durch den Bescheid der Deutsche Rentenversicherung vom 20. August 2015 ergeben.

## Personal

Zum Bilanzstichtag wurden sechs (Vorjahr: sieben) Personen in Vollzeit und drei (Vorjahr: zwei) Personen in Teilzeit beschäftigt. Dazu war eine (Vorjahr: zwei) Person geringfügig angestellt. Zum Bilanzstichtag des Vorjahres befand sich eine Person in Elternzeit.

Das Vergütungskonzept umfasst auch eine leistungsabhängige Vergütung nach den Grundsätzen der Balanced Score Card.

Mit den vier Dimensionen Finanzen, Prozesse/Projekte, Umfeld und Personal wird ein ausgewogener Steuerungsbogen für pekuniäre Leistungsanreize geboten.

Die Zielvorgaben für die BMA werden zur internen Steuerung auf die einzelnen Mitarbeiter/-innen projiziert.

Personalwirtschaftlich wird der Steuerungsbogen dazu genutzt, über einen wirtschaftlichen Anreiz die Belegschaft zur Fort- und Weiterbildung zu motivieren. Personenspezifisch werden Fach- und Managementkenntnisse vertieft oder erweitert, um die Qualität der Aufgabenerfüllung zu optimieren.

Perspektivisch eröffnen sich dem Personal gleichzeitig weitergehende Positionen im Konzern der Stadt Halle (Saale).

Zur **Reorganisation** der BMA hat der Verwaltungsrat ein neues Stellenbedarfskonzept und darauf aufbauend einen Personalplan beschlossen.

Bezweckt werden insbesondere die Sicherung termingerechter Mandatsbetreuung durch Beseitigung von Kapazitätsengpässen, eine ausgewogene Zuordnung auf die Leistungsträger der Anstalt sowie Redundanzen bei unfreiwilligem Ausfall eines Belegschafts-Mitgliedes.

Die notwendigen **Stellen-Besetzungsmaßnahmen** wurden im Spätsommer 2014 abgeschlossen. Die **Personal-Entwicklungsmaßnahmen** werden planmäßig fortgeführt.

Die **Anpassung der Gehälter** der Mitarbeiter/-innen erfolgte nach den individualvertraglichen Regelungen auf Basis des vom Verwaltungsrat beschlossenen Vergütungskonzeptes.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Unterstützende Dienstleistungen werden durch eine Steuerberatungs-gesellschaft für die Lohnbuchhaltung mit dem Programm „DATEV LODAS comfort V. 10.5“ erbracht. Für die EDV-gestützte Buchhaltung setzt die Anstalt seit dem 1. Dezember 2006 das Programm „Lexware buchhalter plus V 21“ ein.

## Saalesparkasse

### a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer Sitz
<b>Anschrift:</b>	Rathausstraße 5 06108 Halle (Saale)
<b>Rechtsform:</b>	Anstalt des öffentlichen Rechts
<b>Träger:</b>	Stadt Halle (Saale) Landkreis Saalekreis

### Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Saalesparkasse ist ein Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie erbringt ihre Leistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, und die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der Markterfordernisse. Sie fördert das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung.
- (2) Die Saalesparkasse betreibt die in der nach § 32 Nr. 1 des Sparkassengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA) zu erlassenden Verordnung vorgesehenen Geschäfte. Sparkassenzentralbankgeschäfte, Bauspargeschäfte, Investmentgeschäfte und Versicherungsgeschäfte sollen im Verbund mit den Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben werden.
- (3) Die Saalesparkasse führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Wahrung ihres öffentlichen Auftrages.
- (4) Die Saalesparkasse ist Mitglied des Ostdeutschen Sparkassenverbandes und des Sparkassenbeteiligungsverbandes Sachsen-Anhalt.

(vgl. § 2 SpkG-LSA)

### Öffentlicher Zweck:

Die Saalesparkasse ist in ihrem Geschäftsgebiet, das sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis erstreckt, tätig. Aufgaben der finanzwirtschaftlichen Grundversorgung der Bevölkerung, zur Förderung der privaten Eigenvorsorge, der kreditwirtschaftlichen Begleitung mittelständischer Unternehmen, der Sicherung von Wettbewerb und Systemstabilität sowie der Förderung des Gemeinwesens werden wahrgenommen.

### b) Besetzung der Organe

<b>Vorstand:</b>	Vorsitzender	Dr. Fox, Jürgen	(seit 17.03.2015 Vorsitzender)
		Meßmer, Alexander	(seit 01.10.2015)
		Raszat, Leif	
<b>Verwaltungsrat:</b>	Vorsitzender	Bannert, Frank	
	1. stellv. Vorsitzender	Lange, Hendrik	
	2. stellv. Vorsitzender	Wunschinski, Ralf	(seit 29.06.2015)

## Verwaltungsrat:

Bartl, Harald	
Beyer, Jens	(seit 29.06.2015)
Bürger, Tino	(seit 29.06.2015)
Doege, Eberhard	(bis 28.06.2015)
Dr. Czikowsky, Halina	
Dr. Papendieck, Michael	
Ettingshausen, Rüdiger	(seit 29.06.2015)
Hänsel, Andreas	
Haufe, Andrej	(seit 29.06.2015)
Helmich, Dennis	(seit 29.06.2015)
Janka, Wolfgang	
Koehn, Gottfried	
Krebs, Martina	
Krischok, Marion	(bis 28.06.2015)
Leibrich, Uwe	(seit 29.06.2015)
Müller, Thomas	(bis 28.06.2015)
Oberbacher, Klaus-Michael	(bis 28.06.2015)
Prinzler, Torsten	
Ruscher, Jürgen	(bis 28.06.2015)
Sachse, Günter	(seit 29.06.2015)
Schuster, Manfred	(bis 28.06.2015)
Schwab, Tobias	(seit 29.06.2015)
Sywall, Bärbel	(bis 28.06.2015)
Ulbricht, Guido	
Weise, Wolfgang	(bis 28.06.2015)

## Verwaltungsrat<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Gesamtbezüge

31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
T€	T€	T€
99	77	76

## c) Beteiligungen

### unmittelbar

	T€	%
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG		0,20
HALREV GmbH i. L.	100	100,00
HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L.	3	10,00
Merseburger Innovations- und Technologiezentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung (mitz)	35	23,40
Ostdeutscher Sparkassenverband		3,60
S-BG Sparkassenbeteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH	1.700	16,70
S Direkt-Marketing GmbH & Co. KG		3,70
s-Immobilien-gesellschaft Halle mbH	25	100,00
Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt		17,10
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	5	20,00

## d) Geschäftsentwicklung

### aa) Bilanzdaten

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Aktiva</b>								
Barreserve	53.688	1	49.086	1	56.897	1	4.602	9
Forderungen an Kreditinstitute	1.091.083	26	1.159.852	31	1.471.404	39	-68.769	-6
Forderungen an Kunden	1.878.773	45	1.619.135	43	1.441.037	38	259.638	16
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	628.848	15	170.323	4	95.216	2	458.525	269
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	363.352	9	642.519	17	592.348	16	-279.167	-43
Beteiligungen	27.050	1	27.101	1	27.512	1	-51	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	25	0	25	0	25	0	0	0
Treuhandvermögen	50.296	1	42.858	1	41.933	1	7.438	17
Immaterielle Anlagewerte	65	0	83	0	123	0	-18	-22
Sachanlagen	45.935	1	47.400	1	52.901	1	-1.465	-3
Sonstige Vermögensgegenstände	15.426	1	22.897	1	38.085	1	-7.471	-33
Rechnungsabgrenzungsposten	714	0	867	0	882	0	-153	-18

<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.155.255</b>	<b>100</b>	<b>3.782.146</b>	<b>100</b>	<b>3.818.363</b>	<b>100</b>	<b>373.109</b>	<b>10</b>
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	-----------

	2015		2014		2013		Veränderungen 2015 zu 2014	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Passiva</b>								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	344.623	8	195.250	5	344.682	9	149.373	77
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.354.967	81	3.149.976	83	3.033.861	80	204.991	7
Treuhandverbindlichkeiten	50.296	1	42.858	1	41.933	1	7.438	17
Sonstige Verbindlichkeiten	2.854	0	3.434	0	3.620	0	-580	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	1.454	0	1.864	0	2.197	0	-410	-22
Rückstellungen	34.772	1	38.552	1	38.833	1	-3.780	-10
Nachrangige Verbindlichkeiten	440	0	17.823	1	38.698	1	-17.383	-98
Fonds für allgemeine Bankrisiken	165.000	4	133.600	4	117.800	3	31.400	24
Eigenkapital	200.849	5	198.789	5	196.739	5	2.060	1

<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.155.255</b>	<b>100</b>	<b>3.782.146</b>	<b>100</b>	<b>3.818.363</b>	<b>100</b>	<b>373.109</b>	<b>10</b>
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	-----------

Eventualverbindlichkeiten	48.470		41.844		39.413		6.626	16
Andere Verpflichtungen	142.789		193.338		235.038		-50.549	-26

**bb) GuV**

	2015	2014	2013
	T€	T€	T€
Zinserträge	90.186	86.380	90.974
Zinsaufwendungen	15.002	22.106	29.307
Laufende Erträge	17.886	24.347	23.343
Provisionserträge	28.639	27.622	27.202
Provisionsaufwendungen	1.306	1.185	1.163
Sonstige betriebliche Erträge	5.737	5.808	5.088
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	69.543	72.240	77.564
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3.726	6.299	4.040
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.664	12.285	8.610
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	8.554	0	4.543
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	24	0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0	1.366	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	7.934	0	10.944
Aufwendungen aus Verlustübernahme	17	51	121
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	31.400	15.800	21.400
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	13.170	12.849	10.803
Steuern vom Einkommen und Ertrag	10.940	10.634	8.602
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	170	165	165
Jahresüberschuss	2.060	2.050	2.036
Bilanzgewinn	2.060	2.050	2.036

**cc) Kennzahlen zur Ertragslage**

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Rentabilität des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	10,07	5,67	8,05	%
Cash-Flow:	14.340	9.715	10.619	T€
Gesamtleistung <sup>1)</sup> je Mitarbeiter:	197	192	194	T€
Personalaufwandsquote <sup>1)</sup> :	31,65	31,57	29,55	%

<sup>1)</sup> Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

**dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur**

	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,11	1,25	1,39	%
Quote des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	8,80	8,79	8,24	%
Fremdkapitalquote:	91,20	91,21	91,76	%

**ee) Leistungsdaten**

	<b>31.12.2015</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>	Angaben in
Kundeneinlagen	3.355,4	3.167,8	3.072,6	Mio. €
Spareinlagen	1.126,8	1.120,0	1.164,8	Mio. €
Forderungen an Kunden	1.878,8	1.619,1	1.441,0	Mio. €
Filialen	48	49	52	Anzahl
SB-Filialen	37	40	38	Anzahl



## e) Lagebericht

### Lagebericht der Saalesparkasse 2015

- 1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche**
- 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 1.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse**
- 2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit
- 2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung
- 2.3 Kreditgeschäft
- 2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute
- 2.5 Anteilsbesitz
- 2.6 Einlagengeschäft
- 2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft
- 2.8 Verbundgeschäft
- 2.9 Vertrieb und Produkte
- 2.10 Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung
- 2.11 Ressourcen
- 3 Vermögenslage der Saalesparkasse**
- 4 Finanzlage der Saalesparkasse**
- 5 Ertragslage der Saalesparkasse**
- 6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse**
- 7 Risikomanagement der Saalesparkasse**
- 7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten
- 7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement
  - 7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden
  - 7.2.2 Risikomanagementorganisation
- 7.3 Risikobetrachtung im Detail
  - 7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken
  - 7.3.2 Management der Marktpreisrisiken
  - 7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken
  - 7.3.4 Management der Operationellen Risiken
  - 7.3.5 Management der Vertriebsrisiken
  - 7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken
- 7.4 Beurteilung der Risikolage
- 8 Prognosebericht**
- 8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 8.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse
- 8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse
- 8.5 Zusammenfassende Würdigung
- 9 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Geschäftsjahresende**

## 1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

### 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft wies im Jahr 2015 eine neue insgesamt schwächere Wachstumsstruktur auf. Die deutsche Wirtschaft hingegen legte gute Wachstumsraten vor und bewegte sich damit im Mittelfeld des Euroraumes. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes konnte im Gesamtjahr 2015 eine Wachstumsrate in Höhe von 1,7 % erreicht werden.

Getragen wurde das deutsche Wachstum 2015 vor allem von der starken binnenwirtschaftlichen Nachfrage, die allein schon 1,6 Prozentpunkte der Gesamtwachstumsrate ausmachte. Dabei spiegelten sich auch die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in einem stark gestiegenen Staatskonsum wider, der ebenfalls zum Gesamtwachstum beitrug.

Der Preisauftrieb verlief 2015 in Deutschland durch den anhaltenden Rückgang des Rohölpreises weiterhin sehr schwach. Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt mit einer Steigerungsrate von 0,3 % nahezu völlig stabil geblieben.

Die Arbeitslosenquote für Deutschland für das Jahr 2015 ist mit 6,4 % gegenüber 6,7 % im Vorjahr noch einmal leicht zurückgegangen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt nochmals an, wobei ein neuer Rekordstand erreicht wurde. Für Ostdeutschland liegt die Arbeitslosenquote bei 9,2 % gegenüber 9,8 % im Vorjahr.

In Sachsen-Anhalt verringerte sich die durchschnittliche Arbeitslosenquote in 2015 leicht auf 10,2 % gegenüber 10,7 % im Vorjahr. Bezogen auf das Geschäftsgebiet der Saalesparkasse sind die Arbeitslosenquoten der Stadt Halle (Saale) sowie des Saalekreises für 2015 im Vergleich zum Vorjahr ebenso leicht gesunken.

Die Bevölkerungsentwicklung im Geschäftsgebiet ist nach wie vor rückläufig. Von Seiten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird bis zum Jahr 2025 ein weiterer deutlicher Bevölkerungsrückgang prognostiziert.

### 1.2 Entwicklung der Finanzbranche

Im kurzfristigen Bereich (3 Monate bis 1 Jahr) folgten die Zinssätze im Verlauf des gesamten Jahres 2015 einer weiter anhaltenden Abwärtsbewegung bis hin zu einer Nullverzinsung. Im mittelfristigen Bereich (5 Jahre) wurde eine Seitwärtsentwicklung der Zinssätze verzeichnet, während dessen im langfristigen Bereich (10 Jahre) zum Jahresende hin ein minimaler Zinsanstieg festgestellt werden konnte. Der Unterschied zwischen dem kurz- und dem langfristigen Zinssatz weitete sich im Jahresverlauf leicht aus.

Der Verlauf des deutschen Aktienindex DAX war in 2015 sehr volatil. Dennoch erreichte der deutsche Leitindex im April mit 12.391 Punkten ein neues Allzeit-Hoch. Zuletzt notierte der Leitindex bei einem Stand von 10.743 Punkten und einem Jahresplus von 9,6 %.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat auf die anhaltend schwache Preisentwicklung reagiert und im März ihr Anleihekaufprogramm begonnen. Sie kaufte Covered Bonds, Asset Backed Securities (ABS) sowie vor allem Staatsanleihen unter dem neuen Programm an. Damit sollen die langfristigen Inflationserwartungen bei ihrem Zielwert verankert bleiben. Im Dezember hat die EZB noch einmal expansive geldpolitische Maßnahmen beschlossen. Das Ankaufprogramm wurde zeitlich verlängert. Darüber hinaus wurde die zuvor bereits negative Verzinsung der Einlagefazilität noch einmal um 10 Basispunkte auf zum Jahresende dann -0,3 % gesenkt.

Wesentliche Neuerungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Bankensektor sind die Erweiterungen des Baseler Rahmenwerkes („Basel III“) in Verbindung mit den EU-Richtlinien und EU-Verordnungen, die schärfere Eigenkapitalvorschriften und Liquiditätsanforderungen für alle Institute beinhalten. Die Umsetzung dieser Anforderungen erfolgt auf Basis der Veröffentlichung von Aufsichts-Standards durch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, wobei sich die Umsetzungsfristen bis ins Jahr 2019 hinein bewegen werden.

Darüber hinaus werden im Rahmen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) erweiterte Anforderungen erwartet („5. MaRisk-Novelle“). Diese befinden sich im Jahr 2016 allerdings erst in der Konsultationsphase und werden voraussichtlich im Jahr 2017 zur praktischen Umsetzung kommen.

Als weitere rechtliche Neuerung trat bereits im Jahr 2015 basierend auf einer EU-Richtlinie das EU-Einlagensicherungsgesetz in Kraft, mit dem die Einleger vor den Folgen einer Insolvenz eines Kreditinstitutes geschützt werden sollen. Im Jahr 2016 erfolgt die Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie in deutsches Recht. Diese Richtlinie setzt die mit der Verbraucherkreditrichtlinie begonnene Regulierung der Kreditvergabe fort und geht mit erhöhten Anforderungen an die Kreditwürdigkeitsprüfung sowie an den mit der Finanzierung verbundenen Beratungsprozess einher.

## **2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse**

### **2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit**

Die Saalesparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Halle (Saale). Das Geschäftsgebiet erstreckt sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis. Träger der Sparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Für Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden, haftet der Träger der Sparkasse nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Er haftet nicht für Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 vereinbart wurden.

Institutssichernde Einrichtung der Sparkasse im Sinne des § 23a Abs. 1 KWG ist der Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse sind das Kreditwesengesetz (KWG), das Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA), die Sparkassenverordnung sowie die Satzung der Sparkasse.

Die Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand (§ 7 SpkG-LSA). Der Vorstand der Saalesparkasse ist seit dem 1. Oktober 2015 wieder mit drei Personen vollständig besetzt. Herr Alexander Meßmer hat seinen Dienst bei der Saalesparkasse zu diesem Termin angetreten. Als Vorstandsmitglied verantwortet er die Leitung der Vertriebsbereiche.

Der Verwaltungsrat hat unter Berücksichtigung der Größe, der internen Organisation sowie der Art, des Umfangs, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der Sparkasse auf die Bildung der Ausschüsse nach § 25d Abs. 8-12 KWG verzichtet. Die gesamten Aufgaben der Ausschüsse werden durch den Verwaltungsrat wahrgenommen. Im Geschäftsjahr 2015 haben 9 Sitzungen des Verwaltungsrates stattgefunden.

Die Sparkasse hat gemäß SpkG-LSA einen Kreditausschuss gebildet. Der Kreditausschuss beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach Maßgabe der Geschäftsanweisung und der Sparkassenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten. Kredite, die die im Rahmen der Kreditbewilligungsbefugnis des Vorstandes festgelegten Grenzen überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Kreditausschusses der Sparkasse.

Im Geschäftsjahr 2015 haben 8 Sitzungen des Kreditausschusses stattgefunden.

### **2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung**

Das Geschäftsvolumen der Sparkasse (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden und bewegt sich damit auch über den geplanten Erwartungen.

Der Zinsüberschuss konnte über die Erwartungen hinaus gegenüber dem Planwert und dem Vorjahreswert nochmals leicht zulegen. Das Provisionsergebnis konnte die geplanten Ziele nicht vollständig erreichen, es bewegt sich dennoch leicht über dem Niveau des Vorjahres.

Im Geschäftsjahr 2015 konnten die wesentlichen Planannahmen in den Geschäftsfeldern Kredit- und Einlagengeschäft leicht übertroffen werden. Im Provisionsgeschäft mit Kunden wurden die Planvorgaben nicht vollumfänglich erfüllt und das Ergebnis fiel etwas geringer aus. Insgesamt sind wir mit der Geschäftsentwicklung zufrieden.

Für das Jahr 2016 wird erwartet, dass die konjunkturelle Entwicklung sich in einem engen Rahmen bewegt und das Geschäftsumfeld der Sparkasse recht stabil ausfallen wird.

### **2.3 Kreditgeschäft**

Der Bestand der Forderungen gegenüber Kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Der Bestand stieg um 260,0 Mio. EUR auf 1.878,8 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von 16,0 % gegenüber dem Vorjahr. Damit wurden die Planvorgaben leicht übertroffen.

Der Bestand der Kommunalkredite bewegt sich mit 197,1 Mio. Euro bzw. 36,3 % deutlich über dem Vorjahreswert sowie auch über den geplanten Erwartungen. Das Kreditvolumen an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen konnte um 10,7 % (Vorjahr 13,6 %) erhöht werden und bewegt sich damit deutlich über den Erwartungen.

Der Bestand von Krediten an Privatpersonen wurde um 9,9 % (Vorjahr 3,5 %) über die Planvorgaben hinaus leicht ausgeweitet. Im Bereich der Konsumentenkredite erhöhte sich der Bestand um 4,2 % (Vorjahr -1,1 %) geringfügig. Der Bestand an Schuldscheindarlehen von Unternehmen wurde um 131,0 Mio. EUR bzw. 31,4 % deutlich ausgeweitet und entspricht damit den Erwartungen.

Hinsichtlich der Laufzeiten der Ausleihungen war ein Rückgang bei kurz- bis mittelfristigen Krediten zu verzeichnen (-10,0 Mio. EUR bzw. -3,2 %). Demgegenüber erhöhten sich die langfristigen Ausleihungen im Jahresverlauf um 214,5 Mio. EUR bzw. 15,7 %.

Im außerbilanziellen Bereich haben sich die Eventualverbindlichkeiten um 6,6 Mio. EUR auf 48,5 Mio. EUR erhöht und die unwiderruflichen Kreditzusagen um 50,5 Mio. EUR auf 142,8 Mio. EUR verringert.

## 2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute

Die Eigenanlagen in Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich bis Ende 2015 um 110,6 Mio. EUR (5,6 %) auf insgesamt 2.083,3 Mio. EUR und übertreffen damit unsere Planannahmen.

Bei der Position der Forderungen an Kreditinstitute ist gegenüber dem Vorjahr ein leichter Rückgang um 68,8 Mio. EUR (-5,9 %) auf 1.091,1 Mio. EUR zu verzeichnen. Das Anlagevolumen erstreckt sich insbesondere auf inländische Kreditinstitute.

Der Wertpapierbestand (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) erhöhte sich um 179,4 Mio. EUR auf 992,2 Mio. EUR. Dies entspricht einer Erhöhung um 22,1 % gegenüber dem Vorjahr. Das Anlagevolumen des Wertpapierbestandes besteht hauptsächlich aus Schuldverschreibungen inländischer Kreditinstitute, Unternehmensanleihen und Anleihen von Zentralstaaten.

Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere hat sich gegenüber dem Vorjahr um 93,8 Mio. EUR bzw. 8,7 % auf 987,9 Mio. EUR verringert. Die verliehenen Wertpapiere werden nicht im Wertpapierbestand ausgewiesen, sondern der Position der Forderungen an Kreditinstitute zugeordnet.

Die Sparkasse hält Anteile an diversen Spezialfonds (Buchwerte: 340,1 Mio. EUR) sowie an einem Publikumsfonds (Buchwert: 8,2 Mio. EUR). Das in Spezialfonds investierte Vermögen hat sich im Jahresverlauf vor allem durch die Auflösung eines Fonds, aber auch durch neue Investitionen und durch die Wertentwicklung der Anlagen in den Fonds um 276,2 Mio. EUR verringert, wobei 53,5 % der Anlagen in den Spezialfonds in verzinslichen Wertpapieren und ca. 35,7 % in Immobilien investiert sind. Bei dem Publikumsfonds handelt es sich um einen Immobilienfonds.

## 2.5 Anteilsbesitz

Das originäre Beteiligungsgeschäft erstreckt sich im Wesentlichen auf Verbundbeteiligungen mit strategischer Ausrichtung, deren Volumen sich relativ konstant entwickelte. Der gesamte Anteilsbesitz der Saalesparkasse umfasst Beteiligungen in Höhe von 27,0 Mio. EUR. Die wesentlichen Positionen stellen dabei die Verbundbeteiligungen am Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt in Höhe von 19,8 Mio. EUR sowie am Ostdeutschen Sparkassenverband, dem Interessenvertreter der Sparkassen, mit 5,8 Mio. EUR dar. Die regelmäßigen jährlichen Anpassungen dieser Anteilsquoten an die Durchschnittsbilanzsumme führten zu einem Rückgang der Beteiligungsbuchwerte um insgesamt 0,1 Mio. EUR.

Zudem hält die Saalesparkasse mit der seit 1998 bestehenden S-Immobilien-gesellschaft Halle mbH eine 100%-ige Tochtergesellschaft, deren Geschäftszweck im Erwerb, der Entwicklung, der Vermietung, der Verwaltung und dem Verkauf von Immobilien besteht. Aus dem für die Tochtergesellschaft bestehenden Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Saalesparkasse ergibt sich im Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Des Weiteren hält die Sparkasse Anteile an Unternehmen (Buchwerte: 15,1 Mio. EUR), die in der Bilanz unter „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen werden. Die Beteiligungen dienen der Diversifizierung der Anlagen der Sparkasse und sind in voller Höhe abgerufen. Die Kommanditanteile sind an Unternehmen begeben, die in internationale Gewerbeimmobilien, vorwiegend in Ländern der Euro-Zone, investieren. Aus Erträgen von Objektverkäufen erfolgten 2015 Kapitalrückzahlungen in Höhe von 5,1 Mio. EUR, die zu einem Rückgang der Beteiligungsbuchwerte führten. Die im Jahresabschluss 2013 durch Abschreibungen ausgeglichenen erwarteten Verluste sind nicht in voller Höhe eingetreten, so dass im Jahresabschluss 2015 Zuschreibungen in Höhe von 2,3 Mio. EUR erfolgten.

Weiteres, als Beteiligung geltendes Hybridkapital, wird unter der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ bilanziert und innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe gehalten.

## 2.6 Einlagengeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und die nachrangigen Verbindlichkeiten erhöhten sich um 187,6 Mio. EUR (5,9 %) auf 3.355,4 Mio. EUR und übertreffen damit deutlich unsere Planannahmen.

Insgesamt haben sich die Spareinlagen mit einem Zuwachs um 6,8 Mio. EUR oder 0,6 % auf 1.126,8 Mio. EUR kaum verändert. Innerhalb der Struktur der Spareinlagen kam es entsprechend unserer Planannahmen nochmals zu einer Verschiebung insbesondere zu Lasten der langfristigen Anlageformen mit Festzins, die sich unter anderem in einem nochmaligen Rückgang des Zuwachssparens um 37,1 Mio. EUR widerspiegelte. Dem gegenüber haben sich die normalverzinslichen Spareinlagen einschließlich der Bestände auf den Spar-Plus-Konten um 34,5 Mio. EUR und der Bestand des S-Prämienparens um 13,2 Mio. EUR erhöht.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entwickelten sich insgesamt mit +198,2 Mio. EUR deutlich positiver. Dabei zeichneten sich aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase deutliche Zuwächse in den Beständen der täglich fälligen Verbindlichkeiten ab, die im Jahresverlauf um 159,1 Mio. EUR zulegten und damit unsere geplanten Erwartungen deutlich übertrafen.

Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Gelder hat sich um 149,4 Mio. EUR bzw. 76,5 % auf 344,6 Mio. EUR über die Planvorgaben hinaus deutlich erhöht.

## 2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr stieg das Depotvolumen unserer Kunden in bei uns geführten Depots um 13,0 Mio. EUR oder 5,5 % auf 249,3 Mio. EUR.

Die Anzahl der Fondsdepots von Kunden bei unserem Verbundpartner DekaBank erhöhte sich im Jahr 2015 um 448 Stück auf 26.403 Stück. Darüber hinaus erhöhte sich das Depotvolumen im abgelaufenen Geschäftsjahr um 48,5 Mio. EUR oder 9,0 % auf 590,3 Mio. EUR.

## 2.8 Verbundgeschäft

Das Ergebnis im Versicherungsgeschäft der Sparkasse zeigte für 2015 ein sehr differenziertes Bild. So lag der vermittelte Jahresbeitrag 2015 für die Lebensversicherungen bei 2,0 Mio. EUR und damit 0,3 Mio. EUR (-15,1 %) unter dem Vorjahreswert. Für Rentenversicherungen erreichte die Sparkasse nur einen Wert von 2,9 Mio. EUR. Der Vorjahreswert wurde um 0,5 Mio. EUR verfehlt. Bei den Sachversicherungen und der betrieblichen Altersvorsorge veränderte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert nur unwesentlich.

Bei den Bausparverträgen konnte die positive Entwicklung des Vorjahres nicht fortgesetzt werden. Das in 2015 abgeschlossene Volumen liegt bei 123,3 Mio. EUR und damit um 4,2 Mio. EUR bzw. 3,3 % unter dem Vorjahreswert.

In Bezug auf die vermittelten Objekte im Geschäft mit der LBS Immobilien GmbH konnte das hohe Vorjahresergebnis nochmals um 5 Stück auf 123 Stück gesteigert werden. Der durchschnittliche Kaufpreis je Objekt erhöhte sich im gleichen Zeitraum geringfügig. Die in 2015 erzielten Courtagen aus Kaufobjekten betragen 1,0 Mio. EUR.

Die geplanten Erwartungen im Versicherungs- und Verbundgeschäft konnten nicht vollständig erreicht werden, insgesamt ist im Vergleich zum Vorjahr weiterhin eine positive Entwicklung des Provisionsergebnisses zu verzeichnen.

## 2.9 Vertrieb und Produkte

Die beste Beratung in Halle wurde der Saalesparkasse beim CityContest 2015 der Zeitschrift Focus-Money zum sechsten Mal in Folge bescheinigt. Ein Zeichen dafür, dass die Saalesparkasse mit ihrer ganzheitlichen Finanzkonzeptberatung, dem Blickpunkt auf die Bedürfnisse der Kunden und einem ausgeglichenen Anlageportfolio qualitativ hochwertige Beratungen anbietet. Durch die ausgeweiteten Beratungszeiten (wochentags von 9 bis 19 Uhr) können nun noch mehr Kunden das ausgezeichnete Beratungsangebot nutzen. Die Servicezeiten wurden dem Kundennutzungsverhalten angepasst.

Die anhaltende Niedrigzinsphase begrenzte das Produktangebot der Saalesparkasse für Geldanlagen weiterhin. Neben der anhaltenden Entwicklung zur kurzfristigen Geldanlage, nutzen die Kunden zunehmend die Anlagemöglichkeiten am Kapitalmarkt mittels Investmentfonds sowie strukturierten Wertpapieren.

Anders im Aktivbereich – hier kommt die Saalesparkasse dem Wunsch ihrer Kunden nach, sich die niedrigen Zinsen möglichst lange zu sichern. Ausreichende Möglichkeiten für Immobilienkunden schaffen die Sparkassen-Baufinanzierung mit Zinsbindungsfristen bis 15 Jahre, das Zinssicherungsdarlehen der LBS und das hauseigene Forwarddarlehen. Diese Angebote sind im Jahr 2015 rege genutzt worden. Auch die Finanzierung spontaner Konsumwünsche erfreute sich zunehmender Beliebtheit – die SparkassenCard Plus zeigte sich dafür als das passende Instrument.

Im Jahresverlauf hat die Saalesparkasse nach einem langfristigen und eingehenden Prüfungsprozess das Filialnetz weiter den aktuellen Anforderungen angepasst. Resultierend daraus wurde eine Filiale geschlossen sowie zwei Filialen nach Umbau beziehungsweise Neubau wieder eröffnet. Die Ansprüche an eine erstklassige Kundenbetreuung standen dabei immer im Mittelpunkt.

Nach wie vor ist das flächendeckende Filialnetz der wichtigste Vertriebsweg der Saalesparkasse. Dennoch gewinnt der Multikanale Vertrieb stetig an Bedeutung. So haben bereits zwei Drittel der in Frage kommenden Kunden einen Online-Banking-Zugang. Daher investierte die Saalesparkasse in diesem Bereich in technische Neuerungen. Kunden haben nun auch die Möglichkeit, die Sparkassen-Kreditkarten online abzuschließen.

Dabei kann eine kundeneigene Sparkassen-Kreditkarte Gold oder Basis mit einem individuellen Fotomotiv versehen werden. Die Kunden können aus einem Motivkatalog wählen oder auch eigene Fotos verwenden. Von besonderem Interesse sind dabei die Fankreditkarten der Saalesparkasse mit Motiven lokaler Sportvereine.

## 2.10 Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung

Die Menschen schätzen Unternehmen, die nicht nur am Gewinn orientiert sind. Deshalb zählt eine kontinuierliche Nutzenstiftung für die Region zu den Eckpfeilern des Sparkassen-Geschäftsmodells. Sie beruht auf mehreren Säulen. Zum einen ist die Saalesparkasse selbst ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, gehört sie doch mit 784 Mitarbeitern und 49 Auszubildenden zu den großen Arbeitgebern in ihrem Geschäftsgebiet und vergibt ein beträchtliches Auftragsvolumen an die heimische Wirtschaft. Zum anderen ist sie mit rund 14,1 Millionen Euro ein bedeutender Steuerzahler und gehört durch ihre Kreditausreichungen zu den wichtigen Impulsgebern für den regionalen Geld- und Wirtschaftskreislauf.

Aber die Saalesparkasse übernimmt nicht nur ökonomisch Verantwortung. Sie gehört auch zu den größten Förderern von gemeinnützigen Vereinen und Initiativen in ihrem Geschäftsgebiet. Insgesamt konnten auch im Jahr 2015 gemeinnützige Initiativen und Projekte in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Soziales, Wirtschaftsförderung, Umwelt, Kultur und Sport mit rund 3,5 Millionen Euro unterstützt werden.

Im kulturellen Bereich ist die Saalesparkasse seit vielen Jahren stark engagiert. Zu den Höhepunkten, die alljährlich mit Unterstützung der Saalesparkasse stattfinden, zählen so bekannte Festivals wie die Händelfestspiele in Halle, das Festival der Deutschen Sprache in Bad Lauchstädt oder die Orgeltage in Merseburg genauso wie das von der Sparkasse initiierte Benefizkonzert zu Gunsten des Fördervereins der Burg Querfurt. Aber auch bei den bedeutenden Ausstellungen in der Region ist die Saalesparkasse gern als Unterstützer dabei.

Im sportlichen Bereich konzentriert sich die Saalesparkasse traditionell auf die Förderung des Nachwuchs- und Breitensports. Zahlreiche Fördervereinbarungen mit Sportvereinen der Region sind ein deutlicher Beleg für die Absicht, die Förderaktivitäten möglichst vielen Menschen zugute kommen zu lassen. Für den Sport insgesamt hat das Sparkassenengagement im Breiten- und Vereinssport aber noch eine andere wichtige Bedeutung: Fast alle späteren Weltmeister und Olympiasieger haben in einem Sportverein ihre Laufbahn begonnen und sind dort entdeckt worden. Um deren Weiterentwicklung in die internationale Leistungsspitze zu unterstützen, zählt die Saalesparkasse zu den wichtigsten Förderern der Stiftung Sport Region Halle. Diese hat sich in den mehr als 20 Jahren ihres Bestehens zu einem unverzichtbaren Bindeglied in der hiesigen Förderstruktur entwickelt. Ein besonderes Beispiel für diese Förderung ambitionierter Talente und ein wichtiges Sprungbrett ist das Junior-Team Olympia.

Eine neue Qualität hat im Jahr 2015 auch die Zusammenarbeit mit den überregional spielenden Teams der Bundesliga-Volleyballer von Chemie Mitteldeutschland, der Bundesliga-Basketballerinnen von den SV Halle Lions, den Handballerinnen der Wildcats vom SV Union Halle-Neustadt sowie dem Oberliga-Eishockey-Team der SaaleBulls erreicht. Durch die Bereitstellung von drei Bussen werden diese Mannschaften künftig aktiv bei ihren Fahrten zu ihren Auswärtsspielen unterstützt.

Eine weitere Säule des breiten gesellschaftlichen Förderengagements stellt die Stiftung der Saalesparkasse dar, die auch im Jahr 2015 Vorhaben anderer gemeinnütziger Initiativen und Vereine förderte. Auch die von der Stiftung durchgeführten Veranstaltungen im Kunstforum Halle waren sehr erfolgreich und konnten gute Besucherzahlen aufweisen.

Die Förderung eines breiten ehrenamtlichen Engagements der Menschen in ihrem Geschäftsgebiet ist insgesamt ein zentrales Anliegen der Saalesparkasse. So setzt sie sich schon seit vielen Jahren mit ihrer Stiftung - unter anderem mit der Auslobung des Bürgerpreises „Der Esel, der auf Rosen geht“ - für eine stärkere öffentliche Anerkennung der zahlreichen Bürgerinnen und Bürger ein, die ehrenamtlich Verantwortung für andere Menschen wahrnehmen. Im Jahr 2015 bekam dieses Engagement mit der erstmaligen Auslobung eines Ehrenamtspreises für die Mitarbeiter der Saalesparkasse eine völlig neue Facette.

## 2.11 Ressourcen

Zum 31. Dezember 2015 waren in der Saalesparkasse 773 bankspezifisch Beschäftigte tätig. Damit hat sich der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr etwas verringert. Der Bestand an 239 Teilzeitkräften ist gegenüber dem Vorjahr bedeutend höher. Im Berichtsjahr haben 11 Auszubildende ihre Ausbildung am 1. August 2015 begonnen. Zum Stichtag werden 49 Auszubildende zum/r Bankkaufmann/-frau ausgebildet. 4 Mitarbeiter befinden sich zurzeit in der Arbeitsphase der Altersteilzeit.

Gut ausgebildete und kompetente Mitarbeiter sind der Garant für Kundenzufriedenheit, Sicherung der Marktposition und Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden deshalb im Berichtsjahr 0,5 Mio. EUR aufgewendet.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Investitionen zur Modernisierung und zum Umbau bestehender Bausubstanz sowie zur Erweiterung der Technik und zur Systemunterstützung in Höhe von 1,8 Mio. EUR vorgenommen.

Zur Intensivierung der Betreuungsqualität wird ein besonderes Augenmerk auf die stetige Aktualisierung der Beratungs- und Systemunterstützung in allen unseren Filialen gelegt.

Über das Netz der Kundenselbstbedienungsgeräte, bestehend aus 118 Geldausgabeautomaten, 110 Kontoauszugsdruckern und 18 Überweisungsterminals, wurden im Geschäftsjahr 2015 rund 11,4 Mio. Transaktionen getätigt, wobei an den Geldausgabeautomaten rund 968,1 Mio. EUR verfügt wurden.

Um die Saalesparkasse vor dem Hintergrund des aktuellen Zinsniveaus sowie der demographischen Entwicklung weiterhin zukunftsfähig zu machen, wurde im Jahr 2014 ein Projekt zur Optimierung der Verwaltungsaufwendungen initiiert. Die Projektergebnisse werden in den kommenden Jahren mit weiteren Kostensenkungsmaßnahmen schrittweise umgesetzt.

## 3 Vermögenslage der Saalesparkasse

Die Sparkasse verfügt über eine solide Kapitalausstattung, die hinreichend Spielraum für die geplanten Geschäftsaktivitäten bietet. Mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Zuführung des Bilanzgewinnes wird die Sicherheitsrücklage 200,8 Mio. EUR (4,8 % der Bilanzsumme) betragen.

Insgesamt belaufen sich die Eigenmittel der Sparkasse zum Jahresende 2015 unter Berücksichtigung einer Abzugsposition von 0,7 Mio. EUR für immaterielle Anlagegüter auf 331,8 Mio. EUR. Diese setzen sich aus 331,7 Mio. EUR Kernkapital und 0,1 Mio. EUR Ergänzungskapital zusammen. Neben dem bilanziell ausgewiesenen Eigenkapital verfügt die Sparkasse über weitere Eigenkapitalbestandteile. Die Gesamtkapitalquote nach Capital Requirements Regulation (CRR) lag per 31.12.2015 mit 13,6 % deutlich über dem von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %.

Innerhalb der Vermögens- und Kapitalstruktur haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr geringe Verschiebungen, insbesondere bei den Geschäften mit Kreditinstituten, ergeben.

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 45,2 % (Vorjahr 42,8 %) der Bilanzsumme (BS), die Forderungen an Kreditinstitute mit 26,3 % (Vorjahr 30,7 %) der BS und die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere mit 15,1 % (Vorjahr 4,5 %) der BS die bedeutendsten Posten dar.

Auf der Passivseite wird die Kapitalstruktur von den Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und nachrangige Verbindlichkeiten) mit 80,7 % (Vorjahr 83,7 %) der BS dominiert. Darüber hinaus erstrecken sich die Refinanzierungsmittel der Saalesparkasse auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (8,3 %), die im Vorjahresvergleich (5,2 %) aufgrund eines höheren Refinanzierungsbedarfes leicht gestiegen sind.

Eigengeschäfte wurden fast ausschließlich in Euro getätigt. Geschäfte in Fremdwährung wurden in geringem Umfang zum überwiegenden Teil im Zusammenhang mit Sicherungsgeschäften für Kunden abgeschlossen. Zudem wurden im Geschäftsjahr 2015 Geschäfte in Produkten mit derivativem Charakter getätigt. Im Eigenanlagengeschäft wurden Swapgeschäfte zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen. Im Kundengeschäft wurden in geringem Umfang Forwardgeschäfte getätigt.

Die Ansätze der Aktiv- und Passivpositionen in der Bilanz entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit den zum Jahresultimo 2015 vorgenommenen Einzelbewertungsmaßnahmen, die auch die Bildung von Rückstellungen beinhalten, ist den erkennbaren Risiken und Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden. Die Sparkasse hat ihren gesamten Wertpapierbestand nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die übrigen Vermögensgegenstände sind vorsichtig bewertet. Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag sowie Rückstellungen mit ihrem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere im Wertpapierbestand, bestehen stichtagsbezogen erhebliche Kursreserven sowie saldierte schwebende Gewinne aus Schuldscheindarlehen. Außerdem besteht zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges zusätzlich eine Vorsorge nach § 340f HGB.

Die Kapitalausstattung der Sparkasse sehen wir als solide an. Die Vermögenslage ist geordnet.

#### 4 Finanzlage der Saalesparkasse

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Berichtsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geforderte Kennzahl gemäß Liquiditätsverordnung wurde stets eingehalten.

Die zur Erfüllung der Mindestreservebestimmungen vorgeschriebenen Guthaben wurden bei der zuständigen Filiale der Deutschen Bundesbank unterhalten. Die von der Norddeutschen Landesbank (NORD/LB) eingeräumte Kreditlinie wurde dispositionsbedingt teilweise in Anspruch genommen.

Die Finanzlage ist geordnet.

#### 5 Ertragslage der Saalesparkasse

Die nachstehende Ergebnisdarstellung orientiert sich an der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise.

Position	31.12.2015 in Mio. EUR	in % der DBS	in % der DBS LSA*	31.12.2014 in Mio. EUR	in % der DBS	in % der DBS LSA
Zinsüberschuss	91,0	2,26	2,29	87,2	2,30	2,33
Provisionsüberschuss	27,6	0,69	0,68	26,7	0,70	0,68
Sonstige betriebliche Erträge	2,6	0,06	0,04	2,3	0,06	0,05
Verwaltungsaufwendungen	-71,6	-1,78	-1,84	-71,3	-1,88	-1,92
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2,5	-0,06	-0,03	-2,1	-0,06	-0,03
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern</b>	<b>47,1</b>	<b>1,17</b>	<b>1,14</b>	<b>42,8</b>	<b>1,13</b>	<b>1,11</b>
Bewertungsergebnis	-0,7	-0,02	-0,11	-4,0	-0,11	0,05
Neutrales Ergebnis	-2,0	-0,05	-0,05	-10,3	-0,27	-0,16
Ertragsteuern	-10,9	-0,27	-0,35	-10,6	-0,28	-0,31
Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	-31,4	-0,78	-0,56	-15,8	-0,42	-0,61
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2,1</b>	<b>0,05</b>	<b>0,07</b>	<b>2,1</b>	<b>0,05</b>	<b>0,09</b>

\*Vergleichszahlen: vorläufige Werte per 04.02.2016

Abkürzungen: DBS – Durchschnittliche Bilanzsumme

LSA – Land Sachsen-Anhalt



**Zu den Ergebnissen im Einzelnen:**

Der im Vergleich zum Vorjahr um 3,7 Mio. EUR bzw. um 4,3 % höhere Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Sparkasse. Damit konnte auch der Planwert leicht übertroffen werden, wobei die Abweichung insbesondere auf einen höheren Zinsertrag aus dem Depot A zurückzuführen ist. Gegenüber der Planung wurden deutlich mehr Geschäfte getätigt, die insbesondere zu einer positiven bestandsbedingten Zinsabweichung führten.

Die im Vergleich zum Vorjahr mit 110,2 Mio. EUR (Vorjahr: 112,0 Mio. EUR) leicht geringeren Zinserträge sind insbesondere auf die verminderten Erträge aus Geschäften im Depot A zurückzuführen. Die im Vergleich zum Vorjahr mit 16,5 Mio. EUR (Vorjahr: 23,1 Mio. EUR) deutlich verminderten Zinsaufwendungen resultieren sowohl aus den verringerten Aufwendungen für die Spareinlagen als auch für die Sichteinlagen insgesamt.

Für die Sparkasse ergab sich auf der Grundlage der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) eine gegenüber dem Vorjahr leicht geringere Zinsspanne von 2,26 %, die sich damit auch geringfügig unter dem Landesdurchschnitt der Sparkassen in Sachsen-Anhalt (2,29 %) befindet. Aufgrund einer gegenüber der Planung deutlich höheren Bilanzsumme bewegt sich die Zinsspanne leicht unter den Planvorgaben.

Der Provisionsüberschuss lag leicht über dem Niveau des Vorjahres. Darüber hinaus bewegte er sich auch leicht über dem geplanten Wert (26,6 Mio. EUR). Die größten Ergebnisbeiträge resultieren aus den Gebühren im Privatgiroverkehr, dem Wertpapiergeschäft sowie dem Versicherungsgeschäft insgesamt. Der Provisionsertrag aus den Geschäften mit Kunden konnte die geplanten Werte nicht vollumfänglich erreichen. Demgegenüber führte das Wertpapierleihegeschäft zu einem Ergebnis in Höhe von 1,4 Mio. EUR, welches die getroffene Planvorgabe in Höhe von 0,5 Mio. EUR deutlich überschritt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge, die sich wie im Vorjahr insbesondere aus Grundstücks- und Gebäudeerträgen sparkasseneigener Immobilien zusammensetzen, bewegen sich in Höhe des Planwertes (2,6 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht, sie bewegen sich damit jedoch leicht unter dem Planwert (72,9 Mio. EUR). Die Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung betragen 44,9 Mio. EUR (1,12 % der DBS) und bewegen sich damit auf Planungsniveau. Der Sachaufwand liegt bei 26,7 Mio. EUR (0,66 % der DBS) und bewegt sich damit leicht unter der Planvorgabe. Verringerungen gegenüber dem Plan sind vor allem in den Bereichen Grundstücks- und Gebäudeaufwand, EDV-Aufwand sowie Aus- und Fortbildung zu verzeichnen, wobei Erhöhungen insbesondere bei den Beiträgen und Gebühren, bei den Dienstleistungen Dritter und beim Werbeaufwand festzustellen sind.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern hat sich um 4,3 Mio. EUR oder 10,0 % gegenüber dem Vorjahresergebnis erhöht. Damit liegt die Sparkasse ebenso leicht über dem Planwert (44,3 Mio. EUR).

Insgesamt hat sich das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Bruttoertrag (Cost-Income-Ratio) mit 60,3 % um 2,2 Prozentpunkte verbessert (Vorjahr 62,5%). Damit ist gegenüber dem Planwert eine ebenso positivere Entwicklung zu verzeichnen.

Unter Berücksichtigung der Gewinne und Verluste aufgrund von Fälligkeiten und der Veräußerung von Wertpapieren sowie des Ergebnisses aus der Saldierung von Abschreibungen und Zuschreibungen ergibt sich ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von 2,9 Mio. EUR (0,07 % der DBS). Die deutlich negativere Entwicklung gegenüber dem Planwert (-1,0 Mio. EUR) resultiert insbesondere aus dem im Jahresverlauf weiter gesunkenen Zinsniveau. Dadurch musste das bereits über pari geplante Neugeschäft zu noch höheren Einstandskursen erworben werden. Im Jahresverlauf führten diese erworbenen Papiere gegenüber der Planung durch die Restlaufzeitverkürzung und weitere Bonitätsverschlechterungen zu höheren Abschreibungen. Diese konnten nicht vollständig durch realisierte Gewinne aus der Auflösung eines Spezialfonds kompensiert werden und führten somit zu einem deutlich negativeren Ergebnis.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft bewegt sich mit 2,3 Mio. EUR im positiven Bereich und hat sich damit im Vergleich zum ebenfalls leicht positiven Wert im Vorjahr nochmals verbessert. Damit liegen die tatsächlichen Bewertungsaufwendungen aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung deutlich unter den Planwerten (-6,7 Mio. EUR).

Das sonstige Bewertungsergebnis (-0,1 Mio. EUR) hat sich gegenüber dem Ergebnis im Vorjahr (-2,7 Mio. EUR) deutlich verbessert. Gegenüber dem ausgeglichenen Planwert ist eine leicht negativere Entwicklung zu verzeichnen.

Das Bewertungsergebnis insgesamt hat sich gegenüber dem Niveau des Vorjahres (-4,0 Mio. EUR) deutlich verbessert, im Vergleich mit dem negativen Landesdurchschnitt sind die Bewertungsaufwendungen der Saalesparkasse insgesamt deutlich geringer.

Das neutrale Ergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr (-10,3 Mio. EUR) deutlich verbessert. Grund für diese Entwicklung ist der wesentlich geringere neutrale Aufwand, der im Vorjahr von verschiedenen Sondereffekten gekennzeichnet war.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,1 %.

Zur Stärkung der Kernkapital- und Gesamtkapitalquote (Basel III) wird der Bilanzgewinn in Höhe von 2,1 Mio. EUR mit der Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt. Darüber hinaus wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB um 31,4 Mio. EUR auf 165,0 Mio. EUR aufgestockt.

## **6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse**

Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Sparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, das für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften.

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr gewährleistet. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind aus der Bilanzstruktur nicht erkennbar.

Insgesamt beurteilen wir die Vermögens- und Finanzlage sowie die Ertragslage im Geschäftsjahr als zufrieden stellend.

## **7 Risikomanagement der Saalesparkasse**

### **7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten**

Geschäfte mit Finanzinstrumenten sind der wesentliche Gegenstand der Geschäftstätigkeit der Sparkasse. Die Sparkasse erwirbt Kundeneinlagen und Gelder von Kreditinstituten und investiert diese in Vermögenswerte, um entsprechende Margen zu erwirtschaften. In diesem Sinne gibt die Sparkasse vorhandene Mittel an Kunden und Kreditinstitute oder investiert in Beteiligungen, in Spezial- und Publikumsfonds sowie in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen öffentlicher Haushalte und Unternehmen. Diese Aktivität schließt nicht nur bilanzwirksame Geschäfte ein, sondern auch nicht bilanzwirksame wie Avale, Garantien und Kreditzusagen.

Die Saalesparkasse bevorzugt grundsätzlich den Einsatz von Kassainstrumenten. Zur Sicherung von Einzelgeschäften oder im Rahmen der Absicherung einer größeren Anzahl von Geschäften kann die Sparkasse jedoch auch derivative Finanzinstrumente einsetzen. Im Produktkatalog der Sparkasse sind dafür Devisentermingeschäfte und Zinsswaps aufgeführt.

Zu Steuerungs- und Sicherungszwecken erfolgte im Geschäftsjahr 2015 der Einsatz von Derivaten in Form von Zinsswaps. Der Abschluss von Zinsswapgeschäften erfolgte zur Reduzierung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch. Nähere Angaben sind dem Anhang aus der Übersicht zu den derivativen Finanzgeschäften zu entnehmen.

Geschäfte in Fremdwährung bestehen im Rahmen unserer Anlagen in Spezialfonds. Darüber hinaus wurden im 1. Quartal in geringem Umfang auch Finanzinstrumente in Fremdwährung zur Deckung von Geschäften in Fremdwährung mit Kunden eingesetzt. Im übrigen Jahresverlauf bestand hierfür keine Notwendigkeit mehr.

### **7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement**

#### **7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden**

Die nachhaltige Gewährleistung einer stetigen Ertragskraft bei gleichzeitiger Sicherung des Vermögens der Sparkasse zur Erfüllung des gesetzten Unternehmenszwecks sind die Grundprinzipien der Geschäftspolitik der Sparkasse. Dabei nimmt ein aktives Risikomanagement einen hohen Stellenwert ein.

Das Risikomanagement umfasst Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse und ist Bestandteil der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation der Sparkasse. Ziel des Risikomanagements ist die Optimierung des Erfolgs vor dem Hintergrund des eingegangenen Risikos.

In der Saalesparkasse kommt das bewährte strategiebasierte Risikomanagementsystem zur Anwendung, welches im Sinne der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterentwickelt wird. Grundlage bilden dabei eine vom Vorstand formulierte Geschäftsstrategie sowie nachgelagerte Teilrisikostrategien. In der überarbeiteten Geschäftsstrategie der Saalesparkasse wurden für das Jahr 2015 folgende quantitative und qualitative strategische Ziele verankert:

**Quantitative strategische Ziele:**

- Erzielen einer angemessenen Aufwands-Ertrags-Relation
- Erzielen einer angemessenen bilanziellen Eigenkapitalrentabilität vor Steuern
- Gewährleistung einer stabilen Entwicklung der Bilanzsumme
- Bewusstes Eingehen von Risiken unter Sicherstellung der Risikotragfähigkeit
- Stetige Stärkung des bilanziellen Eigenkapitals
- Halten bzw. Ausbau des Marktanteils im Privatkundenmarkt, Volumenausweitung im Firmenkundenmarkt

**Qualitative strategische Ziele:**

- Sicherstellung der kreditwirtschaftlichen Versorgung im Geschäftsgebiet
- Qualitätssicherung in Bezug auf Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit
- Optimierung der Vertriebsstrukturen und –kanäle sowie der personellen sowie technisch-organisatorischen Ressourcen
- Zusammenarbeit mit Dienstleistungs- und Kooperationspartnern

Die einzelnen Geschäftsfelder werden unabhängig von der Geschäftsverteilung auf die einzelnen Vorstände vom Gesamtvorstand verantwortet. Er legt die Strategien für die betriebswirtschaftliche Steuerung der Sparkasse fest. Die Risikostrategie soll dabei gewährleisten, dass die Risiken, die aus den in der Geschäftsstrategie genannten Geschäften resultieren, auch getragen werden können. Im mindestens jährlichen Rhythmus überprüft der Vorstand die Strategien und passt diese gegebenenfalls an. Die Strategien werden dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert. Die Erörterung bezieht sich dabei auch auf mögliche Ursachen im Falle festgestellter Abweichungen von strategischen Zielen. Zum Bilanzstichtag 2015 war die Einhaltung der festgelegten strategischen Ziele sichergestellt.

Die Saalesparkasse teilt ihre Bankgeschäftsrisiken in die Risikokategorien Marktpreis-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiko sowie Operationelles Risiko und Strategisches Risiko ein.

Innerhalb dieser Risikokategorien sind als wesentliche Risikoarten des Bankgeschäftes in der Risikostrategie das Zinsspannenrisiko und das Marktpreisrisiko Depot A (einschließlich Zinsänderungsrisiken), das Kreditrisiko und das Adressenrisiko Depot A, das Beteiligungsrisiko, das Operationelle Risiko sowie das Vertriebsrisiko aus dem Dienstleistungsgeschäft definiert und werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit limitiert. Darüber hinaus gilt das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos als wesentliches Risiko. Dieses wird jedoch aufgrund seines Charakters nicht über die Risikotragfähigkeit limitiert. Die Festlegung der wesentlichen Risikoarten erfolgt im Rahmen einer Risikoinventur, die Bestandteil des jährlichen Strategieprozesses zur Unternehmensplanung ist.

Für die Umsetzung der Strategien bei der Durchführung der Geschäfte stellt der Gesamtvorstand den hierarchisch unterstellten Organisationsebenen seine Maßgaben in Rahmenanweisungen für die Geschäftsbereiche Vertrieb, Kreditgeschäft, Beteiligungs- und Handelsgeschäft, Steuerung, Betrieb und Liquiditätsrisiken zur Verfügung.

In der Sparkasse wird unter dem Begriff „Risiko“ die Verlust- oder Schadensgefahr definiert, die entsteht, wenn eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar Existenz bedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Vermögens wird nicht als Risiko angesehen.

Zielsetzungen des Managements von Risiken sind deren Identifizierung, die Bewertung, das Reporting, die Steuerung und die Überwachung innerhalb der Sparkasse. Dabei können festgestellte Risiken über deren Vermeidung, Reduzierung, Akzeptanz oder den Transfer des Risikos an Dritte gesteuert werden.

Im Vordergrund des Risikomanagements der Saalesparkasse steht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen eines Risikotragfähigkeitskonzeptes. Jährlich sowie anlassbezogen erfolgen die Überprüfung und bei Bedarf die Anpassung der Risikotragfähigkeitskonzeption, der zugrunde liegenden Annahmen und Methoden zur Berücksichtigung der wesentlichen Risikoarten.

Die Risikosteuerung beginnt mit der Feststellung der Risikotragfähigkeit nach handelsrechtlicher Definition im Rahmen der jährlichen, revolvierenden Unternehmensplanung. Die Saalesparkasse verfolgt mit ihrer Risikotragfähigkeit einen Going-Concern-Ansatz. Dabei wird sichergestellt, dass der Teil der regulatorischen Eigenmittel, der mindestens zur Erfüllung der bankaufsichtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen notwendig ist, nicht zur Risikoabdeckung bereitgestellt wird. Das Risikodeckungspotenzial setzt sich daher aus aufsichtsrechtlich ungebundenen offenen Rücklagen und Vorsorgereserven der §§ 340f und g HGB sowie dem operativen Ergebnis des Planjahres zusammen.

Entsprechend seiner Risikobereitschaft und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen setzt der Gesamtvorstand die Risikodeckungsmasse des Geschäftsjahres fest. Die Deckung von Risiken erfolgt dabei im Planszenario vorrangig über das operative Ergebnis des Planjahres abzüglich des angestrebten Mindestgewinns (bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern). Soweit langfristig eine Stärkung der gesamten Eigenmittel sichergestellt ist, können auch Teile der nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke gebundenen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB angesetzt werden. Im Risikoszenario erfolgt die Deckung von Verlusten neben dem operativen Ergebnis des Planjahres auch aus Teilen der Vorsorgereserven gemäß §§ 340f und g HGB sowie der Sicherheitsrücklage, soweit diese Teile nicht für die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen notwendig sind.

Die Risikodeckungsmasse wird unter der Nebenbedingung der Sicherstellung einer regulatorischen Gesamtkapitalkennziffer von mindestens 10 % bereitgestellt. Ab dem Jahr 2016 wird hierbei auch der schrittweise einzuführende Kapitalerhaltungspuffer berücksichtigt. Aus der bereitgestellten Risikodeckungsmasse werden Teillimite für die in der Risikotragfähigkeitskonzeption definierten Risikoarten abgeleitet. Dabei handelt es sich um Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft und im Eigenanlagengeschäft (Depot A), die Marktpreisrisiken im Depot A und die Zinsspannenrisiken. Des Weiteren werden auch die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft, die operationellen Risiken sowie Beteiligungsrisiken erfasst.

Der Bestand der Risikodeckungsmasse wird in seiner Entwicklung in geregelten Prozessen überwacht. Die Inanspruchnahme der Limite wird regelmäßig durch das Risikocontrolling auf der Grundlage von Szenarioanalysen überprüft, es werden Limitauslastungen gemessen und gegebenenfalls Limite angepasst. Plan- und Risikoszenarien dienen als steuerungsrelevante Szenarien mit dem Ziel der Sicherstellung des Fortbestandes einer geordneten Geschäftstätigkeit. Mit Hilfe von Stresstests wird zusätzlich analysiert, wie sich außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse auf die Portfolien auswirken. Somit ist sichergestellt, dass die Saalesparkasse auch in Extremsituationen über genügend Eigenkapital verfügt, um die Fortführung der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Durch sogenannte inverse Stresstests wird zudem regelmäßig untersucht, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit der Saalesparkasse gefährden könnten.

Ergänzt wird die Risikotragfähigkeitsbetrachtung um eine mehrjährige Kapitalplanungsrechnung, deren Betrachtungszeitraum sich an dem der allgemeinen Planung orientiert. Ziel ist es, langfristigen Bedarf für internes und regulatorisches Kapital frühzeitig zu identifizieren, damit dieser bei der strategischen Ausrichtung berücksichtigt werden kann. Adverse Entwicklungen werden im Kapitalplanungsprozess angemessen berücksichtigt.

Die angemessene Berücksichtigung von Risikokonzentrationen einschließlich Ertragskonzentrationen im Risikomanagementprozess ist u. a. durch Festlegung von Risikotoleranzen in Form von Limit- und Ampelsystemen sichergestellt.

Die auf Gesamtrisikoebene und auf Ebene der einzelnen wesentlichen Risikoarten installierten Limitsysteme fungieren als 3-Farben-Ampelsysteme und geben über festgelegte Warnschwellen frühzeitig Signal für die Notwendigkeit des Eingriffs durch eine aktive Risikosteuerung. Über Limitüberschreitungen sowie sonstige unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen wird ad-hoc berichtet und Handlungsbedarf aufgezeigt.

Mindestens vierteljährlich erfolgt die Berichterstattung über die Ergebnisse der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsüberprüfungen, die Auslastung der Limite und die Kapitalplanungsrechnung an den Gesamtvorstand. Diese Berichterstattung wird darüber hinaus dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

## 7.2.2 Risikomanagementorganisation

Im Zuge der Entwicklung des Risikomanagementsystems wurden die relevanten Risiken ermittelt und die Instrumente zur Identifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Handbuch Unternehmenssteuerung dokumentiert.

Die als wesentlich definierten Risikoarten werden in der Risikotragfähigkeit dargestellt. Eine Ausnahme stellt dabei das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos dar, welches in der Risikotragfähigkeit nicht explizit als eigene Risikoart berücksichtigt wird, da es aufgrund seines Charakters nicht sinnvoll durch Teile des Risikodeckungspotenzials begrenzt werden kann. Umfangreiche Szenarioanalysen sind jedoch im Rahmen des strategischen Liquiditätsrisikomanagements sichergestellt.

Den Aufgabenbereich des zentralen Risikomanagements hat der Gesamtvorstand auf die organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennte Abteilung Gesamtbanksteuerung übertragen.

Die operative Verantwortung für die Adressenrisikosteuerung ist vom Markt organisatorisch getrennt in der Abteilung Kreditmanagement angesiedelt. Das Risikocontrolling wird von der Abteilung Gesamtbanksteuerung wahrgenommen. Für die Steuerung der Beteiligungsrisiken sind grundsätzlich die gleichen Verantwortlichkeiten wie für die Steuerung der Adressenrisiken festgelegt. In die Initiierung von Beteiligungen ist darüber hinaus auch die Abteilung Treasury / Eigenhandel eingebunden.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement wird durch die Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Meldewesen durchgeführt. Die Verantwortung für das strategische Liquiditätsrisikomanagement liegt bei den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Risikocontrolling.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung. Die Verantwortlichkeit für das dezentrale Management operationeller Risiken liegt bei den Führungskräften in den Organisationseinheiten.

Die Steuerung und Überwachung sowohl der Vertriebs- als auch der Marktpreisrisiken wird ebenso durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung verantwortet. Im Bereich der Marktpreisrisikosteuerung der Handelsgeschäfte wird dabei durch die Zuordnung zu dem von Markt und Handel unabhängigen Bereich dem Prinzip der Funktionstrennung nach MaRisk Rechnung getragen.

Den MaRisk entsprechend wurden eine Risikocontrolling-Funktion und eine Compliance-Funktion eingerichtet. Beide Funktionen sind unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt, haben jedoch kein Weisungs- oder Vetorecht. Darüber hinaus werden Kontrollaufgaben durch die Abteilung Interne Revision wahrgenommen.

Die Saalesparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Gesamtbanksteuerung angesiedelt. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Unterstützung der Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie, bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken sowie der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Darüber hinaus ist die Risikocontrolling-Funktion für die Durchführung der Risikoinventur, die damit verbundene Erstellung des Gesamtrisikoprofils, die laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die regelmäßige Risikoberichterstattung und die Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen verantwortlich.

Die Compliance-Funktion ist innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Vorstandsstab installiert. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Identifizierung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens des Instituts führen kann, die Durchführung einer Risikoanalyse, Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie die Ausübung einer Koordinierungs-, Informations- und Kommunikationsfunktion.

Die Abteilung Interne Revision prüft regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Risikomanagementaktivitäten in der Sparkasse und berichtet ihre Prüfungsergebnisse sowie Handlungsempfehlungen unmittelbar an den Gesamtvorstand.

## 7.3 Risikobetrachtung im Detail

### 7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken

Unter den Adressenausfallrisiken wird in der Sparkasse die Gefahr möglicher Verluste infolge des Ausfalls bzw. der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern verstanden.

Ihrer Geschäftstätigkeit entsprechend ist für die Saalesparkasse das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft, bei den Eigenanlagen einschließlich der Forderungen an Kreditinstitute und der außerbilanziellen Instrumente (Zinsswaps) sowie bei den Beteiligungen inklusive der sonstigen Vermögensgegenstände von größter Bedeutung.

Die Betrachtung der Adressenausfallrisiken umfasst dabei auch die Länderrisiken. In einer weiten Interpretation wird das Länderrisiko als Summe aller Risiken verstanden, die mit der Gewährung grenzüberschreitender Kapitaldienstleistungen entstehen. Das Länderrisiko ist ein auf einzelne Länder bezogenes, durch die Zahlungsunfähigkeit oder fehlende Zahlungsbereitschaft des Landes hervorgerufenes Risiko, das in der Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich vereinbarter Zins- und Tilgungszahlungen von Marktteilnehmern sowie des Wertverfalls von Wertpapieren oder Derivaten des Landes besteht.

Die Länderrisiken, die auf ca. ein Viertel des gesamten Kreditportfolios entfallen, unterliegen einer regelmäßigen Beobachtung der Sparkasse. Als Größentreiber stellen sich Österreich, Frankreich und Italien dar. Der Schwerpunkt der Anlagen mit Länderrisiken liegt in Wertpapieren von Kreditinstituten, Staatsanleihen und Wertpapieren von Unternehmen.

Das Engagement in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) beläuft sich zum Bilanzstichtag 31.12.2015 auf insgesamt 243,8 Mio. EUR. Hiervon entfallen auf Kreditnehmer mit Sitz in Italien 141,6 Mio. EUR.

Die Steuerung der Adressenrisiken erfolgt über Limite, die einerseits in Form von Risikolimiten aus der Risikotragfähigkeitsrechnung abgeleitet werden. Andererseits werden in den Rahmenanweisungen Kundenkreditgeschäft sowie Beteiligungs- und Handelsgeschäft Limite für die Geschäfte z. B. in Form von Volumenbegrenzungen je Kreditnehmer oder Asset- bzw. Ratingklasse festgelegt, um eine ausgewogene Diversifikation des Portfolios zu erreichen. Darüber hinaus bestehen für Handelsgeschäfte auch Volumen beschränkende Länderlimite.

Grundlage der Risikoermittlung ist u. a. die regelmäßige Risikoklassifizierung des einzelnen Kreditnehmers bzw. Emittenten (ggf. auch der Emission des Wertpapiers), aus der sich die Ausfallwahrscheinlichkeit ableitet. Dabei erfolgt die Risikoklassifizierung über innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren als auch über die Nutzung externer Ratingnoten bekannter Ratingagenturen.

Das Kreditportfolio wird turnusmäßig nach verschiedenen Strukturmerkmalen (z. B. Ratingklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten) differenziert dargestellt und nach sich daraus ableitenden Risiken bzw. Risikokonzentrationen untersucht.

Die Portfoliostruktur des Kundenkreditgeschäftes, des Depot A sowie der Beteiligungen, die ermittelten Risiken sowie die Limitauslastungen werden vierteljährlich überwacht und die Ergebnisse umfänglich an die Verantwortlichen berichtet. In aggregierter Form erhält der Verwaltungsrat vierteljährlich Auskunft. Daneben erfolgt eine monatliche Berichterstattung ausgewählter Sachverhalte des Kreditgeschäftes an den Vorstand.

#### **> Kundenkreditgeschäft**

Um Adressenrisiken frühzeitig begegnen zu können, werden in einem Risikofrüherkennungsprozess private und gewerbliche Kreditnehmer, die mit erhöhten Risiken behaftet sind, identifiziert. Daneben erfolgt eine regelmäßige Bonitätsprüfung der Kreditnehmer im Rahmen einer Risikoklassifizierung. Die Kreditentscheidung wird in Abhängigkeit von der Kredithöhe, der Kreditart, der Risikoklassifizierung (Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren) sowie den eingereichten Sicherheiten getroffen.

Die Risikostruktur der Kundenkredite lässt vertretbare Risiken erkennen und wird als unkritisch eingeschätzt. Mit 91 % ist der höchste Anteil der ungesicherten Kredite der Risikoklasse I mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Insgesamt 5 % der ungesicherten Kredite entfallen auf die Risikoklasse II mit höheren Risiken, während die mit 4 % auf die Risikoklasse III entfallenden ungesicherten Krediteile der Ratingnoten 17 und 18 durch eine Risikovorsorge abgeschirmt sind.

Die in den Kreditüberwachungsprozess integrierten Aufgaben führen neben der laufenden Engagementüberwachung zu einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Risikovorsorge. Die erforderliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird monatlich ermittelt und ist Gegenstand der internen Berichte. Dabei umfasst die Risikovorsorge den nicht durch Sicherheiten gedeckten ermittelten Kapitalanteil notleidender sowie ggf. erstmalig Wert zu berichtigender Engagements sowie eine unterjährig ermittelte Vorsorge für latente Risiken (Pauschalwertberichtigung).

Die Adressenausfallrisiken einschließlich sich ergebender Konzentrationsrisiken werden unter Anwendung eines Kreditportfoliomodells überwacht. Wesentliche Einflussfaktoren sind dabei die Höhe der Kredite, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Kreditnehmer bzw. Emittenten. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 99,0% für das gesamte Portfolio ermittelt. Das Kundenkreditportfolio zeigt sich dabei sehr gut diversifiziert. Ergänzt werden diese Auswertungen um vierteljährliche Szenarioanalysen unter Einbindung des Kreditportfoliomodells mit dem Ziel der Hochrechnung der erwarteten Risikovorsorge, wobei auch bestehende Risikokonzentrationen aus der Größenklassen- und Sicherheitenstruktur in der Risikoermittlung Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse dieser Analysen fließen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Saalesparkasse sowie in die vierteljährliche Gesamtbankberichterstattung ein.

Bedingt durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern sowie durch Tilgungen erforderten die Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr entgegen der Erwartung keine Auslastung des in der Risikotragfähigkeit festgelegten Limits.

Im Vergleich wird für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres ein deutlich höheres Adressenausfallrisiko in Bezug auf den Ist-Wert des Kreditrisikos erwartet, welches sich im Planszenario im Rahmen des für das Folgejahr festgelegten Limits in Höhe von 5,6 Mio. EUR bewegt. Im Risikoszenario wird das für das Folgejahr festgelegte Limit in Höhe von 20,0 Mio. EUR voraussichtlich eingehalten.

#### > Depot A/Eigenanlagen

Im Depot A werden im Rahmen einer Risikofrüherkennung regelmäßig die Ratings sowie die Spreadentwicklung der Asset-Swap-Spreads überwacht. Bei auffälligen Entwicklungen werden die Ursachen analysiert und die Kursentwicklung verstärkt überwacht. Auch die Positionen des Depot A unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsprüfung mittels einer Risikoklassifizierung.

Aufgrund der mit 92 % dem Investment-Grade (Ratingklassen 1-5) sowie 8 % auf den Speculative Grade (Ratingklassen 6-15) entfallenden Rentenpositionen zeigt die Risikostruktur des Depot A vertretbare Risiken auf.

Die Anwendung des Kreditportfoliomodells auf das Depot A zur Identifizierung von Konzentrationsrisiken zeigt temporär bestehende Größenkonzentrationen in Bezug auf der S-Finanzgruppe zugehörige Kreditnehmer. Die Saalesparkasse ist sich dieser Konzentrationsrisiken bewusst und toleriert diese aufgrund der bestehenden Sicherungsmechanismen im Rahmen der S-Finanzgruppe, die Gewähr für den Fortbestand der Institute bieten.

Das Adressenrisiko im Depot A umfasst Risiken der Emittenten (Herausgeber von Wertpapieren) bzw. Emission (Wertpapier) und Kontrahenten (Vertragspartner bei Wertpapierleihe).

Zur Abbildung der Adressenrisiken auf Einzelkreditnehmerebene wird für jeden Emittenten und Kontrahenten ein eigenes Limit eingeräumt. Darüber hinaus werden zur Steuerung des Emittenten- als auch des Kontrahentenrisikos Risikolimit aus der Risikotragfähigkeit für den Adressenausfall abgeleitet. Die Risikoermittlung erfolgt unter Berücksichtigung der Kurse einschließlich Stückzinsen sowie der Ausfallwahrscheinlichkeiten. In der Ausfallwahrscheinlichkeit spiegeln sich auch Länderrisiken wider, die damit ebenfalls in die Risikoermittlung einbezogen werden. Die Länderrisiken erstrecken sich dabei nahezu vollständig auf Positionen aus Ländern des EWR sowie der OECD.

Die Limitauslastung des Emittenten- und Kontrahentenrisikos wird täglich berichtet und das Adressenausfallrisiko des Depot A darüber hinaus regelmäßig in der Risikotragfähigkeit dargestellt, die auch im Rahmen von Szenarioanalysen identifizierte Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Sowohl beim Emittenten- als auch beim Kontrahentenrisiko sind in 2015 keine Ausfälle aufgetreten. Volumen- sowie Ratingvorgaben für Neugeschäft begrenzen die Risiken.

Das Limit für das Adressenrisiko Depot A, das aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet wird, wurde im Plan- und im Risikoszenario eingehalten.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird unter Berücksichtigung der geplanten Neugeschäfte ein leicht steigendes Adressenausfallrisiko erwartet. Aus der Sicht per 31.12.2015 wird im Planszenario das Limit für das Folgejahr 2016 in Höhe von 16,0 Mio. EUR eingehalten. Im Risikoszenario wird das für das Folgejahr festgelegte Limit in Höhe von 21,5 Mio. EUR voraussichtlich ebenfalls eingehalten.

#### 7.3.2 Management der Marktpreisrisiken

Als Marktpreisrisiken werden mögliche Ertragseinbußen verstanden, die sich aus Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze, Bonitätsspreads und Kurse sowie aus den hieraus resultierenden Preisänderungen der Derivate ergeben. Zusätzliche Marktpreisrisiken liegen in den Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist. Das Zinsänderungsrisiko ist ein Teil der Marktpreisrisiken. Es besteht im potenziellen Verlust aufgrund nachteiliger Änderungen der Zinssätze oder Zinsvolatilitäten.

Die Marktpreisrisikosteuerung der Sparkasse erfolgt für das Bankbuch durch den Vorstand. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Überwachung der Zinsänderungsrisiken, die aus Fristeninkongruenzen bzw. inkongruentem Zinsanpassungsverhalten von Passivgeschäften gegenüber den Aktivgeschäften entstehen.

Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung am Bewertungs- oder Realisationsstichtag zu Verlusten führen. Das Zinsänderungsrisiko kann sich sowohl in einem niedrigeren Zinsüberschuss (Zinsspannenrisiko) als auch in einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft niederschlagen.

Die Marktpreisrisiken werden sowohl periodisch als auch wertorientiert betrachtet. Steuerungsrelevant ist dabei die periodische Sichtweise. Auf Basis hausindividueller Planungen bzw. Prognosen zur Zins-, Margen- und Bilanzstrukturentwicklung werden mindestens vierteljährlich Simulationen zur Messung, Steuerung und Überwachung des Zinsänderungsrisikos durchgeführt. Für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung haben wir mit Hilfe des Modells der gleitenden Durchschnitte geeignete Annahmen abgeleitet.

Zusätzlich werden in einer nicht steuerungsrelevanten Weise die Zinsänderungsrisiken der Sparkasse mit ihrer Auswirkung auf den barwertigen Vermögenswert der Sparkasse über den Value-at-Risk quantifiziert. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht besagen, dass Institute die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung von aktuell +200 Basispunkten und -200 Basispunkten auf den Barwert zu überprüfen haben. Die Barwertänderung im Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln ergibt den Zinsrisikoeffizienten. Institute, die als Ergebnis der Berechnungen einen Zinsrisikoeffizient größer als 20,0 % aufweisen, gelten als Kreditinstitute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Der Zinsrisikoeffizient der Saalesparkasse lag Ende Dezember 2015 bei 18,2 % und damit unterhalb von 20,0 %. Der Maximalwert wurde im Juli 2015 mit 22,8 % ausgewiesen.

Die Marktpreisrisiken im Depot A und das Zinsspannenrisiko werden von ihrer Ausprägung als bedeutsam angesehen. Zu Beginn des Jahres 2015 bestanden sieben Sicherungsgeschäfte. Im Jahresverlauf wurden 14 weitere Zinsswaps als Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Bei den zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Swaps wird im Rahmen eines Micro-Hedges das Zinsänderungsrisiko der Anleihen bzw. der Schuldscheindarlehen durch den Abschluss des Zinsswaps abgesichert.

Die für 2015 geplante Zinsspanne konnte trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus auch durch aktive Steuerungsmaßnahmen erreicht werden. Die Duration im Depot A erhöhte sich durch Wertpapierkäufe und liegt damit auf einem mittleren Niveau. Für alle im Bestand der Saalesparkasse befindlichen Wertpapiere wird das strenge Niederstwertprinzip angewandt.

Die Risikopositionen der Handelsgeschäfte, die damit verbundenen Risiken sowie die realisierten und schwebenden Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) werden handelsmäßig für das Anlagebuch, das Handelsbuch und das Gesamt-Depot ermittelt. Die Ergebnisse werden den entsprechenden Risikolimiten gegenübergestellt, wodurch die Limitauslastungen bestimmt werden. Die in den Eigenhandel eingebundenen Bereiche werden täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite, den handelsrechtlichen Gewinn/Verlust sowie die betriebswirtschaftlichen Marktpreisrisiken der Portfolien informiert.

Für die Überwachung der betriebswirtschaftlichen Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte nutzt die Sparkasse das VaR-Verfahren. Die Ermittlung wird nach dem Modell der modernen historischen Simulation vorgenommen. Dabei werden eine Haltedauer von 10 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,0 % unterstellt. Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig gegen die tatsächliche Entwicklung getestet. Die im Jahr 2015 durchgeführten Backtesting-Berechnungen gaben keinen Anlass, das verwendete VaR-Verfahren zu verändern.

Da der VaR extreme Marktbewegungen nicht hinreichend erfasst, werden zusätzlich in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen (Risikoszenario, Stressszenario) durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Geschäftsführung und die im Eigenhandel verantwortlichen Bereiche werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen umfassend informiert.

Die Saalesparkasse lässt einen Teil ihres Wertpapiervermögens im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Die Anlagerichtlinien werden durch die Saalesparkasse vorgegeben und in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Anlageausschusses überprüft. Die primäre Steuerung dieser Fonds obliegt dem Fondsmanagement. Durch die von den Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen ist sichergestellt, dass die Fonds in den Risikoüberwachungsprozess eingebunden sind. Des Weiteren werden die Mandate in angemessener Art und Weise von den jeweiligen Fachbereichen begleitet.

Die Risikosituation in Bezug auf Marktpreisrisiken stellt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2015 unkritisch dar. Das in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit für Marktpreisrisiken im Depot A und das Limit für das Zinsspannenrisiko wurden eingehalten.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird ein steigendes Marktpreisrisiko bezogen auf den Ist-Wert des Berichtsjahres erwartet. Aus der Sicht per 31.12.2015 werden im Planszenario das für das Folgejahr 2016 festgelegte Limit für das Marktpreisrisiko Depot A in Höhe von 10,5 Mio. EUR und das Limit für das Zinsspannenrisiko in Höhe von 2,0 Mio. EUR eingehalten. Im Risikoszenario wurden für das Folgejahr Limite für das Marktpreisrisiko Depot A in Höhe von 66,0 Mio. EUR und für das Zinsspannenrisiko in Höhe von 6,0 Mio. EUR festgelegt und im Rahmen von Szenariosimulationen als ausreichend erachtet. Diese werden voraussichtlich ebenfalls eingehalten.



### 7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken

Mit Fokus auf die Liquidität der Sparkasse wird das Liquiditätsrisiko in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Refinanzierungskostenrisiko unterschieden. Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse zahlungsunfähig bzw. illiquide wird. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die Verbindlichkeiten das zur Verfügung stehende Liquiditätspotential übersteigen. Das Refinanzierungskostenrisiko definiert sich über die Gefahr höherer Refinanzierungskosten infolge einer Beschaffung liquider Mittel zu ungünstigeren Konditionen aufgrund schwankender Liquiditätsspreads. Die Notwendigkeit der Mittelbeschaffung besteht dann, wenn infolge einer längerfristigen Verwendung von kurzfristig zur Verfügung stehenden Mitteln (Liquiditätsfristentransformation) die Refinanzierung des Instituts nicht vorbehaltlos sichergestellt ist.

Die Beurteilung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos schließt das Marktliquiditätsrisiko ein. Dieses bezieht sich auf die Liquidität von Produkten und Märkten. Es beschreibt die Gefahr, dass ein Vermögensgegenstand innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht oder nicht ohne negative Wertbeeinflussung liquidiert werden kann.

Die Saalesparkasse ist als Mitglied der S-Finanzgruppe Teil eines leistungsfähigen Liquiditätsverbundes und verfügt zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen über verschiedene Refinanzierungsquellen. Hauptrefinanzierungsquellen stellen neben den Kundeneinlagen die Landesbanken und die EZB dar. Um den Zugang zur Liquiditätsbeschaffung über die EZB zu gewährleisten, verfügt die Saalesparkasse in ausreichendem Maße über notenbankfähige Sicherheiten. In 2015 war der Zugang zu den Refinanzierungsquellen jederzeit gegeben.

Die Saalesparkasse betreibt zur Erzielung von Erträgen Liquiditätsfristentransformation. Das aus der langfristigen Investition kurzfristig zur Verfügung stehender Mittel resultierende Risiko der Zahlungsunfähigkeit wird im Rahmen des strategischen Liquiditätsrisikomanagements überwacht und begrenzt. Dazu werden vierteljährlich auf der Basis von Liquiditätsbedarfsübersichten die Liquiditätszu- und -abflüsse für einen Gesamtzeitraum von fünf Jahren aggregiert dargestellt. Der Strukturbeitrag aus dem Eigengeschäft bewegte sich zum Stichtag 31.12.2015 in einer Größenordnung von ca. 23 % des Gesamtertrages aus dem Zinsgeschäft.

Um den zukünftigen Liquiditätsbedarf auch bei einem angespannten Marktumfeld zu analysieren, werden im Rahmen von Szenarioanalysen ausgewählte Ereignisse simuliert, die zu einer Belastung der Liquiditätssituation führen. Dafür werden die Risikofaktoren und die zugehörigen Risikoparameter identifiziert sowie operationalisiert, die die Liquidität beeinflussen. Im Ergebnis werden die sich im Zeitverlauf ergebenden Zeiträume mit Liquiditäts-über- und -unterdeckung aufgezeigt. Die Limitierung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs erfolgt durch Vorgabe einer strukturellen Mindestliquidität mittels volumenbezogener Limite. Zusätzlich wird im Szenarioansatz eine Reichweite limitiert. Diese definiert den Zeitraum, in dem die Sparkasse auch bei Eintritt liquiditätsbelastender Ereignisse unter Heranziehung ihres Liquiditätspotentials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen muss, um zahlungsfähig zu bleiben.

Zur Beurteilung des Risikos der Zahlungsunfähigkeit zieht die Sparkasse neben der Auslastung des Volumen- und Reichweitenlimits auch die Höhe der Liquiditätskennziffer der Liquiditätsverordnung (LiqV) und Liquidity Coverage Ratio (LCR) heran. Die Liquiditätskennziffer, die sich aus dem Verhältnis der innerhalb eines Monats verfügbaren Zahlungsmittel mit den im gleichen Zeitraum bestehenden Zahlungsverpflichtungen ergibt, lag jederzeit über dem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 1,0. Die LCR, die das Verhältnis an liquider Aktiva zum Gesamtwert der Liquiditätsabflüsse abzüglich der Liquiditätszuflüsse innerhalb einer 30-tägigen Stressphase beschreibt, lag über dem in 2015 geltenden aufsichtsrechtlichen Mindestwert von 60 %.

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Jahr 2015 zu jeder Zeit gegeben. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen und Auswertungen ergaben sich keine Hinweise auf einen Liquiditätsengpass. Die institutsspezifisch festgelegten quantitativen Frühwarnmarken, mit deren Hilfe Störungen oder ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass frühzeitig erkannt werden sollen, wurden nicht erreicht. So lag die Auslastung des Volumenlimits in 2015 weit unter der Frühwarnstufe in Höhe von 80,0% und beläuft sich zum Stichtag 31.12.2015 auf 19,0 %. Auch die Reichweite als weiterer Indikator lag deutlich über der Frühwarnmarke von 18 Monaten und beträgt am Jahresultimo 43 Monate. Die Frühwarnstufe für die Liquiditätskennziffer in Höhe von 1,5 wurde ebenfalls nicht unterschritten. Im Jahresverlauf 2015 bewegte sich die Liquiditätskennziffer innerhalb einer Bandbreite von 3,5 bis 1,8 und belief sich per 31.12.2015 auf 2,6. Die seit Oktober 2015 geltende Mindestquote für die LCR gemäß delegierter Verordnung (EU 2015/61) in Höhe von 60 % belief sich an den Auswertungstichtagen des 4. Quartals 2015 zwischen 114 % und 131 %.

Eine bedeutende strategische Risikoausprägung ist derzeit nicht vorhanden. Der Strukturbeitrag aus dem Eigengeschäft wird sich im Jahr 2016 mit einer Größenordnung von 20,4 % leicht unter dem Vorjahresniveau bewegen, so dass auch im Hinblick auf die Zinssituation im Rahmen der Fristentransformation keine wesentliche Risikoausweitung geplant ist.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird aus der Sicht per 31.12.2015 kein Liquiditätsengpass erwartet. Die Auslastungen der Indikatoren zur Früherkennung eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses liegen alle in unkritischen Bereichen.

#### 7.3.4 Management der Operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind die Gefahren von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt die aufsichtsrechtliche Definition operationeller Risiken aus der CRR vollumfänglich ein. Strategische Risiken und Geschäftsrisiken bleiben ausgenommen. Das Reputationsrisiko stellt für die Sparkasse ein Folgerisiko operationeller und auch anderer Risiken (z. B. Markt- und Adressenrisiken) dar. Sofern sich Reputationsrisiken auf operationelle Risiken zurückführen lassen, werden sie in die Betrachtung einbezogen. Eine Quantifizierung von Reputationsrisiken ist nicht vorgesehen.

Die Identifikation von Ex-Ante-Risiken erfolgt mittels Risikoinventur. In diesem Zuge werden durch strukturierte Interviews mit den Abteilungsleitern und Gebietsdirektoren Einschätzungen über die Risikosensitivität der durch die Befragten verantworteten Prozesse im Institut gewonnen. Zusätzlich kommt es zur Schätzung von Verlustpotentialen, die sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit von standardisierten und individuellen Risikoszenarien sowie deren qualitativer und quantitativer Bewertung ergeben. Der realistische Maximalverlust für Schäden aus operationellen Risiken beläuft sich per Risikoinventur 2015 auf 2,6 Mio. EUR und fließt sowohl in die Ermittlung des Risikopotenzials im Risikoszenario als auch im Stressszenario der periodischen Risikotragfähigkeit ein.

Ex-Post-Risiken können aus der Schadensfall-Datenbank abgeleitet werden. Die Dokumentation der Schadensfälle wird mit Hilfe standardisierter Erfassungsoftware dezentral aufbereitet und dem Zentralen Operationellen Risiko Controlling zur Verfügung gestellt. Dort erfolgt die Auswertung der erfassten Schadensfälle. Die Ergebnisse fließen sowohl in das unterjährige Gesamtrisiko-Reporting als auch in das jährliche Berichtswesen zu operationellen Risiken ein. Gleichzeitig ist der Prozess der Schadensmeldung in das Ad hoc-Berichtssystem integriert. Für das Jahr 2015 wurden 69 Schadensfälle mit einer Bruttoschadenssumme von 959,0 TEUR gemeldet. Die Bruttoschadenssummen bilden die Grundlage zur Ermittlung des Risikopotenzials im Planszenario der periodischen Risikotragfähigkeit.

Die innerhalb der Risikoinventur 2015 identifizierten operationellen Risiken haben keine bedeutsame Auswirkung auf die Risikolage der Sparkasse. Die Saalesparkasse ist sich der festgestellten Risikokonzentrationen bewusst. Die Konzentrationen resultieren einerseits aus drei Einzelschäden der Risikokategorie Externe Einflüsse (Schadenshöhe). Andererseits sind die Konzentrationen (Realistischer Maximalverlust) auf gleichgelagerte externe kriminelle Handlungen zurückzuführen, deren Regulierung ex post mit Sensibilisierungsmaßnahmen beim Kunden sowie Präventionsmaßnahmen (Updates IT-Bereich) einher gehen. Es besteht kein akuter Handlungsbedarf.

Zur Steuerung operationeller Risiken werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, um Schäden vorzubeugen, zu vermeiden oder in ihrer Anzahl bzw. ihrem Schadensausmaß zu begrenzen. Dabei werden die Steuerungsmaßnahmen im Einzelfall unter Kosten- und Nutzenaspekten selektiert.

Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen trägt zur Begrenzung operationeller Risiken bei. Darüber hinaus wird für die Steuerung der operationellen Risiken die Vernetzung verschiedener Prozesse und Informationskanäle genutzt, die beispielsweise dem Bereich des Notfall- und Arbeitsschutzbeauftragten, dem Beauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit sowie den Beauftragten für Compliance (Wertpapierhandelsgesetz) und MaRisk-Compliance zugeordnet werden. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die Zentrale Stelle ein, die unter anderem mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betraut ist.

Die Arbeitsabläufe in der Saalesparkasse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse werden über Organisationsrichtlinien geregelt. Die Konzeption der Notfallplanung ist dafür geeignet, wesentliche Prozesse nach einem Störfall weiterzuführen oder wieder herzustellen.

Die Risikosituation in Bezug auf Operationelle Risiken wird zum Bilanzstichtag 31.12.2016 als unkritisch eingestuft.

Die Erwartungswerte für Schäden aus operationellen Risiken für das Jahr 2016 entsprechen dem GuV-Plan-Limit in der Risikotragfähigkeit in Höhe von 0,6 TEUR. Der Wertansatz hierfür orientiert sich an der durchschnittlichen Bruttoschadenssumme seit Beginn der Schadensfalldatenbank im Jahr 2008. Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird von einer Einhaltung des Limits im Planszenario für das operationelle Risiko in Höhe von 0,8 Mio. EUR ausgegangen. Im Risikoszenario wird das für das Folgejahr festgelegte Limit in Höhe von 3,2 Mio. EUR voraussichtlich eingehalten.

#### 7.3.5 Management der Vertriebsrisiken

Vertriebsrisiken werden in der Saalesparkasse als Unterrisikoart innerhalb des Strategischen Risikos betrachtet. Hierunter wird die Gefahr verstanden, dass es zu unerwarteten Verlusten aufgrund grundsätzlicher Managemententscheidungen zur geschäftspolitischen Positionierung kommt. Dieses Risiko umfasst auch die mangelnde Anpassungsfähigkeit an Veränderungen der Markt- und Umfeldbedingungen als auch deren unerwartete Veränderungen mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage.

Das Vertriebsrisiko bezeichnet in diesem Zusammenhang die Absatzrisiken aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Produkte und Dienstleistungen. Durch die aktive marktorientierte Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen wird diesen Risiken entgegen getreten.

Die Entwicklung des Kundengeschäftes wird in der Saalesparkasse wöchentlich bzw. in Verbindung mit dem kalkulierten Kundengeschäftsergebnis monatlich überwacht und an die Verantwortlichen berichtet. Auch im Rahmen der Steuerung der Zinsspanne findet die bilanzwirksame Kundengeschäftsentwicklung Eingang in die quartalsweise Berichterstattung.

Die als wesentlich eingestuften Vertriebsrisiken aus Dienstleistungsgeschäften bezeichnen in der Saalesparkasse die Gefahr, dass es in Folge von Zielverfehlungen zu negativen Ertragsabweichungen beim geplanten Provisionsüberschuss kommt. Damit einher gehen eine Minderung des GuV-Ergebnisses sowie des Risikodeckungspotenzials und der Risikodeckungsmasse in der Risikotragfähigkeit.

Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft sind in das System der Risikotragfähigkeitsbetrachtung eingebunden und werden dort limitiert. In die Limitanrechnung fließen insbesondere negative Planabweichungen in Bezug auf das Provisionsergebnis ein. Ergänzend werden Szenarioanalysen durchgeführt. Die Konsistenz zur monatlichen Berichterstattung in Bezug auf das Vertriebsergebnis ist sichergestellt.

Die für das Jahr 2015 gesetzten Vertriebsziele im Provisionsgeschäft konnten fast vollständig erfüllt werden, so dass die in der Risikotragfähigkeit bereitgestellten Risikodeckungsmassen die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft zum Jahresende 2015 ausreichend abdecken.

Die Risikosituation in Bezug auf die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft stellt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2015 unkritisch dar.

Für den Prognosezeitraum des folgenden Geschäftsjahres wird ein auf Basis der Durchschnitte der Vorjahre ermitteltes Vertriebsrisiko aus dem Dienstleistungsgeschäft erwartet. Aus der Sicht per 31.12.2015 wird das Limit im Planszenario für das Folgejahr 2016 in Höhe von 2,0 Mio. EUR eingehalten. Im Risikoszenario wird das für das Folgejahr festgelegte Limit in Höhe von 4,8 Mio. EUR voraussichtlich ebenfalls eingehalten.

#### 7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken

Unter den Beteiligungsrisiken wird die Gefahr möglicher Verluste im Beteiligungsportfolio der Saalesparkasse infolge des Ausfalls bzw. der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern oder infolge des Ausfalls von Erträgen verstanden.

Dabei können sich potenzielle Verluste aus bereitgestelltem Eigenkapital (aufgrund von Dividendenausfall, Teilwertabschreibungen, Veräußerungsverlusten oder Verminderung stiller Reserven), aus Ergebnisabführungsverträgen (Verlustübernahmen) oder aus Haftungsrisiken ergeben.

Neben unmittelbaren Beteiligungen hält die Saalesparkasse auch mittelbar Beteiligungen über den Ostdeutschen Sparkassenverband und den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt, die in das Risikomanagement eingebunden sind.

Die direkt gehaltenen Beteiligungen unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsbewertung mittels einer Risikoklassifizierung. Zur Risikosteuerung werden die Beteiligungsrisiken über die Risikotragfähigkeitskonzeption limitiert. Dabei werden Risiken aus unmittelbar sowie aus mittelbar gehaltenen Beteiligungen berücksichtigt. Der Risikoeermittlung liegen die Höhe der Beteiligungen, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Beteiligungsunternehmen, aber auch Erträge aus Beteiligungen sowie ggf. bereits identifizierte Risiken zu Grunde. Die Höhe der Risiken sowie die Limitauslastung werden vierteljährlich in der Risikotragfähigkeit ermittelt und im Gesamtrisikobericht veröffentlicht.

Innerhalb der Risikostruktur der unmittelbaren Beteiligungen entfallen 75,6 % des Volumens auf die Ratingklassen 1-9 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten. 24,4 % des Beteiligungsvolumens werden als erhöht risikobehaftet klassifiziert.

Die für Beteiligungsrisiken in 2015 vorgesehenen Limite in der Risikotragfähigkeit sind im Planszenario (3,5 Mio. EUR) und im Risikoszenario (10,0 Mio. EUR) eingehalten. Für das Folgejahr wird im Vergleich zum Ist-Wert ein höheres Risiko erwartet. Dabei werden das für 2016 in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit im Planszenario (2,5 Mio. EUR) als auch das im Risikoszenario (5,0 Mio. EUR) festgelegte Limit voraussichtlich eingehalten.

#### 7.4 Beurteilung der Risikolage

Die Saalesparkasse verfügt über angemessene und bewährte Techniken zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken, die ständig den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, den Änderungen des Marktes, der Entwicklung der Geschäfte sowie der Entwicklung der Sparkasse angepasst und kontinuierlich verbessert werden.

Das in der Risikotragfähigkeit angesetzte Risikodeckungspotenzial konnte auch im Jahr 2015 durch die erfolgten Reservezuführungen im Zuge des Jahresabschlusses des Vorjahres gestärkt werden. Im Jahresverlauf blieben die ursprünglich festgelegten Gesamtlime in der Risikotragfähigkeit unverändert.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2015 wurden bei den Risikotragfähigkeitsüberprüfungen der Saalesparkasse die höchsten Risikopotenziale in den steuerungsrelevanten Szenarien bei den Adressenrisiken im Kundenkredit- und Einlagengeschäft sowie bei den Marktpreisrisiken des Depot A gemessen.

Die Risikotragfähigkeit der Sparkasse war in der periodischen Betrachtungsweise im Verlauf des Jahres 2015 gegeben. Bei den Einzellimiten ergaben sich im Jahr 2015 Limitüberschreitungen im Bereich des Kreditrisikos aufgrund vorübergehend stark erhöhtem EWB-Potenzial, im Bereich des Marktpreisrisikos Depot A aufgrund erhöhter Bewertungsrisiken der Renten des Eigenbestandes sowie bei den sonstigen Planabweichungen infolge höherer als der ursprünglich eingeplanten Sach- und sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Daraufhin wurden entsprechende Limitschichtungen vorgenommen.

Insgesamt waren die für die einzelnen Risikoarten in Anspruch genommenen Teile der Risikotragfähigkeitsmasse der Sparkasse im Berichtsjahr jedoch auch unter Berücksichtigung der genannten Teillimitüberschreitungen ausreichend und gewährleisteten einen genügenden Spielraum zur Weiterentwicklung des Unternehmens.

Die in der Risikotragfähigkeit festgelegten Gesamtlime werden zum Bilanzstichtag sowohl im Plan- als auch im Risikoszenario eingehalten. Die Limite im Planszenario (41,0 Mio. EUR) und im Risikoszenario (130,0 Mio. EUR) werden unter Berücksichtigung des festgestellten Jahresergebnisses zu 17,0 % bzw. zu 5,4 % beansprucht.

Die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse ist demnach gegeben.

Die zum Jahresende letztlich aufgetretenen Bewertungsaufwendungen konnten ohne Probleme aus dem operativen Ergebnis des Geschäftsjahres gedeckt werden. Die nachhaltige Einhaltung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR war im Jahr 2015 für die Saalesparkasse jederzeit gegeben. Trotz der oben beschriebenen unterjährigen Notwendigkeit für Limitanpassungen wird die Risikosituation der Saalesparkasse zum Ende des Jahres 2015 als vertretbar eingeschätzt.

Aus den im Laufe des Geschäftsjahres 2015 durchgeführten Stresstests ergeben sich die höchsten Risikoausprägungen beim risikoartenbezogenen Stressszenario „Marktpreisrisiko“, welches außergewöhnliche Ereignisse sowohl für Zinsspannen- als auch Marktpreis- inkl. Spreadrisiken des Depot A unterstellt, sowie beim risikoartenübergreifenden Stressszenario „schwerer konjunktureller Abschwung“.

Insgesamt zeigen die durchgeführten Stresstests jedoch, dass die Risikotragfähigkeit der Sparkasse auch in extremen Marktsituationen gewährleistet ist. Die bestehenden Risiken werden aktiv beobachtet und in der Risikoausrichtung der Saalesparkasse angemessen berücksichtigt.

Für das Folgejahr ist weiterhin sowohl die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalkennziffern unter Berücksichtigung des Kapitalerhaltungspuffers als auch der Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt.

## **8 Prognosebericht**

### **8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung**

Der Welthandel und die Weltproduktion werden nach den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahr 2016 ihr Wachstumstempo unter dem Vorbehalt einiger großer Risikofaktoren wieder etwas beschleunigen können. Im Euroraum ist ebenfalls eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung zu erwarten. Auch hier stehen die Prognosen unter dem Vorbehalt der bestehenden globalen und gesamtwirtschaftlichen Risiken.

Auch für Deutschland wird wieder ein guter Konjunkturverlauf erwartet. Das Wachstum dürfte auch 2016 in ähnlicher Höhe und Struktur wie im Vorjahr erreichbar sein. Vor allem die Binnennachfrage gilt als robust und sollte das Wachstum 2016 tragen. Der Staatskonsum dürfte 2016 noch einmal überproportional zulegen, wozu weiterhin auch die Ausgaben für die Flüchtlinge beitragen. Der private Konsum sollte ebenfalls wieder recht kräftig wachsen, da weiterhin eine gute Beschäftigungslage und steigende Einkommen bei niedrigem Preisauftrieb im Raum stehen. Bei den Investitionen dürfte sich die Struktur der Zuwächse 2016 stärker zu den Bauinvestitionen verlagern. Nach Schätzungen der Deutschen Bundesbank (Stand: 12/2015) wird mit einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,8 % für das Jahr 2016 gerechnet. Für Ostdeutschland wird seitens des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle im Rahmen der Konjunkturprognose 2015/2016 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von ebenfalls 1,8 % prognostiziert.

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt erscheinen 2016 neue Höchststände bei der Zahl der Erwerbstätigen möglich. Bei weiter, auch durch Zuwanderung, steigendem Erwerbspersonenpotenzial könnte dies mit einer unveränderten Arbeitslosenquote einhergehen. Für Deutschland wird seitens der Deutschen Bundesbank eine nahezu konstante Entwicklung der Arbeitslosenquote mit 6,4 % in 2016 prognostiziert.

Die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland zeigte sich in 2015 stabil, nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank wird die Preisentwicklung im Jahresverlauf 2016 etwas anziehen. Sie bleibt allerdings weiter auf niedrigem Niveau. Die Inflationsraten werden weiter unter dem Ziel der EZB von unter, aber nahe 2,0 % liegen.

## 8.2 Entwicklung der Finanzbranche

Hinsichtlich der weiteren Zinsentwicklung 2016 erwarten wir im Geldmarkt eine Zinsentwicklung, die sich nahe Null bewegen wird. Erst ab Mitte 2016 ist ein leichter Zinsanstieg zu erwarten. Im Kapitalmarktbereich wird ausgehend vom Jahresultimo 2015 ein leichter Zinsanstieg insbesondere in den mittleren bis langen Laufzeiten erwartet. Der Abstand zwischen dem 3-Monats- und dem 10-Jahreszins wird dabei auf 120 Basispunkte leicht ausgeweitet. In den Folgejahren wird die Phase der Niedrigzinsen weiter anhalten. Gemäß unserer Planannahmen wird erst im Jahr 2018 von einem leichten Zinsanstieg insbesondere in den langen Laufzeiten ausgegangen.

Die Leitzinsen werden mit Blick auf die Entwicklungen in 2015 und die bestehenden Herausforderungen in 2016 nach unserer Meinung vorerst nicht wieder angehoben und die EZB wird ihre Niedrigzinspolitik in 2016 weitestgehend beibehalten, um weiteren deflationären Entwicklungstendenzen entgegen zu wirken.

Darüber hinaus könnte sich die EZB veranlasst sehen, noch einmal mit expansiven Schritten tätig zu werden und den Ankauf von Staatsanleihen weiter fortsetzen. Die Auswirkungen eines solchen Programms auf die Entwicklung der Finanzmärkte werden von verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstituten aufgrund der damit verbundenen erheblichen Risiken kritisch gesehen. Es droht die Verschärfung von Spannungen, wenn die Federal Reserve jenseits des Atlantik 2016 ihre Zinsanhebungen fortsetzen sollte. Insbesondere der Devisenmarkt und die internationalen Kapitalflüsse könnten davon negativ beeinflusst werden.

## 8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

Die Saalesparkasse ist gut im Markt positioniert. Bezogen auf unser Geschäftsgebiet bilden die vergleichsweise geringe Wirtschaftskraft, der unterdurchschnittliche Anteil des produzierenden Sektors sowie die demografische Entwicklung einen engen Rahmen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Sparkasse. Obwohl es optimistische Erkenntnisse hinsichtlich einer Abschwächung des Bevölkerungsschwundes in der Stadt Halle (Saale) aufgrund einer einsetzenden Landflucht gibt, wird es im gesamten Geschäftsgebiet voraussichtlich in den nächsten Jahre zu einem Sinken der Bevölkerungszahl kommen, womit eine Schmälerung des Marktpotenzials bei unverändert bestehendem Wettbewerbsdruck einhergeht. Die Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung durch die Zuwanderung von Flüchtlingen bleiben offen. Der Umgang mit der demografischen Entwicklung ist und bleibt eine der wesentlichen geschäftspolitischen Herausforderungen der Zukunft.

Generell sehen wir weiterhin die Stabilität des Geschäftsmodells der Institute der S-Finanzgruppe und damit auch für das der Saalesparkasse, welches besonders auf die Region und auf Kundennähe ausgelegt ist. Mit unserer soliden Kapitalausstattung und einer stabilen Liquiditäts- sowie Finanzierungsbasis erfüllen wir wichtige Voraussetzungen, um den zukünftigen Anforderungen gewachsen zu sein. Zu diesen gehören die noch nicht ausgestandene Finanzkrise im Euroraum in Verbindung mit der Geldpolitik der EZB und eine anhaltende Niedrigzinsphase sowie steigende Regulierungsanforderungen.

In Bezug auf das Wettbewerberumfeld sehen wir ein differenziertes Bild. Einzelne Wettbewerber verlagern ihre geschäftspolitischen Schwerpunkte, andere sind gegenüber der Vergangenheit deutlich weniger aktiv, wieder andere drängen mit großer Intensität in bisher von ihnen kaum oder gar nicht besetzte Geschäftsfelder.

Aufgrund des schwierigen Marktumfeldes, insbesondere durch die weiterhin anhaltende Niedrigzinsphase, wird sich 2016 das Betriebsergebnis spürbar vermindern. In den Folgejahren bis zum Ende unseres Prognosehorizonts 2018 erwarten wir auf dem Niveau des Jahres 2016 stabile Betriebsergebnisse und damit weiterhin Möglichkeiten der Stärkung bzw. mindestens Erhaltung des bilanziellen Eigenkapitals. Dies ist Voraussetzung, um durch Kreditausreichung den Unternehmen den ihren Möglichkeiten entsprechenden finanziellen Spielraum zur Verfügung stellen zu können. Zu beachten sind in diesem Zusammenhang zudem die steigenden Eigenkapitalanforderungen an Kreditinstitute.

Das Erreichen der wirtschaftlichen Ziele ist Voraussetzung für die Fortsetzung unseres Engagements bei kulturellen, sozialen und sportlichen Einrichtungen und Projekten.

Die Anforderungen sowohl an die Fach- als auch an die Sozialkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigen stetig an. Die Herausforderungen reichen von der Einführung technischer Neuerungen über die nachhaltige Sicherung der Beratungsqualität der Saalesparkasse bis hin zum Umgang mit immer schneller werdenden Veränderungsprozessen. Für diese Aufgaben bietet die Saalesparkasse zahlreiche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten wie interne und externe Schulungen, Trainee-Programme sowie Trainings vor Ort am Arbeitsplatz.

Für das Geschäftsjahr 2016 erwarten wir eine leichte Reduzierung des Geschäftsvolumens, die insbesondere auf die geplante Verminderung unserer Eigenanlagen insgesamt zurückzuführen ist. Das Portfolio an Schuldscheindarlehen und Immobilienfonds soll weiter aufgestockt werden. Dagegen ist eine Reduzierung des Anleihevolumens geplant. In den Folgejahren wird sich das Geschäftsvolumen auf leicht steigendem Niveau stabilisieren, und bei den Eigenanlagen sind weitere Ersatzinvestitionen für fällige Wertpapiere vorgesehen.

Im Kundenkreditgeschäft ist für 2016 eine deutliche Ausweitung im Bereich der Privat- und Unternehmenskunden geplant. Dagegen wird ein deutlicher Rückgang der Kredite an Kommunen erwartet. Für die Folgejahre gehen wir im Kundenkreditgeschäft von einem jährlichen Wachstum von 3,0 % in 2017 und 2,9 % in 2018 aus.

Für das Jahr 2016 wird mit einem weiteren deutlichen Zuwachs der Kundeneinlagen, insbesondere bei den Sichteinlagen, gerechnet. Des Weiteren werden Verschiebungen zwischen einzelnen Produkten erwartet. Für die Folgejahre gehen wir von einem jährlichen Bestandszuwachs von ca. 2,0 % aus.

Der Vertrieb wird im Jahr 2016 auf den Ausbau des Kreditgeschäftes mit Privat- und Firmenkunden ausgerichtet sein. Gleichzeitig wollen wir den Provisionsertrag aus dem Verbundgeschäft stabilisieren. Dies erfolgt unter enger Zusammenarbeit mit unseren Verbundpartnern, der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt und der DekaBank. Über alle Kundengruppen hinweg wollen wir die Qualität und Quantität unserer Beratung und Betreuung weiterhin verbessern. Es gilt deshalb, die bestehenden Betreuungs- und Beratungskonzepte zu verstetigen, um auch zukünftig mit Hilfe der ganzheitlichen, strukturierten und bedarfsorientierten Beratung das Markt führende Kreditinstitut im Geschäftsgebiet zu bleiben.

Im Hinblick auf die prognostizierte Geschäfts- und Zinsentwicklung erwarten wir für das Geschäftsjahr 2016 einen Zinsüberschuss, der sich aufgrund der fortdauernden Niedrigzinsphase deutlich unter dem Niveau des Vorjahres befinden wird. Der Rückgang der Zinserträge infolge auslaufender Festzinsbindungen im Kundenkreditgeschäft sowie der Fälligkeit von höherverzinslichen Kupons im Depot A kann dabei nicht vollständig von dem nochmaligen Rückgang der Zinsaufwendungen im Kundeneinlagengeschäft kompensiert werden. In den Folgejahren wird sich der Zinsüberschuss auf dem geringeren Niveau etwas stabilisieren.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft wird sich im kommenden Jahr 2016 leicht unter dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird sich der Provisionsüberschuss auf etwa gleichbleibendem Niveau stabilisieren.

Die Entwicklung des Personalaufwandes wird im kommenden Jahr von erwarteten Tarifierhöhungen sowie relativ stabilen Sozialversicherungsbeiträgen beeinflusst. Für das Jahr 2016 wird ein Personalaufwand mit leicht steigender Tendenz erwartet. Der Sachaufwand wird sich im Jahr 2016 deutlich über dem Vorjahreswert bewegen, wobei in vielen Bereichen mit Kostensteigerungen gerechnet wird. In den Folgejahren wird sich der Personalaufwand mit leicht steigender Tendenz weiter erhöhen, während dessen sich der Sachaufwand auf dem im Jahr 2016 leicht gestiegenen Niveau weiter stabilisieren wird.

Die Cost-Income-Ratio wird sich in 2016 mit 66,5% deutlich über dem Niveau des Jahres 2015 bewegen. In den Folgejahren ist aufgrund des anhaltenden Kostendrucks mit weiter steigenden Kennzahlen zu rechnen.

Das Betriebsergebnis wird sich nach unseren Planungen für die Jahre 2016 bis 2018 aufgrund des stark rückläufigen Zinsergebnisses bei fortdauernder Niedrigzinsphase deutlich reduzieren. Insgesamt erwarten wir im Geschäftsjahr 2016 ein gegenüber 2015 deutlich geringeres Betriebsergebnis vor Bewertung von 37,6 Mio. EUR bzw. 0,92 % der DBS. Für die Folgejahre gehen wir bei nunmehr geringerem Zinsüberschuss und Betriebsergebnis von einer rückläufigen, jedoch auskömmlichen Ertragslage aus.

Aus dem Wertpapiereigengeschäft wird ein aus den Marktprognosen abgeleitetes Bewertungsergebnis von -7,9 Mio. EUR im Jahr 2016 eingeplant. Gleichwohl können weitere Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten und damit eine zusätzliche Belastung des Bewertungsergebnisses nicht ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang ist bereits berücksichtigt, dass die Wertpapiere durchgängig nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet werden. Für die Folgejahre wird von weiter sinkenden Bewertungsergebnissen ausgegangen.

Im Jahr 2016 werden auf der Grundlage einer Simulation ermittelte Bewertungsaufwendungen für das Kundenkreditgeschäft in Höhe von 5,6 Mio. EUR erwartet, die sich im Vergleich mit dem positiven Vorjahreswert deutlich negativer darstellen werden. In den Folgejahren wird der Bewertungsbedarf im Kundenkreditgeschäft weiter anhalten.

Das planmäßig ausgeglichene sonstige Bewertungsergebnis wird sich im Vergleich zum Jahr 2015 leicht verbessert zeigen und sich in den Folgejahren weiter verstetigen.

Das für 2016 erwartete Jahresergebnis von 2,0 Mio. EUR sowie die weiteren erwarteten Zuführungsmöglichkeiten zum Fonds für allgemeine Bankrisiken sollen zur Stärkung der Eigenmittel genutzt werden. So können langfristig die Einhaltung der erhöhten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen des Baseler Regelwerkes und damit auch die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt werden.

Bei zukünftig konstanten Zinsen in Verbindung mit unseren Planannahmen zur bilanziellen Entwicklung werden sich der Zinsüberschuss sowie das Betriebsergebnis sowohl für 2016 als auch für die Folgejahre rückläufig entwickeln. Die Ertragslage insgesamt wird sich dennoch auskömmlich darstellen, so dass vor diesem Hintergrund aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar sind.

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse kann aus gegenwärtiger Sicht auch für zukünftige Zeiträume sichergestellt werden. Für eine Beeinträchtigung der künftigen Liquiditätslage gibt es derzeit keinen Anhaltspunkt.

#### 8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse

Gerade in den Zeiten der noch andauernden Finanzkrise hat sich das solide, langfristig angelegte und am Kunden und auf die Region orientierte Geschäftsmodell der Saalesparkasse als stabil erwiesen. In diesen unsicheren Zeiten dominiert auf der Kundenseite unverändert das Sicherheitsbedürfnis bei den Anlageentscheidungen. Aufgabe der Saalesparkasse bleibt es, dem gewachsenen Vertrauensbonus dauerhaft gerecht zu werden. Nur dann kann es gelingen, dieses Vertrauen als Basis zur Festigung bestehender Kundenverbindungen sowie auch zur Neukundengewinnung zu nutzen.

Durch eine insgesamt geordnete Vermögens- und zufriedenstellende Ertragslage, gekennzeichnet durch ein weiteres Wachstum im Privatkunden- und Unternehmenskundenkreditgeschäft sowie eines nahezu konstanten Aufwandes sehen wir die Chance, gut für die Anforderungen der Zukunft gerüstet zu sein.

In den aktuellen Planungen gehen wir ferner von einer Stabilisierung der Wirtschaftsaktivitäten aus, wodurch auch positive Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung der Saalesparkasse resultieren. Sollte die europäische Schuldenkrise die deutsche Konjunktur dennoch belasten, werden die avisierten Ertragsziele jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit nur schwer erreicht werden können. In diesem Zusammenhang unterliegen auch die Länderrisiken im Portfolio der Sparkasse mit der Entwicklung der Länderratings einer besonderen Beobachtung. Im Wesentlichen entfallen die Auslandsvolumina auf Länder des EWR und der OECD mit Ratingeinstufungen im Investment-Grade und damit geringen Risiken. Chancen können sich aus Ratinghochstufungen und damit geringeren Risiken ergeben, während bei Ratingherabstufungen die Ertragsziele durch steigende Risiken belastet werden könnten.

Aufgrund der prognostizierten Zinsentwicklung für 2016 sowie für die Folgejahre sind zum Planungszeitpunkt die Chancen, das Ergebnis der Sparkasse durch den Abschluss von Fristentransaktionsgeschäften wieder nennenswert zu verbessern, weiterhin als eher gering einzuschätzen.

Die künftigen Zinsänderungsrisiken werden sowohl von möglichen negativen Entwicklungen des Zinsüberschusses als auch von einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft, insbesondere bei stark steigenden Zinsen, getrieben. Aus der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuches ergibt sich aufgrund der ausreichend bestehenden stillen Reserven im Zinsbuch jedoch aus heutiger Sicht kein Bedarf zur Bildung einer Drohverlustrückstellung.

Im Jahr 2015 hatte die konjunkturelle Lage deutlich geringere Auswirkungen auf das Adressenausfallrisiko bzw. das Bewertungsergebnis der Saalesparkasse als in der Planung angenommen. Unabhängig davon werden wir dem Adressenausfallrisiko weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. Wir gehen davon aus, die sich konstant bzw. vermindert darstellenden Risiken mit den in der Planung aufgenommenen Werten in ausreichendem Umfang berücksichtigt zu haben. Falls es aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage jedoch zu erheblichen Bonitätsverschlechterungen in Verbindung mit unerwarteten Bewertungsaufwendungen kommt, kann dies die Ertragslage der Sparkasse zusätzlich negativ beeinträchtigen. Aufgrund der bisher stets vorsichtigen Planannahme konnte in den Vorjahren ein Bewertungsergebnis erzielt werden, welches sich jeweils unter den Planannahmen bewegte. Sollte dieser Fall auch für das Folgejahr eintreten, ist mit weiteren positiven Auswirkungen auf das Betriebsergebnis zu rechnen.

Bei der weiteren Planung wird angestrebt, durch eine Intensivierung der Kundenbindung die Ausrichtung auf den Vertrieb weiter auszubauen. Sollten die im Rahmen der Planung avisierten Ziele im Vertrieb nicht erreicht werden können, so ist auch hier für das Jahr 2016 mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Sparkasse insbesondere beim Provisionsergebnis zu rechnen.

## 8.5 Zusammenfassende Würdigung

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen wird sich das Betriebsergebnis im Geschäftsjahr 2016 deutlich unter dem Niveau des Jahres 2015 bewegen. Als wesentlicher Faktor, der hier zu Abweichungen führen könnte, wird die Entwicklung an den Kapitalmärkten gesehen, die sich sowohl auf die Erträge aus den Eigenanlagen als auch in Form gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen auswirken könnte.

Die Erwartungen bezüglich des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft orientieren sich mehr an langfristigen Vergleichswerten. Im Ergebnis wird im Jahr 2016 von einer stärkeren Belastung der Ertragslage durch notwendige Bewertungen insbesondere im Kundenkreditgeschäft ausgegangen.

Generell werden im Geschäftsgebiet noch Potenziale für Zugewinn von Marktanteilen gesehen, sowohl bei bestehenden Kundenverbindungen als auch bei Unternehmen und Personen, die derzeit nicht Kunden der Sparkasse sind. Sofern dieses gelingt, wären weitere Ertragsausweitungen die Folge. Durch ein konsequentes Kosten- und Prozessmanagement wird versucht, Kostensenkungspotenziale zu identifizieren und möglichst auch nachhaltig zu nutzen.

Wir sehen die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Sparkasse unter Berücksichtigung der von uns vorgenommenen Simulationen in den kommenden Jahren als geordnet an.

## 9 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Geschäftsjahresende

Ereignisse von wesentlicher Bedeutung nach dem 31.12.2015, die bisher nicht im Jahresabschluss 2015 berücksichtigt wurden, aber bei Einbeziehung zu einer anderen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der Saalesparkasse führen würden, sind uns nicht bekannt.